From the Library of

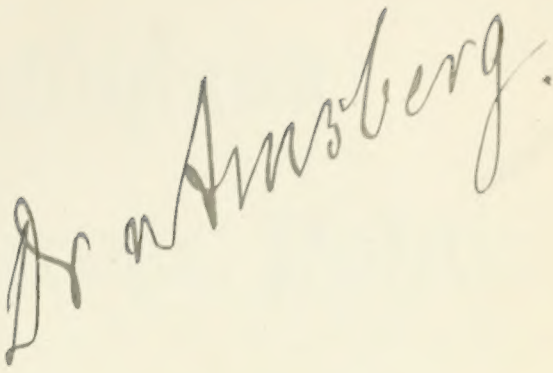
Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882–1921

Given to University of Toronto Library.

By his Wife



HG
S332d

Deutschland und die große Politik anno 1905.

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin.

175412
14/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1906.

H. T. GERRANS,
WORCESTER COLLEGE,
OXFORD.

Der Band „Deutſchland und die große Politik", der hier dem Leſer vorliegt, iſt der fünfte der Reihe. Er hat über eine erregte, folgenreiche Zeit zu berichten und gibt in gewiſſem Sinne den vorläufigen Abſchluß der Entwicklungsſtadien, die in den erſten vier Bänden geſchildert ſind. Die deutſch-franzöſiſchen und deutſch-engliſchen Beziehungen, der Rücktritt des Miniſteriums Combes und der Fall von Delcaſſé, der Ausgang des Unioniſtiſchen Kabinetts und damit des vieljährigen konſervativen Regiments in England, die ruſſiſch-japaniſche Tragödie und die noch größere Tragödie der ruſſiſchen Revolution, das alles drängt ſich auf die 52 Wochen des hinter uns liegenden Jahres zuſammen. Was in der „äußeren Politik der Woche" der Kreuzzeitung alle acht Tage als Ausdruck lebhaft empfundener Tagesereigniſſe ſich geltend zu machen ſucht, gewinnt ſo einen Zuſammenhang, von dem wir hoffen, daß er auch dem Leſer als etwas Einheitliches erſcheinen wird. Der Verfaſſer iſt ſich bewußt, gewiſſenhaft gearbeitet und keine Mühe geſcheut zu haben, um die Realität der Tatſachen zu erkennen. Aber von der Wahrheit ſehen die Mitlebenden ſtets nur einen Teil. Volle Gerechtigkeit kann nur von dem geübt werden, der von höherer Warte aus nach Jahren in die Vergangenheit zurückblickt.

Berlin, den 4. Januar 1906.

Theodor Schiemann.

29. Dezember. Die Japaner erobern Port Erlungschan.
30. Dezember. Rückkehr Oberst Leutweins. Rücktritt des Ministeriums Sturdza.
31. Dezember. Frh. P. Gautsch wird österreichischer Ministerpräsident.
1. Januar 1905. Gen. Stössel bietet die Kapitulation von Port Arthur an.
2. Januar. Unterzeichnung der Kapitulation.
3. Januar. Ermordung eines Steuerinspektors in Schuscha (Kaukasus).
4. Januar. Eröffnung des ungarischen Reichstages.

---

4. Januar 1905.

Das für Rußland noch währende alte Jahr hat die Nachricht von dem bevorstehenden Fall Port Arthurs gebracht. Stössel hat sich erboten zu kapitulieren. Es war eben unmöglich geworden, sich länger zu behaupten, und seit feststand, daß Togo es möglich gefunden hatte, nach Tokio zurückzukehren, konnte bereits nicht mehr bezweifelt werden, daß es sich nur noch um Tage und Stunden handeln könne. Auch soll weder den General Stössel noch seine heldenmütige Mannschaft ein Vorwurf treffen. Sie haben getan, was irgend von menschlicher Kraft und ausdauerndem Pflichtgefühl erwartet werden konnte; weit mehr als die Verteidiger von Sewastopol, die doch den Zusammenhang mit der Außenwelt keinen Augenblick verloren. Auch kann die Wucht des Angriffs, dem Sewastopol ausgesetzt war, nicht mit dem furor japonicus verglichen werden, der die Felsen von Port Arthur zertrümmerte und über die Leichen der eigenen Leute hinweg schließlich jedes Hindernis nahm. Erstaunlich ist nur, daß die Russen es trotz allem so lange aushielten. Die Bedingungen der Kapitulation sind noch nicht bekannt. Wir wissen zur Stunde nur, daß die Japaner sie als ehrenvoll bezeichnen. Und wie sollte es anders sein. Die Japaner würden sich selbst entehren, wenn sie dem tapferen Feinde nicht alles gewährten, was mit den unerbittlichen Pflichten, die der Krieg ihnen auflegt, vereinbar ist. Eines aber ist sicher; alle Welt atmet erleichtert auf, daß die Entscheidung nun endlich gefallen ist und das unerhörte Blutvergießen ein Ende genommen hat, wenigstens an diesem einen Punkte. Denn leider sehen wir heute ebensowenig eine Aussicht auf baldigen Frie-

densschluß als vor acht Tagen. Es scheint, daß Rußland all seine Hoffnungen darauf setzt, zu Lande zurückzugewinnen, was es am Gestade des Ozeans verloren hat, und es steht fest, daß außerordentliche Anstrengungen gemacht werden, um dem General Kuropatkin eine gewaltige Übermacht in die Hände zu legen. Aber auch Japan strengt alle Fibern an, und wenn der Fall von Port Arthur den Russen den Entschluß aufdrängt, die Scharte auszuwetzen, so muß den Japanern der glänzende Erfolg die Zuversicht steigern. Gewiß aber werden sie es am Schaho ebensowenig an hartnäckiger Entschlossenheit fehlen lassen als vor Port Arthur.

Was ganz unsicher geworden ist, ist die Rolle der Flotte des Admirals Roshéstwenski. Da Wladiwostok noch mindestens einen vollen Monat unzugänglich bleibt, läßt sich nicht erkennen, welches die Aufgabe dieser Flotte sein soll. Auch sind bereits in den letzten acht Tagen, vor dem Fall Port Arthurs, in Rußland Stimmen laut geworden, die mit allem Nachdruck auf Rückberufung der Flotte drängen. Man hat dabei namentlich darauf hingewiesen, daß die Gefechtstüchtigkeit des Geschwaders zu hoch veranschlagt werde und daß schon jetzt zahlreiche Havarien zeigten, daß nicht alles so sei, wie es wohl sein sollte. Auch wird man sich bei ruhiger Überlegung in Petersburg sagen müssen, daß in einer eventuellen Seeschlacht alle Vorteile auf japanischer Seite liegen und zwar um so mehr, je näher Roshéstwenski den japanischen Gewässern kommt. Andererseits läßt sich darauf rechnen, daß die Rückreise nach Europa die Seetüchtigkeit von Mannschaft und Offizieren beträchtlich steigern muß und daß mit dem jetzt neu ausgerüsteten dritten Geschwader die russische Flotte einen sehr ansehnlichen Machtfaktor darstellt, wo sie — wie es später möglich wäre — in geschlossener Masse auftritt. Die Erfahrungen dieses zweiten Geschwaders aber müßten der gesamten russischen Marine zu gute kommen. Es ließe sich noch mancherlei, namentlich an politischen Gründen, anführen, was unsere Meinung unterstützt.

Aber wir verzichten darauf, die politischen Möglichkeiten herzuzählen, die eine schlagfertige russische Flotte in europäischen Gewässern im russischen Interesse als wünschenswert erscheinen lassen, schon weil heute nicht mehr ganz klar ist, wohin dieses Interesse zielt. Unmöglich ist auch nicht, daß schließlich die Fragen der inneren Politik Rußlands mitspielen. Das Manifest vom 26. Dezember und das

darauffolgende Reskript vom 27. haben, trotz des emphatischen Lobes, mit dem die Presse das erstere begrüßte, und trotz der Diskretion, mit der sie über das zweite schwieg oder schweigen mußte, eine tiefe Mißstimmung erregt. Das ist in den zahlreichen Versammlungen der Liberalen und in den Semstwos mit unverkennbarer Deutlichkeit zutage getreten. Am unverhülltesten sprach sich wohl die Versammlung im Pawlowsaale zu Petersburg aus, in welcher ein sozialrevolutionärer Arbeiter, ohne auf Widerspruch zu stoßen, sogar zu offener Revolution aufforderte durfte. In Moskau aber hat die Semstwo erklärt, daß sie nicht imstande sei, ihre Arbeiten fortzusetzen, weil ihre Aufgaben sich mit den Grundsätzen des Manifestes nicht vereinigen ließen. Diese Stellungnahme Moskaus aber scheint ansteckend zu wirken, so daß ein Streik eines Teils der Landschaftsversammlungen nicht zu den Unwahrscheinlichkeiten gehört. Auch wo dem Minister des Innern Zustimmungsadressen zugehen, hört man den lebhaften Wunsch nach einem größeren Maß von Freiheiten deutlich heraus. Endlich sind als böses Omen politische Morde (im Kaukasus und in Warschau) hinzugekommen, auch von zwei Eisenbahnattentaten und einer Dynamitexplosion in einer Postanstalt wird berichtet. Wie läßt sich unter solchen Verhältnissen darauf rechnen, daß die angekündigte Aufhebung der Ausnahmemaßregeln wirklich erfolgt.

Am nachdrücklichsten greift wohl die Wochenschrift „Prawo" (Das Recht), eine durch ganz Rußland verbreitete juristische Zeitung, die bereits ihre erste Verwarnung hinter sich hat, das bestehende Regime an. Es geschieht das meist in ruhigem und würdevoll sachlichem Ton, aber der Effekt ist darum nur um so größer. Die letzte Nummer des „Prawo" wendet sich speziell gegen das Institut der Dworniks, das ist der Hausknechte, die bekanntlich in Petersburg sehr wichtige Polizeifunktionen ausüben. Es wird nun in dem Artikel, der diese Frage behandelt, mit unwiderleglichen Argumenten der Nachweis erbracht, „daß eine Verwendung der Dworniks zur Hilfeleistung bei Unterdrückung von Massenausschreitungen über den Rahmen ihrer Rechte und Pflichten hinausgehe".

Man hat in Summa den Eindruck, daß eine, wenn auch nicht organisierte, so doch innerlich zusammenhängende Opposition vorhanden ist, die alles daran setzt, aus den Verheißungen des Kaiser-

lichen Manifestes mehr zu machen, als der Wortlaut sagt. Vielleicht spielt dabei die Tatsache mit, daß man überzeugt ist, in diesem Manifest nicht den ursprünglichen, sondern den nachträglich modifizierten Ausdruck der Absichten des Kaisers vor sich zu haben. Wenigstens ist das die in Petersburg umlaufende Version, die wir im „Matin" vom 21. Dezember, in dem Bericht über die Sitzung des Ministerrats am 15. Dezember in Zarskoje Sselo bestätigt finden, so weit es sich um das einleitende Stadium handelt. Der „Matin" irrt aber, wenn er sagt, daß die Mehrzahl der Großfürsten an der Sitzung teilgenommen haben. Es war vielmehr keiner von ihnen zugegen, sondern nur die Minister Witte, Swjätopolk-Mirski, Kokowzew, Murawiew und Herr Pobedonoszew. Er irrt auch darin, daß er Herrn Witte als den Vertreter der zu weiteren Konzessionen ratenden Gruppe darstellt, er hat sich vielmehr als ein entschiedener Gegner einer Erweiterung des Reichsrats durch gewählte Mitglieder der Semstwos gezeigt, und während die Wage an jenem 15. Dezember, trotz der heftigen Opposition Pobedonoszews, sich den liberaleren Plänen Swjätopolk-Mirskis zuzuneigen schien, wesentlich dazu beigetragen, daß die Entscheidung schließlich im Sinne Pobedonoszews fiel. Das geschah auf einer zweiten, erweiterten Sitzung, an der jetzt auch die Großfürsten teilnahmen und in welcher der Großfürst Sergej, der Generalgouverneur von Moskau, den Ausschlag gegeben zu haben scheint.

Die markanteste Tatsache ist jedenfalls, daß die Detailarbeit zur Ausarbeitung der im Manifest formulierten Zugeständnisse dem Ministerkomitee zugewiesen ist und daß damit Witte, den man bereits zu den politisch Toten gelegt hatte, wieder in den Vordergrund tritt. Ohne Zweifel werden wir bald mehr von ihm hören.

Blickt man aber auf die durch Rußland ziehende Stimmung, so ist nichts unwahrscheinlicher, als daß es bei dem bleibt, was das Manifest verkündigt. Es wird entweder weniger oder mehr kommen. Im ersteren Fall, wenn infolge der Opposition auch das Gebotene sich nicht ausführen läßt, wird Swjätopolk-Mirski weichen müssen, um einem Stärkeren Platz zu machen, und wir gehen dann vielleicht einer neuen Ära Loris-Melikow mit allen ihren Folgeerscheinungen entgegen, im anderen Fall wird eine Art politischer Mitarbeit der Semstwos sich nicht umgehen lassen, und wir stehen dann an der

Schwelle einer neuen Ära für Rußland. Wer aber mag sagen, was sie bringen wird! Am wenigsten wohl aber läßt sich voraussehen, welche Wendung dann die auswärtige Politik Rußlands nehmen würde.

Inzwischen aber sind ringsumher wichtige Dinge geschehen. Der Rücktritt des österreichischen Ministerpräsidenten wird von Wiener Blättern ausdrücklich dem törichten Verhalten der österreichischen Alldeutschen und der deutschen Volkspartei schuld gegeben. Jetzt freilich lassen beide den Kopf hängen, während die Tschechen durch Herrn Kramarsz bereits ankündigen, daß sie nunmehr ihre Obstruktion einstellen wollen. Offenbar meinen sie, daß eine ihnen günstige Stunde geschlagen habe. Auch andere Hoffnungen und Ansprüche beginnen sich zu regen. In den „Pet. Wjedowosti" findet sich eine Korrespondenz eines „Dalmatiners", die im wesentlichen folgende Gedanken ausführt: Das österreichisch-italienische Bündnis sei ein politisches Paradoxon, dem Herr Delcassé durch seine Entente mit Italien den Todesstoß versetzt habe. Was Italien und Österreich-Ungarn trenne, seien divergierende Handelsinteressen, zumal auf der Balkanhalbinsel. Dazu komme die Feindseligkeit der Italiener gegen die Deutsch-Österreicher und ihre Neigung, sich den Slaven anzuschließen. Österreich-Ungarn wiederum stoße auf Schritt und Tritt auf Hindernisse, die ihm Italien bereite und werde durch den Irredentismus ernstlich beunruhigt. Das alles könne leicht zu einem Zusammenstoß führen, den zwar beide Regierungen zu verhindern ernstlich bemüht seien, dessen Möglichkeit aber keineswegs als ein bloßes Phantasma erscheine. Giolitti wisse sehr wohl, wieviel stärker Österreich-Ungarn sei und wünsche deshalb den Frieden, so daß er in allen Konfliktspunkten schließlich stets nachgebe. Darauf aber gerade rechneten alle Feinde Italiens, und ihre Hoffnung gehe dahin, die Lombardei und Venetien (!!) zurückzugewinnen. In dem Moment, da eine solche Gefahr eintrete, aber werde Italiens Schicksal von Rußland abhängen, und das sei der eigentliche Grund, der Ricciotti Garibaldi veranlasse, auf eine Vereinigung der Slaven und Lateiner hinzuarbeiten: denn Italien hoffe, daß nach Beendigung des Kriegs im fernen Osten Rußland seine säkulare Politik auf der Balkanhalbinsel wieder aufnehmen werde. Natürlich aber sei diese Hilfe nur zu erwarten, wenn Italien sich Rußland gegenüber loyal

verhalte. „Alles hängt davon ab, ob Italien das auch einsehen wird."

So schließt der Dalmatiner, den wir wohl als einen der Parteigänger Ricciotti Garibaldis zu betrachten haben, seine Zukunftsphantasie, und wir hätten es nicht der Mühe wert gehalten sie hier wiederzugeben, wenn nicht in der Tat die Zustände auf der Balkanhalbinsel zu ernsten Bedenken Anlaß gäben. Im Grunde ist trotz aller Reformarbeit und trotz aller Europäer, die sie kontrollieren, nichts besser geworden. Die Gegnerschaften sind dieselben geblieben; nicht so sehr Türken und Christen, als die Balkanchristen in ihren widersprechenden konfessionellen Differenzen und ihren unvereinbaren territorialen Ansprüchen bilden den eigentlichen Kern des Problems. Da aber sehen wir kein Heilmittel und nur das eine Gemeinsame, daß alle, Bulgaren, Serben und Griechen, der Türkei Mazedonien nehmen und sich, unter Ausschluß der übrigen Prätendenten, zu eigen machen wollen. Im Hintergrunde aber stehen die Ansprüche der großen Mächte, die ausgesprochenen und die sorgfältig zurückgehaltenen, die sich ebensowenig in eine Gleichungsformel bringen lassen. Auch verzichten wir darauf, sie zu charakterisieren. Nur auf einen merkwürdigen Punkt sei hingewiesen. Im Programm des liberalen Rußland gibt es keine Balkanpolitik, die territoriale Ansprüche für Rußland erhöbe, wohl aber denkt man slavisch, d. h. man würde jeden Erfolg der slavischen Völkerschaften gern sehen und zufrieden sein, sobald die Meerengen geöffnet sind. Daß das offizielle Rußland von heute anders denkt, aber ist kein Geheimnis.

Eine andere wichtige Tatsache erkennen wir in der jetzt wirklich akut gewordenen marokkanischen Frage, die Frankreich, es mag wollen oder nicht, zu der Aktion nötigen wird, die wir als Folge des englisch-französischen Abkommens sofort bei Abschluß desselben ankündigten.

Dem „Standard" ist, offenbar von einem Kenner, darüber die folgende Zuschrift zugegangen:

„Es ist für einen Europäer keineswegs leicht, die Schwierigkeiten der Lage in Marokko zu verstehen. Das kann nur, wer kürzlich hier gewesen ist und mit eigenen Augen gesehen hat. Es ist nicht recht, wenn man den Sultan tadelt. Er ist so wohlgesinnt wie nur irgendwer im Lande. . . . Die wahren Regenten des Landes — soweit

überhaupt von einer Regierung die Rede sein kann — sind die Ulemas, d. h. die Gelehrten, die Ausleger des Korans, Autoritäten für die Lehre des Korans und der Tradition. . . . Sie sind die Vermittler zwischen der unwissenden Majorität des Landes und der einzigen hier vorhandenen lebendigen Kraft, dem Glauben an Mohammed. Die Ulemas verurteilen im Prinzip alles, was vom Christentum ausgeht, es gibt eben nirgends in der Welt orthodoxere und fanatischere Muselmänner, als in Marokko. . . .

„Das stete Reden von „pénétration pacifique" hat keinen Sinn. Ebenso gut könnte ein Bär durch „pénétration pacifique" in einen Bienenstock gelangen. Der junge Sultan verlor sein Prestige und seinen Einfluß auf das Volk, als er vor einigen Jahren in jugendlicher Neugier sich englischem Sport und europäischen mechanischen Spielen hingab. . . . Der Prätendent, *mit seinem Reichtum an französischem Gold*, griff diese wichtige Tatsache auf, und das Resultat war, daß er ⅓ des Volkes dem Sultan entfremdete, während der Rest hoffnungslos gleichgültig blieb. Ich zweifle daran, ob der Sultan im gegenwärtigen Augenblick soviel Einfluß hat wie der Räuber Raisuli, dessen Spitzbuben jetzt durch die Straßen Tangers ziehen, die Bauern terrorisieren und jedermann bedrohen. Der eigentliche Grund für die Unbotmäßigkeit des Volkes . . . ist der tief gegründete Verdacht, daß der Sultan mit den Christen im Einverständnis stehe und christliches Gesetz und christliche Methoden im Lande der untergehenden Sonne einführen wolle. Liegt es aber so, daß das Einzige, was gefürchtet und gehaßt wird, die Einführung fremden Einflusses ist, so sollte doch der aussichtslose Gedanke einer „pénétration pacifique" aufgegeben werden."

Im weiteren Verlauf der Korrespondenz wird dann der originelle, aber sehr einleuchtende Gedanke entwickelt, daß gerade das englisch-französische Abkommen den Marokkanern den Mut zum Widerstande gegeben hätte. In Marokko wisse jedermann davon, und der Schluß, der sich daraus ergebe, sei, daß man es eben nur mit Frankreich zu tun haben werde. Frankreich allein aber glaube man durchaus gewachsen zu sein. „Gewiß, das trifft nicht zu: aber die Eroberung wird den Franzosen sehr teuer zu stehen kommen sowohl an Menschen, wie an Geld, denn natürliche Festungen wie er Riff sind weit schwerer zu erobern als Tibet, zumal die Bevölkerung weit

kriegerischer ist. Was Frankreich tun kann und tun sollte, wenn es dem englisch-französischen Abkommen gerecht werden will, wäre, für Sicherheit in den Hafenstädten zu sorgen, in welchen Europäer sich aufhalten. Die marokkanische Regierung zahlt 2000 Dollars wöchentlich, um Tanger in Ordnung zu halten, was jeder anständige Europäer mit 500 Dollars besser besorgen würde. Aber der größte Teil dieser Gelder bleibt in der Tasche der Beamten."

Das ist gewiß sehr lehrreich und wird auch den Franzosen zu denken geben. Die Nationalisten schlagen bereits jetzt Lärm und weisen darauf hin, daß man in dem günstigen Moment, da England schlimmer als je gegen Deutschland gesinnt sei, seine Kräfte an Marokko wenden wolle, statt sie für die Revanche parat zu halten! Wir danken für die freundliche Erinnerung, sind aber der Meinung, daß selbst wenn die Herren Nationalisten ans Ruder kämen, sie sowohl wie England sich überlegen würden, ob der Revanchefeldzug auch wirklich die erwarteten Früchte eintragen kann. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde es in Frankreich bei großen Worten sein Bewenden haben, in England aber inzwischen das Gespenst der deutschen Gefahr durch irgendeine Realität in den Hintergrund gedrängt sein.

Vielleicht sehen wir diese Realität bereits am Horizonte aufsteigen. Es hat sich in London unter dem Vorsitze des Herzogs von Wellington eine „National service League" konstituiert, um in England für den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht Propaganda zu machen. Wir wünschen diesen Bestrebungen den besten Erfolg. Denn das Bewußtsein der persönlichen Verantwortlichkeit und der Notwendigkeit, für politische Aspirationen eventuell auch mit dem eigenen Leben einzutreten, sowie ein Gefühl größerer Sicherheit auf dem eigenen Grund und Boden, wird eminent beruhigend wirken und dazu beitragen, die selbstgemachten Kriegsgespenster zu verscheuchen. Die allgemeine Wehrpflicht, kombiniert mit parlamentarischen Institutionen ist ein den Frieden mächtig förderndes Element.

5. Januar. Ministerium Cantakuzeno. Auflösung des rumänischen Parlaments.
7. Januar. General Trotha meldet Erfolge des Majors Meister gegen die Hottentotten.
10. Januar. Wiederaufnahme der Sitzungen im Reichstag und Abgeordnetenhaus. Iswolski und Nagi erhalten den Orden pour le mérite. Versuch, das Denkmal Friedrichs des Großen in Washington zu zerstören.

11. Januar 1905.

In einem redaktionellen Artikel des „Standard" vom 5. Januar werden aus bester Hand (from an authoritative quarter), d. h. wohl aus der japanischen Gesandtschaft in London, die Bedingungen mitgeteilt, unter denen Japan sich zu einem Friedensschluß bereit finden werde. Es wird dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß die Initiative zu Friedensverhandlungen von Rußland ausgehen müsse. Erst da danach könne Japan mitteilen, was seine Bedingungen seien. Heute würden es annähernd die folgenden sein:

Rückgabe der Verwaltung der drei mandschurischen Provinzen an China und Abzug der russischen Truppen, als conditio sine qua non.

Rückkauf der mandschurischen Eisenbahn durch China: da aber diese Finanzoperation voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen müsse und die erforderlichen Summen wohl von einem internationalen Syndikat aufzubringen sein würden, das aus den am mandschurischen Handel interessierten Mächten bestehen dürfte, Kontrollierung der mandschurischen Bahn durch eine zugleich chinesische und internationale Organisation (board).

Aufhebung der russisch-chinesischen Bank.

Übergang des russisch-chinesischen Pachtvertrages über die Halbinsel Kwantung auf Japan und Verzicht Rußlands auf all seine früheren Rechte.

Berechtigung Japans, die koreanische Eisenbahn von Wiju mit der chinesischen Eisenbahn in Niutschwang zu verbinden. Talny solle Freihafen, Port Arthur Festung mit japanischer Garnison werden.

Ausschließliches Protektorat Japans über Korea, Verzicht Rußlands auf alle jetzigen und künftigen Konzessionen in Korea. Entschädigung für Privatkonzessionen in Geld. Berechtigung Japans, zum Schutz Koreas Festungen anzulegen, Garnisonen zu halten und Operationsbasen für die Marine zu schaffen.

Abtretung Sachalins an Japan, worauf besonderes Gewicht gelegt werde.

Zahlung einer Kriegsentschädigung von mindestens 100 Millionen Pfd. St.

Bei längerer Dauer des Krieges könne Wladiwostok als neue Forderung Japans hinzutreten. Einen eisfreien Hafen könne es Rußland nicht zugestehen. Endlich in der Zeit, die zwischen Räumung der Mandschurei durch die Russen und dem Einrücken der chinesischen Truppen liegt, würden die Japaner das Land besetzen. Wahrscheinlich handle es sich aber nur um einen kurzen Zeitraum.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieses doch erstaunlich weitgehende Programm, dessen Verwirklichung sich unter den heutigen Verhältnissen als unausführbar bezeichnen läßt und das als selbstverständlich eine weitere Reihe japanischer Erfolge vorauszusetzen scheint, durch die Wirren, welche die Verfassungsfrage in Rußland hervorgerufen hat, und durch den tiefen Pessimismus der führenden russischen Zeitungen und Zeitschriften stark beeinflußt worden ist. In der Tat wäre das nicht wunderbar. Die „Peterburgskija Wjedomosti" werfen in einem Artikel „An des Grabes Pforten", den ein Herr Sisesenki zeichnet, die Frage auf, welchen Nutzen wohl die Erwerbung der Mandschurei für Rußland haben könne, da Sibirien wüste liege und die Kernprovinzen Rußlands bettelarm geworden seien? Und weiter: wie denn Rußland im fernen Osten das Übergewicht erringen solle, da es weder eine Flotte, noch Kohlenstationen habe? Es wäre wirklich an der Zeit, dem russischen Volke mitzuteilen, was eigentlich nicht der Anlaß, sondern der Grund dieses Krieges sei. So lange Port Arthur noch russisch war, habe man von der Pflicht reden können, diese Festung zu entsetzen. „Wen aber sollen wir jetzt entsetzen mit Hingabe unserer Brüder, unseres Blutes und unserer kümmerlichen Spargroschen?" In der Gesellschaft habe man bisher immer gesagt: „Das alles ist ein Teil des Kriegsplanes!" Nach diesem Plan habe Stackelberg seinen Vormarsch

begonnen, um geschlagen zu werden: wie geplant war, habe man Liaujang aufgegeben, ganz planmäßig habe Kuropatkin seinen Angriff begonnen, um dann den Rückzug anzutreten; gewiß habe Makarow nach Plänen manövriert, und sei das Geschwader von Port Arthur nicht nach Wladiwostock gedampft; endlich habe man auf Grund dieses Planes die Reste der Flotte im Hafen von Port Arthur entweder in die Luft gesprengt oder versenkt. Nur die Übergabe von Port Arthur gehörte nicht in den Plan, denn die Festung sollte sich, wie versichert wurde, bis zur Ankunft des zweiten Geschwaders im Februar halten.

Der Schluß des Artikels klingt etwas zuversichtlicher aus. Er lautet wörtlich: „Die Wichtigkeit des Falles von Port Arthur liegt darin, daß es jetzt entweder zum Frieden oder zur Erneuerung des Krieges kommen muß. Wenn, wie wir hoffen, das zweite geschieht, so mag es mit erneuerten Kräften, gefaßten Geistes und, nach allen Richtungen hin, auf Grund eines reif überdachten Planes geschehen! Für die Aufstellung eines solchen Planes sollten die elf Monate, die hingegangen sind, und die Milliarden dem russischen Herzblut abgerungenen Groschen doch ausreichen!

Verwirklicht sich dieser Traum, so kann die Wunde von heute morgen zum Triumph führen, und dann verspricht der Tod eine Auferstehung:

„An des Grabes Tür — ein neues Leben."

Das ist zugleich eine Probe der Sprache, die heute in Rußland geführt wird, obgleich, trotz Swjätopolk-Mirski, die Zensur auch jetzt noch gelegentlich recht nachdrücklich dazwischen fährt. Aber man wird nicht verkennen, daß auch in diesen Schlußworten der tiefe Pessimismus durchklingt.

Wir finden ihn fast noch trostloser in der folgenden redaktionellen Notiz der „Nowoje Wremja": „Wir haben Nachrichten erhalten, die keinen Zweifel darüber lassen, daß lange nicht alle Sendungen Mukden erreichen, und daß, was aus Petersburg eintrifft, alle Merkmale der Tätigkeit unberufener Hände zeigt: die Körbe mit Sachen erweisen sich als leer oder sie enthalten Schutt; statt 100 Kisten werden nach langem Suchen zwölf gefunden usw. Es tut weh und beleidigt, solche Dinge zu hören; es gibt also Leute, welche es möglich finden, im gegenwärtigen Kriege nicht mit der Gesamtheit zu arbeiten,

die in ihm nur ein leichtes Mittel erkennen, um sich persönlich zu bereichern . . . Man sollte solche Diebstähle wie Raub beurteilen, und mit den Schuldigen wie mit Marodeuren verfahren." Dieser letzteren Meinung sind wir auch, aber wir finden es erstaunlich, daß die „Nowoje Wremja" sich darüber wundert. Kann sie denn einen russischen Krieg nennen, in dem es anders gewesen ist? Wir kennen keinen, vom vaterländischen Kriege von 1812 ab, bis zum letzten türkischen Kriege. Alexander I. sprach deshalb allen Offizieren der Intendantur (mit wenigen Ausnahmen) das Recht ab, die Uniform zu tragen, und Alexander II. schlug schließlich die Untersuchung über die ungeheueren Diebstähle nieder — weil die Spuren zu hoch hinaufreichten. Und was ist nicht alles zur Zeit des dazwischen liegenden Krimkrieges geschehen? Hier liegt die eigentliche Gefahr nicht nur für den Krieg, sondern auch für die Reformbewegung: die Menschen lassen sich nicht durch Paragraphen neuer Gesetze und durch den Glanz neuer Freiheiten umwandeln! Wir teilen durchaus die Ansicht eines Kenners, der uns kürzlich aus einer großen russischen Stadt über die Reformfrage u. a. das Folgende schrieb: „An den wirklichen ‚Frühling' glaube auch ich nicht; hier ging die Bewegung recht hoch, aber — und nun kommt ein sehr langes aber. Mit dem heutigen Regime ist niemand zufrieden, davon ist natürlich keine Rede: wer es verteidigt, verfolgt bis auf einige Fanatiker persönliche Ziele. Aber an der Bewegung haben sich doch die verständigeren Elemente kaum beteiligt. Denen war sie zu radikal, zu weitgehend und zu verschwommen. Hier speziell hatten die Meetings noch einen besonderen semitischen Anstrich, was ich der jüdischen Intelligenz ja auch nicht verübeln kann. Während des einen Hauptbankettes ging ich zufällig am Festlokal vorbei. Oben die schwungvollen, radikalen Reden und schönen Worte, unten auf der Straße eine tobende Volksmenge, die von Kosaken auseinander geritten wurde. Ich mußte lebhaft an die Gironde denken und an die Väter der Revolution, die von ihrem Kinde verschlungen wurden. Und dann noch eins, was die Skepsis stärkt und mich hindert, freudig an einen möglichen ‚Frühling' zu glauben. Wo wir teilweise Selbstverwaltung haben, wie in der Stadt, da liegt es im argen, funktioniert miserabel, und die Herren Stadträte füllen sich die Taschen, ganz wie der berüchtigte ‚Tschinownik'. Und wo soll man die

Männer für die neue Verwaltung hernehmen? Seit zwanzig Jahren wird alljährlich der fähigste Teil unserer Jugend aus der Universität gejagt, ihre Karriere ist mindestens geknickt und die Mittelmäßigkeit groß gezogen. Diese fähigere Jugend ist durch ihre Schicksale derart radikal geworden, daß ihre Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen erscheint."

Der hier zum Ausdruck kommende besonnene und trauernde Pessimismus kommt in anderer Weise zur Geltung, wenn es sich um die Haltung des Auslandes handelt. Einmal ist es das von der Presse leidenschaftlich kolportierte Gerücht von der Feindseligkeit Englands, die schließlich zu einem wirklichen Kriege zwischen Rußland und England führen könne, dann ist es die ungeheure Enttäuschung, welche die Haltung Frankreichs hervorgerufen hat. Die „Birshewyja Wjedomosti" exemplifizieren ganz direkt am „Temps", der, obgleich er das Organ Delcassés sei, es für nötig gehalten habe zu erklären, daß es unter den jetzigen Verhältnissen sehr schwierig sein werde, die japanischen Prätensionen mit Hülfe der gewöhnlichen Mittel zu mäßigen, welche der Diplomatie zur Verfügung stehen.

Noch merkwürdiger ist ein Artikel, den die „Nowoje Wremja" zu den russischen Weihnachten veröffentlicht hat, und aus dem wir den folgenden Passus als besonders beachtungswert hervorheben wollen: „Haben wir nicht — so heißt es in diesem Leitartikel — das moralische Recht, uns an unsere westlichen Nachbarn zu wenden und ihnen zu sagen: helft uns doch um unseres gemeinsamen Heilandes und Erlösers willen, im Namen des einen Symbols des christlichen Glaubens, das wir mit euch teilen.

„Helft uns, nicht mit eurem Blut, nicht in tapferen Kämpfen oder indem ihr euch für uns verwendet, sondern nur dadurch, daß ihr aufhört, das gegen unsere Brust gerichtete Schwert des Feindes zu schärfen, denn wir kämpfen ebenso für euch wie für uns. Wir richten keine dreiste Frage an Gott — wozu auch, nur an euch wenden wir uns, an euch, die ihr nur dem Namen nach Christen seid, in Wirklichkeit an das goldene Kalb glaubt und an dessen Herren, den unersättlichen Menschenfeind und Menschenvertilger, den Moloch.

„Verstehen denn die heimtückischen Freunde und die hartherzigen Brüder nicht die Größe unseres Landes und den Kampf

wert unserer historischen Tat? Sehet, wie deutlich, wie unbestreitbar aufrichtig, wie weitherzig und fast gewaltsam, trotz des Druckes der europäischen Börsenethik, sich uns ein ungeheucheltes Mitgefühl zuwendet — nicht vonseiten der Herrscher oder Konsuln, die sorgen zumeist für ihr eigenes Bestes, sondern der Völker selbst, die aus der Tiefe ihres Empfindens ihrem historischen Instinkte folgen."

So geht es noch lange weiter, aber aus den dunklen Tönen dieser für ein politisches Blatt doch ungewöhnlichen Klänge, geht mit voller Deutlichkeit hervor, daß es die Sorge um die Flotte Rojhéstwenskis ist, welche den Verfasser dieser Ausführungen ebenso quält wie die „Wirshewyja Wjedomosti" und obgleich umkleidet, ist das eine sicher, daß die Apostrophe hier wie dort vornehmlich sich an die französische Adresse richtet. Und da will uns nun scheinen, daß der russische Pessimismus vielleicht doch zu weit geht. Es liegt in der Tat so, daß im Augenblick die für Rußland wichtigste Frage ist, ob es möglich sein wird, Rojhéstwenski und seine Kriegsschiffe mit allem, was zu ihnen gehört, so lange in Sicherheit zu setzen, bis es gelingt, jenes dritte Geschwader herbeizuführen, das ihm die Übermacht über die Japaner sichern soll. Denn die viel ventilierte Frage, ob das Geschwader zurückzurufen sei, scheint endgültig in negativem Sinne entschieden zu sein. Auch meldet ein Telegramm des T. B. Hd., daß Rojhéstwenski aus Petersburg die Weisung erhalten habe, mit seiner Flotte bis auf weiteres in St. Marie, das ist im Hafen der kleinen, an der Ostküste Madagaskars gelegenen Insel zu bleiben.

Das könnte natürlich nur mit der Genehmigung Frankreichs geschehen, und damit wird demjenigen, der die Wahrscheinlichkeiten der Zukunft zu erkennen sucht, die Aufgabe gestellt, aus der bisherigen Haltung Frankreichs auf die Konsequenzen zu schließen, die sich für die politisch-militärische Lage des Augenblicks ergeben. Die Handhabe dazu gibt uns ein Artikel des „Temps" vom 15. August vorigen Jahres, den wir sorgfältig aufbewahrt haben, weil er die prinzipielle Stellung Frankreichs in den Fragen des internationalen Seerechts festlegt. Auch sind eben jetzt bei Mittler u. Sohn „Die Neutralitätserlasse 1854—1904" veröffentlicht worden, was kombiniert mit dem vortrefflichen Buch von F. Perels „Das internationale öffentliche Seerecht der Gegenwart", 2. Auflage 1903 (Mittler u. Sohn) ein genügendes Material bietet, um zu einem bündigen Urteil zu gelangen.

Den Ausgangspunkt für die Darlegungen des „Temps“ bietet das Erscheinen russischer Kriegsschiffe im Hafen von Kiautschu nach der unglücklichen Seeschlacht vom 10. August 1904. Man gestattete ihnen, Kohlen einzunehmen, eines der Schiffe verließ nach 24 Stunden den Hafen, die übrigen blieben länger, um die notwendigsten Reparaturen vorzunehmen. Der „Temps“, den wir uns hier als hoch offiziös vorstellen müßten, will nun drei Fragen prüfen: das Recht des Aufenthaltes von Schiffen kriegführender Mächte in neutralen Gewässern, die Frage, wie Feindseligkeiten in neutralen Gewässern zu behandeln seien, und endlich, wie es mit der Proviantierung in neutralen Häfen stehe.

Der „Temps“ kommt dabei zu den folgenden Ergebnissen. 1. Wo kein besonderer Vertrag zwischen einer kriegführenden Macht und einem neutralen Staat existiere, dürfe der Neutrale seine Häfen den Kriegführenden öffnen, wenn sie verfolgt werden, bei Seenot und wenn sie Havarie gelitten haben. Allerdings dürfe man, was einem der Kriegführenden gewährt würde, dem anderen nicht versagen.

England habe, abgesehen, wo große Havarien vorliegen, die Zeit des Aufenthalts auf 24 Stunden beschränkt. Aber in der französischen Neutralitätserklärung vom 15. Februar 1904, die ausdrücklich das Verhalten für die Dauer des russisch-japanischen Krieges festsetze, werde der Aufenthalt von Kriegsschiffen der kriegführenden Mächte in französischen Häfen durch keinerlei Terminbestimmung limitiert, vorausgesetzt, daß diese Schiffe keine Prisen mit sich führen. Es ist das die Wiederholung der Bestimmung, die sich schon in den Neutralitätsregeln vom 27. April 1898 in folgendem Wortlaut findet (spanisch-amerikanischer Krieg): „La durée du séjour dans nos ports de belligérants non accompagnés d'une prise, n'a été limitée par aucune disposition spéciale.“

Desgleichen bestreitet der „Temps“ mit allem Nachdruck den Japanern, daß sie berechtigt gewesen seien, den nach Tschifu geflüchteten und von den Chinesen abgerüsteten „Reschitelni“ gewaltsam aufzuheben. Selbst wenn der „Reschitelni“, wie die Japaner behaupteten, Depeschen für Kuropatkin mit sich geführt und dadurch die Neutralität verletzt hätte, folge daraus nicht, daß die Japaner ihrerseits eine andere Verletzung des Völkerrechts dagegen zu setzen berechtigt gewesen wären.

Endlich erklärt der „Temps“ mit gleicher Unzweideutigkeit, daß zwar England durch Ordonnanzen vom 19. Dezember 1863 und vom 14. Juli 1870 die Versorgung kriegführender Schiffe mit Kohle dahin beschränkt habe, daß nicht mehr Kohle geliefert werden solle, als das betreffende Kriegsschiff zur Erreichung des nächsten eigenen Hafens brauche. „Aber,“ so fährt der „Temps“ fort, „obgleich diese Beschränkung allgemein eingehalten worden ist, ist sie doch nicht verbindlich, keine präzise Vorschrift des Völkerrechts ordnet sie an, und selbst wenn die allgemeine Tendenz der neutralen Mächte dahin gehen sollte, sich die von England aufgebrachte Vorschrift zu eigen zu machen, kann doch ein (beliebiger) Staat sie ablehnen, ohne deshalb seiner Neutralität untreu zu werden.“ („Cependant elle n'est pas obligatoire, aucune règle précise du droit international ne l'impose, et encore que la tendance générale des puissances neutres soit d'adopter la règle fixée par le Royaume Uni, un Etat peut ne pas l'admettre sans porter atteinte à la neutralité.“

Damit scheint doch ausgesprochen zu sein, daß Rußland nicht nur alle Aussicht hat, sein Geschwader in den französischen Häfen nach jeweiligem Bedarf mit Kohle zu versorgen, sondern daß es Rojhéstwensti allerdings möglich wäre, in St. Marie, oder wo sonst immer, die Ankunft des russischen Hülfsgeschwaders in aller Ruhe abzuwarten. Und das wäre in der Tat von ungeheurer Wichtigkeit und könnte die gesamte Kriegslage verändern. Eine Voraussetzung freilich machen wir dabei, daß nicht ein besonderer Vertrag zwischen Japan und Frankreich besteht, der jenes von Frankreich in Anspruch genommene Asylrecht beschränkt (Si aucun traité particulier n'est intervenu entre la Nation en guerre et l'Etat neutre, ce dernier peut autoriser les navires belligérants (deren Zahl ja auch nirgends beschränkt ist), à chercher asil dans ses ports . . .), aber das ist um so unwahrscheinlicher, als Frankreich von jeher an seiner alten Tradition festgehalten und kriegführenden Schiffen, die keine Prisen mit sich führten, seine Häfen zu beliebig langem Aufenthalt erschlossen hat. Auch hat es 1870 während des Krieges diese Praxis, selbst wo sie gegen Frankreich geübt wurde, ohne Widerspruch gelten lassen. Die wenigen deutschen Schiffe unserer Kriegsflotte blieben unbehelligt in neutralen Häfen. So hat z. B. die „Arcona“, welche auf

der Rückreise von der Kriegserklärung überrascht wurde, in Terceira gelegen, ohne zu desarmieren, und ebenso blieb das vom späteren Admiral Knorr befehligte Kanonenboot „Meteor" in Havanna und lieferte von dort aus dem französischen Kanonenboot „Le Bouvet" ein siegreiches Seegefecht, das allerdings schließlich von den Spaniern unterbrochen wurde. In dem gegenwärtigen Kriege aber hat das Geschwader Wirenius bekanntlich lange genug in Djibuti gelegen, das in Wirklichkeit die Basis für die Operationen des russischen Geschwaders war. Das ist aber um so bedeutsamer, als der Punkt 8 der Neutralitätserklärung Frankreichs vom 27. April 1898 ausdrücklich sagt, daß die Schiffe, die in französischen Häfen ein Asyl gefunden haben, „doivent s'abstenir de faire du lieu de leur résidence la base d'une opération quelconque contre l'ennemi."

Durchdenkt man die sich aus alledem ergebenden Konsequenzen, so könnten wir, mit unserer bisher aufrecht erhaltenen Meinung, daß die alliance franco-russe von französischer Seite keine anderen Früchte bringen werde als Worte und Ehrensäbel, am Ende doch falsch argumentiert haben. Jedenfalls ist es eine Entscheidung von ganz immenser Tragweite, die jetzt bevorsteht, und es ist nicht unmöglich, daß damit das politische Barometer für Rußland aus dem bisherigen Tiefstand plötzlich auf schön Wetter steigt.

12. Januar. Einzug der Japaner in Port Arthur.
13. Januar. Konstituierung des Ministeriums Christensen in Dänemark.
14. Januar. Ministerkrisis in Frankreich. Attentat auf Trepow in Moskau.
17. Januar. Demission des Ministeriums Combes.
18. Januar. Arbeiterausstand in Petersburg.

18. Januar 1905.

Im Januar 1905 hat die in London erscheinende „Independent Review" ihren vierten Jahrgang begonnen. Es ist eine Monatsschrift, die es wohl verdient, in Deutschland größere Verbreitung zu finden, als gegenwärtig der Fall zu sein scheint. Wenigstens erinnern wir uns nicht, daß sie in den letzten Jahren in unserer Presse erwähnt worden wäre. Die „Independent Review" gehört noch zu den Organen, die der Modepolitik des Tages zu widersprechen den Mut haben, und das wird vielleicht am besten durch die Bemerkungen illustriert, mit denen die „Review" den Ankauf des „Standard" durch Mr. Pearson begleitet. Sie geht davon aus, daß das vornehmste anglo-indische Organ, der „Pioneer", in dem Verkauf des „Standard" einen „unberechenbaren Verlust für den englischen Journalismus" erkennt und mit ungewöhnlicher Bitterkeit die Methode stigmatisiert, den Gegner durch Aufkaufen seines Organs mundtot zu machen. Dann fährt die „Independent Review" fort: „Nach unserer Auffassung ist ein großes politisches Blatt ein lebendiger historischer Organismus, mit einer Tradition, die nicht durch die Macht des Kapitals roh zerbrochen und in den Wind verstreut werden sollte. Von diesem Standpunkte aus war der „Standard" der Exponent und Dolmetscher eines wichtigen und achtbaren Teils der konservativen Partei. Heute ist er eine von Mr. Pearsons Reklamepfeifen geworden. Allerdings haben einige Mitglieder der Redaktion (der Leiter des Blattes nicht) ihre Dienste auch weiterhin zur Verfügung gestellt. Aber diese Redaktion muß in fremden Zungen reden. Eine politische Überzeugung ist erkauft worden. Das einzige Londoner Penny-Morgenblatt, das die Grundsätze des Frei-

handels aufrecht erhielt, ist in einen Zeitungstrust hineingefegt worden und gehört heute dem Mann, welchem Mr. Chamberlain das Schmeichelwort anhing: „Der brutalste Streber (greatest Hustler), den ich kenne". Es ist der „Standard" nicht mehr; es ist nur eine Stimme mehr im halben Dutzend serviler Blätter, deren Aufgabe es ist, im Chorus den Ruhm Chamberlains zu singen und die von ihm diktierten Trugschlüsse über die Tarifreform zu wiederholen."

Das ist sehr bitter, aber es ist gewiß auch wahr, denn wenn die Stimme der öffentlichen Meinung feil wird und dem Reichsten gehört, wird sie nicht nur würdelos, sondern wertlos. Auf Täuschung berechnet, durch Überrumpelung gewonnen, muß früher oder später auch vor der Öffentlichkeit die Maske fallen, welche die Blöße der verlorenen sittlichen Kraft zu verdecken bestimmt ist.

Es ist uns im Hinblick auf diese wenig erfreulichen journalistischen Krankheitserscheinungen eine besondere Genugtuung gewesen, in der „Independent Review" eine in jeder Hinsicht befriedigende Würdigung der deutsch-englischen Beziehungen zu finden. Wir lesen nämlich in der einleitenden politischen Übersicht (Notes on current events): „Das Interview mit Graf Bülow, das im Dezemberheft der „Nineteenth Century" veröffentlicht wurde, und die Rede, die er am 5. Dezember im Reichstage hielt, haben bewirkt, daß der antideutschen Kampagne, die bei uns durch gewisse einflußreiche Journale betrieben wird, besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Seit Monaten und Jahren ist mit Hartnäckigkeit und Überlegung darauf hingearbeitet worden, dem englischen Volke die Vorstellung beizubringen, daß Deutschland von altersher unser heimlicher Feind sei, daß die deutsche Diplomatie in jeder Hauptstadt der Welt am Werke sei, um unsere Politik zu durchkreuzen und unsere Interessen zu schädigen, daß sie ungeduldig auf die Stunde warte, da Deutschland stark genug sein werde uns in einen Krieg zu verwickeln. Bei jeder Krisis, die wir durchmachen, mag sie klein oder groß sein, werden wir aufgefordert, die Spuren des bösartigen deutschen Einflusses zu erkennen. So sagt man uns — um von den allerneuesten Anläufen zu reden —, daß Deutschland dazwischentrat, um zu verhindern, daß China unseren Vertrag mit Tibet ratifiziere, und daß Deutschland schuld trage an der Panik der baltischen Flotte in der wohlerwogenen Absicht, uns mit Rußland zu verfeinden. Dergleichen

Behauptungen aufzustellen ist ebenso leicht, als es töricht und gefährlich ist. Sie gehen auf keine Autorität zurück, die man nennen könnte, und rechnen nicht mit Tatsachen, sondern mit Suggestionen und Insinuationen. Aber bei der allgemeinen Wiedergabe durch die Presse können die Folgen ebenso weittragend und unheilvoll sein, als wenn sie sich auf unwiderlegliche Tatsachen gründeten. Es ist daher eine Sache von höchster Wichtigkeit, daß wir vom deutschen Kanzler ein emphatisches und kategorisches Dementi der allgemeinen wie der speziellen Anschuldigungen erhalten haben. Wir erfahren jetzt von der höchsten Autorität, daß 1. nicht Deutschland die Russen gewarnt hat, sondern Rußland nach Deutschland mitteilte, daß ein Angriff der Japaner auf die baltische Flotte möglich sei, und daß 2. der deutsche Gesandte in Peking sich lediglich darauf beschränkte, anzufragen, ob der publizierte Text des Tibetvertrages korrekt sei, daran aber die Versicherung knüpfte, daß die Materie nicht in den Kreis der deutschen Interessen falle.

Nun steht es freilich den Leuten, welche die Zeitungen schreiben und ihren Lesern frei, den Angaben des Grafen Bülow keinen Glauben zu schenken. Was aber würden wir dazu sagen, wenn man im Auslande ähnliche Äußerungen unseres Prime Minister als machiavellistische Falschheit für unglaubwürdig erklären wollte? Und welchen Grund hätten wir, eine solche Haltung einzunehmen, wenn wir von den durch keine Beweise unterstützten Behauptungen der Korrespondenten englischer Zeitungen absehen? Da sollte doch das Wort des deutschen Kanzlers mehr gelten als das anonymer Korrespondenten! Aber es kann eingewendet werden, daß wir im Hinblick auf die allgemeine Lage Grund haben anzunehmen, daß Deutschland unser Feind ist. Was sind das für Gründe? „Deutschland vergrößert seine Flotte." Aber das tun wir auch; das tut jede Großmacht bei diesem ungesunden und tragischen Wetteifer der Rüstungen. „Aber die Deutschen sind unsere Handelsrivalen." Gewiß! das sind alle Nationen. Wenn das aber ein Grund ist, um eine politische Gegnerschaft auf Tod und Leben vorauszusetzen, weshalb stehen wir dann in so freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten? „Aber Deutschland hegt kolonialen Ehrgeiz." Unzweifelhaft. Ganz wie die Vereinigten Staaten und Frankreich, und doch sind unsere Beziehungen zu diesen Staaten die besten. Und im Ernst, von

welcher Kolonie glaubt man denn, daß Deutschland sie uns rauben will? Etwa Kanada unter lebhaftem Beifall der Vereinigten Staaten! Oder Australien und Neuseeland mit Zustimmung der neuen Weltmacht Japan! Südafrika, nachdem der lange und blutige Burenkrieg gezeigt hat, wie leicht das Unternehmen ist, besonders für eine Macht, welche das Meer nicht beherrscht! In der Tat, das alles ist so kindisch, wenn man näher zuschaut, daß es schwer fällt, zu verstehen, wie vernünftige Männer daran glauben konnten. Die Wahrheit ist, daß diese „Teuto-hetze" ebenso lächerlich wie gewissenlos ist. Unglücklicherweise verhindert das nicht, daß sie Folgen hat, die dem Weltfrieden gefährlich werden können. Wir wollen nur hoffen, daß die formelle Zurückweisung jeder antienglischen Verirrung der deutschen Politik durch den deutschen Reichskanzler dazu beitragen wird, die Besorgnisse aller ruhig denkenden Engländer zu beseitigen."

Wir schließen uns nicht nur diesen Ausführungen, sondern auch den am Schluß ausgedrückten Hoffnungen um so lieber an, als was bei uns an Verstimmungen gegen England vorhanden ist, nur der Reflex jener Vergiftungskampagne der „Times", „National Review" und Konsorten ist, deren Existenz und Gefahr uns hier zum ersten Male von einem hervorragenden englischen Journal bestätigt wird. Indirekt haben wir denselben Gedanken jedoch auch im Januarheft der „Fortnightly Review" gefunden, die uns bekanntlich keineswegs sehr wohlgesinnt ist und durch ihre deutschfeindlichen Ignotus-Artikel jener Gruppe angehört, welche die „Independent Review" „Teutohetze" nennt. Die „F. R." bringt nämlich einen sachlich ungemein lehrreichen Artikel über die englische und die deutsche Flotte, aus dem die freilich längst bekannte physische Übermacht Englands recht anschaulich zutage tritt. Selbst wenn unser Flottenprogramm anno 1917 oder, wie die „F. R." annimmt, schon 1912 durchgeführt sein sollte, bleibt diese Übermacht bestehen, da die Neuorganisation der englischen Flotte durch den Earl of Selborne, den ersten Lord der Admiralität, und durch den Admiral Sir John Fisher es England jederzeit möglich macht, durch Konzentrierung seiner drei Hauptgeschwader der Kanalflotte, der Nordsee und der Mittelmeerflotte an jedem beliebigen Punkte zu Verteidigung oder Angriff in bedeutender Übermacht zu erscheinen. Daran knüpft der durch drei Sterne bezeich-

nete Verfasser des Artikels, so weit Deutschland in Betracht kommt, die folgende Betrachtung: „Im Widerspruch zu allem, was gesagt und geschrieben worden ist, besteht kein ernst zu nehmender Grund für die oft wiederholte Behauptung, daß Deutschland darauf ausgehe, Händel mit uns zu suchen — das ist nicht mehr als ein weit verbreiteter Verdacht —, aber die deutsche Flottenpolitik kann Maßregeln entschuldigen, wie unsere Admiralität sie trifft. . . . Die Vorbereitungen der englischen Admiralität deuten keinen Schatten von Feindseligkeit gegen die deutsche Nation an. Deutschland hat infolge des Anwachsens seiner Handelsmarine das Recht, eine große Flotte zu haben. . . ." Wir haben die Zwischensätze und Nachsätze weggelassen, sie sagen im wesentlichen, daß auch Deutschland und ebenso keine andere Macht einen Grund habe, wegen der Neuorganisation der englischen Kriegsmarine zu sorgen, und das Ganze mündet aus in lebhafte Anerkennung für Selborne und Fisher, welche die Stärke der englischen Flotte als Kriegsinstrument verdoppelt, wenn nicht verdreifacht hätten.

Was uns an diesen Ausführungen erfreut, ist, daß aus ihnen ein Bewußtsein von Sicherheit spricht, das nur wohltätig auf die Stimmung der Nation zurückwirken kann. Wir dürfen hoffen, daß in Hinblick auf diese bündigen Erklärungen jenes hetzende Preßkonsortium allmählich seinen Einfluß auf die öffentliche Meinung des Landes verlieren wird. Denn wie es in jenem Artikel heißt, „die Alarmisten, nicht die Männer in autoritativer Stellung bedeuten eine Gefahr" (It is the alarmist who is the danger, not the authorities). Und damit hoffen wir, für geraume Zeit das künstlich aufgebauschte Thema der deutsch-englischen Beziehungen verlassen zu können.

Auch sind in den letzten 14 Tagen eine ganze Reihe wichtiger politischer Fragen wieder in den Vordergrund gerückt, die wenigstens in aller Kürze charakterisiert sein wollen. Wir denken dabei nicht an die sehr zu bedauernde Demission Herrn v. Körbers als österreichischen Ministerpräsidenten, denn das Ministerium Gautsch wird wohl im wesentlichen dieselben Wege gehen. Ein Geschäftsministerium, das, wie es erklärt hat, seine Stütze im Parlament, nicht außerhalb desselben suchen wird und das — vorläufig — die Unterstützung aller Parteien findet. Wie lange das anhalten wird, läßt sich freilich nicht absehen und sehr optimistisch können wir die Lage

nicht beurteilen. Aber es ist kaum glaublich, was diese alte habsburgische Monarchie alles an sich vorüberziehen lassen kann, ohne darum etwas anderes zu werden als sie war. Man findet sich mit einer gewissen Naivität in neue Situationen und lebt sich in das Unbequeme rasch ein — und das ist vielleicht das Klügste, was sich tun läßt. Auch die Ministerwechsel in Dänemark, Spanien, Griechenland und in Rumänien sagen uns nichts, wenngleich im Hinblick auf die doch erstaunlich unsichere Lage auf der Balkanhalbinsel auch das scheinbar Gleichgültige schließlich von Bedeutung werden kann. Daß sich dort die Frühlingswolken wieder zu dem alljährlich drohenden Gewittersturm zusammenballen, darüber kann kein Zweifel sein, und wir müssen gestehen, daß wir für dieses Jahr weniger sicher, als früher zu geschehen pflegte, einer unschädlichen Entladung der elektrischen Spannung entgegensehen.

Zu vollem Ausbruch ist dagegen das Gewitter in Marokko gekommen, seit der Bruder des Sultans der Führer der Aufständischen geworden ist. Die feindlichen Brüder sind beide Söhne legitimer Frauen des verstorbenen Sultans Mulai el Hassan, der Prätendent Mulai Hafid ist aber zehn Jahre älter. Der herrschende Sultan Mulai Abd el Aziz, dessen Mutter eine Cirkassierin war, an die er erinnern soll, gilt nicht für einen korrekten Anhänger des Islam, während Mulai Hafid den echten maurischen Typus darstellt und auch seiner Gesinnung nach dem Volke näher steht. Jetzt hat er sich in Marrakesch zum Sultan proklamieren lassen, wie behauptet wird, und wenn sich diese Nachricht bestätigt, nehmen englische Kenner an, daß damit ihm und seiner Dynastie der Erfolg gesichert sei. Mulai Hafid aber ist antifranzösisch und überhaupt fremdenfeindlich, wodurch jene pénétration pacifique, welche Frankreich sich zum Ziel gesetzt hat, immer unwahrscheinlicher wird. Vielmehr läßt sich annehmen, daß, wenn Frankreich nicht überhaupt in Marokko abdizieren will, ihm ein schwerer Krieg nicht erspart bleiben wird. Das käme aber um so ungelegener, als gerade jetzt die innere Krisis ihren Höhepunkt erreicht hat und der Rücktritt des Ministeriums Combes nur eine Frage von wenigen Tagen sein kann. Man kann nicht sagen, daß Herr Combes für einen schönen Abgang gesorgt hat. Die Parlamentssitzungen der letzten Wochen haben eine lange Reihe unwürdiger Szenen gebracht; von der Ohrfeigenaffäre Syveton

André bis zu dem grotesken Angriff auf den Ministerpräsidenten durch einen Abgeordneten, der ihm mit einer Kasserole zu Leibe ging und nur mühsam durch die huissiers gezügelt werden konnte. Von den feinen Formen des alten Frankreich, die noch bis in die neunziger Jahre hinein einigermaßen aufrecht erhalten wurden, scheint herzlich wenig in der Kammer übrig geblieben zu sein. Und was ist nicht alles, abgesehen von den periodischen Tätlichkeiten, an gegenseitigen Beschimpfungen geleistet worden! M. Doumer, der neue Kammerpräsident, hat die letzte Sitzung zweimal unterbrechen müssen, um der Kammer Gelegenheit zu geben, sich auszutoben. Für die auswärtige Politik Frankreichs ist nur von Interesse, ob Herr Delcassé sich behaupten wird. Sehen wir recht, so sind seine Aussichten günstig. Keinesfalls ist an die Rückkehr Hanoteaux' zu denken, vielleicht an die Nachfolgerschaft der Herren Deschanel oder Etienne, die beide großen Anhang und nicht geringen Ehrgeiz mit sich bringen, aber wahrscheinlich ist es nicht. Delcassé steht zu fest und scheint auch bereits im Lager der Sieger seine Verbindungen gefunden zu haben. Von unserem Standpunkte aus würden wir es ihm gönnen, die allmählich reifenden Früchte seiner Politik zu pflücken. Sie erinnern uns an jene Kaktusfeigen, die man wegen ihrer Stacheln nicht ungestraft anfaßt.

Wir haben nicht bemerkt, daß unsere Ausführungen über die prinzipielle Stellung Frankreichs zu den Neutralitätsproblemen, die sich aus dem Aufenthalt der Rojhéstwenskischen Flotte bei Madagaskar ergeben, in französischen Blättern eine bestätigende oder ablehnende Antwort gefunden hätten. Und das ist sehr begreiflich. Wohl aber scheinen Japan wie Rußland nicht eben durch die Unklarheit der Haltung Frankreichs erbaut zu sein. Die einen finden, daß zu viel, die anderen, daß zu wenig geschehen sei, so daß auch hier allerlei Stacheln und Haken sich für Frankreich unangenehm fühlbar machen.

Die russische Beschwerde über die Verletzung der Neutralität durch China ist offenbar nur erfolgt, um den Reiterangriff Mischtschenkos im voraus zu rechtfertigen. Wenn man sich erinnert, daß dieser ganze Krieg auf chinesischem Boden stattfindet, ohne daß dadurch die Neutralität Chinas als verletzt betrachtet werden darf, wird man wieder einmal die erstaunliche Dehnbarkeit der modernen

völkerrechtlichen Grundsätze zu bewundern allen Anlaß haben. Aber wir wollen hoffen, daß diese asiatischen Präzedenzfälle für Europa keine Geltung erlangen werden.

In der russischen Reformfrage ist zwar noch nicht die volle, wohl aber eine partielle Entscheidung erfolgt. Als sicher kann das eine gelten, daß eine Rückkehr zum Regime Plehwe nicht beabsichtigt wird. Das beweist der Rücktritt des Großfürsten Sergej Alexandrowitsch von seiner Stellung als Generalgouverneur von Moskau, die Demission Golitzyns, des Generalgouverneurs im Kaukasus, und die Versetzung einer Reihe der Anhänger des Großfürsten in den Reichsrat. Als ebenso sicher kann gelten, daß die vorübergehend erwartete Diktatur Wittes gleichfalls nicht kommt. Es wird verbreitet, der Zar habe gesagt, er wolle immer noch lieber eine Konstitution anerkennen, als Witte zurücknehmen. So wird er denn wohl mit der glänzenden Ohnmacht, die seine Stellung als Präsident des Ministerkomitees ihm bietet, sich begnügen müssen. Unerwähnt und auch zu Neujahr ungenannt blieb Herr Pobedonoszew, aber er bleibt auch auf seinem Posten, und darin liegt die Unsicherheit der gegenwärtigen Lage. So lange er in seiner Stellung bleibt, glaubt in Rußland niemand an einen wirklichen Systemwechsel. Endlich ist auch nicht sicher, wie lange Fürst Swjätopolk-Mirski noch im Amte bleibt.

Die Stimmung ist gedrückt und unsicher, in Privatkreisen das Verlangen nach Frieden ebenso groß, wie es vor der Öffentlichkeit und neuerdings wieder in der Presse verleugnet wird. Mit großer Rücksichtslosigkeit werden die Schäden aufgedeckt, die im Zusammenhange mit dem Kriege täglich neu ans Licht treten. So hat sich z. B. jetzt herausgestellt, daß die russischen Karten der Mandschurei nur das Land südlich von Laojan bis Kwantum umfaßten. „Als die Japaner so liebenswürdig waren, ihre militärischen Operationen nördlich von Laojan zu verlegen, da waren wir wieder einmal ohne ordentliche Karten und Pläne.“ So schreibt der frühere Chef der kartographischen Abteilung des Amurgebietes, Geodät Generalmajor M. Poljänowski.

19. Januar. 1. Sitzung der Doggerbank-Kommission. Kartätschenschuß gegen das Zelt des Zaren bei dem Feste der Wasserweihe.
20. 21. Januar. Arbeiterkundgebungen in Petersburg.
22. Januar. Arbeiterdemonstration unter Gapons Führung vor dem Winterpalais in Petersburg. Blutige Zurückwerfung der Demonstranten.
23. Januar. Unruhen in Petersburg, Meutereien in Sewastopol. Übersiedelung des Zaren nach Peterhof.
24. Januar. Unruhen in Moskau, Wilna, Reval. Trepow wird zum Generalkriegsgouverneur von Petersburg ernannt.
25. Januar. Abschluß der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn.

25. Januar 1905.

Was sich in diesen Tagen in Petersburg vollzogen hat und noch vollzieht, ist keine Emeute, sondern eine Revolution, über deren furchtbaren Ernst man sich nicht mehr täuschen kann. Sie wird, wenn auch zur Stunde, da wir diese Zeilen niederschreiben, noch keine Nachrichten darüber vorliegen, ihren Widerhall in Moskau und anderen großen Mittelpunkten des städtischen Lebens finden und, was zumeist zu fürchten ist, auch die schlummernden bösen Instinkte weiter bäuerlicher Kreise wecken. Denn es ist keine Improvisation, der wir gegenüberstehen, sondern die Durchführung eines von langer Hand angelegten Planes, der sich seiner Ausführung erst zu nähern begonnen hat. Als wir am 28. Dezember des hinter uns liegenden Jahres uns dahin aussprachen, daß die Haltung der russischen Regierung in den Fragen der inneren Politik zu einer „neuen Periode gefährlichster Wirren führen müsse, denen wir im Interesse der Dynastie wie des Reiches mit größter Sorge entgegensehen", da meinten wir nicht unsere Befürchtungen so schnell verwirklicht zu sehen. Sicher war nur das eine, daß eine Politik, die heute die Hoffnungen auf das höchste spannte, so daß der Ruf vom „neuen Frühling" durch das ganze weite Reich ging und dann mit aller Entschiedenheit in die Bahnen der Reaktion zurücktrat, den Ratschlägen folgend, welche die in Rußland meist verhaßten Männer ihr zutrugen: Großfürst Sergej, Pobedonoszew, Alexejew, Schirinski und

ihre Anhänger geringeren Namens, daß eine solche Politik das Feuer nicht stillen, sondern zu lichter Flamme anfachen werde.

Aus der Krisis ist eine Revolution geworden, und das Wort hat sich furchtbar bewährt, das Fürst Trubetzkoi am 15. 28. Dezember dem ratlosen Minister in einem Briefe zurief, der in ganz Rußland bekannt geworden ist: „Es ist die Überzeugung verbreitet — so schrieb er — und ich teile sie durchaus, daß Rußland sich jetzt in einer Epoche der Anarchie und revolutionären Bewegung befindet. Was vor sich geht, ist keineswegs bloße Aufregung der Jugend. Sie spiegelt nur den Zustand wieder, in welchem die Gesellschaft sich befindet. Dieser Zustand ist in hohem Grade gefährlich und erschreckend für unser gesamtes Vaterland, für uns alle, wie namentlich für die geheiligte Person des Zaren selbst, und es ist deshalb Pflicht jedes getreuen Untertanen, all seine Kräfte daran zu setzen, um ein Unglück zu verhüten, das nicht mehr gutzumachen wäre. Ich hatte vor einigen Tagen das Glück, mich dem Kaiser vorzustellen und ihm aufrichtig und wahrhaftig, so gut ich vermochte, den Zustand zu schildern, in dem die Gesellschaft sich befindet. Ich versuchte ihm darzulegen, daß, was jetzt vor sich geht, n'est pas une emeute, mais une révolution und daß man das Volk in eine Revolution hineindränge, die es nicht wolle und die der Kaiser abwenden könne."

Die Warnung war gewiß nicht mißverständlich, und der Fürst Trubetzkoi ist ein treuer Mann, an dessen aufrichtiger und ehrlicher Überzeugung kein Zweifel sein konnte. Aber an solchen Warnungen hat es überhaupt nicht gefehlt. Die Zeit, die zwischen der Ermordung Plehwes und der Ernennung Swjätopolk-Mirskis lag, 28. Juli bis 8. September, schien eine Übergangszeit zu einer neuen Ära russischer Geschichte zu bedeuten. Über einen Monat hatten die um den Einfluß auf die Entschlüsse des Zaren ringenden Parteien gekämpft, und noch am 24. August, als das magere Gnadenmanifest erschien, das die Geburt des Thronerben veranlaßt hatte, schien sich der Sieg den Anhängern der Schule Plehwe-Pobedonoszew zuzuwenden; da, im letzten Augenblick, erfolgte der Umschlag, und einer der Vornehmsten aus den Reihen des liberalen Rußland trat an die Spitze des Ministeriums des Innern. Der Eindruck war entschieden günstig. Sogar ein so radikales Blatt wie die „Tswoboshdenije" schrieb damals, es sei durch die Ernennung Swjätopolk-Mirskis un-

zweifelhaft bewiesen, daß die Regierung eine Atmosphäre der Versöhnung schaffen und nachgeben wolle. Herr Struve mahnte zur Vorsicht. Die Opposition müsse sich konzentrieren, organisieren und konsolidieren und auf Ziele verständigen, die erreichbar seien.

Aber diese Herren haben sich sehr bald enttäuscht gefühlt. Der Fürst war weder der Mann, den sie brauchten, noch die Persönlichkeit, um die mächtigen Einflüsse zu beseitigen, die ihm beim Zaren entgegenarbeiteten. Er eröffnete den Hoffnungen der Liberalen die weitesten Aussichten, und wenn sie zugreifen wollten, zog er die Hand zurück, jedoch so, daß er auch den Gegnern seines Programms nicht genug tat und es bald mit beiden verdarb. Die Ojwoboshdenije charakterisiert seine Taktik nicht übel folgendermaßen: Die Versammlung der Semstwovertreter hat er vertagt oder verboten, aber er hat sie nicht auseinandergejagt; er soll, wie es heißt, ihr Programm billigen, aber er verhängt Strafen über die Zeitungen, welche Organe der demokratischen Semstwobewegung sind, er verbietet den Zeitungen über die Konstitution zu schreiben, aber er gestattet den Semstwos darüber zu verhandeln, während er gleichzeitig keine Versammlungsfreiheit gewährt. „Das alles ist im höchsten Grade unklar." Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen schon Ende Oktober das Gerücht von dem nahe bevorstehenden Rücktritt des Fürsten auftauchte. Die faktische Publizität, welche die Versammlung der Semstwovertreter ihrem Programm geben konnte, steigerte die Erbitterung seiner Gegner. Die Resolutionen hatten nicht nur eine habeas corpus-Akte, sondern auch Gewissensfreiheit, Freiheit des Wortes, der Presse und Versammlungsfreiheit gefordert, dazu noch völlige politische und rechtliche Gleichstellung aller Russen und eine Volksvertretung als „besonderen Wahlkörper zur Teilnahme an der Gesetzgebung, Feststellung des Budgets in Einnahme und Ausgabe und Kontrolle der Administration."

Die Annahme dieses konstitutionellen Programms und die Überreichung desselben an den Zaren hat Swjätopolk-Mirski bekanntlich verweigert, aber unzweifelhaft hat der Zar nicht nur den Inhalt, sondern auch den Wortlaut dieser Resolutionen kennen gelernt. Er konnte sich unmöglich darüber täuschen, daß ihm hier eine wirkliche echte Überzeugung der vornehmlichsten Vertreter der russischen Selbstverwaltung entgegentrat. Die Folge der entschieden ablehnenden

Haltung der Regierung war das Petersburger Bankett vom 20. November, in welchem 676 Teilnehmer, Literaten, Advokaten, Professoren und Lehrer, in ihrer Resolution erklärten, daß „bei dem absoluten bureaukratischen Regiment, das im Reiche herrsche, die allerelementarsten Voraussetzungen bürgerlichen Zusammenlebens nicht verwirklicht werden, und alle Teilreformen, so lange die gegenwärtige Staatsordnung gelte, ihr Ziel nicht erreichen könnten. Von dieser Erwägung ausgehend, haben wir, die Vertreter der intelligenten Professionen Petersburgs, uns am 40. Jahrestage der Justizreform, in der Zahl von 676 Mann versammelt. Wir billigen die Resolutionen der Semstwo-Vertreter und erklären unsererseits, daß, wenn das Leben des Volkes sich normal entwickeln soll, unserer tiefgegründeten Überzeugung nach durchaus unerläßlich ist, daß 1. allen Staatsbürgern als unveräußerliche Rechte gesichert werden: Unantastbarkeit der Person, Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, Versammlungs- und Assoziationsrecht: 2. daß alle ständischen, nationalen und konfessionellen Beschränkungen aufgehoben und eine wirkliche Gleichheit aller vor dem Gesetz hergestellt werden muß: 3. daß alle Gesetze und Auflagen nicht anders festgestellt werden sollen als unter Teilnahme und Zustimmung vom ganzen Volke freigewählter Vertreter: 4. daß durch Einführung der Verantwortlichkeit der Minister vor der Versammlung der Volksvertreter die Gesetzmäßigkeit aller Handlungen und Verfügungen der Administration garantiert werden muß. Wir halten es also für unerläßlich, daß der gesamte staatliche Aufbau Rußlands auf konstitutioneller Grundlage reorganisiert werde. Von dieser, unserer unerschütterlichen Überzeugung ausgehend und in Anbetracht der überaus schwierigen Lage, in welcher das Reich sich zurzeit befindet, halten wir für notwendig, daß zur Verwirklichung der angegebenen fundamentalen und unaufschiebbaren Reform unverzüglich eine konstituierende Versammlung berufen werde aus frei gewählten Vertretern der gesamten Bevölkerung des russischen Reiches, daß ebenfalls unverzüglich, vor Beginn der Wahlperiode, eine volle und unbedingte Amnestie verkündigt werde für alle politischen und religiösen Vergehungen, und daß gehörigerweise die Verfügungen getroffen und die unerläßlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Bevölkerung zu bewußter und freier Wahl zu führen und die Unantastbarkeit der gewählten Vertreter zu sichern."

In diesen beiden Resolutionen hören wir in der Tat die Stimme der öffentlichen Meinung des gebildeten Rußland, soweit dieses überhaupt spricht, wobei dann freilich zu beachten ist, daß die Majorität schweigt. Aber wenn je, so gilt in Zeiten politischer Wirren das Wort: qui tacet consentire videtur! Was an das Ohr des Zaren und Swjätopolk-Mirskis schlug, das waren diese Töne. Nebenher liefen dann die Versammlungen der Studenten und Studentinnen, die auch ihre Resolutionen faßten, die weniger durchdacht, aber stürmischer und alle um einen Programmpunkt reicher waren, sie fordern ausnahmslos „sofortige Beendigung des Krieges" (so das weibl. medizinische Institut, die Schülerinnen der Kurse für physische Ausbildung und der Hebammenkurse, die Studenten des elektrotechnischen Instituts, des Berginstituts, der militärischen medizinischen Akademie, der Moskauer Kaiserlich technischen Schule, der Dorpater Universität und Veterinärschule, endlich die Schülerinnen der höheren weiblichen Kurse in Moskau). Wir führen diese an sich weniger bedeutenden Kundgebungen an, weil sie uns zu einer anderen Gruppe hinüberführen, die unserer festen Überzeugung nach die wesentliche Schuld und Verantwortung für die unglücklichen Ereignisse der letzten Tage und das noch bevorstehende Unheil trifft.

Am 2. Dezember wurden in mehreren französischen Zeitungen und in dem Listok (fliegendes Blatt) der „Osswoboshdenije" das Protokoll und die Resolutionen der „oppositionellen und revolutionären Organisationen des russischen Reiches" veröffentlicht. Es gibt im ganzen 18 derartige Organisationen, von welchen 8 Delegierte geschickt hatten (die Versammlung scheint in Paris stattgefunden zu haben) und zwar: die Partei der Sozialrevolutionäre, die polnisch sozialistische Partei, die lettische sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Gruppe der Gruzinischen sozialföderalistischen Revolutionäre, die polnische Nationalliga, die finnländische Partei aktiven Widerstandes und der Bund der Befreiung. Drei Organisationen, die russisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei, die polnischen und litauischen Sozialdemokraten und die Ukrainische Revolutionspartei, hatten die Teilnahme motiviert abgelehnt, ebenso der jüdische „Bund", von dem wir noch zu reden haben werden.

Die acht vertretenen Gruppen haben sich dann darauf verständigt, nur diejenigen Punkte in ihre Resolution aufzunehmen, die allen

gemeinsam seien, im übrigen aber jeder Gruppe zu überlassen, ihren eigenen Zielen nachzugehen. Das führte dann zu der folgenden Deklaration.

„In Anbetracht 1., daß das absolute Regime ein verhängnisvolles Hindernis für den Fortschritt und das Gedeihen sowohl des russischen Volkes wie aller übrigen Nationalitäten ist, die von der zarischen Regierung geknechtet werden, und daß es bei dem gegenwärtigen Kulturzustande ein törichter und schädlicher Anachronismus ist; 2., daß der Kampf gegen dieses Regime mit weit größerer Energie und mehr Erfolg geführt werden könnte, wenn die verschiedenen oppositionellen und revolutionären Organisationen sich koordinierten; 3., daß der gegenwärtige Zeitpunkt besonders geeignet erscheint, die Tätigkeit all dieser Parteien zum Vorgehen gegen die absolute Regierung zusammenzufassen . . . erklären (nun folgen die Namen all dieser einzelnen Gruppen) wir im Namen all dieser Organisationen: Keine der auf der Konferenz vertretenen Parteien, die sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammengetan haben, verzichtet auch nur momentan auf irgendeinen ihrer Programmpunkte oder auf die Taktik ihrer Kampfesweise, die den Bedürfnissen, der Stärke und Lage der gesellschaftlichen Elemente, Klassen oder Nationalitäten entsprechen, deren Interessen sie vertreten. Aber zugleich konstatieren diese Parteien, daß folgende Grundprinzipien und Forderungen von ihnen allen vertreten werden:

1. Vernichtung des Absolutismus. Abschaffung aller Maßregeln, durch welche die Verfassung Finnlands verletzt wurde.

2. Ersetzung des absoluten Systems durch ein freies demokratisches Regime auf Grund des allgemeinen Stimmrechts.

3. Recht der nationalen Selbstbestimmung; gesetzlich garantierte Freiheit nationaler Entwicklung für alle Völkerschaften; Beseitigung der Bedrückung anderer Nationalitäten durch die russische Regierung.

Im Namen dieser Fundamentalprinzipien und Forderungen werden die auf der Konferenz vertretenen Parteien ihre Kräfte vereinigen, um den unvermeidlichen Zusammenbruch des Absolutismus zu beschleunigen, der mit der Erreichung der Ziele, welche weiteren jede der Parteien sich außerdem stellt, gleich unvereinbar ist."

Wir haben dieser Konferenz und ihres Programms bereits in der Wochenschau vom 7. Dezember gedacht und es damals unter

schätzt, weil wir nur einen Auszug in französischer Übersetzung, nicht den vollen Text vor Augen hatten. Das Wesentliche liegt in dem Beschluß, gemeinsam auf den Sturz der gegenwärtigen Regierung hinzuarbeiten. Jaurès, der in seinem Organ „l'Humanité" die Beschlüsse der Konferenz wiedergibt und kommentiert, hat ganz recht, daß „diese Vereinigung das Präludium und Signal zu dem großen Kampfe ist, den alle ihrer selbst bewußten Kräfte Rußlands aufzunehmen entschlossen sind".

Daß aber die dissentierenden Gruppen in ihren Zielen viel weiter gehen, als das vereinbarte Programm zeigt, beweist am besten die Antwort, durch welche das Zentralkomitee des „Bund", der Organisation jüdischer Revolutionäre, motiviert, weshalb er nicht an jener Konferenz teilgenommen habe. Das Minimum der Forderungen des „Bund" wie der sozialdemokratischen Organisation sei die demokratische Republik auf der Basis des direkten, gleichen und geheimen Stimmrechts. Die Konferenz habe Zwischenstadien offen gelassen, auf die das Proletariat nicht eingehen könne. Da der „Bund" es aber für seine Pflicht halte, jede revolutionäre Bewegung zu unterstützen, sei er bereit, Besprechungen zu einer bevorstehenden Aktion aufzunehmen, aber er wolle „getrennt marschieren, vereint schlagen".

Überlegen wir nun die Bedeutung der Bewegung, die wir wenn auch nur in einem Teile ihrer charakteristischen Erscheinungsformen an uns haben vorüberziehen lassen, und kombinieren wir damit allgemein bekannte, nicht ausdrücklich aufgezählte Tatsachen, so finden wir, daß nach einer Periode unbestreitbar willkürlichen Regiments, das sich mit den Opfern eines gefährlichen und den Enttäuschungen eines zugleich unglücklichen Krieges kombiniert, die Regierung einen nicht zu verkennenden Schritt in das liberale Lager hinein tut, indem sie in der Person Swjätopolk-Mirskis einen Mann an die Spitze der Verwaltung stellt, dessen Überzeugungen die der vorgeschrittenen Liberalen sind. Ganz Rußland hofft auf die Anbahnung eines konstitutionellen Regiments und sieht sich enttäuscht. Der Fürst ist zu schwach, um der alle öffentlichen Stellungen einnehmenden absolutistisch gesinnten hohen Verwaltungsbeamten Herr zu werden, von zu geringem Einfluß zugleich auf seine Freunde, die nicht maßzuhalten wissen. Er muß zurückweisen und strafen, wo er billigen,

billigen, wo er ablehnen möchte, und im Amte beharren, da ihm nichts lieber wäre, als es niederzulegen. Die Zügel schleifen am Boden, aber keiner vermag es, sie aufzunehmen. Witte versucht es, sie zu fassen und scheint sie einen Augenblick in Händen zu haben, dann greifen Pobedonoszew, Großfürst Sergei und gewiß noch andere zu, von denen wir nicht wissen, aber sie sind nicht zu halten. Mit unsichtbarer Hand hält der Geist der Revolution sie fest, um den Wagen dem Abhang zuzuführen. Es ist, als ob alle unzufriedenen Elemente des Reiches sich zum Ansturm sammeln. Es fehlt nur noch das Signal, und es fehlt an dem Sturmbock, den man vorschicken kann, an irgendeiner betörten, gutgläubigen, urteilslosen Menge, die bereit ist, ihr Leben für eine Sache einzusetzen, die sie bestenfalls nur halb versteht.

Der Signalschuß ist am 19. Januar beim Fest der Wasserweihe gegeben worden; daß er mehr wollte als schrecken und daß es kein Zufallsschuß war, ist zweifellos. Die Salutschüsse müssen vorschriftsmäßig stromabwärts gerichtet sein. Dieser Schuß nahm das Zelt des Zaren zum Ziel, und nur ein glücklicher Zufall hat schreckliches Unheil verhindert. Der Sturmbock aber sind die Arbeiter der Putilowschen Fabrik und die von ihnen zum Anschluß bewogenen übrigen Arbeiter Petersburgs gewesen. Gewiß ist das Reformprogramm, das sie dem Minister und dem Kaiser zutragen wollten, nicht ihr Eigentum. Es ist das ihnen oktroyierte Programm der Revolutionspartei, die Frucht der gemeinsamen Tätigkeit der Parteien, die sich in Paris zusammengeschlossen hatten und der nebenhergehenden Agitation der Männer vom „Bund“ und der übrigen Gruppen, die ihre Arbeit nach eigenem Plan besorgen. Auch denkt man sich die Lage der russischen Fabrikarbeiter schlechter, als sie ist. Wir haben aus eigenem Augenschein mehrere Fabriken, besser oder schlechter gehaltene, zum Teil musterhaft organisierte, kennen gelernt. Überall war die Lage der Arbeiter besser, als die der Bauern in den nicht von der Natur begünstigten Gouvernements ist. Für Speise, Unterkommen, Kleidung war gut gesorgt. Die Ehepaare mit eigenen Räumen, die wohnlich und sauber aussahen, die Schlaf- und Aufenthaltszimmer der Ledigen hell und gut ventiliert, wenn auch auf den einzelnen nur knapper Raum kam. Auch sahen die Leute meist gesund und zufrieden aus. Gewiß kann in diesen Kreisen kein Verfassungsprogramm entstehen.

Wohl aber hat die Vorstellung auch dort Wurzel gefaßt, daß alles besser sein könnte, wenn die Obrigkeit und der überall verhaßte Beamte nicht wäre. Auch kommt hinzu, daß die Tolstoische Doktrin tief in das Volk hineingegriffen hat. Ungezählte Broschüren und Bücher verbreiten sie und stärken die Vorstellung, daß der Staat als solcher ein Übel sei. Ein Zögling Tolstoischer Lehren ist jener Priester Gapon, den wir als Führer der Massen mit Kreuz und Heiligenbild an der Spitze des Zuges sehen.

Ein abschließendes Urteil ist natürlich heute nicht zu gewinnen. Wir fürchten aber, daß alle revolutionären Elemente am Werk sind, um die ohnehin höchst gefährliche Lage noch weiter zu vergiften. Für verzweifelt aber halten wir sie nicht. Wenn wir es auch nicht für denkbar halten, daß der Zar das Programm des Petersburger Banketts vom 20. November 1904 verwirklicht, so darf die Verleihung einer habeas corpus-Akte, unantastbarer Grundrechte, doch als unerläßlich betrachtet werden. Vor Jahresfrist noch wäre sie mit unermeßlichem Dank aufgenommen worden. Man hat jetzt den Großfürsten Nikolai Michailowitsch telegraphisch herbeigerufen, und der ist ein ganzer Mann und zugleich von der Notwendigkeit durchgreifender Reformen überzeugt. Sein Name ist in ganz Rußland bekannt als der eines Mannes, an dem kein Fleck haftet. Vielleicht, wir wünschen und hoffen es, findet er das erlösende Wort.

Es drängen sich noch mancherlei Erwägungen auf. Die Erinnerung an den Tag, da vor Alexander III. zum erstenmal die Marseillaise gesungen wurde, und an den Rausch des Entzückens, der damals durch ganz Rußland ging. Auch nach der Mandschurei hin richtet sich der Blick, und die Frage ist nicht zu umgehen, welchen Eindruck die Petersburger Ereignisse am Schaho machen werden. Dort wird man sie nicht verheimlichen können, wie dem Geschwader Roshéstwenskis, das jetzt die ungastlichen Küsten Madagaskars verläßt, um im Indischen Ozean zu kreuzen, wo, wie die „Times" höhnisch bemerkt, vielleicht über Nacht ein Vulkan die Insel aufwerfen wird, die den Russen als Basis für weitere Operationen dienen kann. Vor allem aber fragen wir uns, welches die Wirkung auf die russischen Bauern sein wird. Unzweifelhaft gärt es auch unter ihnen. Die Lasten der früheren schweren Jahre drücken, und ihr Herr, der Tschinownik, wird von allen Seiten her als derjenige

denunziert, der die Schuld an allem Übel trage. Der Tschinownik stellt aber mindestens ein Drittel der heute frondierenden russischen Intelligenz dar, und wenn er den Uniformfrack abgelegt hat, ist er ein Liberaler wie die anderen auch. Und wenn man darüber klagt, daß das gesamte Beamtentum korrumpiert sei, so fragt man wiederum: sind denn diese Tschinowniks ein anders geartetes Volk und nicht vielmehr Fleisch von eurem Fleisch und Bein von eurem Bein? In alledem steckt eine ungeheuere Unwahrheit und deshalb fällt es uns schwer, daran zu glauben, daß die neuen Formen des politischen Lebens, nach denen man sich sehnt, einen Staat der Gerechtigkeit und Glückseligkeit schaffen werden.

26. Januar. Rücktritt des Ministeriums Azcarraga, Konstituierung des Ministeriums Vellaverde in Madrid. Niederlage der Regierung bei den Wahlen in Ungarn.
27. Januar. Weitere Ausdehnung der Ausstandsbewegung in Rußland.
27.—31. Januar. Kämpfe bei Mukden.
27. Januar. Vertrauensvotum für das Ministerium Rouvier.
29. Januar. Straßenkämpfe in Warschau.
30. Januar. Bestätigung der Handelsverträge Deutschlands mit Belgien, Italien, Österreich-Ungarn, Serbien, Schweiz und Rußland durch den Bundesrat.
1. Februar. Rücktritt Swjatopolk Mirskis.

1. Februar 1905.

Es ist immer noch außerordentlich schwer, sich ein zuverlässiges Bild von den Ereignissen zu machen, die seit dem 21. Januar sich in Petersburg und danach fast in dem ganzen weiten Reich vollzogen. Wir schicken voraus, daß die russische Regierung selbst sich in einem offiziellen Bericht über den Verlauf der Ereignisse zu dem Standpunkte bekennt, daß sie es nicht mit einer bloßen Arbeiterbewegung, sondern mit einer „Propaganda rein revolutionären Charakters" zu tun gehabt habe. Auch bestätigt sie die Auffassung, die wir vor acht Tagen vertraten, daß die Arbeiter mißbraucht worden seien. Man habe ihnen von den politischen Forderungen, welche die durch den Priester Gapon zu überreichende Petition enthielt, keinerlei Mitteilung gemacht. Die Truppen seien durch den hartnäckigen Widerstand der Menge, die sich weigerte auseinanderzugehen, hie und da auch, weil sie angegriffen wurden, genötigt gewesen, von der Waffe Gebrauch zu machen.

So hätten sie notgedrungen Salven abgegeben 1. beim Schlüsselburger Trakt, 2. beim Narvischen Tor, 3. an der Troitzkibrücke, 4. auf der vierten Linie, 5. auf dem kleinen Prospekt in Wassili Ostrow, 6. beim Alexandergarten, 7. an der Ecke des Newskiprospekt und der Gogolstraße, 8. an der Polizeibrücke und 9. auf dem Kasanschen Platz. Plünderungen und Zerstörung von Läden hätten in Wassili Ostrow, auf der Petersburger Seite, und am 25. im Gostinny Twor (Kaufreihen) stattgefunden. Die Zahl der Gefallenen betrage

96, die der Verwundeten 333. Diese Angaben werden ausdrücklich auf die Auskünfte der Krankenhäuser und ähnlicher Anstalten zurückgeführt. Zurzeit habe die Mehrzahl der Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Parallel damit wurde am 26. ein Aufruf veröffentlicht, der vom Finanzminister Kokowzew (zu dessen Ressort die Fabriken gehören) und von dem neuen Generalgouverneur Trepow unterzeichnet war, und sich direkt an die Arbeiter wendet. Auch hier werden sie als durch übelwollende Personen verleitet dargestellt, denen das wahre Wohl der Arbeiter ebenso fremd sei, wie die wahren Interessen des Vaterlandes. Beides sei ein Vorwand gewesen, um Unruhen hervorzurufen.

Der Schwerpunkt des Aufrufs fällt in den Schluß. Er verspricht den Arbeitern, wenn sie zu ihrer Tagesarbeit zurückkehren, die Durchführung der vom Zaren bereits angeordneten Arbeitsversicherung, Verkürzung der Arbeitszeit, die durch das Gesetz geschützte Möglichkeit, ihre Bedürfnisse zu beraten und darzulegen, und endlich Schutz für die Arbeitswilligen.

Man sieht, es sind die Grundzüge einer sozialen Politik der Regierung, die hier in den weitesten Zügen angedeutet werden.

Stellen wir diesem Regierungsprogramm das von Gapon vertretene und (angeblich) von den Arbeitern gebilligte Programm ihrer Forderungen gegenüber, so fällt zunächst der zugleich leidenschaftliche und klagende, sentimentale und dunkel drohende Ton der Einleitung auf, die dann in sehr bestimmte Forderungen ausmündet: „Herr, es ist nicht Frechheit, die uns zum Sprechen treibt, sondern die Notwendigkeit, den Ausgang aus einer Lage zu finden, die wir nicht mehr tragen können. Rußland ist zu groß und seine Nöte sind zu zahlreich und mannigfaltig, als daß es nur durch Beamte regiert werden könnte. Wir brauchen eine Volksvertretung. Es ist für das Volk unerläßlich, zu Selbsthülfe und Selbstverwaltung zu gelangen. Es kennt allein die eigenen Bedürfnisse. Weise daher die Hilfe nicht zurück, die es Dir bietet, sondern nimm sie an und gib augenblicklich den Befehl zu sofortiger Berufung von Vertretern aller Stände und Klassen, die Arbeiter ganz Rußlands mit eingeschlossen. Laß den Kapitalisten, den Arbeitsmann, den Beamten, den Arzt und den Lehrer rufen: laß all die Wahlen unbehindert vor sich gehen.

Und zu dem Behuf befiehl, daß die Wahlen zu der konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen geheimen Stimmrechts erfolgen. Das ist unsere hauptsächlichste Forderung, auf ihr ruht alles Übrige. Sie ist der Balsam für unsere Wunden, an denen wir sonst zu Tode bluten werden. Aber ein Heilmittel allein kann sie nicht stillen. Es sind noch andere unerläßlich und wir nennen sie Dir, als unserem Vater, offen und rückhaltlos im Namen der gesamten Arbeiterschaft Rußlands. Wir verlangen das folgende:

I. Maßregeln zur Besserung der verfinsterten und wehrlosen Lage des russischen Volkes: A. Sofortige Freilassung und Rehabilitierung aller, die wegen politischer und religiöser Überzeugung, wegen Aufstandes oder wegen Bauernunruhen leiden. B. Sofortige Proklamierung der Freiheit und Unantastbarkeit der Person, Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlungen und Gewissensfreiheit. C. Allgemeine und obligatorische Volkserziehung auf Staatskosten. D. Verantwortlichkeit der Minister vor dem Volk und Bürgschaften für gesetzliche Verwaltung. E. Gleichheit vor dem Gesetz ohne jede Ausnahme. F. Trennung von Kirche und Staat.

II. Maßnahmen gegen die Armut des Volkes. A. Abschaffung der indirekten Steuern und Ersetzung durch eine progressive Einkommensteuer. B. Aufhebung der Amortisationszahlungen, billigen Kredit und allmähliche Übergabe des Grund und Bodens an das Volk. C. Bestellungen für die Bedürfnisse von Heer und Flotte in Rußland, nicht im Auslande. D. Friedensschluß auf Geheiß des Volkes.

III. Maßnahmen gegen Bedrückung der Arbeit durch das Kapital. A. Abschaffung der Fabrikinspektoren. B. Einrichtung permanenter Arbeiterkommissionen zur Prüfung aller Beschwerden der Arbeiter. Kein Arbeiter soll ohne Genehmigung der Kommissare entlassen werden. C. Sofortige Freiheit für Assoziationen der Konsumenten wie der Produzenten und Trade Unions. D. Einen Achtstundentag und Regelung der Überstunden. E. Sofortige Freiheit für die Arbeiter, mit dem Kapital zu kämpfen. F. Sofortige Einführung eines Normallohns. G. Sofortige und obligatorische Teilnahme von Vertretern der arbeitenden Klassen an der Ausarbeitung eines Gesetzes für staatliche Arbeiterversicherung."

Man braucht dieses Programm, das wir als eines der bedeut-

samsten Aktenstücke zur Geschichte der inneren Entwickelung Rußlands hierhergesetzt haben, nur aufmerksam zu prüfen, um die verschiedenen Bestandteile und ihre Quellen zu erkennen. Von den Programmpunkten unter I gehören alle ohne Ausnahme in das Programm der russischen Liberalen. Zweifelhaft ist dabei nur Punkt F, der zu den in II und III eingeschwärzten Forderungen der französisch angehauchten russischen Sozialisten und Sozialrevolutionäre geschlagen werden muß. Man könnte es auch als das auf russischen Boden übertragene Programm Combes' bezeichnen. Die den Arbeitern verständlichen Forderungen liegen im Abschnitt III und hätten für sich allein und weniger peremptorisch vorgetragen, wohl alle Aussicht gehabt, die Genehmigung der Regierung zu erhalten. Dagegen ist die vorausgeschickte Forderung einer Volksvertretung auf Grund des allgemeinen geheimen Stimmrechts gewiß nicht im Kopf der Arbeiter entsprungen, schon weil die bäuerliche Mir- und Wolostverfassung, von welcher allein der Arbeiter eine Vorstellung hat, kein geheimes, sondern nur öffentliches Abstimmen kennt. Wie die Wünsche der Sozialisten und der Liberalen in das Arbeiterprogramm hineingetragen wurden, ist bisher noch nicht aufgeklärt. Da es feststeht, daß die Petersburger Liberalen, und nur die kommen in Betracht, durch die Arbeiterbewegung überrascht worden sind, scheint ihre Teilnahme ausgeschlossen.

Dagegen halten wir für sicher, daß wir in der Umwandlung des ursprünglichen Arbeiterprogramms zu einem sozialrevolutionären die Wirksamkeit jener Konferenz vom 2. Dezember zu erkennen haben, deren wir vor acht Tagen gedachten. Auch darüber kann kein Zweifel sein, daß ein Zusammenhang zwischen der Arbeiterschaft Petersburgs und der anderen russischen Fabrikstädte bestand und besteht. Sonst wäre die Einmütigkeit des Vorgehens aller nicht zu erklären. Nebenher aber haben wir den Eindruck, daß es überall eine terrorisierende Minderheit war, der die Majorität folgte.

Nun ist es gewiß von großer Bedeutung, daß die Erhebung in Petersburg niedergeworfen wurde, eine Arbeiterrevolte, die mit ihren Forderungen wenn auch nur auf kurze Zeit durchdrang, hätte ein unermeßliches Unheil gebracht. Als Bodensatz der Petersburger Vorgänge ist aber eine ungeheuere Erbitterung zurückgeblieben, die von Petersburg auf das Reich übergeht und den revolutionären und direkt anarchistischen Elementen einen fruchtbaren Boden zu weiterer und

gefährlicher Agitation bietet. Die Ausstandsbewegungen in Moskau, Kiew, Saratow, in Warschau, Wilna, Kowno, Radom, Lodz, in Riga, Mitau, Libau, wahrscheinlich noch andere, von denen wir nicht wissen, müssen gleichfalls niedergeschlagen werden und damit die gleiche Wirkung zurücklassen. In Polen und in den ehemals polnischen Gebieten haben die Ereignisse der letzten Tage zugleich gezeigt, daß die sozialistische Bewegung stärker ist als die nationale, deren Führer von jedem Anschluß an die russischen Arbeiter dringend abrieten, in den Ostseeprovinzen sind es die Früchte der verwildernden Aufreizung der Letten gegen die Deutschen, deren Früchte die Regierung jetzt pflückt. Wie alledem gegenüber in den Kreisen, welche im Augenblick regieren, die Hoffnung bestehen kann, daß in der Hauptsache das Ziel der Beruhigung Rußlands erreicht und die Revolution niedergeschlagen sei, ist schwer begreiflich. Trügt nicht alles, so stehen wir nicht am Ende, sondern am Anfang einer folgenreichen Entwickelung. Durch Veröffentlichungen, wie sie der Kriegsminister im „Russki Invalid" in die Welt geworfen hat, schließt man die Revolution gewiß nicht. Welcher irgend orientierte ruhig denkende Mensch wird daran glauben können, daß die Japaner 18 Millionen Rubel unter die russischen Revolutionäre, Sozialisten, Liberalen und Arbeiter verteilt hätten, um Unruhen zu erregen, da sie es doch gewiß nicht nötig hatten und über die sozialistische Propaganda in Rußland gewiß ebensogut orientiert waren wie jedermann, der die allgemein zugängliche „illegale" Literatur verfolgt. Noch abenteuerlicher ist die ebenfalls im „Invalid" veröffentlichte Behauptung des russischen Generalstabes, „daß die Unruhen auf den Werften in Petersburg, Libau, Sewastopol! (bekanntlich wird immer noch offiziell behauptet, daß in Sewastopol nichts vorgefallen sei!) sowie in den Kohlengruben Westfalens (!) von japanischen Provokatoren organisiert seien, um die Abfertigung der baltischen und der russischen Flotte zu verhindern". In Moskau ist bekanntlich eine ähnliche Behauptung durch ein von der Polizei angeschlagenes Plakat verbreitet worden, nur lautet die Variante, England habe die 18 Millionen hergegeben, um die vor dem Bankerott stehenden Japaner zu retten!

Wie unwürdig und wie kindisch ist das alles, und wie kann man sich wundern, daß als Frucht dieser unlauteren Agitation rohe Überfälle folgen, wie sie der englische Generalkonsul und

Vizekonsul jüngst in Warschau an ihrem Leibe erfahren mußten. Fast noch bedeutlicher aber erscheint uns der Aufruf des heiligen Synod an das Volk, weil er im wesentlichen die unbedingte Rückkehr zum alten Programm: Rechtgläubigkeit und Absolutismus, ankündigt. Damit allein ist es nicht zu machen, auch nicht, wie die „Mosk. Wjedomosti" wollen, mit der Rückkehr zum dritten der großen Schlagworte der Tage Alexanders III., der Volkstümlichkeit, d. h. der Russifikationspolitik. Wir finden zudem nicht das geringste Anzeichen dafür, daß die Stimmung der Landschaftsvertreter in den Semstwos oder der Verordneten in den Stadtversammlungen sich gewandelt hätte. Sie ist dieselbe wie vor dem 21. Januar, zum Teil, wie in Simbirsk und Simferopol, noch ungeduldiger und drängender. Beide Vertretungskörper verlangen eine Verfassung, die eine im Minoritätsvotum, die andere einstimmig. Und inzwischen feiert alles, Schule, Universität, Advokaten, Semstwos mit den Arbeitern um die Wette. Die russischen Zeitungen — und keineswegs alle — erscheinen erst seit dem 28., aber sie bringen gleichlautend an der Spitze die Erklärung, daß sie über die inneren Angelegenheiten nur nach den Veröffentlichungen der offiziellen Blätter berichten dürften. Trotzdem findet sich in den „Peterburgskija Wjedomosti" eine Notiz, die von allergrößtem, aber leider sehr traurigem Interesse ist. Zurzeit sind nämlich in Rußland (wohl das europäische ist gemeint) nicht weniger als 125000 Wagg. auf den Stationen liegengeblieben, während es selbst im Jahre 1891, als zur Zeit der großen Hungersnot die Verwirrung im Eisenbahnwesen ihren Höhepunkt erreicht hatte, nur 90000 waren, die Herstellung der Ordnung aber viele Wochen beanspruchte.

Man denkt dabei sogleich an die Schädigung, welche die Verproviantierung der Armee dadurch erleiden muß. Kurz, das ist alles traurig und wenig hoffnungsreich, zumal es den Anschein hat, als wollten die russischen Oppositions- und Revolutionsparteien keineswegs abrüsten, vielmehr ihre Tätigkeit verdoppeln. Darauf weist der Aufruf der russischen Sozialisten in Genf und besonders die Haltung des von dem regierenden französischen Sozialismus unterstützten Kreises der russischen Emigranten in Paris. Kommen, wie zu fürchten ist, noch schlechte Nachrichten vom Kriegsschauplatz, so muß die Gärung steigen. So bleibt unser ceterum censeo, ohne Verleihung einer habeas corpus Akte wird es nicht gehen, und wenn an den leitenden

Stellen die ruhige Überlegung wieder die Oberhand gewinnt, wird man sich sagen müssen, daß nur dadurch das im Innern so stark erschütterte Vertrauen zur Regierung wieder lebendig Wurzel fassen kann. Wir erinnern an das Wort de Maistres: „Si l'on pouvait enfermer un désir Russe sous une citadelle, il la ferait sauter." Heute sind die politischen Wünsche so gespannt, daß allerdings die Zitadelle alle Tage springen könnte. Vor einigen Jahren sagte der verstorbene Historiker Generalleutnant Schilder einem Freunde, dem er die prächtigen Räume des sogenannten „Volkshauses" auf Wassili Ostrow zeigte: „Sehen Sie, hier wird einmal das russische Parlament tagen!" Vielleicht hat dieser konservative enthusiastische Anhänger der Dynastie mit seiner Prophezeihung recht. Aber gewiß nicht von heute auf morgen. Wir wollen nicht schließen, ohne eine Verunglimpfung niedriger zu hängen, die sich ein hiesiges Lokalblatt, offenbar von einem Übelwollenden irregeführt, gegen den Großfürsten Nikolai Michailowitsch erlaubt hat. Auch ist die Datierung des Gewährsmannes: aus Moskau, den 26., falsch, da die angebliche Korrespondenz eine schlecht versteckte Erwiderung auf einen Berliner Artikel vom 25. ist. An der Charakteristik des Großfürsten ist aber alles falsch bis auf die Daten. Daß er für liberal galt, war bekannt und ebenso, daß er sein langjähriges Kommando im Kaukasus niederlegte, aber nicht wie jene falsche Moskauer Korrespondenz behauptet, gezwungen, sondern weil er seit Jahren umfassende historische Studien treibt, die Muße verlangen, und zugleich Kunstmäcen und Kunstkenner ist. Wir besitzen von ihm eine ganze Reihe historischer Arbeiten, die in der russischen Literatur obenan rangieren. Den kranken Vater besucht er jährlich mehrmals und ebenso Paris, wohin ihn seine gelehrten Arbeiten rufen und wo er, wie die Zeitungen melden, eben erst einen Interviewer recht unwirsch abgewiesen und aus seiner Erbitterung über die dem Zaren feindseligen Demonstrationen der Pariser Sozialisten kein Hehl gemacht hat. Endlich stand schon Anfang Januar fest, daß der Großfürst am 31. des Monats wieder in Petersburg sein werde. Das Gerücht von seiner Berufung nach Rußland entstammt einem Zeitungstelegramm, dem man bei der damaligen Lage zu mißtrauen keinerlei vernünftigen Grund haben konnte. Und damit dürfte, so meinen wir, die boshafte Phantasie von dem russischen Louis Philippe abgetan sein.

2. Februar. Attentat auf den Polizeimeister Golowin in Odessa. Unruhen in Sosnowitze.
3. Februar. Gen. Gripenberg legt das Kommando der 2. mandschurischen Armee nieder. Unruhen in Lodz. Graf Stephan Tisza demissioniert als ungarischer Ministerpräsident.
4. Februar. Verlangerung des Belagerungszustandes über ganz Argentinien.
6. Februar. Ermordung des Senatsprokureurs Johnsson in Helsingfors.

8. Februar 1905.

Die Ereignisse in Rußland, die seit dem Kartätschenschuß am 19. Januar eine so dramatische und tragische Wendung genommen haben, dürfen auch heute noch keineswegs als normal bezeichnet werden. Sie sind vielmehr in ein Übergangsstadium getreten, das sich nicht ohne Sorge verfolgen läßt; wenn wir sie heute nicht weiter berühren, geschieht es nur, weil es unerläßlich ist, sich wieder einmal etwas eingehender mit der allgemeinen Weltlage zu beschäftigen. Wir stellen, als uns zumeist angehend, den Abschluß der Handelsvertragsverhandlungen obenan. Es ist ein überaus mühsames und folgenreiches Werk, das damit zu vorläufigem Ende geführt wurde. Für die Gesundung unserer Landwirtschaft sind die unerläßlichen Voraussetzungen geschaffen worden. Wenn aber nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so möchten wir den Unzufriedenen sowohl in den Kreisen der Landwirtschaft wie in denen von Handel und Industrie zur Erwägung stellen, daß der ideale Handelsvertrag, der alle Vorteile der einen Seite zuwendet, eine Utopie ist, die niemals verwirklicht werden kann, wo nicht Gewalt gebraucht wird, etwa wie einst Spanien seinen Kolonien gegenüber tat. Von diesen Kolonien ist aber heute keine mehr spanisch. In den Verhältnissen von Macht zu Macht ist eine Verständigung nur auf dem Boden gegenseitiger Zugeständnisse zu finden, und da die Bedürfnisse zweier Staaten niemals identisch sind, lassen sie sich auch ohne ernstliche Schädigung erreichen. Politik heißt Kompromiß, sagt bekanntlich Fürst Bismarck. Wir möchten zugleich in Anlaß der Unzufriedenheit, die in den Kreisen unserer Industrie über Zugeständnisse herrscht, die wir den

Russen gemacht haben, darauf hinweisen, daß, sobald einmal Rußland im eigensten Interesse sich genötigt sehen wird, von der Witteschen Politik abzugehen, und die Züchtung einer ungesunden, auf die Dauer nicht lebensfähigen Industrie aufzugeben, um die schreienden Notstände der russischen Landwirtschaft zu befriedigen, auch jene fiskalische Zollpolitik ohne unser Zutun von selbst wird fallen müssen. Das könnte aber, wenn wir recht sehen, früher geschehen, als man insgemein anzunehmen geneigt ist. Wir meinen also, daß Graf Bülow den lebhaftesten Dank dafür verdient, daß er sich nicht hat irre machen lassen: daß er da gab, wo gegeben werden mußte, dort aber, wo vitale Interessen der Nation in Frage kamen, sie mit aller Festigkeit zu behaupten verstand. Daß die noch ausstehende Sanktion der Parlamente nicht ausbleiben wird, kann wohl für sicher gelten. Es wäre für uns wie für unsere Partner ein selbstmörderisches Werk, zu zerstören, was mit so viel Mühe und Weisheit aufgerichtet worden ist.

Während die schwierigen Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn noch im Gange waren, fanden in Ungarn jene Wahlen zum Reichsrat statt, die in einen Sieg der von Kossuth geführten Unabhängigkeitspartei ausmündeten und den Rücktritt des Ministeriums Tisza zur Folge hatten. Graf Tisza hat nicht mehr als 151 Liberale um sich zu sammeln vermocht, während Kossuth 159 seiner Anhänger durchbrachte und alle anderen Stimmen, die aus der Wahlurne hervorgingen (27 von der Partei Andrassy, 24 Klerikale, 13 Anhänger Bauffys, 10 Unabhängige und 9 Nationalisten) gleichfalls als Gegner des Ministeriums betrachtet werden mußten. Da blieb freilich kein anderer Ausweg für Graf Tisza, als der, sein Amt niederzulegen. Die große Schwierigkeit der Lage ergibt sich nun aus der Erwägung, daß, selbst wenn der Kaiser Franz Josef sich an Kossuth wenden sollte, nicht abzusehen ist, wie dieser eine regierungsfähige Majorität um sich sammeln soll. Außer den Liberalen stehen auch die 73 Stimmen, die unabhängig von Tisza und von Kossuth abgegeben wurden, auf dem Boden des Beustschen Ausgleichs vom Februar 1867. Für das Programm der Unabhängigkeitsmänner, die nicht über die Personalunion mit Österreich hinausgehen wollen, ist also keine Mehrheit vorhanden. Was also soll unter diesen Umständen geschehen? Man würde die Lage aussichtslos

nennen, wenn nicht bisher noch immer die unwahrscheinliche Formel gefunden wäre, um die sich eine Majorität schließlich doch sammelte. In der gegenwärtigen Lage scheint uns eine Rückkehr des Grafen Andrassy immer noch als das wahrscheinlichste, nur liegt auf der Hand, daß Kossuth nicht ohne recht beträchtliche Abschlagszahlung das Feld räumen wird. Das bedeutet aber unter allen Umständen eine weitere Lockerung des Zusammenhangs beider Reichshälften. Schon jetzt haben die Tschechen mit ihrem Jubel über den Sieg Kossuths nicht zurückhalten können und ihm ihre Glückwünsche gesandt. Was sie erhoffen, ist eine Stärkung des föderalistischen Gedankens, der ja seit 1860 fortdauernd lebendig geblieben ist. Daß die Föderation in ihrer Verwirklichung eine Schwächung aller Teile bedeutet, wird freilich dabei außer acht gelassen, und ebensowenig scheinen die Kossuthianer eine Vorstellung davon zu haben, daß das unabhängige Ungarn einem sich in seine Bestandteile auflösenden Ungarn gleichzusetzen ist. Der Nationalitätenhader, der heute in der Gesamtmonarchie das politische Arbeiten fast unmöglich macht, müßte verstärkt in Ungarn zum Ausbruch kommen, und es erscheint uns im höchsten Grade der Erwägung wert, ob das Endresultat nicht eine Föderation innerhalb eben jenes selbständigen Ungarn sein würde. Kroaten, Slovaken, Serben, Walachen und Deutsche können mit nicht minderen Ansprüchen hervortreten, und wenn das alles sich einmal verwirklichen will, dürfte es das bunteste Bild geben, das je auf einer europäischen Staatenkarte gezeichnet worden ist.

Auch scheint man in Wien wie in Ofen-Pest vorläufig den Dingen ganz ratlos gegenüber zu stehen, wie schon die Tatsache zeigt, daß Kaiser Franz Josef seine geplante Reise in die ungarische Hauptstadt bis auf weiteres aufgegeben hat.

Können wir die Neubesetzung der Ministerien in Dänemark und Spanien als von geringer allgemeiner und fast ausschließlich lokaler Tragweite füglich übergehen, so verdient das jetzt ans Ruder gelangte 41. Ministerium der dritten französischen Republik um so mehr Beachtung. An die Stelle von Herrn Combes ist Herr Rouvier getreten und damit der Alleinherrschaft sozialistischer Intoleranz vorläufig eine Schranke gezogen worden. Der neue Ministerpräsident ist uns ein alter Bekannter. Von der kurzen Zeit abgesehen, da er 1871, um mit Hanotaux zu reden, einer der Lycurge der National

versammlung war, hat er seit 1876—1893 fast ohne Unterbrechung im politischen Leben gestanden. Er ist siebenmal Minister und einmal Ministerpräsident gewesen. Meist vertrat er die Finanzen. Der Panamaskandal schien auch ihm den Hals brechen zu müssen, aber er war einer der Glücklichen, die mit heiler Haut davonkamen. Die Anklage gegen ihn wurde niedergeschlagen und seit 1898 hatte er wieder dauernd seinen Sitz in der Kammer. Im Juni 1902 nahm ihn Combes in sein Kabinett und, wiederum als Finanzminister, ist er bemüht gewesen, zum Vorteil Frankreichs die türkische Schuld zu konvertieren. Das trug ihm einen energischen Verweis von der russischen Presse ein, aber da das Unternehmen, wie bekannt ist, scheiterte, scheint diese Angelegenheit verziehen und vergessen zu sein. Was er durchführte, war die Konvertierung der $3^1/_2$proz. französischen Rente in eine 3proz., sieben Milliarden in Summa, das heißt ein Drittel der gesamten französischen Staatsschuld, die jetzt durchweg mit 3 pCt. verzinst wird. Es war eine Operation, die mit Recht dem Minister zu hohem Verdienst angerechnet wurde. Auch die bulgarischen Finanzen sind von ihm mit französischem Gelde in Ordnung gebracht worden, im Juni 1903 beteiligte er Frankreich an der großen japanischen Kriegsanleihe, die in England negotiiert wurde, was wiederum in Petersburg verstimmte. Seither aber war wenig von ihm die Rede und in dem Kampf Combes gegen den französischen Katholizismus hat er sich, so weit irgend möglich, zurückgehalten. Er ist jetzt ein Mann von bald 63 Jahren.

Nun lag auf der Hand, daß der neue Ministerpräsident unter keinen Umständen die innere Politik seines Vorgängers werde fortführen können. Denn wenn Combes auch infolge der Aufdeckung des Delationswesens fiel, stöhnte doch ganz Frankreich unter der Tyrannis des sozialistischen Doktrinarismus, den er vertrat. Man atmete — abgesehen natürlich von den sozialistischen Sektierern — überall erleichtert auf, als er von der politischen Schaubühne verschwand. Bei der Kombination des Ministeriums sorgte Rouvier nicht nur dafür, daß der unpopulärste seiner früheren Kollegen, der Marineminister Pelletan schwand, sondern er durchbrach auch durch Heranziehung von Nationalisten und Republikanern die Alleinherrschaft der Partei. Durch Beibehaltung von Berteaux, dem Kriegsminister, und von Delcassé für das Auswärtige, wurde scheinbar die

alte Tradition aufrecht erhalten, und die Fehler, welche die Sozialisten durch ihre Kundgebungen gegen die russisch-französische Allianz machten, erleichtern es ihm wesentlich allmählich einen neuen Kurs einzuschlagen.

Immerhin ist es ein wenig erfreuliches Erbe an halbfertigen Gesetzen, das er übernehmen mußte. Aber es scheint, daß er, auf die veränderte Stimmung der Franzosen (die sich geltend macht, seit Terror und Delation nicht mehr am Ruder sitzen) bauend, entschlossen ist, die progressive Einkommensteuer über Bord zu werfen und die Trennung von Kirche und Staat ad calendas graecas zu vertagen. Ob ihm das gelingt, wird der Prüfstein auf seine staatsmännische Befähigung sein. Am Donnerstag soll der Kampf beginnen, und Jaurès scheint fest entschlossen, seiner Partei, den Sozialisten quand même, den Sieg über die Halbsozialisten des Ministeriums zu sichern. Man hat in Frankreich die Empfindung, vor einer großen Entscheidung zu stehen.

Vom Gesichtspunkt der großen Politik ist die Frage weit interessanter, wie „Lord Delcassé" (so nennt ihn die Wochenschrift „L'Europe coloniale") sein Spiel weiterführen wird. Wir finden nicht, daß seine Figuren günstig aufgestellt sind. Seine in der Tat schwierige Aufgabe war, die Annäherung an England zu festigen und zugleich den Russen gefällig zu sein, ohne es doch mit Japan zu verderben. Die sehr geschickt formulierte Neutralitätserklärung Frankreichs, die es den Russen möglich gemacht hat, ihre Flotte in den Gewässern von Madagaskar weilen zu lassen und dort die Hilfsgeschwader abzuwarten, welche Rußland jetzt in größter Eile fertigstellt, hat vorläufig die eine Seite des Problems glücklich gelöst; wie wir glauben, ist aber ein japanischer oder englischer Protest nur deshalb nicht erfolgt, weil man hier wie dort die Rosshéstwenskische Flotte für schwächer hält, als es die japanische ist. Und in der Tat scheint Japan ganz außerordentliche Anstrengungen gemacht zu haben. Mit welchen Aussichten auf Erfolg läßt sich um so weniger vorher sehen, da wir weder eine Vorstellung von den Feldherrngaben und der Nervenstärke Rosshéstwenskis haben, noch auch wissen, was er aus seinen Mannschaften gemacht hat. Daß aber die Japaner das französische Hinterindien angreifen könnten, halten wir für ausgeschlossen. Es sind das Phantome, wie sie in Tagen großer Aufregungen wohl aufzusteigen pflegen.

Weit weniger Glück hatte Herr Delcassé mit seinen Beziehungen zu Rußland infolge der Haltung, welche die öffentliche Meinung Frankreichs den jüngsten russischen Ereignissen gegenüber einnahm. Die Demonstrationen gegen den Zarismus waren leidenschaftlicher und jedenfalls aufrichtiger als einst die Kundgebungen für den Zaren. Jetzt will man nur noch an einer Allianz von Volk zu Volk festhalten, wobei unter dem russischen „Volk" aber jene Leute verstanden werden, die in Rußland Revolutionäre genannt werden. Nun hat Herr Delcassé selbstverständlich auf das schärfste protestiert, und in Petersburg ist man aufrichtig erfreut gewesen, seine Stimme zu hören. Wir glauben daher mit der Annahme nicht zu irren, daß die offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland nicht nur gut, sondern sogar außerordentlich intim sind und daß Graf Lamsdorff fest entschlossen ist, dem französischen Kollegen kleine Treulosigkeiten zu verzeihen. Auch wird man in Petersburg nicht ohne Teilnahme bemerkt haben, daß die weitere Entwickelung, welche die marokkanischen Angelegenheiten genommen haben, eine Note des Mißvergnügens zwischen England und Frankreich durchklingen läßt. Die Sache ist nämlich die, daß Frankreich den Europäern und dem auswärtigen Handel in Marokko den Schutz nicht gewähren kann, den Herr Delcassé auf dem Wege seiner Pénétration pacifique zu erreichen versprochen hatte. Die jetzt in Fez eingetroffene französische Gesandtschaft ist zwar mit aller orientalischen Gastfreundschaft und Pracht aufgenommen worden, und Saint-René Taillandier hat auf eine schöne Rede eine gleich schöne Antwort erhalten, aber der Sultan temporisiert. Er will eine Versammlung von Häuptlingen, so dürfen wir wohl sagen, berufen und befragen, bevor er sich über die französisch-marokkanischen Beziehungen in bindender Form ausspricht; was aber jene Berater ihm sagen werden, wenn sie nach einem oder zwei Monaten zusammentreffen, das kann kaum zweifelhaft sein; sie wollen allesamt von irgendeiner Form der Abhängigkeit von einer nicht moslemischen Macht durchaus nichts wissen. Dann muß ein Entschluß gefaßt werden, der zu allem anderen, nur nicht zu einer Pénétration pacifique führen kann. Die „L'Europe coloniale", die überhaupt keine Freundin von Herrn Delcassé ist, wirft in diesem Anlaß die etwas despektierliche Frage auf: „Eh quoi! serions nous les dindons de la farce?" Jedenfalls werden es nicht die Engländer sein.

In England kämpft das Ministerium Balfour um seine Stellung. Nicht nur mit seinen liberalen Gegnern, sondern auch mit seinem angeblichen Freunde, Mr. Chamberlain, der ihm mit dem freundlichsten Gesicht den Boden unter den Füßen teils durch seine Reden, teils durch seine Presse untergräbt. Den letzten Anlaß zu solchen Angriffen bot der Presse die Nichtratifizierung des Younghusbandschen Vertrages mit Tibet durch das Ministerium. Younghusband hatte den Lama bewogen, das Tschumnatal an England abzutreten, und unsere Leser werden sich noch erinnern, wie die Nachricht, daß China den Vertrag nicht bestätigt habe, in dem uns feindseligen Teile der englischen Presse sofort die verleumderische Behauptung auftreten ließ, daß Deutschlands hinterlistiger Einfluß diese ablehnende Haltung Chinas verschulde. Nun, da durch Veröffentlichung eines Blaubuches dokumentarisch festgestellt ist, daß England selbst die Bestätigung des Vertrages verweigert hat, weil er im Widerspruch zu Verpflichtungen steht, die Lord Landsdowne Rußland gegenüber auf sich genommen hat, werden die Angriffe gegen ihn und Lord Balfour gerichtet. Es wird beiden dabei der erstaunliche Vorwurf gemacht, daß sie jenes Blaubuch überhaupt nicht hätten publizieren sollen! Gewiß! Dann wäre trotz aller Proteste jene Verleumdung auf uns sitzen geblieben! Aber vielleicht wird das trotzdem geschehen, denn wir haben in den Blättern, die uns verantwortlich machten, an keiner Stelle die ausdrückliche Erklärung gefunden, daß jene deutschen Intriguen nichts anderes waren als ein Hirngespinst. Überhaupt ist der englische Gentleman in der englischen Politik oft schwer wiederzufinden. Wir denken dabei an die Rede, welche der Zivillord der englischen Admiralität Mr. Arthur Lee am 3. Februar in Eastleigh Houts gehalten und deren entscheidender Passus nach der Wiedergabe des „Standard" in wortgetreuer Übersetzung also lautet: „Erstens sei eine völlige Neuverteilung der englischen Flotte erfolgt, damit sie auf mögliche Feinde vorbereitet sei. Das Schwergewicht und Zentrum der Seemacht in Europa sei in den letzten wenigen Jahren verschoben worden. Sie (die Zuhörer, zu denen er sprach) sollten ihre Augen nicht so sehr auf Frankreich und das Mittelmeer richten, als vielmehr mit Sorge, wenn auch nicht mit Angst, auf die Nordsee. . . . Wenn der Krieg unglücklicherweise erklärt werden sollte, könnte bei den bestehenden Verhältnissen die briti

sche Flotte ihren ersten Schlag führen, bevor die andere Partei Zeit finden könne in den Zeitungen zu lesen, daß der Krieg erklärt sei."

Daß bei dieser Formulierung als die andere Partei nur Deutschland gemeint sein kann, da Frankreich mit Namensnennung ausdrücklich ausgenommen wird, ergibt sich daraus, daß Amerika nicht in Betracht kommt, weil Amerika nicht nur Zeit hätte, nach erfolgter Kriegserklärung die Nachricht in aller Ruhe zu lesen, sondern noch mindestens acht bis zehn Tage, um die nötigen Vorbereitungen zur Abwehr zu treffen! Wir machen außerdem darauf aufmerksam, daß der Zivillord Lee als selbstverständlich voraussetzt, daß England es sein muß, das den Krieg erklärt, so daß er indirekt damit bekennt, daß die angebliche Gefahr eines deutschen Angriffs überhaupt nicht vorhanden ist.

Aber Mr. Arthur Lee hat es für nötig befunden, diese brutale Herausforderung zu dementieren. Nach der telegraphischen Meldung folgendermaßen: „Die englische Flotte ist jetzt strategisch für jeden denkbaren Fall vorbereitet: denn wir müssen annehmen, daß alle fremden Seemächte „mögliche" Feinde sind. Infolge des Wachstums der neuen Seemächte haben wir leider mehr „mögliche" Feinde als früher und müssen unsere Augen sorgsam nicht nur auf das Mittelländische Meer und den Atlantischen Ozean, sondern ebensowohl auf die Nordsee gerichtet halten."

Es ist wirklich eine starke Zumutung, dieser Mohrenwäsche Glauben zu schenken. Drastische Bilder, wie das von dem deutschen Zeitungsleser, der erst durch den Donner englischer Kanonen erfährt, daß England den Krieg erklärt habe, erfindet kein englischer Reporter, er müßte denn ein Idiot sein. Derartige Leute aber wählt man in England nicht zu Berichterstattern.

Wenn wir trotzdem von vornherein Herrn Lee nicht tragisch genommen haben, geschah es in der Annahme, daß er durch sein Bramarbasieren die großen Verdienste des gegenwärtigen Ministeriums in ein recht helles Licht stellen wollte. Aber gentlemanlike ist das nicht.

Uns bleibt nur noch wenig Raum, um der Vereinigten Staaten zu gedenken. Sie stehen jetzt vor einem Konflikt mit Venezuela und Haiti und es soll uns nur lieb sein, wenn sie Herrn

Castro, übelen Angedenkens, und der zuchtlosen Negerpolitik eine recht gründliche Lektion erteilen. Und Präsident Roosevelt scheint ganz der Mann zu sein, um hier wie dort den Übermut zu dämpfen. Noch zwei weitere Maßnahmen, die er getroffen hat, bestätigen, daß seine Präsidentschaft keine Periode der Schwäche sein wird. Eine Flotte von 15 amerikanischen Kriegsschiffen ist nach den Philippinen dirigiert worden, um für eine strenge Aufrechterhaltung der amerikanischen Neutralität zu sorgen, dann aber hat der Präsident eine Anfrage an die Mächte wegen Aufrechterhaltung der Integrität Chinas und des Prinzips der offenen Tür in China gerichtet. Deutschland, England, Frankreich und Italien haben bereits in beiden Beziehungen ihre volle Übereinstimmung mit den Prinzipien der amerikanischen Politik in Ostasien ausgesprochen, und auch das ist sehr erfreulich, weil einmal die immer in Gärung befindlichen fremdenfeindlichen Elemente in China sich nunmehr beruhigen dürften, zweitens aber die Gefahr möglicher Verwickelungen im fernen Osten zwischen den europäischen Mächten unter solchen Umständen als ausgeschlossen betrachtet werden kann.

Aber wahrhaft ungeheuerlich ist es doch, wenn nach diesen Vorgängen die „Times" sich von ihrem Pekinger Korrespondenten telegraphieren lassen, daß Deutschland im Begriff sei, sich eine ausschließliche Interessensphäre aus Schantung zurechtzumachen! Und dabei weisen die „Times" ausdrücklich darauf hin, daß ihre Leser Gelegenheit gehabt hätten, sich von der unbedingten Zuverlässigkeit der Nachrichten dieses Korrespondenten zu überzeugen! Der Mann ist aber derselbe, der die perfide und unwahre Nachricht brachte, daß Deutschland sich bemühe, den Younghusbandschen Vertrag mit China zu Fall zu bringen!!

9. Februar. Einstellung der Vorlesungen in der Universität Jurjew Dorpat. Beginn des Baues der Eisenbahn Tar es Salam Mrogoro.
10. Februar. Arbeiterunruhen in Petersburg, Lodz, Starzysko.
11. Februar. Kaiser Franz Joseph empfängt Kossuth.
13. Februar. General Kaulbars übernimmt das Kommando der 3. Armee.
14. Februar. Eröffnung des englischen Parlaments.

15. Februar 1905.

Der Chief Liberal Whip. d. h. der Hauptleiter der liberalen Wahlbewegung, Mr. Herbert Gladstone, der Sohn des grand old man, hat nach einer Agitationsreise von Chester aus ein Zirkular an die verschiedenen liberalen Agenten versandt, in dem er sie auffordert, sich für den Fall bereit zu halten, daß Mitte Februar Neuwahlen zum Parlament erfolgen sollten. Kurz vorher ging durch die englische Presse ein Brief des Earl of Spencer, der nächst Campbell Bannerman der zweite Leiter der liberalen Partei ist. Dieser Brief war an einen Mr. Currie Grant gerichtet, der Spencer gebeten hatte, seine Kandidatur durch eine Rede zu unterstützen. Lord Spencer, der leidend ist, lehnte ab, schrieb aber statt dessen den vielbesprochenen Brief, in welchem man nicht nur das Programm der Liberalen für den Fall erkennen wollte, daß das Ministerium nach den Neuwahlen in ihre Hände übergehen sollte, sondern auch die Kandidatur Spencers für die Stellung eines Prime-Ministers. Nun ist beides notorisch falsch und von Spencer ausdrücklich bestritten worden. Trotzdem verdienen aber die Gedanken alle Beachtung, durch die er die Kandidatur Grants zu unterstützen suchte. Geben sie auch nicht das Programm der liberalen Partei als solcher, so können sie doch unmöglich aus dem Rahmen dieses Programms hinausfallen. Wahrscheinlich werden sie uns in anderer Form und vollständiger bald genug in einer Kundgebung Campbell Bannermans entgegentreten, der jetzt seit neun Jahren im Namen der Partei spricht. Spencers Hauptgesichtspunkte lassen sich kurz dahin zusammenfassen: Abweisung des Chamberlainschen Protektionismus; Entgegenkommen den Wünschen der Iren nach autonomer Ver-

waltung ohne Angabe des Zeitpunktes, wann es geschehen solle: baldige Einführung einer verantwortlichen Regierung in Südafrika: weitere Entwicklung des Systems der Schiedsverträge, um dadurch der Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu dienen. Man sieht, wie vieles hier nicht gesagt ist. Vom englisch-japanischen Bündnis kein Wort, und ebensowenig von anderen wichtigen politischen Problemen des Augenblicks: Marokko, Tibet, Flotte usw., über welche in liberalen Kreisen gelegentlich von der offiziellen Politik sehr divergierende Meinungen laut werden. Aber schon was gesagt wurde, ist interessant genug. Um das Chamberlainsche Programm wird gewiß der Hauptkampf bei den Wahlen stattfinden, und Spencers Ausführungen sind darauf berechnet, die Stimmen der Iren und eines nicht geringen Teiles der Konservativen zu gewinnen. Für die südafrikanische Frage aber gibt es aller Wahrscheinlichkeit nach eine andere Lösung überhaupt nicht, als die vorgeschlagene. Sowohl Milner als Jameson haben in letzter Zeit ganz erstaunlich an Boden verloren. Nicht nur Buren und Holländer, sondern auch sehr zahlreiche englische Afrikaner verlangen eine Selbständigkeit, wie sie Kanada und Australien gewährt ist; und wer die Entwickelung der großen englischen Kolonien verfolgt hat, wird sich schwerlich darüber täuschen, daß England früher oder später gewähren wird, was es zu verweigern nicht stark genug ist. Denn einen neuen Burenkrieg wird man unter keinen Umständen führen. Es wäre auch die größte Torheit, die sich vom englischen Standpunkte aus ersinnen ließe, würdig eines Jameson, nicht besonnener Staatsmänner.

Die bevorstehende Auflösung des Parlaments aber halten wir allerdings für wahrscheinlich. In letzter Zeit haben die Liberalen eine ganze Reihe von Sitzen (so viel wir verfolgen konnten 14) gewonnen; man will sich in den Reihen der Konservativen nicht dem Schicksal eines ruhmlosen Zusammenschmelzens der Partei aussetzen und mag sich sagen, daß ein Kampf in geschlossenen Reihen immer noch bessere Aussichten bietet. Auch sind die Argumente für und wider den englischen Wählern gegenüber erschöpft. Die neue Phalanx der durch Mr. Pearson für Chamberlain zusammengekauften Preßorgane hat ihr Werk getan und wird im geeigneten Augenblick nicht versagen. Auch die antideutsche Agitation der letzten Zeit hat trotz der offiziellen und offiziösen Ableugnungen ihr Werk getan. Die

öffentliche Meinung ist durch die kriegerische Atmosphäre, mit der man sie künstlich umgeben hat, beunruhigt, und solche Stimmungen kommen stets den Konservativen zu gute, denen in Zeiten der Not größere Tatkraft zugetraut wird. Kurz — man will es wagen, und wenn der „Chief Whip" recht hat, müssen wir die Entscheidung noch vor Ende des Monats sich vollziehen sehen. Das über englische Dinge stets gut orientierte „Journal des Débats" scheint an den Sieg der Liberalen zu glauben und meint, daß in solchem Fall weder Spencer noch Campbell Bannerman, sondern Mr. Asquith die Leitung des Kabinetts erhalten werde. Wie dem auch sein mag, unter allen Umständen würde ein neues Kabinett denselben schwierigen Problemen gegenüberstehen, mit denen jetzt die Konservativen zu rechnen haben. Sie liegen in der merkwürdigen Stellung Englands zwischen Japan und dem Rußland verbündeten Frankreich. In beiden Bündnissen liegt ein Falsum. England ist der natürliche Konkurrent Japans in Ostasien und wenn es einmal zu einem russisch-japanischen Frieden gekommen sein wird, der einzige Konkurrent den Japan ernstlich zu fürchten hat, seit es mit den Vereinigten Staaten durch den jüngst abgeschlossenen Schiedsvertrag die Möglichkeit beseitigt hat, daß kleine Differenzen zu großen Gegensätzen auswachsen. Die Entsendung der Flotte der Vereinigten Staaten in die Häfen der Philippinen ist gewiß mehr gegen das Roshéstwenskische Geschwader, als gegen Japan gerichtet, und dem Prinzip der offenen Tür hat ja Japan sich rückhaltlos angeschlossen. Auch haben die Vereinigten Staaten sich nicht zu dem englischen Prinzip bekannt, überall die stärkste Seemacht zu sein. Sie können ein starkes Japan sehr wohl neben sich dulden und halten es nicht für ein Unglück, wenn ein anderes Volk aufblüht. Andrerseits ist bekanntlich in Rußland eine starke Gruppe von Politikern, die am liebsten den jetzigen Krieg in ein russisch-japanisches Bündnis ausmünden sähe. Das mag eine noch sehr fernliegende Zukunftskombination sein, sie gehört aber keineswegs zu den politischen Unmöglichkeiten. Man erinnere sich der Schwenkung, die Rußland nach dem Krimkriege vollzog. Sie war gewiß gleich nach dem Fall von Sewastopol ebenso unwahrscheinlich, als heute nach dem Fall von Port Arthur die andere Kombination ist.

Was aber die englisch-französische Entente betrifft, so zeigt sie nicht minder merkwürdige Seiten. Jetzt, da das Roshéstwenskische

Geschwader bereits über einen Monat vor Madagaskar liegt und dort seine weiteren Verstärkungen abwartet, kann kaum noch bezweifelt werden, daß Frankreich an jener Auslegung seiner Neutralität festhält, auf die wir hingewiesen haben. Die russischen Schiffe finden in den französischen Häfen dieselbe Freiheit wie in den heimischen, nur dürfen sie keine Prisen hineinführen. Es scheint sogar, daß Frankreich über den Punkt hinwegsieht, der den Kriegführenden untersagt, den neutralen Hafen zur Operationsbasis zu machen. Denn wenn Rußland vor Madagaskar in aller Sicherheit die Konzentration seiner Flotten vollzieht, macht es doch die Insel damit zu seiner Operationsbasis! Nun drückt der Verbündete Japans darüber beide Augen zu, und auch die Japaner halten es im Hinblick auf die englisch-französische Entente für ratsam, keinen Lärm zu schlagen — daß ihnen diese Wirkung der entente anglo-française bequem ist, wird aber niemand glauben. Auch werden die inneren Widersprüche, die sich aus dieser merkwürdigen Lage ergeben, in Paris wie in London gleich lebhaft empfunden. Im „Figaro" plädiert neuerdings der Comte de Castellane sehr eifrig für die Erweiterung der alliance franco-russe durch den Beitritt Englands zu diesem Bunde, wobei als selbstverständlich die englischen Verpflichtungen Japan gegenüber aus dem Wege geräumt werden. Den englischen Strömungen aber gibt der unseren Lesern wohlbekannte Arguskorrespondent der „Nowoje Wremja" einen höchst charakteristischen Ausdruck.

Er geht davon aus, wie lebhaft im Jahre 1900 die Agitation für ein englisch-russisches Bündnis gewesen sei. 1901 habe nun Rußland zwischen Japan oder England als Bundesgenossen wählen können. Von England hätte es die Lösung der Meerengenfrage in russischem Sinne und überhaupt die Lösung der Balkanfrage erhalten können, dazu Sicherung der Mandschurei und Ausgleichung der beiderseitigen Interessen im Persischen Golf. Den Japanern hätte man Korea überlassen und die Mandschurei öffnen müssen, dafür aber mindestens 10 Jahre Frieden gewonnen. In beiden Fällen aber wäre ein englisch-japanisches Bündnis vermieden worden. Rußland habe nun, in wahrer Vogel Strauß-Politik, beide Chancen zurückgewiesen und sich statt dessen unvorbereitet in den Krieg gestürzt. Herr Argus habe, als das Unglück geschehen war, sich mit seinen englischen Freunden in Beziehung gesetzt, um das Schlimmste zu verhindern.

Die englisch-französische Entente, die, wie er mitteilt, mit Wissen und unter Billigung Rußlands abgeschlossen wurde, habe ihm geholfen zu verhindern, daß England der russischen Flotte den Weg sperrte. Es sei neutral geblieben, und die Einmischung einer dritten Macht in den Krieg, die allein eine aktive Unterstützung Japans zur Folge haben könne, sei durchaus unwahrscheinlich. Dagegen sei es für England ganz unmöglich, zu dulden, daß russische Kriegsschiffe Bosporus und Dardanellen passieren, da der (geheime) § 7 des englisch-japanischen Bündnisvertrages das ausdrücklich verbiete. Ursprünglich hätten die Japaner verlangt, daß England auch die Ausfahrt aus der Ostsee in die Nordsee sperre, das sei aber abgelehnt worden. Herr Argus schließt seinen Artikel mit der Nachricht, daß es ihm neuerdings gelungen sei, festzustellen, daß sich doch eine Lösung der Dardanellenfrage im russischen Sinne werde finden lassen. Er verspricht, in nächster Zeit darüber zu berichten.

Nun, das wollen wir abwarten. Was uns heute interessiert, ist, daß die Bemühungen, die Quadratur des Zirkels, d. h. das englisch-französisch-russische Bündnis zu finden, noch mit allem Eifer fortgesetzt werden. Bei Herrn Argus wie beim Grafen Castellane ist dabei der Hintergedanke, die Wendung aller drei gegen Deutschland, was bekanntlich auch das Programm der „Times" und der „National Review" war.

Übrigens ist man in Rußland weder den Engländern noch den Franzosen sehr freundlich gesinnt, und zwar nicht nur in Regierungskreisen, sondern auch im Volke, diesen Begriff im weitesten Sinne genommen.

In den „Briefen eines Melancholikers" schildert ein Korrespondent der „Nowoje Wremja" seine Pariser Eindrücke. Er weist dabei auf die merkwürdige Laufbahn der französischen Minister von heute hin. Der Finanzminister sei früher Agent eines Getreidehändlers gewesen, Herr Delcassé ehemaliger Reporter, der Kriegsminister — Börsenmakler, der Marineminister — Journalist, der Minister der öffentlichen Arbeiten — Arzt, der Handelsminister — Psychiatriker, der Minister des Innern — garçon de café, und das alles in seiner Summe gebe ein sogenanntes gemäßigtes Ministerium. Wie werde erst ein rein sozialistisches aussehen?

Der Mann hat mit seiner Ironie so unrecht nicht. Es ist ein

ganz ungeheurer Unterschied, wenn man an die Männer zurückdenkt, die noch in den ersten Jahren der dritten Republik die Ministerposten einnahmen, und man kann sich deshalb nicht wundern, wenn von allen alten Überlieferungen französischer Politik nur die eine lebendig geblieben ist, das Verlangen nach weiterer Ausdehnung des Reiches. Ob diese jetzt gegen Marokko gerichtete Ausdehnungspolitik im französischen Sinne gute Politik ist, wollen wir abwarten; uns scheint es zweifelhaft, und trotz aller Komplimente, welche die „Times" an die französische Adresse schicken, ist uns auch fraglich, ob die englischen und französischen Interessen auf diesem Boden noch lange Hand in Hand gehen können. England will Schutz für seinen Handel, und der französische Einfluß reicht nicht hin, um ihn zu bieten. Er scheint vielmehr aufregend zu wirken, und wir sehen nicht ohne Beunruhigung der Versammlung jener Notabeln entgegen, die jetzt in Fez zusammentreten soll und vielleicht schon zusammengetreten ist. Das alles sind fanatisch-muselmannische Elemente, über deren fremdenfeindliche Gesinnung kaum ein Zweifel sein kann, so daß wir unter Umständen dank jener pénétration pacifique vom Regen in die Traufe kommen können.

Höchst unfranzösisch ist jedenfalls die französische Kirchenpolitik, das haben, trotz der Majorität, welche der Antrag auf Trennung von Kirche und Staat fand (was übrigens noch keine faktische Trennung bedeutet), die Debatten der letzten Tage bewiesen. Was die Katholiken fürchten, ist, abgesehen von der Intoleranz im eigentlichen Frankreich, die sich immer drückender fühlbar macht, der Verlust alles Einflusses im nahen Orient. Damit aber könnte es in der Tat seine Richtigkeit haben, da die geistlichen und weltlichen Einflüsse Frankreichs auf diesem Boden stets in engstem Zusammenhange gestanden haben und sich gegenseitig stützten. Das „Journal des Débats" hat darüber sehr nachdrücklich — und beiläufig bemerkt, sehr wenig freundlich für uns — geschrieben. Es heißt, daß der Papst entschlossen sei, die bisher beobachteten Rücksichten fallen zu lassen, dann aber hätte Frankreich keinerlei Mittel, einen Gegendruck auszuüben, der ihn veranlassen könnte, von seiner Absicht abzustehen.

Der Entwicklung der Zustände auf dem Balkan sieht man überall mit Mißtrauen entgegen. Es ist diesmal mehr als das

übliche Frühlingsfieber, und das einzig beruhigende Symptom wohl nur die Reise des Fürsten Ferdinand nach Berlin, da man mit Sicherheit annehmen darf, daß er bei uns auf eine Stimmung gestoßen ist, die kriegerischen Abenteuern, zu denen ihm die Lust zugeschrieben wurde, entschieden abgeneigt ist. Aber es wird auf dem Balkan überall gerüstet, und die politische Nervosität nimmt dort augenscheinlich überall zu. Wir denken dabei namentlich an Albanien, das sich vor einem Einschreiten Österreich-Ungarns zu fürchten scheint, und in diesem Sinne auch, gleichsam um Hülfe rufend, an die große Öffentlichkeit getreten ist. Das sind aber gewiß grundlose Befürchtungen, die sich schon durch das russisch-österreichische Abkommen erledigen. Nur glauben wir allerdings, daß Österreich-Ungarn keine Neigung hat, den gleichgültigen Zuschauer zu spielen, wenn eine andere Macht den Versuch machen sollte, sich in Albanien festzusetzen.

In Ungarn hat der völlige Mißerfolg der Regierung bei dem Versuch, durch eine Reform der Geschäftsordnung das parlamentarische Leben wieder in ruhige Bahnen zu führen, die traurige Folge gehabt, daß zur Zeit überhaupt keine Regierung vorhanden ist und Kaiser Franz Josef sich genötigt gesehen hat, mit dem alten Feinde der Dynastie, Kossuth, persönlich in Verhandlung zu treten. Darüber ist natürlich in der Unabhängigkeitspartei eitel Jubel. Aber wir zweifeln an der Dauer, denn es ist Zersetzungspolitik, die dort getrieben wird. Unter den Tschechen ist auch große Freude. Die „Narodni Listy" sprechen sich in unverhüllter Offenheit darüber folgendermaßen aus: „Obgleich wir Tschechen gewöhnt sind, bei Äußerung unserer Sympathien und bei Abschätzung politischer Ereignisse von unserem Standpunkte aus vorsichtig zu sein, so müssen wir doch jetzt was in Ungarn geschehen ist freudig begrüßen. Denn erstens hat Kossuth, der Führer der siegreichen Partei, sich bestimmt dahin ausgesprochen, daß er für Cisleithanien eine föderative Verfassung wünsche, und dafür kämpfen wir Tschechen schon ein halbes Jahrhundert. Zweitens haben wir am wenigsten Anlaß, der besiegten Regierungspartei Tränen nachzuweinen. Diese Partei hat sich stets auf die Seite unserer Feinde gestellt, sie hat sich immerwährend in cisleithanische Angelegenheiten eingemischt, um unseren Gegnern zu helfen, die den Vertrag von 1867 geschlossen haben, um die nichtdeutschen Völker Österreichs zu vernichten . . . . Der Sieg Kossuths wird uns nicht

ſchaden, ſondern vielmehr Nutzen bringen. Sobald der Vertrag von 1867 fällt, fällt auch die öſterreichiſche Verfaſſung, die aus dem Boden des Dualismus hervorgewachſen iſt.“ Aber ſollte mit der Verfaſſung von 1867 nicht noch viel mehr fallen, und vielleicht mehr, als den Tſchechen ſelbſt lieb iſt? Anſehen, Stärke und Wohlſtand ſind bedingt von dem großen Zuſammenhange, den die habsburgiſche Dynaſtie darſtellt; wird er durchbrochen und in lockere Parzellen zerlegt, ſo ſteht die Welt vor einem neuen politiſchen Gebilde, das, weil es weniger bedeutet, auch nicht auf gleiche Berückſichtigung rechnen kann.

In Rußland dauert die politiſche Kriſis fort. Die Arbeiterbewegung iſt nur halb niedergeſchlagen und in Polen ſogar ſtärker geworden. Obgleich neuerdings die katholiſche Geiſtlichkeit ſich bemüht, beruhigend auf die Arbeiter einzuwirken, iſt der Erfolg bisher nur gering, und es ſcheint, daß jetzt auch das alte national-polniſche Programm in dieſe Kreiſe einzudringen beginnt. Immerhin läßt ſich darauf rechnen, daß ſchließlich die Fabriken und Gewerkſchaften ihre Arbeiten wieder aufnehmen werden. Mit weit geringerer Sicherheit läßt ſich das von der großen auf Verfaſſung gerichteten Bewegung der gebildeten Kreiſe ſagen. In ganz Rußland tagen jetzt Verſammlungen: der Adel, die Studenten, die Ärzte, die wiſſenſchaftlichen Vereine, die Rechtsanwälte, die Semſtwos in Gouvernements und Kreiſen, die Stadtvertretungen, ja, ſogar die Geiſtlichkeit uſw., und alles ſpricht Politik. Die hocherwünſchten Loyalitätsadreſſen kommen mühſam oder gar nicht zuſtande, um ſo häufiger ſehr beſtimmt formulierte Wünſche, die weit über die Reformabſichten der Regierung hinausgehen. Immer wieder hört man von einzelnen Attentaten gegen hohe Beamte. Das ſchlimmſte iſt, daß die adminiſtrative Willkür fortdauert. Das mag bei der allgemeinen Gärung für notwendig gehalten werden, zerſtört aber den Glauben an die Abſicht der Regierung, wirklich tiefgreifende Reformen vorzunehmen.

Und doch darf daran nicht gezweifelt werden. Die Vorſchläge des Miniſterkomitees müßten, wenn man ſie durchführt, einen ganz ungeheuren Schritt vorwärts zum Rechtsſtaat bedeuten. Namentlich die Abſicht, den Senat vom Einfluß der Miniſter ganz frei zu machen und ihm das Recht zu geben, in Verwaltungsfragen direkt

an den Kaiser zu gehen, würde, wenn verwirklicht, eine sehr entschiedene Wendung zum Besseren bedeuten. Dasselbe gilt von den Vorschlägen, welche die Macht der Minister beschränken und ihnen das Recht nehmen, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen usw. Aber zunächst sind das alles noch wohlgemeinte Entwürfe, und alles wird darauf ankommen, wann und wie man sie ausführt. Die Geduld der Russen ist aber heute nicht groß. So hat z. B. die vortreffliche juristische Zeitschrift „Prawo" (das Recht) am 11. angekündigt, daß sie in Zukunft nicht mehr erscheinen werde, „weil es bei den gegenwärtigen Zuständen unmöglich sei, zu arbeiten, und zwar um so weniger, als nach dem Gang der Arbeiten des Ministerkomitees über die Presse sich für diese nichts Gutes erwarten lasse." Ebenso ungeduldig werden die in Aussicht gestellten Gesetze über die Gewissensfreiheit von den Altgläubigen und Sektierern erwartet, am ungeduldigsten die Nachricht, daß die Eingriffe der Administration aufhören, welche die Freiheit des Einzelnen beschränken oder ganz aufheben. Dabei laufen die abenteuerlichsten Gerüchte um. Das neueste will wissen, daß der Zar dem Sohne des Grafen Leo Tolstoi gesagt habe, er teile ganz die Ansicht des alten Grafen, daß es unerläßlich sei, eine große Volksvertretung, einen semski ssobor zu berufen! Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß man im Winterpalais keine rechte Vorstellung davon hat, was ein semski ssobor war. Er würde für das heutige Rußland einen ganz veralteten Anachronismus bedeuten, und weniger Nutzen bringen, als die Versammlungen der Semstwos schon heute bringen könnten.

Alles, was von einem nahe bevorstehenden Friedensschluß und angeblichen Friedensvermittlungen verbreitet wird, ist notorisch falsch. Der Krieg wird seinen Gang weiter gehen, zu Wasser wie zu Lande.

16. Februar. Erfolge der Japaner.
17. Februar. Ermordung des Großfürsten Ssergej Alexandrowitsch.
18. Februar. Verhaftung der Mörder Hentschel von Gilgenheims und de Coverville's.
20. Februar. Annahme der Handelsverträge im Deutschen Reichstage.
21. Februar. Kämpfe zwischen Armeniern und Tataren in Baku. Eisenbahnausstand im Kiewschen.
22. Februar. Schließung der Privatschulen in Warschau.

22. Februar 1905.

Es ist furchtbar, sich sagen zu müssen, daß auch die Ermordung des Großfürsten Ssergej Alexandrowitsch am letzten Freitag nichts anderes ist, als ein Symptom des sich immer weiter ausbreitenden Zersetzungsprozesses, der die Existenz allen staatlichen Zusammenhalts in Rußland bedroht.

Was in Rußland gedacht und empfunden wird, zeigt der folgende Leitartikel, den die „Peterburgskija Wjedomosti" (Herausgeber Fürst Uchtomski, Redakteur Stieglitz) an die Spitze ihrer Sonnabendnummer setzen:

„Wir sind in die Zone der schrecklichen politischen Stürme eingetreten. Unheilverkündende Flammen färben die Ferne des aufsteigenden Tages. Mit Verbrechen gegen das Leben ihrer Nächsten suchen sinnlose Fanatiker eine mehr als problematische bessere Zukunft zu schaffen. . . .

Was gestern in Moskau geschehen ist, ist so schrecklich, daß die Feder sich sträubt, bei dem Ungeheuerlichen zu verweilen. . . . Der Sohn des Zaren-Befreiers ist ermordet worden, am hellen lichten Tage, an den Pforten des Kreml! Und das geschah in dem historischen Moment, da die gesamte Gesellschaft von den Höhen des Thrones einen hoffnungsreichen Aufruf erwartete, da die Kunde vom Semski Ssobor, von der Versöhnung (wörtlich Vereinigung) mit der Regierung, von der Notwendigkeit sich aus der Erstarrung aufzuraffen, die uns nach Port Arthur und in die unaussprechlichen Leiden des Krieges geführt hat, die Geister zu erheben und durch die verschiedenen Schichten der Gesellschaft zu dringen begann. . . .

Und nun ist der furchtbare Abgrund, der uns scheidet, noch klaffender geworden. . . . Die Ströme Blutes, welche die rasenden Feinde jeder Ordnung im Reiche vergossen haben, hinterlassen wiederum unauslöschliche Spuren, sie haften an der Periode, die wir in unerträglicher Ruhe und Spannung durchlebt haben: der Kampf der Parteien, der Zwist im Innern, die im Jahre der verlorenen Schlachten Rußland erschöpft und beschimpft haben, die gedrückte und krankhafte Stimmung, die Ertötung der national-patriotischen Empfindungen, auf die man noch vor kurzem so übertriebene Hoffnungen setzte, das alles fließt zusammen zu einem lichtlosen Nebel, aus dem das Auge vergeblich nach einem nahen Ausgange sucht. So mag denn Gott in diesen schweren Augenblicken den um das Vaterland sorgenden Kaiser erhalten und ihm die Festigkeit verleihen, kühner und unerschütterlicher als je vorwärts zu schauen.

Es ist eine schöpferische, große allumfassende Aufgabe, die ihm anvertrauten Völker und Reiche zur Wiedergeburt und Erneuerung zu führen, sie duldet weder Aufschub, noch Schwanken. Viele Tausende von Händen erheben sich, um ihn in Gedanken mit dem Zeichen des Kreuzes zu segnen: sie bitten allesamt um Eins: Schare um dich dein Rußland, es wartet auf Morgenrot und Tageslicht! Nur dann werden wir mit Gleichmut der Hinterlist und den Schlägen der Feinde begegnen können. Schon tönt ihr Spott immer lauter und immer fester schließen sie sich zusammen . . ."

Wir brauchen diesem Notschrei, denn das ist er, kaum einen Kommentar beizufügen. Was hier spricht, ist die Stimme dessen, was man die russische Intelligenz nennt, die Intelligenz, die vor der legalen Öffentlichkeit redet, und die gegen jene andere Intelligenz auftritt, die, ursprünglich auf dem Boden gleicher politischer Anschauungen stehend, sich allmählich zu den Extremen gesteigert hat, die selbst vor dem politischen Morde nicht zurückschrecken. Die russische Revolution, in der wir stehen, führt ihre Mitglieder durch viele Stadien, ehe sie zu der sittlichen Unbedenklichkeit gelangen, die alles für erlaubt hält und sich über alle Schranken menschlicher Staatsordnung und göttlicher Weltordnung hinwegzusetzen anmaßt. Graduelle nicht wesentliche Unterschiede trennen die einen von den anderen. Schüler, Apotheker, Studenten, Professoren, Rechtsanwälte

und Geschworene, welche das Arbeiten einstellen, untergraben die Fundamente des staatlichen Lebens in gleicher Weise, wie der Beamte, der seine Macht und seinen Einfluß zur Beugung des Rechts, zur eigenen Bereicherung und zu roher Willkür ausbeutet: auch sehen wir nicht, daß die litterarischen Anarchisten, die wie Gorki ihr Talent zur Auflösung jeden Begriffes sittlicher Verantwortlichkeit mißbrauchen, weniger schädlich wären als die Anarchisten der Tat, welche die Theorie ins Praktische übersetzen. Es ist ein großer Zusammenhang, der sie alle, nicht bewußt, aber tatsächlich verbindet, und eben deshalb ist es so ungeheuer schwer, zu sagen, was in diesen Nöten die Regierung machen soll. Sie hat die Arbeiterausstände, die zu politischen Nebenzwecken mißbraucht wurden, niederzuschlagen versucht und ist ihrer nur zeitweilig und nur scheinbar Herr geworden. Von unsichtbaren Händen aufs neue entzündet, ist aus der Asche die Flamme wieder hoch emporgeschossen, das Stocken der Fabriken lähmt die regelmäßige Verpflegung im Felde und macht die ohnehin bedenkliche Lage auf dem Kriegsschauplatze noch kritischer; auf den Bahnhöfen haben die Getreidetransporte sich zu Tausenden von Waggons aufgehäuft und niemand vermag den Knäuel zu entwirren: auf dem Lande beginnt schon jetzt der jedes Frühjahr eintretende Notstand sich fühlbar zu machen: die Bauern verkaufen zu Schleuderpreisen ihr Vieh, die Männer verlassen die Dörfer, um auswärts — bis nach Sibirien hinein — Arbeit zu suchen und ihre Spargroschen in das Heimatsdorf zu Frau und Kindern zu schicken, damit sie leben — und die rückständigen Abgaben zahlen können. Notabene, wenn sie Arbeit finden, was keineswegs die Regel ist, wie Briefe beweisen, die von den russischen Zeitungen wiedergegeben werden. Auch hören wir schon jetzt von Bauernrevolten im Gebiet der schwarzen Erde, speziell im Charkowschen! Ist aber das Frühjahr gekommen, so droht in den Dörfern, deren Reservisten einberufen sind, wiederum Mangel an Arbeitern zur Bestellung der Felder. So stehen neben jenen Tausenden, die nicht arbeiten wollen, andere noch zahlreichere Tausende, die keine Arbeit finden, so stehen in der Nähe der um das tägliche Brot sorgenden Bauernschaften ungezählte Eisenbahnfrachten mit Getreide, und nebenher müssen die Dörfer noch Sorge dafür tragen, daß die Getreidemagazine, an deren Inhalt nicht gerührt werden darf, gefüllt werden, ohne daß dabei Rücksicht auf

ihren eigenen Bedarf genommen wird. Denn wo das Gesetz in Rußland grausam ist, da pflegt seine buchstäbliche Erfüllung erzwungen zu werden! Das ist das ungeschminkte Bild, das sich uns aus den halb beiläufigen Notizen und Korrespondenzen ergibt, die in der russischen Presse verstreut einlaufen. Sie künden für das Frühjahr auch die Cholera an, aber wir wollen hoffen, daß sie irren, denn die Folgen könnten schrecklich sein. Schon jetzt werden Proklamationen verbreitet, welche die Arbeiter gegen die Studenten und gegen die Fremden „Juden, Polen, Armenier und andere Vertreter von Fremdstämmen" aufhetzen. In Pskow und in Charkow hat man solche Aufrufe gefunden und was das völlig aus seinen Bahnen gedrängte Volk aus ihnen macht, steht von den jüngsten Arbeiter- und Bauernunruhen in Kleinrußland noch in frischer Erinnerung. Auch das Mißhandeln von Studenten in Moskau durch den Pöbel, gleich nach der Ermordung des Großfürsten, deutet auf ähnliche Aufreizungen hin. Wir können uns aber nichts Schrecklicheres denken, als den seinen Racheinstinkten nachgehenden russischen Arbeiter und Bauern, wenn er im Glauben steht, dabei ein gerechtes Strafgericht zu vollziehen.

Die Sorge der russischen Intelligenz geht nun dahin, daß die geplante Reformaktion infolge der Ermordung des Großfürsten Sergej ins Stocken geraten könnte. Aber das halten wir für durchaus unwahrscheinlich, wenn auch das plötzliche Umspringen des bisher geltenden absolutistischen Regiments in ein abendländisch-konstitutionelles als ausgeschlossen gelten muß. Das Heilmittel könnte schlimmer wirken als die Krankheit. Das Beste, was die russische Intelligenz tun kann, ist stillezuhalten und ohne Zögern die Tagesarbeit aufzunehmen, im übrigen der Regierung zu überlassen, die Reformen durchzuführen, die sie zur Ausführung bereit gestellt hat, und die noch unfertigen Projekte ruhig auszuarbeiten. Was sie bieten will, ist nicht wenig. Soweit sich aus den Protokollen des Ministerkomitees, die ja jedermann zugänglich veröffentlicht worden sind, ersehen läßt, sind ihre Absichten die besten und die Wege, die sie einschlagen will, die richtigen. Sie will gewisse Grundrechte verleihen und Gesetzgebung und Verwaltung unter Kontrolle des völlig unabhängig gemachten Senats stellen. Das würde, redlich ausgeführt, einen ganz ungeheueren Fortschritt bedeuten. Ob sie

einen Semski Sjobor wirklich schon jetzt bewilligen will, wissen wir nicht. Es wäre unter allen Umständen ein gefährliches Experiment. Mit dem bloßen Recht, Gutachten zu geben, und mehr durfte der Semski Sjobor niemals, würde sich im heutigen Rußland eine wie immer organisierte Volksvertretung nicht zufrieden geben, eine beschließende Versammlung aber würde nur zu bald alle Schranken niederreißen. Die „Pet. Wjed." führen ein vielleicht fingiertes Gespräch zwischen zwei russischen Verfassungsfreunden an, in welchem der eine sagt: „Wir müssen durchaus sofort ganz Europa überholen, und das ist sehr leicht: es kommt nur darauf an, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu verleihen, so daß der Sjobor zur Hälfte aus Männern und zur anderen Hälfte aus Frauen bestehen würde." Nun spotten die „Pet. Wjed." freilich darüber, aber wer kann dafür bürgen, daß ähnliche Phantasmen in der Tat nicht ernstliche Vertreter finden.

Kurz, wir meinen, die öffentliche Meinung Rußlands sollte der Regierung Zeit geben. Sie muß vor allem dafür Sorge tragen, daß das Staatsleben wieder regelmäßig funktioniert, sie hat mit der gefährlichen polnischen Bewegung zu rechnen, sie hat den japanischen Krieg noch am Halse und endlich, sie steht nicht allein in der Welt und muß die allgemeine Weltlage scharf im Auge behalten.

Das Wichtigste, was abgesehen von diesen russischen Dingen in den letzten acht Tagen geschehen ist, ist ohne Zweifel die am 14. Februar erfolgte Eröffnung des englischen Parlaments. Die Thronrede war außerordentlich lakonisch, berührte aber alle Fragen der auswärtigen Politik Englands, und das bedeutet ja heute fast die gesamte Weltpolitik. Der König begann mit der Versicherung, daß seine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten nach wie vor freundschaftliche seien; es schloß sich daran ein Kompliment für Portugal, das König Eduard bekanntlich durch sein persönliches Eingreifen merklich näher an England herangerückt hat. Dann kam ein Blick des Bedauerns auf den immer noch währenden russisch-japanischen Krieg und die nachdrückliche Betonung der korrekten englischen Neutralität. Eine nicht erfreuliche Überraschung brachte der nächstfolgende Abschnitt über die Balkanangelegenheiten. Sie böten Anlaß zur Sorge, es sei zwar dank den Bemühungen Rußlands und

Österreich-Ungarns ein wenig besser geworden, namentlich infolge der Reorganisation der Gendarmerie, aber radikale Reformen müßten noch hinzutreten, besonders finanzieller Natur; auch hätten Rußland und Österreich-Ungarn ganz neuerdings (lately) der Pforte dahinzielende Vorschläge gemacht. „Meine Regierung steht im Meinungsaustausch mit denjenigen der anderen Mächte, die vornehmlich an dieser wichtigen Frage interessiert sind."

Es wird nützlich sein, hier einen Augenblick inne zu halten. Irren wir nicht, so sind unter den anderen vornehmlich interessierten Mächten Frankreich und Italien gemeint. Uns ist dabei ein Artikel des „Temps" vom 14. November 1903 in Erinnerung gekommen, durch welchen Herr Delcassé mit dem Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Italiens drohte, wenn Österreich-Ungarn und Rußland, die nur die Mandatare Europas seien, bei ihrem unfruchtbaren Mürzsteger Programm stehen blieben. Der „Temps" ging sogar soweit, den Fortbestand der Türkei in Frage zu stellen. Dieser Gedanke ist im Mai 1904 vom Unterstaatssekretär Percy im Unterhause aufgenommen worden. Auch er sprach von den beiden Mächten (Österreich, Rußland) erteilten bedingten Mandaten und drohte mit „wirksameren Maßregeln". Es scheint nun, daß die englische Thronrede darauf hinweisen will, daß der Augenblick gekommen sei, jene „wirksameren Maßregeln" in Anwendung zu bringen und die Balkanfrage im antirussischen Sinne vorwärts zu schieben. Der ostasiatische Krieg und alles, was damit zusammenhängt, gibt ja allerdings eine unvergleichlich günstige Gelegenheit, solche Pläne tatsächlich durchzuführen.

Wir werden in dieser Auffassung durch das folgende Telegramm der „Köln. Ztg." aus Sofia vom 16. Februar bestärkt: „Die von dem Londoner Balkankomitee veranstaltete Versammlung, worin beschlossen wurde, eine Einmischung der englischen Regierung zu Gunsten der Bulgaren in Mazedonien und im Vilajet Adrianopel zu verlangen, hat begreiflicherweise die Hoffnungen der im Fürstentum lebenden Bulgaren aus den türkischen Provinzen neu belebt. In hiesigen Flüchtlingskreisen ist man jetzt fest überzeugt, daß Englands Einmischung zu Gunsten der Bulgaren um so mehr erfolgen werde, als auch die englische Thronrede gründlichere Reformen für Mazedonien für notwendig halte."

Das ist ganz logisch geschlossen und vom Standpunkte jener bulgarischen Flüchtlinge auch eine erfreuliche Kunde, denn sie gehören zu den intransigenten Elementen, für welche es eine Rückkehr nicht geben kann, solange die Türkei ihre Oberherrlichkeit behauptet. Weniger erfreulich wohl für Bulgarien, das lebhaft daran interessiert ist, sich Verdienst und Dank um jene Gebiete selbst zu erwerben, am wenigsten aber für Rußland, das jeden anderen Einfluß in Konstantinopel eher vorherrschen lassen kann als den englischen, mit dem sich auf diesem Boden weder ein Kompromiß schließen noch eine Bundesgenossenschaft eingehen läßt.

Doch wir kehren zur englischen Thronrede zurück. Des englisch-französischen Abkommens wird sehr warm gedacht, aber nur soweit die Beziehungen beider Mächte zueinander in Betracht kommen. Nicht die geringste Andeutung weist auf die außerordentlich weittragende politische Bedeutung der Kombination hin. Sie wird freilich eben dadurch dem aufmerksamen Leser um so gegenständlicher. Hieran schließt sich ein Hinweis auf die Schiedsverträge mit Schweden und Norwegen, Portugal und der Schweiz, auf die internationale Kommission in der Doggerbankangelegenheit, wiederum ohne Hinweis darauf, daß, wie das eben verteilte Blaubuch zeigt, England nahe daran gewesen ist, darüber in einen russischen Krieg zu geraten. Die weiteren Abschnitte betreffen die außereuropäische Politik Englands. Für Transvaal wird eine „representative Constitution", also keine selbständige Regierung verheißen, obgleich es sicher scheint, daß die Bevölkerung Transvaals sich damit nicht zufrieden geben wird. Es folgt der Ruhm des tibetanischen Feldzuges. Die Nachricht, daß China einen Vertreter nach Kalkutta geschickt habe, um dem Tibetvertrage beizutreten, endlich die Konstatierung, daß Afghanistan der indischen Regierung merklich näher getreten sei.

Von den Vereinigten Staaten ist keine Rede, ebenso findet sich kein Wort des Bedauerns wegen der Leeschen Provokation Deutschlands. Der Schluß der Thronrede gilt den inneren Angelegenheiten und ist für uns von zu geringem Interesse, um hier wiederholt zu werden. Das Ganze ist, wie man sieht, mit Ausnahme der Bemerkungen über die mazedonische Reformfrage farblos und außerordentlich vorsichtig gehalten.

Um so lebhafter sind die Debatten gewesen, die sich an die Thronrede knüpften. Daß die Regierung trotz der bösen Angriffe,

gegen die sie sich zu verteidigen hatte, als Siegerin aus dem Kampfe hervorging, hatte sie den sezessionistischen Freihändlern der unionistischen Partei zu danken, die mit ihr stimmten, so daß sie mit einer Majorität von 63 Stimmen ein Mißtrauensvotum abweisen konnte. Trotzdem wird man nicht mit Bestimmtheit annehmen dürfen, daß das Kabinett sich noch lange behaupten kann. Sobald aber an die Entscheidung der Wähler appelliert wird, kann der Sieg der Opposition als sicher gelten. Auch richtet sich das Kabinett Balfour bereits darauf ein, wie die Tatsache beweist, daß man an Lord Milners Stelle, der nun definitiv nach England zurückkehrt, einen Mann setzen will, mit dem auch die Liberalen sich zufrieden geben können. Denn in Südafrika sind die Verhältnisse noch so gespannt, daß eine Kontinuität in der englischen Politik unerläßlich ist.

Neuerdings wird wieder Lord Rosebery als der künftige Minister des Auswärtigen genannt, falls Spencer Premierminister werden sollte. In Frankreich würde eine solche Kombination sehr ungern gesehen werden.

Der Streit zwischen dem Präsidenten Roosevelt und dem Senat über die Schiedsverträge geht darauf zurück, daß der Senat entschlossen ist, die Entscheidung darüber, ob ein Schiedsspruch im einzelnen Fall stattfinden dürfe, jedesmal vor sein Forum zu ziehen, während der Präsident die Entscheidung darüber in Händen behalten will, da in strittigen Fällen, die durch Schiedsspruch erledigt werden sollen, meist eine schnelle Entscheidung für oder wider Anrufung des Schiedshofes notwendig ist. Die Doggerbankaffäre kann dafür als recht überzeugender Beleg angeführt werden. Die von Roosevelt abgeschlossenen Verträge würden daher durch das Veto des Senats alle praktische Wirksamkeit verlieren. Da auch mit Deutschland ein solcher Schiedsvertrag vereinbart war, fragt es sich, welche Bedeutung die Tatsache für uns hat, daß dieser Vertrag nunmehr zu Boden fällt?

Wir meinen, daß wir darum nicht zu sorgen brauchen. Derartige Übereinkünfte haben einen mehr dekorativen als einen realen Charakter und versagen, wo wirklich ernste Interessengegensätze vorliegen, während andererseits, wo der ernste Wille vorliegt, einen Konflikt zu vermeiden, auch allezeit die Wege dazu gefunden werden können.

Aber nicht ohne humoriſtiſche Empfindung haben wir die Betrachtung geleſen, welche das „Journal des Débats“ in einem Artikel, der die Frage ſehr lucid behandelt, gleichſam als Moral an die Fabel knüpft: der Senat ſcheine entſchloſſen, immer genauer und peinlicher die auswärtige Politik der Regierung zu kontrollieren. Da nun die Regierungen (dieſes iſt wohl nur ein Höflichkeitsplural) eine ſtetig wachſende Neigung zeigten, durch diplomatiſche Kunſtgriffe und Ausflüchte die auswärtige Politik der Kontrolle der Volksvertretung zu entziehen, dürfe man ſich nicht wundern, daß der amerikaniſche Senat dieſer Tendenz entgegenarbeite.

Man darf wohl daraus den Schluß ziehen, daß Her Delcaſſé aus irgend einem Grunde, der ſein Geheimnis iſt, mit dem Präſidenten Rooſevelt nicht zufrieden iſt.

24. Februar. Eisenbahnausstände im Moskauischen und Kasanischen. Durchstich des Simplontunnels. Sieg der Japaner am Schabo. Spruch der Doggerbankkommission.
26. Februar. Alle russischen Eisenbahnen werden unter Kriegsrecht gestellt.
27. Februar. Beschießung von Mukden.
28. Februar. General Stoffel trifft in Petersburg ein.

1. März 1905.

Das englische Kabinett ist nun zum zweiten Male genötigt gewesen, eines seiner Mitglieder zu decken, das die offizielle Politik Mr. Balfours und seiner Myrmidonen arg bloßgestellt hat. Erst war es der Zivillord der Admiralität, Mr. Lee, jetzt ist es der Staatssekretär für Irland, Mr. Wyndham, gewesen. Der Herr Staatssekretär hat nämlich seinem Freunde, dem Unterstaatssekretär für Irland, Sir A. Mac Donnell, einem Vollblutiren, den Lord Lansdowne selbst zum Unterstaatssekretär gemacht hat, einen Verweis erteilt, weil er als Mitglied der „Irish Reform Association" darauf hinarbeitete, eine neue Home Rule-Partei zu organisieren. Auch der Vizekönig von Irland, Lord Dudley, war ein Förderer dieses neuen Home Rule-Programms, sodaß es in der Tat unmöglich ist, Mac Donnell abzustreifen, als habe das Kabinett mit ihm nichts zu schaffen gehabt. Mr. Wyndham, der es versucht hat, mußte die allerschlimmsten Vorwürfe hinnehmen, und es ist nicht wahrscheinlich, daß er sich in seiner Stellung behaupten läßt, trotz des Sieges, den Mr. Balfour im Unterhause wieder dank seiner Majorität davontrug. Es waren aber nur noch 50 Stimmen, 286 gegen 236, und das ist um so bedenklicher, als jedermann in England weiß, daß das Ministerium, wenn es zu Neuwahlen schreiten sollte, eine Majorität überhaupt nicht finden würde.

1900 betrug die Mehrheit noch 134 Köpfe, es sind also 84 Stimmen verloren gegangen, und das will umsomehr bedeuten, als das Ministerium ohne die Stimmen der Anhänger Chamberlains überhaupt nicht mehr bestehen könnte. Chamberlains Pläne können aber bereits heute als aussichtslos bezeichnet werden, sein Programm

lebt nur noch ein Scheinleben, denn es ist kein Geheimnis, daß Mr. Balfour es sich nicht zu eigen machen kann und den latenten Gegensatz, der zwischen ihm und dem ehemaligen Kolonialminister besteht nur künstlich verschleiert, ohne ihn je ganz verdecken zu können. Daß aber Chamberlain, wie er wohl könnte, das Ministerium stürzen und dadurch Neuwahlen oktroyieren will, muß als ausgeschlossen gelten. Neben der zweifellosen Niederlage, der er selbst entgegenginge, würde er mit Mr. Balfour auch seinen eigenen Sohn Austin Chamberlain zu Fall bringen. Die Wahrscheinlichkeit spricht also dafür, daß er mit Balfour darauf hinarbeiten wird, die Position des Ministeriums solange zu halten, wie es irgend geht, d. h. bis zum Ablauf der sechs Jahre, die der Usus als größten Zwischenraum zwischen zwei Wahlperioden gestattet; daß die Verfassung diesen Zeitraum auf sieben Jahre festsetzt, hat bei den Eigentümlichkeiten des englischen Staatslebens nichts zu bedeuten. Wenn nicht politische Überraschungen eintreten, wird daher England und mit ihm die Welt noch bis weit in das Jahr 1906 hinein sich darauf einrichten müssen, mit den Unionisten und mit Mr. Balfour zu rechnen.

Seit der Angriff der Liberalen vom Ministerium abgeschlagen worden ist, treten wieder die Fragen der auswärtigen Politik mehr in den Vordergrund. Vor allem natürlich sind es die russischen Angelegenheiten — wir kommen darauf in anderem Zusammenhange zurück —, danach das jetzt veröffentlichte Gutachten der Pariser Admiralskonferenz in der Doggerbankaffäre, das von der französischen Kammer beschlossene neue Marineprogramm und endlich die Wendung in Marokko. Da wir hier lauter Fragen von allgemein europäischem Interesse vor uns haben, wird es nützlich sein, sie etwas näher ins Auge zu fassen.

Der Spruch der Admirale war zunächst nur im telegraphischen Auszuge bekannt geworden, aus dem man in England nur das eine herauslas, daß keinerlei Tadel gegen Rosheſtwenski ausgesprochen sei. Das gab dann einen wahren Entrüstungssturm, aber er hat sich völlig gelegt, seit der unverkürzte Wortlaut bekannt geworden ist. Auch haben die Engländer allen Grund, zufrieden zu sein. Die internationale Untersuchungskommission tut nämlich kund, daß in der Tat keinerlei Angriffe gegen die Russen stattgefunden haben und keinerlei japanische Torpedoboote am Platze gewesen sind. Die Schuld

der Panik, welche sich der russischen Flotte bemächtigte, fällt dem Transportdampfer „Kamtschatka“ zu, der den Schweden „Aldeberan“ und andere Fahrzeuge für Japaner hielt und beschoß, zugleich aber dem Admiral Roshéstwenski signalisierte, daß er von allen Seiten her von Torpedobooten angegriffen werde.

Roshéstwenski schenkte dieser Meldung Glauben und hielt nun seinerseits die Fischerflotten von Hull, die der Admiral Fölkersahm eben erst unbeanstandet passiert hatte, für feindliche Fahrzeuge, obgleich — wie ausdrücklich festgestellt wird — alle Fischerboote ihre Lichter in Ordnung hatten und vorschriftsmäßig manövrierten. Jetzt glaubt der „Suworow“ sich angegriffen und gibt auf Roshéstwenskis Befehl Feuer, auch der Russe „Aurora“ und wahrscheinlich noch ein anderes der russischen Schiffe wird beschossen, eines der Fischerboote wird in den Grund gebohrt, fünf andere werden beschädigt. Das Feuer dauert 10—12 Minuten, dann dampft die russische Flotte eilig ab. Die Kommission stellt nun fest, daß das Feuern länger gedauert habe, als notwendig war, und daß Roshéstwenski, nachdem er seinen Irrtum erkannt hatte, von Frankreich oder von England her, beim Passieren des Kanals, Hülfeleistungen hätte veranlassen müssen. Zum Schluß heißt es wörtlich: Die Kommissare erklären, daß die Urteile, die sie in diesem Berichte aussprechen, ihrer Absicht nach nicht bestimmt sind, die militärische Wertschätzung oder die Humanitätsgefühle des Admirals Roshéstwenski oder der Mannschaft seines Geschwaders herabzusetzen. Folgen die Unterschriften: Spaun, Fournier, Dubassow, Lewis Beaumont, Charles Henry Davis.

Also, wenn wir zusammenfassen, es wird konstatiert, daß Roshéstwenski harmlose Fischerboote und seine eigenen Schiffe beschossen hat, daß die Fischer keinerlei Schuld trifft, daß der Admiral aber infolge falscher Berichte, die ihm zugegangen waren, an eine Gefahr glauben konnte, die nicht bestand, und daß im übrigen seiner Ehre nicht zu nahe getreten werden solle!

Aber das alles wird viel freundlicher gesagt, und wo direkte Vorwürfe gemacht werden, findet sich nur eine Majorität, keine Einstimmigkeit (weil Admiral Dubassow naturgemäß die Minorität bildet). Damit können die Engländer und auch die Russen sich zufrieden geben; vornehmlich die Engländer, deren Leute zudem eine gewiß reichlich bemessene Entschädigung erhalten werden. Beide

Teile aber werden mit Recht zufrieden sein, daß ein bedauerliches Mißverständnis nicht zu einem Bruch geführt hat, der von unabsehbaren Folgen sein konnte. Der „Temps", dessen Kunst, zwischen der nation amie et alliée und der nation amie et voisine zu lavieren, wir mit steigender Bewunderung verfolgen, drückt sich am Schluß seiner Betrachtung über das „Werk der Untersuchungskommission" folgendermaßen aus: Die Kommissare haben es verstanden, die Engländer durch die Erklärung zu befriedigen, daß die Beschießung nicht gerechtfertigt war, und dem Admiral Roshéstwenski zugleich den Tadel zu ersparen, den die Engländer verlangten. „C'est là un jeu d'équilibre un peu factice peut-être, un balancement artificiel." Aber was wolle das sagen, da der Friede gewahrt blieb. Dürfe man da nicht hoffen, daß so das schließliche Ergebnis zu einer weiteren Annäherung beider Mächte führen könnte? Kurz, aus den Resolutionen der Kommission lächelt uns des Lieblingskind Herrn Delcassés entgegen: die alliance anglo-russe-française.

Auch sind die Engländer nicht undankbar gewesen. Es ist ohne Beispiel, daß die „Times" je so ohne alles Mißtrauen, ja mit so ungekünsteltem Enthusiasmus die geplante Vergrößerung einer fremden Flotte begrüßt hätten, wie sie es am 25. Februar aus Anlaß der jüngsten Rede des französischen Marineministers Thomson getan hatten. Wohlverstanden, Herr Thomson exemplifizierte die Notwendigkeit einer Vergrößerung der französischen Flotte an dem Wachstum der deutschen Flotte. Und das nehmen wir ihm keineswegs übel, wir sind vielmehr der Meinung, daß er gar nicht anders argumentieren durfte. Er konnte doch unmöglich in der französischen Kammer sagen, daß die formidable Aufstellung, welche die englische Flotte neuerdings in der Nordsee eingenommen hat, auch unter Umständen gegen Frankreich gewendet werden könnte, und daß, wie die Geschichte beider Länder beweise, eine entente cordiale nicht von ewiger Dauer zu sein pflege!

Dagegen konnte er sicher sein, daß bei uns seine Erklärungen nicht die geringste Beunruhigung hervorrufen würden. Bei uns weiß jedes Kind — und wir glauben, auch in Frankreich täuscht sich kein Mensch darüber —, daß, wenn einmal ein deutsch-französischer Krieg ausbrechen sollte, er zu Lande geführt werden wird, und daß die

französische Flotte dabei nur eine ganz untergeordnete Rolle spielen kann. Geht es uns, wie wir im Vertrauen auf unsere gute Sache und unsere Armee hoffen, nach Wunsch, so würde vor allem die französische Flotte der Siegespreis sein, den die Franzosen uns unter allen Umständen zu zahlen hätten, ganz, wie wir wissen, daß ein unterliegendes Deutschland für lange Zeiträume aufhören müßte, Seemacht zu sein.

Aber eben weil wir das wissen, glauben wir auch nicht, daß französische Rüstungen zur See sich gegen uns richten. Sie rechnen mit anderen Notwendigkeiten und — Möglichkeiten.

Wir möchten aber noch die Schlußbetrachtung des Triumphartikels der „Times" hersetzen. Sie schreiben: Es darf nicht bestritten werden, daß der Entschluß Frankreichs, nicht weiter zu dulden, daß das Gleichgewicht zur See zu Frankreichs Nachteil fernerhin durch Deutschland gestört werde, die Frage nahelegt, wie lange Deutschland noch imstande sein wird, seine energische Konkurrenz zu behaupten. In dieser Konkurrenz spielen Finanzkraft und Nationalgefühl eine wesentliche Rolle. Frankreich hat eine alte und ruhmreiche Tradition auf den Meeren und wird nur aufhören eine Großmacht zur See zu sein, wenn es überhaupt aufhört, Großmacht zu sein. Frankreich hat schwer an Schulden zu tragen, aber der Fleiß und die Wirtschaftlichkeit der Nation machen es möglich, den Bundesgenossen Geld zu leihen und mit offener Hand zu geben, wenn es sich darum handelt, die französische Seemacht aufrecht zu erhalten. Das hat die Abstimmung gezeigt, bei der fast alle Parteien einmütig zusammenstanden. Ganz anders steht es um Deutschland. Deutschland hat bisher keinerlei Traditionen zur See, und wenn auch die Führer sich mit weitreichendem Ehrgeiz tragen, so finden sie doch keineswegs in allen Kreisen des Volkes Beifall. Der Reichstag, der einem starken Defizit gegenübersteht, hat dem ehrgeizigen Marineprogramm des Kaisers und seiner Minister niemals ein freundliches Gesicht gezeigt . . . . Auch setzt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Defensivkraft jeder Macht schließlich Grenzen. Lord Salisbury hat einmal gesagt: „Auch der stärkste Mann und die stärkste Nation kann über eine bestimmte Leistung nicht hinaus. Es ist mutig und weise, seine Kräfte bis zu dieser Grenze zu üben; es ist Tollheit, darüber hinauszugehen."

Das ist eine ernste Warnung für alle Staaten in diesen Tagen wachsender Aufgaben. Der deutsche Reichstag wird nun darüber zu entscheiden haben, „wo im Hinblick auf den feststehenden Entschluß Frankreichs und Englands, ihren Rang auf dem Meere zu behaupten, der Weg der Weisheit und wo der Weg der Tollheit liegt."

Wir danken für die wohlgemeinte Belehrung und verstehen nach den jüngsten Debatten über den Flottenverein und nach anderen traurigen Redeblüten, mit denen wir bei jeder Marinedebatte zu rechnen haben, wie das hochmütige Urteil des Cityblattes entstehen konnte. Im übrigen sind wir reicher als England glaubt und unsere finanziellen Reserven sind noch unberührt. Was aber die Traditionen unserer Marine betrifft, so sind die der Kriegsmarine jung, aber ruhmvoll, die unserer Handelsmarine älter als die Englands und gewiß nicht weniger ruhmreich. Von den Tagen der Hansa bis in die Gegenwart hat sie keinem nachgestanden, und das hat uns niemand lebhafter bezeugt als gerade England. Im übrigen aber sind wir der Meinung, daß, wenn einmal der Tag — den wir nicht suchen — kommen sollte, da unsere Marine beweisen muß, was sie vermag, die Welt dieselbe Überraschung erleben wird, wie einst in betreff unserer Armee.

Was nun Marokko betrifft, so halten wir die vom „Daily Telegraph" am 27. Februar aus Tanger gebrachten Nachrichten über die Vorschläge (lies Forderungen) Frankreichs vorläufig für unglaubwürdig. Denn in der Tat, das hieße einen Krieg auf Leben und Tod den Marokkanern aufdrängen. Die fünf Punkte, welche die französische Mission im Namen Frankreichs dem Sultan „vorgeschlagen" haben soll, bedeuten nicht mehr und nicht weniger als die Umwandlung Marokkos in ein neues Tunis, und es scheint undenkbar, daß die heute in Fez versammelten Notabeln des marokkanischen Islam sich ihnen kampflos fügen. Eine Annahme dieser Vorschläge durch den Sultan aber würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als seinen Untergang und den seiner Dynastie.

Aber auch dann würde den Franzosen, wenn sie auf ihren Vorschlägen bestehen, ein Kampf nicht erspart bleiben, der aller Wahrscheinlichkeit nach seinen Wiederhall im ganzen moslemischen Nordafrika finden würde. Kurz, uns scheint kaum denkbar, daß Frankreich in ein solches Abenteuer, und wir möchten hinzufügen, in eine solche

Falle gehen könnte. Es wäre der Weg in eine französische Mandschurei, ganz wie seinerzeit Transvaal beinahe zu einer englischen Mandschurei geworden wäre. In Marokko läßt sich eine Politik, wie sie in Madagaskar zum Ziele führte, nicht aufnehmen, und selbst in dem völlig isolierten Madagaskar ist sie noch heute nicht ohne Gefahren.

Doch das sind vorläufig noch französische Sorgen, und wenn man der „Europe coloniale" Glauben schenken darf, vornehmlich die Sorgen Herrn Delcassés; wir halten ihn aber für so vorsichtig, daß wir mit Bestimmtheit annehmen, daß er sich seine Rückzugslinie gesichert hat.

Daß Admiral Roshéstwenski noch immer in den Gewässern von Madagaskar weilt, hat unseren Hinweis auf die französische Auslegung der Neutralität vollauf bestätigt und bedeutet für den Augenblick allerdings einen wesentlichen, den Russen geleisteten Dienst. Oder ist es nur der Schein eines Dienstes? Wenn die russische Flotte nach Ankunft der Verstärkungen sich fähig zeigt, die Japaner in offener Seeschlacht zu besiegen, wäre die Wirkung gewaltig. Sie könnte einen Umschwung im Kriege herbeiführen. Aber furchtbar wäre eine Niederlage, und nach allem, was geschehen ist, hat unsere Zuversicht auf den Sieg der Russen sehr nachgelassen. Aber wer vermag in solchen Zeiten die Verantwortung eines Rats auf sich zu nehmen? Auch die Rückkehr des Geschwaders nach einer tatenlosen Fahrt, ohne dem Feinde ins Angesicht geblickt zu haben, hat ihre sehr ernsten Bedenken. Die wenig würdige Art, wie dem General Stössel begegnet wird, in der russischen Presse wie in der Bevölkerung, kann als Beleg dafür dienen. Die unglückliche Tatsache, daß Mißerfolge das sittliche Urteil verwirren, tritt uns auch heute in Rußland entgegen. Es ist, als sei überall die Empfindung für die nächsten Pflichten, für das, was der natürliche Anstand einer sich selbst achtenden Nation fordert, verloren gegangen. Im Innern sieht es heute noch weit schlimmer aus als vor acht Tagen. Der Ausstand der Eisenbahnbeamten, die Emeute des Kaukasus, die ganz unsicher gewordene Haltung Polens, der fortdauernde Streik der Intelligenz, die drohende Gefahr neuer Judenhetzen und Baueremeuten, das Wühlen der Revolutionskomitees, die von Paris und Petersburg her die Bewegung schüren und leiten, endlich die bereits

im Zentrum des Reiches auftretende Cholera, das gibt furchtbare Perspektiven. Und in solcher Zeit, da zudem die beunruhigendsten Nachrichten vom Kriegsschauplatz her einlaufen, hält es ein Mann wie der Graf Leo Tolstoi für möglich, in russischer und französischer Sprache eine Broschüre zu verbreiten, in welcher er die Armee, Soldaten und Offiziere, die gegenwärtigen wie künftigen, auffordert, der Regierung den Gehorsam zu verweigern, die Waffen niederzulegen und in die Heimat zurückzukehren. Und das alles im Namen des Christentums, zu dessen Propheten er sich einem Volke gegenüber aufspielt, das unfähig ist, seinen Sophismen zu widerstehen. Er selbst nennt sich einen christlichen Anarchisten. Aber er fühlt nicht, daß die Lehre, die er predigt, das aufhebt, was die Bestie im Menschen zügelt, den Staat, und glaubt im Grunde wie der andere Anarchist, sein Vorläufer Bakunin, daß aus dem Chaos, das er schaffen will, die christlichen Tugenden entstehen werden, die er als dem Menschen innewohnend voraussetzt, während doch niemand deutlicher als er gezeigt hat, wie der ungezügelte Instinkt nicht zum Guten, sondern zum Bösen führt. Bakunin war ehrlicher, er trug wenigstens nicht die Maske des Christentums.

Ebenso wenig aber wie die Tolstoische Anarchie kann in dem Rußland von heute die konstitutionelle Formel oder die gesetzgeberische Tätigkeit einer fieberkranken Nation die Hülfe bringen, nach der alles ruft. Kommen kann sie nur von oben her, und was der Zar der Nation schuldig ist, kann gleichfalls nicht zweifelhaft sein: Grundrechte, welche Person, Eigentum, Gewissen, kurz, das was wir ohne Dank als selbstverständliche Voraussetzung unseres staatlichen und privaten Lebens entgegenzunehmen gewohnt sind. Martin Luther hat das alles in seiner Erklärung des Vaterunsers als das „tägliche Brot" zusammengefaßt. Solange dieses tägliche Brot, das physische, das den Körper ernährt, und das geistige, das der Seele ihre Würde wahrt, dem russischen Volke und den anderen Untertanen des Zaren nicht gesichert ist, kann es auch in Rußland nicht zu dem Frieden kommen, dessen das Land bedarf. Und der Friede im Innern allein wird den äußeren Frieden in Ehren möglich machen.

2. März. Demission des Ministeriums Hagerup.
3. März. Manifest des Zaren über Erhaltung der Selbstherrschaft. Reform-Reskript des Zaren an den Minister des Innern. Ukas des Zaren an den dirigierenden Senat.
4. März. Präsident Roosevelt tritt seine zweite Präsidentschafts-Periode an. Rücktritt des italienischen Ministerpräsidenten Giolitti.
6. März. Ermordung des Polizeimeisters von Bialystok. Fortis wird mit der Neubildung des italienischen Kabinets betraut.
8. März. Entlassungsgesuch Wittes.

8. März 1905.

Der 4. März, der Tag, an dem Präsident Roosevelt mit einer sehr beachtenswerten Rede den Beginn seiner zweiten Präsidentschafts-periode eingeleitet hat, ist nach russischem Stil der 19. Februar, der Tag der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861. Man hat ihm dieses Mal in ganz Rußland mit Sorgen entgegengesehen. Was man erwartete, waren Arbeiterunruhen, vielleicht neue Attentate, irgend etwas Entsetzliches, denn die Stimmung im Lande ist ge-drückt und die revolutionäre Presse hatte angekündigt, daß etwas geschehen werde.

Aber der 19. Februar ist nicht nur ruhig, sondern trotz der bösen Nachrichten, die aus Mukden herübertönen und eine neue Niederlage nicht unwahrscheinlich machen, sogar in gehobener Stim-mung hingegangen. Denn, so unglaublich es uns erscheinen mag, das Interesse am Kriege ist erlahmt und der russische Fatalismus bereit, hinzunehmen, was „Gott gibt". Alle Leidenschaften haben sich auf die inneren Angelegenheiten konzentriert, und wenn man auch dort bereit ist, entgegenzunehmen, was „Gott gibt", so ist man doch entschlossen, daraus zu machen, was man selber will.

Es scheint aber, daß die Sorge um die Möglichkeiten, die der 19. Februar bringen konnte, sehr hoch hinaufreichte. Am 18. erschien erst am frühen Morgen ein Kaiserliches Manifest, dann, gegen Abend — die Stunde läßt sich nicht recht feststellen — ein Reskript des Zaren an den Minister des Innern, und endlich drittens ein nament-licher Ukas an den dirigierenden Senat.

Das Manifest rief allgemeine Verstimmung und Sorge hervor. Was es brachte, waren bekannte Töne, die man nicht hören wollte: die Klage über die Übelgesinnten, welche die von der rechtgläubigen Kirche geheiligten und durch die Gesetze bestätigten Grundfesten des Reiches zu zerstören, und eine neue Verwaltung des Rechtes auf fremden Grundlagen zu errichten streben; ein Wort der Trauer wegen der Ermordung des Großfürsten Sergej, und aus alledem der Schluß, daß der Zar im Vertrauen auf Gottes Gnade, durch die Gebote der heiligen orthodoxen Kirche geschützt, unter dem Banner seiner absoluten Gewalt und im Vertrauen auf die Ergebenheit seines Volkes, aus allen Schwierigkeiten das Reich in neuer unzerstörbarer Kraft herauszuführen denke. Daran schließt sich eine Aufforderung an alle staatlichen Autoritäten und Institutionen, ihrer Verantwortlichkeit eingedenk zu sein, und an alle Wohlgesinnten, sich zur Bekämpfung des äußeren wie des inneren Feindes um ihn zu scharen, endlich die Versicherung, daß seine, des Zaren, Absichten „auf Erneuerung des Geisteslebens des Volkes, auf die Festigung der Volkswohlfahrt und auf Vervollkommnung der Staatsordnung" gerichtet seien.

Es heißt nun, daß vier Minister (unter denen jedoch Witte nicht genannt wird) daraufhin dem Zaren ihre Demission anboten und daß erst danach jenes Reskript an den Minister des Innern entstand, welches einen völligen Umschwung der Stimmung zur Folge hatte. Es verkündete, in Anknüpfung an die Glückwünsche, die dem Zaren nach der Geburt des Thronfolgers aus allen Teilen des Reiches zugegangen waren, die Absicht des Zaren, „von nun an mit Gottes Hülfe die würdigsten, mit dem Vertrauen des Volkes ausgerüsteten, von der Bevölkerung erwählten Männer zur vorbereitenden Ausarbeitung und Erwägung von Gesetzesentwürfen heranzuziehen." Der folgende Absatz weist darauf hin, daß dabei der Zusammenhang mit der Vergangenheit die Voraussetzung sein solle, und daß jene besten erwählten Männer die Grundgesetze des Reiches unbedingt aufrecht erhalten sollten. Der Minister wird dann beauftragt, eine Konferenz zu berufen, die beraten soll, wie der Wille des Zaren auszuführen sei.

Die dritte Kundgebung endlich gibt dem dirigierenden Senate zu wissen, daß der Zar beschlossen habe, unter seinem persönlichen

Präsidium, vom Ministerrat die von Privatpersonen und Institutionen einlaufenden Vorschläge und Meinungsäußerungen prüfen zu lassen, die auf die Reichsreform Bezug haben.

Es liegt nun auf der Hand, daß das Manifest durch Reskript und Ukas zu interpretieren ist, daß aber, wo alle drei Kundgebungen sich inhaltlich vereinigen lassen, auf eine feststehende Willensäußerung geschlossen werden muß. Wir folgern daraus, daß die Reichsgrundgesetze: russische orthodoxe Staatskirche, unbeschränkte Gewalt des Zaren und endlich das ebenfalls zu den Grundgesetzen zählende Thronfolgegesetz unter allen Umständen unberührt bleiben sollen.

Als Tatsachen kommen dann neu hinzu, die vom Minister des Innern einzuberufende Kommission und jene Sitzungen des Ministerrates zur Prüfung einlaufender Reformvorschläge; als Absicht, in Zukunft (d. h. nachdem die vom Minister des Innern einberufene Kommission ihre Arbeiten beendet und der Zar sie bestätigt haben wird) von der Bevölkerung zu erwählende vertrauenswürdige Männer mit beratender Stimme zur gesetzgeberischen Tätigkeit heranzuziehen. Da nun die Gesetzgebung sich im Reichsrat konzentriert, ergibt sich daraus der Schluß, daß es sich nicht um Berufung eines Semski Sjobor, sondern nur um die Erweiterung des Reichsrats durch beratende nicht stimmberechtigte gewählte Mitglieder handeln kann, und es verdient wohl dabei hervorgehoben zu werden, daß Witte weder Mitglied des Reichsrats noch des Ministerrats ist. Völlige Unsicherheit herrscht bis auf weiteres darüber, in welcher Weise und in welchem Umfange die Wahlen erfolgen sollen; darüber werden die Vorschläge des Bulyginschen Komitees abzuwarten sein.

Durchdenkt man diese Zusammenhänge, so wird man lebhaft an die Ereignisse erinnert, die sich in Rußland nach dem Sturz Loris Melikows abspielten, als Graf Ignatiew am 4 16. Mai 1881 das Ministerium des Innern übernahm. Auch er hat mehrfach den Versuch gemacht, „erfahrene Männer" aus den nicht zur Bureaukratie gehörenden Kreisen heranzuziehen. Erst waren es 12 (darunter Fürst Wassiltschikow), welche bei Beratung der Frage über Herabsetzung der Höhe bäuerlicher Loskaufgelder behülflich sein sollten, dann im Herbst 32 Personen aus den Semstwos, „damit die Lebensfragen der Nation nicht entschieden würden, ohne daß vorher die mit den lokalen Verhältnissen wohlvertrauten Personen gehört seien", so drückte sich

Graf Ignatiew bei Eröffnung der ersten Sitzung aus. Dann folgte die berüchtigte Kochanowsche Kommission, deren Aufgabe es sein sollte, die Rechte der Semstwos zu erweitern — und aus alledem ist bekanntlich nichts geworden. Man hat Materialien gesammelt, und als Ignatiew am 30. Mai 1882 durch den Grafen Tolstoi ersetzt wurde, ist von all diesen Plänen weiter keine Rede gewesen. Vielleicht aber liegen für die Anhänger der Reform die Verhältnisse heute günstiger als damals. Der Druck der Verhältnisse ist unvergleichlich stärker und die Kraft der Regierung unvergleichlich geringer. Man hatte 1882 keinen unglücklichen Krieg auf dem Halse, und man brauchte nicht mit einer sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu rechnen. Auch waren die revolutionären und die direkt anarchistischen Elemente weniger zahlreich, und so stellte Alexander III. schließlich in Rußland das her, was man dort Ordnung (porjädok) nennt, d. h. es gab keine Emeuten und die Massen gehorchten, die Bureaukratie aber ging ihre Wege weiter, wie sie es von altersher gewohnt war. Es war nicht die „heilige Ordnung", die Schiller als das Ideal patriotischer Kultur feiert, aber doch eine „Ordnung", wie man sie in Rußland zu tragen gewohnt war. Daß auch sie heute allüberall im weiten Reiche versagt, ist der schwerste Schlag, der das bestehende Regiment getroffen hat, und wir haben nur geringe Hoffnung, daß die Kundgebungen vom 3. März eine baldige Wendung zum Besseren herbeiführen werden. Was not tat, war die sofort zu verwirklichende Ankündigung von Grundrechten für die gesamte Nation, durch welche der maßlosen Willkür, die heute mehr als je sich drückend geltend macht, für immer ein Ziel gesetzt wurde.

Man darf sich durch den Enthusiasmus, mit dem die russische Presse im ersten Augenblick jene Kundgebungen begrüßte, nicht irre führen lassen. An den ausständigen Arbeitern sind sie spurlos vorübergegangen, und die gebietenden Gouverneure, Generalgouverneure und Militärautoritäten scheinen nur die Klänge des Manifestes gehört zu haben, durch welche sie aufgefordert werden die „Ordnung" herzustellen. Auch glauben wir weder, daß die leidenschaftlich nach einer Volksvertretung — und sei es auch nur ein Semski Sjobor — verlangenden Liberalen, geschweige denn die wirklich revolutionären Elemente, oder auch nur die phantastischen Idealisten vom Schlage Tolstois abrüsten werden. Die „Oswoboshdenije" veröffentlicht in

ihrer letzten Nummer einen Brief des alten Grafen an den Zaren vom 10. Januar 1902. Dieses Schreiben, das, wo es die bestehenden Verhältnisse kritisch zergliedert, vieles wahre und echt empfundene enthält, mündet in den ungeheuerlichen Vorschlag aus, allen Privatbesitz an Grund und Boden aufzuheben und alles Land für Gesamteigentum zu erklären! Dringt ein solcher Gedanke in die Massen, so gibt es einen Bauernkrieg, wie die Welt noch keinen erlebt hat. Und derselbe Tolstoi hält es für möglich, in diesen bösen Tagen dem russischen Militär zu predigen, daß es die Waffen niederlegen solle!

Nehmen wir endlich hinzu, daß zur Zeit alles in Rußland feiert, Schulen, Universitäten, Eisenbahnen, Apotheken und Fabriken, daß das Menschenmaterial, dem die Sünden zur Last fallen, welche bei Verpflegung des Heeres begangen worden sind, sich doch nicht über Nacht zu pflichttreuen Staatsbürgern umbilden läßt, daß von Osten her eine Hiobsbotschaft nach der anderen eintrifft, so läßt sich nur schwer daran glauben, daß von den gewiß wohlgemeinten Verheißungen des 3. März eine Wandlung zum Besseren zu erwarten ist. Es ist ein Tropfen Öl in einem brausenden Meer, gewiß nicht ausreichend, den Sturm zu beruhigen, der sich austoben will.

Wir denken in diesem Zusammenhange noch der polnischen Angelegenheiten, die ein immer bedenklicheres Ansehen gewinnen.

Am 23. Februar hat im Grand Orient zu Paris ein internationales Meeting stattgefunden, um über „die Revolution und die Gemetzel in Polen" zu debattieren. Die Versammlung, deren Redner fast ausschließlich Franzosen waren, schloß mit der Resolution, „die anwesenden Patrioten bezeugen den russischen und polnischen Revolutionären ihre tiefe Bewunderung und wünschen dem polnischen Proletariat, das gegen den Zarismus, von dem es doppelt bedrückt wird, in Revolte steht, Glück, indem sie heiße Wünsche für seine baldige Befreiung aussprechen". Aber wir glauben nicht, daß die Hauptrede, die Professor Seignobos von der Sorbonne hielt, in Krakau, Posen und Warschau Beifall finden wird, trotz seiner Proteste gegen die Teilungen. Denn was er sagte, gipfelte in den folgenden Sätzen: Könnt Ihr auf eine fremde Regierung oder auf Europa rechnen? Nein. Die Regierungen stützen sich untereinander, es besteht eine geheime Solidarität unter ihnen; niemals, auf lange hinaus, werden unsere Regenten den Klagen eines Volkes gegen eine andere

Regierung Gehör schenken: man nennt das „Prinzip der Nichtintervention", Ihr dürft also nur auf Euch selbst rechnen: Ihr müßt dafür sorgen, daß die letzten Spuren des Mittelalters schwinden, d. h. der Einfluß der Aristokratie und des katholischen Klerus muß beseitigt werden. Eine Aristokratie kann nicht mit einer monarchischen Regierung brechen, um aufrichtig zur Sozialdemokratie überzugehen und ebenso müßt Ihr fürchten, daß Eure Priester mit Euren Aristokraten konspirieren!" Das geht in dieser Tonart noch eine Zeit lang weiter; Gehör kann er natürlich nur bei den fanatischen Parteien Polens finden, deren es jetzt drei gibt: zwei jüdische, den Bund und die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens. Die dritte nennt sich polnisch-sozialistische Partei und soll, wie die „Nowoje Wremja" vom 3. März, der wir hier folgen, behauptet, nur zu dreiviertel aus Juden bestehen. Diese letztere Partei gibt zwei, von Berlin aus der Kasse des international-sozialistischen Komitees bezahlte Zeitungen heraus, „Das Morgenrot" und den „Vorwärts", deren Mitarbeiter sämtlich Juden seien. Die Führer leben im Auslande und sind antinational. Der Kampf für ein selbständiges Polen sei ein Absurdum. Alle jetzigen Ausstände seien ihr Werk.

Diesen Gruppen, die im Augenblick die faktische Macht in Händen haben, stehen die beiden anderen, sich gegenseitig befeindenden Gruppen der „national-realistischen Partei" (die sogenannte ugodowzi) und die national-demokratische oder allpolnische gegenüber. Die erstgenannte strebt eine Versöhnung mit Rußland an unter der Voraussetzung, daß eine gerechte Grenze zwischen den staatlichen Forderungen Rußlands und den nationalen Ansprüchen der Polen gezogen werde, die Allpolen gehen auf die Herstellung eines selbstständigen Polens aus und arbeiten mit einer Geheimorganisation.

Organe der ugodowzi sind Petersburger und Warschauer Blätter, die Organe der Allpolen erscheinen in Krakau und Lemberg; auch haben sie in der Nationalliga eine aktive Parteiorganisation, die namentlich die lernende Jugend und die Bauern zu gewinnen bemüht ist und deren besonderes Organ die Zeitschrift „Der Pole" (poljak) ist.

Zur Zeit haben nun neben den erwähnten sozialistischen Parteien die Allpolen bei den Warschauer Unruhen die Hand im Spiel, die letzteren bemüht, in die sozialistischen Elemente den polnisch nationalen Geist hineinzudrängen. Sie haben laute russenfeindliche Demon-

ſtrationen im Lemberg, Krakau und Stanislaw herbeizuführen verſtanden und agitieren zugleich lebhaft nach Poſen hinein (conf. d. „Kurjer Lwowski", aus dem ſich eine ſchöne Blütenleſe von Unverſchämtheiten zuſammenſtellen ließe, die an unſere Adreſſe gerichtet ſind). Neuerdings ſcheint nun dieſe antipreußiſche Tendenz auch in die Kreiſe der ſogenannten konſervativen Polen Galiziens eingedrungen zu ſein. Der Graf Stanislaus Tarnowski, Präſident der Krakauer Akademie der Wiſſenſchaften und Mitglied des Herrenhauſes, hat während einer Debatte des Polenklubs, wie die „N. Fr. Preſſe" nach dem „Slowo Polskie" berichtet, ausgeführt, „daß bei den Unruhen in Ruſſiſch-Polen, denen die polniſchen Nationalen ganz fern ſtehen, Preußen ſeine Hand im Spiele habe, da dasſelbe die Gelegenheit, in Ruſſiſch-Polen einzuſchreiten, geradezu erſehnt. In Thorn werden ſchon Karten von Preußen mit polniſchem Hinterlande verkauft, preußiſche Offiziere äußern ſich ſogar den Polen gegenüber, daß man bald in Kongreßpolen einrücken werde". Ähnlich wies Graf Moszczynski auf die preußiſche Gefahr hin, und neuerdings hat auch die national-demokratiſche Partei vor einer Revolution im Hinblick auf Preußens Haltung gewarnt. Man ſieht, es iſt Methode in dieſem gewiſſenloſen Treiben. Eine Lemberger Nachricht vom 3. März bringt die ſehr bedenkliche Nachricht, daß jetzt „maſſenhaft der Übertritt von polniſchen Bauern in Ruſſiſch-Polen in das ſozialiſtiſche Lager ſtattfindet". Der Grund ſei, daß die Allpolen die Bauern urſprünglich für eine nationale Erhebung zu gewinnen geſucht, jetzt aber eine Schwenkung vollzogen hätten. Auch bemittelte Grundbeſitzer ſeien zu den Sozialiſten übergegangen, ſo daß damit die Bewegung einen neuen, für die Zukunft noch gefährlicheren Charakter annehmen könnte.

Was uns an dieſen polniſchen Angelegenheiten, die, beiläufig bemerkt, recht anſchaulich zeigen, was die Welt von einem reſtaurierten Polen zu erwarten hätte, meiſt intereſſiert, iſt, daß die ganze Bewegung ihren Mittelpunkt und ihre Leitung in Galizien findet. Demgegenüber iſt die Anmaßung, mit der die Polen uns das Recht beſtreiten wollten, ihre ungerechtfertigten Angriffe durch einen Hinweis auf die polniſche Politik den Ruthenen gegenüber abzuweiſen, doch erſtaunlich unverfroren.

Für Rußland aber bedeutet das Umſichgreifen der polniſchen

Agitation eine ernste Gefahr, zumal sie von Kongreßpolen nach Kleinrußland einerseits und nach Littauen andererseits hineinspielt.

Von allgemein politischen Angelegenheiten ist nur wenig hervorzuheben. Das Wichtigste ist wohl der Rücktritt Lord Milners von seiner südafrikanischen Stellung und seine Ersetzung durch Lord Selborne, den Schwiegersohn Salisburys. Er wird, auch wenn die Repräsentativverfassung in Transvaal eingeführt wird, außerordentlich schwierige Aufgaben vorfinden, die der Lösung harren. Die Führer der Buren und mit ihnen die Afrikander wollen sich nicht anders als mit einer verantwortlichen Regierung zufrieden geben. Auch sind die materiellen und moralischen Nachwirkungen des letzten Krieges keineswegs überwunden. Die Stimmung ist unwirsch und wenig entgegenkommend, auch durch die ins Land hineingetragene Chinesenfrage erregt. Es wird großen Taktes bedürfen, um all dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

In betreff Marokkos haben die „Débats" einen recht pessimistischen Artikel gebracht. Von der Versammlung der Notabeln, die der Sultan um sich versammelt, erwarten sie wenig Entgegenkommen, und die Frage drängt sich ihnen auf, was geschehen solle, wenn die pénétration pacifique in einen völligen Mißerfolg ausmünden sollte. Denn von einem marokkanischen Kriege will man um so weniger wissen, als die Erfolge der Japaner die Sorge um die Zukunft Französisch Hinterindiens immer heißer werden lassen.

Unsicher sind auch die Verhältnisse in der Türkei, wenn auch, nachdem die russische Politik sich dem weitergehenden französisch-englischen Reformprogramm zu nähern beginnt, der Druck auf den Sultan entschieden stärker geworden ist. Aber uns ist aufgefallen, daß neuerdings in der russischen Presse wieder Stimmen laut werden, die auffallend an die Strömung erinnern, die vor Ausbruch des japanischen Krieges durchs Land gingen. Man wäre damals gern statt in den fernen Osten in den nahen Orient gezogen und war höchst kriegerisch gesinnt.

9. März. Endgültige Niederlage der Russen bei Mukden. Bauernunruhen in den Gouvernements Kursk, Orel, Tambow, Saratow.
12. März. Rückzug der Russen nach Tieling.

15. März 1905.

Nach 12tägigem schweren, fast möchte man sagen verzweifelten Ringen ist Rußlands Kriegsmacht im fernen Osten zurückgeworfen und zu fluchtartigem Rückzuge unter ungeheuren Verlusten an Menschen, Kriegsmaterial und Proviant jeder Art gezwungen worden. Wir kennen noch nicht das Ende, aber es läßt sich wohl mit Sicherheit vorhersagen, daß eine Kapitulation der Armee nicht bevorsteht, vielmehr ihr Rückzug so erfolgen wird, daß sie, wenngleich unter weiteren Verlusten, sich der drohenden Umklammerung durch die rastlos nachjagenden Japaner entziehen wird. Was dann weiter geschieht, weiß wohl niemand, weder Kuropatkin noch die russische Regierung. Denn nicht der Wille der Sieger oder der Besiegten, sondern die Möglichkeiten der Lage werden entscheiden, und auch die Japaner werden die Schranken nicht durchbrechen können, die ihnen durch den Raum und die ungeheuren Schwierigkeiten gesetzt werden, die der Verpflegung so ungeheurer Truppenmassen sich umso gewaltsamer entgegenstellen, je mehr sie sich von der Meeresküste entfernen.

Wir meinen, auf mandschurischem Boden wird eine Periode des Stillestehens eintreten müssen, und weitere japanische Operationen dürften sich gegen Wladiwostok und gegen Sachalin richten. Seit das Roshéstwenskische Geschwader seinen Rückzug angetreten hat, kann daher der Kampf um die Mandschurei und um die Behauptung der russischen Seemacht im Stillen Ozean bis auf weiteres für abgeschlossen gelten. Was Japan jetzt noch an Boden gewinnen sollte wären reife Früchte, die ihm ohne viel Mühe, oder doch unvergleichlich leichter als die früheren Erfolge zufallen werden.

Die Kampagne Kuropatkins ist für Rußland verloren, und wenn die großen russischen Zeitungen sowie offiziöse und offizielle Meldungen aus den russischen Regierungskreisen davon reden, daß

Rußland neue Armeen in den fernen Osten schicken werde, um den Kampf mit frischen Kräften aufzunehmen, so ist die Absicht zwar heroisch, aber die Ausführung unendlich schwer. Auch entspricht sie keineswegs den Wünschen der Nation, die nach Frieden schreit und der der mandschurische Krieg verhaßt ist. Alles Pathos, mit dem jetzt für die Notwendigkeit einer Revanche eingetreten wird, findet keinen Widerhall. Wenn, wie jetzt aus bester Quelle verlautet, in Petersburg trotz allem die Fortsetzung des Krieges beschlossene Sache ist, wird es schwere Widerstände zu überwinden geben.

Dagegen läßt sich schon jetzt darauf hinweisen, welche politischen Folgen die Reihe der russischen Niederlagen nach außen hin wie nach innen hinein mit sich bringt. Daß die „Times" einen Triumphgesang anstimmen, wird niemanden wundernehmen. Die „Times" meinen, das russische Prestige in Asien sei nunmehr endgültig gebrochen, und in der Tat läßt sich sagen, daß auf lange hinaus England sich der Sorge um Indien als enthoben betrachten kann. Auch steht heute dem englischen Einfluß nicht nur Tibet, sondern auch Afghanistan und Persien offen. Das könnte nur anders werden, wenn sich in Rußland ein Staatsmann fände, der kühn genug ist, den russisch-japanischen Krieg in ein russisch-japanisches Bündnis ausmünden zu lassen. Wir sehen aber nicht, daß dieser einst vom Fürsten Uchtomski und neuerdings von Professor Migulin vertretene Gedanke heute in der offiziellen russischen Welt auch nur einen Anhänger hätte. Auch ist ja Japan bis 1907 an sein englisches Bündnis gefesselt, und die gewissenhafte Einhaltung geschlossener Verträge und internationaler Stipulationen ist für Japan eine Lebensbedingung. Es ist die Voraussetzung, unter der allein es große Erfolge behaupten kann. Wir halten aus eben diesem Grunde die sehr ernsten Befürchtungen nicht für gerechtfertigt, die man in Frankreich für die Zukunft Hinterindiens hegt, während uns andererseits sicher zu sein scheint, daß die aus dem Kampfe mit Rußland verstärkt hervorgegangene japanische Kriegsmarine bis auf weiteres die zweifellos stärkste Seemacht im Stillen Ozean darstellen wird. Sollte gar Wladiwostok in japanische Hände fallen, und auf die Dauer japanisch bleiben — was wir nicht glauben — so würde dieses Übergewicht zur See noch auffälliger werden. Daß aber Rußland, wenn wir zunächst von den inneren Verhältnissen absehen, nach der Niederlage

der drei mandschurischen Armeen und dem Fiasko seiner Marine überhaupt militärisch lahm gelegt sei, erscheint als ein Absurdum, sobald man sich erinnert, daß doch nur ein, wenngleich namhafter Bruchteil der russischen Armee über Ural und Baikalsee geführt worden ist. Mit dem Moment des Friedens wäre, bei der erstaunlichen Elastizität, mit der Rußland allezeit seine Schlappen zu verwinden vermocht hat, auch die Aktionsfähigkeit wieder hergestellt.

Erwägt man diese historische Tatsache, so wird man es nicht ohne weiteres als gleichgültig ansehen, wenn die russische Presse sich neuerdings mit großem Eifer den Balkanfragen zuzuwenden begann, und die heute (Montag) eingetroffenen „Petersburgskija Wjedomosti" einen fulminanten Artikel bringen, welcher gegen Österreich-Ungarn die Klage erhebt, daß es an den Balkanwirren die vornehmlichste Schuld trage. „Die Gefahr, die in der Luft liegt — so läßt sich das Blatt aus Sofia schreiben — und welche der Balkanhalbinsel droht, geht nicht auf die Türkei und deren Rüstungen zurück, auch nicht auf Bulgarien mit seinem ehrgeizigen Fürsten oder auf Serbien mit seiner korrekten Regierung. Diese Gefahr droht vielmehr von dem „loyalen" „Verbündeten" Rußlands — Österreich-Ungarn."

Hier schließen sich mehrere Punkte an, als ob der Verfasser noch allerlei auf dem Herzen hätte, und wir glauben ihm das gern. Kombiniert mit ähnlichen Äußerungen, die wir seit Wochen verfolgt haben und die vor Beginn des Krieges das Leitmotiv der russischen Presse bildeten, sowie mit der nachträglichen Forderung der „Nowoje Wremja", daß die Meerengenfrage ihre Lösung finden müsse (in der Nummer vom 7. März), ergibt sich daraus wohl der Schluß, daß eine Ablenkung von Ostasien nicht unerwünscht wäre. Auch die bosnisch-herzegowinische Frage wird wieder, und wohl zu gleichem Zweck, in den Vordergrund gerückt, sodaß man den Eindruck nicht los wird, daß sich hier mehr als bloßes Zeitungsgeschwätz geltend macht, zumal ein eifriges Werben um Italien damit Hand in Hand geht.

Trotzdem aber können wir an einen Versuch, aus dem japanischen Krieg in einen österreichischen, eventuell türkischen überzugehen, nicht glauben. Es sträuben sich dagegen die Schwierigkeiten der inneren Lage. Es ist daher nicht nur interessant, sondern von der größten politischen Wichtigkeit, die Strömungen der öffentlichen Meinung

Rußlands zu verfolgen. Ist unsere Hauptquelle dabei die russische Presse, und diese noch keineswegs völlig frei, sondern nach wie vor genötigt, gewisse Schranken einzuhalten, so ist es vielleicht um so charakteristischer, festzulegen, was sie sagen darf, weil sich annehmen läßt, daß dadurch die Zirkel der heute noch leitenden Persönlichkeiten nicht gestört werden. Der neue Minister des Innern, von dem die Presse vornehmlich abhängt, Herr Bulygin, ist ein sehr reicher Mann, der für bequem und nicht hervorragend arbeitslustig gilt. Man mag sich deshalb weniger beaufsichtigt fühlen als es bisher, die letzte Periode Swjätopolk Mirskis mit eingeschlossen, der Fall war.

Wir stellen eine Betrachtung des „Slowo" (Wort) voran: „Die nächste Aufgabe", so schreibt das Blatt, „ist, auf das allersorgfältigste und in allen Einzelheiten den Sumpf der Bureaukratie zu durchforschen". Nun sind wir leider, wie Puschkin sagt, „faul und wenig wißbegierig". Abstraktes Interesse an wissenschaftlichen Problemen ist bei uns wenig entwickelt, und wir verstehen den praktischen Nutzen nicht, den das Wühlen im bureaukratischen Schmutz bringen kann. Zum Teil mag es der Instinkt sein, der die Hände rein erhalten will. . . . Aber trotz alledem, die Arbeit muß getan werden, und wir dürfen nicht vergessen, daß ein Arzt auch im Unrat wühlen muß, wenn er sein Handwerk lernen will. Da aber die Gesellschaft jetzt zu angespannter Arbeit gerufen wird und diese zum Teil in das Gebiet der Pathologie fällt, muß vor allem eine richtige Diagnose der Krankheit gestellt werden, unter der unser Vaterland leidet. Von diesem Gesichtspunkte aus gibt es kein Thema, das wichtiger und zeitgemäßer wäre als die Durchforschung des bureaukratischen Sumpfes, in dem für gewöhnlich alles erstickt, was ehrlich, klug und begabt ist." Noch schärfer spricht sich Fürst Meschtscherski aus, der die Beamten „Schufte" nennt und dabei keinen geringeren als den Oberprokurator Pobedonoszew als seinen Gewährsmann anführt!

Auch der jetzt von den russischen Blättern aller Farben zitierte Tscheche Kramarz, der ein schön abgerundetes Reformprogramm ausgearbeitet hat, das die „Nowoje Wremja" den russischen Staatsmännern zu sorgfältigem Studium empfiehlt, rät vor allen Dingen, die Bureaukratie, die sich selbst besudelt habe, unter Kontrolle zu

nehmen und ihr fernere Willkürlichkeiten unmöglich zu machen. In einem anderen russischen Blatt konnte man vor einigen Tagen lesen: vor allem kommt es darauf an, festzustellen, wer am Kriege schuld ist, weshalb die Vorbereitungen so ungenügend waren, und wen die Verantwortung für die Niederlagen trifft.

Es wäre in Rußlands Interesse sehr zu bedauern, wenn die erwartetete Vertretung der Nation eine derartige Politik der Rekriminationen treiben wollte. Sie müßte, da unter den russischen Beamten sich wohl nur wenige finden, die keinen Anteil an dem Willkürregiment der letzten Jahre haben, zu einer völligen Desorganisation der russischen Verwaltung führen. Denn schließlich sind diese vielgeschmähten russischen Bureaukraten — deren Praxis in Schutz zu nehmen uns unendlich fern liegt — doch so ziemlich die einzigen Leute, die heute in Rußland arbeiten. Gewiß wäre es das klügste, durch eine Amnestie einen Schleier über die Vergangenheit zu werfen, zumal der Kreis der Mitschuldigen so hoch hinaufreicht, daß es außerordentlich schwer fallen dürfte, eine Schranke zu ziehen, über die nicht hinausgegangen werden soll. In Zeiten, wie Rußland sie heute durchlebt, soll man den Mut haben, zu verzeihen und zu vergessen, und die Arbeit zum Besten des Reiches von jedem entgegennehmen, der sie tüchtig zu leisten vermag. Es ist uns aber sehr zweifelhaft, ob die Persönlichkeiten, welche heute in der drängenden Opposition stehen, die Männer sind, um eine fruchtbare Reform nicht nur theoretisch auszuarbeiten, sondern auch in der Praxis durchzuführen. Denken wir uns die Entwickelung so vollzogen, wie sie in den Kreisen des liberalen Rußland gewünscht wird, d. h. die zur Erweiterung des Reichsrats heranzuziehenden „kundigen Leute" erst in einen Semski Sjobor und dann in eine konstituierende Versammlung verwandelt, aus der ein russisches Parlament emaniert, so läßt sich mit großer Bestimmtheit sagen, daß die Führung gerade den radikalsten, rhetorisch, nicht staatsmännisch, begabten und geschulten Persönlichkeiten zufallen muß. Das liegt nun einmal in der Natur der Masse; es liegt aber auch daran, daß die Generation, die in den letzten 30 Jahren herangewachsen ist, nur in rühmlichen Ausnahmefällen etwas Rechtes gelernt hat. Die ungeheure Überzahl der Gebildeten — von Arbeitern und Bauern ganz abgesehen — ist erstaunlich ignorant, in demselben Verhältnis aber beredt und von schlecht verdauten

politisch radikalen Ideen durchtränkt. Wie läßt sich da an die Zukunft eines russischen Parlamentarismus glauben?

Die große Masse aber geht ihren politischen Instinkten nach, und diese in Schranken zu halten, bezw. in die richtigen Bahnen zu leiten, ist die erste und notwendigste Aufgabe jeder russischen Regierung. Was uns heute als sozialdemokratische Doktrin entgegentritt, ist Importware, ganz wie die künstlich gezüchtete Industrie, die nur auf Kosten der normalen Entwickelung des Landes zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen, lebendig erhalten wird. Wie darüber und über das seit Bunges Rücktritt so unbarmherzig durchgeführte Finanzsystem gedacht wird, mag an den Äußerungen eines Provinzialblattes, der „Poltawtschtschina", illustriert werden. Die „Pet. Wjedomosti", denen wir sie entnehmen, haben kein Wort des Widerspruches dagegen aufzuführen. Sie leiten vielmehr den betr. Artikel folgendermaßen ein: „Poltawtschtschina" entwirft ein Bild unserer Finanzpolitik, die bemüht war, aus Rußland nicht nur eine Weltmacht, sondern auch ein selbständiges Weltwirtschaftsgebiet zu machen. Um dieser weiten Idee willen mußte man die Interessen der russischen Bevölkerung völlig ignorieren. Nun folgt im Wortlaut der Text des Provinzialblattes: „Die ausländischen Fabrikate werden mit unerhörten Zollgebühren beschwert, welche den ausländischen Wert der Ware bei weitem übersteigen. Der russische Konsument wird genötigt, die gute ausländische Ware zum doppelten oder gar zum dreifachen Preise zu kaufen, oder aber sich mit der ein wenig billigeren schlechten russischen Ware zu begnügen. Den Fabriken und Manufakturen werden alle erdenklichen Privilegien und Vorteile gewährt, man duldet, ja fördert sogar die Bildung von Syndikaten, setzt Normalpreise fest, übergibt ihnen die Lieferungen für den Staat, baut Eisenbahnen für sie, befreit sie von allerlei Ausgaben, schützt sie gegen alle Versuche der Arbeiter, ihre materielle Lage ein wenig aufzubessern; man bemüht sich um sie, und dank dieser unermüdlichen Fürsorge von seiten der Regierung beginnen diese Treibhausgewächse ihre kostbaren Blüten und Früchte zu treiben. Dieses ganze Protektionssystem gleicht aber den Mühen und Sorgen eines Mannes, der Orangen und Zitronen in seinem Treibhause zieht, die ihm einen Rubel das Stück kosten, während er sie im nächsten Laden für zwei Kopeken kaufen könnte."

„Wie aber soll man diese teuere Ware im Auslande verkaufen, das eben diese Ware in besserer Qualität billiger liefert, fragt schüchtern der Fabrikant und Industrielle? Dummes Zeug! — antwortet man ihm von oben her — verkauft mit Verlust. Diesen Verlust wird uns der russische Konsument ersetzen, den wir zwingen werden, diese Ware so teuer zu kaufen, daß nicht nur der Verlust gedeckt wird, sondern auch das Kapital noch 50 pCt. tragen wird. Verkauft euren Zucker zu 1,50 Rubel das Pud, wir werden durch Normierung des Preises den russischen Konsumenten nötigen, für eben diesen Zucker 5,50 Rbl. für das Pud zu zahlen! Und der russische Konsument zahlt wirklich, er zahlt ohne zu murren und merkt nicht einmal, wie viel er bei jeder Arschien, bei jedem Pud und jedem Pfund zu viel zahlt!"

Unzweifelhaft werden diese Stimmen, wenn einmal „kundige Leute" von der Regierung herangezogen werden, Berücksichtigung verlangen und auf eine völlige Umwandlung der gesamten russischen Zollpolitik dringen. Wir möchten aber keinerlei Garantie für das übernehmen, was aller Wahrscheinlichkeit nach erfolgen wird, wenn die „kundigen Leute" kein Gehör finden, und die Regierung bei dem geltenden System zu beharren versucht. Der falsche Zirkel, in dem sie sich bewegt, liegt eben darin, daß ihre gesamte auswärtige und innere Politik auf dieser Finanzpolitik ruht und daß ein plötzliches Fallenlassen dieser Politik ein zeitweiliges Versagen der finanziellen Leistungsfähigkeit, den Gläubigern des Staates im Auslande gegenüber, ebenso zur Folge haben wie es die Unmöglichkeit herbeiführen muß, den berechtigten Forderungen genug zu tun, die sich zur Aufbesserung der gewiß nicht günstigen inneren Zustände geltend machen. Zu alledem kommt aber noch ein weiteres höchst bedenkliches Moment. Ist der Sozialismus der Fabrikarbeiter und der Intelligenz Importware, so ist der agrare Sozialismus des russischen Bauern, auf historischem Boden erwachsen, nationale Produktion. Nicht erst die ungeschickte Lösung, welche die Agrarfrage im Jahre 1861 fand, hat ihn hervorgerufen. Die Vorstellung, daß die Regierung die Absicht habe, das Herrenland unter die Bauern zu verteilen, ist weit älter und schon unter Alexander I., namentlich aber unter Nikolaus I. in blutigen Aufständen zum Ausdruck gekommen. Heute ist diese Vorstellung lebendiger als je und die Leichtgläubigkeit des Volkes

gewiß nicht geringer. In der historisch außerordentlich wertvollen Edition von Basilewski: Les journaux révolutionnaires publiés en Russie entre 1870 et 1880 (Paris 1905) finden sich dafür die allermerkwürdigsten Belege in einem Aufsatz: „Was das Volk redet". Es ist immer derselbe Schluß: Der Tag ist nahe, da alles Land den Herren und uns genommen und gleichmäßig unter die gesamte männliche Bevölkerung des Reiches verteilt werden wird. Der Termin dieser Verteilung wurde bald auf diesen, bald auf jenen Tag gesetzt, und wenn dann die Enttäuschung folgte, hieß es, der Zar hat den Ukas wohl erlassen, aber „die Bojaren" haben ihn verheimlicht! Es gibt nichts Lehrreicheres als die Geschichte des Foma Prjätko, der in den Jahren 1875 bis 1877 Führer einer solchen Agrarbewegung war, die sich mit dem Namen des Zaren deckte, und, wie sich kaum noch bezweifeln läßt, stehen wir heute vor einer neuen Bauernerhebung, die mit denselben Ansprüchen und mit den gleichen Illusionen subjektiv gutgläubig ans Werk geht, um endlich den „Willen des Zaren" durchzuzwingen.

Das Unglück Rußlands will nun, daß sich diesen Agrarrevolten in Kursk, Orel, Tschernigow, Smolensk, Saratow ebensowenig mit den Mitteln beikommen läßt, die in ruhigen Zeiten ihre Wirkung nicht versagen, wie den Arbeiterausständen und Revolten, die heute durch ganz Rußland gehen. Man ist genötigt, Gewalt gegen Gewaltsamkeit zu setzen, und Gewalt pflegt nirgends mehr mißbraucht zu werden, wie in Rußland. Das war die Signatur des alten Rußland, und die ganze Zukunft liegt in der Frage, ob es auch die Signatur des neuen Rußland sein wird, das sich heute unter so furchtbaren Erschütterungen aufzubauen scheint.

Wir sind der Meinung, daß die glücklichste und schnellste Wendung dieser Krisis zu einem Zustande von Gerechtigkeit und Ordnung im besten Sinne des Wortes zugleich diejenige ist, welche dem deutschen Interesse meist entspricht. Rußland ist nun einmal unser Nachbar auf einer Grenzlinie von ungeheuerer Ausdehnung, und wir haben allen Grund, zu wünschen, daß sowohl die Kriegsfrage eine erträgliche Lösung findet, wie daß im Innern das politische Fieber sich legt, daß den Staatskörper zu verzehren droht. In die nächste Zukunft sehr hoffnungsvoll zu blicken vermögen wir aber nicht. Nächst den Bauernaufständen erscheint uns die polnische

Frage zur Zeit als die gefährlichste, sie stumpft nicht ab, sondern spitzt sich weiter zu und zwar in der Tendenz, die von der allpolnischen Partei vertreten wird. Es ist zu befürchten, daß wir noch oft und sehr ernstlich diesen Dingen unsere Aufmerksamkeit werden zuwenden müssen.

Die marokkanische Frage nimmt eine für Frankreich immer weniger erfreuliche Wendung, da der Maghsen, das ist der Rat des Sultans von Marokko, bisher nur geringe Neigung zeigt, die Forderungen der französischen Gesandtschaft zu erfüllen. Unsicher werden neuerdings auch die nie zu gedeihlicher Ruhe gelangten Verhältnisse in Englisch-Südafrika. Was Buren und Holländer, zum Teil selbst die einheimischen Engländer verlangen, ist eine selbständige und verantwortliche Regierung, und die will man ihnen in London nicht gewähren. Auch scheint es nicht unmöglich, daß dies der Grund ist, der Balfour so zäh seinen Posten behaupten läßt. Er traut den Liberalen die nötige Festigkeit den Buren gegenüber nicht zu. Es ist aufgefallen, mit welcher Schärfe sich Rosebery neuerdings bei einem Wahlbankett in der City gegen den Inhalt des englisch-französischen Abkommens ausgesprochen hat. Bekanntlich gibt es in Frankreich eine namhafte Zahl von Patrioten, die darin mit ihm auf gleichem Boden steht.

Dem Ministerwechsel in Italien ist vom Gesichtspunkt der auswärtigen Politik größere Bedeutung nicht beizumessen. Trügt nicht alles, so geht es in den alten Bahnen weiter.

16. März. Die Japaner drängen bei Verfolgung der Russen in Tieling ein. Unterzeichnung des deutsch-abessinischen Handelsvertrages.

17. März. Kuropatkin wird seiner Stellung als Oberkommandierender der mandschurischen Armee enthoben und durch Linewitsch ersetzt. Die französische Kammer nimmt den Gesetzentwurf über Einführung der zweijährigen Dienstzeit an.

18. März. Das Geschwader Rojestwenskis verläßt Nossi Be.

20. März. England und Italien schließen Frieden mit dem Mullah des Somalilandes.

21. März. General Meckel, der frühere Instrukteur der japanischen Armee, erhält vom Mikado den höchsten japanischen Orden.

22. März. Kuropatkin wird zum Kommandierenden der zweiten mandschurischen Armee ernannt. Meistbegünstigungsvertrag zwischen Japan und China.

---

22. März 1905.

Die Antwort, mit welcher Graf Bülow den Antrag des Herrn v. Vollmar (alle Verträge mit Rußland zu kündigen) abfertigte, gibt der „Deutschen St. Petersburger Zeitung" zu den folgenden Bemerkungen Anlaß: „In schweren Zeiten, die unter dem Stern eines nationalen Unglücks, nationaler Enttäuschungen und Demütigungen stehen, berühren Ausführungen, wie die des Grafen Bülow, ungemein warm und erhebend: um so mehr, als hier ein vortrefflicher Staatsmann und der Vertreter des großen Deutschen Reichs gesprochen hat. Ungewollt ist in den Worten des deutschen Kanzlers ein so freundlicher Glaube an Rußlands Zukunft, an Rußlands Erhebung aus dem gegenwärtigen Niedergang zum Ausdruck gekommen, daß sich mancher pessimistische Reichsgenosse bei uns beschämt fühlen könnte. Wie ein freundschaftlich-vertrauensvoller Händedruck in schlimmer Lage berührt die Versicherung, Deutschland werde seine Beziehungen zu Rußland in der bisherigen Weise pflegen, ohne sich in Gegensatz zu ihm bringen zu lassen. Es werde die Schwierigkeit nicht benutzen, um uns Unbequemlichkeiten zu verursachen."

Wir möchten darauf erwidern, daß der Widerhall, den die Rede des Grafen Bülow hervorgerufen hat, uns gleich erfreulich ist, und zwar um so mehr, als wir hoffen, daß allmählich auch in der Presse, die in russischer Sprache redet, die richtige Würdigung der Haltung

Deutschlands Verständnis finden wird. Zunächst merken wir davon nur wenig. Konnte doch der Berliner Korrespondent der „Petersb. Wjedomosti", ein Herr Sjergejew, es noch am 17. März fertig bringen, seine Leser nachdrücklich vor Deutschland zu warnen, dem jetzt der Weg nach Persien, der Türkei und Kleinasien offenstehe, und das überhaupt in jeder Hinsicht aus dem Unglück Rußlands seinen Vorteil ziehe! Und das geschieht zu einer Zeit, da Rußland, das ein halbes Menschenalter hindurch durch die gewaltigen Truppenaufstellungen an unserer Ostgrenze uns gleichsam eine politische und militärische Zwickmühle errichtet hatte, völlig unbesorgt über die im Königreich Polen und weiter südlich stehenden Truppenkörper verfügen kann und auch der polnisch-nationalen Bewegung gegenüber ernste Sorgen nicht zu hegen hat, weil ihm ein wohlwollendes Deutschland an der Seite steht. Auch das mag bei dieser Gelegenheit betont werden, daß im scharfen Gegensatze zur Haltung Englands und namentlich Frankreichs, Deutschland keinen Augenblick das ruhige Urteil über die wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte Rußlands verloren hat. So wenig wir die Augen den Notständen gegenüber schließen, die in der Tat nach allen Richtungen hin im weiten russischen Reiche sich fühlbar machen, so weit sind wir deshalb doch davon entfernt, daraus den Schluß auf einen Zusammenbruch des russischen Finanzsystems oder gar des russischen Reiches zu ziehen. Eben jetzt liegt uns von dem Verfasser des lehrreichen Buches „Rußlands Handels-, Zoll- und Industriepolitik von Peter dem Großen bis zur Gegenwart", Herrn Wittschewski, eine Studie über „Die finanzielle Kriegführung Rußlands"*) vor, die zu den folgenden wohlbegründeten Schlüssen gelangt: „Die finanzielle Kriegführung Rußlands hat bisher der Finanzlage des Reiches keine schweren Erschütterungen gebracht, weil sie gewissermaßen außerhalb der üblichen Finanzgebarung friedlicher Zeiten ihre Elemente sammeln konnte. Für die ersten anderthalb Jahre der Kriegsdauer sind die erforderlichen Mittel in der Hauptsache durch auswärtige Anleihen aufgebracht worden . . . . Die Kriegskosten standen also von Anfang an auf einem anderen Brett, als die Erfordernisse des Zivilbudgets.

*) Zeitschrift für Sozialwissenschaft VIII. 2, 1905, bei Georg Reimer. Das Buch über Rußlands Handelspolitik usw. erschien bei Mittler u. Sohn, 1905.

In ähnlicher Weise haben die militärischen Ereignisse mit ihren zerrüttenden Folgen das friedliche Geschäftsleben der Bevölkerung im großen und ganzen verschont. Der Kriegsschauplatz in der Mandschurei ist exterritorial gelegen, gewährt aber trotzdem den Vorzug, daß die Ausgaben an Ort und Stelle mit russischem Gelde, und zwar Papier und Silber, bestritten werden können. Das ist für die Unversehrtheit der russischen Geldvorräte von großer Wichtigkeit, bietet aber auch für die Mehrausgabe von Kreditbilletten, welche in Ostasien eine bequeme Unterkunft finden, einen wertvollen Stützpunkt. Bei der Beschaffung der Kriegsanleihen im Auslande kamen Rußland seine Kreditreife, die umsichtigen finanzpolitischen Maßnahmen der neunziger Jahre, das Vertrauen des Publikums zu der finanziellen Leistungsfähigkeit und den volkswirtschaftlichen Kraftelementen des Reiches, nicht zuletzt die durch mancherlei Erwägungen besonderer Art bedingte außerordentliche Willfährigkeit der maßgebenden ausländischen Emissionsbanken zu statten. Unter solchen Umständen konnte das Inland von drückenden Auflagen bisher ganz freigelassen werden. Keine einzige neue Steuer ist zur Geldbeschaffung für den Krieg auferlegt worden, und die auf dem inneren Geldmarkt ausgegebenen, sehr mäßigen Anleihebeträge sind durchweg von staatlichen Sparkassen und großen Banken aufgenommen worden . . . . Die Besorgnis, daß Rußland den Anforderungen der finanziellen Kriegführung aus materiellen Gründen nicht gewachsen sein könnte, hat sich als unbegründet erwiesen; von dort her ist auch für die Zukunft voraussichtlich keine Störung der Kriegsoperationen zu fürchten." . . . . . Wir fügen, um keine Mißverständnisse hervorzurufen, hinzu, daß Wittschewsti die Schädigungen, die der Krieg nach anderer Richtung dem inneren Leben Rußlands gebracht hat, keineswegs verkennt, vielmehr die „Sorgenlast", die an ihm hängt, sehr hoch einschätzt. Aber er weist mit Recht darauf hin, daß das schwerste Stück der finanziellen Kriegführung stets nach dem Kriege zu bewältigen ist, „wenn die Kriegsausgaben auf den wirtschaftlichen Organismus in erträglichen Formen umgelegt werden müssen". Also die Zukunft, nicht die Gegenwart, werde das entscheidende Wort über die Finanzlage des Reiches sprechen, auf die Frage über die Fortsetzung des Krieges kann sie nicht hemmend einwirken.

Wir weisen auf diese Ausführungen so nachdrücklich hin, weil sie den Vorzug haben, die Verhältnisse ruhig und sachlich in ihrer Realität vorzuführen, und das ist im Hinblick auf übertreibende Darstellungen, wie z. B. die Rohrbachschen, nicht nur nützlich, sondern notwendig. Auch glauben wir nicht, daß die ablehnende Haltung, welche die französische haute finance den russischen Anleiheversuchen gegenüber eingenommen hat, auf finanzielle Bedenken zurückgeht. Es spielen dabei andere Erwägungen mit. Die herrschenden Parteien in Frankreich rechnen bereits mit dem künftigen demokratischen Rußland und glauben, ihm einen Lieblingswunsch zu erfüllen, wenn sie sich dem monarchischen Rußland versagen. Im Hintergrunde aber stehen einerseits Rothschild, andererseits Herr Delcassé. Der erste, weil er einen Druck zugunsten seiner Glaubensgenossen ausüben will, der andere, weil er auf diesem Wege eher zu seinem Ziel, der Vermittelung zwischen Rußland und Japan gelangen zu können glaubt.

Auch wollen wir nicht mit Bestimmtheit behaupten, daß die Rechnung falsch ist. Der Zar und die verantwortlichen Männer in seiner Umgebung sind zwar entschlossen, den Krieg weiter zu führen und, wie es jetzt heißt, die Garde (zwei Divisionen Infanterie, zwei Divisionen Kavallerie und die Gardeartillerie) ins Feld zu schicken, aber es ist immerhin denkbar, daß, wenn die revolutionäre Propaganda fortdauert, Schwierigkeiten auftauchen, die nicht überwunden werden können. In der öffentlichen Meinung Rußlands stehen Kriegs- und Friedenspartei einander schroff gegenüber. Die „Nowoje Wremja", Graf Leo Tolstoi, der Sohn, und der vielgenannte Kapitän Klado treten nachdrücklich für Fortsetzung des Krieges ein, Fürst Meschtscherski plädiert für möglichst baldigen Friedenschluß, wieder andere, deren wir vor acht Tagen gedachten, gar für Abschluß eines Bündnisses mit Japan.

Wir glauben aber mit der Annahme nicht zu irren, daß ein Friedensschluß heute nicht möglich ist, weil seine Folgen verhängnisvoll werden können. So laut der Ruf nach Frieden in weiten Kreisen auch sein mag, ein ungünstiger Friede würde aller Wahrscheinlichkeit nach einen Umschlag der Stimmung hervorrufen und gegen die Dynastie von eben den Elementen ausgenutzt werden, die ihr heute die Fortsetzung des Krieges zum Vorwurf machen. Denn daß die jetzt von außen her betriebene Agitation einen direkt antimonarchi-

schen Charakter trägt, kann nicht zweifelhaft sein. Selbst die durch den mißbrauchten Namen des Zaren in Aufruhr versetzte Bauernschaft dient unwissentlich diesen Zwecken. Der Priester Gapon, der mit immer neuen Sendschreiben sein destruktives Werk weiter verfolgt, macht aus seinen letzten antidynastischen Absichten kein Hehl mehr, und ebenso ist der russische Sozialismus antimonarchisch und antidynastisch. Es ist begreiflich, wenn unter diesen Umständen die Regierung von Frieden nicht reden hören will. Sie mag auch darauf rechnen, daß der Mittelstand und der Adel, schon um der eigenen Selbsterhaltung willen, allmählich in ruhigere Bahnen einlenkt, zumal, wenn sie durch Konzessionen auf dem Gebiet der Verfassungsfrage ihre versöhnliche Gesinnung zeigt. Die „Pet. Wjedomosti" haben am 16. März aus der Feder des Barons Paul Korff ein verhältnismäßig konservatives Verfassungsprojekt gebracht, das jetzt auch von der „Nowoje Wremja" warm empfohlen wird. Neben dem Reichsrat eine Reichsduma von 388 Vertretern der bestehenden politischen und administrativen Körperschaften: Adelsversammlungen, Gouvernementssemstwos, des finnländischen Reichstags, der Stadträte der 17 größten Städte, der Börsenkomitees, der Akademie der Wissenschaften und der Kaiserlich-russischen technischen Gesellschaft. Auch sämtliche Minister sollen eo ipso Mitglieder der Versammlung sein. Die Kompetenz dieser Reichsduma ist so gedacht, daß sie über neue Gesetze, Staatsfinanzen, Anleihen usw. ihr Gutachten abgibt, bevor sie an Reichsrat oder Ministerkomitee gelangen; daß sie die Berichte des Reichskontrolleurs, der Minister und der Hauptverwaltungen prüft, daß ihr die Initiative zu neuen Gesetzen gewährt wird, daß sie endlich über alles und jedes Rechenschaft verlangen und sich an den Kaiser mit Immediateingaben und Anträgen wenden darf.

Es ist nicht unsere Aufgabe, diesen Entwurf zu kritisieren, das Wesentliche ist zunächst, daß es überhaupt möglich war, mit ihm in Rußland an die Öffentlichkeit zu treten, woran noch vor vier Wochen nicht gedacht werden konnte. Vor dreiviertel Jahren aber wäre der Baron Korff wahrscheinlich als Staatsverbrecher eingezogen worden! Soviel anders ist es doch schon in Rußland geworden.

Wir wollen diese russischen Interna nicht verlassen, ohne auf einen geistvollen Artikel von Maurice Muret im „Journal des

Débats" vom 19. März hinzuweisen, der uns so recht nach dem Herzen geschrieben ist. Der Gegenstand des Artikels ist Maxim Gorkis Bedeutung für das russische Volk, und bei der Verwirrung des Geschmacks und des sittlichen Urteils in betreff Gorkis in den Kreisen unserer Gebildeten und Halbgebildeten scheint es uns nützlich, die wohlbegründeten Ausführungen Murets an dieser Stelle wiederzugeben.

„Die russischen Schriftsteller der vorausgegangenen Periode — so schreibt er — hatten ein neues Evangelium, die Religion menschlichen Leidens, gepredigt, und die Helden Dostojewskis und Tolstois warfen sich deshalb Mördern zu Füßen und demütigten sich vor Prostituierten. Die Gestalten Gorkis empfinden weder diesen Kitzel der Selbsterniedrigung, noch diesen Durst nach einem Martyrium. Ich will damit nicht sagen, daß sie vom Gesichtspunkt der christlichen Moral aus höher stehen. Das Gegenteil ist wohl richtiger. Es ist sogar notwendig, diesen Gegensatz zwischen Tolstois und Gorkis Arbeiten hervorzuheben. Jüngst hat ein Kritiker den letzteren gelobt, weil er moralisch wirke und ein fein empfindendes Gewissen zeige. In Wirklichkeit ist es unmöglich, eine derartige Behauptung aufrecht zu erhalten, wenn man auch nur 50 Zeilen von Gorki gelesen hat. Die Lebensarbeit Gorkis zeigt keinerlei religiöses oder moralisches Bedenken. Maxim Gorki ist amoralisch mit der ungenierten Unbedenklichkeit eines Wilden. Was aber die Rolle des Gewissens in seinen Büchern betrifft, so läßt er den Thomas Grodekow sagen: „Das Gewissen ist eine Kraft, welche nur die Schwachen bändigt." Gorkis Sympathie gehört den Gewalttätigen, welche des Lebens Meister werden . . . . Die Menschheit zerfällt ihm in zwei Klassen von Individuen, solche, die durch das Leben bedrückt werden, und solche, die es beherrschen. Natürlich ist die erste Kategorie die bei weitem zahlreichere. In Rußland ist ihre Zahl Legion. Das Bild, das Gorki von der Masse des Volkes zeichnet, ist nichts weniger als verführerisch . . . Da ist sein Schuster Orlow: Bösartig, grausam, immer betrunken; seine Seeleute und Fischer, seine Holzknechte und Bauern geben uns eine fratzenhafte Reihe unedler und grimmiger Silhouetten. Bei Gorki erscheint das russische Volk vornehmlich aus stumpf resignierten Bestien zu bestehen. Der Schuster Orlow sagt: „Ich bleibe in meinem Loch und nähe, und dann werde ich sterben.

Da ist die Cholera, sagt man. Später aber wird man sagen: Gregory Orlow war einmal da, er nähte Schuhe und starb an der Cholera." Derselbe Ton trübsinniger Passivität kehrt beim „Einarmigen" im „Entsetzen" wieder: „Es lohnt nicht — sagt er — zu seufzen und zu weinen. Lebe und warte bis Du zerbrochen wirst. Bist Du schon gebrochen, so erwarte den Tod." . . . Da man aber nun einmal leben muß, langweilen die Gestalten Gorkis sich, sie langweilen sich zum Heulen. Gorki hat ergreifend über diese „Langeweile" geschrieben, und niemand hat mit mehr Bitterkeit über die Mittelmäßigkeit und Nichtigkeit der Existenz geklagt. Wenn der Russe sich besäuft, geschieht es nur, um sich über die Langeweile hinwegzutäuschen. „Wissen sie — fragt Terentjew — weshalb es in Rußland so viele Trunkenbolde gibt? Weil es bequem ist, ein Säufer zu sein. Bei uns liebt man die Säufer. Man haßt die kühnen Menschen und liebt die, welche saufen." Überhaupt spielt der Alkohol eine große Rolle in den Erzählungen Gorkis . . . . . Aber zu seiner Freude gibt es auch andere Elemente in der Nation. Neben den Sklaven, die das Leben über sich ergehen lassen, die Herren, die es beherrschen. Sie sind das Salz des heiligen Rußland. An ihnen richtet sich der Russe auf. Maxim Gorki hat den Banditen jeder Färbung mit heißer Sympathie dargestellt. Mit dem Enthusiasmus eines Rousseau lobt er den Landstreicher und preist er den Lumpen . . . Vor allem erbaulich ist die Geschichte von Tschelkasch. Dieser Tschelkasch ist ein Räuber, ein Wasserpirat, aber „er ist ein Mann ohne Furcht und frei". Bei einer gefährlichen Rauberpedition läßt er sich von einem Bauer begleiten: es ist ein ängstliches, schwaches Wesen, in dem die Stimme des Gewissens noch sehr laut spricht, der vor dem Gedanken des Verbrechens und der Strafe, die ihm droht, zittert. Wenn nicht der Köder des Gewinnes wäre, würde Gawrilo — so heißt der feige Bauer — sich aus dem Staube machen, um Tschelkasch zu entrinnen. Der Kontrast zwischen den beiden ist prächtig gezeichnet. Und bald versteht der Leser, wem Gorkis Sympathien gelten. „Tschelkasch fühlte wohl, daß er, der Dieb und Vagabund, niemals so habgierig, gemein und zerrüttet sein werde wie jener. Nein, niemals so." Man müßte zu unseren illustren Romantikern zurückgreifen, um in der Literatur eine ähnliche Apotheose des Banditentums zu finden, so cynisch und so aufrichtig, wie sie uns in Gorkis Werken entgegentritt.

Man sagt, daß die intimsten Gedanken eines Autors an seinem Frauenideal zutage treten. Die vorzüglichste Frau ist nach Gorki die energischste, gesundeste, lustigste, skrupelloseste. Varenka Olessowa, in der gleichnamigen Novelle, ein kräftiges, schönes, sinnliches Weib, hat alle Eigenschaften, die Gorki entzücken. Wie sehr zieht er sie dem kränklichen Gelehrten, dem schwächlichen Intellektuellen vor, der sie mit seinen Werbungen verfolgt! Varenka „gleicht einem Raubvogel", Varenka „liebt den Krieg", Varenka liebt die Männer, die „lustig, kühn, sogar handgreiflich" sind. Auch zermalmt sie Hippolit mit ihrer Verachtung: „Das soll ein Mann sein! Er fürchtet sich immer zu stören und ungerecht zu sein!" Offenbar verachtet ihn Gorki ebenso wie Varenka.

Muret schließt hier mit einigen Worten der Anerkennung für das Talent Gorkis. Namentlich lobt er seine Schilderung der Volksmassen. Aber, so fährt er fort, meine Bewunderung für den Poeten gilt nicht dem Philosophen. Wenn man die Arbeiten Gorkis vom sozialen und moralischen Standpunkte aus beurteilen soll, stehe ich nicht an zu sagen, daß man seine Bedeutung übertreibt. Ein Mann, der ein so beschimpfendes Bild von einem Volke entwirft, soll nicht für einen Erzieher des Volkes gelten. Wenn aus den Büchern Gorkis eine praktische Lehre hervorgeht, so ist sie höchst anfechtbar. Für Gorki ist der Mensch ein von seinen Instinkten geleitetes Tier. Seine Sympathien gelten den niedrigsten Trieben der „blonden Bestie". Alles in allem sucht die Lebensarbeit dieses Schriftstellers das moderne Rußland zu einem anachronistischen Kultus kosackischer Ideale zurückzuführen. Gibt das aber einen besonderen Anspruch auf Anerkennung durch die europäische Intelligenz? Wir fragen daher nochmals, kennen denn diejenigen, die ihn jüngst als Vorkämpfer des Liberalismus und Erzieher des russischen Volkes feierten, auch Gorkis Werke?

Man verzeihe das litterarische Intermezzo, es ist im Grunde ein höchst politisches. Es war eine Ungeheuerlichkeit, als die Petersburger Akademie der Wissenschaften ihn zu ihrem Mitgliede wählte — und die russische Regierung war in gutem Recht, als sie diese Wahl annullierte. Aber die Ungeheuerlichkeit der Gorkiadressen bei uns und bei unseren französischen und englischen Nachbarn war doch noch die ärgere Verirrung. Die Verbreitung der Gorkilitteratur wird freilich bei uns

den Unfug nicht anstiften, den sie in Rußland angerichtet hat, wo heute der bossjäk, d. h. der baarfüßige Landstreicher sich als Held aufspielt und eine Großtat zu verrichten meint, wenn er, wie kürzlich auf dem Newski Prospekt in Petersburg geschah, hinterrücks auf einen höheren Offizier losschlägt. Aber in höchstem Grade bedenklich ist es doch, daß Männer von bewährtem litterarischen und wissenschaftlichen Namen sich dazu hergeben konnten, ihre Unterschrift unter jene Gorkiadresse zu setzen. Gorkis Arbeiten sind Symptome der Krankheit, an der das heutige Rußland leidet, ganz wie Tolstois Schriftstellerei ein Krankheitssymptom ist. Die Andrejew und Genossen aber wirken mit minderem Talent gleich zerstörend und verwirrend. Der heutige russische Anarchismus ist eine Frucht dieser Geistesrichtung, und die Wehrlosigkeit der Gebildeten allen diesen Extremen gegenüber vielleicht der schlagendste Beweis dafür, daß noch die Zeit nicht gekommen ist, um die Schablone abendländischen Verfassungslebens auf russischen Boden zu übertragen.

Nur mit einigen Stichworten seien zwei politische Fragen gestreift, die heute neben dem russischen Problem in Europa und Asien die Welt beschäftigen.

Frankreich, das, beiläufig bemerkt, durch den „Temps“ recht eifrig zwischen Deutschland und England neue Verstimmungen zu erregen bemüht ist, wird nunmehr auch genötigt sein, gegen den Präsidenten Castro von Venezuela vorzugehen. Nebenher hat es seine hinterindischen Sorgen, die übrigens weniger den Japanern, als einer befürchteten Erhebung der Indigenen zu gelten scheinen. Die marokkanische Expedition St. René Taillandiers will offenbar in einen Mißerfolg ausmünden. Man wirft dem Gesandten bereits vor, daß er im Quai d'Orsay trügerische Erwartungen erregt und Herrn Delcassé dadurch zu politischen Mißgriffen verleitet habe. Auch ist jetzt die marokkanische Frage durch die in der „N. Allg. Z.“ dargelegte Haltung Deutschlands offenbar in ein neues Stadium getreten. Das Prinzip der offenen Tür wird auch hier zur Geltung kommen und damit eine neue, mit keinen Annektionsplänen verbundene pénétration pacifique sich vorbereiten, von der alle handeltreibenden Nationen und mit ihnen Marokko ihren Vorteil haben werden.

Das Vorrücken der Engländer in Afghanistan trägt ebenfalls nicht den Charakter einer sich vorbereitenden Annektion, wohl aber

scheint der englische Einfluß in Arabien in einer Weise sich auszudehnen, die in Konstantinopel ernste Sorgen erregt. Aber nichts ist unwahrscheinlicher, als daß England auf diesem Boden einen Rückzug antreten sollte. Koweit, das im Augenblick den Hauptstreitpunkt bildet, gehört zu den Punkten, die nach dem Ausdruck Lord Kitcheners die Glacis von Indien sind. Und diese Glacis auszubauen und zu sichern, ist wohl gegenwärtig das wesentlichste Ziel der englischen Politik.

21. März. Rücktritt des russischen Kriegsministers Sacharow.
25. März. Demissionsgesuch des Ministeriums Tittoni.
26. März. Bombenattentate in Warschau. Wiederausbruch des Aufstandes in Kreta.
31. März. Eintritt Kaiser Wilhelms in Tanger.
1. April. Definitive Annahme der Kanalvorlage im Herrenhause.
2. April. Neue Unruhen in Warschau.
6. April. Zusammenkunft Kaiser Wilhelms und König Viktor Emanuels in Neapel. Zusammenkunft des Präsidenten Loubet und König Eduard VII. in Paris.
8. April. Prinz Friedrich Leopold in Peking. Demission des schwedischen Ministerpräsidenten Boström.
14. April. Freisprechung des Senators Schaumann in Abo.
15. April. Mißtrauensvotum des ungarischen Abgeordnetenhauses gegen den Grafen Tisza.
17. April. Eisenbahnstreik in Italien.
19.–21. April. Annahme des Antrags auf Verstaatlichung der italienischen Eisenbahnen.
20. April. Protest Japans gegen den Aufenthalt des Rosbestwenskischen Geschwaders in der Kamranhbucht. Kreta beschließt die Vereinigung mit Griechenland.
22. April. Ende des italienischen Eisenbahnstreiks.
26. April. Die Mächte beschließen, die Vereinigung Kretas mit Griechenland nicht anzuerkennen.

26. April 1905.

Die gegenwärtige Lage in Marokko läßt sich ohne einen Einblick in die politischen Beziehungen der europäischen Mächte zu diesem westlichsten Ausläufer des Islam nicht recht verstehen, ganz wie es unerläßlich ist, die Stellung Marokkos in der islamischen Welt im Auge zu behalten, wenn man nicht in gefährliche Irrtümer verfallen will. Nach beiden Richtungen hin scheint uns die französische Politik sich auf Irrwegen zu befinden, und das ist um so bedenklicher, als nach der Erklärung, welche der Ministerpräsident Rouvier am 19. April in der Kammer abgegeben hat, die Absicht vorzuliegen scheint, auch in Zukunft beide Augen zu schließen, sobald es sich um diese Probleme handelt. Rouvier hat sich ganz ausdrücklich die Besprechung der Frage verbeten, ob bei Behandlung der marokkanischen Angelegenheiten in der Vergangenheit ein Fehler gemacht worden sei. Werde diese Frage erörtert, so könne das gesamte Ministerium nicht weiter mitmachen. Wenn nun die französische Kammer, nach den heftigsten Angriffen, die je auf einen französischen Minister des Auswärtigen gemacht worden sind, sich auch scheinbar mit dieser kategorischen Erklärung des Ministerpräsidenten zufrieden gab, muß Herr Delcassé

doch empfunden haben, daß er persönlich sich auf diesen Boden nicht stellen könne — er reichte sein Demissionsgesuch ein, freilich, um es gleich danach wieder zurückzuziehen, und jetzt, da die Kammer sich bis zum 15. Mai vertagt hat, wird er eine Zeitlang wieder aufatmen können. Daß er inzwischen seine Sorgen los wird, glauben wir aber ebensowenig, wie daß die These sich behaupten läßt, durch welche Herr Rouvier ihm die Verantwortlichkeit für frühere Fehler abzunehmen dachte. Vergangenheit und Gegenwart stehen in kausalem Zusammenhang und es scheint uns völlig unmöglich, sie voneinander zu trennen. Wir wollen daher erzählen.

Die ersten feindseligen Beziehungen zwischen Frankreich und Marokko wurden durch die Flucht Abdelkaders auf marokkanischen Boden herbeigeführt. Die Franzosen verlangten die Ausweisung des Flüchtigen, und als die Ehrenhaftigkeit der Marokkaner sie ihnen verweigerte, war das Bombardement von Tanger und der Sieg des Marschalls Bugeaud über die marokkanischen Truppen bei Isly die Folge. Die Beschießung von Magador zwang dann die Marokkaner, sich dem Willen Frankreichs zu fügen. Sie schlossen Frieden und bald danach (18. März 1845) einen Grenzvertrag, der den Franzosen bald ungünstig erschien. Es begann jener Drang nach Süden und Westen, der ein stetes Anwachsen des algerischen Gebietes auf Kosten Marokkos bedeutete. Wurden dann von Fez her Beschwerden laut, so rechtfertigte man sich mit dem unbestimmt gehaltenen Wortlaut der Verträge, gab aber den immer dringender werdenden Bitten der Marokkaner um eine präzis gefaßte Grenzregulierung kein Gehör. Herr Jean Heß hat uns die Geschichte dieser überaus perfiden Politik bis in die Einzelheiten erzählt und mit Dokumenten belegt. Im „Magazin colonial" vom 15. Juli 1901 kann man das Nähere finden: die Besetzung der Oasen von Tuat und die Unterstützung der aufständischen Scheiks an der Ostgrenze des Reichs durch Geld und Waffen (wie noch kürzlich mit aller Bestimmtheit von einem englischen Kenner dieser Verhältnisse versichert wurde) war die Fortsetzung der einmal aufgenommenen Methode. Inzwischen aber hatten die Spanier in Marokko von der Seeseite her Fuß gefaßt. Der Friedensvertrag, den ihnen die beiden Schlachten bei Tetuan brachten (26. April 1860), leitete eine neue Periode im politischen Leben Marokkos ein. Der europäische Handel begann in breiteren Strömen als bisher ins Land

zu bringen, und Sultan Mulai Haſſan hat Ende der 70er Jahre durch eine Reihe von Geſandtſchaften freundſchaftliche Beziehungen mit den europäiſchen Mächten anzuknüpfen geſucht. Es gab Geſandte und Konſuln in Tanger und kleine Kolonien aller Nationen, die ihren Vorteil auf dem reichen Boden des Landes ſuchten. Es gab auch Konflikte, wie ſie der Gegenſatz der Intereſſen der Raſſen und der Religionen allezeit unter ſolchen Verhältniſſen herbeizuführen pflegt. Von großer Bedeutung wurde die Ermordung eines angeblich unter franzöſiſchem Schutz ſtehenden aus Algier kommenden marokkaniſchen Juden. Man empfand das Bedürfnis, ein- für allemal die Stellung der Europäer auf marokkaniſchem Boden rechtlich feſtzuſtellen, und auf den Antrag des engliſchen Vertreters in Tanger, Sir John Hay, verſtändigten ſich die Mächte, die an den marokkaniſchen Angelegenheiten intereſſiert waren, dahin, auf einer Konferenz eine für alle Teile verbindliche Vereinbarung zu treffen. Dieſe Konferenz tagte vom 19. Mai bis zum 3. Juli 1880 in Madrid und wurde von Deutſchland, England, Öſterreich-Ungarn, Belgien, Braſilien, Dänemark, Spanien, den Vereinigten Staaten, Italien, Marokko, den Niederlanden, Portugal und von Schweden und Norwegen beſchickt. Rußland, das gleichfalls geladen war, lehnte ab, weil es keinen Vertreter in Marokko hatte, auch keine Zeit habe, die ihm fernliegende Frage zu ſtudieren. Dagegen bat es um Mitteilung der Ergebniſſe der Konferenz und verſprach, ſich dann nachträglich darüber zu äußern. Ob das geſchehen iſt, wiſſen wir nicht. Die am 3. Juli von allen Teilen angenommene und ſpäter ratifizierte Konvention ſetzte die Schutzrechte feſt, welche die auf der Konferenz vertretenen Mächte über ihre in Marokko lebenden Untertanen und Schutzbefohlenen auszuüben befugt waren, gewährte ihnen das Recht, Grundbeſitz zu erwerben und allen gleichmäßig das Recht der Meiſtbegünſtigung. (Le droit au traitement de la nation la plus favorisée est reconnu par le Maroc à toutes les Puissances représentées à la Conférence de Madrid). Es iſt alſo durch dieſe Vereinbarungen, deren Vorausſetzung die Integrität und Unabhängigkeit Marokkos war, eine vertragsmäßige Kollektivität geſchaffen worden, die ſich keineswegs, wie Rouvier es hartnäckig tut, als eine quantité négligeable behandeln läßt, vielmehr ſehen wir darin den eigentlichen Kern der Frage. Aber gerade darüber hat Herr Teleaſſé ſich während ſeiner

ganzen Amtsdauer gefliſſentlich hinwegzuſetzen bemüht. Während er einerſeits jene Eroberung der marokkaniſchen Dependenzen in der weſtlichen Sahara unbekümmert fortſetzte, als handele es ſich um ein gutes Recht Frankreichs, und zugleich die Unruhen ſchürte, die dem Sultan ſeine allezeit aufſäſſigen Vaſallen und der Fanatismus ſeiner Untertanen erregten, ſuchte er andererſeits nach einem Mitſchuldigen, um eine Teilung Marokkos herbeizuführen. Da an England um jene Zeit für eine ſolche Kombination nicht zu denken war, wandte er ſich zunächſt an Spanien. Der Graf Boni de Caſtellane hat, ohne auf Widerſpruch zu ſtoßen, (obgleich Delcaſſé und Rouvier zugegen waren!) darüber am 19. April der franzöſiſchen Kammer die folgende Mitteilung gemacht: „Während der Periode der Mißhelligkeiten mit England, hat ſich der Herr Miniſter der Auswärtigen Angelegenheiten an das ſpaniſche Kabinett Sagaſta gewandt, und mit ihm einen Geheimvertrag abgeſchloſſen, durch welchen Frankreich und Spanien Marokko teilten. Fez fiel dabei in die ſpaniſche Einflußſphäre. Können Sie faſſen, meine Herren, daß eine ſolche Abmachung hinter dem Rücken aller Welt zu einer Zeit getroffen wurde, da uns England feindſelig und Deutſchland wie immer zurückhaltend war?

„Um dieſe Zeit, da wir weder die Zuſtimmung Englands noch die Deutſchlands hatten, ſprach er bereits von unſerem Übergewicht! In der Tat, unvorſichtiger konnte unſere Diplomatie nicht ſein. Glücklicherweiſe weigerte ſich nach dem Sturz Sagaſtas (November 1902) das Kabinett Silvelas, den Vertrag zu unterzeichnen. . .“ Es iſt nun außerordentlich merkwürdig, daß im Dezember 1903 der „Standard“ den Inhalt dieſes Vertrages veröffentlichte (konf. Deutſchland und die große Politik III, 383), ihn aber zugleich für völlig unglaubwürdig erklärte. Da die Echtheit heute nicht mehr bezweifelt werden darf, muß man wohl ſchließen, daß es ſich um einen Avis au lecteur handelte, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir darin ein Vorſtadium des engliſch-franzöſiſchen Abkommens vom 8. April 1904 erkennen. Herr Delcaſſé wandte ſich nun an England, und da man in London ſowohl die letzten Intentionen Frankreichs wie die realen Schwierigkeiten kannte, die ſich ihrer Durchführung entgegenſtellen mußten, war man gern bereit, den Franzoſen, die ſehr greifbare Zugeſtändniſſe machten, jene Pénétration pacifique zuzugeſtehen, die ſie erſtrebten. Herr Delcaſſé meinte nun, am Ziele zu ſein. Er fühlte

sich seines Erfolges so sicher, daß er nicht nur anderen an Marokkos Entwicklung interessierten Mächten von seinem Abkommen mit England keine Mitteilung machte, sondern der französischen Kammer in einer tönenden Rede verkündete, daß jene Influence prépondérante in Marokko nunmehr gesichert sei. Er forderte gleichsam den Tanz des Vaterlandes heraus und erklärte feierlich zum Schluß, daß, wenn trotz allem das Werk scheitern sollte, nur Frankreich selbst daran schuld sein werde.

Dann folgte ein geräuschvolles Treiben: die Ottroyierung einer französischen Anleihe, die genaue Prüfung der marokkanischen Zolleinkünfte durch französische Beamte, Intriguen gegen den Kaid Mac Lean und Entsendung französischer Instruktoren für die marokkanische Armee, endlich als Krönung des Werks, die Mission St.-René-Taillandiers nach Fez.

Und was ist aus alle dem geworden?

Als Kaiser Wilhelm am 31. März seinen Einzug in Tanger hielt, brach der ganze Kartenbau Delcassés in sich zusammen. Indem Kaiser Wilhelm erklärte, daß die Integrität und Unabhängigkeit Marokkos ein Axiom der deutschen Politik sei und daß das Prinzip der offenen Tür für alle Mächte gleichmäßig aufrecht erhalten werden müsse, stellte er sich auf den Boden jener Konferenz von Madrid von 1880, die heute wieder das Fundament der internationalen Stellung Marokkos geworden ist.

Daß diese Politik nicht nur dem deutschen Interesse entspricht, sondern zugleich die Wünsche der Marokkaner, sowie aller in Marokko lebender Europäer erfüllt, darüber wird niemand in Zweifel sein, der den unermeßlichen Jubel mit angesehen und gehört hat, der den Einzug des Kaisers begleitete. Auch die französische Kammer hat sich dem nicht verschließen können. „Die spanische Kolonie und sogar die englische Kolonie", sagte der Abgeordnete Archdeakon, „haben den Deutschen Kaiser mit frenetischen Zurufen begrüßt. Man affichierte und verteilte den folgenden Aufruf: „Spanier! Der Kaiser Wilhelm wird während einiger Stunden unser Gast sein. Ihr, die ihr die ungeheuere Mehrheit der Bevölkerung Tangers darstellt, werdet mehr als alle dazu beitragen, ihn würdig zu empfangen. Er besucht dieses Land, um in Erinnerung zu bringen, daß die alten Verträge noch in Kraft sind, welche die Integrität des marokkanischen Reiches

garantieren und allen europäischen Kolonien Gleichheit des Rechts, juridische Autonomie, individuelle Freiheit und gleiche Handels- und Zollvorteile sichern. Jubelt ihm zu, er ist das Symbol der einzigen Politik, die den Interessen aller entspricht! Es lebe die Unabhängigkeit Marokkos!"

Wir möchten noch größeres Gewicht auf das gleiche Verhalten der Marokkaner selbst legen. Es ist gewiß das erste Mal, daß sie aufrichtigen Herzens dem Fürsten eines nicht islamischen Volkes zugejubelt haben, und wir knüpfen daran die Hoffnung, daß eine wesentliche Wirkung des Kaiserbesuches ein Zurückdämmen des durch die aufreizende Politik Frankreichs gewaltig erregten islamischen Fanatismus sein wird. Wir haben mehr als einmal auf die Gefahren der panislamischen Bewegung hingewiesen. Wenn Frankreich die Annexion von Tunis und England die Egyptens durchführen konnten, ohne daß es zu einem Ausbruch kam, so lag das daran, daß die Beherrscher dieser Länder weltliche Oberhäupter waren. Der Sultan von Marokko aber ist zugleich Kalifa, ein heiliges geistliches Oberhaupt, und es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß seine Unterjochung durch christliche Herren zu einem furchtbaren Ausbruch des heute bereits erwachten religiösen Fanatismus führen müßte. Für ebenso sicher halten wir, daß diese Welle sich fortpflanzen würde von Westen nach Osten, über Nordafrika nach Syrien und Kleinasien, bis nach Indien hinein, und das scheint uns eine Perspektive zu sein, die in Frankreich wie in England, sowie bei allen politisch oder wirtschaftlich mit jener islamischen Welt in Berührung stehenden Nationen vollste und sorgfältigste Beachtung verdient. Selbst das den marokkanischen Dingen fernstehende Rußland wird sich diesen Erwägungen schwerlich entziehen können, obgleich Herr Rouvier bemüht gewesen ist, die Dinge so darzustellen, als ob die russische Niederlage bei Mukden erst unser Eintreten für die Unabhängigkeit Marokkos möglich gemacht und hervorgerufen habe. Aber ganz abgesehen davon, daß unserer Meinung nach durch seine bisherigen Mißerfolge gegen Japan das Zarenreich noch keineswegs in Europa aktionsunfähig geworden ist, dürfte es doch zu den größten Unwahrscheinlichkeiten gehören, daß es der französischen Diplomatie gelingen sollte, den Russen zu beweisen, daß in Marokko für sie ein Casus foederis vorliege; denn die von Frankreich infolge des englisch-französischen Abkommens, mit

Ignorierung der Vertragsstaaten, eingeleitete Aktion gegen Marokko hat nichts von einem defensiven Charakter, sondern kann lediglich als aggressiv bezeichnet werden.

Kurz, das sind Schläge in den Wind, und es freut uns, daß in der französischen Kammer auch Stimmen laut wurden, die für eine Lösung eintraten, durch welche das marokkanische Problem wieder in die ruhigen Bahnen von 1880 zurückgeführt werden könnte. Der Graf Laferronnays hat sich dahin ausgesprochen, daß eine europäische Konferenz der bestehenden Schwierigkeiten noch am besten Herr werden könnte. Ihm seinerseits wäre eine Revision der Konvention mit Marokko das liebste, und zwar so, daß dauernde Zustände geschaffen würden, die nicht nur dem Vorteil Frankreichs, sondern dem aller interessierten Mächte entsprächen. („à mon avis la solution la moins désavantageuse serait de se prêter à une entente européenne générale sur les conséquences de votre arrangement . . . j'accepterais volontiers une révision da la convention avec le Maroc qui l'établirait sur des bases durables, pouvant être maintenues au profit non seulement de la France, mais de toutes les puissances intéressées.")

Ebenso haben mehrere Redner mit aller Entschiedenheit Herrn Delcassé das Recht bestritten, in Marokko als Mandatar Europas zu reden (Tournade: vous n'aviez pas qualité pour parler au nom de l'Europe puis qu'il vous manquait un des éléments de l'Europe. Ähnlich Hubert). Endlich ist von allen Seiten erklärt worden, daß man einen Konflikt mit Deutschland nicht haben wolle. So dürfen wir wohl die Erwartung aussprechen, daß die Wellen dieses Sturmes sich bald legen werden. Auf unserer Seite sind nicht nur die guten Überlieferungen der europäischen Diplomatie, sondern auch das gute Recht und der wohlverstandene Vorteil Marokkos wie aller an Marokko interessierten Mächte. Es liegt uns durchaus fern, Frankreich zu demütigen, wohl aber wünschen wir der abenteuernden und unruhigen Politik eines Ministers Schranken zu setzen, den Frankreich selbst in so eklatanter Weise desavouiert hat.

Man hat in der Debatte, auf deren Verlauf wir so ausführlich eingegangen sind, weil sie in der Tat aufklärend wirkte, auch die Frage der Neutralität Frankreichs in den ostasiatischen Gewässern berührt. Es handelt sich bekanntlich um den Aufenthalt des Kaiserl.

wenskischen Geschwaders in der Kamranhbucht. Die letzten Depeschen zeigen, daß nach Anfragen Japans und Englands in Paris und Frankreichs in Petersburg der Admiral Befehl erhalten hat, die französischen Gewässer ohne jede Zögerung zu verlassen. Diese Weisung ist erstaunlich schnell in Rojhéstwenskis Hände gelangt. Er hat die Kamranhbucht sofort, nach herzlicher Verabschiedung von dem Admiral Jonquières verlassen und dampfte nach Norden hin ab. Am 22. abends, so wird dem „Temps" aus Saigon gemeldet, soll eine heftige Kanonade in der Nähe der Bucht gehört worden sein. Vielleicht ist es eine in so kritischen Zeiten nicht seltene Suggestion, vielleicht in der Tat die Einleitung zu dem Entscheidungskampf, dem alle Welt mit Spannung entgegensieht. Die Nachrichten, die uns von der japanischen Flotte, die ihr Geheimnis wiederum meisterhaft zu wahren verstanden hat, in letzter Stunde zugehen, sagen, daß sie auf der Höhe von Manila erwartet werde. Auch diese Nachricht ist nicht unbedingt sicher, sie kann auf absichtliche Täuschung zurückgehen. Jedenfalls müssen die nächsten Tage Aufklärung bringen. Die Russen müssen sich fortan bis Wladiwostok in Gewässern bewegen, die ihnen keinerlei Stützpunkte bieten und in denen Japan sie überall hat. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Japaner schlagen werden, bevor das dritte russische Geschwader eintrifft. Siegen die Russen, so können dadurch all ihre bisherigen Mißerfolge wett gemacht werden, im entgegengesetzten Fall scheint uns ein baldiger Friedensschluß als das wahrscheinlichste. In dem einen wie in dem andern Fall ist leider ein Stillstand der revolutionären Bewegung in Rußland nicht zu erwarten, obgleich Kaiser Nikolaus II. sich neuerdings wieder nachdrücklich dahin ausgesprochen hat, daß er unter allen Umständen eine Vertretung des Volkes berufen werde.

Zur Zeit sind Bulygin, Kokowzew und Chilkow die Persönlichkeiten, die das Ohr des Zaren haben. Von ihnen ist Fürst Chilkow unzweifelhaft eine Kapazität, die beiden anderen werden nicht eben hoch eingeschätzt. Im Lande dauert die pessimistische Verstimmung der Intelligenz und die Gärung unter Arbeitern und Bauern fort. Es ist ja möglich, daß ein großer Erfolg Rojhéstwenskis eine Wendung herbeiführt, aber sehr wahrscheinlich ist es nicht. Auch gibt es Leute, die den Beginn neuer Unruhen erwarten, wenn die Armee einmal aus Ostasien zurückkehren sollte.

29. April. Zusammenkunft des Grafen Goluchowski mit Tittoni in Venedig. Sozialistische Unruhen in Polen.
30. April. Besuch König Eduard VII. beim Präsidenten Loubet, Audienz Delcassés beim Papst.
1. Mai. Blutiger Zusammenstoß zwischen Truppen und Arbeitern in Warschau.
2. Mai. Zusammenstöße zwischen Griechen und Bulgaren in Mazedonien.

3. Mai 1905.

Der 17./30. April 1905 wird für Rußland ein Datum von gleicher Bedeutung sein, wie einst der 19. Februar 1861, der Tag der Aufhebung der Leibeigenschaft. Damals befreite Alexander II. Rußland von dem Schandfleck der Leibeigenschaft: der 16. April 1905 hat Rußland von dem schlimmeren Flecken des Gewissenszwanges befreit. Kaiser Nikolaus II. ist damit, in noch höherem Sinne als sein Großvater, ein „Zarbefreier" geworden, und wir hoffen, daß ihm ein besserer Dank zu teil werden wird als dem unglücklichen Alexander. Man scheint in unserer Presse die ganze Tragweite dieses welthistorischen Ereignisses nicht verstanden zu haben. Es ist nicht ein bloßes „Toleranzedikt", das die Regierung erlassen hat, sondern eine Wandlung der gesamten Grundlagen, auf denen das Zarenreich bisher ruhte. Das alte Rußland ist untergegangen, seit die Freiheit der Gewissen in Glaubensfragen feierlich verkündet und durch die Unterschrift des Zaren gesichert wurde, und ein neues Rußland muß entstehen. Vor der ungeheueren Tragweite dieser Tatsache tritt alles übrige zurück: die Form der nunmehr nicht weiter zu umgehenden Vertretung des russischen Volkes — Verfassungen können verändert werden, zum Besseren, wie zum Schlechteren — die Organisation der inneren Verwaltung, die Regelung der bäuerlichen Verhältnisse — wenn auch nach vielleicht schmerzlichen Irrungen wird eine Lösung sich finden lassen — ja sogar der endliche Ausgang des russisch-japanischen Krieges, denn auch die Entscheidung dieser Frage kann nichts Unwiderrufliches bringen: unwiderruflich aber muß die einmal verliehene Gewissensfreiheit bleiben. Sie gehört zu den Freiheiten, die, wenn sie einmal

errungen sind, sich nicht mehr beseitigen lassen; sie muß bestehen bleiben, und das sich nun ergebende Problem liegt in der Frage, was das russische Volk aus dieser neuen Freiheit machen wird, und welche Rückwirkung sie auf den Staat als solchen ausüben muß.

Wir beantworten beide Fragen am besten, wenn wir Punkt für Punkt den Bestimmungen des Ukases vom 16. 29. April nachgehen.

Das erste und wesentlichste ist, daß der Übertritt (der Ukas sagt Abfall) von dem russisch-orthodoxen Glauben zu einem anderen christlichen Bekenntnis, ohne jede Beschränkung freigegeben ist: in betreff der Kinder von Ehepaaren, von denen ein Teil oder beide ihre Konfession ändern, aber werden Bestimmungen erlassen, die gleichfalls vom Standpunkt der Gewissensfreiheit nur zu billigen sind.

Die bisher geltenden Gesetze verboten diesen Übertritt Angehörigen der russischen Kirche durchaus. Die Bände 10, 14 und 15 der Reichsgesetze enthalten die drakonischen Strafen, mit denen der Glaubenswechsel bedroht wurde, und begründeten jenes System kirchlichen Zwanges, das darauf angelegt war, die „ausländischen Kulte", wie es in verdächtigender Formulierung hieß, allmählich zur orthodoxen Kirche zu bekehren. Denn da nur diese Kirche das Recht hatte, Proselyten zu machen, und da alle Mischehen *nur ihr* neue Bekenner zuführten, schwebte im Prinzip die Auffaugung der anderen Konfessionen als Endziel der russischen Kirche vor. Die slavophile Schule, die seit den 30er Jahren ihre schwere Hand allem, was im Zarentum nicht russisch und nicht orthodox war, auf den Nacken legte, suchte auf diesem Wege mit der religiösen auch die nationale Russifizierung zu verbinden, und hat bekanntlich nach beiden Richtungen hin außerordentliche Erfolge aufzuweisen gehabt. Die Kirche wurde so zum Werkzeug der Politik. In den baltischen Provinzen wurden durch Betrug Tausende von Esten und Letten der griechischen Kirche zugeführt, und als sie zur Besinnung kamen und enttäuscht die Rückkehr zu ihrer alten Kirche suchten, begann die Verfolgung der evangelischen Prediger, die ihren Gewissensnöten entgegenkamen, oder vor erneutem Abfall warnten. Es läßt sich erwarten, daß jetzt eine rückläufige Bewegung beginnt und damit auch die Möglichkeit sich bietet, der Verwilderung entgegenzutreten, die gerade in den Kreisen jener „Zwangsangehörigen" der russischen Kirche in den baltischen Provinzen um sich gegriffen hat.

Weit wichtiger noch aber muß die Rückwirkung sein, welche die neue Freiheit auf Polen, Littauen und Kleinrußland haben muß. Zur Zeit der Übermacht Polens war unter dem Einfluß der damals allmächtigen Jesuitenpartei 1595, auf dem Konzil zu Brzesc, die Union der griechischen und der lateinischen Kirche für die von Polen erworbenen ehemals russischen Gebiete dekretiert worden. Sie wurde benutzt, um die Russen dem Katholizismus zuzuführen, so daß mit allen Mitteln ein Seelenfang betrieben wurde, der, als Rußland durch die Teilungen Herr des Landes wurde, unter dem Kaiser Nikolaus zu einer Revanche führte, die ebenfalls mit allen Mitteln der List und des Zwanges betrieben, in den Tagen, da Graf Protassow Oberprokuror des heiligen Synod war, nicht weniger als 2 Millionen Seelen der griechischen Kirche zuführte. Nach dem polnischen Aufstande von 1863 wurde die Arbeit von den Slavophilen Miljutin und Tscherkaßki mit neuem Eifer aufgenommen und die 2600000 Unierten, die es damals noch gab, schließlich en masse der russischen Kirche zugesprochen. Was sich sträubte, wurde auf alle Weise drangsaliert, und endlich festgesetzt, daß auch alle Katholiken, die erst nach 1836 katholisch geworden waren, als Angehörige der russischen Kirche gelten sollten. Wer trotzdem bei der katholischen Kirche blieb, wurde als „abtrünnig" bestraft, und das führte um so mehr zu unleidlichen Zuständen, als auch alle Sprößlinge gemischter Ehen, die sich zur katholischen Kirche bekannten, als Abtrünnige behandelt wurden. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß jetzt auf den Grenzgebieten beider Konfessionen nicht nur eine starke rückläufige Bewegung stattfinden, sondern daß namentlich in Kleinrußland ein Wettringen beider Konfessionen erfolgen wird. Denn im Gegensatz zur evangelischen Kirche ist der Katholizismus seiner Natur nach propagandistisch. Nun wird man nicht verkennen, daß, während die volle Gewissensfreiheit in den protestantischen Gebieten normale Verhältnisse feststellt, in den polnisch russischen Gebieten schwere Probleme auftauchen können. Die Begriffe polnisch und katholisch decken sich dort noch mehr als die Begriffe russisch und orthodox. Daß Kaiser Nikolaus II. trotzdem den Mut gehabt hat, keine Beschränkungen für diese Gebiete eintreten zu lassen, kann nicht hoch genug anerkannt werden.

Konfessionswechsel im eigentlichen Rußland zu erwarten, liegt keine begründete Ursache vor. In den 20er Jahren des vorigen

Jahrhunderts finden wir namentlich unter den Damen der höchsten Gesellschaftskreise eine Geistesrichtung, die sie dem Katholizismus zuführte, heute ist schwerlich daran zu denken. Man ist in der russischen Aristokratie und Intelligenz religiös indifferent, hält aber an der Vorstellung von der nationalen Kirche fest. Wahrscheinlich wird in diesen Kreisen bei der Frage der Mischehen gelegentlich von der neuen Freiheit Gebrauch gemacht werden, aber gewiß nicht in größerem Maße, als überall sonst in den Reihen der höher Gebildeten.

Dagegen kann die Bedeutung des Ukases nicht hoch genug angeschlagen werden, wo er die Raskolniken betrifft. Man schätzt offiziell die Zahl der russischen Sektierer auf 16 bis 17 Millionen. Die nächste Wirkung der Emanzipierung dieser „Altgläubigen" wird nun sein, daß sich ihre Zahl mindestens doppelt so groß erweisen wird, als die offizielle Statistik behauptet. Seit ihnen das Recht öffentlichen Gottesdienstes und die Stellung aller übrigen nicht „orthodoxer" Konfessionen zuerkannt ist, werden sie im Bewußtsein, nicht nur geduldet zu sein, auch an die Öffentlichkeit treten. Bisher waren die Amtshandlungen ihrer Priester ungültig, der Ukas gibt ihren Geistlichen staatliche Befugnisse (Führung der Geburts-, Ehe- und Todesregister), beseitigt die Beschränkungen der Raskolniken im Zivil- und Militärdienst, erteilt ihren Gemeinden das Recht Immobilien zu erwerben, gestattet den Bau von Gotteshäusern, die Gründung von Einsiedeleien und Klöstern und unterstellt ihre Schulen der Kontrolle des Kultusministeriums (also nicht des heiligen Synod); dasselbe gilt von der protestantisierenden Sekte der Stundisten und den übrigen nicht direkt schädlichen Sekten. Unter den letzteren sind die Molokanen und Duchoborzen, die noch vor wenigen Jahren so grausam verfolgt wurden, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, nicht gemeint. Es bleiben demnach als nicht geduldet eigentlich nur die Skopzen (Verschnittene) und Chlysty übrig, die kein Staat dulden könnte.

Diese Raskolniken oder Altgläubigen sowie die Sektierer mit Ausnahme jener beiden oben erwähnten, sind nicht nur durchaus harmlos und ungefährlich, sondern vielleicht der fleißigste, nüchternste und zuverlässigste Teil der russischen Bevölkerung, und es läßt sich erwarten, daß ihre Dankbarkeit gerade in der Periode der Wirren, die Rußland jetzt durchtobt, eine der zuverlässigsten Stützen des Herrscherhauses sein wird. Auch glauben wir, daß gerade die Frei-

heit, die ihnen geboten wird, eher zu einer Wiedervereinigung mit der Staatskirche führen kann, als alle Zwangsmaßregeln, die bisher gegen sie in Anwendung gebracht wurden.

Der Schluß des Ukases hebt, auch abgesehen von dem Recht des Übertritts, alle bestehenden Beschränkungen der Konfessionen Andersgläubiger auf und bestimmt, daß der Religionsunterricht überall in der Muttersprache erfolgen solle. Endlich werden den Zöglingen der katholischen geistlichen Seminare gewisse sprachliche Beschränkungen erlassen. Fügen wir hinzu, daß auch den Mohammedanern konfessionelle Schulen und ihren Geistlichen Freiheit vom Militärdienst gewährt wird, so läßt sich die Summe dieser Bestimmungen dahin zusammenfassen, daß jetzt in der Tat der Gewissensfreiheit der Boden in Rußland gesichert ist. Die in der Einleitung des Ukases enthaltenen Ausführungen, welche die fortdauernde Vorherrschaft der orthodoxen Kirche betonen, ändern daran nichts. Das sind Worte, die gegen die Wirklichkeit nicht aufkommen werden.

Bedenkt man nun, daß seit bald drei Generationen das Schlagwort der inneren Politik Rußlands lautete: Selbstherrlichkeit, Rechtgläubigkeit, Volkstümlichkeit, oder verständlicher formuliert: Absolutismus, Intoleranz und Russifikation, so liegt auf der Hand, welche Bedeutung der Tatsache beizumessen ist, daß das Mittelstück dieser Trias zerbrochen am Boden liegt. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß nunmehr auch früher oder später die beiden anderen nachfolgen müssen: der Absolutismus um einer monarchischen, kontrollierten Regierung Platz zu machen, die Russifikationspolitik, um innerhalb der erhaltenen Staatseinheit einem gesunden Nebeneinander ebenso Raum zu schaffen, wie der Ukas vom 16. April in bezug auf die Konfessionen getan hat. Was unterlag, ist die Doktrin der Slavophilen und die Doktrin Pobedonoszew. Fast alles Unheil im inneren Leben Rußlands — wobei wir die wirtschaftlichen Verhältnisse ausnehmen, die in ein anderes Konto fallen — ging aber von ihnen aus. Nun kann das neue Rußland sich aufbauen.

Zunächst freilich stehen wir noch wie vor einem Chaos. Herr Stallowski erzählte jüngst in der „Nowoje Wremja", ein angesehener Beamter habe auf die Frage, wen er zum ersten Minister für Rußland empfehlen würde, ruhig geantwortet: „Den General A." Warum gerade den? „Natürlich ihn, er hat 18 Jahre lang ein

Tollhaus geleitet!“ In der Tat, wenn man die Nachrichten zusammenstellt, die z. B. in den letzten acht Tagen durch die russischen Zeitungen gegangen sind, gewinnt man den Eindruck, einer Schar von Irren gegenüberzustehen: die Bauern plündern und brennen in der Überzeugung, ein dem Zaren wohlgefälliges Werk zu tun; dabei folgen sie leichtgläubig Provokatoren, von denen der eine sich für Stössel, der andere für Kuropatkin, ein dritter für Skobelew ausgibt. Dagegen trauen sie, wie es in einer Korrespondenz der „Pet. Wjedomosti heißt, „weder der Geistlichkeit, noch den Verwaltungsbeamten oder Richtern, noch überhaupt irgend einer obrigkeitlichen Person.“ „Erhalten hat sich unter den Bauern nur der unerschütterliche Glaube an den Zaren, auf dessen Eintreten für die Interessen des Volkes sie mit Bestimmtheit rechnen. Wie man mir bestimmt gesagt hat, wollen unsere aufständischen Bauern eine Deputation ins Ausland schicken, denn die österreichische Grenze ist nicht fern, und von dort aus dem Kaiser nach Petersburg ein Telegramm senden, um ihn über ihre Nöte zu unterrichten.“

In Kursk, Orel, Jekaterinenburg, in ganz Kleinrußland, in den Ostseeprovinzen, vor allem aber in Polen gewinnt diese Jacquerie immer mehr an Umfang. Es sind, schreiben die „Pet. Wjed.“, schnelle und durchgreifende Maßregeln unerläßlich, sonst bringt die nächste Zukunft die allerentsetzlichsten Ereignisse! Daneben gehen die Ausstände in den Städten und die Aufstände im Kaukasus. Die Fabriken stehen still, die Universitäten feiern, Gymnasiasten fassen politische Resolutionen und protestieren gegen das Singen der Nationalhymne und gegen die Schulgebete (Tschernigow). In Tombow erklären Schüler und Schülerinnen der Gymnasien, daß, wenn die Staatsverfassung nicht geändert werde, sie sich vorbehalten, einen Druck auf die Regierung auszuüben. In Odessa erbricht ein Haufe Frauen die Türen des Rathauses, nötigt das Stadtoberhaupt zur Flucht und weicht erst vom Felde, nachdem ihnen eine bedeutende Geldsumme ausgezahlt worden ist. Man hatte ihnen eingeredet, daß der Zar 10000 Rubel geschickt habe, damit sie unter die Frauen der Reservisten verteilt werden. In Saratow streiken alle Kellner, in Prokrowsk 1000 Lastträger, auf den Eisenbahnen liegen zurzeit (26. April, 40000 Waggons Getreide fest, und diese Zahl ist beständig im Steigen usw.

Inzwischen aber faßt alles, was zur Intelligenz gehört, Resolutionen über die Organisation der künftigen Verfassung: Stadtverordnetenversammlungen, Semstwos in Kreis und Gouvernement, gelehrte und ungelehrte Vereine, was irgend eine Gemeinschaft darstellt, und ebenso Privatpersonen, die sich für besonders erleuchtet halten. Das alles geht der unglücklichen, in Petersburg tagenden Verfassungskommission zu, und die mag sehen wie sie die Spreu vom Hafer scheidet. Nimmt man hinzu, was an Verfassungsprojekten durch die Zeitungen läuft, so kann einem wohl zu Mut werden, wie dem Schüler im Faust. Bisher liegen dem unter dem Vorsitz des Ministers des Innern tagenden Ministerrat nicht weniger als 100 Verfassungsentwürfe vor, von denen die meisten, wie die „Nowoje Wremja" schreibt, wegen der extremen politischen Forderungen, die sie erheben, oder wegen ihrer Unreife keine Berücksichtigung finden könnten. Wenn die Regierung nicht von sich aus mit einer klaren Willensäußerung hervortritt, läßt sich nicht absehen, wohin dieses Treiben führen soll.

Auch scheint die Führung von Petersburg nach Moskau übergehen zu wollen. Es haben sich dort 4 politische Parteien gebildet:

1. Die Partei der „Moskowskija Wjedomosti", die entschlossen absolutistisch, aber wenig zahlreich ist:
2. eine ganz kleine anarchistische Partei:
3. eine konstitutionelle Partei, die sehr zahlreich ist und allein in der Stadtverordnetenversammlung 76 Mitglieder zählt:
4. die Samarinische Reformpartei, die für die Dauer des Krieges von allen Änderungen der Staatsverfassung absehen will.

Es scheint jedoch, daß diese Parteigruppierungen noch keineswegs abgeschlossen sind und daß auch ihr Programm noch Veränderungen erfahren kann. Schon die Veröffentlichung des Ukases vom 16. April muß zu wesentlichen Modifikationen führen, da weder die 1. noch die 4. Gruppe danach bei ihren ursprünglichen Sätzen stehen bleiben kann. Das richtigste wäre, wir wiederholen es, wenn die Regierung sich die Initiative sicherte und, wie sie es in der Frage der Gewissensfreiheit getan hat, durch Gewährung des Notwendigen die drängende Opposition entwaffnete. Seit dem Ukas vom 16. April wird man auch über Herrn Bulygin günstiger urteilen müssen, als

bisher nach den aus Rußland herüberklingenden Stimmen möglich war. Er hat die Last der Ausführung dieses Ukases zu tragen, und daß er den Mut dazu gefunden hat, gereicht ihm entschieden zur Ehre.

Vielleicht wirkt es beruhigend, daß der gefürchtete 1. Mai, wenn man von Polen absieht, ohne irgend erhebliche Störungen hingegangen ist. Auch beginnt das Interesse sich wieder den bevorstehenden kriegerischen Ereignissen zuzuwenden. Die größere Zuversicht gilt dabei dem Admiral Roshéstwenski. Die laute Anerkennung, die sein bisheriges Verhalten im Auslande gefunden hat, wirkt nach Rußland zurück, aber wir fürchten, man unterschätzt dabei doch die Japaner. Daß Togo die russischen Gegner unbehelligt Wladiwostok erreichen läßt, ist ebenso unwahrscheinlich, wie die Vernichtung der japanischen Flotte durch die Russen. Aber immerhin wäre es schon ein bedeutender Erfolg für Rußland, wenn auch nur ein Teil des Geschwaders nach Wladiwostok kommen könnte. Es ist das die Kombination, die den Frieden am ehesten herbeiführen könnte. Erstaunlich ist es, wie die Japaner wiederum ihr Geheimnis zu wahren verstanden haben. Niemand weiß, wo sie zu finden sind, während wir bisher die russischen Geschwader von Station zu Station verfolgen konnten. Es wäre sonderbar, wenn die Japaner nicht noch weit besser darüber orientiert wären, und deshalb scheinen uns unliebsame Überraschungen für Roshéstwenski keineswegs ausgeschlossen.

Von Linewitsch erwartet man eher zu viel als zu wenig Initiative. Japan hat nach der Schlacht bei Mukden seine Armeen durch Nachschub an Mannschaft, Munition, Geschützen und Proviant wieder erheblich verstärkt. Ob Rußland mit ihm gleichen Schritt halten konnte, erscheint mindestens zweifelhaft. Die wirren Zustände im Innern lassen es zu einer vollen Kraftentfaltung nicht kommen. Je weniger man in den nächsten Wochen von Linewitsch hört, um so besser dürfte es für ihn sein.

In England beginnt man sich über die angebliche oder wirkliche Konzentrierung russischer Truppen in Turkestan zu beunruhigen. Auch die Emeute, der der Amban in L'Hassa zum Opfer gefallen ist, hat verstimmt. Man sieht, vielleicht nicht mit Unrecht, allerlei Zukunftsmöglichkeiten, mit denen gerechnet werden muß. Der Eifer, mit dem Lord Kitchener auf Verstärkung der indischen Armee drängt,

die erneute Tätigkeit am Persischen Golf und in Arabien können als Symptome dieser Stimmung gelten.

Allseitig unbequem ist die Revolution in Kreta gewesen. Die Proklamierung der Vereinigung der Insel mit Griechenland wird infolge des Druckes der vier Ententemächte bestimmt ohne jede Folge bleiben, obgleich ganz Griechenland nichts sehnlicher wünscht, als den Anschluß der Insel, auch der Minister Delyannis, wie man aus seiner vieldeutigen Antwort auf die Interpellation Dragoumis schließt, mit seinen Sympathien auf Seite der Kretenser zu stehen scheint. Jedenfalls können wir zufrieden sein, unsere Flöte nicht in dem Konzert der Mächte zu hören. Kreta wird dem mazedonischen Problem geopfert, erst wenn einmal diese Frage ihre endgültige Lösung gefunden hat, wird wieder von Kreta die Rede sein können.

4. Mai. Die Pforte mobilisiert zur Bekämpfung des Aufstandes in Yemen.
5. Mai. Ankündigung großer englischer Flottenmanöver. Marokko erklärt, nur unter Zustimmung aller Mächte das französische Reformprogramm annehmen zu wollen.
7. Mai. Entdeckung einer Verschwörung in Madrid zur Herstellung der Monarchie in Brasilien.

10. Mai 1905.

Ein Korrespondent des „Standard" schreibt aus Mogador, den 18. April:

„Ich habe nach kurzem Aufenthalt in Marrakesch, der afrikanischsten Stadt Marokkos, eben die Küste erreicht. Im Zeltdorf und in den Soldatenherbergen, auf Markt und Landstraße, in Moschee und Wirtshaus, sogar unter den Aussätzigen von Elhara, habe ich nur von zwei Dingen sprechen hören — von der Mißernte und von der drohenden Invasion der Ungläubigen.

Es ist unmöglich, im einzelnen all die wilden und übertriebenen Gerüchte wiederzugeben, die überall entstehen und denen überall Glauben geschenkt wird, vom Atlantischen Ozean bis in den Atlas hinein, wohl aber muß ich sagen, daß ich eine Einheitlichkeit der Gesinnungen fand, wie sie Marokko wohl selten erlebt hat. In den langen Jahren, die ich dort weilte, habe ich nichts Ähnliches gesehen. Heilige — d. i. Männer, deren geistiges Gleichgewicht gestört ist, oder wie die Mauren sagen, deren Körper auf Erden, der Geist aber bei Allah ist — Priester, Schulmeister, Landkaids und friedliche Kaufleute scheinen in ihrem Entschluß einig, dem Eindringen der Europäer zu widerstehen, obgleich sie zugestehen, daß sie der „Teufelsflinten" nicht Herr werden können, wenn nicht der gesamte Islam sich erhebt. Patriotische Weiber haben ihren Kindern gesagt, die Stunde sei nun gekommen, da alle Gläubigen in den heiligen Krieg müßten, und die Bestürzung der Kinder wäre lustig anzusehen, wenn nicht so viel **Furcht mitspielte.**

Ich schreibe, um eine Unterredung auf die Tagesordnung zu stellen, die ich mit einem der mächtigsten Veziers des Südens hatte, einem Gliede des großen Herrscherhauses. Der Scherif gehört zum

Geschlecht der Filals, die einst die Herrschaft von Marrakech und Fez vereinigten: er ist kein Fanatiker im gewöhnlichen Sinn des Wortes. Die Versuche seines Vetters, des Sultans Mulai Abd el Aziz, ausländische Kultur auf maurischen Boden zu verpflanzen, haben ihn nicht beunruhigt. Er ist ein Mann von Bildung, umfangreichen Kenntnissen, ein geborener Herrscher, dessen Grausamkeit durch Gerechtigkeit gemildert wird.

Er empfing mich auf dem Hof seines großen Hauses in der Kasbah, nur einige seiner Bothariksklaven, Nachkommen jener Männer, welche die grausamen Befehle Mulai Ismails so schnell ausführten, waren bei ihm: er war weder leidenschaftlich, noch aufgeregt und sprach in den dumpfen Tönen, die seiner Familie eigen sind, zu mir von der Stimmung und Haltung der Mauren. Es wäre nicht möglich, seine Worte buchstäblich zu wiederholen, auch nicht weise, es zu versuchen, denn er wußte nichts von der Sympathie, die Großbritannien und Frankreich verbindet.

Er sprach von den Franzosen, wie ein Maure tun muß, der die Natur des Krieges kennen gelernt hat, den Frankreich seit 4 Jahren in den Oasen östlich von Marokko führt. Meine Paraphrase kann aber als fair und gewissenhaft gelten, eben weil ich von vornherein zugebe, daß die Kraft und die Einfachheit seiner Worte keine Übersetzung erträgt. Ich begann damit, daß ich fragte, wie er das Eingreifen des deutschen Kaisers beurteile?

Für die Mauren, sagte er, ist das Vorgehen des Deutschen Kaisers insoweit nützlich, als die französischen Vertreter in Fez dadurch behindert werden. Deutschland ist für uns nicht mehr als Frankreich, und wir täuschen uns nicht mit dem Glauben oder mit der Hoffnung, daß der deutsche Herrscher nichts anderes will, als nur unser Reich zusammenzuhalten. Wir wissen es jetzt, daß, wenn eine Macht mit einer anderen in Marokko eingreift, es nicht geschieht zum Besten der Mauren. Jeder von ihnen und alle insgesamt scheinen zu glauben, daß unser Land gekauft und verkauft werden kann.

Die Sklaven, die jedes Wort gehört und verstanden haben mußten, blieben passiv und ausdruckslos, als wären sie von Stein. Vom Hause her klangen schrille Frauenstimmen herüber, in dem glänzenden Blumengarten hinter dem Hofe plätscherte friedlich eine Fontäne, und Tauben gurrten in den scharlachblütigen Granat

bäumen. Mein Wirt sprach entschlossen, wie ein Mann von Autorität: seine Gestalt, im blendend weißen Leinengewande und der weißen Kappe, aus der das dunkele Gesicht hervorblickte, stach merkwürdig scharf von der Hofwand ab. Er ist in mittleren Jahren, die Züge stark und von feinem Schnitt, eine Erregung, die er nicht zurückhalten kann, kommt eher in den Augen als in der Stimme zum Ausdruck.

Ich brachte vor, das französische Reformprogramm sei darauf berechnet, dem Lande Ruhe zu bringen. Ich sprach von der fehlenden Entwicklung des Landes, dem Mangel an Wegen und Brücken und an Sicherheit für Leben und Eigentum. In der Tat, nichts blieb ungesagt, was Ahab von Nutzen sein konnte, wenn Nabot Sultan von Marokko gewesen wäre.

Aber der Vezier antwortete ruhig: es ist zu spät, mir diese Dinge zum Ruhm Frankreichs zu sagen. Seine Worte sind weiß wie meine jellaba, sein Herz ist schwarz wie Pech. Wir haben kein Vertrauen zu den Franzosen. Weshalb sind sie mit Feuer und Schwert nach Tuat und Tidikelt, nach Igli und Figig gekommen? Wenn Frankreich den Mauren helfen wollte, in euere abendländischen Wege zu treten, weshalb versagte es seine Unterstützung eurem Gesandten, als er uns bewegen wollte, die Abgaben wie bei euch durch Gesetz festzulegen. So lange ihr und Frankreich Feinde waret, nahmen die Franzosen, was ihre Flinten gewannen und hinderten das Werk, das ihr angreifen wolltet.

Jetzt seid ihr Freunde, glaubt ihr denn, daß wir ihnen auch nur das geringste anders als gezwungen geben werden? Männer und Kinder werden vorher mit Stöcken und Steinen kämpfen.

Ich wies darauf hin, daß es unmöglich sei, europäischen Waffen zu widerstehen. In unserm Lande, entgegnete der Vezier, sind weder Straßen noch Brücken, wie Du vorhin schon bemerkt hast. Es gibt keine großen Niederlagen, um eine Armee zu erhalten. Wohl aber gibt es Männer, die seit der Idrusidynastie unbesiegt gelebt haben. Die Filali Sherifs haben mehr als 200 Jahre über Marokko regiert, und noch sind viele Bergstämme nicht unterworfen. Wir sind ein Volk von Kämpfern, auch wo wir uneinig sind. Das Jehad wird uns einigen.

Danach wies ich auf diplomatische Möglichkeiten hin, und zum erstenmal während der Unterhaltung erlaubte der Vezier sich ein

Lächeln. „Ich weiß nicht", bemerkte er, „ob in eueren westlichen Ländern ein Sultan sein Königreich ausliefern darf. Hier bei uns wenigstens ist nicht anzunehmen, daß unser Herr sein Ohr Einflüsterungen leiht, die solche Wünsche verschleiern. Ich kann Dir sagen, daß bis zur Stunde der französische Gesandte nichts erhalten hat, als die Gewißheit, daß Marokko ein treues Gedächtnis hat. Wenn das Kamel fällt, heraus mit den Messern! sagt unser Sprichwort. Die Franzosen und die Deutschen, vielleicht auch die Spanier haben bereits ihre Messer gezogen. Aber das Kamel ist noch nicht gefallen, wenn es auch auf hartem Wege stolpert. Wenn die Franzosen unser Land gewinnen wollen, müssen sie mehr tun, als unseres Herrn Ohr zu fesseln. Ich, der ich mit Dir rede, — sein Auge blitzte auf, aber seine Sprache blieb durchaus ruhig — ich brauche nur zu rufen und der ganze Süden erhebt sich. Und wenn unser Herr von den Ungläubigen getäuscht wird, werde ich das Volk laut anrufen. Ich werde sie gegen Frankreich führen. Und die Stämme im Norden, welche die Peitsche Spaniens gefühlt haben, werden sich auch erheben, ja, der ganze Islam jenseits unserer Grenzen, wo man den Franzosen mit demütigen Worten grüßt und heißen Herzens auf den Tag der Freiheit wartet. Die französische Dogge hat spitze Zähne, und die Leute nennen ihn: „Mein Herr der Hetzhund." Aber bei alledem bleibt er doch ein Hund.

Die lange Allee entlang, welche von der Straße zum Hofe führte, kam ein hochgewachsener, dunkler Mann, mit nackten Beinen, zerlumpt, vom Staub der Reise gefärbt. Sein langer Stab, Laterne und Tasche an seinem Gürtel und die Sicherheit, mit der er herankam, kündigten den r'kass, den Briefträger aus Fez, schon an, bevor er nahe genug war, um mich erkennen zu lassen, daß er vom Haschisch, das ihn unterwegs aufrechterhalten sollte, fast betäubt war. Ich stand sofort auf, und nach einem Abschied, der so kurz war wie irgend möglich, damit ich nicht zwischen den Vezier und den Boten des Sultans zu stehen kam, führte mich der Hauswächter auf die weiße, sonnenbeschienene Straße. In blendendem Licht saßen Bettler, Blinde, Kranke und Krüppel da, und aus ihren Lumpen hervor wiesen sie auf ihre Schwären, das Mitleid der Vorübereilenden zu erregen."

Das ist gewiß ein echt marokkanisches Bild, wie es wohl auch der flüchtige Gast Marokkos kennen lernt; ebenso echt und nicht jedem

sehr vernehmlich, ist aber die Sprache jenes Veziers von Mogador und der aus ihr hervortönende Haß gegen die Fremden, speziell gegen die Franzosen. Wir sehen darin eine nicht abzuweisende Bestätigung der vor 14 Tagen an dieser Stelle so nachdrücklich betonten Gefahren, welche die geplante pénétration pacifique durch Erregung des islamischen Fanatismus heraufbeschwört. Es ist kein Phantom, erdacht, um Kinder zu schrecken, sondern eine sehr reale, fast mit Händen zu greifende Gefahr, die Wirklichkeit werden muß, wenn die Ideen Delcassés zur Ausführung gebracht werden; eine Gefahr, die zunächst und zumeist Frankreich bedroht, aber ebenso sicher nach Egypten, Syrien, Kleinasien und über die noch unabhängigen zentralasiatischen Staaten nach Indien hinübergreifen muß.

Wir haben schon im Dezember vorigen Jahres an der Hand einer Korrespondenz der „Pet. Wjedomosti" (Deutschland und die große Politik IV Nr. 309 sq.) auf die Gefahren der Bewegung aufmerksam gemacht, die im Zusammenhang mit den Bemühungen Englands sich zum Herrn des Hinterlandes von Aden zu machen, sich der arabischen Stämme bemächtigt hatte. Die von Ben Said geführten Wahabiten sind, nachdem sie den vom Sultan unter seinen Schutz genommenen Chanesiten Ben Raschid einmal über das andere geschlagen haben, im Begriff, ein selbständiges Reich in Zentralarabien zu gründen. Schon damals hieß es, Ben Said werde ebenso wie der Emir von Koweit von England unterstützt. Die eben erfolgte Einnahme von Sana durch die Rebellen hat die Pforte nunmehr zu einer großen militärischen Anstrengung veranlaßt und gleichzeitig Gerüchte in Umlauf gebracht, die wohl dazu angetan sind, die ohnehin große Erregung, die durch die islamische Welt geht, noch weiter zu steigern. Denn das eine darf nicht außer acht gelassen werden, daß die russischen Niederlagen nirgends einen freudigeren Widerhall gefunden haben, als unter den Mohammedanern. Man fühlt sich stärker den „Ungläubigen" gegenüber und ist selbstbewußter geworden.

Nun hat der unter dem Pseudonym Ular schreibende Dr. Ulemann, ein früherer Mitarbeiter des „Matin", neuerdings in der „Revue des Revues" einen Artikel veröffentlicht, der Aufsehen erregte, weil Ular als Kenner asiatischer Verhältnisse gilt. Da der Mann keineswegs als unbedingt zuverlässig gelten kann, hätten wir seine Ausführungen nicht beachtet, wenn sie nicht eine merkwürdige Bestätigung

gefunden hätten, deren gleich gedacht werden soll. Die Quintessenz des Ularschen Artikels läßt sich dahin zusammenfassen, daß England eine große Intrigue eingeleitet habe, um das Chalifat von Konstantinopel weg auf die Person des Khedive zu übertragen, und so die moralische Leitung des Islam in englische Hände zu spielen. Der Anschlag sei von langer Hand vorbereitet, die Besetzung Egyptens der erste Schritt zur Ausführung, der zweite das englisch französische Abkommen über Marokko gewesen.

Diese Ularschen Ausführungen bestätigt und berichtigt nun der vielgenannte egyptische Patriot und Engländerfeind Mustafa Kamel Pascha im „Journal de Caire" vom 25. April des Jahres. Die Muselmänner, so führt er aus, wußten, daß England seit längerer Zeit darauf ausgehe, für eigene Rechnung den Traum des ersten Napoleon zu verwirklichen „en mettant la main sur le Chalifat et ayant la domination morale de tous les Muselmans". Die Stationen zur Erreichung dieses Zieles seien durch die Besitznahme Egyptens, die Beherrschung des Suezkanals, die Stellung am Nil und am Roten Meer, endlich durch die Bedrohung Arabiens gegeben. Nun erklärten zwar englische Schriftsteller, daß die Muselmänner keinen Grund hätten, über eine Wandlung im Chalifat zu erschrecken, aber der Krieg, den England seit einigen Jahren gegen die Türkei führe, „es scheint damit das Eingreifen Englands in der mazedonischen Frage und das Vorgehen im Hinterlande von Aden gemeint zu sein", habe auch den Blinden die Augen geöffnet und ein Steigen der Autorität des Sultans zur Folge gehabt. Wo immer Bekenner des Islam seien, finde man nur Anhänger des Sultans, und jedermann sei überzeugt, daß die Vernichtung oder auch nur die Schwächung seiner Macht den Untergang des Islam bedeuten müsse. Die verräterischen Araber, welche sich mit den Fremden gegen ihre muselmännischen Brüder verbinden, treffe der allgemeine Haß. Denn der Islam fühle, daß er in Einigkeit zusammenstehen müsse. Wenn daher Ular glaube, daß der Khedive sich zum Werkzeuge Englands hergeben könne, so sei das ein arger Irrtum. Sowohl der Khedive wie das egyptische Volk seien dem Sultan treu ergeben.

Mustafa Kamel schließt mit einer nach Frankreich, dem einstigen Beschützer Egyptens, gerichteten Apostrophe. Heute habe man sich von Frankreich abgewendet, und die Regierung, die das englisch

französische Abkommen unterzeichnet habe, könne sich unmöglich darüber wundern. Aber deshalb sei man noch keineswegs bereit, das Werkzeug Englands zu werden und mit ihm den Rest von Kraft und Ansehen zu vernichten, den der Islam noch besitze (et à démolir avec elle (l'Anglet.) ce qui reste aux Muselmans de force et de prestige dans le monde").

In England, wo man erst kürzlich im Somaliland die bösen Erfahrungen mit dem „Tollen Mullah" gemacht hat, werden solche Stimmen gewiß nicht ungehört verhallen, wenn auch die Presse klüglich darüber schweigt. Aber wir meinen, daß diese Strömungen allerdings Beachtung verdienen, und daß eine Unterwerfung islamischer Staaten nicht das Ziel christlicher Völker sein sollte. Eine Assimilierung ist, wie die Erfahrung gelehrt hat, ausgeschlossen, eine Ausrottung verbrecherisch und in keiner Weise zu rechtfertigen. Die in Algier und Tunis von Frankreich geschaffenen Zustände ruhen auf unsicherem Boden und lassen sich nur durch Gewalt behaupten. Über Egypten halten wir mit unserem Urteil zurück. Die dort von England geschaffenen Zustände sind dank der großartigen Kulturarbeit, die getan wurde, besser gegründet und zudem der nationale Untergrund weniger geschlossen, auch die Bevölkerung resignierter. Trotzdem ist auch dort die Gefahr einer panislamischen Bewegung außerordentlich groß. Daß der Gedanke an den „heiligen Krieg" lebendig ist und durch die jüngsten marokkanischen Ereignisse neu belebt wurde, hat uns jene Korrespondenz aus Mogador gezeigt, die wir an die Spitze unserer Betrachtung gestellt haben.

Überhaupt will uns scheinen, daß die politischen Mißgriffe der letzten Jahre sich an Frankreich zu rächen beginnen. Die Kombination der russischen Allianz mit der englischen Allianz, gerade in dem Augenblick, da England in dem russisch-japanischen Konflikt sich an Japan zu Schutz und Trutz gebunden hatte, konnte verteufelt gescheit erscheinen, aber doch nur unter Voraussetzungen, die heute nicht mehr vorhanden sind. Rußland durfte, wenn Herr Delcassé recht behalten sollte, kein zweites und drittes Geschwader in den fernen Osten schicken, und Admiral Roshéstwenski durfte eine Gastfreundschaft nicht beanspruchen, die man ihm nicht versagen konnte. Nun ist aber beides geschehen, und es kann kaum noch bestritten werden, daß von seiten Frankreichs ein offener Bruch der Neutralität erfolgt

ist. Wir gönnen dem Admiral die Unterstützung, die er dadurch gefunden hat, vollauf; es wäre ihm ohne die französische Hilfe absolut unmöglich geworden, den Weg zurückzulegen, den er jetzt hinter sich hat, aber daß die Japaner die Dinge mit anderen Augen ansehen, das kann doch niemand wundernehmen. Ihre Lage ist plötzlich in hohem Grade bedenklich geworden, alle Erfolge, die sie bisher errungen haben, stehen auf dem Spiel, sobald es Rosshéstwenski, der bisher ebenso kühn wie geschickt operiert hat, gelingt, den größeren Teil seines Geschwaders nach Wladiwostok zu führen. Und nun erhebt sich die Frage, was England tun wird, auf das immer gespannter die Augen der Japaner sich richten. Wie es scheint, beginnt ein Teil der englischen Flotte sich in den ostasiatischen Gewässern zu konzentrieren — wer mag sagen mit welchen Ordren? Alles hängt daran, ob es den Japanern gelingt, einen Neutralitätsbruch von seiten der Franzosen so nachzuweisen, daß England ihn ebenfalls für erwiesen erachtet. Dann tritt ein Dilemma ein, das England vor den Entschluß stellt, entweder dem japanischen Bündnis untreu zu werden, oder aber Frankreich zu einer anderen Haltung zu nötigen. Nun kann freilich als sicher gelten, daß beide, England wie Frankreich, alles daran setzen werden, um in Frieden auseinander zu kommen, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß dies auch der Ausgang sein wird — was aber soll dann aus Japan werden, wenn Rosshéstwenski ihre Flotte erheblich schwächt und als der Stärkere im Hafen von Wladiwostok eine sichere Operationsbasis findet, von der aus er den Japanern die Verbindung mit ihrer auf mandschurischem Boden stehenden Armee abschneiden und die Küsten Japans brandschatzen kann?

Das sind, wir sagen nicht die Wahrscheinlichkeiten, wohl aber die Möglichkeiten der nächsten Zukunft. Sie haben nicht nur eine praktische Bedeutung für den Verlauf des Krieges, sondern auch eine große moralische Tragweite im Hinblick auf die internationalen Beziehungen. Denn sie müssen Antwort auf die Frage geben, wie weit Verträge und Bündnisse auch in dem Fall ihre Kraft behalten, wo sie den Neigungen und Vorteilen des Augenblickes nicht mehr entsprechen.

Im Innern Rußlands sieht es immer noch schlimm genug aus. Neben den liberalen und radikalen Parteien, denen die öffentliche

Meinung folgt, und die eben jetzt in der zweiten Versammlung der Semstwovertreter zu Moskau ihr konstituierendes Organ sich selbst geschaffen haben, hat sich eine reaktionäre Gruppe gebildet, die für die Dauer des Krieges nichts von Reformen wissen will und auch nach einem Friedensschluß vor allem auf Herstellung der Selbstherrlichkeit des Monarchen hinarbeiten will. Dazu ist es bereits zu spät, zumal die Möglichkeit, ein solches Programm auszuführen, nur dann vorhanden wäre, wenn vorher Recht und Gesetz und die ganz unerläßlichen Grundrechte in der Wirklichkeit des öffentlichen Lebens zur Geltung gebracht worden wären. Davon aber ist nichts geschehen. Es steht heute so schlimm wie je damit, und wenn nicht bald von oben her die Reformen oktroyiert werden, zu denen die Regierung sich bereits im Prinzip entschlossen hat, sehen wir keine Möglichkeit der Besserung. Zurzeit herrscht völlige Anarchie, und abgesehen von Petersburg, wo 200000 Mann Truppen konzentriert sein sollen, gibt es kaum einen Flecken im Reich, in dem volle Sicherheit für Leben und Eigentum zu finden wäre. Eben jetzt erklärt ein Ukas vom 26. April die Samara-Slatoust- und die sibirische Eisenbahn im Kriegszustand. „Rußland — so schreibt der „Syn Otetschestwa" (Sohn des Vaterlandes) — befindet sich in der Lage eines Mannes, der im zweiten Stock von einer Feuersbrunst ergriffen wird. Springt er aus dem Fenster, so läuft er Gefahr sich die Glieder zu zerschmettern, bleibt er am Platz, so verbrennt er rettungslos." Wir hoffen, daß das Bild hier allzu pessimistisch gezeichnet ist, aber ungefähr so mag die Wirklichkeit sein.

11. Mai Ankunft des Grafen Tattenbach in Fez.
12. Mai. Tittoni verteidigt vor der italienischen Kammer den Wert des Dreibundes für Italien
13 Mai Ermordung des Konteradmirals Maffimow.
17 Mai Empfang des Grafen Tattenbach durch den Sultan von Marokko.

17. Mai 1905.

Der Herr Generalmajor v. der Lippe, dessen wunderliche Zuschrift an den „Figaro" man hier mehr mit Achselzucken und Lächeln als mit Ärger gelesen hat, muß offenbar nicht gewußt haben, daß vor mehr als zehn Jahren der Graf d'Haussonville mit einer damals vielbeachteten Broschüre an die Öffentlichkeit getreten ist, welche den Abschluß eines mitteleuropäischen Zollverbandes lebhaft befürwortete und nicht üble Gründe für seine Ideen vorbrachte. Selbstverständlich fiel es ihm, dem vor allem an einer zustimmenden Haltung Deutschlands lag, nicht ein, für diese Zustimmung noch ein besonderes Trinkgeld zu verlangen. Daß sich einmal ein preußischer General finden könnte, der ihm für die Durchführung seiner Pläne noch Lothringen zum Geschenk anbieten würde, hat er sich gewiß nicht träumen lassen. Wir verstehen es durchaus, daß bei dieser glänzenden Schenklaune der „Figaro" sich noch das Elsaß dazu erbittet, und hätten uns nicht gewundert, wenn er auch das linke Rheinufer verlangt hätte. Lächerlich erschien uns nur der Ernst und das Pathos, mit dem er dem Herrn Generalmajor sein jamais. jamais! vorbrachte, da ihm doch wohl bekannt war, daß eben gar nichts hinter jenem Angebot stand. Aber es gab eine köstliche Gelegenheit, sich in die Brust zu werfen, und die läßt man sich in Paris bekanntlich nicht leicht entgehen.

Wir haben eben jetzt dafür ein drastisches Beispiel. Die Rede des italienischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Tittoni, hat dem Organ Herrn Delcassés, dem „Temps", zu großen Worten Gelegenheit gegeben. Tittoni hatte sehr nachdrücklich den Wert der Tripelallianz und sein völliges Einvernehmen mit Österreich Ungarn

betont. Er hatte auch für die Engländer und Franzosen freundliche Worte, aber sie waren für Herrn Delcassés Bedürfnisse nicht herzlich genug, und vor allem die Verdienste, die er persönlich sich um Italien erworben hatte, waren nicht einmal erwähnt worden. Offenbar befand er sich in übelster Stimmung, als er den „Temps" darüber instruierte, wie Herr Tittoni anzufassen sei: ironisch, mit kleinen und großen Bosheiten und unter nachdrücklicher Aufführung all der Gaben, die Italien Herrn Delcassé zu danken hat. Und so ist denn auch geschrieben worden.

„Wenn man den übermäßigen Jubel (Tittonis) hört — so schreibt der „Temps" —, denkt man daran, daß wer zu viel beweisen will, nichts beweist, und daß wer Schwierigkeiten leugnet, sie damit noch nicht aus der Welt schafft. Die Schwierigkeiten sind aber wirklich vorhanden. Daran kann nicht gezweifelt werden. Ist es unter solchen Umständen klug, sie zu leugnen?" Es folgt das Zugeständnis, daß die italienisch-österreichischen Beziehungen allerdings sehr enge seien. „Aber eben deshalb, bemerkt der „Temps" boshaft, muß es auch zu steten Reibungen kommen." Da seien Bosnien und die Herzegowina, die von Kallay organisiert, ein Bollwerk des Germanismus werden, im Adriatischen Meere werde die Konkurrenz der österreichischen Handelsmarine immer unerträglicher, Albanien sei ein Feld steter Rivalität und Österreich versperre heute zu Wasser wie zu Lande den Italienern den Weg zu einer normalen Ausbreitung."

Mit Deutschland stehe es ähnlich: schon Graf Robilant habe nach dreijähriger Amtserfahrung gesagt, die Allianz sei öde und unfruchtbar. Tunis sei, weil Deutschland die Garantie verweigerte, französisch geworden, Tirol, das Trentinum, Triest österreichisch geblieben, und weil Deutschland Italien als agent provacateur benutze, habe Italien den Handelskrieg mit Frankreich auf sich nehmen müssen. Das sei jetzt überwunden. Italien stehe (hier ergänzt der kundige Leser: dank der Freundschaft Delcassés) in guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Frankreich, das ihm das Mittelmeer wieder erschlossen habe, während Deutschland den Österreichern jenen „Drang" nach Osten" einimpfte, durch den das Wiener Kabinett die Interessen und Wünsche Italiens bedrohe. Demgegenüber sei es doch erstaunlich, wenn Herr Tittoni die Tripelallianz preise usw.

In der Tat, Herr Delcassé muß sehr übler Laune gewesen sein, denn ein derartiger Hetzartikel in einem unbestritten offiziösen Organ ist in ruhigen Zeiten eine Abnormität. Aber offenbar erscheinen die Zeiten Herrn Delcassé keineswegs als ruhig, und das mag richtig sein, wenn er an seine persönliche Stellung denkt. Man könnte sogar annehmen, daß er sich den Italienern als den rechten Vertreter ihrer Interessen empfehlen wollte, wenn — wozu die Aussichten doch außerordentlich gering sind — ein Platz in Rom für ihn frei werden sollte. Nicht jedermann wird durch das Leben glücklich geführt, wie Graf Beust, der über Dresden nach Wien gelangte! Übrigens wollen wir nicht verkennen, daß der französische Mazarin von heute allen Grund hat, verstimmt zu sein. Wir denken dabei weniger an die marokkanischen Angelegenheiten, obgleich sie für ihn ihre fatale Seite haben, als an die Entgegnung, die der Baron Suyematsu den Ausführungen entgegengesetzt hat, durch welche Delcassé beweisen wollte, daß Frankreich in keinem Punkte über die Grenzen hinausgegangen sei, die es sich selbst durch seine Neutralitätsbestimmungen gesetzt habe.

Wir wiederholen zur Orientierung unserer Leser die schon früher einmal (11. Januar 1905) aufgeführten wesentlichen Punkte der französischen Neutralitätserklärung. Sie lauten (nach) der Formulierung des „Temps“): „Wo kein besonderer Vertrag zwischen einer kriegführenden Macht und einem neutralen Staate existiert, darf der Neutrale seine Häfen den Kriegführenden öffnen, wenn sie verfolgt werden, bei Seenot und wenn sie Havarie gelitten haben. Allerdings darf man, was einem der Kriegführenden gewährt wird, dem anderen nicht versagen.“

England hat, abgesehen von Fällen, in denen große Havarien vorliegen, die Zeit des Aufenthalts auf 24 Stunden beschränkt. Aber in der französischen Neutralitätserklärung vom 15. Februar 1904 heißt es wie in den Neutralitätsregeln vom 27. April 1898 wörtlich: „Die Dauer des Aufenthalts von Kriegführenden in unseren Häfen ist durch keine besondere Bestimmung beschränkt, nur dürfen sie keine Prisen mit sich führen.“

Auch die durch die englischen Neutralitätsregeln beschränkte Versorgung kriegführender Schiffe mit Kohlen erklärt Frankreich für nicht obligatorisch, da keine Bestimmung des internationalen Rechts

ſie verfüge: wohl aber beſtimmt Frankreich, daß Fahrzeuge, die in franzöſiſchen Häfen ein Aſyl gefunden haben, „doivent s'abstenir de faire du lieu de leur résidence, la base d'une opération quelconque contre l'ennemi". Dieſe franzöſiſchen Formulierungen ſind vortrefflich, und wir würden es nicht nur für glücklich halten, wenn es auch die unſrigen wären, ſondern wir ſind überzeugt, daß es einen ungeheuren Fortſchritt bedeuten müßte, wenn ſie allgemein völkerrechtlich Anerkennung fänden. Denn es liegt ja klar zutage, daß die Engländer an der Hand ihrer Beſtimmungen, ſobald die übrigen Mächte ſich ihnen anſchließen, allen, außer England, die Kriegführung in nicht europäiſchen Gewäſſern zur Unmöglichkeit machen. Es iſt das vielleicht die wichtigſte Lehre, die ſich aus dem ruſſiſch-japaniſchen Kriege ergibt, und wir rechnen mit aller Beſtimmtheit darauf, daß ſie der Welt nicht verloren gehen wird.

Man muß nun, da nicht das geringſte Recht und nicht das geringſte Intereſſe dafür ſpricht, den Franzoſen die Befugnis zu beſtreiten, ſich ihre Neutralitätsregeln ſelbſt zu ſetzen, von den Beſchwerden, die Baron Suyematſu vorbringt, alle diejenigen ſtreichen, die ſich auf das den Ruſſen gewährte Aſylrecht und auf die ihnen gelieferten Kohlen beziehen.

Der große Fehler, den Herr Delcaſſé gemacht hat, liegt aber darin, daß er das gute Recht Frankreichs gar nicht zur Geltung gebracht hat, daß er vielmehr hülflos zwiſchen den engliſchen und den franzöſiſchen Neutralitätsregeln hin und her ſchwankte.

Weder brauchte er, wie er es getan hat, ſich gegen den von Japan erhobenen Vorwurf zu verteidigen, daß er den Ruſſen Kohlen geliefert habe, noch brauchte er, wie er es gleichfalls getan hat, ſich gegen den anderen Vorwurf zu verteidigen, daß er den Ruſſen zu lange Gaſtfreundſchaft gewährt hat. Er brauchte ſich nur auf die franzöſiſchen Neutralitätsbeſtimmungen zu berufen, gegen welche Japan weder proteſtiert hat, noch anders als mit den Waffen in der Hand proteſtieren konnte. Jetzt hat Delcaſſé ſeine gute Poſition vergeben, und wir bedauern das im allgemeinen Intereſſe ganz außerordentlich. Nur wenn Frankreich ihn ausdrücklich desavouieren ſollte, ließe ſich der urſprüngliche Rechtsboden zurückgewinnen.

Nehmen wir aber an, daß trotz der beklagenswerten Verſäumniſſe Delcaſſés bei Austragung der franzöſiſch-japaniſchen Differenz

die französischen Neutralitätsregeln als Ausgangspunkte anerkannt werden, so bleibt der Vorwurf Japans bestehen, daß Frankreich den Russen gestattet habe, französische Gewässer und französische Häfen zu ihrer Operationsbasis gemacht zu haben. Die Japaner behaupten in Algier, Djibuti, Madagaskar, Hinterindien. Wirklich in Betracht kommen wohl nur die beiden letzteren, und auch da wird sich über den Begriff der Operationsbasis streiten lassen. Vielleicht aber bietet sich hier noch für Frankreich ein Ausweg. Wir erinnern uns, daß die Einleitung zu den französischen Neutralitätsregeln sagt: „Wo kein besonderer Vertrag zwischen einer der kriegführenden Mächte und einem neutralen Staate besteht", darf usw. Das heißt doch, daß, wenn Frankreich den Russen noch besondere, in den Regeln nicht ausdrücklich aufgeführte Zusagen gemacht haben sollte, auch diese Geltung haben müssen. Allerdings unter der einen Voraussetzung, daß diese Abmachungen auch der anderen kriegführenden Macht notifiziert worden sind und gegebenenfalls auch ihr zugute kommen können. Vor etwa acht Tagen wurde in einer Londoner Korrespondenz der „Nowoje Wremja" die direkte Behauptung aufgestellt, daß derartige Abmachungen bei Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Frankreich getroffen worden seien. Das ist möglich, wir möchten sogar sagen wahrscheinlich. Sicher ist aber, daß Japan davon keinerlei Mitteilung erhalten hat.

Aber in diesem Punkte ist Herr Delcassé bekanntlich originell, wie sein ganzes Verhalten in der marokkanischen Angelegenheit gewiß ebenfalls nicht zum Vorteil Frankreichs bewiesen hat.

In Rußland verfolgt man, wie begreiflich ist, diese Neutralitätsfrage mit höchster Spannung. Wir haben aber trotz der kritischen Lage des Augenblicks und der großen Entscheidungen, die bevorstehen, den Eindruck, daß auch diese Interessen vor der Bedeutung der inneren Angelegenheiten zurücktreten. So groß die Opfer sind, die der Krieg im fernen Osten fordert, sie sind doch nicht so fühlbar wie die Unsicherheit im Innern, die das ganze Reich umfaßt und an keiner Stelle ein Gefühl der Sicherheit aufkommen läßt. Ist auch der 14. Mai verhältnismäßig ruhig hingegangen, so mehren sich die Nachrichten von den Judenhetzen, Ausständen und agraren Unruhen. Dabei läßt sich nicht übersehen, daß die Bauernrevolten und zum Teil auch die Unruhen in der Fabrikbevölkerung das Werk

gewissenloser Aufwiegler sind. Es ist noch jüngst vorgekommen, daß ein als General verkleideter Agitator einer Bauerngemeinde angekündigt hat, daß der Zar ihr das Land der umwohnenden Gutsherren geschenkt habe! Daß die Arbeit auf der Putilowschen Fabrik wieder aufgenommen wurde, erklärt sich daraus, daß die Arbeiter, als sie entlassen werden sollten, weil ihre Forderungen unannehmbar waren (es sind 8000 Mann), dem Fabrikbesitzer erklärten, daß sie gern auch unter den früheren Bedingungen weiterarbeiten wollten, aber es seien 400 Mann Aufwiegler unter ihnen, die es verhinderten. Jetzt würden sie diese Leute totschlagen, dann werde alles wieder ruhig werden. Jene 400 haben sich dann noch an demselben Tage ablohnen lassen und verschwanden, und wirklich ist alles seither ruhig geblieben. Noch drastischer ist ein anderer Fall, für dessen Richtigkeit wir bürgen können. Ein Haufe Ausständiger zieht durch die Straßen mit dem Rufe: Fort mit der Ssamodershawije (der Selbstherrschaft), wir brauchen sie nicht, wir haben einen Zaren und der darf tun, was er will!

Wie bei einem derartigen Bildungsstande der großen Masse an eine Volksvertretung auf der Grundlage des allgemeinen geheimen und direkten Wahlrechts gedacht werden kann, ist allerdings ganz unverständlich.

Auch scheinen die klaren Köpfe unter den russischen Liberalen sich von diesen Utopien abzuwenden. So hat, wie wir dem „Westnik Jewropy" entnehmen, der ehemalige Oberprokureur im 1. Departement des Senats, G. A. Jewreinow, kürzlich eine Broschüre veröffentlicht, die den Titel führt: Die Reform der höheren Staatsorgane Rußlands und die Volksvertretung. Diese Broschüre ist noch dadurch merkwürdig, daß ihr Hauptinhalt wörtlich einer Denkschrift entnommen ist, die Jewreinow im April 1881 dem Justizminister überreichte. Sie charakterisiert die damalige Stimmung folgendermaßen: „Die Gesellschaft hat kein Vertrauen zur Regierung, die Regierung mißtraut der Gesellschaft; auf dem Boden dieses Zwiespalts erwuchs die soziale Bewegung, und eben daraus erklärt sich, daß die Gesellschaft dem Sozialismus keinen Widerstand entgegensetzte." „Wenn man diese Zeilen liest — sagt der „Westnik" —, könnte man glauben, daß sie gestern oder heute geschrieben sind."

Jewreinow verwirft den Gedanken, eine Vertretung der Semstwos als beratende Experten dem Reichsrat zur Seite zu stellen; er

will eine Landesvertretung als ständige Legislative, zugleich aber will er den unbeschränkten Monarchen erhalten wissen, und auf dieser doppelten Grundlage den Staat reorganisieren. Sein Reichslandesrat (gossudarstwennaja semskaja duma) soll aus nicht mehr als 500 Mitgliedern bestehen, von denen die größeren Städte 136 Mitglieder wählen (87 aus dem europäischen Rußland, 19 aus Polen, 12 aus dem Kaukasus, 8 aus Sibirien und 16 aus Mittelasien; eine Heranziehung Finlands schließt er aus), die übrigen 364 Vertreter sollen je nach ihrer Bevölkerungsdichtigkeit von den einzelnen Gouvernements gestellt werden. Die Wahlen sollen so vor sich gehen, daß die Stadtverwaltungen und ländlichen Wahlbezirke Kreiswahlmänner wählen, und diese Gouvernementswahlmänner, welche dann die Mitglieder des Reichslandesrats wählen. Wer russisch reden, schreiben und lesen kann, soll als wahlfähig gelten. Um der gewählten Vertretung Halt und Unabhängigkeit zu sichern, hält Jewreinow folgende Garantien für unerläßlich:

1. Alle Gesetzentwürfe und das Budget in Einnahme und Ausgabe werden dem Staatsoberhaupt zur Bestätigung erst vorgelegt, nachdem sie in der Versammlung geprüft worden sind.

2. Ein von der Majorität des Reichslandesrates verworfener Gesetzentwurf geht an den Minister zurück.

3. Die Volksvertreter können wegen ihrer in der Versammlung ausgesprochenen politischen Ansichten nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Geschäftsordnung und Vollmacht des Präsidenten werden durch ein Reglement gesetzlich festgestellt.

4. Die Sitzungen sind öffentlich.

5. Der Reichslandesrat erhält die Gesetzesinitiative, die in der Form von Petitionen zum Ausdruck kommt.

Diese Garantien, schließt Jewreinow, sind mit den Prärogativen der russischen Herrscher sehr wohl vereinbar.

Dieses wohldurchdachte und auch unserer Meinung nach ausführbare Projekt erinnert lebhaft an die Gedanken, mit denen der Kaiser Alexander I. 1821 sich getragen hat. Es sticht sehr vorteilhaft von den uferlosen Plänen und Entwürfen ab, die jetzt überall auftauchen, wo in Rußland Vereine, Gesellschaften, Genossenschaften politisierend beisammen sind. Deshalb wäre es, nachdem die Regierung einmal das Versprechen gegeben hat, eine Form der Volksver-

tretung zu schaffen, in höchstem Grade wünschenswert, daß sie zu einem raschen Entschluß kommt, und da scheint uns das Jewreinowsche Projekt allen anderen vorzuziehen, die bisher an die Öffentlichkeit getreten sind.

Der Eindruck, den der Ukas vom 17. 30. April, durch den die Gewissensfreiheit verliehen wurde, in ganz Rußland gemacht hat, ist, soviel sich aus der Presse schließen läßt, ein ganz vortrefflicher; man erwartet von ihm auch eine wesentliche Verbesserung der Stellung der orthodoxen Geistlichkeit. Dagegen hat der Zar ein Gesuch des hl. Synods auf Berufung eines Konzils der Eparchial-Bischöfe zur Wahl eines Patriarchen und zur Beratung der notwendigen Veränderungen der Kirchenverwaltung, abschlägig beschieden. Die Zeiten seien nicht danach. „Ich behalte mir aber vor — so schließt die Antwort Nikolaus' II. —, wenn einmal eine dazu günstige Zeit eintritt, nach dem Beispiel der alten rechtgläubigen Kaiser diese wichtige Angelegenheit in Gang zu bringen und ein Konzil der gesamten russischen Kirche zu berufen zur kanonischen Beurteilung von Fragen des Glaubens und der Kirchenverwaltung." Die Frage des Patriarchats wird gewiß nicht ohne Absicht umgangen, und wir halten auch nicht für wahrscheinlich, daß man in absehbarer Zeit auf sie zurückgreifen wird. Das widerstrebt zu sehr den seit Peter dem Großen geltenden Grundsätzen und Überlieferungen des Zarenhauses. Wir schließen mit der Wiedergabe einer Charakteristik unseres Kaisers, die sich in der Monatsübersicht des „Westnik Jewropy" über die auswärtige Politik findet (Maiheft). Der Verfasser stellt die preußischen Zustände den russischen gegenüber und fährt dann fort:

Selbst Wilhelm II., bei seinem ungeheueren persönlichen Prestige, glaubt sich nichts zu vergeben, wenn er sich mit den klar ausgesprochenen Wünschen des Volkes und mit Parlamentsbeschlüssen identifiziert, selbst wenn sie seinen eigenen Ansichten und seinem Willen nicht entsprechen. Indem er die hohen Pflichten seiner Würde erfüllt, kann er nicht in Widerspruch mit den Meinungen und Interessen des Reiches treten, das er mit seiner Person vor den Augen der anderen Völker und Staaten vertritt. Seine politischen Handlungen und Kundgebungen, namentlich in der auswärtigen Politik, tragen stets den Stempel von Handlungen eines echten nationalen Patriotismus. Von Natur unternehmend und entschlossen,

hat er noch niemals einen Schritt getan oder sich eine Unterlassung zu schulden kommen lassen, die Deutschland in die Gefahr eines Krieges hätte bringen können; er war zweifelhaften, versteckten Einflüssen nie zugänglich, wenn es sich um die höheren Interessen des Vaterlandes handelte; er hat niemandes geheimnisvolle Pläne geduldet oder gefördert, sich zu keiner Abenteuerpolitik hinreißen lassen; er hat nicht selten kriegerische Reden gehalten, aber in steter Folgerichtigkeit den Frieden aufrechterhalten, und um ihn zu behaupten, in den allerschwierigsten und meist verwickelten Verhältnissen Rat gewußt. Zugleich aber verstand er, sobald sich die Gelegenheit bot, dem deutschen Volke die möglichen politischen und materiellen Vorteile zu sichern. . . . Wilhelm II. ist unzweifelhaft der unabhängigste und tätigste Herrscher in Europa; offenbar hindern ihn weder Konstitution, noch Parlament, die führende Stelle zum besten Deutschlands zu spielen. . . . Seine Fähigkeit, reale Vorteile aus jeder großen Veränderung in der internationalen Lage zu ziehen, ist in glänzender Weise in dem letzten marokkanischen Incident zutage getreten."

Das ist unzweifelhaft in usum Delphini, das heißt zur Erbauung Kaiser Nikolaus' II., geschrieben. Aber es ist uns sehr zweifelhaft, ob ihm dieses Charakterbild je zu Gesicht kommen wird.

19. Mai. Bombenattentate in Warschau.
22. Mai. Rücktritt des Ministeriums Pasitsch in Serbien.
23. Mai. Lärmszenen im englischen Unterhause.

24. Mai 1905.

Es ist verständlich, daß die große Rede Balfours über die schwachen und über die starken Punkte der englischen Weltstellung in Rußland lebhafte Erörterungen in der Presse zur Folge gehabt hat. Sie sind nicht eben freundlich gehalten, geben aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einmal die tiefgehende Feindseligkeit wieder, die überall, wo in Rußland politisch gedacht und empfunden wird, gegen England herrscht. Der so überaus unpopuläre Krieg mit Japan wird den Engländern Schuld gegeben, oder, wie der gemeine Mann sagt, der „Engländerin". Man fühlt sich England gegenüber unverwundbar und glaubt sehr wohl fähig zu sein, auch jetzt, trotz aller Bedrängnis, den Engländern die empfindlichsten Unannehmlichkeiten bereiten zu können.

Die „Nowoje Wremja" traktiert diese Frage in ihrer Nummer vom 18. Mai und stellt dabei die folgenden Betrachtungen an, die ein allgemeines Interesse beanspruchen können:

England — so heißt es wörtlich — begnügt sich nicht mit Afghanistan, sondern dehnt seine Ansprüche auch auf die an Afghanistan und die indischen Besitzungen stoßenden persischen und kleinasiatischen Gebiete aus. Auch dort haben sich besondere englische Interessen gefunden, die im wesentlichen sich dahin zusammenfassen lassen, daß der persische Golf ein britisches Meer werden soll und ein Teil der persischen Küste okkupiert werden muß, damit Indien und Ägypten durch eine nicht unterbrochene Eisenbahnlinie verbunden werden können. Nun könnten wir auch das ohne allzu nachdrücklichen Protest hinnehmen, wenn nicht England sich weigerte, unsere besonderen Interessen in Persien anzuerkennen und ihnen nicht entgegenarbeitete. Darin aber liegt die wesentliche Schwierigkeit. Die Interessen Rußlands vertragen sich nicht nur mit der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Persiens, sondern sie können nur unter dieser Voraussetzung volle Befriedigung finden. Mit einem politisch verjüngten Persien lassen sich die früheren freundschaftlichen Beziehungen aufrecht erhalten, und unter gewissen Voraussetzungen könnte man sie sogar zu einem Bündnis

umformen. England aber braucht ein politisch und materiell geknechtetes Persien. So ist also Afghanistan keineswegs das einzige Hindernis zur Begründung einer russisch englischen Freundschaft. Wir können nicht wegen dieser illusorischen Freundschaft unsere Interessen zum besten Englands aufgeben, und dabei ändert sich auch die Auffassung der Engländer über ihre Stellung zu Afghanistan fortwährend. Jetzt zum Beispiel hat Mr. Balfour erklärt, jeder Versuch Rußlands, eine Eisenbahn in Afghanistan zu bauen, werde einen casus belli bringen. Aber es ist noch nicht so lange her, da berechneten die Engländer mit Entzücken, wie schnell man von Kalkutta nach London fahren werde, wenn einmal die russischen und englischen Eisenbahnlinien in Kabul oder Herat zusammenträfen. Damals sah man darin einen Triumph friedlicher Kultureroberung — heute einen casus belli. Und eben deshalb glauben wir nicht an die Möglichkeit der Herstellung einer wirklichen, ungeheuchelten russisch englischen politischen Freundschaft, und heute geben wir diese Möglichkeit weniger zu, als je vorher . . ."

Eine andere parallel gehende Korrespondenz der „Nowoje Wremja" aus dem Kaukasus weist auf die Gefahr hin, welche im gegenwärtigen Kriege die zahlreichen englischen Niederlassungen im Kaukasus bedeuten. „Sie sind die Bundesgenossen Japans und zugleich unsere geschworenen Feinde und ruhmreichen politischen Gegner." In den letzten sechs bis sieben Jahren hätten sie den Kaukasus, der doch die Brücke Rußlands nach Persien, Kleinasien und Indien bilde, überflutet. In kurzer Zeit hätten sie sich eines beträchtlichen Teils der russischen Naphthaindustrie (in Baku und Grosno) bemächtigt: die Kupferwerke von Jelisawetpol, die Steinkohlen an der Küste des Schwarzen Meeres, ungeheure Waldungen, das alles sei in ihre Hände übergegangen. Überall aber entständen englische Konsulate: in Batum, Poti, Noworossisk: bald würden auch Konsulate in Baku und Tiflis eröffnet werden. Um aber eine direkte unkontrollierte Verbindung mit Kalkutta und London herzustellen, sei von englischen Beamten der sogenannte englisch-indische Telegraph, speziell für die Engländer hergerichtet worden. Wenn man bedenke, daß an der Spitze einer dieser Unternehmungen (des Caspi-Naphtha-Syndikats) Chamberlain selbst stehe, frage man wohl, ob das alles nur ein Spiel des Zufalls sei. Und wie vortrefflich seien die Engländer über alles orientiert, was geschehe. Als 1899 in tiefstem Geheimnis der Probetransport eines Echelons vom Kaukasus nach Kuschk mit glänzendem Erfolge durchgeführt wurde, habe plötzlich die englische Presse Lärm geschlagen und das ganze Manöver bis in die

Einzelheiten hinein geschildert, als habe es nicht im Kaukasus und in Zentralasien, sondern in der Umgegend Londons stattgefunden! Nun sage man freilich, es handle sich für die Engländer um ökonomische, nicht um politische Aufgaben. Wo aber sei die Grenze? Auch in Transvaal und in Tibet hätten die Engländer nur ökonomische Interessen verfolgt, und man wisse, was daraus geworden sei. Andererseits habe Rußland doch keine Ursache, mit den Schätzen seines Bodens den Bundesgenossen Japans und Feind Rußlands zu stärken. Offenbar vergesse man in Rußland, daß der Kaukasus eine Grenzmark Rußlands bilde, die wegen ihrer geographischen Lage und ihrer strategischen Bedeutung von größter Wichtigkeit sei: zwischen zwei Meeren gelegen sei der Kaukasus allerdings die Brücke Rußlands nach Asien hinüber, die stützende Feste am Schwarzen wie am Kaspischen Meer, die ohne Beherrschung des Kaukasus nicht behauptet werden könnten.

Genau denselben Ton feindseligen Mißtrauens finden wir in einem Artikel der „Pet. Wjedomosti": England und der Islam. Es ist im wesentlichen die Wiedergabe eines Artikels, der im „Bulletin du comité de l'Asie-Française" erschienen ist, und dessen Grundgedanken nicht ohne Behagen wiederholt werden. England habe in Asien und Afrika 90 Millionen muselmannischer Untertanen, die in Beziehungen zur Türkei, zu Persien, Afghanistan und Ägypten (wir fügen hinzu: Marokko) ständen. England habe es nun für eine Aufgabe von höchster Wichtigkeit gehalten, aus all diesen Gebieten den Einfluß anderer europäischer Nationen zu verdrängen, weil seine Stellung in Indien, Ägypten und im Sudan es so verlange. Die kriegerischen Muselmänner dieser Länder seien leicht zu erregen, und England habe während des Burenkrieges sehr ernstlich einen Aufstand gefürchtet. Auch sei es kaum imstande gewesen, durch einen fünfjährigen Krieg einen so schwachen Gegner wie den tollen Mullah im Somalilande zu bändigen.

Um ähnlichen Gefahren vorzubeugen, habe England erkannt, daß es, um einen moralischen Einfluß auf den Islam zu gewinnen, sich seiner Wiege, Arabiens, bemächtigen müßte. Und deshalb habe man die Scheichs von Koweit, Nedsch und anderen wichtigen Mittelpunkten Südarabiens und der Küste des persischen Golfs zu gewinnen gesucht und durch Begünstigung der Wahabiten einen bestimmenden Einfluß auf Süd- und Zentralarabien erworben. Im Augenblick arbeiteten

sie mit Erfolg darauf hin, das Hedschas und Yemen dem Einfluß des Sultans zu entziehen. Der Aufstand in Yemen werde seit 1890 durch englische Emissare aufrecht erhalten, man sorge für Waffen, Vorräte, Geld. Von Aden aus würden alle von Aufstand ergriffenen Gebiete unterstützt, so daß die Landung türkischer Truppen aus Hodeida und ihr Eindringen in das Innere von Jemen auf die größten Hindernisse stießen. Schließlich werde der Sultan den vergeblichen Kampf aufgeben müssen, und wenn der reichlich mit englischem Golde versehene Emir al Mumenim faktisch Khalif geworden sei, werde England zum Beschützer und Führer des Islam erkoren werden.

So finden wir hier ein Gegenstück zu den Ausführungen der „Revue des Revues" und des „Journal de Caire" (abgedruckt in der „Revue de Paris"), deren wir vor 14 Tagen gedachten. Die französische Quelle ist dabei nicht uninteressant, denn trotz der entente Anglo-française gehen hier die französischen Interessen mehr mit denen Rußlands als mit den englischen Hand in Hand. Das ist uns noch kürzlich besonders einleuchtend geworden, als wir das eben erschienene Buch des früheren Ministers C. de Freycinet über die ägyptische Frage studierten. (La question d'Egypte. Paris 1905.)

Freycinet gelangt nämlich zum Schluß, daß der englisch-ägyptische Vertrag über den Sudan vom 19. Januar 1899 vom völkerrechtlichen Standpunkt aus als null und nichtig zu bezeichnen sei. (Au point de vue international, cet acte est radicalement nul.) Weder der Sultan noch eine andere Macht sei diesem Abkommen beigetreten, und deshalb sei die Stellung Englands im Sudan noch heute illegal. Denn die englisch-französische Deklaration vom 8. April 1904 über Ägypten und Marokko habe daran nichts ändern können. Unerschüttert ständen nach wie vor die nicht aufgehobenen Bestimmungen der Londoner Konvention von 1885, und die Deklaration vom 8. April 1904 hätte, um gültig zu werden, die Zustimmung aller Mächte erhalten müssen, welche die Konvention von 1885 unterzeichnet hatten (conf. Staatsarchiv XLVI Nr. 8774—76). Der ägyptische Staat sei durch das europäische Konzert konstituiert worden. Nur das europäische Konzert könne rückgängig machen, was es festgesetzt habe. Frankreich im Bunde mit England seien inkompetent und unberechtigt dazu. (La France unie à l'Angleterre sont sans compétence et sans droit.) Auch habe Frankreich weder auf seine Teilnahme noch auf sein Stimm-

recht in diesem europäischen Areopag verzichtet, es dürfe allen Vereinbarungen zustimmen, welche einmal von anderen Mächten zur Regelung der ägyptischen Frage getroffen werden könnten.

Freycinet wiederholt diesen Gedanken sehr nachdrücklich noch mehrmals. Die Konvention vom 8. April 1904, sagt er, hat nichts geändert. Frankreich hat auf eine Initiative verzichtet, das ist alles. Aber England ist heute ebensowenig wie gestern in Ägypten Souverän oder Protektor, noch mit einer Delegation des Sultans versehen. Die Verträge von 1856 und 1878 sind immer noch in Kraft. Europa kann die Frage lebendig machen und eine dem Recht entsprechende Lösung verlangen. (L'Europe peut évoquer la question et réclamer une solution conforme au droit!)

Wir stimmen diesen Ausführungen Freycinets durchaus bei, finden es dabei interessant, daß er es für nützlich befunden hat, gerade jetzt mit ihnen hervorzutreten, sind aber nicht imstande, die Inkonsequenz mitzumachen, mit der er den englisch-französischen Abmachungen über Marokko einen Charakter der Gültigkeit und Verbindlichkeit zuweisen will, die ihnen keineswegs zukommt. Das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 übergeht freilich die Bestimmungen des Madrider Vertrages vom 3. Juli 1880 über Marokko ebensosehr wie die Konvention vom 25. Juli 1885 über Ägypten, aber die Bedeutung beider ist die gleiche. Die Mächte haben in Madrid „bestimmte und gleichmäßige Grundlagen für die Ausübung des Schutzrechts in Marokko" festgestellt (conf. Max Fleischmann, Völkerrechtsquellen, Halle 1905, Nr. 42) und, um die Worte Freycinets zu brauchen, demgegenüber sind „la France unie à l'Angleterre sans compétence et sans droit". Das ist unser Standpunkt, und wir meinen, wenn Herr v. Freycinet den Madrider Vertrag studiert, wird auch er sich zu unserer Auffassung bekennen müssen.

Am Quai d'Orsay scheint man vor wenigen Tagen dieser Meinung noch nicht gewesen zu sein. Als jüngst die „Nowoje Wremja" den Gedanken vertrat, daß ein internationaler Kongreß in Petersburg die marokkanische Frage lösen könnte, ist ihr vom „Temps" die folgende Abfertigung zuteil geworden: Les cercles diplomatiques trouvent cette proposition inexplicable sinon dans l'intention d'infliger un affront à la France. ce qui est assez dans la ligne politique de ce journal. dont les sentiments antifrançais sont connus! Die

arme „Nowoje Wremja“. So lange wir sie lesen, und das sind bald 30 Jahre, ist sie französisch gewesen mit Leib und Seele, und es gibt noch heute Leute, welche glauben, daß sie eine französische Aktiengesellschaft sei. Und nun soll sie wegen ihrer antifranzösischen Gesinnung bekannt sein. Das ist wirklich hart, und zwar um so mehr, als sie offenbar bemüht gewesen ist, den Franzosen einen guten und, wie wir gesehen haben, vom völkerrechtlichen Standpunkt aus korrekten Rat zu geben. Aber vielleicht tröstet sie sich über den Zorn des „Temps“ mit dem französischen Wort: Tu te fâches, donc tu as tort! Und vielleicht sieht man auch in Frankreich diese Dinge heute anders an. Der Artikel des „Temps“ war vom 18. Mai datiert, seither haben wir, wie sicher zu sein scheint, auf die Initiative Delcassés hin, von Frankreich eine Reihe von Aufmerksamkeiten erfahren, die bei uns sehr gut aufgenommen worden sind: die Delegation sympathischer und hervorragender Persönlichkeiten zu den bevorstehenden Hochzeitsfeierlichkeiten unseres Kronprinzen, das Geschenk des Präsidenten Loubet an unsere künftige Kronprinzessin und eine nicht unbemerkt gebliebene Wandlung im Ton der französischen Presse. Das läßt auf Fortsetzung hoffen, und so zweifeln wir nicht daran, daß unsere unanfechtbare Stellungnahme in der marokkanischen Frage auch in nicht zu ferner Zukunft ihre sachliche und prinzipielle Anerkennung finden wird.

In Rußland hat der Geburtstag des Zaren, der 19. Mai, eine Reihe nicht unwichtiger Personalveränderungen gebracht. Der Oberhofmarschall Fürst Dolgoruki ist an Stelle des Geheimrats Sabler Gehilfe von Pobedonoszew geworden. Sabler scheint an der Frage des Konzils und des wieder zu begründenden Patriarchats gefallen zu sein, ein Zeichen, daß trotz allem der Einfluß des alten Oberprokureurs des hlg. Synod doch noch recht stark ist. Doch hat man Sabler zum Wirklichen Geheimen Rat und zum Mitglied des Reichsrats gemacht. Sehr bemerkt wird die Ernennung des Baron Rosen zum Botschafter in Washington. Es ist das wohl eine Belohnung für seine Berichterstattung aus Tokio, die, wie eine traurige Erfahrung gezeigt hat, vortrefflich gewesen ist. Aber er hat eine Kassandrarolle gespielt, etwa wie einst der Oberst Stoffel mit seinen Berichten aus Berlin.

Von großer Bedeutung kann die Ernennung des Baron Uexkull v. Gyldenband zum Staatssekretär des Kaisers werden. Uexkull war früher Zivilgouverneur in Livland, danach Gehilfe des Ministers des

Innern, endlich Reichssekretär und Senator. Er ist ein vorzüglicher Arbeiter, liberal, ohne die radikale Färbung, die man sonst nicht selten findet. Zweifellos eine Kapazität, die in der nächsten Umgebung des Zaren von Bedeutung werden kann.

Über die Ernennung Rosens wird dem „Standard" aus New York telegraphiert: „Die japanische Gesandtschaft bewillkommt seine Ernennung. Sein Einfluß zugunsten des Friedens wird verstärkt werden, wenn er, wie erwartet wird, neben seinem Beglaubigungsschreiben einen eigenhändigen Brief des Zaren mitbringt, als Antwort auf das von Mr. Meyer mit seinen Vollmachten dem Zaren übergebene autographe Schreiben des Präsidenten Roosevelt. Mr. Roosevelts Schreiben gab dem Wunsche nach Frieden energischen Ausdruck, und er hat so Rußland den Weg geebnet, um seine Mediation zu bitten oder einen anderen, dem Zaren angenehmen Antrag zu stellen." Natürlich läßt sich nicht sagen, wie weit diese Nachricht authentisch ist. Sie scheint an sich nicht unwahrscheinlich, denn allerdings könnte Amerika eher als jede andere der großen Mächte eine Mediation erfolgreich durchführen. Zunächst aber will uns scheinen, daß, ehe zu Lande wie zu Wasser Rußland und Japan noch einmal ihre Kräfte gemessen haben, an einen Frieden nicht zu denken ist. Nikolaus II. hält an dem Entschlusse fest, den Kampf bis zu Ende durchzukämpfen, und eine Entscheidung scheint nicht mehr lange ausstehen zu können.

Die Lage von Linewitsch sieht bereits jetzt wenig günstig aus. Privatnachrichten, die uns vom Kriegsschauplatz, allerdings aus den ersten Tagen nach Mukden zugegangen sind, schildern die Stimmung der Armee in sehr düsteren Farben. General Linewitsch soll beabsichtigt haben, 40 Offiziere erschießen zu lassen. Es sei vorgekommen, daß Offiziere ihre Achselklappen abrissen, um nicht erkannt zu werden und noch schlimmere Symptome der Demoralisation werden erwähnt, die wir nicht wiederholen wollen. Auch über Völlerei und Trunkenheit wird bitter geklagt. Jetzt bringen die „Nowosti" die folgende von allen russischen Zeitungen, die uns zu Gesicht gekommen sind, wiederholte Notiz: Der Leibaccoucheur, Professor Ott, ist auf vier Monate zur aktiven Armee kommandiert. Er erhält 20000 Rubel monatlich. Sein Auftrag geht dahin, das Medizinalwesen in der Armee zu kontrollieren. Es ist kein Wunder, daß an diese Nachricht die eigentümlichsten Betrachtungen geknüpft werden.

Die Lage im Innern schildert die Zeitschrift „Chosain" (Der Volkswirt) folgendermaßen: Agrare Unruhen in größerem oder geringerem Maßstabe haben bisher in den folgenden 28 Gouvernements stattgefunden: Bessarabien, Witebsk, Woronesh, Grodno, Kiew, Kursk, Minsk, Mohilew, Moskau, Nowgorod, Orel, Podolien, Samara, Saratow, Tula, Charkow, Tschernigow, Kalisch, Warschau, Lublin, Pietrkau, Radom, Siedletz, Kurland, Livland, Estland, Tiflis, Kutais. Im Kaukasus, in Polen und in den baltischen Provinzen hat die Bewegung einen allgemeinen Charakter angenommen und die ganze Bauerschaft oder doch den größten Teil erfaßt. Sehr intensiv ist sie in einigen Kreisen der Gouvernements Witebsk, Kursk, Orel, Podolien, Tschernigow und wie es scheint im Kiewschen. Wir fügen von uns aus hinzu auch im Libauschen und Hasenpotschen Kreise des Gouvernements Kurland, wo der Gouverneur seiner Aufgabe nur wenig gewachsen zu sein scheint. Unzweifelhaft werden diese Bewegungen von außen her dirigiert, und überall machen terroristische Einflüsse sich geltend, denen die Masse gehorcht.

Die Regierung zeigt jetzt den Wünschen nach Reform entschiedenes Entgegenkommen, kann aber niemandem genugtun. Den Polen sind die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht worden; zur Regelung der bäuerlichen Angelegenheiten ist unter Aufhebung des Ministeriums der Landwirtschaft und der Reichsdomänen ein Komitee für Agrarangelegenheiten begründet worden, zu dem die Minister des Kaiserlichen Hofes und der Apanagen, des Innern, der Finanzen und der Justiz, der Reichskontrolleur und andere gehören. Dieses Komitee hat außerordentlich weitgehende Befugnisse erhalten, und man hofft von ihm das beste in den Kreisen der Regierung. Im Lande selbst aber glaubt man an kein Heil, außer von der Einführung einer Verfassung.

Nun geht neuerdings das Gerücht um, daß der Zar zum 27. Mai wirklich eine Nationalversammlung endgültig auf den 14. 27. September berufen werde, aber nur auf eine Tagung von 14 Tagen und ohne daß bisher etwas über den Wahlmodus festgesetzt worden sei. Die Stimmung ist leider so, daß für diesen Schritt, der dem Zaren gewiß nicht leicht gefallen ist, und der doch einen ungeheueren Fortschritt bedeuten würde, nur wenig Dank zu erwarten ist. Die Resolutionen der Semstwovertreter, die eben jetzt in Moskau getagt haben, gehen viel weiter.

25. Mai. Ermordung des Gouverneurs Nakaschetse in Baku. Straßenunruhen in Warschau.
26. Mai. Kämpfe zwischen Armeniern und Mohamedanern in Eriwan.
27. Mai. Konstituierung des Ministeriums Stojenowitsch in Serbien.
28. Mai. Vernichtung der russischen Flotte in der Schlacht bei Tsushima.

31. Mai 1905.

Der 576. „kleine Brief" des alten Ssuworin bringt der „Nowoje Wremja" das folgende Stimmungsbild: Das ist ein sibirisches Leben! Ich kann es nicht länger tragen. — Weshalb? fragte ich einen gesunden rotbäckigen Herrn von etwa 40 Jahren, der am Frühstückstisch mir gegenüber im Restaurant saß. — Das reine Sibirien, wiederholte er. Wozu in des Teufels Namen existiert Rußland, für wen ist es da, und wer braucht es? Nehmen sie einmal an, daß es untergeht, und ein Meer tritt an die Stelle. Gewiß wäre das kein Unglück, die Engländer würden ihre Schiffe hinschicken. Und was verliert die Welt, wenn wir verschwinden? Absolut gar nichts. Es verschwinden Millionen Bettler, Dummköpfe, Knechte, allerlei Schund – – nun, und mit ihnen auch anständige und gute Menschen, aber vom Standpunkt der Weltkultur betrachtet, ist das gleichgültig. Wer in Europa braucht den Russen? Sogar den gebildeten Russen kann dort niemand brauchen, und die Reichen nützen nur den Kokotten und Gastwirten, die sich über sie lustig machen und sich dreifach bezahlen lassen. Für uns aber ist jeder Ausländer ein Gewinn. Engländer, Deutsche, das alles findet bei uns Beschäftigung, Amt und einträgliche Arbeit. Und nun mag ein Russe den Versuch machen, nach England oder nach Frankreich zu gehen! Sie sagen gewiß, die Schuld liege daran, daß wir keine Verfassung haben. Aber auch mit einer Verfassung wären wir noch lange keine Adler. Die Taschen fest! Nein, mit unserer sklavischen Faulheit, Nachlässigkeit, Grobheit, mit unserem Schmutz und unseren Wanzen wird man kein Adler. Z. B., da ist das Ministerkomitee mit seinen Reformen. Es kommt zu nichts Rechtem. Wenn sie

uns noch eine Reform brächten, welche die Wanzen aus Rußland vertreibt. Nichts scheint einfacher zu sein. Es ist ja nicht eine Aufgabe wie der Bau der sibirischen Bahn, oder die Durchführung der Goldvaluta, nein, nur die Wanzen sollen vertrieben werden. Aber mögen sie es versuchen! Pogodin hat gesagt, die Vertreibung der Wanzen wäre die wichtigste aller Reformen. Und das ist richtig. Mögen sie die Wanzen vertreiben. Das wäre genial!

Er stürzte sich mit Gier auf die Speisen, die gebracht wurden. Sie verschwanden im Nu in seinem Magen. Er trank zwei Gläser Kognak und bestellte noch etwas.

Aber wie Sie reden! sagte ich ihm.

Gefällt es Ihnen nicht?

Sie reden viel zu radikal.

Radikal? Wenn man bei uns etwas einführen oder abschaffen will, dann muß man radikal sein. Die Wanze wird von mir nicht symbolisch genannt, sondern als ein reales Ding, und ich spreche von Realitäten. Mit persischem Insektenpulver ist es nicht zu machen, und wenn man es für Millionen kaufen und über ganz Rußland verstreuen wollte. Was not tut, ist Kultur, die Wege müssen für das Eindringen der Kultur frei gemacht werden. Das Land ist elend, widerwärtig, schmutzig, bettelhaft, und man wird es niemals mit Seife, Kamm und Bürste reinigen können .... Sehen Sie, wir stehen jetzt im Mai, und es ist eine Hundekälte. Sechs Monate Winter! Wo gibt es ein Kulturland mit sechs Monaten Winter? Solch ein Land gibt es nicht und wird es nie geben. Der Winter ist noch schlimmer als die Wanzen, den wird man niemals vertreiben können. Sie wissen doch, weshalb uns niemand erobert hat? Weil es der Mühe nicht wert ist. Die Mongolen eroberten Rußland, aber schließlich warfen sie es fort. Sie waren es überdrüssig geworden. Nun, dann kam Napoleon nach Moskau. Man sagt, Kutusow hätte ihn betrogen, in Moskau festgehalten und keinen Frieden schließen wollen. Welcher Unsinn! Napoleon erkannte, daß das Fell des Gerbens nicht wert war. Als er nach Paris zurück kam, war das erste, was er seiner Frau, Marie Luise, sagte: Was für eine Eselei habe ich begangen. Ich war ein tausendfacher Dummkopf. Ein Idiot, ein ganzer Idiot. Ich glaubte, Rußland sei etwas wie Deutschland, aber das ist ein wildes Land! Rothäute!

Sie sprechen ja, als seien sie zugegen gewesen. — Glauben Sie mir, so war es. Ich weiß, was ich sage. Wir sind Stubenhocker, Bären, Faulpelze. Glauben Sie etwa, daß das Ministerkomitee Rußland kennt? Aber nicht im geringsten. Sie reformieren, als ob sie Grönland zu reformieren hätten, das sie ebensowenig kennen. Sie kennen die Paragraphen, ändern den einen und heben den anderen auf. Weshalb sie das tun, weiß niemand, weder jetzt noch in Ewigkeit, und es wird unbekannt bleiben in saecula saeculorum. Amen. Weshalb führen wir Krieg mit Japan? Niemand weiß es. Etwa um die Mandschurei? Man muß 35 Tage mit der Eisenbahn fahren, um hin zu kommen. 35 Tage! Stellen sie sich das vor. In 70 Tagen kann man um die ganze Welt fahren. Wozu das geschieht, ist ganz unerfindlich. So fährt man denn um die Welt. Aber wozu? Etwa um sich zu zeigen? Danach verlangt niemand. Oder um andere anzusehen? Aber wir verstehen ja nicht einmal zu sehen. Mit bloßem Glotzen ist es nicht getan. Sehen, heißt verstehen und lernen. Wir verstehen aber nichts und könnten ebensogut zu Hause sitzen und Kieselsteine zählen. Die Mandschurei! 35 Tage! Milliarden! Ströme Blutes sind geflossen, man hat gestohlen, sich bestechen lassen, geplündert und 63000 Gefangene verloren. Ist so etwas erhört? Stössel allein hat den Japanern 41000 Mann überlassen. Ein braver Mann, der freigiebig mit dem ist, was anderen gehört. Aber wir haben nicht genug an Sibirien, wir brauchen noch, was hinter Sibirien liegt. Wo es am schlechtesten aussieht, da gerade müssen wir hin. Wo es gut ist, da läßt man uns nicht hin, und deshalb nehmen wir das schlechte. Auch bei uns ist es scheußlich, aber wir suchen etwas, das noch scheußlicher ist, damit es von unserer Unordnung, unserer Faulheit, von unserem ungewaschenen Maul nicht abstehe. Das ist dann harmonisch. Wir wollen Harmonie, Schmutz zum Schmutz. Ist das nicht herrlich? Eines nur ist mir wunderbar, das sind die Juden. Die kriechen in das Zentrum Rußlands hinein, obgleich sie in den besten Provinzen Rußlands leben, im Westen, Südwesten und Süden. Das ihnen eingeräumte Gebiet ist so groß wie Frankreich. Aber sie wollen nach Rußland hinein, dorthin, wo es am bettelhaftesten ist, wo der Bettler vom Bettler lebt. Die Narren! Aber bei uns gelten sie für klug. Ich ließe sie hin — mögen sie doch

— und würde dann russische Bauern in ihr Gebiet schicken. Aber bei uns versteht man eben gar nichts! Kellner, einen Kognak!

Da redet man von Konstitution. Ich glaube nicht an sie. Jedermann schreibt Konstitutionen: Pädagogen, Advokaten, Semstwovertreter, Edelleute, Stadträte, Ingenieure. Es ist jetzt ebenso leicht eine Konstitution fertig zu komponieren, als dem Admiral Alexejew, Kwantung zu regieren. Da hat z. B. Scharapow in Moskau eine Konstitution veröffentlicht, die von der Dumakommission komponiert worden ist. Da frage ich Sie erstens, ob es Aufgabe dieser Dumakommission ist, Verfassungen zu schreiben, und dazu noch mit „Aufhebung des Branntweinmonopols"?

Weshalb nicht? Das ist ja unsere Vertretung: Duma, Semstwo, Edelleute, sind organisierte gesellschaftliche Einheiten und berechtigt das zu tun, was sie treiben. Man kann ihre Konstitution kritisieren, aber man darf ihnen nicht das Recht nehmen, sich damit zu beschäftigen.

So, glauben Sie? . . . Kellner, Kognak! Weshalb bringst Du mir nur ein Glas? Bringe eine Karaffe her. Oder tut es dir darum leid? Ich bitte Dich ja nicht um eine Konstitution . . . Der Tatar grinste und brachte die Karaffe. Er hob sie gegen das Licht, blickte hindurch und stellte sie hin.

Gut, sagte er, wenn Ihrer Meinung nach die Moskauer Dumaleute das Recht haben, eine Konstitution zu verfassen, die Aufhebung des Branntweinmonopols und die Wiederherstellung der Ruhe zu fordern, so mögen sie zum Teufel schreiben, und Scharapow mag es drucken lassen! Was geht es mich an? Ich habe schon als Knabe Konstitutionen gelesen, und jetzt bin ich 40 Jahre alt. Alle schreiben jetzt Konstitutionen, aber weder sie noch ich haben eine Konstitution. Sie ist überhaupt nicht vorhanden. — Nein, anwortete ich, darin haben Sie recht. — Gott sei Dank. Ich habe recht? Aber warum habe ich recht? Ich bin ein Realist. Man gebe mir etwas Wirkliches und keine Dumakonstitution, etwas Wertvolles, aber kein Hallelujah in Öl. Ich sagte einmal meinem Vater: „Papa, was liest Du? Das ist ja Hallelujah in Öl. Dafür prügelte er mich durch. Übrigens nicht zu stark, er war ein gutmütiger Mann. Vielleicht müßte man mich auch jetzt prügeln. Montaigne hat nicht umsonst gesagt: „Jeder Mensch verdiente dreimal gehängt zu werden."

Und er fügte hinzu, sich selber nehme er nicht aus. Auch ich nehme mich nicht aus, obgleich ich kein Montaigne bin. Sie sind Revolutionär? Antworten Sie nicht, ich errate es. Sie sind Grundbesitzer? — Ein wenig. — Also sind Sie ein Revolutionär. — Weshalb denn? — Weil Sie an die Revolution glauben und sich vor ihr fürchten. Wer an sie glaubt ist Revolutionär. Das ist klar wie der Tag. Ein passiver Revolutionär, kein aktiver . . . und das ist noch schlimmer. Denn dann versteht man weder sich noch die anderen. Die Hände sind kraftlos, die Augen sehen nicht, die Stimme krächzt, die Füße zittern. Er ist „fertig" wie man von einem Betrunkenen sagt. Er ist aber schlimmer als ein Trunkener. Ein Betrunker schläft sich aus, der passive Revolutionär aber verliert den Schlaf, er löst sich auf, wird schwach und verfällt dem großen Haufen. Er wird die Revolution vorwärts drängen und wie ein Narr mit dem Haufen schreien: „en avant". denn in der Angst wird er die russische Sprache vergessen.

Sie sind Gutsbesitzer? fragte ich unwillkürlich lachend. — Gutsbesitzer, Mitglied der Semstwo und Fabrikant, antwortete er auch lachend. — Also ein passiver Revolutionär? — Nein, ein aktiver. Ich stimme allem zu und negiere alles. Wenn sich das Zartum Polen abtrennt, der Kaukasus abfällt, Klein-Rußland Herrn Antonowitsch zum Hetmann wählt, das Gouvernement Twer warägische Fürsten beruft und zum Fürstentum Twer wird, Nowgorod sich zur Republik proklamiert und Pskow Sineus und Truvor beruft, so werde ich alles gutheißen und alles und alle negieren. Ich negiere mit demselben Vergnügen, wie ich zustimme, mit dem Genuß der Schadenfreude. In meiner Brust siedet und wallt etwas, und ich möchte mitunter meinen Kopf an der Wand zerschmettern.

Er schwieg. — Denken Sie wirklich im Ernst so, wie Sie reden, fragte ich.

Aber so denken ja alle. Sprechen Sie mit wem Sie wollen. Fahren Sie in die Salons — es ist immer dasselbe. Gleichgültigkeit, schamloses Geschwätz, Feigheit und Heuchelei. Ich bin kein Heuchler, ich rede wie ich denke. — Aber weshalb leben Sie denn in Rußland? Sie sind ein reicher Mann. — Ich bin ein Russe. Emigrieren will ich nicht. Es treiben sich schon zu viele Landsleute in Europa herum. Und dann schäme ich mich dort. Ja, ich schäme mich. Nun, und

in Rußland da schimpft man sich doch aus, man regt sich auf, schreit, betrinkt sich und büßt seine Sünden, indem man die anderen schilt. Ich liebe wie Lermontow mein Vaterland, aber mit einer besonderen Liebe. Ich möchte es zerstören und auf den Trümmern schluchzen und die Erde küssen. . . . Seine Stimme zitterte. — Nein, nein, es ist nicht wahr! Ich wünsche, daß Rußland lebe und glücklich sei. Sind diese vielen Prüfungen nicht entsetzlich? Jetzt, wo ich gegen mein Vaterland lästere, kommt vielleicht ein neues Unwetter, ein neues Unglück, uns zu vernichten. Vielleicht steht es schon lange auf der Lauer, um plötzlich zuzuschlagen und uns den letzten Stoß zu geben. Da hört man lieber auf zu denken. He! Kellner, Champagner! rief er. Wir wollen auf die Gesundheit Roshéstwenskis trinken. Auch wenn er nicht siegen sollte, bleibt er ein Held. Ein lieber, herrlicher Mensch! Er hob den Pokal. In seinen Augen standen Tränen, aber er lächelte. Wir stießen an. Ein rabiater Mensch!

Damit schließt Herr Sjuworin seine Skizze, der wohl ein wirkliches Gespräch zugrunde liegt. Wir haben sie unverkürzt wiedergegeben. Es ist die Stimmung vieler, und gewiß nicht der schlechtesten Männer in Rußland. Die Stimmung, so wie sie in diesen Kreisen vor dem Eintreffen der Schreckensbotschaften war, die heute über die erste Niederlage Roshéstwenskis vom Telegraphen durch die Welt getragen wurden. Man muß sehr optimistisch sein — und wir haben in diesem Kriege das optimistische Beurteilen russischer Kriegsführung gründlich verlernt — um nicht weitere Verluste des russischen Geschwaders vorherzusehen — im günstigsten Fall wird ein geringer Teil dieser Armada nach Wladiwostock gelangen. Und ebenso können wir nicht mehr an eine Wendung auf dem mandschurischen Kriegsschauplatz zu Gunsten Rußlands glauben. Im wesentlichen kann schon jetzt der endliche Erfolg Japans als gesichert gelten; vielleicht nicht für immer, denn wir halten an der Vorstellung fest, daß der Druck vom Festlande zum Meer schließlich stärker sein muß, als der Gegendruck von der Meeresküste gegen das Massiv des Kontinents — aber gewiß sind das nicht Erfolge, die von heute auf morgen verwischt werden können. Man darf auch nicht vergessen, daß der jetzige Krieg in Rußland unpopulär ist, daß man einem möglichen Siege Roshéstwenskis in den Kreisen der Verfassungsfreunde mit Sorgen entgegensah, weil man als Folge eine Rückkehr

zu den Prinzipien des unkontrollierten Absolutismus fürchtete. Die großen Zugeständnisse, welche die Regierung gemacht hat, haben lange nicht die Dankesfrüchte getragen, auf welche man glaubte rechnen zu dürfen. Sie haben vielmehr noch radikalere Forderungen wachgerufen, und wenn dazu die unbestreitbare Tatsache beigetragen haben mag, daß es mit der Mißwirtschaft und Willkür der Beamtenschaft, von ihren Spitzen bis zu den Quartaloffizieren der Städte und den Landgendarmen hinab, eher schlimmer als besser geworden ist, so läßt sich doch nicht übersehen, daß die treibende Kraft der revolutionären Organisation und die Gewissenlosigkeit, mit der eine Gegenwirkung gegen die Aktion der „Intelligenten" durch Aufreizung der Bauernschaft betrieben wird, wesentlich dazu beigetragen haben, jenes politische Chaos herbeizuführen, in welchem das heutige Rußland sich unruhig hin und her wälzt.

Wir wollen unsere trüben Eindrücke durch einige Beispiele illustrieren.

Am charakteristischsten ist wohl die fast allgemeine Forderung all der zahllosen Versammlungen, die in den letzten zwei Monaten über die künftige Verfassungsform Rußlands zu Rate gesessen haben, daß das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht unverkürzt und zwar sofort einzuführen sei, damit auf Grund desselben die konstituierende Versammlung, der man die Zukunft Rußlands anvertrauen will, zusammentreten könne. Die Regierung hatte durch den Ukas vom 18. Februar 2. März gestattet, ihr Gutachten über wünschenswerte Verfassungsänderungen einzuschicken. Was sie erhielt, waren Forderungen, und hinter jenen Forderungen standen einerseits die drohenden Massen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft, andererseits die mit geistigen Arbeitseinstellungen drohende Intelligenz in den Selbstverwaltungsorganen und in den freien Berufen, zum Teil sogar in der unteren Beamtenschaft, endlich, was noch schlimmer war, der organisierte Terror des politischen Mordes, der, wie eine furchtbar ansteckende Epidemie durch Rußland zieht. Die neueste Nummer der „Oswoboshdenije" verherrlicht den Mörder des Großfürsten Sergei, Kalajew, als Helden und Märtyrer und verrät uns dabei, daß er ein Werkzeug des „Zentral-Komitees" der „Narodnaja Wolja" (Volkswillen) gewesen sei, die von außen her (wahrscheinlich aus London) die ganze verbrecherische Aktion leitet.

Nun kann man aber mit aller Bestimmtheit sagen, daß jene auf Grund des allgemeinen geheimen Stimmrechts zu berufende Konstituante das größte Unglück wäre, das Rußland treffen könnte. Mindestens 95 pCt. der Bevölkerung sind für die verantwortliche Mitwirkung an einer Wahl, geschweige denn zur Teilnahme an einer konstituierenden Volksvertretung absolut unvorbereitet und unfähig, die Tragweite der Aufgaben zu verstehen, die ihnen zugemutet werden. Der Rest ist zu nicht geringem Teile politisch überhitzt, die Zahl der politisch einsichtigen Persönlichkeiten, die mit dem Möglichen und Erreichbaren rechnen, außerordentlich gering. Die größte Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie nicht zur Geltung kommen werden. Dazu kommt die entsetzliche Ignoranz, die infolge des seit einem Menschenalter stetig sinkenden Niveaus der Schulen und Universitäten in der jüngeren Generation herrscht und auch in den Kreisen der Offiziere, die nicht der älteren Schule angehören, die Regel zu sein scheint. Unbildung aber macht radikal, oder doch utopistisch-radikalen Doktrinen gegenüber wehrlos. Das ist um so bedenklicher, als die revolutionäre Propaganda im Heere zunimmt. Im letzten Heft der „Oswoboshdenije" finden wir einen von einem Offizier geschriebenen Artikel: Zu wem soll das Heer stehen? Sie stellt das folgende Dilemma: „Wer ist jetzt der innere Feind?" „Die gesamte Bevölkerung oder der halsstarrige Zar und seine Kompagnie? Ganz Rußland, oder ein in der Kirche gesalbter kläglicher Mensch? Es wäre lächerlich, darüber nur ein Wort zu verlieren, und doch muß man es tun, denn die Truppen schießen aufs Volk, das die Berufung einer Landesvertretung verlangt. Es scheint doch, daß, wie immer man über Zar und Monarchie denken mag, niemand, der bei gesundem Verstande und voller Besinnung ist, zum Schluß gelangen kann: mag Rußland untergehen, nur damit das Väterchen Zar zufrieden sei." Dies ist keineswegs der schärfste Satz in den Ausführungen des Offiziers. Das Resultat dieser Betrachtungen aber lautet wörtlich: „Die Offiziere dienen dem ganzen Lande, und die ihnen untergebenen Soldaten treten nicht aus eigenem Antriebe in den Dienst. Kein Offizier ist berechtigt, sie zu veranlassen, gewaltsam die Partei eines Haufens von Bureaukraten zu ergreifen, die dem ganzen Lande den Krieg erklärt haben. Heute, da es keine vom ganzen Lande anerkannte Regierung gibt, muß das Offizierkorps sich weigern, irgend

einen Befehl der Vorgesetzten zu erfüllen, der die Unterdrückung von Bauernunruhen, von Demonstrationen in den Städten, Zusammenstößen mit der Polizei usw. anordnet, bevor eine konstituierende Versammlung unter Voraussetzungen berufen ist, die eine wirkliche Vertretung des Landes sichern. Aber das Offizierkorps darf sich nicht damit begnügen, selbst von Unterdrückungen fern zu bleiben, es darf auch nicht dulden, daß irgend eine bewaffnete Macht Demonstrationen und Versammlungen auseinanderjagt, welche die Berufung einer Konstituante fordern. Wird aber die Konstituante berufen, die dann die Vertreterin des Landes ist, so hat das Offizierkorps nur ihr zu dienen und nur der Obrigkeit zu gehorchen, die von ihr eingesetzt ist."

Wir haben dem nichts hinzuzufügen als den Ausdruck der Befürchtung, daß es sich hier nicht um eine vereinzelte Stimme, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach um eine in der russischen Armee weit verbreitete Überzeugung und Willensrichtung handelt. Freilich knüpft sich daran das Bedauern, daß die ohne allen Zweifel häufig vorliegenden Mißbräuche der organisierten Staatsgewalt solchen Prinzipien den Schein eines sittlichen Rechtes geben können. Denn daß es mit dem jetzt geltenden Systeme nicht weiter gehen kann, und nicht weiter gehen wird, ist sicher. Unerläßlich ist nicht nur die Verkündigung, sondern auch die energische Durchführung einer habeas corpus Akte, durch die Regierung und Volk in gleicher Weise gebunden sind, unerläßlich die Oktroyierung einer mit der Wirklichkeit der russischen Zustände, nicht mit Phantomen und Phantasien rechnenden Verfassung, unerläßlich endlich die Beendigung eines Krieges, der im wesentlichen gegen Rußland entschieden ist, und den, mit Ausnahme der großen Diebe, die sich an ihm bereichern, niemand in Rußland fortführen will, als der Zar, der über die Gerechtigkeit der von ihm vertretenen Sache ebenso getäuscht worden ist, wie über die tatsächliche Macht seines Reiches, und über die Leistungsfähigkeit der Japaner.

Es steht jetzt in Rußland ungeheuer viel auf dem Spiel: Weltstellung, Dynastie, Integrität des Reiches, Hab und Gut und Leben jedes einzelnen, die in der drohenden Anarchie unterzugehen Gefahr laufen. Ein wenn auch schwerer Entschluß an oberster Stelle ist unerläßlich. Das alte Rußland geht unter und wird so, wie es vor

1904 bestand, niemals wiederkehren. Wenn ein neues, auf gesetzlicher Ordnung ruhendes, durch Gewährung der Grundlagen aller bürgerlichen Freiheit befriedigtes Rußland rechtzeitig an die Stelle tritt, dann können alle diese Gefahren noch beseitigt werden. Aber Kaiser Nikolaus II. steht vor einer Entscheidung in zwölfter Stunde. Vorhanden sind jene Gefahren ohne Zweifel. Die Weltstellung Rußlands ist nicht durch etwaige Zugeständnisse, bei einem Friedensschluß, sondern durch die mögliche Ausdehnung des Kriegsschauplatzes bei Fortsetzung des Krieges bedroht; über der Dynastie schwebt das Damoklesschwert der Ruchlosigkeit, des Anarchismus; die Integrität des Reiches ist schon jetzt durch die Ansprüche der Polen ernstlich gefährdet, endlich Leben und Gut aller sind durch die beiden schlimmsten Formen des Bürgerkrieges, die Bauernemeute und die sozialdemokratische Revolte, bedroht.

Im Hintergrunde endlich steigt am Horizonte die Möglichkeit einer disziplinaren Auflösung des Heeres auf.

Das ist in Wahrheit die Lage, in der Rußland heute steht. Wer den Dingen ins Gesicht zu sehen gewohnt ist, wird sich nicht verbergen, daß sie auch Gefahren für den Nachbarn in sich schließen.

1. Juni. Attentat auf König Alfons von Spanien.
2. Juni. Sultan Abd el Aziz lehnt die französischen Anträge ab.
5. Juni. General Trepow wird zum Gehilfen des Ministers des Innern ernannt. König Alfons trifft in England ein.
6. Juni. Erhebung des Reichskanzlers Grafen von Bülow in den Fürstenstand. Demission Delcassés.
7. Juni. Der norwegische Storthing löst die Vereinigung Norwegens mit Schweden.

7. Juni 1905.

Aus dem Chorus der Stimmen, die heute mit ihren Kommentaren und Ratschlägen den traurigen Verlauf begleiten, den für Rußland die Dinge im fernen Osten genommen haben, dürfte es schwer fallen, Freund und Feind zu unterscheiden; wer nicht die Vorgeschichte des russisch-japanischen Konflikts fest im Auge behält, könnte sogar an der Hand der jüngsten Zeitungsstimmen, zum Glauben gelangen, daß im Grunde der halbe und der ganze Verbündete Japans, Frankreich und England, am zärtlichsten um die Zukunft Rußlands besorgt seien. Die radikal-sozialistische Republik ist ängstlich bemüht, daß die monarchische Grundlage des russischen Staates nicht ins Schwanken gerate, und die englische Presse legt ihren Lesern salbungsvoll dar, wie töricht Rußland handeln würde, wenn es nicht durch Erfüllung der japanischen Forderungen sich den Frieden sicherte, um dann an eine Reform großen Stils zu schreiten. Denn wie immer hat England das große Ziel der allgemeinen Weltkultur im Auge, während aus Frankreich die empfindsame Seele einer befreundeten und alliierten Nation spricht. Ob nicht bei den einen die Sorge um geborgte Milliarden, bei den anderen die Erwägung mitspricht, daß, je radikaler die Wandlung in den inneren Zuständen Rußlands sich vollzieht, um so geringer die Sorge um die Glacis von Indien sein wird, das freilich ist eine andere Frage. Jedenfalls begreifen wir es, wenn man russischerseits anfängt, skeptisch zu werden, und sogar, wie wir zuverlässig wissen, die stürmischen Friedensrufe, die in der russischen Presse laut geworden sind, auf Einflüsse der haute finance zurückführt, die überhaupt an dem hohen Spiel, das Rußland ge-

ſpielt und verloren hat, mehr beteiligt zu ſein ſcheint, als die Welt ahnt.

Nun ſind wir freilich gleichfalls für einen baldigen friedlichen Abſchluß der ruſſiſch japaniſchen Tragödie. Beſtimmte Reſultate der japaniſchen Siege müſſen als Definitiva betrachtet werden: die ruſſiſche Stellung in der Mandſchurei, die übrigens niemals den Charakter völkerrechtlicher Legalität getragen hat, läßt ſich nicht behaupten, endgültig verloren iſt der ruſſiſche Vorpoſten auf der Halbinſel Liaotung und der in Ausſicht genommene Einfluß auf Korea. Ganz ebenſo iſt die Vorherrſchaft der japaniſchen Seemacht in Oſtaſien als ein Definitivum zu betrachten, allerdings mit der Einſchränkung: ſo weit und ſo lange es England gutheißt; endlich hat Rußland kein Mittel, den Japanern die Okkupation und Annektierung von Sachalin zu verwehren.

Aber damit ſcheint uns auch die japaniſche Plusrechnung erſchöpft zu ſein. Daß die Mandſchurei japaniſch wird, iſt durch völkerrechtliche Verträge unmöglich gemacht, und gewiß wird Japan, das ſich ſein Bürgerrecht in der Reihe der großen Mächte nicht nur erwerben, ſondern auch erſitzen muß, mit peinlichſter Sorgfalt völkerrechtliche Satzungen einhalten. Das hat während des Verlaufs des Krieges das ganze Verhalten Japans gezeigt; wir halten daher alle Beſorgniſſe, die nach dieſer Richtung gehen, für völlig grundlos. Außerhalb der Mandſchurei aber hat Japan bisher keinen fußbreit ruſſiſchen Landes inne. Wladiwoſtok wäre erſt zu erobern und ſchwerlich mit geringeren Opfern zu gewinnen als Port Arthur. Wir beſtreiten nicht, daß der Fall Wladiwoſtoks möglich, vielleicht ſogar wahrſcheinlich werden kann, für höchſt unwahrſcheinlich aber halten wir es, daß Japan dieſe Poſition auf die Dauer behaupten kann. Sollte aber Japan ſich an die Eroberung des Amurgebietes machen, um ein Fauſtpfand für die beanſpruchte Kriegsentſchädigung zu erlangen, ſo ſcheint uns das eine ſchlechte Rechnung zu ſein. Die Okkupation des Gebietes würde auf die Dauer ſo koſtſpielig werden, daß eine Kriegsentſchädigung wie ſie etwa geplant wird, doch nur ein Minimum der Okkupationskoſten decken könnte. Denn ohne eine Armee von mehreren hunderttauſend Mann iſt jene Okkupation des erſt zu erobernden Gebietes undenkbar.

So gelangt man denn bei nüchterner Erwägung der Lage zum Schluß, daß Japan die Mittel nicht hat, einen Friedensſchluß zu

erzwingen, der über die Grenzen des status quo von heute hinausgeht, am wenigsten aber die Möglichkeit, den Russen eine Kriegskontribution aufzudrängen, welche nicht zu zahlen sie fest entschlossen sind. Endlich wird, sobald Japan wirklich russischen Boden sich zu eigen macht, wie das Amurgebiet es heute auch national ist, der bis heute so unpopuläre japanische Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach populär werden.

Rußland kann den Krieg aufhören lassen, sobald es seine Truppen aus der Mandschurei zurückzieht, ohne sich dadurch erheblichen Unbequemlichkeiten auszusetzen. Um Frieden zu bitten braucht es jedenfalls nicht. Es ist an keinem Lebensnerv getroffen, und auch sein Handel dürfte dabei wenig oder gar nicht leiden. Der sibirische Handel ist Landhandel und kann es ohne wirkliche Schädigung noch geraume Zeit bleiben. Den Gedanken aber, die Straßen, die Handelshäfen für alle Zukunft zu sperren, kann Japan gar nicht fassen, da er durch den Protest aller handeltreibenden Nationen sofort gebrochen werden müßte.

Fassen wir diese Erwägungen zusammen, so ergibt sich wohl, daß man die politische Lage Rußlands viel zu schwarz malt. Einen Frieden um jeden Preis braucht Rußland nicht zu schließen, und recht betrachtet, hat Japan allen Grund, das allergrößte Entgegenkommen zu zeigen, wenn es dauernden Gewinn von seinen Siegen heimbringen will. Die Schwäche Rußlands liegt in der inneren, nicht in der äußeren Lage, aber es mehren sich die Anzeichen, daß auch da eine Wandlung sich vorbereitet. Doch davon zu reden behalten wir uns für unsere nächste Betrachtung vor. Für den Augenblick ist es von größerem Interesse, gewisse auswärtige Preßstimmen etwas näher zu beleuchten.

In dem „Eclaire", einem nationalistischen Konkurrenzblatt des „Matin", finden wir einen Leitartikel von Ernest Judet, einem Journalisten, der seinerzeit viel von sich reden machte. Es will immerhin etwas sagen, wenn Fürst Bismarck und Papst Leo XIII. sich von ihm haben interviewen lassen, das ist nicht jedermann gelungen. Auch in der russischen Botschaft zu Paris war er als Redakteur des „Petit Journal" ein vielgesehener Gast, leidenschaftlicher Anhänger der alliance franco russe und unser entschlossener Feind. Aber Judet hat den großen Vorzug, zu sagen, was er denkt. Meist

sehr leidenschaftlich, aber wahrhaftig, so wie er im Augenblick empfindet. Auch läßt sich ihm Beobachtungsgabe nicht absprechen, und die Strömungen der öffentlichen Meinung Frankreichs hat er meisterhaft geschildert.

Der Leitartikel, den wir im Sinne haben, führt die Überschrift: „Zwischen Europa und Asien." Er geht mit einigen bösen Seitenhieben auf Herrn Delcassé, dessen Freund er nicht ist, zunächst auf den Besuch des Königs von Spanien ein. Das sei recht erfreulich, aber doch von geringer Bedeutung, denn Spaniens Macht sei nur gering. Frankreich aber, das ein „Herr der Stunde" gewesen, sei heute durch die Schwächung seines Bundesgenossen und durch die Wunden gelähmt, die man seiner Armee geschlagen habe. Nach dieser Anspielung auf die „affaire des „fiches" geht er dann in medias res.

„Es wäre lächerlich — schreibt er — wenn wir leugnen wollten, daß der Sieg Japans uns trifft und uns direkt in Mitleidenschaft zieht. Wir haben dem Konflikt ferngestanden, obgleich die Partei, welche gegen das Zusammenstehen von Republik und Autokratie deklamiert, die offizielle Verbindung soweit lockerte, daß unsere Bundestreue bedenklich und unsere Anwendung der Neutralitätsbedingungen verdächtig erschien. Diejenigen, welche aus Haß gegen Rußland den Triumph den Gelben wünschten, stehen am Ziel: ihr Triumph ist vollkommen. Die Schlacht bei Tsushima hat die Japaner von aller Sorge um ihre Verbindungen zur See befreit, so daß die Admiralität von Tokio, die mit ihren Geheimnissen so vorsichtig ist, jetzt ostentativ die Namen der Schiffe kundgibt, die 1904 verloren wurden. Bis zur Stunde hatten die bestunterrichteten Zeitungen und Agenturen davon nichts in Erfahrung gebracht.

„Jetzt kommt es darauf an, was die Staatsmänner in Petersburg tun werden, ob sie ihr kaltes Blut und die traditionelle Festigkeit der Erben Peters des Großen bewahren werden, der Karl XII. und Napoleon unterlagen. Jenseits von Charbin zum Baikalsee hin arbeitet der Raum offenbar für den Verteidiger, ganz wie 1812 . . . Es ist, wie Clausewitz, der vornehmste aller Kriegstheoretiker sagt: Es gibt Kriege, in welchen der Sieger nicht in der Lage ist, seinen Gegner völlig niederzuwerfen, und häufig, ja sogar meist, erreicht der Sieg einen Grenzpunkt, den er nicht mehr überschreiten kann."

„Wir werden bald erfahren, ob Marschall Oyama an diesem Grenzpunkt zusammenbricht, oder ob Linewitsch, gleich unglücklich wie Kuropatkin, die wirkliche Barriere, an welcher die gelbe Flut zum Stehen gebracht wird, weiter rückwärts suchen muß. Welches immer der Ausgang sei, ob der Friede unterzeichnet oder der Krieg bis zum äußersten fortgesetzt wird, jedenfalls erhebt sich Asien gegen Europa. Wäre die europäische Gemeinschaft kein leeres Wort, keine Chimäre, so hätte das Reich der aufsteigenden Sonne Rede und Antwort zu stehen. Aber es besitzt auf unserem alten Kontinent, unter den christlichen Staaten, einen kostbaren und skrupellosen Alliierten, der Japan und noch mehr sich selber zu nutz handelte, und der entschlossen ist, sie (die Japaner) noch mehr für seine ferneren weiten Pläne auszunutzen. Dieser Alliierte ist England, dessen Egoismus stärker ist als alle Pflichten der Solidarität, der Rasse und der Religion, das sich stets vom europäischen Interesse getrennt hat, um mit fliegenden Fahnen zum Feinde überzugehen, dem es die Aufgabe übertragen hat, Rußland zu besiegen und es auf 25 Jahre zu schwächen.

„So lange Japan noch unbekannt oder gezügelt war und seine kriegerische Überlegenheit noch nicht durch den Glanz eines drohenden Ehrgeizes, durch eine magnifique Flotte und 500000 Bajonette bekundet war, hatten wir das Recht, phantastische und widerspruchsvolle Beziehungen anzuknüpfen und gleichzeitig Alliierte Rußlands und Freunde Englands zu sein. Dieses Paradoxon aber wurde mehr und mehr absurd, und bald werden wir in die Lage kommen, eine Wahl zu treffen, die Herrn Delcassé in sonderbare Verlegenheit setzen dürfte.

„Die Geschicklichkeit Englands, dem unser trauriger Minister des Äußern dienstbar ist, kompliziert den in Asien begangenen Fehler noch durch ein Mißverständnis in Europa. An Englands Seite werden wir zur Hilfstruppe Japans, und zugleich laufen wir Gefahr, mit Deutschland in Krieg zu geraten. Dank dem illusorischen Marokkovertrage hat es uns das Übelwollen Deutschlands zugezogen, so daß wir vor der Aussicht stehen, im englischen Spiel als Soldaten Eduards VII. gegen den König von Preußen zu dienen.“ England werde jetzt, da die russische Flotte nicht mehr existiere und Togo seine Aufgabe in Ostasien erfüllt habe, dem Willen eines Teiles der

englischen Presse gehorchend, seine verstärkten Flotten in der Nordsee konzentrieren und dann werde der Augenblick kommen, der den Konflikt zwischen der englischen und deutschen Marine bringen müsse. Die Konservativen in England hätten nur Aussicht, sich zu behaupten, wenn sie die nationalen und imperialistischen Instinkte des Volkes überhitzten. So sei der Gedanke, der heute in England alle anderen überwiege, „das gepanzerte Spielzeug" des Kaisers zu zerbrechen. „Da der Sieg der Japaner ihren europäischen Verbündeten jetzt einen herrlichen Trumpf bietet, ergreift sie die Ungeduld. Sie wollen schnell und stark zuschlagen, um Kiel zu zerstören und Hamburg zu verbrennen. Das ist der Grund, weshalb Eduard VII. sich bemüht, die Erinnerung an 1870 wieder wachzurufen und unsere Revanchelust zu karessieren, und das ist der Grund, weshalb Wilhelm II., der das Gewitter vorempfindet, auch einen Druck auf die Leitung der französischen Angelegenheiten ausüben will. So aber wird der deutsch-englische Konflikt, der nicht ausbleiben wird, die große Frage fälschen, die allein gestellt werden dürfte: Europa und Asien! Dank den wunderlichen Kombinationen des Herrn Delcassé liegen wir geknebelt zwischen Europa und Asien. Wollen wir mit Europa gehen, so verlangt Deutschland von uns, daß wir uns von England trennen, England aber fordert uns auf, mit Deutschland zu brechen, und zwar für Rechnung und Vorteil Englands, Japans nicht zu vergessen. Die Weigerung des Sultans von Fez, unsere Reformprojekte anzunehmen, sein formeller Antrag auf eine europäische Konferenz in Tanger, zeigen, daß Marokko deutschen Ratschlägen folgt. England aber begnügt sich, platonisch uns zu erklären, daß es uns in dieser Sackgasse unterstützen werde; wir werden aber dort denselben Gegner finden, wie in Straßburg und Metz. Niemals hat Frankreich eine grausamere, beängstigendere Entscheidung treffen müssen. Die Diplomatie, die uns diesen Weg des Verderbens geführt hat, ist nicht nur ungeschickt, sondern verbrecherisch. Wir müssen europäisch bleiben gegen Asien, und folglich müssen wir wissen, daß die perfiden Geschenke Englands das größte Unheil bringen, Demütigungen oder Katastrophen. Aber wenn ihr Europäer bleiben wollt, um welchen Preis ist es möglich? Und doch müssen wir wählen."

Damit schließt Herr Judet. Ohne uns seine, immerhin beachtenswerte Argumentation anzueignen, wollen wir doch anerkennend her-

vorheben, daß er den Ernst der Lage verstanden hat. Die Verhältnisse liegen allerdings so, daß Frankreich seit seinem Akkord mit England ein Werkzeug der britischen Politik gewesen ist, und daß, wenn Frankreich weiterhin sich zum Werkzeug gegen uns benutzen lassen sollte, uns nichts anderes übrig bleibt, als alle sich daraus ergebenden Konsequenzen mit Nachdruck und voller Anstrengung unserer Kräfte zu ziehen, solange es noch an der Zeit ist. Darüber ist in Deutschland nur eine Stimme.

Aber wir meinen, daß Frankreich aus der „Sackgasse", in der es sich befindet, in allen Ehren hinauskommen kann, sobald es auf den Boden der Verträge zurücktritt und sich nicht auf den höchst gefährlichen Boden stellt, den der „Temps" in seiner letzten Betrachtung über die marokkanischen Angelegenheiten eingenommen hat. Der Artikel, den wir im Sinn haben, datiert vom Sonntag. Er gibt Herrn Delcassé rücksichtslos preis, stellt aber die bedenkliche Theorie auf, daß die 1200 km Grenze, an denen Algier und Marokko aneinander stoßen, den Franzosen das Recht auf die pénétration pacifique geben, die sie beanspruchen. Dadurch gewinne Frankreich Rechte und Waffen (des droits et des armes) gegen die niemand aufkommen könne. „Et forts de cette situation unique nous pouvons dire à Abdel Aziz: „Qui je défends est maître". Solch einer Politik steht der Weg offen, und wenn wir sie aufnehmen, wird die verlorene Zeit bald wieder gewonnen sein." Mit Verlaub, dieser Weg steht nicht offen, weil er in flagrantem Widerspruch zum Madrider Vertrage vom 3. Juli 1880 steht. Der Artikel 17 dieses Vertrages sagt: „Das Recht auf die Behandlung als meistbegünstigte Nation wird seitens Marokkos allen auf der Konferenz von Madrid vertretenen Mächten anerkannt." Beteiligt an dieser Konferenz waren Marokko, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Portugal, Schweden und Norwegen, Spanien, Vereinigte Staaten von Nordamerika. Sie alle werden durch eine Sonderstellung Frankreichs beeinträchtigt, und nur durch einhellige Zustimmung aller könnte Frankreich diese Sonderstellung erlangen. Da nun Deutschland entschlossen ist, sein Anrecht auf Meistbegünstigung nicht preiszugeben, ist jene Sonderstellung für Frankreich eben nicht zu haben. Ob die vom Sultan vorgeschlagene Konferenz zu stande kommt oder nicht, könnte uns unter diesen Um-

ständen gleichgültig sein, wenn nicht gerade wir, schon um des Friedens willen, den Franzosen einen Ausweg aus der Sackgasse offen lassen wollten. Auf einer Konferenz der Signatarmächte brauchte Frankreich nicht vor dem Protest Deutschlands, sondern nur vor der allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundlage, die den europäischen Beziehungen zu Marokko als Fundament dient, einen Rückzug anzutreten, der keine Demütigung in sich schließen kann, weil er eine irrtümliche Auslegung einer Rechtsfrage anerkennt.

Daß Deutschland nicht zurück kann, liegt dagegen klar zutage. Es verteidigt ein gutes Recht, das Frankreich durch ein brutales fait accompli meinte beseitigen zu können, das aber duldet kein Staat, der seinen Schild blank zu erhalten entschlossen ist.

8. Juni. Deutschland erklärt sich bereit, an einer Marokkokonferenz teilzunehmen. Lowther wird an Gullys Stelle zum Sprecher des englischen Unterhauses gewählt.
9. Juni. Präsident Roosevelt leitet Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Japan ein.
12. Juni. Antisemitische Ausschreitungen in Brest Litowsk.
13. Juni. Konstituierung des Ministeriums Fejervary in Ungarn. Ermordung des griechischen Ministerpräsidenten Delyannis.

14. Juni 1905.

Seit wir unsere letzte Betrachtung über die politische Lage zum Abschluß brachten, ist eine Reihe wichtiger Ereignisse eingetreten.

Zunächst und vor allem: ganz Rußland hat von der Vernichtung des Roshéstwenskischen Geschwaders gehört und die Nachricht so ruhig hingenommen, daß einer der Publizisten der „Nowoje Wremja" es für notwendig befunden hat, seiner Empörung über die gleichgültige Haltung des Petersburger Publikums in einem fulminanten Leitartikel Ausdruck zu geben. Nun fehlt es ja nicht an Entschuldigungen, um dieses Verhalten zu erklären. Man hat die Katastrophe im Grunde erwartet, ist nach der langen Kette von Mißgeschicken, die Rußland seit $1\frac{1}{2}$ Jahren getroffen haben, abgestumpft und glaubt nicht daran, daß diese Verluste im fernen Osten die Weltstellung Rußlands ernstlich gefährden können. Dagegen glaubt man nunmehr den heiß ersehnten Frieden in greifbarer Nähe aufsteigen zu sehen, und darauf, nicht auf die schmerzlichen Verluste der Schlacht bei Tsushima, richten sich die Gedanken. Der Friede aber soll die Reformen bringen. Schon geht die Nachricht von Mund zu Munde, daß jener Semski Sjobor, von dem man alles Heil erwartet, wirklich und wahrhaftig vom Zaren genehmigt sei. Zwar nicht in der Form, wie die radikalen Heißsporne ihn wünschen, sondern — und das erscheint uns als der einzig vernünftige Weg — als Krönung des von Alexander I. geplanten und von Alexander II. zur teilweisen Ausführung gebrachten Vertretungssystems: auf Grund des Wahlgesetzes, aus dem die heute bestehenden Kreis- und Gouvernementslandschaftsversammlungen hervorgegangen sind, eine allgemeine Reichsvertretung, oktroyiert von der Regierung, nicht vorgeschrieben von dem wider-

ſpruchsvollen Willen all der zahlloſen Verſammlungen, die mit ihren Reſolutionen, in faſt drohendem Ton, an den Zaren herantraten. Eine Reichsvertretung, gossudarstwennaja Duma, die, ohne auf dem allgemeinen geheimen Stimmrecht zu ruhen, doch eine wirkliche Volksvertretung iſt, und auf Grund geſicherter Befugniſſe eine ähnliche Aufgabe löſen ſoll, wie ſie heute den abendländiſchen Parlamenten zuſteht: mehr nach deutſchem als nach franzöſiſchem Muſter: das war allerdings nach allem, was geſchehen iſt, unerläßlich, und wir werden nicht anſtehen, ſie als einen durchgreifenden Fortſchritt freudig zu begrüßen. Es kann jetzt ja auch nicht mehr zweifelhaft ſein, daß die Verkündigung einer ruſſiſchen Habeas corpus Akte folgen wird. Sie iſt gleich notwendig, aber wir geben zu, daß die Herſtellung der ſtaatlichen Ordnung vorausgehen muß. Die Ernennung des Generals Trepow zum Gehilfen des Miniſters des Innern, mit Funktionen, die ſich wohl am treffendſten als die eines Reichspolizeiminiſters charakteriſieren laſſen, ſcheint dieſer Erwägung ihren Urſprung zu danken. Alles hängt daran, ob er der Mann iſt, dieſe Aufgabe zu löſen. Ein ruſſiſches Parlament, in einem vom Aufruhr durchwühlten Lande, wäre eine Vergrößerung, nicht eine Minderung der ohnehin ſchweren Sorgen, mit denen Rußland abzurechnen hat. Ob, wie behauptet wird, auch die Abſicht beſteht, in der Perſon Wittes einen Reichskanzler an die Spitze der Zentralregierung zu ſtellen, läßt ſich noch nicht mit Sicherheit erkennen. Aller Wahrſcheinlichkeit nach dürfte davon erſt die Rede ſein, nachdem General Trepow ſeine Aufgabe gelöſt hat, ſonſt ſtänden zwei notwendig miteinander konkurrierende Mächte nebeneinander. Überhaupt iſt die Lage im Innern noch zu unklar, um Schlüſſe auf die Zukunft zu erlauben. Die Verhältniſſe liegen ſo eigentümlich, daß wir weit mehr die radikalen Stimmen, als die der beſonnenen Reformer hören. Wir hoffen daher, daß die wilden Gerüchte, die umherſchwirren, mehr auf abſichtliche Übertreibungen als auf Wirklichkeit zurückzuführen ſind. Und darin beſtärkt uns die jetzt zur Tatſache gewordene Anknüpfung direkter Verhandlungen zwiſchen Rußland und Japan über einen möglichen Frieden.

Die Geſchichte wird es einmal dem Präſidenten Rooſevelt hoch anrechnen, daß er es verſtanden hat, dieſe Annäherung herbeizuführen; nicht als ein Vermittler, der dadurch einen Vorteil für ſich

herauszuschlagen bemüht ist, sondern in uneigennütziger Absicht, um des Friedens willen, ohne Nebengedanken. Es ist bekannt, daß die deutsche Diplomatie genau in gleichem Sinne tätig gewesen ist, aber es lag in der Natur der gegenwärtigen politischen Konstellation, daß die Initiative den Vereinigten Staaten von Nordamerika gehören mußte, und wir haben sie ihnen neidlos überlassen. Der ungeheuere Unterschied zwischen dem Vorgehen Roosevelts und den gleichzeitigen Bemühungen Englands und Frankreichs liegt darin, daß die letzteren als Vermittler und dabei als Bundesgenossen einer der kriegführenden Mächte auftraten, was hüben wie drüben eine falsche Situation geschaffen hätte. Jetzt stehen beide, Rußland und Japan, einander direkt gegenüber, und wenn in der Mandschurei auch die kriegerischen Operationen noch weitergehen, läßt sich doch hoffen, daß sie bald unterbrochen werden. Zugeständnisse und Forderungen werden sich miteinander messen, die Tatsachen des Augenblicks und die Möglichkeiten der Zukunft werden abzuwägen sein, denn auch die letzteren bedeuten einen Machtfaktor, der nicht ungestraft unberücksichtigt bleibt. Gewiß kann die Entscheidung nicht von heute auf morgen erfolgen, aber ebenso gewiß heißt es hier: Je früher, je besser.

Das zweite wichtige Ereignis, bei dem wir eingehender verweilen müssen, wird für die große Masse durch das Schlagwort: Rücktritt Delcassés bezeichnet. Aber damit ist entweder zu viel oder zu wenig gesagt. Am richtigsten wäre von einer Wendung in der Marokkofrage zu reden, die in günstigstem Sinne angebahnt, aber noch keineswegs erledigt ist. Es ist ganz zutreffend, wenn man den jetzt gefallenen französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Delcassé, mit der Politik identifizierte, die Deutschland nötigte, sein Veto der beabsichtigten „Tunisierung" Marokkos entgegenzusetzen. Aber die Delcassésche Marokkopolitik war nicht mehr als ein an die große Öffentlichkeit getretenes Symptom eines politischen Systems, das eine direkt deutsch-feindliche Spitze hatte. Es handelte sich um eine Isolierung Deutschlands, dem man seine Bundesgenossen von der Tripelallianz abspenstig zu machen bemüht war, um, mit einem deutsch-feindlichen Rußland als Reserve und mit dem auf englischen Boden übertragenen französischen Revanchegedanken als Bundesgenossen, eine Kombination herbeizuführen, die bestimmt war, das Deutsche Reich in eine Stellung zurückzudrängen, wie sie vor dem

Frankfurter Frieden bestand. Es war die Erweiterung des Planes, der zur russisch französischen Allianz geführt hatte und in seinen Vorstadien in die Jahre 1891 bis 1894 fiel. Damals wollte man die angebliche Bedrohung Rußlands durch Deutschland dem französischen Revanchegedanken dienstbar machen, und uns durch den drohenden Krieg mit zwei Fronten niederhalten und im geeigneten Augenblick niederwerfen. Wir richteten uns auf den Krieg mit zwei Fronten ein und infolgedessen kam er nicht. In Rußland schwand allmählich die Wahnvorstellung von der deutschen Gefahr, aufrecht erhalten nur noch von Publizisten, hinter denen, wie wir heute wissen, weder die Regierung noch die Nation stand. Wohl aber hielt man in Rußland an jener französischen Allianz fest, weil sie, wie sich bald herausstellte, überaus nutzbar war, und nicht Rußland an Frankreich, sondern Frankreich an Rußland band. Herr Delcassé hat das alles durch sein „System" ändern wollen. Als die ostasiatische Frage auftauchte, erkannte er ganz richtig, daß auf eine gegen Deutschland gerichtete politische oder gar militärische Aktion Rußlands nicht mehr, oder doch für längere Zeiträume nicht mehr, zu rechnen sein werde, jedenfalls nicht für die Spanne Zeit, die einem französischen Minister des Auswärtigen beschert zu sein pflegt. So folgte die von langer Hand vorbereitete Schwenkung in das englische Lager hinüber und die neue vom Quai d'Orsay ausgegebene und von den englischen Preßkonsortien mit unerhörtem Jubel aufgenommene Losung, die große politische Kombination der Zukunft sei die französisch-englisch-russische Tripelallianz. Wir haben die Geschichte dieser „großen Idee" erzählt. (Deutschland und die große Politik I S. 185 sq., II 38, 114 sq., III 145 sq., IV 47, 53 sq.). Sie reicht bis in das Jahr 1901 zurück und hat auch heute noch ihre eifrigen Verfechter, aber naturgemäß konnten wir nur die an die Öffentlichkeit tretenden Erscheinungen verfolgen. Die Geheimgeschichte jener großen Verschwörung bleibt einem Geschichtsschreiber der Zukunft vorbehalten. Er wird dabei die großen englischen Preßtrusts, Zeitungs- und Telegraphenagenturen, und die von ihnen zum Quai d'Orsay hinüberleitenden Fäden genau verfolgen und dabei sorgfältig den Kampf der heute in England regierenden Gruppe im Auge behalten müssen. Die Tatsache, daß sie, um sich zu behaupten, England mit dem Schrecken einer drohenden deutschen Invasion ängstigte, wurde für Herrn Del-

caſſé ein mächtiger Hebel zur Bewältigung der Schwierigkeiten, die ſich der Durchführung ſeiner Pläne entgegenſtemmten. Zu Anfang 1904 ſchien er am Ziel ſeiner Wünſche zu ſtehen. Mit England kam jenes berühmte Abkommen zuſtande, das für alle Zukunft jede politiſche Schwierigkeit zwiſchen beiden Mächten aus dem Wege räumen ſollte und Frankreich außerdem Marokko zu ungenierter Ausbeutung für die Gegenwart und zur politiſchen Abſorbierung für die Zukunft überließ. Da Rußland, dem man verſprach, England vom japaniſchen Kriegsſchauplatze fernzuhalten, und das damals noch voll Vertrauen dem eben aufgenommenen Kriege entgegenblickte, nicht direkt widerſprach, glaubte Herr Delcaſſé ſeiner Sache ſicher zu ſein, und ohne ſich weiter um die anderen an der marokkaniſchen Frage beteiligten und intereſſierten Mächte zu kümmern, ging er friſch und fröhlich ans Werk. Begann auch, je länger je mehr, die Ausſicht zu ſchwinden, daß Rußland ſich für ſeine Pläne werde ausnützen laſſen, ſo blieb ihm ſeine engliſche Kriegspoſaune für den Fall, daß Deutſchland wagen ſollte, unbequem zu werden. Nicht nur die engliſche Preſſe, auch aktive engliſche Staatsmänner, Admirale und Generale riefen ihrer Nation zu, daß es unerläßlich ſei, über Deutſchland herzufallen und ſeine Flotte zu vernichten, um einer drohenden Invaſion Deutſchlands zuvorzukommen. Das hat noch jüngſt Lord Edmund Talbot in Chicheſter getan, wo er um einen Sitz im Parlament kandidiert. „Der geringſte Beweis der Schwäche bei unſerer Regierung, — ſo ſagte er — und der lange beſprochene Einfall in unſer Land kann jeden Augenblick eintreten, und wir können dann ſehen, wie die deutſchen Truppen in Littlehampton und Gelſay ans Land ſteigen. Das Auftreten einer liberalen Regierung würde beinahe mit Sicherheit eine ſolche Unternehmung herbeiführen.“ Zeigt der Schlußſatz auch nur allzu deutlich das Motiv dieſer unſinnigen politiſchen Erfindungen, ſo ſteht doch feſt, daß ſie in der engliſchen Nation Wurzel gefaßt haben und daß bei der erſtaunlichen Unwiſſenheit, die in den großen Maſſen der engliſchen Bevölkerung über deutſche Verhältniſſe herrſcht, der ehrliche Glaube an eine wirkliche Gefahr beſteht. Das wußte auch Herr Delcaſſé und darauf hat er ſeine Rechnung geſtellt. Deutſchland werde im Hinblick auf die drohende engliſche Gefahr nicht wagen, Frankreich, dem Verbündeten Englands, entgegenzutreten, und ſo werde die marokkaniſche

Artischocke sich in aller Ruhe verzehren lassen. Wurde aber einmal die englische Drohung Wirklichkeit, und die deutsche Flotte — wie man ja in England nicht zu bezweifeln scheint — durch die englische zerstört, wie mächtig stand dann Frankreich da, und welche Aussichten boten sich ihm für die Zukunft!

Wir glauben nicht in dieser Konstruktion auch nur um Haaresbreite von der Wirklichkeit der Delcassé'schen Ideen und Pläne abgewichen zu sein. Aber sie schlossen zwei grobe Fehler in sich. Einmal erwies sich jenes: ils n'oseront pas! mit dem er die Einwürfe weiter blickender Staatsmänner zurückgewiesen haben soll, als ein Irrtum. Ils ont osé. Als Kaiser Wilhelm am 31. März seinen Einzug in Tanger hielt, war damit entschieden, daß Frankreich sein angemaßtes Vorrecht auf Marokko nicht durchsetzen werde und daß St. René Taillandier dem Sultan eine Unwahrheit gesagt hatte, als er behauptete, im Namen Europas zu reden.

Das zweite aber war, daß er sich täuschte, wenn er annahm, daß ein deutsch-englischer Krieg nur eine Gefahr für Deutschland bedeute. Deutschland kann einen solchen Krieg, der, wie wir gesehen haben, in seinem Ursprung Frankreich zu verdanken wäre, nicht anders führen, als in Frankreich. Darüber gibt es in Deutschland nicht zwei verschiedene Meinungen. Wir meinen, daß man sich darüber auch bei unseren Nachbarn nicht täuscht, und der Sturz Delcassés könnte dafür wohl als Beleg aufgeführt werden. Aber an sich kann uns dieser Sturz des Mannes absolut gleichgültig sein. Nicht gegen ihn hat sich unsere Aktion gerichtet, sondern gegen das von ihm vertretene System. Wir sehen aber nicht, daß ein Systemwechsel erfolgt sei. Geändert hat sich der Ton der französischen Presse, und auch das nur zum Teil, geändert die Form der Verhandlungen, die wir mit dem Quai d'Orsay pflegen, so weit wenigstens, als sich aus dem dürftigen Material schließen läßt, das an die Öffentlichkeit gelangt ist: aber wir haben nicht gefunden, daß Frankreich das Delcassé'sche System preisgegeben hätte.

Es läßt sich schon jetzt vorhersehen, daß an dem Widerspruch Frankreichs und Englands die von dem Sultan von Marokko vorgeschlagene Konferenz, deren Zusammentreten wir befürwortet haben, vielleicht scheitern wird. Frankreich hält an dem Plan der pénétration pacifique fest und macht mit scheinbarem Recht die Unsicher-

heit geltend, die heute Leben und Eigentum der Nichtmarokkaner wie der Marokkaner selbst gefährdet. Die eben eingetroffene Nachricht von der Ermordung eines Engländers, des Vizekonsuls Madden in Mazagan, kann als neuer Beleg für die französische Auffassung dienen. Aber dabei scheint man in Paris zu übersehen, daß Frankreich kein Mandat hat, um Europa zu vertreten, und das jede Macht, die ihr eigenes Ansehen lebendig erhalten will, berufen ist, auch selbst ihr gutes Recht zu wahren. Was aber einen anderen jetzt gleichfalls auftretenden Gedanken betrifft, daß Deutschland auf Kosten des Sultans mit Frankreich gleichsam akkordieren und ein Stück marokkanischen Gebietes aus französischen Händen entgegennehmen sollte, um als Gegendienst Frankreichs Sonderstellung anzuerkennen, so ist an diese Kombination natürlich nicht zu denken. Deutschland hält mit aller Entschiedenheit an der Tatsache fest, daß der Sultan souverän ist, und wenn es irgendwo auf marokkanischem Boden Pflichten auf sich nehmen und dagegen Rechte erlangen sollte, so könnte das nur aus der souveränen Initiative des Sultans selbst geschehen. Jede andere Auffassung der Lage arbeitet mit Fiktionen, die wir nicht anzuerkennen gesonnen sind.

Wir möchten in diesem Zusammenhange einer anderen Fiktion entgegentreten, mit der heute operiert wird. Es heißt, die russischen Niederlagen hätten das politische Gleichgewicht gestört. Nichts ist falscher. Vielmehr hat ein politisches Gleichgewicht schon lange nicht mehr bestanden. Wir haben eine englische Übermacht zur See, eine russische Übermacht im Orient, eine französisch-englische in Afrika, die Übermacht Deutschlands auf dem europäischen Kontinent, die heute wieder in ihr Recht tritt, aber wurde künstlich niedergehalten. Sie ist, nachdem sie einmal nach langer, gleich künstlicher Lähmung sich Anerkennung ihrer nationalen und historischen Grenzen erzwang, eine ruhende Macht gewesen, die nur mit geistigen Mitteln, im Wettbewerb der Völker, auf Erschließung der Welt, unter Wahrung des Prinzipes der offenen Tür, sich geltend gemacht hat. Sie hat im Hinblick auf die Gegnerschaft, die ihr überall erstanden ist, ihre Rüstung nicht rosten lassen und weiß heute was sie vermag. Aber gewiß suchen wir nicht den Krieg, und es kommt uns fast lächerlich vor, es sagen zu müssen. Nur dagegen wollen wir nachdrücklich Protest einlegen, daß unsere Friedensliebe als ein Faktor in der Rechnung anderer

so figuriert, daß darüber vergessen wird, daß wir allezeit bereit sind für unser gutes Recht einzustehen. Man hat neuerdings angefangen, viel mit großen Worten zu agieren und durch den Schein einer zu allem fähigen Entschlossenheit politisch zu drücken — im Englischen hat man dafür sogar einen technischen Ausdruck „to bluff" —, wir können davor nur warnen, die Worte könnten ernst genommen werden.

Die dritte Tatsache, auf die wir eingehen müssen, ist der Bruch zwischen Schweden und Norwegen. An sich wird dadurch in der allgemeinen Weltlage kaum etwas geändert. Das formelle Recht steht wohl ohne allen Zweifel auf schwedischer Seite, und völkerrechtlich ist Norwegen heute nichts anderes als eine rebellische schwedische Provinz. Aber nichts ist unwahrscheinlicher, als daß die Konsequenzen aus dieser Tatsache gezogen werden. Ein Krieg Schwedens gegen Norwegen, gegen dessen Berechtigung sich nichts einwenden ließe, wird schwerlich stattfinden. Vielmehr läßt sich erwarten, daß auch dieses letzte Zusammenbrechen der Wiener Verträge, von Schweden, und danach auch von den übrigen Mächten, anerkannt werden wird. In Norwegen spricht man viel von einer Stellung absoluter Neutralität, die man behaupten wolle. Man scheint darin ein moralisches und politisches Ideal zu sehen. Aber darüber läßt sich streiten, schon weil darin ein Verzicht auf eigenen Willen liegt, und wer sich in dieser Lage befindet, früher oder später einem anderen Willen und nicht immer dem sympathischsten untertan wird. Auch ist es an sich fraglich, ob die Neutralität eines Staates wie Norwegen sich auf die Dauer behaupten läßt. Wir setzen in usum Delphini eine Betrachtung her, die wir in dem Leitartikel des „Standard" vom 10. Juni gefunden haben. „Der Besuch des Königs Alfons (von Spanien) schreibt das Pearsonsche Organ — zeigt, wie weise es ist, daß die Staaten, die am Saume des kontinentalen Europa liegen, in enge Beziehungen zueinander treten. Ihrer Kontrolle gehören die Meeresküsten und sie werden nur indirekt durch die Probleme der mitteleuropäischen Diplomatie berührt. . . . Die Allianz großer Kontinentalmächte mit Armeen, die nach Millionen zählen, ist nicht von erster Wichtigkeit für uns, dagegen ist das Wohlwollen von Staaten, die mehr durch ihre Lage als durch materielle Kraft hervorragen, von der größten Wichtigkeit. Die Unabhängigkeit und das Gedeihen von Spanien, Portugal, Holland und Belgien sind britische Interessen

ersten Ranges. (Wir bemerken in Parenthese dazu, daß dieses gerade die Staaten sind, auf deren Kosten vornehmlich England sich vergrößert hat, als 5te käme dann Frankreich hinzu.) Für die Vorteile, welche uns die Macht Spaniens bietet, können wir wesentliche Gegendienste leisten. Die Kriegsschiffe, welche heute dem Könige den Abschiedsgruß geben werden, garantieren die überseeischen Besitzungen und Interessen Spaniens (NB. etwas spät) und die Unverletzlichkeit seiner Küsten (NB. die niemand bedroht.) Sind aber die Küsten gesichert, so hat Spanien einen auswärtigen Feind wenig zu fürchten. (NB. Napoleon I.) Gerade in gegenwärtiger Zeit aber ist der Schutz, den die Seemacht Englands bieten kann, von allergrößter Bedeutung. (NB. vielleicht gegen Frankreich, da schlechterdings unmöglich ist, andere Möglichkeiten zu entdecken.) Die Stunde der Wiedergeburt Spaniens hat, wie wir glauben, geschlagen. Durch die rohe Operation des Krieges ist Spanien Dependenzen losgeworden, die keinen Vorteil brachten, sondern nur seine Kräfte lähmten, jetzt kann es seine Aufmerksamkeit der Entwicklung seiner ungeheueren Naturschätze zuwenden. Die Inseln im Atlantischen Ozean und im Mittelmeer, die bei Spanien geblieben sind, der Fuß, den es auf die Nordküste Afrikas gesetzt hat, das sind natürlich und mit Recht geschützte Besitzungen. Es liegt auch im englischen Interesse, daß sie spanisch bleiben (NB. Gibraltar natürlich nicht). Es gibt keine Wahrscheinlichkeit, die das Gedeihen Spaniens nicht auch zu einem wichtigen Objekt der englischen Politik machen könnte. Kraft seiner Seemacht hält England den Schlüssel des Mittelmeeres in Händen, und so muß es auch in Zukunft tun. Aber es hält ihn als Janitor, nicht für sich allein, sondern für alle Nationen und namentlich für diejenigen, deren Küsten das Mittelmeer berühren." Damit schließt diese doch höchst interessante Ausführung. Man ist geneigt zu glauben, daß der „Standard" vom Abschluß eines englisch-spanischen Schutz- und Trutzbündnisses Nachricht erhalten hat. Oder sollte das alles nichts anderes sein als châteaux d'Espagne?

15. Juni Tod Hermann v. Wißmanns.
17. Juni. Proteste der Warschauer Juden gegen die Bulyginsche Verfassung
19. Juni. Niederlage General Mischtschenkos bei Liaujanwopin. Empfang einer Zemstwo-deputation durch den Zaren. Ansprache des Fürsten Trubetzkois
21. Juni. Rücktritt des Ministeriums Villaverde (Madrid).

21. Juni 1905.

Es scheint, daß wir eine politisch fruchtbare, ich möchte sagen, Glück verheißende Woche hinter uns liegen haben. Die Schatten, die rings am politischen Horizont drohend aufgestiegen waren, zerstreuen sich. Es beginnt wieder licht zu werden und diejenigen, die ihre Hoffnung im Osten auf Herstellung, im Westen auf Erhaltung des Friedens gerichtet hatten, dürften aller Wahrscheinlichkeit nach recht behalten.

Wir wenden uns zunächst dem Osten zu. Die schon in unserer letzten Wochenübersicht charakterisierte Aktion des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat bereits Früchte getragen, die vor acht Tagen noch nicht erwartet werden konnten. Rußland und Japan haben sich bereit gefunden, in direkte Verhandlungen miteinander zu treten. Zum Ort ihrer Besprechungen ist Washington ausersehen, nachdem die anderen in Vorschlag gebrachten Plätze: Paris, eine Stadt in China, zuletzt seltsamerweise auch der Haag, aus naheliegenden Gründen abgelehnt wurden, und es wird sich nun darum handeln, ob zunächst eine Basis für den Abschluß eines Stillstandes gefunden werden kann. Gerade diese Frage ist von grundlegender Wichtigkeit, denn die Armeen von Linewitsch und Oyama sind bereits in der Vorbereitung zu einer neuen Riesenschlacht begriffen, die, wenn sie, was wir nicht hoffen wollen, stattfinden sollte, die Friedensaussichten mindern, nicht steigern müßte. Denn nimmt man einen Erfolg Japans an, so ist zu erwarten, daß die japanischen Friedensbedingungen noch härter werden, als sie, wenn die umlaufenden Gerüchte wahr sagen, schon jetzt sein sollen, während ein russischer Sieg die japanischen Erfolge, die in der langen Reihe der vorausge

gangenen Schlachten errungen wurden, nicht mit einem Schlage zu nichte machen kann. Vielmehr müssen wir annehmen, daß dann der Druck der öffentlichen Meinung in Rußland wie in Japan eine Fortsetzung des Kampfes zur Notwendigkeit machen würde, ohne daß ein Ende sich mit Sicherheit voraussehen ließe. Die von Linewitsch und 28 seiner Generale unterzeichnete Eingabe an Kaiser Nikolaus II., die in französischen Blättern veröffentlicht wurde und ungemein zuversichtlich die Entscheidung durch eine neue Schlacht fordert, ist, wie die „Nowoje Wremja" nachweist, wahrscheinlich apokryph, da einige der unterzeichnenden Generale notorisch nicht in der Mandschurei, sondern in Petersburg sind, und auch die militärischen Chargen anderer falsch aufgeführt werden. Dagegen scheint es richtig, daß die russische Armee in der Tat kriegslustig und kriegstüchtig ist. Da die Japaner naturgemäß in gehobener Stimmung sind und schwerlich anzunehmen ist, daß der ebenso vorsichtige wie kühne Feldmarschall Oyama nun plötzlich versagen sollte, wird man im Interesse des jetzt jedenfalls möglichen Friedens nur wünschen, daß die Schlacht überhaupt vermieden werde. Es ist aber Aussicht vorhanden, daß es dem Präsidenten Roosevelt gelingt, die Oberkommandierenden beider Gegner zu persönlichen Besprechungen zusammenzubringen. Gelingt ihm das, und ist ein Stillstand die Folge, so kann der Friede als gesichert betrachtet werden, und die Friedenspolitik des Präsidenten hätte eine neue glänzende Bestätigung gefunden. Man wird im Hinblick auf seine Haltung in der ostasiatischen wie in der marokkanischen Frage an das Mißtrauen erinnert, mit dem Amtsantritt und Wiederwahl des Präsidenten begrüßt wurden. Es war ganz wie beim Regierungsantritt Kaiser Wilhelms. Man fürchtete, daß ein mächtiger Einfluß in die Hände eines kriegslustigen Ehrgeizes gefallen sei. Aber wie Kaiser Wilhelm ist auch Präsident Roosevelt ein Friedensfürst geworden, ohne darum die Pflichten zu vernachlässigen, die einem Staatsoberhaupte gebieten, sein Vaterland stark und aktionsfähig zu erhalten. Man kann den Gegensatz zwischen seiner Politik und derjenigen, welche die Organe der öffentlichen Meinung Englands aufbringen möchten, gar nicht schärfer bezeichnen, als durch den von uns schon mehrfach hervorgehobenen Grundsatz, dem Präsident Roosevelt im November 1904 bei Enthüllung des Denkmals Friedrichs des Großen in Washington Ausdruck gab.

„Das Gedeihen eines Volkes", sagte er, „hat normalerweise für die anderen Nationen nicht die Bedeutung einer Bedrohung, sondern einer Hoffnung!"

Die englischen Politiker, von der „National Review" zur „Times" und „Army and Navy Gazette", von dem Civil Lord Lee zu Lord Talbot und ganz neuerdings zu Lord Fitzgerald, haben die entgegengesetzte Doktrin aufgestellt: schlage nieder, was bei den anderen gedeiht, denn ihr Unglück macht dich groß! Und weil sie meinen, daß in der Tat auch andere Nationen gleich ruchlos denken könnten, zittern sie vor eingebildeten Gefahren der Zukunft. Aber wir glauben in der Voraussetzung nicht zu irren, daß trotz der auch heute noch von der englischen Presse fortgesetzten Verhetzungspolitik gegen Deutschland, die uns hart bis an den Rand eines Krieges geführt hat, schon jetzt das Scheitern dieser Pläne und Anschläge als gesichert betrachtet werden kann. Nicht ihnen, sondern der Roosevelt-Doktrin vom Vorteil aller an dem aufstrebenden Gedeihen der Einzelnation, gehört die Zukunft. Nur wer an dem Fortschritt der Welt zur Humanisierung der Menschheit verzweifelt, wird glauben, daß der brutalen Gewalt der Sieg beschieden sein soll. Wir betonen dabei das Wort brutal, denn wir sind nicht so naiv, anzunehmen, daß das Bessere sich im gewöhnlichen Lauf der Dinge ohne Anwendung von Gewalt da behaupten oder einführen läßt, wo ein übler Wille sich ihm entgegenstemmt. Der Krieg, der zur Verteidigung ewiger Güter Gewalt gegen Gewalt setzt, hat sich noch immer durch den idealen Aufschwung, den er nach sich zog, gerechtfertigt und — um bei den Vereinigten Staaten und bei Deutschland zu bleiben, von denen wir gerade reden — auch in seinen materiellen Folgen die Opfer mehr als ausgeglichen, die er notwendig verlangte.

In dem russisch-japanischen Kriege ist im Bewußtsein des japanischen Volkes der gegenwärtige Krieg auch ein gerechter, im Bewußtsein der Russen, wie alles zeigt, was über die Stimmungen Rußlands an die Öffentlichkeit gekommen ist, ein ungerechter. Deshalb verhehlt sich das russische Volk und, wie wir glauben, auch die russische Regierung von heute nicht, daß sie dem Frieden Opfer zu bringen hat: aber es ist keineswegs unmöglich, daß diese Stimmung umschlägt, wenn in dem Volksbewußtsein die Friedensbedingungen als zu hart empfunden werden sollten. Und damit wird man klug tun in Japan zu rechnen.

Im übrigen gehen die Meinungen über die politische Zukunft in Rußland weit auseinander. Der Fürst Espère Uchtomski hat sogar seinen alten Gedanken eines russisch-chinesisch-japanischen Bündnisses aufgenommen. Aber das ist natürlich Phantasterei. Durch ein russisches Bündnis würde sich Japan in Gegensatz zu England stellen, und das ist unmöglich. Denn gerade jetzt, nach dem Verschwinden der russischen Seemacht in Ostasien, kann England in einem ihm nicht verbundenen Japan nur einen Gegner sehen — der japanische Sieg war für England zu groß —, und eben deshalb ist es wohl denkbar, daß die von der englischen Presse vertretene Idee von einer Erneuerung und Erweiterung der englisch-japanischen Allianz nicht geringe Aussicht hat, verwirklicht zu werden. Aber zunächst ist das alles natürlich noch Zukunftsmusik, da das englisch-japanische Bündnis erst 1907 abläuft und bis dahin eine russisch-japanische Kombination eo ipso ausgeschlossen ist. In Rußland aber tritt vor dem Interesse an den inneren Angelegenheiten und vor der unabweislichen Notwendigkeit, endlich aus dem Zustande des Schwankens in eine nicht mißverständliche und klare Verfassung (im doppelten Sinne des Wortes) zu gelangen, alles andere zurück. Wie vor acht Tagen ist es auch heute noch ganz unmöglich vorherzusagen, wann und wie diese Entscheidung fallen wird. Auch nach dieser Richtung hin wünschen wir im wohlverstandenen Interesse Deutschlands eine Wendung zu friedlichem Ausgleich.

Mit weit größerer Zuversicht blicken wir auf die Wendung, welche die Marokkofrage und mit ihr unsere Beziehungen zu Frankreich angenommen haben. Der in telegraphischem Auszuge wiedergegebene Leitartikel des „Temps“ „Le lendemain“, was sich dem Sinn nach am besten mit „nach dem Sturm“ übersetzen ließe, zeigt, daß dort allerdings eine große Wandlung eingetreten ist, seit Herr Rouvier die Leitung der auswärtigen Politik Frankreichs in seine eigenen Hände genommen hat. Denn was als charakteristisch aus den Ausführungen des „Temps“ hervorklingt, ist, daß die französische Politik ihre Unabhängigkeit wiedergewonnen hat und sich anschickt, fortan ausschließlich französische Interessen zu vertreten. Herr Delcassé ging bekanntlich tatsächlich andere Wege, wenn er auch dabei — wie wir nicht bezweifeln wollen — für Frankreich erkleckliche Vorteile zu erringen hoffte. Aber es ist für den Historiker wie für den

Politiker gleich interessant, die Frage zu prüfen, ob die von ihm vertretene Politik und die von ihm angewandten Mittel wirklich zum Ziele führen konnten. Wir wollen dabei von allem übrigen absehen, und die Marokkofrage mit ihren Zusammenhängen etwas schärfer beleuchten, als unseres Wissens bisher geschehen ist.

Da muß zunächst rückhaltlos zugestanden werden, daß die politische und geographische Stellung, die Frankreich in Algerien einnimmt, ein besonderes Interesse für Marokko erklärt und rechtfertigt. Vielleicht wäre auch ein allmähliches Durchdringen Marokkos mit französischen Einflüssen durchzuführen gewesen, wenn Herr Delcassé nicht schließlich für nützlich befunden hätte, offen mit dem Plane hervorzutreten, der Marokko von heute auf morgen in ein neues Tunis verwandeln sollte. Das geschah mit einer Schroffheit und Eilfertigkeit, die seinen Sturz herbeiführte, und zwar weil seine Ministerkollegen sich davon überzeugen mußten, daß diese Politik allerdings dem französischen Interesse widersprach. Es war unmöglich, sich der Tatsache zu verschließen, daß Herr Delcassé sowohl den Zeitpunkt schlecht gewählt, als auch in der Methode seines Vorgehens einen groben politischen Fehler begangen hatte.

Eine kurze Abschweifung über die Natur der russisch-französischen Beziehungen wird das zur Evidenz klarlegen. Über die Entstehungsgeschichte und über die Ziele des Zweibundes wird man ja in Frankreich gewiß besser orientiert sein als bei uns, auch wird seine Bedeutung hüben und drüben gewiß verschieden eingeschätzt. Sicher ist jedenfalls das eine, daß er seit über zehn Jahren besteht, ohne uns unseren Frieden gestört zu haben; dann aber glauben wir zu wissen, daß der zwischen beiden Mächten abgeschlossene Vertrag rein defensive Zwecke ins Auge faßt, uns also, da wir uns mit keinerlei aggressiven Plänen tragen, in Wirklichkeit gar nicht bedroht. Andererseits kann niemand, der die europäische Politik und ihre Geschichte kennt, darüber im Zweifel sein, daß Frankreich, wenn es einmal die Revanchefrage erledigt haben sollte, zu seiner fast tausendjährigen Mittelmeer- und Orientpolitik zurückkehren würde, das heißt zu der antirussischen Politik, die schließlich in den Krimkrieg ausmündete. Daraus folgt wohl mit zwingender Notwendigkeit, daß die russische Diplomatie ein sehr wesentliches Interesse hatte und noch heute hat, daß dieser Revanchekrieg nicht stattfinde.

Die Franzosen haben sich das offenbar anders zurechtgelegt, aber gerade von diesem französischen Standpunkte aus erscheint die Politik Delcassés erst recht fehlerhaft. Er legte die marokkanische Krisis auf einen Zeitpunkt, da Rußland durch den schwersten aller Kriege, den es seit 1812 geführt hat, so ganz in Anspruch genommen wurde, daß es zur Unterstützung Frankreichs nur verhältnismäßig geringe Streitkräfte zur Verfügung gehabt hätte. Dann aber, und das ist die Hauptsache, setzte Herr Delcassé sich völkerrechtlich ins Unrecht, als er, unter völliger Ignorierung des Vertrages von Madrid und seiner Unterzeichner, sich anschickte, angriffsweise gegen Marokko vorzugehen.

Wenn also, wie wir es annehmen, die alliance franco-russe ein Defensivvertrag ist, so hat Herr Delcassé seine Marokkopolitik so geleitet, daß der casus foederis für Rußland nicht vorlag. Daß aber Rußland in der gegenwärtigen Lage mehr getan hätte, als Buchstabe und Geist des Vertrages vorschrieben, war gewiß nicht zu erwarten. Wenn wir dagegen behaupten, daß die deutsche Politik sich über diesen Punkt vollständig klar war und die möglichen Konsequenzen wohl erwogen hatte, als Kaiser Wilhelm seinen Eintritt in Tanger hielt, so ist das wohl mehr als eine bloße Vermutung.

Wie die Vorgänge der letzten Tage zeigen, hat jetzt auch Frankreich erkannt, daß das marokkanische Projekt Delcassés nicht französischen, sondern — wenngleich nicht absichtlich — englischen Interessen diente. Diesen aber entsprach Zeit und Gelegenheit vollkommen. War für Frankreich der Augenblick zu einem Kriege mit Deutschland möglichst schlecht ausgesucht, so konnte dagegen für England ein deutsch-französischer Krieg niemals günstiger kommen, als gerade jetzt. Man braucht dabei nicht, wie der größere Teil der französischen Presse tut, zu glauben, daß England die Gelegenheit genutzt hätte, „um Kiel und Hamburg zu verbrennen". Wohl aber glauben wir nicht nur, sondern sind fest überzeugt, daß durch die Gleichzeitigkeit beider Kriege, des russisch-japanischen und des deutsch-französischen, und danach durch die Verquickung beider Friedensschlüsse eine Lage geschaffen werden konnte, die derjenigen ähnlich war, die im Jahre 1815 dem britischen Reiche das maritime Uebergewicht auf dem Erdball sicherte. Nun ist freilich die Welt von heute nicht mehr die Welt von 1815. Neue Machtfaktoren sind hervorgetreten,

vor allem die Großmacht der Vereinigten Staaten, und wir haben bereits dankbar anerkannt, daß Präsident Roosevelt es dem amerikanischen Interesse entsprechend erachtet hat, ohne jede Parteinahme in der ostasiatischen wie in der marokkanischen Frage sich für den Frieden zu verwenden.

Darüber, daß für einen deutsch-französischen Krieg — der doch immer den Charakter eines kontinentalen Bürgerkrieges getragen hätte — weder für uns noch für die Franzosen ein wirklicher Anlaß vorlag, herrscht diesseit und jenseit der Vogesen heute nur eine Ansicht. Die momentane Kriegsgefahr, wenn wirklich sie bestanden hat, ist künstlich und von außen her hineingetragen worden. Das darf nun als überwunden gelten, und so hoffen wir, daß auch die marokkanische Schwierigkeit sich à l'amiable wird erledigen lassen und zwar auf Grundlage der Achtung bestehender Verträge und Zustände, wenn auch diese letzteren im einzelnen reformbedürftig sein mögen.

Interessant bleibt die Frage, welche Rückwirkung diese Dinge nach England hinein haben werden. In der marokkanischen Frage glauben wir bereits jetzt zu erkennen, daß Lord Lansdowne eine Schwenkung vorbereitet. Aber nicht das ist das Wesentliche. Vielmehr hängt alles davon ab, ob die Nation imstande ist, sich von dem Gespenst der angeblichen deutschen Gefahr zu befreien, mit dem es nunmehr Jahr und Tag geschreckt wird. Leider sind die Aussichten vorläufig wenig hoffnungsvoll. Die deutsche Gefahr ist zu einem der Schlagworte geworden, mit denen die Parteien um die Herrschaft kämpfen und die Gegensätze, die man, an veralteten Bezeichnungen festhaltend, noch heute als konservativ und liberal bezeichnet, haben sich gerade in letzter Zeit immer mehr erhitzt. Erst war es die Frage der Kolonialkonferenz, die zu wahrhaft unerhörten Lärmszenen im Parlamente führte, jetzt ist es der böse Unterschlagungsprozeß, der als Erbstück aus dem Transvaalkriege übernommen werden mußte und vor der weitesten Öffentlichkeit Zustände bloßlegt, die an die übelsten Erfahrungen Rußlands während des jetzigen Krieges erinnern. Da die Konservativen den Burenkrieg gemacht und ihre Leute auch die Geschäfte des Krieges besorgt haben, ist auch das ein Mittel im politischen Kampf geworden. Auch nehmen die liberalen Zeitungen keinen Anstand, es schonungslos zu verwerten.

Wir bemerken in diesem Zusammenhang, daß uns aus Englisch-Südafrika Nachrichten zugegangen sind, die kaum einen Zweifel darüber bestehen lassen, daß die Schwierigkeiten, mit denen wir in Südwestafrika zu kämpfen haben, wesentlich gesteigert werden durch die Ermutigung und Unterstützung, welche die Aufständischen bei unseren englischen Nachbarn finden. Es scheint beinahe, als hätte die englische Kriegspartei bereits Südwestafrika in den Kreis ihrer Operationsgebiete gezogen. Unter allen Umständen scheint die Entsendung weiterer Verstärkungen dringend notwendig geworden zu sein.

22. Juni. Rallis wird mit der Bildung des neuen griechischen Ministeriums betraut.
23. Juni. Statthalter Admiral Alexejew wird abberufen und in den Reichsrat versetzt. Konstituierung des Ministeriums Montero Rios in Spanien. Straßenkämpfe in Lodz.
25. Juni Fortdauer der Unruhen in Lodz und Warschau.
26. Juni. Einsetzung einer Untersuchungskommission in London zur Prüfung der Unterschleife während des Burenkrieges.
27. Juni. Niederlage der Bande Morengas.
28. Juni. Die schwedische Regierung teilt amtlich mit, daß sie die norwegische Regierung nicht anerkenne.

28. Juni 1905.

In dem lehrreichen Buche von Sidney Low: The governance of England. London 1904, findet sich die geistvolle Bemerkung: Wir Engländer sind stolz darauf, ein unlogisches Volk zu sein, we are proud of being an illogical people! An anderer Stelle sagt er, wir leben unter einem System „of tacit understandings", wobei dieser Begriff sich wohl mit dem decken dürfte, was man unter reservatio mentalis versteht. Dieser stillschweigende Vorbehalt ist aber im politischen Leben stets der Vorteil Englands. Englands öffentliche Meinung war unlogisch, als sie während des Burenkrieges die lauten und oft entrüsteten Äußerungen überhörte, welche in Frankreich, Rußland, Amerika diesen Krieg verdammten und für die Sachen der Buren Partei nahmen, dagegen aber ähnliche Äußerungen, die bei uns laut wurden, als eine nationale Beleidigung auffaßte, sie war unlogisch, als sie daran festhielt, daß das Telegramm Kaiser Wilhelms an den Präsidenten Krüger in Anlaß der Jameson-Affäre eine Herausforderung bedeute, und doch Jameson durch ihre eigenen Richter zu einer Gefängnisstrafe verurteilte, und unlogisch, als sie eben diesen Jameson in jeder Weise förderte, um ihn heute zum Ministerpräsidenten im Kaplande zu machen. Wir könnten zahllose ähnliche Fälle anführen. Was diese retrospektiven Betrachtungen interessant macht, ist, daß sie uns zeigen, wie leicht sich in England ein unerwarteter Frontwechsel vollziehen kann. Nur muß, damit er stattfinde, recht evident zutage treten, auf welcher Seite der englische

Vorteil liegt. In den oben aufgeführten Fällen wollte der Vorteil Englands, daß man den consensus omnium überhörte, um sich einen aus der Reihe als den Sündenbock auszusuchen, auf den sich der tiefempfundene Groll abladen ließ. Daß es gerade Deutschland war, aber hat seine besondere Geschichte, die mit dem made in Germany anfängt, die wir aber zu erzählen für überflüssig halten.

Wir glauben, daß auch im Betreff dieser durch viele Jahre gepflegten Irrungen der englische common sense sich entschließen wird, unlogisch zu sein, sobald einmal die Überzeugung durchbricht, daß dieses ganze Treiben nicht in den Vorteil, sondern in eine Schädigung Großbritanniens ausmünden muß. Es ist, wie wir oft ausgeführt haben, ein seit 1901 systematisch vorgehendes Preßkonsortium, das die Verhetzung der öffentlichen Meinung Englands gegen uns in die Hand genommen hat. Herr Blennerhasset führte den Reigen, andere folgten: „National Review", „Fortnightly Review", die „Times" mit ihren Dependenzen, zuletzt der ganze von Mr. Pearson geführte Preßtrust. Daran hat sich neuerdings der neue Preßtrust „Potentia" geschlossen, dessen besondere Aufgabe es zu sein scheint, die ohnehin von England aus stark beeinflußte amerikanische Presse vollends gegen uns aufzuregen. Eben jetzt macht ein von Sir Charles Dilke verfaßter und von der „Potentia" verbreiteter Artikel die Runde durch die französische und amerikanische Presse. Seine Tendenz geht in nicht mißverständlicher Weise dahin, das angefachte Feuer zu schüren und nebenher die Franzosen zu einer Politik zu ermuntern, die, wie Sir Charles Dilke zu meinen scheint, in einen Krieg ausmünden muß, den England und Frankreich gegen uns führen könnten. Die deutsche Artillerie, bemerkt er freundlich, sei noch völlig im Rückstande, vier französische Geschütze so viel wert wie sechs deutsche. Nun wollen wir diese letztere Frage offen lassen, über solche Verhältniszahlen streitet man nicht, wohl aber scheint es uns nützlich, recht nachdrücklich dem Irrtum entgegenzutreten, als könnte die Marokkofrage an sich je zu einem Kriegsgrund zwischen uns und Frankreich werden. Dazu sind die in Frage kommenden Interessen doch viel zu geringfügig. Wohl aber könnte Marokko zum Kriegsvorwand erhoben werden, wozu bei übelem Willen ja auch jede andere beliebige Differenz dienen kann. Was die kritische Situation schuf, die seit Anfang Juni bestand, und von der wir an-

nehmen möchten, daß sie im wesentlichen überwunden ist, war, daß Herr Delcassé, in dessen Händen die auswärtige Politik eines großen Staates lag, sich Methode und Gesichtspunkte jener englischen Hetzpresse zu eigen machte und — wie wir vor acht Tagen nachwiesen — Marokko zum Ausgangspunkt einer aggressiven Politik machte, deren Spitze gegen uns gerichtet war. Daß er dabei auf englische Hilfe rechnete, offenbar weil er jene Presse und die Herren Lee, Fisher, Fitzgerald usw. fälschlich mit der englischen Regierung identifizierte, ist unbestritten geblieben. Er hat, wenn der „Gil Blas", der uns als Quelle dient, sich seine Informationen nicht aus den Fingern gesogen hat, im Konseil der Minister ausdrücklich zugegeben, daß seine Marokkopolitik mit der Möglichkeit eines deutschen Krieges gerechnet habe.

Andere französische Blätter haben sogar berichtet, daß er bereits den Entwurf eines Offensiv- und Defensivvertrages mit der englischen Regierung in der Tasche gehabt habe. Das erscheint zwar sehr unglaubwürdig, erklärt aber das Mißtrauen, mit dem die öffentliche Meinung bei uns jene französisch-englische Kombination betrachtet und auch die Antwort, die ich einem Vertreter der „Temps" gab, (der mich vor etwa acht Tagen besuchte), als er mich fragte, ob ich glaube, daß in einem deutsch-englischen Kriege die Neutralität Frankreichs uns genügen könne. Ich antwortete unter ausdrücklichem Hinweis auf den „Gil Blas"-Artikel und die Bündnisgerüchte, daß, den unwahrscheinlichen Fall eines deutsch-englischen Konfliktes angenommen, Deutschland mit der Möglichkeit bestehender Eventualverträge zu rechnen und sich darauf einzurichten haben werde. Gewiß ein Standpunkt, den, praemissis praemittendis, jedermann in Deutschland teilen wird.

Doch, wie wir schon bemerkten, es läßt sich zuversichtlich hoffen, daß wir von einem überwundenen Stadium reden, und daß deshalb auch die Alarmnachrichten, die dieser Tage von London her in den amerikanischen Blättern verbreitet wurden, post festum kommen. Hat man doch jenseits des Ozeans bereits daran gedacht, sich nach Kriegskorrespondenten umzusehen!! So arbeitet eine künstlich überhitzte Phantasie.

Glücklicherweise läßt sich nicht verkennen, daß auch in England andere Gesinnungen uns gegenüber zum Ausdruck kommen. Der

Eindruck, den die zum Studium unserer städtischen Einrichtungen nach Deutschland herübergekommene Delegation in Berlin gemacht hat, ist ein ganz vortrefflicher. Namentlich hat Lord Lyveden es verstanden, große Sympathien zu erwecken, und wenn die herzlichen Worte, die hin und hergegangen sind, sich in Taten umsetzen ließen, bliebe nichts zu wünschen übrig. Aber es ist immerhin etwas, daß man beginnt, sich gegenseitig kennen zu lernen und anzuerkennen. Denn der größte Feind internationaler Eintracht bleibt doch immer die Unwissenheit. Wir können aber unseren englischen Vettern den Vorwurf nicht ersparen, daß sie Deutschland weit weniger gut kennen, als wir Großbritannien, und daß eben deshalb bei uns die Vorurteile gegen England weit geringer sind als umgekehrt die Vorurteile der Engländer gegen uns. Am treffendsten dürfte — abgesehen von den nicht seltenen Engländern, die bei uns studiert haben und uns meist gut befreundet sind — die City die gegenseitigen Verhältnisse einschätzen. Sie weiß, daß beide Nationen zu nicht geringem Teil voneinander und durcheinander leben und daß jeder Stillstand oder gar eine dauernde Unterbrechung dieser Beziehungen für England mindestens die gleichen Verluste bedeuten würde wie für Deutschland. Und deshalb ist die City, wenn wir recht unterrichtet sind, auch friedlich gesinnt. Auch von Frankreich wird zur Besonnenheit gemahnt, wie das Schreiben Gallifets im „Gaulois" zeigt. Es ist daher nicht undenkbar, daß der unlogische Schluß all des Lärmens eine erhebliche Besserung der Beziehungen der drei Nationen zueinander sein wird. Vielleicht, oder sogar wahrscheinlich, wird darüber noch einige Zeit hingehen, aber daß dieses der Ausgang sein müßte, wenn Überlegung und gesunde Vernunft die Entscheidung bringen, kann nicht zweifelhaft sein.

Wenn die Engländer sich rühmen, ein unlogisches Volk zu sein, so gehört es zum Ehrgeiz des gebildeten Russen, in politischen Fragen mit streng logisch konstruierten Kombinationen zu operieren, und das ist vielleicht der Hauptgrund, der in den gegenwärtigen inneren Wirren Rußland nicht zur Ruhe kommen läßt. Die Logiker des Anarchismus, des Sozialismus und des Liberalismus springen mit der russischen Wirklichkeit gleich unbarmherzig um, als wäre sie überhaupt nicht vorhanden. Jeder besteht auf der folgerichtigen Durchführung der Utopien, die er sich — streng logisch — aufgebaut hat, und

keiner ist gewillt, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen, weil er nicht unlogisch und inkonsequent erscheinen will.

Die Verfassung, die Kaiser Nikolaus II. sich nach Empfang der Semstwovertreter der Nation zu gewähren entschlossen hat, bietet alles, was für den Augenblick nötig ist und was bei dem Bildungsstande und der nervösen Überreizung aller durchführbar und erträglich erscheint. Dennoch ist die Unzufriedenheit allgemein, weil der Verfassungsentwurf eine Reihe von Kautelen aufgenommen hat, welche bestimmt sind, eine Obstruktionspolitik der künftigen Volksvertreter unmöglich zu machen. Daß diese Vorsicht geboten ist, erscheint uns aber im Hinblick auf andere slavische und nichtslavische Parlamente unbestreitbar. Wäre nach dieser Richtung volle Freiheit gegeben, so würden Beschlüsse überhaupt unmöglich werden. Ebenso unerläßlich ist es, daß die Regierung die Machtvollkommenheiten behält, die es ihr möglich machen, die völlig geschwundene Ordnung im Staate wieder herzustellen. So wie die Verhältnisse heute liegen, kann es nicht weitergehen, da jede Sicherheit für Freiheit, Leben und Eigentum geschwunden ist. Die Sünden der russischen Bureaukratie sind klein im Vergleich zu dem Unheil, das die russische Revolution heraufbeschworen hat. Revolution auf dem flachen Lande und in den Städten, Revolution der Juden, der Polen, der Armenier und der Mohammedaner im Kaukasus, Revolution der Intelligenz und der äußersten Unbildung! Packträger, Eisenbahnarbeiter, Schüler, aber auch Lehrer und Juristen, ja sogar die Polizei und hier und da auch das Militär streiken. Die Pastoren auf den Kanzeln und die Fabrikherrn in ihren Kontoren schweben in gleicher steter Lebensgefahr. Jeder Gouverneur und jeder Polizeimeister läuft Gefahr, von irgend einem selbstherrlichen Revolutionskomitee zum Tode verurteilt und von irgend einem Fanatiker umgebracht zu werden, wenn er seine Pflicht tut. Überall schleifen die Zügel der Autorität am Boden, und in ganzen weiten Provinzen gibt es keinen anderen Herrn als den von den schlimmsten Instinkten geleiteten Pöbel. Dazu kommt die Verwirrung, welche der so notwendige Ukas über die Herstellung der Gewissensfreiheit hervorgerufen hat. Er wird von katholisch-polnischer Seite zu rücksichtsloser Propaganda ausgenutzt, wie denn, um ein Beispiel anzuführen, die Brüderschaft vom hlg. Geist in Wilna sich am 24. Mai 6. Juni d. J. genötigt gesehen hat, einen Aufruf an die

„Rechtgläubigen" zu erlassen, in dem unter anderem versichert wird, es sei falsch, daß der Zar und die Zarin beabsichtigen, katholisch zu werden.

Am tollsten sieht es im Königreich Polen, in Litauen und in Kurland (dessen Gouverneur völlig versagt) aus. Die Träger der revolutionären Bewegung sind, wie uns zuverlässig geschrieben wird, junge Juden, sie gelten auch für diejenigen, von denen die zahlreichen Morde ausgehen, und sie zwingen die älteren und besitzlichen Juden zu Geldbeiträgen. In Bialystok, das ein Zentrum dieser jüdischen Agitation ist, sind in den Fabriken von Trilling und Nowik die christlichen Weber gewaltsam durch jüdische ersetzt worden, wie denn überhaupt in den Städten, wo die Juden in der Mehrheit sind (in Bialystok sind es ³/₄ der Stadtbevölkerung), ihre tyrannische Gewaltsamkeit unerträglich ist und einen steigenden Haß der Christen gegen die Juden hervorruft. Das führt dann zu Rückschlägen, wie sie in Shitomir und an anderen Orten stattgefunden haben. Auch in Kowno, Grodno, Wilna herrschen unleidliche Zustände, in Lodz ist offene Revolution und auch in Warschau ist die gesamte Bevölkerung stets auf das schlimmste gefaßt. Die polnisch-nationale Bewegung geht mit dieser jüdisch-radikalen, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der, anderen mots d'ordres gehorchenden, Anarchistenpartei, wenn auch nicht Hand in Hand, so doch parallel, und das Resultat ist ein Chaos. Ob die jetzt auftauchende Parole: Losreißung Polens von Rußland! unter solchen Verhältnissen als eine politische Gefahr betrachtet werden kann, erscheint fraglich, da alle Einheitlichkeit fehlt; wohl aber wird Polen in Kultur und Reichtum, fast noch mehr als das übrige Rußland, um Jahrzehnte zurückgeworfen und nicht verstärkt, sondern geschwächt aus der gegenwärtigen Krisis hervorgehen.

In Kurland ist die Bauernschaft infolge der Russifizierung und Gräzisierung in Unbildung und Roheit verfallen, sozialdemokratisch und anarchistisch vergiftet, seit die Regierung nicht mehr gefürchtet wird, zu einer wahren Landplage geworden. Namentlich die tätlichen Mißhandlungen von Geistlichen während des Gottesdienstes mehren sich, und ähnliche Fälle sind schon vorher auch in Livland vorgekommen. Da die gesamte Beamtenschaft russisch ist und zu nicht geringem Teil mit dem Gesindel sympathisiert, von dem diese Terrorisierung aus-

geht, ist keine wirksame Hilfe von den Regierungsorganen zu erlangen, und das ergibt Zustände, wie sie heute in keinem Kulturstaate der Welt denkbar erscheinen. Man wird sich diesen Tatsachen gegenüber sagen müssen, daß die Herstellung von Gesetz und Autorität die nächste Pflicht der Regierung ist, und so sehr man die Roheit beklagen mag, die bei der Niederwerfung von Pöbelaufständen regelmäßig konstatiert wird, darin doch das mindere Übel erkennen. Die Tragik der Lage liegt aber darin, daß sich die Frage aufwerfen läßt, ob die Regierung überhaupt noch die moralische und physische Kraft hat, Ordnung zu schaffen. Die Optimisten erwarten alles von jener Volksvertretung, die man im August wählen will — aber was kann alles bis dahin geschehen und wer bürgt uns dafür, daß diese Vertretung nicht anfänglich mehr lähmend als ordnend und versöhnend wirkt. Dann richten sich die Hoffnungen auf den Frieden. Aber auch der ist, seit die Aussichten auf einen Waffenstillstand sich zerschlagen zu haben scheinen, noch in weiter Ferne. Nur der Beginn von Verhandlungen scheint dank der energischen Initiative Roosevelts gesichert, alles übrige ist unklar und kann zu langwierigen Verhandlungen und zu neuen Krisen führen. Denn das ist die sonderbare Wendung, die stattgefunden hat, seit die Regierung von Frieden spricht, schreit die öffentliche Meinung: Krieg!

Wie wir voraussetzten, nehmen die Verhandlungen zwischen Norwegen und Schweden einen ruhigen Verlauf. Nachdem König Oskar selbst sich für Annahme der vollzogenen Tatsache der Trennung ausgesprochen hat, ist nicht mehr zweifelhaft, daß auch der schwedische Reichstag sie als zu Recht bestehend anerkennen wird, und dann dürfte die Anerkennung durch die übrigen Mächte auf dem Fuße folgen. Es ist aber nicht undenkbar, daß aus der Trennung ein neuer Zusammenschluß hervorgeht. Die Idee eines Bundes der drei skandinavischen Völker taucht wieder auf und wird, wie es scheint, von England aus gefördert.

Die Ernennung des früheren Kriegsministers Fejervary zum ungarischen Ministerpräsidenten hat keine Lösung der bösen Krisis gebracht, die den Zusammenhalt der habsburgischen Monarchie bedroht. Kaum ernannt, ist das mühsam kombinierte Ministerium an der geschlossenen Opposition des Parlaments zusammengebrochen. Die unlösbare Frage der Armeesprache als Kern der Gegensätze läßt,

wenn Ungarn nicht nachgeben will, keine Verständigung zu, und Ungarn will nicht nachgeben. So scheint nichts übrig zu bleiben als eine Trennung, wie sie in Norwegen erfolgt ist und auf die Analogie ist auch bereits von der Unabhängigkeitspartei hingewiesen worden. Aber wir meinen, Ungarn würde durch eine Trennung in eine weit schlimmere Lage versetzt werden als Norwegen und sehr bald merken, wie wenig es ohne Österreich ist. Wahrscheinlich würde eben jene Frage der einheitlichen Kommandosprache zum Sprengmittel werden, das Ungarn in seine Bestandteile zerreißt. Auch Sachsen, Rumänen und Kroaten können auf eigene Kommandosprache bestehen, wie denn überhaupt der Mißbrauch, den Ungarn mit seinem Sprachenzwang getrieben hat, dann erst seine Gegenschläge finden dürfte. Man spricht ja den Magyaren scharfen politischen Instinkt zu — er scheint heute völlig zu versagen.

Über das Wachstum der Aufstandsbewegung in Arabien enthält der „Courrier Européen" einen sehr interessanten Artikel von Henri Renou. Ganz Yemen ist bereits in Händen der Aufständischen, jetzt beginnen sie auch im Hedjaz Fuß zu fassen. Nach wenigen Wochen werde ihnen Mekka gehören. Der neue Kalif Mahmud Jahia läßt bereits Münzen auf seinen Namen prägen, die türkischen Truppen werden überall geschlagen, und die Bewegung droht nunmehr auf Syrien, Palästina und Mesopotamien überzugehen. Diese drei Provinzen sollen zwar beabsichtigen, Mahmud Jahia als geistliches Oberhaupt anzuerkennen, sonst aber wollen sie im Anschluß an das neue Nationalreich Ibn Saids, des Emir von Nedjed und der Wahabiten ihre Autonomie wahren. So trägt die ganze Bewegung vornehmlich einen antitürkischen Charakter und ist von England gefördert worden. Renou sagt, England habe darauf verzichtet, hier ein Protektorat zu begründen und werde sich begnügen, ökonomische Vorteile zu erringen. Er meint auch, daß es darüber mit Deutschland in Mesopotamien in Rivalität geraten könnte. Das letztere ist möglich, aber das erstere erscheint uns höchst unwahrscheinlich, da England vom Hinterland von Aden aus und an der Ostküste Arabiens bereits jetzt Machteinflüsse ausübt, welche weit über ökonomische Interessenfragen hinausgehen. Ein größeres deutsches Provinzialblatt, wenn wir nicht irren, die „Magdeburgische Zeitung", hat unserer Bemerkung in der letzten Wochenschau über die Unter-

stützung der Aufständischen in Südwestafrika durch England mit Entschiedenheit widersprochen und sich dabei auf zuverlässige Nachrichten berufen. Wir nehmen diese Zurechtstellung mit besonderem Vergnügen entgegen. Unser Korrespondent aus Johannisburg muß demnach falsch unterrichtet gewesen sein, und das ist bei seiner Entfernung vom Schauplatz der Kämpfe und bei der Leichtigkeit, mit der falsche Gerüchte verbreitet werden, sehr wohl möglich. Je besser unsere Beziehungen zu dem englischen Nachbarn in Südafrika sich gestalten, um so lieber soll es uns sein.

29. Juni. Aufruhr in Odessa.
30. Juni. Auflösung des finländischen Militärbezirks. Matrosen meutern in Libau.
1. Juli. Die englische Studienkommission verläßt Deutschland.
2. Juli. Knjas Potemkin in Konstanza. Ernennung der russischen und japanischen Bevollmächtigten zu den Friedensverhandlungen.
3. Juli. Rediger an Sfacharows Stelle zum russischen Kriegsminister ernannt.
4. Juli. Annahme des Gesetzesantrags über Trennung von Kirche und Staat durch die französische Kammer.
5. Juli. Arbeiterausstand in Petersburg.

5. Juli 1905.

Der Zersetzungsprozeß, den wir in Rußland sich vollziehen sehen, hat jetzt den Rest der russischen Kriegsflotte ergriffen. Zwei, vielleicht drei Schiffe der Schwarzenmeerflotte haben gemeutert, die übrigen ihre Pflicht nicht zu erfüllen verstanden. Auch aus Libau und Kronstadt sind, wenn nicht gleich schlimme, so doch jedenfalls in höchstem Grade beunruhigende Nachrichten eingetroffen. Sie zeigen, wie tief die moralische Depression ist, welche nach dem Fall von Port Arthur und nach dem Desastre von Tsushima sich der Restbestände der russischen Marine bemächtigt hat. Man kann als tröstliches Moment anführen, daß es nicht eigentlich geschulte Seeleute sind, welche die Bemannung der noch vorhandenen russischen Kriegsflotte bilden, sondern Surrogatmannschaften, zum Teil Reservisten der Landarmee und frische Rekruten. Was Rußland an bestem Material besaß, ruht am Grunde des Meeres, ist in und vor Port Arthur gefallen, oder harrt in japanischer Gefangenschaft des Friedensschlusses, der auch sie befreien wird.

Von den Armeen des Generals Linewitsch läßt sich wenigstens das eine sagen, daß sie noch existieren, aber sie haben bisher trotz der großen Zuversicht, von der die Adressen zu zeugen scheinen, die von den Generalen nach Petersburg geschickt worden sind, nicht den geringsten Erfolg aufzuweisen. Von der japanischen Armee aber ist es still, wie bisher vor jeder großen Entscheidung. Wir erkennen nur aus den russischen Berichten über Vorpostengefechte, daß sie weder stillstehen noch im Zurückweichen begriffen sind. Wie die Dinge liegen,

gehört ein ganz ungewöhnlicher, von jeder Wahrscheinlichkeit absehender Optimismus dazu, um noch an die Möglichkeit russischer Erfolge zu glauben. Will Rußland sich diese Armee konservieren, so scheint der Abschluß eines Stillstandes als unerläßliche Voraussetzung. Da die Vertreter beider Mächte mit unbeschränkten Vollmachten unterwegs nach Washington sind, läßt sich hoffen, daß der Abschluß des Waffenstillstandes sofort in Angriff genommen und erledigt wird. Rußland kann keinen Anspruch erheben, mandschurische Positionen zu behaupten, und mehr als die Räumung der Mandschurei und der koreanischen Grenzgebiete wird Japan für den Stillstand gewiß nicht fordern. Die jetzt in Rußland in größtem Maßstabe angeordnete Mobilisierung aber kann für die Entscheidung auf dem Kriegsschauplatze gewiß nicht mehr in Betracht kommen. Japan beherrscht die Situation, und es wird von der Weisheit seiner Staatsmänner abhängen, ob es Bleibendes schafft. Die Versuchung, über das Notwendige hinauszugehen, mag im Hinblick auf die innere Lage Rußlands zwar groß sein, aber Japan hat nicht mit der Lage von heute und morgen, sondern mit langen Zeiträumen und mit einem Nachbar zu rechnen, der Nachbar bleibt und in Zukunft sowohl Vorteile wie Schaden bringen kann. Dazu kommt, daß auch Japan schwere Verluste erlitten hat, und wenn es auch nicht laut: Frieden! Frieden! ruft — wie die öffentliche Meinung Rußlands tat, bevor die Regierung sich entschloß, auf den Frieden hinzuarbeiten —, so ist doch auch dort, wie uns von unverdächtiger Seite aus Yokohama geschrieben wird, das Bedürfnis nach endlichem Frieden sehr lebendig. So läßt sich, alles erwogen, wohl hoffen, daß ein Friedensschluß bald zu stande kommt. Es wird sich aber dann die Frage stellen, ob der Kaiser Nikolaus II. die Ratifizierung des Friedensinstrumentes auf sich nimmt, oder ob er dem stürmischen Verlangen der mehr oder minder aus eigener Machtvollkommenheit deliberierenden russischen Interessenvertretungen folgend, Entscheidung und Verantwortung jener Gossudarstwennaja Duma überlassen wird, deren Berufung er im Prinzip zugestanden hat. Es ist unmöglich, darüber auch nur mit einem gewissen Recht auf Wahrscheinlichkeit eine Vermutung aufzustellen. Denn das ist das Schreckliche in der gegenwärtigen Lage Rußlands, daß niemand eine Garantie für den nächsten Morgen zu übernehmen imstande ist. Was das Staatsgebäude zusammenhält, ist die Polizei, nicht die

Autorität der Regierung. Die bureaukratische Maschine arbeitet zwar noch wie früher, aber sie ist der unteren ausführenden Organe nicht mehr sicher, die Beamtenschaft als solche aber hat, bis in ihre höchsten Spitzen hinauf, alles Vertrauen verloren. Das Vertrauen aller gehört jenen Unbekannten, die man in der Gossudarstwennaja Duma zu finden hofft und die dann das Allheilmittel angeben sollen, das wie mit einem Zauberschlag alles wieder zum besten kehren wird.

Nun läßt sich nicht bestreiten, daß jene Deputation, die der Zar am 19. Juni empfing, um aus ihrem Munde die Wünsche der in Moskau zusammengetretenen Semstwoleute entgegenzunehmen, vornehmlich Wünsche laut werden ließ, deren Erfüllung einen wirklichen Fortschritt bedeuten würde: es war außer der Berufung einer Volksvertretung die Gewährung jener Menschenrechte und Sicherheitsbürgschaften, die jeder Kulturstaat seinen Bürgern als etwas Selbstverständliches bietet, das, was wir solange schon als unerläßlich hervorhoben und mit dem Schlagwort habeas corpus-Akte zusammenfaßten. Wie soll man aber daran glauben, daß die Gewährung dieser Forderungen auch wirklich dahin führt, Rußland zu einem Rechtsstaat zu machen, wenn man sieht, wie überall das Recht rücksichtslos durchbrochen wird und schnöde Gewalttaten geschehen, wo auch nur vorübergehend die Instinkte der Masse zu freier Entfaltung gelangen. Es gibt im heutigen Rußland nicht *eine* Revolution, sondern eine ganze Reihe nebeneinander hergehender Revolutionen. Die Revolution der Gebildeten findet ihren Ausdruck in den Forderungen der Semstwos, der Städte und der Adelsvertretungen, in den Resolutionen der organisierten Körperschaften wie zumal der Rechtsanwälte, aber auch in den Versammlungen aller übrigen aus beliebigem Anlaß zusammenkommenden Gruppen von „Intelligenten", so wie in der gesammten russischen Studentenschaft. Die Revolution formuliert Verfassungsprogramme, protestiert durch Arbeitseinstellung und trägt, so weit sich das erreichen läßt, ihr Programm in die Massen. Das revolutionäre Element liegt dabei weniger in den Zielen, die verfolgt werden, als darin, daß alle diese Kundgebungen gegen den Willen der Regierung geschehen. Denkt man sich, daß die Regierung sich selbst, wie es ohne Zweifel klug wäre, an die Spitze dieser Elemente stellen wollte, so hätte sie eine mächtige Partei, auf die sie sich stützen könnte. Erst die Entwicklung, wie sie nach dem Rücktritt Swjäto-

polk Mirskis stattfand, hat diesen Elementen den revolutionären Stempel aufgedrückt. Wir glauben aber, daß auch heute noch ein entschlossenes Übergehen der Regierung in dieses Lager den rettenden Ausweg zeigen würde. Aber allerdings, es müßte bald und müßte ohne verhaltene Reaktionspläne geschehen. Denn alles hängt daran, daß die älteren besonnenen Elemente die Führung behalten. Die Jugend, die noch mit ihnen geht, ist ganz radikal und zu schlecht gebildet, um Dauerndes aufbauen zu können, sie gehört zum Teil auch bereits zum Lager derjenigen revolutionären Organisationen, mit denen sich nicht paktieren läßt.

Sie lassen sich wohl zu drei Hauptgruppen zusammenfassen. Neben der Revolution der Gebildeten hat Rußland noch eine Revolution der Arbeiter, eine Revolution der Bauern und eine Revolution der Juden. Die erste wird ohne Zweifel von außen her geleitet und empfängt von der Sozialdemokratie des Abendlandes ihr Programm, ihre Schlagworte und ihre taktischen Vorschriften. Sie ist überall in Rußland, wo Fabriken bestehen oder wo sonst größere Massen von Arbeitern zusammenwirken: in den Hafenstädten, unter den Eisenbahnarbeitern usw. Sie trägt nicht immer den gleichen Charakter, ist nationalen und religiösen Antrieben nicht unzugänglich und tritt lokal, nicht in der Form von Generalstreiks auf, obgleich mehrfach versucht worden ist, ein Zusammenwirken herbeizuführen. Es scheint jedoch, daß diese Arbeitererhebungen durch Minoritäten hervorgerufen werden, welche die Majoritäten terrorisieren. In Petersburg, bei der Putilowschen Fabrik wurde das ausdrücklich von den Arbeitern selbst erwiesen.

Das Übel wird schon aus diesem Grunde nicht als unheilbar bezeichnet werden können. Aber bisher hat sich der Arzt noch nicht gefunden, der es zu heilen vermöchte.

Weit gefährlicher ist die Agrarrevolution, die durch den Krieg ihren Ausdruck findet, den die Bauern gegen die ihnen benachbarten Gutsherrn führen, indem sie das Herrenland und die Herrenwälder sich zu eigen machen. Auch diese Revolution zeigt nichts Zusammenhängendes. Aber sie tritt spontan, bald hier bald dort auf, und ist im Fortschreiten, nicht im Abnehmen. Sie ist der Ausdruck eines wirklichen Notstandes. Der Bauer meint, sein elendes Leben nicht weiter in alter Weise tragen zu können, und greift zu der seit Anfang

des vorigen Jahrhunderts fortlebenden, in immer neuen Formen auftauchenden Legende, daß der Zar befohlen habe, alles Land neu zu teilen und, daß sein Befehl von Beamten und Gutsherrn unterschlagen worden sei. Daß diese Vorstellung durch Agitatoren bekräftigt und gefördert wird, ist sicher, und ebenso, daß die Parole, die Juden zu schlagen und auszuplündern, gleichfalls von außen her gegeben wurde. Diese Bauern sind nicht zu belehren, weil sie gutgläubig sind und zudem im Bewußtsein leben, daß ihnen schon lange bitteres Unrecht geschehe. Nur ein persönliches Eingreifen des Zaren könnte hier eine Wandlung herbeiführen. Aber daran ist nicht zu denken und seinen Emissaren schenken sie keinen Glauben.

Von einer jüdischen Revolution läßt sich in Polen und Litauen reden, sie würde auch im Kiewschen auftreten, wenn nicht dort die eiserne Hand von Kleigels sie niederhielte. Zu voller Geltung kann sie nur in den fast ganz jüdischen Städten kommen, wie in Bialystok: sie ist aber im gesamten Gebiet des ehemaligen Königreichs Polen zu verfolgen: ein treibendes Element, das bei keiner Arbeitererhebung fehlt und stets den äußersten Radikalismus vertritt.

Nebenher gehen lokal und national begrenzte revolutionäre Bewegungen: im Kaukasus, wo nationaler und religiöser Gegensatz zu den Metzeleien zwischen Armeniern und Mohammedanern geführt haben, in Polen und in den angrenzenden kleinrussischen und litauischen Provinzen, wo die alte historische polnische Frage sich in ihrem ganzen Umfange aufzurichten droht und durch die parallelgehenden sozialistischen und agrarischen Bewegungen mehr maskiert als tatsächlich übertrumpft ist. Beide, die Arbeiter- und die Bauernbewegung, werden wahrscheinlich, wenn sie sich ausgetobt haben, in die polnisch nationale übergehen. Die Regierung hat ihr unter dem Druck der öffentlichen Meinung und um konsequent zu bleiben, schon sehr erklärliche Zugeständnisse gemacht, aber dadurch nur viel weitergehende Forderungen hervorgerufen. In dem Krakauer Journal „Die Slavische Welt" haben sie in einem Briefwechsel zwischen L. F. Pantelejew und Prof. Sdychowski drastischen Ausdruck gefunden.

Pantelejew weist den Gedanken höhnisch zurück, daß die Polen des Zartums Polen (und nicht sie allein) sich mit der Einführung von Landschaftsinstitutionen und mit einer Vertretung im russischen Zentralparlament zufrieden geben könnten.

Sjeroschewski (ein bekannter Wortführer der Polen, der in der Zeitschrift „Unsere Tage" schreibt) habe in seinem Programm gefordert: Herstellung des Zartums Polen in der Organisation, welche es 1815 erhielt. Das sei eine Personalunion mit Rußland gewesen, bei welcher Polen, abgesehen vom Minister des Auswärtigen, alle selbständigen Verwaltungsorgane inklusive eigener Armee besessen habe und dazu durch einen Zollkordon vom übrigen Rußland getrennt war. Trotzdem habe der Erfolg gezeigt, daß damit zu wenig geboten wurde. Eine Personalunion sei die überlebte Form mittelalterlicher Rechtszustände, die nur dynastischer Ruhmsucht diene. Man müsse daher eine neue Basis suchen, und die könne nur durch einen Vertrag von Volk zu Volk gewonnen werden. Das Zartum Polen müsse seinen eigenen Reichstag mit verantwortlichem Ministerium haben. Das sei aber nur möglich auf dem Wege der Föderation. Eine Fundamentalakte, die von der russischen Nationalversammlung und einem ad hoc zu berufenden polnischen Reichstage zu sanktionieren sei, könne allein dieser Föderation Stetigkeit geben. Pantelejew geht nur in Andeutungen auf das Schicksal ein, das in Zukunft Kleinrußland und Litauen treffen soll, aber man fühlt deutlich durch, daß er ihren dereinstigen Anschluß an Polen vorauszusehen glaubt.

Das Pariser Programm der „polnischen fortschrittlichen Demokratie" steht national ganz auf dem Boden der Pantelejewschen Forderungen, fügt aber sehr weitgehende sozialistische Forderungen hinzu, gegen die sogar die Struwesche „Oswoboshdenije" Verwahrung einlegt, die uns aber die Brücke erkennen lassen, über welche die polnischen Bauern und Arbeiter für die nationale Seite der Frage gewonnen werden sollen. Es ist bei alledem gewiß nützlich, die Entwicklung dieser polnischen Angelegenheiten scharf im Auge zu behalten.

Zu der polnischen Revolution kommt nun die Bauer- und Arbeiterrevolution in den baltischen Provinzen, die undenkbar wäre, wenn die Regierungsorgane nicht nur selbst völlig versagten, sondern auch die Anläufe der deutschen und der nicht der Agitation verfallenen lettischen und estnischen Elemente zur Selbsthilfe systematisch lähmten. Dieses Verhalten erklärt sich aus der Erbitterung über die Haltung der Deutschen, des Adels wie der Bürgerschaft, die sich den Aufforderungen der russischen Semstwoleiter, mit ihnen Hand in Hand zu gehen, entzogen haben. Noch trägt die

revolutionäre Bewegung in den baltischen Provinzen den Charakter gewalttätiger Streiks und sich häufig wiederholender Agrarverbrechen; dazu kommen die zahlreichen Angriffe auf Pastoren während des Gottesdienstes. Eine systematische sozialistische Propaganda und die Nachwirkung des von der russischen Beamtenschaft großgezogenen und sorgsam gepflegten Deutschenhasses erklären diese Erscheinungen. Eine Aussicht auf Besserung ist aber vorläufig noch nicht zu erkennen.

In Finland ist die Revolution zum Stehen gekommen, weil man begonnen hat, den Finländern ihre Selbstregierung zurückzugeben, aber auch dort gärt es, und von einem Gefühl der Sicherheit ist man noch weit entfernt. Sind dieses die großen Umrisse der russischen Revolution, so müssen dem düsteren Bilde noch die Untaten der Anarchisten und die offenkundige Meuterei der Flotte hinzugefügt werden. Anarchistische Morde haben sich als Begleiterscheinungen fast überall gezeigt, wo revolutionäre Demonstrationen stattfanden. Man ist aber bereits so abgestumpft, daß die Morde nicht mehr gezählt werden. Wenn aber eben jetzt in nächster Nähe von Zarskoje Sselo eine Fabrik von Wurfbomben entdeckt worden ist, scheint das doch in allerhöchstem Grade beunruhigend.

Die große Frage, vor deren entscheidender Bedeutung jetzt alles übrige zurücktritt, ist die, wie weit die russische Armee noch politisch zuverlässig und treu ist. Schon daß sich die Frage überhaupt aufwerfen läßt, ist schrecklich. Jede Armee der Welt würde darin eine tödliche Beleidigung sehen. Leider steht aber fest, daß die systematische Agitation, die in der Armee getrieben wird, nicht ohne böse Früchte geblieben ist; die Armeebefehle der Generale und zahlreiche Einzelfälle lassen darüber keinen Zweifel. Eine Probe darauf muß die jetzt ausgeschriebene Mobilisierung und danach das Verhalten der nach dem Friedensschluß heimkehrenden Truppen geben.

Fragt man, was unter diesen Verhältnissen zunächst nottut, so scheint uns, daß neben möglichster Beschleunigung der Friedensverhandlungen und Erfüllung des vom Zaren gegebenen Versprechens, eine Volksvertretung zu berufen, vor allem an der Peripherie die Ordnung rücksichtslos und ohne Zögern herzustellen ist. Ist das geschehen, so steigt die Aussicht, auch das Zentrum des Reiches zu beruhigen. Um die Ruhe herzustellen, genügt es, die in Kraft stehenden Gesetze tatsächlich in Wirksamkeit zu erhalten. Wo offene Gewalt

der Justiz und den Verwaltungsorganen entgegentritt, wird offene Gewalt entgegenzusetzen sein, aber Feststellung der Tatsachen, Urteil und Strafe sind nach den geltenden Gesetzen, nicht nach Willkür und in gesetzwidrigen Formen zu verhängen. Das bedeutet allerdings einen Bruch mit der Praxis der letzten Jahre, aber er kann nur zum besten führen. Dazu gerade aber scheint man sich in Petersburg nicht entschließen zu können.

Die Abwicklung der marokkanischen Differenzen geht ihren Weg etwas langsamer als sich erwarten ließ, aber die Lösung der Schwierigkeiten scheint jetzt unmittelbar bevorzustehen. Auch läßt sich im großen und ganzen das Verhalten der französischen Presse nur rühmen. Uns liegt ein Artikel der „Patrie" von Lucien Millevoie vor, der mit den Worten schließt: „Die Republik ist nicht — wie gewisse deutsche Blätter insinuiert haben — der Soldat Englands und wird es nicht sein. Das Foreign office wird nicht über das Blut unserer Kinder verfügen. Mögen die Londoner Blätter die Hoffnung fahren lassen, den Strom des deutschen Verdachtes auf uns abzulenken und auf den Plan verzichten, uns durch eine drückende Solidarität zu knechten.

„Denn auf den Kongressen, welche das Schicksal des Abendlandes und des Morgenlandes regeln werden, werden die Delegierten Frankreichs nur Frankreich vertreten." Auch die einleitenden Abschnitte des Artikels sind durchaus erfreulich. Um so unerfreulicher und gehässiger ist ein Teil der englischen Presse, allen voran natürlich die „National Review". Aber man weiß wirklich nicht, ob man dieser Monatsschrift noch irgendwelche Bedeutung beimessen soll. Jedenfalls steht weder die jetzige englische Regierung hinter ihr noch eine mögliche künftige Regierung, wenn England sich nicht entschließen sollte, Herrn Marsé zum Prime Minister und Sir Rowland Blennerhassett zum Minister des Auswärtigen zu machen.

Über das Kabinett Balfour und über die Liberalen urteilt nämlich die „National Review" in ihrem Juliheft folgendermaßen: Leider müssen wir gestehen, daß unsere eigene Politik in kläglicher Verfassung ist, und das ist um so entmutigender, als keinerlei Aussicht auf Besserung vorhanden ist. Die gegenwärtige Regierung macht Dummheit auf Dummheit und hat ein entschiedenes Talent, alle zur Verzweiflung zu bringen, daher der wachsende allgemeine Wunsch,

sie zum alten Eisen zu werfen. Diese Empfindung wird aber gedämpft durch die tiefe Verachtung, welche die Opposition erregt.

Und zwei Seiten weiter heißt es: „Die jetzige Regierung hat das Land tief enttäuscht und entmutigt; aber so ungeeignet sie auch sein mag, ihre Pflichten zu erfüllen, kann doch niemand eine Besserung von einem Campbell-Bannerman-Kabinett erwarten, mit dem, wie es heißt, die liberalen Imperialisten sich jetzt versöhnt haben, und dem die Union der Freihändler nicht abgeneigt ist. Hat je ein großes Reich vor demütigenderer Wahl gestanden?"

Da bleibt allerdings nichts übrig als Mr. Maxse als Rettung. Aber wir sind nicht boshaft genug, ihn den Engländern zu wünschen.

6. Juli. Unruhen in Jekaterinoslaw. Annahme des deutsch-österreichischen Handelsvertrags. Fürst Bülow verweigert dem Abg. Jaurès die Genehmigung zu einer Marokko-Rede in Berlin.
8. Juli. Landung der Japaner in Sachalin. Die Meuterer des Potemkin übergeben ihr Schiff der rumänischen Regierung.
10. Juli. Rede Rouviers in der französischen Kammer über die Marokkofrage.
11. Juli. Ermordung des Stadthauptmanns von Moskau, Grafen Schuwalow. Verhängung des Belagerungszustandes über Tiflis.
12. Juli. Ernennung Birilews zum Verweser des russischen Marineministeriums.

12. Juli 1905.

Die endgültige Annahme der Marokkokonferenz von seiten Frankreichs läßt sich als eine ebenso erfreuliche wie politisch bedeutsame Tatsache bezeichnen. Sind wir auch keineswegs der vom Abg. Arendt im „Tag" entwickelten Ansicht, daß nunmehr eine deutsch-französische Allianz als nächste Folge zu erwarten sei — das hieße mit den Siebenmeilenstiefeln des Däumlings-Märchens in das Wunderland marschieren —, so glauben wir doch, daß die Wege zu einem erträglichen und friedlichen Nebeneinandergehen geebnet sind. Frankreich hat sich auf seine eigenen Interessen besonnen und die Irrwege verlassen, in welche Herr Delcassé bemüht war, die Nation zu leiten. Herr Delcassé sah die Aufgabe Frankreichs darin, dem Jingoismus bestimmter englischer Kreise als Sturmbock gegen Deutschland zu dienen, Herr Rouvier — und wir dürfen heute wohl hinzufügen, mit ihm das französische Volk — ist anderer Meinung gewesen, und sobald diese Tatsache feststand, war auch sicher, daß der Ausweg aus einer Verwickelung sich werde finden lassen, deren Gefahren sich nicht verkennen ließen. Sie lagen darin, daß wir vor die Wahl gestellt werden konnten, entweder unter kombiniert englisch-französischem Druck eine politische Demütigung hinnehmen zu müssen, oder aber uns unserer Haut zu wehren. Daß wir diese Situation scharf ins Auge faßten und uns nicht scheuten, an dieser Stelle auch die Wahrscheinlichkeiten, die sich als Konsequenz ergeben mußten, mit Namen zu nennen, ist uns vielfach verdacht worden. Namentlich hat

es von englischer Seite nicht an direkt beschimpfenden Entgegnungen gefehlt. Es ist die Unwahrheit lanciert worden, wir hätten gesagt, Frankreich müsse uns als „Geißel" gegen England dienen, und dergleichen Entstellungen mehr. Darauf waren wir gefaßt und heute, da sich in aller Ruhe auf diese Kampagne zurückblicken läßt, sind wir erst recht überzeugt, daß es nützlich war, nicht zu verhüllen und zu diplomatisieren, sondern eine Antwort „ohne Hörner und Klauen", wie Luther sagt, zu geben. Die Lage ist danach klarer geworden, und jetzt zeigt das politische Barometer, wenigstens nach dieser Seite hin, auf schön Wetter.

Es kann jetzt nicht mehr zweifelhaft sein, daß die nächsten Tage die Zusagen der anderen Mächte zur Teilnahme an der Marokkokonferenz bringen werden, und daß die Konferenz weder an der Souveränität des Sultans, noch am Prinzip der offenen Tür rütteln wird. Wir dürfen außerdem darauf rechnen, daß vorsichtig gedachte, mit den nun einmal vorhandenen und nicht über Nacht zu beseitigenden inneren Verhältnissen Marokkos rechnende Reformen dem Sultan empfohlen und eingeleitet werden. Das weitere bleibt abzuwarten. Daß es nicht unsere Absicht ist, Frankreich aus dem Kreise seiner berechtigten Interessen hinauszudrängen, versteht sich von selbst. Eine kluge Politik, die Dauerndes erreichen will, achtet die vitalen Interessen anderer Mächte, und wird nur dort ihnen entgegentreten, wo eigene Lebensinteressen in Frage gestellt werden. Denkt der Partner ebenso, so wird sich allezeit noch ein annehmbarer Ausgleich finden lassen. „Wer Politik sagt, sagt Kompromiß", so etwa urteilte der Fürst Bismarck.

Wie sehr aber in wesentlichen Punkten die deutschen und die französischen Interessen zusammentreffen, ist erst kürzlich wieder recht deutlich zutage getreten: in der Wochenschrift „Africa, the Cape to Cairo journal" schlägt ein englischer Anonymus seinen Landsleuten vor, den Kongostaat zu annektieren. „Weshalb sollten wir nicht?" („Why not?") Das ist die Überschrift des Artikels und der Inhalt sagt kurz und brutal: Belgien kann nichts tun, Frankreich wird nichts tun und Deutschland zählt nicht mit! Sollte es aber wider Erwarten wagen sich einzumischen, so nehmt ihm seine Kolonien! Überhaupt müsse das Ziel sein, ein ganz britisches Afrika! Zum Kaiser von Indien würde der neue Titel Kaiser von Afrika vortrefflich stimmen, und so crescendo weiter!

Das sollte doch zu denken geben. Wir meinen zwar nicht, daß hier eine Stimme des foreign office zu uns spricht, aber wir sehen, bis zu welchem Grade der Erhitzung die englischen Volontärpolitiker durch die Vorstellung gelangt sind, daß sie über Frankreich zu verfügen haben, und wie völlig ihnen aller Respekt vor völkerrechtlichen Verträgen abhanden gekommen ist. In alledem liegt ein Ton von Renommisterei, dessen wir uns als Engländer schämen würden. So reden Trunkene, denen der Rausch der Erfolge zu Kopf gestiegen ist, die England in letzter Zeit dank den japanischen Siegen errungen hat, und die es mit Herrn Delcassés Hilfe weiter zu erringen hoffte.

Und in der Tat, man müßte sich absichtlich verstocken, wenn man nicht zugeben wollte, daß seit dem Beginn des vorigen Jahres Englands Weltstellung beträchtlich stärker geworden ist. Das Fundament dieser Stellung bilden bekanntlich das englisch-japanische Bündnis, durch welches England dem russischen Gegner, ohne auch nur einen Mann zu opfern, den schwersten Schlag beibrachte, den er seit den Tagen des ersten Napoleon zu ertragen hatte, und das englisch-französische Abkommen, auf dessen negative wie positive Bedeutung wir heute nicht eingehen wollen, das aber als eine der Voraussetzungen zu betrachten ist, die den überwältigenden Erfolg Japans und damit Englands erst möglich machten. Als drittes kam dann, ebenfalls in innerem Zusammenhang mit dem russisch-japanischen Kriege, die Neuverteilung und Reorganisation der englischen Flotte hinzu.

Der neueste Jahrgang des „Nauticus“ bringt uns darüber die eingehendste Würdigung von fachmännischer Seite, und wir benutzen die Gelegenheit, unsere Leser auf dieses für jeden Politiker unentbehrliche „Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen“ [1] recht nachdrücklich hinzuweisen. Der „Nauticus“ räsonniert nicht, sondern belehrt sachlich und unparteiisch und damit gerade ist uns am besten gedient. Auf der Basis dieser drei Voraussetzungen ruht nun die kraftvolle und erfolgreiche Politik, die England während des russisch-japanischen Krieges in Süd- und Zentralasien getrieben hat. Die Festsetzung des englischen Übergewichts in Tibet, die Stärkung der Beziehungen zu Afghanistan, die, wie es scheint, den Charakter einer

[1] Berlin 1905. Mittler u. Sohn.

Allianz angenommen haben, das Eindringen des englischen Einflusses in Südpersien und in Arabien, endlich die sehr weit gediehenen Vorbereitungen, welche dahin zielen, aus dem persischen Meerbusen eine englische See zu machen. Das ist gewiß eine ungewöhnlich reiche Ernte für eine politische Arbeitsperiode von $1^1/_2$ Jahren, aber wir müßten sehr irren, wenn nicht weitere, noch bedeutsamere Maßnahmen folgen sollten. Das nächste dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach die Erneuerung und Erweiterung des englisch-japanischen Bündnisses sein. Es gibt in England ernst zu nehmende Politiker, welche es nicht für unmöglich halten, daß dereinst japanische Truppen an der Seite der englisch-indischen Armee die Grenzverträge von 1887 und 1895 revidieren helfen. Der Gedanke, die nördlichen „Glacis" von Indien dauernd zu sichern, wird jedenfalls erwogen, und der jüngste Konflikt zwischen dem Vizekönig Lord Curzon und dem General Kitchener, in welchem bekanntlich der letztere den Sieg davongetragen hat, zeigt deutlich, daß zurzeit die Parole „Indien" für die asiatische Politik Großbritanniens gilt. Nun gibt es freilich in England auch Staatsmänner, die kein Hehl daraus machen, daß ihnen der Sieg Japans zu groß ist. Das Verschwinden der russischen Flotte aus dem Stillen Ozean hat zwar noch nicht dahin geführt, daß Japan als Seemacht um die Stärke Rußlands in diesen Gewässern gewachsen ist, eines aber ist sicher, daß es aus dem Kriege stärker hervorgeht, als es in den Krieg eintrat, und daß Japan in Ostasien nicht nur als stärkste Landmacht, sondern auch als stärkste Seemacht seine Stellung behaupten und erweitern kann. Das aber beunruhigt, da parallel damit auch die japanische Handelsmarine wachsen muß, zumal wenn, wie anzunehmen ist, irgend eine Form japanisch-chinesischer Verständigung sich herstellen läßt. Mit einem japanischen Staatsegoismus wird aber ebenso zu rechnen sein wie mit dem jeder anderen Macht, also z. B. Englands. Die Perspektiven, die sich daraus ergeben, entziehen sich ja heute noch aller Berechnung — nur ist nicht wahrscheinlich, daß über Jahr und Tag jene ostasiatische Welt ebenso aussehen wird wie heute.

Die nächsten Tage müssen uns die Nachricht bringen, daß die Friedensverhandlungen in Washington ihren Anfang genommen haben. Die Unterhändler sind schon auf hoher See und sie bringen unumschränkte Vollmachten mit. Das wesentlichste für

den Augenblick bleibt noch immer der Abschluß eines Stillstandes vor der sich vorbereitenden großen Schlacht. Eine der russischen Armeen (es wird nicht berichtet welche) hat wieder eine höchst zuversichtliche und kriegslustige Erklärung nach Petersburg abgehen lassen. Wir gestehen, daß wir nicht zu erkennen vermögen, worauf sich diese Zuversicht gründet. Die Scharmützel, die regelmäßig in ein weiteres Vorrücken der Japaner ausmünden, berechtigen keinesfalls dazu und ebensowenig, was (freilich aus englischer Quelle) über den in der Armee herrschenden Geist verlautet. Angeblich soll General Linewitsch genötigt gewesen sein, Offiziere zu erschießen, die revolutionäre Proklamationen an die Mannschaften verteilten. Eine dieser Proklamationen ist uns direkt aus der Mandschurei im Original zugegangen. Sie ist für einfältige Gemüter im höchsten Grade überzeugend geschrieben, und es steht allerdings zu befürchten, daß sie nicht ohne ernste Folgen bleiben wird. Das wäre allerdings „du dernier pitoyable", wie der Kaiser Nikolaus I. zu sagen pflegte, wenn er an die Grenzen seiner Entrüstungsfähigkeit gelangt war. Dazu kann als sicher gelten, daß unter den in Japan gefangen liegenden Soldaten revolutionäre Broschüren verbreitet werden, und daß sie über all die ungeheuerlichen Ereignisse, die sich in Rußland vollziehen, auf dem laufenden erhalten werden. Kein Wunder, daß man der Rückkehr dieser Truppen mit Sorgen entgegensieht. Denken wir uns nun eine neue russische Niederlage, oder gar — worauf der militärische Ehrgeiz Japans hinzuzielen scheint — ein russisches Sedan, so läßt sich die verhängnisvollste Rückwirkung auf die inneren russischen Zustände erwarten. Haben wir doch in den letzten acht Tagen Dinge erlebt, die auch der pessimistischste Beurteiler russischer Verhältnisse für unmöglich gehalten hätte. Die Meuterei des „Potemkin", des „Pobenossetz" und der „Wecha", die Gemetzel in Odessa, die Unmöglichkeit, des „Potemkin" Herr zu werden, obgleich die gesamte Flotte des Schwarzen Meeres auf ihn Jagd machte, endlich die Übergabe des meuternden Panzers an Rumänien, das, da es keinen Auslieferungsvertrag zwischen Rumänien und Rußland gibt, die Meuterer laufen läßt und ein Übriges tut, indem es den „Potemkin" dem Zaren — man weiß nicht recht wie man sagen soll — zurückgibt — das ist in Summa ein Bild, wie es kaum finsterer gezeichnet werden kann, und doch kommen noch die schwarzen Tinten

der Matrosenemeuten in den Kriegshäfen von Libau und Kronstadt hinzu. Darf man einem in der „Nowoje Wremja" gedruckten Artikel des Kapitäns Klado glauben, so wären auch damit die tiefen sittlichen Schäden, welche die russische Kriegsmarine zu einer Gefahr für das Reich gemacht haben, noch immer nicht erschöpft.

Die russischen Zeitungen bringen jetzt als regelmäßige Rubrik einen lakonisch gehaltenen Abschnitt: Unruhen und Ausstände. Wir greifen, um ein Beispiel zu geben, den Bericht der „Nowoje Wremja" vom 8. Juli heraus und bemerken dazu, daß es sich um offizielle Depeschen handelt:

Batum: Zwischen den Stationen Ssamtredi und Kapignari ist der Passagierzug durch Aufreißen der Schienen zum Entgleisen gebracht worden.

Batum: Das Eisenbahndepot arbeitet nicht. In der Umgegend der Stadt haben gewaltsame Aneignungen von Krons- und Privatländereien stattgefunden. Es fanden leichte Zusammenstöße zwischen den Usurpatoren und den Eigentümern statt.

Temir Chan Schura: Die Bewohner des Kreises Grosnenski haben 2000 Stück Vieh auf die von einer Privatperson gepachtete Kronswiese Induch-Andisk getrieben, und eine bewaffnete Wache aufgestellt.

Sosnowizi: Heute haben die Fabriken Kop Renard und Puschkin die Arbeit eingestellt. Im ganzen 4000 Arbeiter. In Sawerze ist eine Bande von neun Falschmünzern festgenommen worden.

Saposhok: Auf dem Gute Alekssejewka an der Grenze des Morschanschen Kreises, in dem Bauernunruhen stattfanden, ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Bauern, die Land und höheren Lohn verlangten, und den von ihnen vom Felde verjagten fremden Arbeitern gekommen.

Iwanowo Wosnesensk: Der Fabrikinspektor Swirski hat den Arbeitern die Antwort der Fabrikbesitzer mitgeteilt. Sie hätten sich nicht versammeln können und neue Zugeständnisse nicht gemacht. Die Arbeiter gingen nicht darauf ein, unter den früheren Bedingungen zu arbeiten und erklärten, sie lehnten jede Verantwortung für die Sicherheit der Fabrikanten und Beamten und für deren Eigentum ab. Der Gouverneur ist abgereist. Truppen treffen ein.

Jelisawetgrad: Ansprache des Grafen Ignatiew an die Beamten: „In dem schweren Jahre der Prüfungen, die unser geliebtes

Vaterland durchlebt, ist zu allen Schrecken des Krieges noch Unordnung und Revolte im Innern getreten. Unter anderem auch in Euerem gesegneten Gouvernement. Gerade da Gott eine gute Ernte gesandt hat, haben die Anstifter der Revolten es möglich gefunden, Bauernunruhen hervorzurufen. Keine Regierung kann dulden, daß Besitz und Eigentumsrechte ungestraft gewaltsam verletzt werden. Die einschneidenden Erscheinungen der Revolte konnten der Sorge unseres allergnädigsten Herrn, des Kaisers, nicht entgehen. Auf Seinen allerhöchsten Befehl bin ich hier, um an Ort und Stelle alles zu untersuchen. Der Kampf mit der Emeute kann nur Erfolg bringen, wenn alle Behörden, Institutionen und ehrenwerten Leute zusammenwirken. Wenn Sie mir helfen, meine Herren, hoffe ich die gehörige Ordnung in Ihrem Gouvernement herzustellen."

Jelisawetgrad: Die Hutmacher haben gestreikt. Graf Ignatiew wird noch einige Tage hier bleiben und danach den Kreis bereisen, um mit den Bauern über die agraren Unruhen zu reden.

Batum: Die Abfertigung der Passagierzüge ist wieder unterbrochen. Auf der Warenstation ist der Maschinist eines Schnellzuges, Afanasjew, von Bösewichtern verwundet worden, weil er sich weigerte, den Zug anzuhalten. Das Warenkontor der Eisenbahn hat seine Arbeiten eingestellt.

Lodz: 17 Arbeiter der Weberschen Fabrik sind den Gemeinden, bei denen sie angeschrieben sind, zurückgeschickt worden. In dem vierten Abteil der Fabrik feiern 145 Arbeiter.

Warschau: Die Schlächtergesellen feiern zum zweiten Male, weil ihre Meister die nach dem ersten Ausstande übernommenen Verpflichtungen nicht einhalten. Heute wurde in der Vorstadt Praga in der Radziwillstraße, der Quartaloffizier Karaskin durch vier Revolverschüsse verwundet. Die Verbrecher entkamen. In den letzten Tagen sind zahlreiche Flüchtlinge aus Odessa in Warschau eingetroffen.

Minsk: Im Kreise Nowogrodsk feiern seit drei Wochen die Feldarbeiter. Die Bewegung erstreckt sich auf viele Güter und Ökonomien. Man hat in vielen Orten des Kreises Militär einquartiert.

Werchneudneprowsk: Eben trifft die Nachricht ein, daß die Arbeiter in der metallurgischen Fabrik von Kennst streiken. Ihre Forderungen sind noch nicht bekannt.

Kiew: Das Gerücht von Unruhen in Tscherkassi ist verbreitet. Der Gouverneur von Kiew und Polizeibeamte sind hingereist.

Jekaterinenburg: Die Kronseisenwerke von Nishneiselsk sind geschlossen worden. Die Arbeiter sind entlassen.

Tiflis: Heute wurden allmählich die Läden geöffnet. Zeitungen erscheinen noch nicht. Kosaken und Patrouillen reiten durch die Straßen.

Grodno: Ein unbekannter Verbrecher hat den Quartaloffizier Welishinski durch Revolverschüsse schwer verwundet.

Bialystok: Der allgemeine Ausstand ist beendet. Die Fabrik von Moes, welche geschlossen war, hat die Forderungen der Arbeiter bewilligt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Krementschug: Viele kleine Holzhändler haben beschlossen, zeitweilig ihren Handel einzustellen, da sie die Forderungen der Arbeiter unerschwinglich finden.

Das sind die offiziellen Nachrichten von einem Tage. Stellt man, wie wir es versucht haben, in ähnlicher Weise die Nachrichten von einer Woche zusammen und bezeichnet man sie auf der Karte, so ergibt sich, daß in irgendwelcher Form die revolutionäre Bewegung ganz Rußland umfaßt. Aber der innere und räumliche Zusammenhang fehlt zum Glück noch. Gewiß aber wird darauf hingearbeitet, ihn herzustellen. Die Tätigkeit der revolutionären Propaganda ist im Steigen, nicht in der Abnahme, und bisher vermögen wir die Anzeichen einer Wendung zum Besseren nicht herauszufinden. Was sich erkennen läßt, sind wohlwollende Absichten, keine Taten, die eine Wendung der öffentlichen Meinung herbeiführen könnten. Die konstitutionelle Bewegung, d. h. die Agitation für ein Parlament dringt in immer weitere Kreise, und es läßt sich schon jetzt sagen, daß das maßvolle Bulyginsche Projekt gescheitert ist, bevor es an die offizielle Öffentlichkeit treten konnte. Auch gilt die Stellung des Ministers bereits als unhaltbar. Als sein Nachfolger wurde Herr Schipow genannt, aber auch er gilt bereits als retrograd. Nimmt man hinzu, daß der Eisenbahnverkehr, namentlich so weit es sich um Frachtgut handelt, an wichtigen Mittelpunkten zum Stocken gebracht ist, daß es an rollendem Material fehlt, daß die Ernte in einzelnen Gouvernements und Kreisen (z. B. im Samaraschen und in Atkarsk) völlig mißraten ist und daß endlich die Cholera im Anzuge ist, so läßt sich das Ende der Prüfungen Rußlands nicht absehen. Daß Polen nicht in vollem Aufruhr ist, erklärt sich wohl nur aus der Tatsache, daß noch ungeheuere Truppenmassen dort

stehen und die nationalen Gegensätze die Zuverlässigkeit dieser Truppen steigern. Aber trotzdem ist die Lage dort sehr ernst. Ebenso in Petersburg, wo sich neue Katastrophen vorzubereiten scheinen.

Die Artikel der russischen Zeitungen über die auswärtige Politik Rußlands sind unter diesen Verhältnissen von begreiflicher Unbedeutendheit. Aufgefallen ist uns nur eine Ausführung der „Nowoje Wremja", welche die Frage aufwirft, ob es wirklich den Zeitverhältnissen entspreche, das Blut russischer Soldaten für die Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft in Kreta zu vergießen? Die Antwort darauf kann natürlich nur Graf Lamsdorff geben.

Die Weiterentwickelung der ungarischen Krisis beginnt sehr ernste Sorgen zu machen. Wir haben uns unter diesen Verhältnissen über einen Leitartikel der „Times" gefreut — was nicht eben häufig vorkommt —, der in besonnener und sachlich überzeugender Weise dem Grafen Albert Apponyi entgegentritt, der in einem Schreiben an das Cityblatt den Standpunkt vertreten hatte, daß Ungarn keineswegs die Auflösung der Union mit Österreich anstrebe, aber darauf bestehen müsse, daß das Ungarische als Kommandosprache in der ungarischen Armee anerkannt werde.

Bei uns in England, antworten die „Times", sind die Freunde beider Teile davon überzeugt, daß die Aufrechterhaltung der österreich-ungarischen Monarchie ein wesentliches Bedürfnis für die Stabilität des Friedens in Europa ist. Auch das Gedeihen der beiden Partner hängt daran; wir werden alles beklagen, was sie trennt und schwächt. Wir wollen die ungarischen Angelegenheiten weder von dem schwarzgelben Standpunkte Wiens, noch vom spezifisch ungarischen, sondern von der breiteren Basis aus beurteilen, die man mit Recht die österreichisch-ungarische nennen kann. Graf Apponyi spricht voll Vertrauen vom Ausgange des Kampfes. Ungarn werde, stark in „der uneinnehmbaren Festung" seiner „Legalität", durch organisierten passiven Widerstand sein Ziel erreichen. Aber hat die Majorität auch berechnet, was solch ein Sieg kosten kann? Und was danach geschehen könnte (hier folgen die Hinweise auf die von starken und unbedenklichen Nachbarn drohenden Gefahren, die wir, um nicht polemisch zu werden, übergehen wollen). Die besten Freunde Ungarns sehen mit Unruhe die Aufrechterhaltung einer Politik, die einem Lande, das für sich allein schwach, und wenn der europäische Friede ernstlich ge-

ſtört würde, gefährdet iſt, zu einem nicht mehr gut zu machenden Deſaſtre führen kann. Es mag ja ſein, daß die Zeit gekommen iſt, um das Werk von 1867 ſorgfältig zu revidieren und dabei, aber unter Aufrechterhaltung der Schlagfähigkeit der gemeinſamen Armee, auf die magyariſchen Anſprüche billige Rückſicht zu nehmen. Graf Apponyi und ſeine Freunde werden ſich verdient machen, wenn ſie nach dieſer Richtung hin praktiſche Direktiven geben. Aber, die Vorſchläge, welche der erſte Miniſter in der vorigen Woche machte, ſo höchſt verächtlich zurückzuweiſen, die Vereinbarungen zu gefährden, durch welche Ungarn ſo wunderbar proſperieren konnte, keine klare und annehmbare Alternative zu ſtellen, ein nationales Ideal, das frühere Generationen vernünftig eingeſchränkt haben, ohne Erwägung der Konſequenzen zu verfolgen, und vielleicht die Exiſtenz des Staates durchaus zu gefährden, nur um das Nationalgefühl in einer Frage zu befriedigen, welche weit mehr die Form als das Weſen trifft — das heißt eine ernſte Verantwortung übernehmen, welche unſerer Meinung nach, die Gegner des Baron Fejervary bis her nicht zu rechtfertigen vermocht haben."

Wir haben ähnliche Gedanken oft ausgeſprochen. Aber vielleicht gelten in Peſt die „Times" für weniger voreingenommen. Wir können, was ſie ſagt, Wort für Wort unterſchreiben. Auch uns ſcheint die Haltung Ungarns an den Punkt gelangt zu ſein, der zu einer verhängnisvollen Kriſis führen muß, wenn nicht rechtzeitig ein Rückzug der ungariſchen Doktrinäre ſich vollzieht. Die hundert und einige deutſchen Kommandoworte, die Ungarn ſtreichen will, haben die Bedeutung, daß mit ihnen die Einheit der Armee ſteht und fällt. Tſchechen, Rumänen, Kroaten, Serben, Ruthenen, Italiener und Ladiner ſind, ſobald Ungarn ſeinen Anſpruch durchführt, berechtigt, die gleiche Forderung zu ſtellen, und wir ſehen nicht, wie ſie ihnen dann verweigert werden könnte. Dann aber wird es in Öſterreich-Ungarn auch keine Armee mehr geben, die Ehre und Territorium des Staates verteidigen kann. Das iſt die nüchterne und troſtloſe Konſequenz des nicht nur lächerlich, ſondern gefährlich gewordenen ungariſchen Chauvinismus. Dem Grafen Apponyi wird man ſeine Konſequenz gewiß nicht zur Ehre anrechnen. Konſequenz auf die Spitze getrieben führt wie jede ins Unbegrenzte entwickelte Logik zum Abſurdum. Und Ungarn ſteht hart vor dieſem Abſchluß.

13. Juli Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit König und Kronprinzen von Schweden in Gefle. Schluß der Session des französischen Parlaments. Amnestiedekret des Präsidenten Loubet.

15. Juli Vertagung des österreichischen Reichsrats. Meuterei in Lodz.

16. Juli. Spanien nimmt die Einladung zur Marokkokonferenz an.

18. Juli. Die ungarische Opposition fordert zur Verweigerung von Steuerleistung und Rekrutenstellung auf.

19. Juli 1905.

Die letzten acht Tage haben zwei Ereignisse von außerordentlicher Bedeutung gebracht: das Bekenntnis Herrn Delcassés zur Politik eines Krieges gegen Deutschland an der Seite Englands, und die Ernennung Wittes zum russischen Hauptvertreter bei den Friedensverhandlungen mit Japan in Washington. Beides verdient sorgfältig erwogen zu werden.

Wir stellen dabei zunächst fest, daß es falsch ist, daß Herr Delcassé sich für den „Gaulois" hat interviewen lassen. Er hat sich mit einem Bekannten unterhalten, ohne zu ahnen, daß dieser über das Gespräch dem „Gaulois" einen Bericht schicken werde. Dadurch steigt die Mitteilung natürlich im Wert. Sie war vertraulich, und wohl bestimmt, in der Kammer seine Anhänger zu stärken. Auch hat er sich mit einer Offenheit über sein politisches Programm ausgesprochen, die an gewisse Kapitel der Konfessions von Jean Jaques Rousseau erinnert.

Die Unterhaltung knüpfte an die ihm von den Königen von Italien und Spanien geschickten Porträts an. Der Freund, ein alter Anhänger des Gedankens der union latine, begann mit einem Kompliment: Ihr Programm — die Annäherung der drei lateinischen Nationen und Rassen, Spanien, Frankreich, Italien — muß von allen Geistern gebilligt werden, die um die Zukunft sorgen. Durch ihre Geschichte und ihre Zivilisation sind Frankreich, Italien und Spanien groß; in Hinblick auf die neuen Welten, die emporsteigen und sich organisieren oder bereits den Gipfel erreicht haben, also auf Amerika, Deutschland, Großbritannien, oder die miteinander ringen, wie Rußland und Japan, sind sie verhältnismäßig geringe Einheiten.

„Die Wandlung der Weltpolitik hat mir in der Tat die Politik eingegeben, die ich durch Herstellung voller Harmonie zwischen den lateinischen Mächten zum Triumph geführt habe."

Aber wie steht es mit der entente mit England? Wenn es Leute gibt, die Ihnen Beifall zurufen, fehlt es doch nicht an anderen, welche kritisieren und tadeln. Man fürchtet immer, ein schlechtes Geschäft zu machen, wenn man mit John Bull Hand in Hand geht.

„Eine ernst gedachte und wirksame Politik arbeitet nicht mit Antipathien und Sympathien, mit Erinnerungen, Bedauern oder retrospektiven Betrachtungen. Sie rechnet mit der Gegenwart und mit realen Interessen. Wohin weisen nun unsere Interessen. Nach Deutschland oder nach England? Unsere Handelsbilanz mag die Antwort geben. Wer kauft am meisten von uns? England. Wir verkaufen ihm alljährlich für Hunderte von Millionen. Das zeigt die Handelsstatistik. Die Deutschen aber kaufen nichts, oder doch so viel wie nichts von uns. Dagegen verkauft Deutschland uns alles, was irgend möglich ist. Das gehört zum Alltagsleben der Völker, aber es handelt sich dabei um das tägliche Brot. (Wir können schon hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Souveränität, mit der Herr Delcassé sich über Tatsachen hinwegsetzt, der Großartigkeit seiner weltpolitischen Kombinationen nicht nachsteht. Der Umsatz des deutsch-französischen Handels betrug im Jahre 1902 über 559 Millionen Mark, von denen 253 Millionen auf den Export Frankreichs fielen! Das nennt Herr Delcassé nichts, oder doch so gut wie nichts!)

„Doch um die Diskussion auf einen höheren Standpunkt zu heben und präziser zu fassen: dürfen wir etwa glauben, daß wir England mit Waffen bekämpfen und die erregenden Interessengegensätze zwischen uns offen lassen können? Sie wissen, daß es unmöglich ist, den Engländern die Herrschaft der Meere strittig zu machen: bauen wir ein Schiff, so bauen sie 3, 4 oder 5. Da ist es doch besser, sich der kühlen Vernunft zu beugen, und zu berechnen, was wir für den Preis *scheinbarer*, unsererseits *nicht realer Zugeständnisse*, (Herr Delcassé denkt offenbar an Egypten, wo, wie neuerdings Freycinet in seinem schönen Buch über die egyptische Frage dargelegt hat, die Vereinbarungen des „Abkommens" als rechtlich ungültig zu betrachten sind,) in Anbetracht gewisser Möglichkeiten von Englands Macht erlangen können. Seinem inneren Werte nach

bedeutet diese Hilfe, daß es für Deutschland tatsächlich unmöglich wird, mit uns Krieg zu führen."

Sie haben also — wirft der Freund hier ein — alle Drohungen, die seit dem marokkanischen Zwischenfall, auf die Möglichkeit eines Konfliktes hinweisen, nicht ernst genommen?

„Absolut nicht. Ich frage sie, was würde die entstehende Flotte Deutschlands in einem Kriegsfalle bedeuten, in welchem uns die Hilfe Englands sicher ist? Häfen, Handel, Handelsmarine Deutschlands würden vernichtet werden. Die Bedeutung des Flottenbesuches in Brest, der wohlvorbereitet und berechnet war, und der Gegenbesuch des französischen Geschwaders in Plymouth, der die Demonstration vervollständigen wird, ist die folgende: Die Entente beider Staaten und die Koalition ihrer Marinen schaffen ein Kriegsinstrument, das so formidabel ist, daß weder Deutschland noch sonst eine Macht einer Vernichtung auf der See sich auszusetzen wagen würden. Das Meer ist aber das Element, dessen man heute vor allem Herr sein muß: das hat der Krieg im fernen Osten gelehrt.

Herr Delcassé wurde lebhaft. Er schlug auf den Tisch, und mit Faustschlägen und Sarkasmen fegte er das Schreckgespenst weg, zu dem man den Zwischenfall in Marokko gemacht hatte.

„Hat Marokko sich je um Deutschland gekümmert? und Deutschland je um Marokko? Ist Marokko nicht die natürliche Verlängerung unseres nordafrikanischen Reiches?" Man weiß sehr wohl, bemerkte nun der Freund, daß Marokko nichts war als ein Vorwand, den man nach Mukden suchte und fand. In Summa war die Gelegenheit für Kaiser Wilhelm günstig, um zu versuchen, ob sich das Garn zerreißen lasse, mit dem sie ihn, wie es schien, fesseln wollten. Frankreich mit England alliiert, bedeutete für ihn eine Gefahr der Zukunft.

„Für uns aber bedeutete es eine Stärkung für die Zukunft: gerade im Hinblick auf die russische Allianz, wie sie heute ist, wären wir vielleicht in die Lage gekommen, einen unerwarteten Dienst zu leisten. Denn, mein Herr, verstehen Sie mich wohl. Die entente cordiale war das Vorstadium zur endgültigen Beseitigung der Spannung zwischen Rußland und England; das aber wird immer in der Macht des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten stehen."

„Das war die mögliche Überraschung, welche das gute Einvernehmen zwischen England und Frankreich der Welt vorbehielt. Als ich dafür sorgte, daß die beiden Flotten, die in sich die Seeherrschaft verkörpern, zusammentrafen, öffnete ich einen Ausblick in die Zukunft. Unser, durch die Ratschläge Englands gesteigerter Einfluß gestattete uns, diese letzte Aufgabe anzugreifen, die für lange den Weltfrieden besiegelt hätte. . . . Es sei denn, daß der früher oder später vorauszusehende Kriegsfall zwischen England und Deutschland eintritt, deren große kommerzielle und ökonomische Konkurrenz nunmehr zum Kampf führen muß. Was man nicht verhindern kann, muß man zum eigenen Vorteil kehren."

Ihre Kollegen im Ministerium, wirft hier der Freund ein, haben die Dinge nicht so zuversichtlich angesehen.

Wir wollen hier nicht in aller Breite wiederholen — heißt es weiter im „Gaulois" —, was Herr Delcassé von dem Ministerrat erzählte, der mit seiner Demission abschloß, als er seine englischen Allianzpläne entwickelt hatte.

„Aber Deutschland wird uns angreifen!"

Da hoben alle Minister ihre Arme gen Himmel!

„Nun, so mag Deutschland angreifen! Es fehlt uns nicht an Mitteln, darauf zu antworten."

Den ganzen Dialog mit allem Detail und den Erläuterungen über die marokkanische Frage wiederzugeben, würde zu weit führen. Dagegen ist es nützlich, die kategorische und schneidende Erklärung zu behalten und festzulegen, die Herr Delcassé, dem die Verantwortung überlassen bleibt, über die Annahme der Konferenz machte. Er sagte: „Zur Konferenz gehen, ist ein Fehler, und was für ein Fehler."

„Der Lärm, der in Brest zwischen dem englischen und französischen Geschwader ausgetauschten Salven wird für den Augenblick die Erinnerungen von gestern und die heute ausgetauschten französischen und deutschen Mitteilungen übertönen."

Damit schließt dieser bedeutsame Artikel, den man, bis einmal urkundliche Quellen vorliegen, als ein wichtiges, historisches Dokument zur Geschichte einer zum Glück überstandenen Krisis im Gedächtnis behalten muß.

Das Delcassé-Projekt der französisch-englischen Allianz mit der gegen Deutschland gerichteten Spitze aber ist genau dasselbe, welches

im Aprilheft der „Fortnightly Review“ anno 1901 von einem Publizisten, der „Ignotus“ zeichnete, unter dem Titel „Germany and England“ entwickelt wurde. Wir haben lange vergeblich versucht, festzustellen, wer hinter diesem Pseudonym steckte. Heute ist es kein Geheimnis mehr, daß Ignotus Herr Neton ist, ein Sekretär Delcassés, der unter demselben Pseudonym (Ignotus) die Auslandsrubrik des „Figaro“ redigierte. Nur daß er dort verhältnismäßig ruhig und besonnen schrieb, während er in der „Fortnightly Review“ rücksichtslos, das jetzt gescheiterte Delcasséſche Programm entwickelte. Die Tatsache verdient auch im Lichte jener Delcasséſchen Konfidenzen des „Gaulois“ ganz besondere Beachtung, und wir meinen, nach diesen Enthüllungen wird kein redlicher Mann in aller Welt mehr von einer aggressiven Politik Deutschlands gegen Frankreich reden. Wir standen in der Parade! Daß es vielleicht nützlich ist, die Deckung auch heute noch nicht aufzugeben, mag der nachfolgende Artikel der „France militaire“ zeigen, den wir nach der Übersetzung des „Daily Mail“ vom 14. Juli wiedergeben:

„Heute kann — nein muß — unsere Armee die Deutschen schlagen. Wird das in wenigen Jahren noch der Fall sein? Man kann daran zweifeln; und trotzdem ist der Krieg unvermeidlich. Wir haben zum Glück England auf unserer Seite, es erkennt die Notwendigkeit, mit uns gegen Deutschland zu marschieren. Die englische Presse hat im Verlaufe der gegenwärtigen Krisis einmütig verheißen, daß alle Streitkräfte des britischen Reiches im Notfalle zu unserer Verfügung stehen würden. Wilhelm II. hat nicht verfehlt, von dieser Politik Englands Notiz zu nehmen, und das ist der Grund, weshalb er nicht wagte, den Befehl zur Mobilisierung zu geben, die am 16. Juni bereits ganz vorbereitet war.“

Die „Daily Mail“ findet es nicht nötig, zu dieser neuen Hetzerei, welche lebhaft an den bekannten Artikel der „Navy Gazette“ erinnert, nur ein Wort der Mißbilligung zu sagen. Aber sie gibt als Überschrift „ein abgewandter Krieg“, und daraus darf man wohl schließen, daß sie, vorläufig wenigstens, den Krieg nicht für „unvermeidlich“ hält. Was aber die Bereitschaft zu einer Mobilisierung am 16. Juni betrifft, so sollte ein Fachblatt wie die „France militaire“ doch wissen, daß Deutschland allzeit bereit ist, von heute auf morgen zu mobilisieren.

Wir freuen uns, gegenüber diesen wüsten Stimmen feststellen zu können, daß unsere Beziehungen zu Frankreich jetzt durchaus erfreuliche sind, daß unsere Regierung Herrn Rouvier volles Vertrauen entgegen bringt, und daß, seit die Konferenz definitiv gesichert ist, alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß auch die letzten Schatten schwinden werden.

Der Friedensaktion im fernen Osten sehen wir mit geringerem Vertrauen entgegen. Die Ernennung Herrn Wittes zum Haupt der russischen Unterhändler spricht allerdings dafür, daß, was im russischen Interesse zu erreichen ist, auch erreicht werden wird. Die Schwierigkeit liegt in der Langsamkeit, die notwendig solchen Verhandlungen eignet. Herr Witte nimmt seinen Weg über Paris und hat dann noch die Fahrt übers Meer zu machen. Inzwischen aber stehen die japanischen und die russischen Truppen einander in der Mandschurei gegenüber und jeder Tag kann die unliebsame Nachricht von einer neuen großen Schlacht bringen. Wie die Dinge liegen, ist es kaum möglich, an einen russischen Erfolg zu glauben. Ein Heer erträgt nicht ohne moralische Schädigung eine Kette von Niederlagen, wie sie Rußland hat erdulden müssen. Die Nachrichten, die uns über den Geist der russischen Armee aus zuverlässigen Quellen zugehen, lauten so wenig erfreulich, daß die Befürchtung auftauchen kann, ob nicht die Rückkehr dieser Armee in das europäische Rußland eine neue große Gefahr bedeuten würde. Die Proklamationen der Revolutionäre werden in Massen verteilt und das Verhältnis zwischen Offizieren und Soldaten ist in hohem Grade bedenklich geworden. Fälle von Indisziplin werden übersehen, nicht gestraft, und wenn auch, wie die Zeitungen, nicht die Privatnachrichten sagen, Linewitsch gelegentlich mit großer Strenge eingreifen soll, läßt sich doch nicht erwarten, daß eine wirkliche Wandlung eintritt. Das wäre ein psychologisches Wunder, das wohl nach einer siegreichen Schlacht, nicht aber unter den jetzigen Verhältnissen eintreten könnte.

Doch damit kommen wir in das Gebiet der Mutmaßungen. Eine bittere Realität, mit der Witte sofort zu rechnen haben wird, ist die pekuniäre Lage Rußlands. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß Japan auf eine Kriegsentschädigung verzichten wird. Wie es heißt, will es darauf bestehen, daß Rußland die japanischen Kriegsanleihen

auf das russische Staatsschuldbuch übertragen läßt. Im Jahre 1901 betrugen die russischen Staatsschulden 6629246086 Rubel. Sie sind seither beträchtlich angewachsen und würden durch Übernahme der japanischen Kriegsanleihen weiter wachsen. Eine neue Erhöhung der Abgaben kann als ausgeschlossen gelten, ebenso eine Steigerung der Zölle. Es ist vielmehr zu erwarten, daß, sobald eine Volksvertretung in Rußland zusammentritt — und sie kann nicht mehr umgangen werden — die Zölle für industrielle Produkte erheblich herabgesetzt werden. Danach schreit die russische Landwirtschaft und sie wird gehört werden müssen.

Was also soll geschehen? Einen Staatsbankerott halten wir für unmöglich, es würde dadurch zuviel von der Zukunft Rußlands verspielt werden. Ganz undenkbar ist eine Finanzkontrolle durch die Gläubigerstaaten, davon kann bei einer Macht, wie Rußland es trotz allem bleibt, keine Rede sein. Auch die Aussicht, unter erträglichen Bedingungen Anleihen zu erhalten, ist nicht sehr groß, ganz abgesehen davon, daß die Zinsen neuer Anleihen eine weitere Steigerung der Staatslasten bedeuten. Was also soll geschehen? Man hat daran gedacht, das Rußland gehörende rollende Material der mandschurischen Eisenbahn als Kriegsentschädigung zu verrechnen, aber wir fürchten, daß die Summe nicht langen wird, zumal der größere Teil bereits jetzt japanische Kriegsbeute ist. Was bleibt, sind die ungeheueren natürlichen Schätze Rußlands, namentlich in Sibirien, die noch ungehoben im Boden ruhen, weil die Russen den Unternehmungsgeist nicht gezeigt haben, der sie in lebendige Kraft verwandeln konnte. Und darin scheint die Lösung der Schwierigkeiten zu liegen. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß das Großkapital Amerikas und Europas sich zu Dienst stellen wird, wenn man ihm die Exploitierung Sibiriens freigibt. Vielleicht liegt darin auch der wohlverstandene Vorteil Rußlands. Das wird Herr Witte zu erwägen haben.

Im übrigen sind wir der Meinung, daß die sehr hohen Ansprüche Japans ein Maximum bedeuten, von welchem abzulassen die japanischen Staatsmänner von vornherein entschlossen sind. Auch ist ihre Position weniger günstig, seit sich herausgestellt hat, daß China keineswegs gesonnen ist, sich ganz zu effazieren. Die Chinesen scheinen entschlossen, weder japanische noch russische Interessen, sondern chinesische zu vertreten. Damit aber begeben sie sich auf ein Feld,

auf welchem sie sowohl in Amerika, wie bei den neutralen europäischen Mächten Entgegenkommen und Unterstützung finden werden. Denn über zwei Fragen ist man einig: Aufrechterhaltung der territorialen Integrität Chinas und Behauptung des Prinzips der offenen Tür, und da beides in innerem Zusammenhang steht, halten wir es für ausgeschlossen, daß China eine andere Haltung einnehmen könnte. Es wäre schwer verständlich, wenn die Friedensbevollmächtigten in Washington nicht mit diesen Tatsachen rechnen sollten. Übrigens werden die Wandlungen, die in den inneren Verhältnissen Rußlands bevorstehen, gewiß ihre Reflexe in Washington finden.

Es scheint sicher zu sein, daß Graf Lamsdorff nicht lange mehr im Amt bleibt. Daß Graf Murawiew, der ursprünglich die Verhandlungen in Washington führen sollte, nun doch in Petersburg bleibt, spricht dafür, daß ihm die Nachfolge zugedacht ist. Der andere Kandidat ist der jetzige Gesandte in Kopenhagen, Iswolski. Aber Herr Iswolski hat viele Feinde. Jedenfalls wird gegen ihn gearbeitet. Auch für den Minister des Innern, Bulygin, sucht das Gerücht einen Nachfolger. Diejenigen, welche an der Aufrechterhaltung des autoritativen Systems festhalten, machen den General Trepow zu seinem Nachfolger, die anderen den Fürsten Swjätopolk Mirski, dessen Name allerdings wie die Ankündigung eines neuen Programms wirken würde. General Alexejew tritt definitiv ins Privatleben zurück, Pobedonoszew hat Rußland verlassen und soll ernstlich krank sein, Stössel ist in Untersuchungshaft, Roshéstwenski soll zum Gehilfen des Ministers des Innern ausersehen sein, endlich wird jetzt als Tag, an dem der Semski Ssobor berufen werden soll, der Geburtstag des Großfürsten-Thronfolgers, also der 12. August, genannt. Aber das alles sind Gerüchte, Annahmen, Kombinationen, und die Lage ist nach wie vor unsicher und unklar. Definitiv ist der Rücktritt General Sacharows und die Ernennung des Finländers Rediger zum Kriegsminister, sowie die Bestimmung General Palitzyns zum Chef des Generalstabes. Die Einsetzung des Landesverteidigungsrates, der, wie es heißt, alle Kriegsoperationen kontrollieren soll, stößt auf lebhaften Widerspruch. Die Emeuten in Armee und Marine dauern fort, die Agrarrevolution breitet sich weiter aus, und wenn an einzelnen Punkten, wie in

Moskau, Kursk, Sebastopol, Nikolajew die Zügel etwas straffer angezogen werden, ist das Fortdauern der Unordnungen doch die Regel. In den baltischen Provinzen sind sie sogar im Steigen. Die Regierung schwankt zwischen Liberalen und Altrussen und macht den Vertretern beider Teile Verheißungen. So viel wir verfolgen können, reißt aber überall der linke Flügel der Liberalen die Führung an sich. Die Ermordung des Grafen Peter Schuwalow, der ein Ehrenmann im vollen Sinn des Wortes war, und die stete Entdeckung neuer Bombenniederlagen zeigt, daß die Anarchisten in ihrem ruchlosen Treiben nicht nachlassen, endlich wird der elementare Judenhaß in Südrußland wieder lebendig. Namentlich das massenhafte Ausbleiben der jüdischen Reservisten bei der Mobilisation hat große Erregung wachgerufen. In Tscherkassow sind drei junge Juden, welche Proklamationen aufrührerischen Inhalts verbreiteten, von der Menge ermordet worden usw. Überhaupt geht die Mobilisierung keineswegs so ruhig vor sich, als die offiziellen Mitteilungen sagen. Es ist sogar zu Zusammenstößen zwischen Reservisten und Kosaken gekommen; die Meutereien und Unordnungen in der Marine gehen weiter. In Summa, ein Ende all der Wirren läßt sich noch nicht absehen.

20. Juli. Niederlage des Ministeriums Balfour im Unterhause. Beitritt Rußlands zur Marokkokonferenz.
21. Juli. Attentat auf den Sultan. Witte trifft in Paris ein.
22. Juli. Arbeiterausstand in Petersburg.
24. Juli. Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren in Björkö. Straßenkämpfe in Nishny Nowgorod. Balfour erklärt, daß sein Ministerium nicht demissionieren werde.
25. Juli. Eintreffen des japanischen Delegierten Komura in Newyork.

26. Juli 1905.

In Anlaß der Mission Wittes schreiben die „Petersburger Wjedomosti" (21. Juli):

„Bei Aufrechterhaltung des status quo wird die Lage immer tragischer. Erringen die Japaner neue Erfolge, so sind bei der selbstbewußten Unnachgiebigkeit des Gegners die Schrecken eines sich in die Länge ziehenden Krieges nicht auszudenken. Also: man muß um des allgemeinen Besten willen den Frieden wünschen, sonst steht beiden Mächten unnennbares Elend bevor. Wir wollen hoffen, daß die Japaner das einsehen, und nachdem Gott zugelassen hat, daß wir maßlos und auf lange Jahre gedemütigt wurden, nicht darauf bestehen, ihre zerstörende Einwirkung auf Rußland weiter fortzusetzen: wir haben unerhört und schrecklich gelitten, wir sind beschimpft - nun ist es genug. . . . Es ist für Japan nicht vorteilhaft, uns weiter zu erniedrigen. Und das macht die Mission Wittes doppelt wichtig. Er kann, auf ihren Scharfblick rechnend, die Friedensbedingungen auf der Basis besonders freundschaftlicher Beziehungen zu Japan aufrichten. Versteht sich aber Japan nicht dazu, stellt es unannehmbare Bedingungen und will es durchaus den Krieg fortsetzen, so kann unser Bevollmächtigter von dem realistischen, die weitesten praktischen Ziele verfolgenden Amerika, etwas Größeres erlangen als den Frieden und ein russisch-japanisches Bündnis: die Grundlagen nämlich zu einer engen Verbindung mit den Vereinigten Staaten, die früher oder später einsehen müssen, daß zwei so kolossale Weltmächte, wie sie und wir,

nach unserer bald bevorstehenden Wiedergeburt, wenn sie einander die Hände reichen, eine politische Konstellation schaffen, die durch Glanz, Energie und ökonomische Bedeutung alles verdunkeln würde, was je vorher nach dieser Richtung hin geschaffen wurde."

Ohne dieses interessante Stimmungsbild weiter zu kommentieren, stellen wir ihm zwei andere an die Seite, die gleichzeitig in der „Nowoje Wremja" erschienen sind. Der alte Ssuworin beginnt seinen letzten „kleinen Brief" mit der folgenden Betrachtung: „Vielleicht machen wir wirklich eine Periode des Wahnsinns durch, vielleicht ist es eine natürliche Entwicklung, die mit einer schweren Krankheit verbunden ist. Die Ärzte aber, die uns behandeln, gehören der alten medizinischen Schule an, welche Aderlaß und schwächende Mittel als bestwirkende Medizin verordnet. Ich glaube, diese letztere Annahme ist die richtige. Gute Ärzte aber, welche die neue Schule durchgemacht haben, gibt es entweder nicht, oder sie haben sich noch nicht gezeigt. Der neue Marineminister, Herr Birilew, sagt, es sei unerläßlich, die Flotte zu verjüngen. Ich glaube, daß es notwendig ist, die gesamte Administration zu verjüngen. Wenn die alten Begriffe und die althergebrachten Arzeneien versagen, so kann man mit alten Leuten nicht eine neue Ordnung schaffen. Wir brauchen reife energische Männer, die in dem Alter stehen, da man nicht nur einen neuen Baum pflanzt, sondern auch das Heranwachsen erlebt; Männer, die berechtigt sind, ein langes Leben zu erwarten, nicht solche, die eine baldige Pensionierung wünschen, um sich in Ruhe zu den Vätern setzen zu können. Natürlich muß der Semski Ssobor uns solche Männer geben, sonst wird er nichts oder wenig taugen, aber auch, bevor er zusammentritt, wäre es unzweifelhaft nützlich, eine verjüngte Administration einzusetzen . . . ." Herrn Ssuworins weitere Ausführungen gehen dahin, daß den russischen Ministerien jede Einheitlichkeit der Aktion fehle, und daß ebenso jeder hohe Verwaltungsbeamte seine eigene Politik habe. Wo neue Persönlichkeiten zeitweilig populär würden, nützten sie sich so schnell ab, wie einst in den Tagen der französischen Revolution. Das politische Zentrum sei von Petersburg auf Moskau übergegangen. Petersburg sei der Mittelpunkt der Bureaukratie und arbeite die Reformen aus, Moskau kritisiere sie, berufe Kongresse, schreibe Resolutionen und Konstitutionen, organisiere Bündnisse und stelle Programme für künftige Tätigkeit

auf. Kurz, in Moskau sei die politische bewegende Kraft. Dabei habe die Moskauer Gouvernementssemstwo die Führung, erst von Herrn Schipow, dann von Golowin geleitet. Aber um und neben Moskau seien die Provinzen, und erst wenn sie zu Wort kämen werde man die Quellen der öffentlichen Meinung Rußlands kennen. Daher konzentriere sich alles Interesse auf die künftige Volksvertretung, die Gossudarstwennaja Duma. Die Radikalen hätten das Bulyginsche Projekt für unannehmbar erklärt, aber niemand wisse, wie es nach den vom Ministerrat vorgenommenen Veränderungen aussehe. „Ich werde diese Verfassung annehmen, und wünsche nur, daß sie bald erscheint. Sie ist durchaus notwendig. Mögen die Deputierten und das Leben sie vervollkommen. Sie ist aus dem Haupte Jupiters wie Minerva entsprungen, wozu weiter warten? . . ."

Unmittelbar daran schließt sich ein von S. Glinka gezeichneter Artikel, der folgendermaßen anhebt: „Jeder Tag bringt uns die Nachricht von Morden, Attentaten, Raubanfällen und Brandstiftungen und parallel damit hören wir alltäglich von Unterschleifen, Willkür und ungerechtem Gericht. Wir sind sogar durch übermäßiges Leiden apathisch geworden, und nichts setzt uns mehr in Erstaunen. Und in der Tat, worüber sollten wir uns wundern, nach den Ereignissen des 9. 22. Januar, nach dem Desastre von Mukden, dem Gemetzel von Baku, der Katastrophe von Tsushima, der Meuterei des „Potemkin", der Orgie des Odessaer Pöbels usw.? Einzelmorde und Attentate gehen fast unbemerkt vorüber, als seien das gewöhnliche, gleichgültige Dinge. Und doch zeigen diese großen und auch die verhältnismäßig kleinen Prozesse, sowie unsere Apathie, daß eine schwere Erkrankung des staatlichen Organismus sich schnell entwickelt und daß eine Krisis herannaht, die zum Untergange führen kann, wenn der Staat nicht ausreichende Lebenskraft zeigt, um die Ursachen niederzukämpfen, welche die äußerst komplizierte und gefährliche Krisis herbeigeführt haben." Nun hoffe man alles von der bevorstehenden Berufung eines Semski Sobor, während doch der Zwist in den Reihen der Semstwovertreter und aller Gebildeten zeige, daß man entweder die Gefahr der Krisis gar nicht erkannt habe, oder aber gänzlich unvorbereitet sei, den Zersetzungsbazillus zu bekämpfen. Zahlreiche Versammlungen kämen mit Forderungen, die

offenbar unerfüllbar seien, andere suchten Palliativmittel, von denen sich nichts erwarten lasse. Unerläßlich sei aber, daß alle, welche die Ordnung und den russischen Staat als solchen erhalten wollen, sich verständigen und sich um jeden Preis zu einer Partei zusammentun. Man solle nicht die Regierung durch Vorschlag dieses oder jenes Wahlsystems drängen, sondern im Hinblick auf die allen drohende Gefahr sich über die wesentlichen Fragen verständigen: Erhaltung der Monarchie, Volksvertretung mit Gesetzesinitiative, mit dem Recht die Exekutive und die Reichsfinanzverwaltung zu kontrollieren, darauf komme es an; die Reichsvertretung aber müsse in Wahrheit eine Vertretung der ganzen Nation sein. Das allgemeine, geheime direkte Wahlrecht sei undurchführbar. Was Glinka wünscht, ist eine Vertretung aller produktiven Klassen, jedoch so, daß auch die sogenannten freien Professionen, d. h. die Intelligenz des dritten Standes ausreichende Vertretung fände. Wie das geschehen soll, sagt Glinka nicht. Seine Ausführung mündet in die wiederholte Forderung aus, daß alle Ordnungsparteien zusammenhalten müßten.

Die Schwierigkeit liegt eben darin, daß alles, was in Rußland politisch denkt, sich berufen fühlt, die Aufgaben, welche der Regierung gehören — im vorliegenden Fall also den Verfassungsentwurf — auf sich zu nehmen und eigene Lösungen zu finden. Das Bulyginsche Projekt, das keiner in der offiziellen Fassung kennt, gilt der öffentlichen Meinung schon jetzt als im Prinzip verworfen oder doch als im Prinzip verwerflich, und man denkt sich die Aufgabe der Gossudarstwennja Duma vornehmlich als die einer Constituante. Überhaupt schielt die russische Gegenwart nach der französischen Vergangenheit. Die jüngste Versammlung der Semstwo und Städtevertreter im Palais Dolgoruki in Moskau erinnert lebhaft an die Versammlung des tiers état im jeu de paume und wir meinen auch die künftigen Mirabeaus und Robespierres zu erkennen. Was nottut, ist eine starke, sich durchsetzende Initiative der Regierung, sonst geht alles zum Übelen. Man kann aber in Sorgen die Frage aufwerfen, ob der rechte Augenblick nicht bereits verpaßt ist, da jene erst geduldete, dann verbotene, dann wieder tatsächlich geduldete Versammlung der Semstwo und Stadtdelegierten in Moskau bereits eine Initiative an sich gerissen hat, die ihr nicht gebührt, und durch

einen Aufruf an das Volk den Charakter einer Quasiregierung angenommen hat. Und zwar einer Regierung revolutionären Charakters, denn der vom Kongreß beschlossene Aufruf fordert alle Bevölkerungsklassen, die Bauern ausdrücklich mit eingeschlossen, auf, sich zu versammeln, um über die politische Lage zu beraten, ohne dabei der „Opposition" der Obrigkeit zu achten, und nur überlegenem Machtaufgebot zu weichen. Der von Herrn Rodischew formulierte und von der Versammlung angenommene Schlußantrag aber lautet wörtlich: „Im Hinblick auf die stetige Verletzung der legalen Ordnung resolviert der Kongreß, daß die Rechte der Nation und die Menschenrechte durch friedliche Maßregeln aufrecht zu erhalten sind, wodurch nicht ausgeschlossen wird, daß man den Autoritäten, welche diese Rechte verletzen, den Gehorsam verweigert, selbst wenn sie sich zur Rechtfertigung ihres Vorgehens auf in Kraft stehende Gesetze berufen."

Der innere Widerspruch und die Gefahr dieser Resolution ist nicht zu verkennen. Einmal bleibt es jedermann überlassen, zu entscheiden, wo und wann die Regierungsautoritäten und die geltenden Gesetze das höhere Recht verletzen, das verteidigt werden soll, zweitens aber ist nicht darauf zu rechnen, daß es bei den „friedlichen Maßregeln" bleibt, wo der Widerstand gegen die „Autoritäten" sich geltend macht. Das wäre ein Wunder, das sich nicht erwarten läßt.

Inzwischen weilt Herr Witte noch in Paris, und gewiß sind es wichtige Fragen, die zur Verhandlung stehen, da jede Stunde, die ihm verloren geht, ehe er zu den Friedensverhandlungen eintrifft, die Lage zu seinen Ungunsten modeln kann. Die russischen Stimmen, die wir oben reden ließen, zeigen, daß die Hoffnungen, die auf eine Wandlung der militärischen Lage gerichtet sind, nicht eben groß sein können, und daß die hochtönenden Worte, die aus den Manifesten der mandschurischen Armee nach Rußland hineinklingen, so gut wie wirkungslos hingegangen sind; wir haben keinerlei Anlaß, optimistischer zu urteilen. Vielmehr lauten die Privatnachrichten, die neben den offiziellen in den russischen Zeitungen veröffentlicht werden, wenig hoffnungsfroh. Auch muß bei Einschätzung der politischen Gesamtlage doch immer in Rechnung gebracht werden, daß die Verhandlungen, welche zurzeit zwischen London und Tokio schweben und deren Ziel eine Erneuerung, Erweiterung und Stärkung der englisch-japanischen Allianz ist, offenbar den Japanern den Nacken steifen

müssen. Die Hoffnungen aber, die man in Rußland auf den Zusammenbruch des Ministeriums Balfour richtete, scheinen nicht in Erfüllung gehen zu wollen. Trotz des Mißtrauensvotums, das dem Kabinett am letzten Freitag zu teil wurde, kann als sicher angenommen werden, daß es im Amte bleiben wird. Mr. Balfour hat noch immer eine Majorität von 70 Stimmen zur Verfügung und kann sich allerdings darauf berufen, daß er nur durch eine wohlberechnete Überrumpelung geschlagen wurde, wenngleich nicht ohne Interesse ist, daran zu erinnern, daß vor fast genau zehn Jahren, im Juni 1895, Lord Salisbury durch ein solches Zufallsvotum die Konservativen zur Herrschaft führte, die sie bis zum heutigen Tage behauptet haben. Viel wichtiger ist es jedoch, die Gründe kennen zu lernen, durch welche die Presse des Ministeriums die Notwendigkeit rechtfertigt, die Konservativen im Amt zu belassen. Sie sind durchweg der auswärtigen Politik entnommen. Und in der Tat, ein Programm innerer Politik hat das Ministerium nicht, seit das fiskalische Programm Chamberlains sich als praktisch undurchführbar erwiesen hat. Die „Times" formulieren sich über diese Fragen dahin, daß die inneren Mißstände, die ein Kabinettswechsel zur Folge haben müßte, gering seien im Vergleich zu den übelen Wirkungen nach außen hin. „Wichtige Verhandlungen schweben zwischen England und Japan. Sie könnten von niemandem so vorteilhaft geführt werden, wie von Lord Lansdowne, der von Anfang an alle Fäden in Händen hat. Daneben gehen aber die Friedensverhandlungen und es ist von hoher Wichtigkeit, daß unser Einfluß in der Richtung fortwirkt, die Lord Lansdowne eingeschlagen hat. In Südafrika hat Lord Selborne kaum Zeit gehabt, seine Aufgabe in Angriff zu nehmen, und eine große Burenpartei spekuliert auf die Unordnungen, welche ein Systemwechsel zur Folge haben werde. . . . In Summa, so stark die persönlichen und parlamentarischen Erwägungen sein mögen, die für den Rücktritt Mr. Balfours sprechen, die allgemeinen (public) Gründe, die dafür sprechen, daß er seine Stellung noch einige Zeit behaupte, überwiegen vielleicht (perhaps outweigh them). Sicher ist jedenfalls, daß Mr. Balfour alle persönlichen Empfindungen der Rücksicht auf das allgemeine Beste **und den Vorteil der Nation opfern wird.**"

Das ist um eine Schattierung farbloser ausgefallen, als wir von den „Times" erwartet haben, aber es läßt sich nicht verkennen,

daß die Erwägungen, die der auswärtigen Lage entnommen sind, für sie den Ausschlag geben. Weit schärfer rückt der „Standard" diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund. „Er wäre außerordentlich riskiert — schreibt er —, wenn der Kabinettswechsel mit den wichtigen Verhandlungen zusammenfiele, die zwischen Petersburg und Tokio stattfinden, oder mit der noch ernsteren Krisis, die auftauchen kann, wenn beide kriegführenden Mächte die Waffen niedergelegt haben (with the still graver crisis that may arise when etc.). Der zeitweilige Zusammenbruch von Rußlands militärischer Stärke — den wir nicht für etwas Dauerndes halten —, hat bereits die Gruppierung der großen europäischen Mächte über den Haufen geworfen und gestört. Der Abschluß des Friedens kann eine noch gefährlichere Krisis bringen als der Ausbruch des Krieges sie brachte. Vor allem ist unerläßlich, daß unsere Eventualallianz mit Japan in eine wirksame Verständigung zu gegenseitiger Verteidigung in Asien umgewandelt wird: die wahrscheinlichen Folgen, die solch eine Vereinbarung auf unsere Beziehungen in Europa haben muß, brauchen wir wohl nicht auszuführen." Der „Daily Telegraph" fügt diesen Gründen, die er zum Teil verstärkt aufnimmt, noch den Stand der Marokkofrage hinzu. „Da haben wir noch — schreibt er — die schwere See, die dem Marokkosturm gefolgt ist, sie hat sich bisher noch nicht soweit beruhigt, daß man es bemerken könnte," und fast genau so spricht sich der „Daily Graphic" aus.

So kann kein Zweifel sein, daß wir es mit der Parole zu tun haben, die von den in ihrer Stellung bedrohten Anhängern des Ministeriums ausgegeben ist. Der Schwerpunkt fällt dabei auf die angekündigte gefährlichere Krisis, die nach Beendigung des russisch-japanischen Krieges kommen könnte und die in der Art der Formulierung fast wie ein sicher bevorstehendes Ereignis erscheint. Prüft man die Lage auf diese Ankündigung hin, so kommt man zu den folgenden Schlüssen. Daß Japan und Rußland nach geschlossenem Frieden Ruhe halten werden, schon um sich von den Anstrengungen und Opfern zu erholen, die der Krieg beiden Teilen, zumal aber Rußland gebracht hat, liegt in der Natur der Dinge. An der Friedensliebe der Vereinigten Staaten haben die mehrfachen und außerordentlich bestimmten Erklärungen des Präsidenten Roosevelt keinen Zweifel

gelassen. Daß Österreich-Ungarn an keine politischen Abenteuer denkt und ebensowenig wie Rußland die orientalische Frage zu einer Krisis treiben will, steht unbedingt fest. Italien und Spanien leben ganz den Problemen ihrer inneren Politik, die schwedisch-norwegische Krisis geht einer Lösung entgegen, die sicherlich eine friedliche sein wird. Es handelt sich nur darum, die Formen zu finden, mit denen beide Teile sich zufrieden geben können. Von den Großmächten, und es kommen ja wohl nur diese in Frage, bleiben so noch drei übrig: Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Wir halten es für überflüssig, über den friedlichen Charakter unserer Politik auch nur ein Wort zu verlieren. Sie hat noch jüngst in dem sehr weitgehenden Entgegenkommen, das sie in der marokkanischen Frage gezeigt hat, davon einen Beweis gegeben. Aber allerdings, wer Konfliktsmomente sucht, wird darauf hinweisen können, daß die Lösung der Marokkofrage in einem sich verlangsamenden Tempo vor sich geht. Wir können die Anlässe hierfür nicht mit Sicherheit erkennen. Sehen wir richtig, so sind es die im Bureau des Quai d'Orsay weiter wirkenden Traditionen der Delcasséschen Politik; gewisse vielleicht von außen kommende Einflüsse, welche die nationalistischen und chauvinistischen Stimmen verstärken, die Tatsache ferner, daß die Delcasséschen Erklärungen im „Gaulois" unwidersprochen geblieben sind: weder in England noch in Frankreich hat man es möglich gefunden, sie zu dementieren, wohl in der Befürchtung, daß Herr Delcassé dann nur um so nachdrücklicher wiederholen würde, daß er alle Trümpfe zum Gewinnen seines Spiels in Händen gehabt habe. Aber selbst wenn wir diesen Fall annehmen und als weiteres Moment die Ermunterung hinzufügen, die von jenseit des Kanals kommt und den Franzosen rät, das Programm des englisch-französischen Abkommens zu behaupten und mit Englands Hülfe auf dem Marokkokongreß durchzusetzen, sehen wir darin zwar eine verdrießliche Verschleppung und eine Minderung der Aussichten, die anfänglich auftauchten und auf eine freundliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland hinwiesen, keineswegs aber die Gefahr einer Krisis, die sogar ernster **sein soll als die russisch-japanische im Jahre 1904.**

Wo also droht diese Krisis und nach welcher Seite hin richtet sich die Sorge der englischen Imperialisten? Es ist nicht möglich, sie wo anders zu finden als in den Tendenzen, die von den Heiß-

sporen dieses Imperialismus selbst vertreten werden. Wir haben heute vor acht Tagen unseren Lesern neue Proben desselben vorgelegt, aber gemeint, daß wir es mit dem Eifer unberufener politischer Amateure, nicht mit der englischen Regierung als solcher zu tun hätten. Uns kann es an sich absolut gleichgültig sein, ob England von den Liberalen oder von der Partei regiert wird, die man hergebrachterweise die konservative nennt. Was früher in England konservativ hieß, gibt es seit 1867, also seit bald vierzig Jahren nicht mehr. Aber das kann uns allerdings nicht gleichgültig sein, wenn die regierende Partei eine internationale Krisis ernstester Art als unmittelbar bevorstehend ankündigt und die Wortführer der öffentlichen Meinung dabei an Deutschland exemplifizieren. Nur läßt sich die Frage aufwerfen, wie weit derartige Kundgebungen ernst zu nehmen sind, und da ist doch gleich darauf hinzuweisen, daß sie mehr für England als für die Außenwelt berechnet sind, auch weniger den Zweck verfolgen, politisch über eine wirklich drohende Gefahr aufzuklären, als vielmehr eine Vorstellung zu erwecken, die dem politisch denkenden Engländer das Verbleiben des Kabinetts Balfour im Amt als wünschenswert erscheinen läßt. Damit gewinnt dann freilich alles ein anderes Gesicht und die großen Worte, die gefallen sind und wohl noch fallen werden, lassen sich zu anderen großen Worten legen, die gesprochen, besprochen und **vergessen worden sind.**

Daß der Sultan beim letzten Selamlik der Gefahr eines mörderischen Attentates entgangen ist, wird, ganz abgesehen von der rein menschlichen Genugtuung über das Mißglücken des Anschlages, auch vom allgemeinen politischen Interessenstandpunkt aus betrachtet, als ein Glück bezeichnet werden müssen. Das plötzliche Ausscheiden Abdul Hamids aus der Reihe der wirksamen Kräfte hätte gerade jetzt eine große Erschütterung in der Welt des Islam und leicht auch auf der Balkanhalbinsel zur Folge gehabt. Er hat trotz allem die drohende Balkankrisis nicht zu voller Ausbildung gelangen lassen und der drohenden arabischen Bewegung gegenüber, die von unberechenbarer Tragweite werden konnte, doch große Energie gezeigt. Jetzt sind seine Truppen im Begriff sich Sanas zu bemächtigen, und damit dürfte eine endgültige Wendung zum Besseren **angebahnt sein.**

Da wir schließen läuft die Nachricht von der Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren ein. An der finländischen Küste haben auf „Hohenzollern“ und „Polarstern“ beide Monarchen einander die Hände geboten, und das ist gewiß ein politisches Ereignis von Bedeutung: es zeigt, daß der russisch japanische Krieg und die schweren Sorgen, welche die inneren russischen Angelegenheiten gebracht haben, die persönlichen Beziehungen beider Herrscher eher gestärkt als gemindert haben. In der Not erkennt man den Freund, ist ein Wort, dem fast alle Sprachen sprichwörtliche Fassung gegeben haben. So sehr entspricht es einer uralten Erfahrung. Deutschland und Rußland, deren geographische Nachbarschaft gewiß größere Interessen gemeinschaft als — überall vorhandene — Interessengegensätze geschaffen hat, haben allezeit sich dann am besten befunden, wenn der eine Teil das Gedeihen des anderen zu fördern bemüht war. Dem Vertrauen, das so entstanden ist und der guten Gesinnung, die dem Vertrauen entgegenkam, ist diese Kaiserzusammenkunft entsprossen. Es ist müßig, andere Beweggründe zu suchen. Die Sorge und das Mißtrauen, die nach geschäftigen Telegrammen an anderer Stelle zum Ausdruck gekommen sind, werden gewiß durch die Tatsachen widerlegt werden. Über die Gespräche der Monarchen zu konjekturieren, ist billige und wertlose Arbeit. Es lohnt nicht, sich damit zu beschäftigen.

27. Juli. Witte schifft sich in Cherbourg nach Portsmouth ein.
28. Juli. Einberufung der französischen Nationalversammlung auf den 26. Januar 1906 zur Präsidentenwahl. Siege der Türkei in Yemen.
31. Juli. Kaiser Wilhelm in Kopenhagen.
2. August. Zusammenstoße von Kosaken und Arbeitern in Noworossijsk.

2. August 1905.

Daß drei englische Geschwader die Absicht haben, in der Ostsee zu manövrieren, und etwa im September vor Swinemünde und Neufahrwasser erscheinen werden, hat einige unserer Zeitungen nervös gemacht. Aber in Anbetracht dessen, daß, wie sich nicht bezweifeln läßt, die englische Regierung die selbstverständliche Höflichkeitspflicht, vorher bei unserer Regierung anzufragen, erfüllt haben wird, eine Taktlosigkeit also nicht vorliegen kann, scheint uns weder ein Grund zur Beunruhigung noch ein Anlaß zu Reklamationen vorzuliegen. Vielleicht ist sogar in diesen Übungen der britischen Geschwader in unseren Gewässern die Absicht der englischen Regierung zu erkennen, den provokanten Reden gewisser hoher Beamter und den drohenden Ankündigungen der Blätter vom Schlage der „Army and Navy Gazette" dadurch ein recht augenfälliges Dementi zu geben, daß sie vertrauensvoll ihre Kanalflotte in unsere Hände gibt. Denn in der Tat, wenn dieses Geschwader sich mit feindseligen Absichten trüge, könnte die englische Admiralität nichts Unklügeres und Gefährlicheres tun, als es in die Mausefalle zu schicken, zu welcher die Ostsee wird, sobald man ihre Ausgänge sperrt. Das aber ist durch Versenken von Schiffen und Legung von Minen allezeit möglich, und würde im Falle der Not selbstverständlich geschehen. Nun denke man sich die Lage einer so eingeschlossenen englischen Flotte. An Landungen ist nicht zu denken. Kohlenniederlagen hat England in der Ostsee nicht, eine Neuproviantierung ist ausgeschlossen — kurz, es ist so lächerlich, an feindselige Absichten zu denken, daß es uns nicht

wundern würde, wenn bei der erhitzten und mißtrauischen Stimmung der englischen Kinges jene Übungsfahrten in der Ostsee noch den Anlaß zu neuen Sensationen geben sollten. Wenn wir unsere Flotte zu Übungen in die irische See schicken wollten, was im Prinzip allezeit bei Beobachtung der hergebrachten Formalitäten möglich ist, wäre die Lage genau entsprechend. Aber das ist nicht üblich, ganz wie es bisher nicht üblich war, daß die Kanalflotte bei uns ihre Übungen vornahm. Mit Flottenbesuchen, wie auch wir sie an der irischen Küste gemacht haben, liegt es natürlich anders: aber soviel wir hören, ist ein Besuch in einem unserer Häfen nicht beabsichtigt, und dabei wird es wohl auch bleiben. In Summa, die ganze Affäre hat nur die Bedeutung, die man ihr geben will, an sich ist sie absolut gleichgültig, und eine Gefahr stellt sie jedenfalls nicht dar.

Die völlig haltlosen Gerüchte, daß Deutschland aus dem baltischen Meer ein mare clausum machen wolle, aber widerlegen sich durch die Erwägung, daß wir nicht den geringsten Vorteil von einer solchen, zudem kaum ausführbaren Neuerung hätten. Kein Mensch bei uns hat daran gedacht und wir freuen uns, feststellen zu können, daß der „Standard" im Leitartikel seiner Montagsnummer überaus sympathisch über die deutsch-englischen Beziehungen spricht. Auch er klärt jene Gerüchte für unglaubwürdig. „Es gibt — schreibt er — politische Gegensätze zwischen Deutschland und Großbritannien, Rivalitäten der handelspolitischen und kolonialen Interessen. Aber wenn wir die Weltkarte prüfen und die Geschichte des letzten Jahrhunderts durchblättern, finden wir keinerlei Grund zu ernstem Streit." Gewiß, das ist die Ansicht, für die wir seit langen Jahren eingetreten sind, und es soll uns eine große Genugtuung sein, wenn einmal die öffentliche Meinung Englands sich zu dieser Überzeugung durchringt.

Die jetzt im Originaltext vorliegenden Debatten, die am 24. Juli im Oberhause zwischen Lansdowne einerseits, Earl of Spencer und Lord Rosebery andererseits, im Unterhause zwischen Balfour und den Hauptwortführern der Opposition Campbell Bannerman, dem Nationalisten Redmond, Asquith und Churchill stattfanden, sind außerordentlich interessant und lassen keinen Zweifel darüber, daß die Erbitterung und Ungeduld der Opposition einen Kul-

mination spunkt erreicht hat. Die Taktik der Regierung ging dahin, die Fragen der auswärtigen Politik von der Debatte fernzuhalten, aber Rosebery im Oberhause und alle oppositionellen Redner im Unterhause wiesen mit großer Hartnäckigkeit darauf hin, daß der Prime Minister die auswärtige Lage als gefährlich bezeichnet habe, und bestritten den Anspruch der regierenden Partei, ein Weisheitsprivileg auf diesem Felde zu besitzen. Das sei eine unerhörte Anmaßung (Churchill: the pretence is a sham, and in my judgment a most dishonest sham!) Wenn jetzt die Lage als kritisch dargestellt werde, so sei in den zehn Jahren, seit die Partei am Ruder sitze, das allezeit die Parole gewesen. Mit dem Jameson-Streit habe es begonnen, dann habe man experimentiert, bald im Frieden, bald im Kriege. Später sei die Entente mit Frankreich gekommen, und jetzt habe man den russisch-japanischen Krieg. Sei das einmal erledigt, dann werde es sich um die Friedensfrage handeln, und wenn das alles zu Ende sei, werde man sich mit den perennierenden südafrikanischen Angelegenheiten zu schaffen machen. Solle das alles noch zum Abschluß gebracht werden, so müsse das Ministerium weitere zehn Jahre im Amt bleiben usw.

Natürlich war alles Reden vergeblich. Die Regierung hatte diesmal ihre Majorität beisammen, und so fand schließlich nicht einmal eine Abstimmung statt. Unter lautem Jubel der Anhänger Balfours vertagte sich das Haus, nachdem der Redekampf etwas über fünf Stunden gedauert hatte. In den nächsten Sitzungen wollte die Opposition obstruieren und die zahlreichen Anträge, die von außen her an das Unterhaus gelangt waren, nicht zur Erledigung gelangen lassen. Der Protest des Führers der Arbeiterpartei, die gerade an diesen Anträgen besonderes Interesse nahm, führte aber zu dem vernünftigen Beschluß, diese Taktik aufzugeben, und so hat denn das Parlament weiter gearbeitet, als ob nichts geschehen sei. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß trotz ihres schließlichen Sieges die Konservativen aus dem Kampfe wesentlich geschwächt hervorgegangen sind. Aber darum können wir den Gerüchten, die von Neuwahlen im Herbst wissen wollen, doch nur geringen Glauben schenken. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß bis 1907 alles beim alten bleibt, und damit wird die Welt zu rechnen haben.

Etwas früher, vielleicht auch gleichzeitig, muß in Frankreich

eine bedeutsame Entscheidung fallen. Präsident Loubets Jahre neigen sich dem Ende zu und es heißt, daß er entschlossen ist, nicht das Ablaufen seiner Zeit abzuwarten, sondern schon vorher zurückzutreten. Jaurès hat neuerdings mit großer Bestimmtheit den 26. Januar 1906 als den Tag angegeben, an welchem die Berufung zur Präsidentenwahl stattfinden werde. Nun ist ja seit den Tagen Grévys der Präsident der französischen Republik genötigt, eine politisch passive Rolle zu spielen. Er repräsentiert die Republik dekorativ nach außen, wirkt bei der Komposition der Ministerien mechanisch in hergebrachten Formen und ist im übrigen machtlos. Sogar der König von England übt, trotz der Schranken, die ihm die Praxis des britischen Parlamentarismus gezogen hat, einen größeren Einfluß aus. Er ist eben ein Monarch, der auf Grund des Erbrechts herrscht und empfängt von der Nation mehr als Ehrenbezeugungen auf eine kurze Reihe von Jahren. Aber für ausgeschlossen halten wir es nicht, daß auch in Frankreich ein Präsident, der Ehrgeiz und festen Willen besitzt, einmal zu wirklichem Einfluß gelangt: schon der Gebrauch des ihm zustehenden Vetorechts müßte seine Stellung wesentlich heben. Auch sind wir überzeugt, daß die Franzosen es nicht ungern sehen würden, wenn eine kräftige Hand gelegentlich eingriffe. Unter einem selbstbewußten Präsidenten wäre, um ein Beispiel anzuführen, die Rolle, die Herr Delcassé gespielt hat, schwer denkbar gewesen. Es ist daher interessant, daß als Präsidentschaftskandidaten jetzt die Herren Doumer und Combes genannt werden, denen beiden ein scharf ausgesprochener politischer Wille nicht abgestritten werden kann. Aber da bis zur Entscheidung mindestens noch ein halbes Jahr hingehen muß, läßt sich über die Aussichten des einen wie des anderen nichts vorhersagen: bis dahin können wir einer ganz neuen Situation gegenüberstehen, da Frankreich seine Staatsmänner erstaunlich schnell zu verbrauchen pflegt. Im Augenblick aber interessiert in Paris und London nichts mehr als die Zusammenkunft in Björkö, und da das Geheimnis der zwischen dem Zaren und Kaiser Wilhelm gepflogenen Unterredungen diskret gewahrt worden ist, ergeht man sich in Konjekturen, die zum großen Teil einen entschieden bösartigen Charakter tragen. Das ärgste in diesem Genre ist uns in einer Petersburger Korrespondenz des „Journal des Débats" entgegengetreten, das der vornehmen Art, in der es früher politische Probleme anzufassen pflegte,

immer häufiger untreu wird. Es liegt das zum Teil an einem Übelstand, den die französischen Zeitungen mit den englischen teilen. Auf den Redaktionen werden keine anderen als französische und englische Zeitungen gelesen. Für die übrige Welt verläßt man sich auf Korrespondenten, von denen dann die Redaktion in Abhängigkeit gerät, da sie völlig außer stande ist, sie zu kontrollieren. Was sie nicht melden, existiert für die Redaktion nicht, und namentlich sachliche Zurechtstellungen werden niemals gebracht. Kein Wunder, daß sich so unausrottbare politische Legenden bilden, wie sie in England in betreff der angeblichen Invasionspläne Deutschlands umlaufen, und wie Frankreich sie sich in der Marokkofrage konstruiert hat. Solche Legendenbildung ist auch jetzt über die Fahrt Kaiser Wilhelms nach Schweden und Dänemark und über seine Zusammenkunft mit dem Zaren im Werden. Das „Journal des Débats" läßt seinen Lesern z. B. die folgenden Konjekturen aufbinden: 1. Kaiser Wilhelm habe vor acht Jahren versprochen, Rußland gegen jedermann zu verteidigen und habe es dann im japanischen Kriege im Stich gelassen. 2. Kaiser Wilhelm habe Rußland veranlaßt, die Mandschurei und Port Arthur zu besetzen „et l'on sait les affreux désastres attirés sur nous par ses perfides conseils." Natürlich muß dann 3. Kaiser Wilhelm auch die Schuld am Burenkriege tragen.

Dieser wackere Korrespondent kommt dann zur Erwägung der Frage, was wohl in Björkö verhandelt worden sei. Er gesteht es nicht zu wissen, aber *ahnt*, das die Einladung von Kaiser Wilhelm ausgegangen sei, und hält es „*für unbedingt sicher*" qu'il a voulu **exposer tout un plan de conduite à Nicolas II.**

Den Zaren von der französischen Allianz lösen habe der Kaiser nicht gewollt, das sei an sich unmöglich, da Nikolaus II. unerschütterlich an seinem Wort zu halten pflege; *wahrscheinlich* aber habe er ihn gegen England aufreizen wollen. Von Marokko sei *gewiß* nicht gesprochen worden, da Rußland sich für diese Frage nicht interessiere. Aber *vielleicht* habe er erklärt, keine Republik in Norwegen dulden zu wollen, *vielleicht* auch einen deutschen Prinzen zum König von Norwegen und damit Norwegen zu einer deutschen Provinz zu machen gesucht. „Il n'y aurait là, certes, rien d'impossible."

Unzweifelhaft aber stehe fest, daß beide Herrscher über den japanischen Krieg und über die Verfassung gesprochen hätten. Zu

der Kriegsfrage aber könne der Kaiser nichts bieten, denn erstens sei Deutschland japanisch gesinnt, dann pflege der Kaiser sich stets dem Stärkeren zuzuwenden, endlich, wenn er auch seine Flotte nach Osten schicken und sich ein zweites Tsuhima holen wollte, würden ihm schon vorher die Engländer den Weg verlegen. So werde er sich mit einer strategischen Vorlesung und mit dem Rat begnügt haben, Krieg à outrance zu führen, weil er dadurch die „Gelben demütige" und die Russen schwäche. Darüber sei nun ganz Rußland in Verzweiflung, denn es schreie nach Frieden.

Aber das sei noch nicht das Schlimmste. Im Hinblick auf die Gefahren, welche unter Umständen die Unruhen in Rußland für Preußen bedeuten könnten, werde er die reaktionärsten Ratschläge gegeben haben, damit der Absolutismus voll hergestellt werde. Endlich — mais je ne puis le croire — gebe es Leute, welche glaubten, Kaiser Wilhelm habe dem Zaren seine Armee zur Bändigung Polens und wenn nötig, auch zur Bändigung der russischen Revolution angeboten. Den hier anknüpfenden Schluß geben wir wörtlich wieder: „Wenn er eine solche Ungeheuerlichkeit gesagt haben sollte, scheint es mir evident, daß Nikolaus II. die Unterredung sofort abgebrochen hätte. Und dennoch, seit langen Monaten vermuten gewisse Persönlichkeiten hier, daß die gegenwärtige Krisis jene furchtbare Möglichkeit zur Folge haben könnte. Wir können nicht daran denken, ohne zu schaudern, denn dann wäre Nikolaus II. verloren, und das ganze Rußland werde sich gegen den Eindringling erheben. Sollen wir in Osteuropa ein neues 1792 erleben? Wer kann es wissen?"

Damit schließt diese Korrespondenz, die sich wohl kurzweg als eine bewußte Schlechtigkeit bezeichnen läßt. Es lohnt auch nicht, ein Wort der Entgegnung daran zu knüpfen, sie widerlegt und richtet sich selbst. Es ist jene Gesinnung, die Mr. Andrew D. White in seiner vortrefflichen Selbstbiographie mit den Worten brandmarkt „prostitution of the press to sensation-mongering".

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß bis zur Stunde sich über die Kaiserzusammenkunft nicht mehr sagen läßt, als wir vor acht Tagen an dieser Stelle sagten, daß aber gewiß nicht übersehen werden darf, daß alle Zusammenkünfte Kaiser Wilhelms mit den benachbarten Herrschern in Rußland, Schweden, Dänemark als Beweis dafür gelten dürfen, daß unsere Beziehungen zu diesen Mächten die

allerbesten sind. Darüber aber braucht sich wohl niemand aufzuregen, denn solche Beziehungen sind die einzig normalen. Was aber den russisch-japanischen Krieg und die inneren russischen Angelegenheiten betrifft, so liegt wohl auf der Hand, daß jetzt die Entscheidung von der Konferenz in Amerika zu erwarten ist, und daß diese Erklärung des Zaren: „Das russische Volk kann sich auf mich verlassen; niemals werde ich einen schimpflichen oder des großen Rußland unwürdigen Frieden schließen", nur sagt, was absolut selbstverständlich ist. Aber sicher irrt, wer daraus den anderen Schluß ziehen wollte, daß Rußland dem Frieden keine Opfer bringen werde. Ohne Opfer ist er nicht zu haben, von da bis zu einem schimpflichen Frieden aber ist ein weiter Sprung, den Rußland nicht zu tun braucht. In betreff der inneren Angelegenheiten anderer Staaten aber ist es alter preußischer Grundsatz, nicht ungefragt Ratschläge zu erteilen, ganz wie es russischer Grundsatz ist, nicht den Rat anderer einzuholen. Daß trotzdem eine Unterhaltung beider Herrscher über Sorgen, die dem einen am Herzen liegen, nicht als ausgeschlossen betrachtet werden kann, braucht nicht gesagt zu werden. Aber es wäre töricht, über diese Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit zu konjekturieren. Aus unserer eigenen Ansicht über das, was Rußland zumeist nottut, haben wir nie ein Hehl gemacht. Vor allem müssen die selbstverständlichen Voraussetzungen bürgerlicher Freiheit gesichert werden, die Grundrechte, die allen zivilisierten Nationen wie Licht und Luft zu einer normalen Existenz unerläßlich geworden sind: den Schutz der persönlichen Freiheit, der sich den Engländern in dem Begriff der Habeas Corpus Acte und ihrer weiteren Ausbildung zusammenfaßt und den wir kurzweg als Menschenrecht zu bezeichnen gewohnt sind. Das muß im Prinzip feststehen, kann aber erst zu faktischer Bedeutung gelangen, wenn vorher die Autorität des Staates und der Gesetze hergestellt ist. So wie die Dinge jetzt in Rußland sich gestaltet haben, **können sie nicht weitergehen, ohne zum Chaos zu führen.**

In der „Nowoje Wremja" charakterisiert M. Menschikow die russische Revolution sehr richtig folgendermaßen: „In Ländern, die politisch frei leben, ist aus der Revolution längst eine Evolution geworden, sie lebt friedlich fort als Opposition und ist organisch in das System des staatlichen Lebens aufgenommen worden. . . . Sie arbeitet zum allgemeinen Besten, sie schafft und zerstört nicht. Bei

uns, deren politisches Leben so rückständig ist, hat die Revolution dieselben vorsündflutlichen Formen wie das Regime, das sie bekämpft. Sie will aufbauen und zerstört und dazu sogar so neutrale Sphären wie die der Industrie. Sie beginnt mit kleinen Verräterein, umgeht die Gesetze, bestiehlt die Staatskasse, nimmt Bestechungen entgegen, wuchert die Gemeinden aus, und im Kampfe gegen die Schäden des staatlichen Lebens schließt sie mit Zerstörung von Branntweinkellern und mit Brandstiftung gegen unschuldige Kornspeicher." Nun sie tut noch Schlimmeres: sie übt Verrat wie der „Potemkin" und mordet sinnlos, wie man in Lodz, Warschau, Odessa und überall sonst in Rußland heute mordet. So ist, um ein charakteristisches Beispiel anzuführen, der seit acht Jahren in Freiburg lebende Baron Bistramb, ein hervorragender Geologe, der erst kürzlich von einer längeren Forschungsreise aus Südamerika zurückgekehrt war, vor etwa vierzehn Tagen in Kurland erschossen worden. Er war hingereist, um seine schwerkranke Mutter zu besuchen und in Begleitung des Barons Hahn, der verwundet wurde, zur Kirche gefahren, um den Roheiten entgegenzutreten, mit denen die von Anarchisten verhetzte Bauernschaft den Prediger bedrohten. Auf der Heimfahrt streckte ihm eine Kugel nieder, obgleich es ganz ausgeschlossen ist, daß er irgendwelche Differenzen mit den Leuten gehabt hatte. Wie immer in solchen Fällen entkamen die Mörder, und jetzt ist der russische Beamte, der die Untersuchung zu führen hat, wie uns geschrieben wird, sichtlich bemüht, die Sache im Sande verlaufen zu lassen. Aber so pflegt es in Livland und Kurland bei allen Ausschreitungen zu gehen. Die Gouverneure versagen und die Beamten versagen: die Anarchie wächst, und im Grunde ist niemand mehr seines **Lebens und seines Eigentums sicher.**

Da scheint es doch unbestreitbar zu sein, daß jetzt Herstellung des Schutzes von Gesetz und Rechtsschutz zumeist not tut. Wenn der **Staat hier versagt, ist ihm überhaupt nicht zu helfen.**

Und inzwischen streiten die Parteien in Rußland über den Modus der Wahl, aus welcher die künftige Reichsvertretung hervorgehen soll. Auch wir halten die Berufung einer Reichsvertretung für unerläßlich, je früher man sich dazu entschließt um so besser. Vorausgehen muß aber die Herstellung der öffentlichen Sicherheit, sonst wird auch jene Gossudarstwennaja Duma, oder wie das russische Parla-

ment sonst heißen wird, ein Werkzeug der Revolution werden, und vielleicht ihr nächstes Opfer.

Den Grenzstreitigkeiten im südlichen Kamerun legen wir keinerlei internationale Bedeutung bei. Sie werden in Frieden ausgeglichen werden, im Notfall durch ein internationales Schiedsgericht entschieden werden. Und dem sehen wir im Bewußtsein unseres guten Rechtes, falls die Grenzkommissare sich nicht schon vorher verständigen sollten, gern entgegen.

3. August. Konstituierung des Ministeriums Lundeberg in Stockholm. Schluß des Reichstags.
4. August. Schwedisch-dänische Verhandlungen über Besetzung des norwegischen Thrones. Die russischen Friedensbevollmächtigten beim Präsidenten Roosevelt. Ausbruch von Aufständen in Deutsch-Ostafrika.
5. August. Eintreffen der russischen und japanischen Friedensbevollmächtigten in Portsmouth.

---

9. August 1905.

Es sieht doch immer noch kraus in der großen Politik rings um uns her aus, und die Wahrscheinlichkeit, daß es schon bald zu jenem Zustande des Behagens kommt, in welchem die Maschinerie der auswärtigen Ämter gleichsam automatisch arbeitet, ist nur gering. Von den schwierigen Problemen, die die Welt in Atem halten, seit die russisch-japanische Krisis zu blutigem Ausbruch kam, hat sich noch kein einziges geklärt, und wir wissen nicht einmal, ob die vom Präsidenten Roosevelt so energisch und so erfolgreich in Angriff genommene Friedensaktion den Übergang zum Frieden oder zu einem zweiten Akte in dem mörderischen ostasiatischen Kriege bedeutet. Die Wahl Wittes zum bevollmächtigten Friedensunterhändler und sein erstes Auftreten in Amerika, können als ein günstiges Symptom betrachtet werden. Auch möchten wir dazu die Publikation des Buches von Herrn Gurjew über die Entstehung des russisch-japanischen Krieges rechnen, das den Beweis erbringt, daß sowohl Herr Witte, wie Graf Lamsdorff und der Finanzminister Herr Kokowzew, entschiedene Gegner einer russisch-japanischen Abrechnung mit den Waffen in der Hand gewesen sind. Die Schuld treffe das Konsortium Besobrasow, Alexejew, Plehwe, zu dem in einem späteren Stadium auch Kuropatkin sich schlug. Wir erfahren dabei, was der Analogie halber interessant ist, daß die Ernennung des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee zum Oberkommandierenden der Truppen, denen die Befreiung der Gesandtschaften und die Niederwerfung der Boxerbewegung zu danken ist, nicht, wie behauptet worden ist, auf deutsche, sondern auf russische Initiative zurückzuführen ist.

Der Kriegsminister General Kuropatkin, der kein russisches Oberkommando wünschte, weil dadurch die russisch chinesischen Beziehungen kompromittiert werden konnten, riet dem Zaren, sich an Kaiser Wilhelm zu wenden, und so kam es zur Verständigung auf die Person Waldersees. Es ist das erste Mal, daß diese lange verborgen gebliebene Tatsache an das Licht der Öffentlichkeit gezogen worden ist, und daß es von russischer Seite geschieht, wird wohl auch für mißtrauische Gemüter den Wert der Enthüllung nicht mindern. Jener Herr Gurjew, dem wir die dokumentierte Geschichte der Genesis des russisch japanischen Krieges danken, ist ein Beamter Wittes, so daß es als sicher gelten kann, daß die Publikation mit Willen und Wissen des jetzigen Bevollmächtigten zu den Friedensverhandlungen stattgefunden hat. Wie gesagt, das ist erfreulich, weil es auf die ehrliche Absicht hinweist, zu einem Frieden zu gelangen. Dagegen ist es wenig erfreulich, daß die russischen Zeitungen sich jetzt höchst intransigent gerieren und zum Teil, wie z. B. die russische „Moskauer Zeitung" des Herrn Gringmuth wahrhaft törichte Anschauungen geltend machen. Wenn Japan nur Niederlagen erlitten hätte und die russische Flotte Yokohama blockierte, konnte man kaum anders reden. Aber wir hoffen, daß die gesunde Vernunft überwiegen wird. Ein Friede, der kein schimpflicher ist und zu einer dauernden Versöhnung der Gegner führen kann, ist unzweifelhaft die beste Lösung und gewiß auch in Japan meist erwünscht. Wir kennen heute aus der Gurjewschen Publikation den Wortlaut der japanischen Forderungen, wie sie unmittelbar vor Ausbruch des Krieges am 13. 26. Januar 1904 formuliert wurden. Sie lauten im wesentlichen:

„1. An den Ufern Koreas sollen keinerlei militärische Anlagen gebaut werden, die die freie Schiffahrt in der Straße von Korea gefährden könnten.

2. Japan erkennt an, daß die Mandschurei und deren Küstengebiet außerhalb seiner Interessensphäre liegt. Rußland verpflichtet sich, die territoriale Integrität Chinas und der Mandschurei zu respektieren.

3. Rußland wird Japan nicht hindern, in den Grenzen der Mandschurei von China vertragsmäßig erworbene Rechte auszunutzen.

4. Rußland erkennt an, daß Korea und dessen Küstengebiet außerhalb der russischen Interessensphäre liegt.

5. Japan erkennt an, daß Rußland in der Mandschurei Spezialinteressen und das Recht hat, die zum Schutz dieser Interessen notwendigen Maßregeln zu treffen."

Nun hat Japan bewiesen, daß es stark genug ist, die Forderungen dieses Ultimatums zu behaupten: es hat darüber hinaus sich auch das russische Sachalin zu eigen zu machen vermocht und Korea tatsächlich zu einer japanischen Dependenz gemacht. Alles was darüber hinausgeht aber wäre erst zu erkämpfen, und da fragt sich doch, ob der Einsatz nicht höher ist als der mögliche Gewinn. Wir wollen dabei nicht in näheres Detail eingehen, aber uns scheint, daß die Frage nur so richtig gestellt ist und daß Japan nebenher einen Gewinn in Rechnung zu bringen hat, der doch außerordentlich hoch anzuschlagen ist: das Eintreten in die Reihe der großen Mächte, das doch nur wenn der Krieg mit Rußland in einen wirklichen Frieden ausmündet, als unbestritten wird gelten können.

So scheinen uns die Dinge vom japanischen Interessenstandpunkt aus zu liegen, und zwar um so mehr, als sich jetzt in Rußland doch Wandlungen von größter Tragweite vorbereiten. Mit der Berufung der Gossudarstwennaja Duma wird wirklich ernst gemacht. Die Konferenzen, die über das modifizierte Bulyginsche Projekt in Peterhof unter Vorsitz des Kaisers stattfinden, führen trotz der Opposition, die von seiten der Absolutisten, an deren Spitze, wie zu erwarten war, der Oberprokurator Pobedonoszew steht, zur Annahme des Entwurfs, der in der Tat den Russen gewährt, was unter den nun einmal vorhandenen Verhältnissen speziell im Hinblick auf den Bildungsstand der Nation, als irgend möglich bezeichnet werden kann. Von der Teilnahme an der Wahl sind nur ausgeschlossen Militärs, Fremde, Frauen, sowie alle, die das 25. Lebensjahr nicht erreicht haben. Das Religionsbekenntnis bedingt keinen Rechtsunterschied. Es ist ein Zweiklassen- und für die Bauern ein Dreiklassenwahlsystem, d. h. Urwähler und Wahlmänner, wobei bei der Bauernschaft die Gemeinde die Urwähler für die Wolost wählt und diese erst die Wahlmänner.

Wir übergehen alle Einzelheiten und wollen nur noch hervorheben, daß die von den Wahlmännern für die Gossudarstwennaja Duma zu wählenden Abgeordneten im stande sein müssen, das Russische zu sprechen und zu schreiben, daß die Leitung der Wahlen den

Gouvernementsadelsmarschällen und den Bürgermeistern der Städte zugewiesen wird und daß die 20 größeren Städte besondere Wahlkörper bilden. Der Wunsch der Polen nach einer besonderen Vertretung wird nicht erfüllt, ebenso werden die drei baltischen Provinzen in die allgemeine Vertretung hineingezogen, dagegen behält Finland seine Verfassung. Über die Rechte, welche diesem russischen Reichstage zukommen werden, fehlen zurzeit noch sichere Nachrichten, aber es läßt sich mit Bestimmtheit erwarten, daß es nicht eine bloß beratende Versammlung sein wird.

Daß dieses System weder den Männern der Oswoboshdenije noch denen genug tut, die auf dem letzten Moskauer Semstwokongreß vertreten waren und mit ihrem Protest an die Öffentlichkeit getreten sind, versteht sich von selbst. Aber wir meinen, die gesunde Vernunft wird schließlich siegen, und man wird annehmen, was die Regierung bietet. Das Gegenteil wäre zu töricht, würde auch von der ungeheueren Überzahl der Bevölkerung nicht verstanden werden. Nicht die Form der Wahl und nicht die Summe der Berechtigungen ist das Entscheidende, sondern der Geist, in dem die neuen Rechte ausgeübt werden. Auch ist in Betracht zu ziehen, daß Rußland sich zurzeit noch im Zustande zwar lokal beschränkter, aber höchst gefährlicher revolutionärer Bewegungen teils agrarischen, teils sozialistisch-anarchistischen, teils meuterischen Charakters befindet, und daß vor allem die Wirksamkeit der geltenden Gesetze herzustellen ist. Es gilt das namentlich von den Europa zugewandten Provinzen, an deren Verhältnissen das Ausland sich sein Urteil über Rußland und über die Kraft seiner Regierung bildet. Gerade die westlichen Gouvernements von Russisch-Polen sind noch immer ein Herd der Revolution, und noch schlimmer steht es in den drei baltischen Provinzen, namentlich in Kurland und Livland, wo infolge der Unfähigkeit der Gouverneure und der Konnivenz, welche Polizei und Gerichte aus Furcht den das Land terrorisierenden Verbrecherbanden gegenüber zeigen, jede Sicherheit für Leben und Eigentum geschwunden ist. Schon jetzt hat eine Auswanderungsbewegung begonnen, die, wenn nicht bald eingeschritten wird, eine erstaunliche Ausdehnung annehmen könnte.

In England ist die Stimmung etwas ruhiger geworden. Die früher so ungeniert proklamierte Absicht, unsere Flotte zu überfallen und zu vernichten, ist von berufener Seite (Earl Percy) auf das

nachdrücklichste verleugnet worden, und auch in der Presse sind Stimmen laut geworden, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die Politik der Verhetzung wenden, mit der wir zu rechnen genötigt waren. Aber sie scheint von London aus nach Paris hinüberzuschlagen, denn der Leitartikel, mit dem Herr Clemenceau die Leser der „Aurore" erfreut, um ihnen, und wohl auch der französischen Regierung den Nacken in der Marokkoangelegenheit zu steifen, erklärt sich wohl aus den in der Pariser Journalistenwelt allbekannten englischen Attachen dieses großen Politikers, der seinerzeit kräftig zum Sturze Delcassés mitwirkte und nun, gewiß nicht im französischen Interesse, dessen Politik neu aufzuwärmen bemüht ist. Versteigt er sich doch zu der ungeheuerlichen Behauptung, daß die zur Vermählung unseres Kronprinzen in Berlin erschienene französische Deputation eine „Mission expiatoire", d. h. eine Sühnegesandtschaft nach chinesischem Muster gewesen sei! Man kann solchen Ungeheuerlichkeiten gegenüber nur die Achseln zucken: es ist ein überspanntes Selbstgefühl, das sich zur Würdelosigkeit auswächst.

Doch wir kehren zu England zurück, wo in der letzten Woche die ungemein interessanten Erklärungen Lord Roberts erst im Oberhause, dann auf dem großen von der Londoner Handelskammer berufenen Meeting in Mansion House, über die englische Armee gegeben wurden. Was ihn interessierte, war die Leistungsfähigkeit des Heeres im Fall eines Krieges, wobei speziell an den Forderungen exemplifiziert wurde, welche die Verteidigung Indiens an England stellen werde. Erfreulich war das Urteil das der alte Held fällte, für England gewiß nicht und am unerfreulichsten für das Ministerium, dem er zudem die Sünden des Burenkrieges ins Gedächtnis rief. Seither aber sei es kaum besser geworden und der Ausfall an Offizieren gefährlicher als je. Daß Männer, wie der Feldmarschall Sir Georges White und Gen. Redwers Buller dabei entschieden für Roberts Partei nahmen, macht diesen Angriff um so empfindlicher, und wir sehen nicht, wie das Ministerium den Eindruck beseitigen wird, den Roberts unzweifelhaft auf die öffentliche Meinung Englands gemacht hat. Das Radikalmittel, das sicher helfen könnte, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, kann die Regierung nicht bieten, weil die Nation entschlossen ist, dieses eine Opfer nicht zu bringen. Man wird daher zu allerlei halben Maßregeln greifen, und schließlich

bleibt dann alles beim alten. Wir bedauern das lebhaft, denn wir sind fest überzeugt, daß die politische Nervosität der Engländer vornehmlich auf die Unsicherheit zurückzuführen ist, mit der sie auf die Leistungsfähigkeit ihrer Armee blicken. Daher auch das Bedürfnis, fremde Territorialarmeen an sich zu binden, wie es in Ostasien durch das japanische Bündnis geschah und mit Herrn Delcassé für den europäischen Kontinent vorbereitet wurde. Francis de Pressensé, dessen sozialistische Ideologie wir nicht teilen, dessen Betrachtungen über auswärtige Politik aber stets verdienen, aufmerksam gewürdigt zu werden, weil er ehrlich und klar ist, hat in der „Humanité" vom 6. August diese Frage mutig aufgegriffen. Er spricht von den Propheten, welche die Unvermeidlichkeit eines deutsch-englischen Krieges ankündigen und dabei den Franzosen die Rolle zuweisen, Alliierte und Helfer Englands zu sein. Sollte dies das Resultat der „entente cordiale" zwischen England und Frankreich sein, so würde er den Tag der Unterzeichnung des Paktes als dies nefastus betrauern. Man hüte sich, mit der englischen Entente in denselben Fehler zu verfallen, wie bei der russischen Allianz. Der Zweibund sei gut und nützlich gewesen, soweit er dem Dreibunde als Gegengewicht dienen sollte, um den status quo aufrecht zu erhalten. Aber man habe ihn von vornherein durch den Revanchegedanken gefälscht. Von dieser Lüge aber sei alles spätere Unheil herzuleiten und Frankreich zum Mitschuldigen und Narren des Zarismus geworden.

Jetzt laufe man Gefahr, mit der entente anglo-française in den gleichen Fehler zu verfallen. Sie habe Haltung und Lebenskraft nur solange sie ein Mittel sei, Eintracht und Harmonie aufrecht zu erhalten. „Frankreich hat es erkannt, und hat es laut ausgesprochen an jenem Tage, da Herr Delcassé es in einen Konflikt mit Deutschland drängen wollte. Aber Frankreich will keinen Krieg, den es für verhängnisvoll hält. Es will ihn nicht für sich und würde nur vor unerträglichen Herausforderungen und unter Drohungen, die seine Würde, seine Unabhängigkeit, seine Lebensinteressen verletzen, ihn auf sich nehmen; aber am allerwenigsten will ihn Frankreich, um als Blitzableiter für England zu dienen. Die Republik will mit all ihren Nachbarn in guten Beziehungen bleiben und sich weder wegen der schönen Augen Englands noch um Deutschland zu gefallen in Abenteuer stürzen lassen." Da nun, wie Prof. Delbrück ausgeführt habe,

weder England gegen Deutschland, noch Deutschland gegen England Krieg führen könne, wenn Frankreich nicht mitmache, ergebe sich für Frankreich daraus die schöne Rolle, der Mittler der Versöhnung und der Eintracht zwischen zwei Staaten zu sein, die mit Frankreich die Last der Zivilisation Europas trügen. Er könne, so schließt Pressensé, sich für Frankreich nichts rühmlicheres denken, als wenn man, wie einst von der pax Romana, in Zukunft von der paix française reden werde.

Das ist nicht nur geistreich, sondern auch praktisch gedacht, und es sollte uns freuen, wenn Herr Pressensé Adepten fände. Zunächst sehen wir aber nur, daß gegen ihn polemisiert wird und zwar speziell im Hinblick auf die marokkanischen Angelegenheiten, in betreff welcher ein Ton angeschlagen wird, von dem sich mit aller Bestimmtheit sagen läßt, daß er die Verständigung erschwert, nicht erleichtert. Aber wie kann man sich darüber wundern, wenn sogar deutsche Blätter sich dazu hergeben, sich zum Mundstück der französischen Nörgeleien zu machen, die jetzt in Paris tagtäglich gegen unseren Gesandten laut werden. Das „Berliner Tageblatt" läßt sich sogar von seinem Pariser Korrespondenten die folgende Äußerung einer „hochstehenden französischen Persönlichkeit" telegraphieren: „Die öffentliche Meinung in Frankreich würde es nicht ertragen, wenn diese Dinge (das Verhalten unseres Gesandten in Fez) weiter fortgesetzt würden." Wir meinen, über das Verhalten unseres Gesandten konnte das „Tageblatt" sich an mehr geeigneter Stelle erkundigen, als bei „hohen französischen Persönlichkeiten", und nebenher sich die Frage stellen, was denn die öffentliche Meinung bei uns sagen würde, wenn das Programm, das am 31. März in Tanger angekündigt wurde, unausgeführt bliebe? Auch scheint uns, daß man in Frankreich ernstere Sorgen hat, als die Fetzen des Delcasséschen Programms aufzuraffen, wie Herr Clemenceau und andere hochgestellte Persönlichkeiten tun. Zurzeit hat die höchst peinliche Bloßstellung des Generals Peigné den Kriegsminister Berteaux auf das empfindlichste mit kompromittiert und die ganze Angelegenheit der so mühselig begrabenen Denunziationen der Freimaurer gegen verdiente Militärs wieder auferstehen lassen: dann hat man den großen Zuckerkrach des Herrn Jaluzot, dem fünf angesehene Firmen zum Opfer gefallen sind, den Aufstand in Longwy usw. Dinge, die praktisch wichtiger sein dürften,

als die Zukunftsmusik in Marokko, bei deren Instrumentierung man das einheimische Orchester ganz zu vergessen scheint.

Eine geschickte Wendung hat das Ministerium Fejervary der scheinbar unlösbaren ungarischen Krisis gegeben. Am 15. September, an dem der Vertagungstermin des ungarischen Reichstages abläuft, wird der Minister dem Hause einen Antrag auf Einführung des allgemeinen geheimen Wahlrechts vorlegen. Diese Vorlage wäre dann vor allem zu erledigen und müßte, wenn sie angenommen wird, im nächsten Reichstage eine Vertretung zusammenbringen, durch welche die Alleinherrschaft des magyarischen Adels und mit ihr die für die Regierung unannehmbaren Forderungen in betreff der Kommandosprache in der Armee gebrochen werden können. Es fragt sich nun, ob der schon jetzt, bei der ersten Nachricht von den Absichten Fejervarys stark fühlbare Druck der öffentlichen Meinung, der einerseits von den Sozialisten, andererseits von den Slaven und Rumänen ausgeht, die herrschende Partei zur Besinnung führt und sie zum Nachgeben veranlaßt, oder aber, ob die Regierung diesen, man kann beinahe sagen, letzten Trumpf tatsächlich ausspielt und damit den Grund zu einem neuen Ungarn legt, das für den Augenblick bequemer zu leiten sein mag, in Zukunft aber gleichfalls nicht unerhebliche Schwierigkeiten bringen muß. Jedenfalls ist es eine große Entscheidung, die sich vorbereitet.

Wir schließen mit einer Kuriosität, dem Aufruf der australischen Unabhängigkeitspartei, den wir in der „Nowoje Wremja" gefunden haben und aus dem Russischen zurückübersetzen. Er lautet:

Platform der National Föderation.

1. Volle Souveränität der australischen Republik. Unabhängigkeit.
   a) Recht der Vertretung in allen internationalen Angelegenheiten.
   b) Recht, Verträge mit auswärtigen Mächten abzuschließen und aufzuheben.
   c) Recht, Gesandte und Konsuln zu ernennen.
2. Einen Schutzzolltarif für alle eingeführten Waren, die in Australien produziert werden können.
3. Normaltarif für Waren, die in Australien nicht produziert werden.
4. Nationalisation aller Eisenbahnen und Trams.
5. Nationalisation aller Bewässerungsanlagen und Unternehmungen.
6. Verbot fernerer Veräußerung von Staatsländereien.

7. Begründung ſtaatlicher Kornmagazine für den Fall von Krieg oder Hungersnot.
8. Nationaliſation aller Monopolien.
9. Begründung einer auſtraliſchen Kriegsflotte.
10. Nationaliſation der Bankunternehmungen. Begründung einer einheitlichen auſtraliſchen Nationalbank.
11. Übergang aller Staatsſchulden und alles Staatseigentums auf die Republik.
12. Verbot neuer Anleihen und allmähliche Tilgung der vorhandenen.
13. Übergang alles ſtaatlichen „Kronlandes" in die Verfügung der Republik.
14. Aufhebung der Verfaſſungen der Einzelſtaaten und Vereinigung ganz Auſtraliens (ein Parlament für ganz Auſtralien).
15. Einführung neuer Verfaſſungen für die Einzelſtaaten, Einkammerſyſtem mit nicht mehr als 25 Vertretern, die beſtimmte, genau abgegrenzte Vollmachten erhalten.
16. Aufhebung des Rechtes der Städte, Grafſchaften und Einzelſtaaten, ſowie aller geſellſchaftlichen und ſtaatlichen Inſtitute, Anleihen aufzunehmen. Dieſes Recht gehört nur dem Parlament der Republik und zwar ausſchließlich zu Kriegszwecken.
17. Einſtellung der für die engliſche Flotte gezahlten Subſidien.
18. Aufhebung aller Titel.
19. Aufhebung der Todesſtrafe.
20. Feſtſtellung der Bürgerrechte auf dem Wege der Geſetzgebung. Beſchränkung der Bürgerrechte. Nur Bürger der Republik dürfen Land und Bergwerke beſitzen.
21. Spezielle Beſteuerung ausländiſcher Aktionäre der in Auſtralien tätigen Kompagnien und im Auslande lebenden Bürger.
22. Benutzung von Verbrechern zu öffentlichen Arbeiten zum Beſten der freien Leute und der Nation.
23. Unverbeſſerlich träge Leute werden von der Obrigkeit zur Zwangsarbeit zur Aufbeſſerung der Staatsländereien benutzt.
24. Beamte ſind nur verantwortlich, wenn ſie Schaden oder Verluſte verurſachen durch ihre Untätigkeit, durch Kompetenzüberſchreitung oder durch Unachtſamkeit bei Anwendung der von den Stadtverwaltungen, Grafſchaftsräten und Staaten erlaſſenen Verordnungen, oder der Geſetze der Republik.

25. Errichtung einer Nationaluniversität in der Hauptstadt der Republik zur Erziehung der Bürger in der Kunst und Wissenschaft der Verwaltung.
26. Einführung des Metersystems in Maß und Gewicht und eines entsprechenden Münzsystems.
27. Staatliche Prägung der Münze.
28. Einführung einer progressiven Grundsteuer, um die Bildung eines Großgrundbesitzes zu verhindern.
29. Erlaß eines Familiengesetzes, das die Heiligkeit der Familie sichern und jeder Familie den Besitz eines Landanteils gewährleisten soll.
30. Erlaß eines Gesetzes über die Zeitungen. Zeitungen dürfen nicht anders als auf Grund eines besonderen Privilegs, das die Republik erteilt, ausgegeben werden. Für verläumderische Artikel, welche gegen die Einrichtungen der Republik gerichtet sind, für Hochverrat und für Veröffentlichung von Unanständigkeiten wird nach dreimaliger Verwarnung die Zeitung unterdrückt.
31. Ein Gesetz über internationalen Schiedsspruch. Die Republik muß für ein internationales Schiedsgericht mit Apellhof eintreten.
32. Das Haupt der Exekutive, der Präsident oder Generalgouverneur der Republik, der erste Minister und der Oberkommandierende der bewaffneten Macht müssen durch Geburt australische Bürger sein.
33. Die oberste Macht in der Republik wird dem australischen Parlament anvertraut, das aus dem Senat und der Kammer der Volksvertreter besteht.

(Unterschrieben)

Der Vorsitzende des Nationalkomitees John Steal.

Sein Gehülfe A. Sterling.

Sekretär Joseph Steavens.[1])

Hieran schließt sich ein Aufruf an die Söhne und Töchter Australiens im Auslande, der in die folgenden Tiraden ausläuft:

„Ihr könnt durch Euere Persönlichkeit als Beweis dafür dienen, welche Fortschritte Australien in der Athletik, in der Kunst und in unserer ehrenwerten australischen Geschäftspraxis gemacht hat.

[1]) Da die Namen im Russischen nach der Aussprache transskribiert sind, können wir für die Orthographie nicht einstehen.

Wir rufen Euch jetzt zu weiterer Wiederherstellung unseres geistigen, sittlichen und politischen Charakters zu seiner wahren Gestalt. Ihr sollt sie in den Augen der Welt auf die Höhe heben, auf der unsere Athletik, unser Sport und unsere Kunst stehen, wie unsere Sänger, Künstler, Poeten, Bildhauer, Erfinder und Männer jeglichen edlen Tuns beweisen.

Bleibet Euch selbst und dem Vaterlande treu. Gedenket, daß Ihr Australier seid. Ihr habt alles, was zu großen Dingen erforderlich ist. Eure Kraft wird Euch helfen, die größten Hindernisse zu überwinden. Denket stets daran, daß Ihr aus dem Lande des Känguru und des Kasuar stammt — aus Australien, dem herrlichsten Lande der Welt.

Werdet nicht Bürger eines fremden Landes, Euer eigenes Volk wird Euch stets freudig begrüßen, denn es versteht und schätzt Euch. Ihr seid ein untrennbarer Teil von uns, wir werden uns nicht von Euch scheiden, ehe der weiße Engel des ewigen Schlummers uns mit seinem unsichtbaren Flügel umschattet. Vorwärts Australier!

Unterschrieben vom Nationalkomitee."

Wenn die Platform nicht mit der sentimentalen Farce dieses Aufrufes an die männlichen und weiblichen Athleten endete, könnte man an den Ernst eines sozialistischen Programmes beschränkter und ehrlicher Leute glauben. Die „Nowoje Wremja", welche die Australier bereits von England abfallen und sich als selbständige Republik konstituieren sieht, wird sich gedulden müssen, vielleicht ein Menschenalter, vielleicht auch ein Jahrhundert, wenn ihr inzwischen die Geduld nicht ausgegangen ist. Interessant ist die Platform weit weniger wegen der aussichtslosen Separationsgelüste, als wegen des sozialistischen Untergrundes, auf dem das Projekt sich aufbaut. Es zeigt, was an Freiheit übrig bliebe, wenn die Verwirklichung jener Utopien einmal in Angriff genommen werden sollte. Das Fazit wäre ein Zwangsarbeitshaus ohne Freiheit und festes Eigentum und die harte Tyrannei beschränkter Prinzipienreiter an der Spitze des Staates. Eine Hölle auf Erden, wie man sie ja gelegentlich zu verwirklichen versuchte im Namen eben jenes Tugendduftels, dem die Herren vom australischen Nationalkomitee so drastischen Ausdruck gaben.

Aber als wertvolles Blatt in der Geschichte sozialer Verirrungen und Krankheiten verdienen Platform und Manifest der Vergessenheit entrissen zu werden.

10. August. Straßenunruhen in Polen. Japan legt in Portsmouth seine Friedensbedingungen vor. Vertagung des englischen Parlaments.
12. August. Neubildung des Ministeriums Stojanowitsch in Serbien. Zusammenstoß zwischen Kosaken und Arbeitern in Lodz.
13. August. Die Volksabstimmung in Norwegen spricht sich für Aufhebung der Union aus.
14. August. Konstituierung des Ministeriums de Meester in Holland.
15. August. König Eduard VII. in Ischl.

16. August 1905.

Am 11. August, vormittags 10½ Uhr, hat unter den üblichen Feierlichkeiten und Formalitäten der Lordkanzler vor versammeltem Parlament im Oberhause die Thronrede verlesen, durch die König Eduard VII. das Parlament vertagt.

Damit hat das Kabinett Balfour, trotz der heftigen Angriffe, denen es im letzten Halbjahre ausgesetzt gewesen ist, seine Stellung behauptet, und es kann als sicher gelten, daß es von seinem Platz nicht weichen wird, ehe das Septennium, das ihm gehört, voll abgelaufen ist.

Man kann aber nicht sagen, daß dieser Erfolg in den Reihen der regierenden Partei als ein realer Gewinn betrachtet wird. Seit Chamberlain schied und mit ihm dem Kabinett der stärkste Mann verloren ging, hat noch eine lange Reihe von Schiebungen innerhalb des Ministeriums stattgefunden, die selbst von Organen der Partei nicht als Vorteil empfunden werden. Diese Schiebungen begannen mit dem Austritt Mr. Georg Wyndhams, des Chefsekretärs für Irland. Man ersetzte ihn durch Mr. Walter H. Long, der bisher Präsident der Kontrolle der Lokalverwaltung gewesen war, und gab den so freigewordenen Posten dem Handelsminister Gerald W. Balfour. An dessen Stelle trat Lord Salisbury, der fast während der ganzen Session krank gewesen ist. Noch wichtiger war der Rücktritt des Oberkommissars für Südafrika Viscount Milner, der durch den Chef der Admiralität Earl of Selborne ersetzt wurde, für dessen Posten Lord Cowdor ernannt wurde, dessen Antezedentien uns nicht bekannt sind.

Nimmt man hinzu, daß aller Wahrscheinlichkeit nach auch der Vizekönig von Indien, Lord Curzon, seine Stellung aufgibt, und daß der Speaker Mr. Gully in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist, so gibt das doch ein langes Konto, und wir verstehen es, wenn diese Tatsachen innerhalb der Partei als lästige Notwendigkeiten empfunden wurden. Das Unbehagen ist dann durch die regelmäßigen Niederlagen bei den Nachwahlen noch gesteigert worden. Aber schließlich entscheidet der Erfolg. Die Majorität des Ministeriums im Unterhause ist nicht erschüttert worden, und es ist vielleicht richtig, wenn der „Standard", dem wir einen Teil dieser Personalnotizen entnommen haben, die Vermutung ausspricht, es sei den Liberalen nicht voller Ernst mit ihrer scheinbaren Absicht gewesen, schon jetzt die Verantwortung auf sich zu nehmen, welche der Rücktritt Balfours oder der Appell an die Wähler ihnen ohne Zweifel gebracht hätte.

Die Thronrede selbst ist recht farblos. Sie beginnt mit dem Satz: Meine Beziehungen zu anderen Mächten fahren fort freundschaftliche zu sein. Dann folgen kurze Hinweise auf den Besuch des Königs von Spanien, auf die dank der Initiative des Präsidenten Roosevelt begonnenen Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Japan — die, wie der König ernstlich meint, zu einem dauernden, beiden Teilen ehrenvollen Frieden führen werden — die Marokkokonferenz, die bevorstehende Trennung von Schweden und Norwegen, die Lage in Makedonien und Kreta, der italienische Schiedsspruch über die englisch-portugiesische Grenzrichtung in Barotseland und die Beschickung des aus der Initiative des Königs von Italien entsprungenen internationalen Instituts für Landwirtschaft; das sind die allgemein europäischen Probleme, die der König streift. Eine pessimistische Note klingt dabei nur in der makedonisch-kretischen Frage durch. Ausschließlich englisches Interesse berührt die Thronrede, wenn sie darauf hinweist, daß Kanada fortan die Verwaltung und Verteidigung der beiden Endpunkte der transozeanischen kanadischen Bahn, Halifax und Esquimault auf eigene Gefahr und Rechnung übernehme. Die Anregung dazu ist von Kanada ausgegangen und die Tatsache insofern nicht unwichtig, als damit die letzten englischen Soldaten von dem amerikanischen Kontinent abziehen. Den Vereinigten Staaten, oder sagen wir lieber den Doktrinären des Amerikanismus, wird damit ein lange gehegter Wunsch erfüllt. Man

würde aber irren, wenn man in diesem Schritt Kanadas separatistische Neigungen erkennen wollte. Davon kann keine Rede sein; aber er zeigt, daß Kanada die äußeren Formen einer Vormundschaft beseitigt sehen will, der es tatsächlich entwachsen ist.

Der Transvaal betreffende Passus lautet: „In Übereinstimmung mit den bei Eröffnung der Session ausgesprochenen Hoffnungen habe ich Transvaal repräsentative Institutionen verliehen, die in Wirksamkeit treten werden, sobald die nötigen Vorbereitungen für die Wahlen getroffen sind. Ich hege das Vertrauen, daß alle „Sektionen" der Gemeinschaft (community) sich einig finden werden, das reiche Maß politischer Macht, das ihnen so verliehen worden ist, zum Fortschritt und Gedeihen der Kolonie zu gebrauchen."

Endlich wird noch des Vertrags mit dem Emir von Afghanistan gedacht.

Etwas mager mußte der Hinweis auf die Arbeit in inneren Angelegenheiten ausfallen. Die Thronrede erwähnt das Gesetz zur Beaufsichtigung der Fremdeneinwanderung, die zeitweilig getroffenen Maßregeln zur Unterstützung der Arbeitslosen und die Regelung der kirchlichen Schwierigkeiten in Schottland.

Man sieht, die beiden Angelegenheiten, welche die öffentliche Meinung in England meist beschäftigt haben, werden hier gar nicht berührt: die Demonstrationen für Frankreich und die Preßkampagne gegen Deutschland. Und gewiß ist es am besten, darüber zu schweigen. Die französische Verbrüderung, so weit sie einen demonstrativen Charakter trug, war eine Erbschaft des jetzt gefallenen Delcassé'schen Programms, und ganz dasselbe gilt auch von jener Preßkampagne, gegen deren Übertreibungen und Gehässigkeiten jetzt von allen Seiten her Widerspruch erhoben wird. Bei uns, in Frankreich und in England sind alle ernst gesinnten Patrioten darin einig, und ganz neuerdings hat Herr v. Witte nach dieser Richtung hin dem Vertreter der „Morning Post" eine Lektion erteilt, von der sich hoffen läßt, daß sie verstanden worden ist. Auf die „taktvolle" Frage: kann Rußland eine Verständigung mit England erreichen, solange Rußland durch enge Beziehungen mit Deutschland verknüpft ist und solange dieses seinen Vorteil darin sieht, sowohl bei England wie bei Rußland Mißtrauen zu säen? antwortete Witte: England und Rußland sind frei in ihrem Handeln, es würde aber nicht

möglich sein, daß Rußland und England eine Verständigung erzielen, die gegen eine mit Rußland befreundete Nation gerichtet ist. Wenn eine Verständigung zwischen den beiden Ländern diesen Zweck nicht im Auge hat, so ist kein Grund vorhanden, der England verhindern könnte, Rußlands Freund zu sein, während Rußland ein Freund des Deutschen Reiches bleibt." Es ist dies das erstemal, daß die russisch deutschen Beziehungen so nachdrücklich im Gegensatz zu dem von der „Morning Post" vertretenen Programm betont werden. Die „Morning Post", die früher eine andere Haltung einnahm, hat neuerdings die Theorie der „National Review" und anderer „Freunde" Deutschlands aufgenommen, deren Gesinnungen nicht zweifelhaft sind und zu deren Zukunftsalliierten auch Rußland gehören sollte. Wir freuen uns aber im Gegensatz zu diesen Stimmen, die des Mannes anführen zu können, der die vielbesprochene englisch französische Annäherung am eifrigsten betrieb — Sir Thomas Barclay, in dem sich die ursprüngliche rein humanitäre Idee dieser Annäherung verkörperte. Von Herrn Huret vom „Figaro" befragt, erzählte er ihm die Genesis der Vereinbarungen vom 8. April 1904. Salisbury habe den Ausgleich der Interessen beider Mächte für unmöglich erklärt, aber nach Salisburys Tode habe Lansdowne zugegriffen, und mit einem Brief von ihm habe er (Barclay) Herrn Delcassé für seine Gedanken gewonnen. Das Resultat — so schloß Barclay — kennen Sie, und Sie sehen es. Und dabei zeigte er auf die Reihen der französischen und englischen Kriegsschiffe.

„Das Unrecht Delcassés war aber, zu lange in seiner Machtstellung zu bleiben. Bei solchem Spiel verbrauchen sich die Menschen, und nach einigen Jahren verlieren sie die Fühlung mit der Volksseele: sie können schließlich nicht mehr klar sehen. So ging es ihm. Eines schönen Tages redigierte er das Projekt einer Allianz mit England, die an die Stelle des freundschaftlichen Protokolls treten sollte. Das führte zu großer Erregung in den Regierungskreisen. Eine Allianz mit England konnte nur gegen Deutschland gerichtet sein und Herr Delcassé hatte nicht das Mandat erhalten, einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich zu provozieren. Das gab Herr Rouvier ihm zu verstehen. Und nun blicken sie auf diese beiden Flotten. Gewiß freue ich mich daran, denn in den sympathischen Kundgebungen, die ihnen zuteil werden, erkenne ich die Vorzeichen

einer endgültigen Verständigung; aber eine derartige Machtentfaltung bedeutet für irgend jemanden eine Drohung, und ich wäre weit glücklicher, wenn ich als dritten im Bunde die deutsche Flotte sähe."

Wir legen diese Erklärungen Sir Thomas Barclays als historische Belegstücke zu den schon ausführlich wiedergegebenen Erklärungen Delcassés im „Gaulois", um den immer erneuten unwahren Behauptungen entgegenzutreten, als sei die Krisis der letzten Monate durch deutsche Herausforderungen herbeigeführt worden. Die Herausforderung lag im Plane Delcassés, und mit ihm als französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten hätte der Besuch der französischen Flotte in England allerdings eine ganz andere Bedeutung gehabt als ihr heute zukommt. Es ist durchaus notwendig, darauf hinzuweisen, weil wir noch in dem heutigen (Montags-) Leitartikel des „Journal des Débats" die Legende wiederfinden. Er spricht vom Fall „où quelque nouvelle politique napoléonienne surgirait en Europe" und läßt keinen Zweifel darüber, daß er dabei an die jüngste Vergangenheit denkt. Eine „neue napoleonische Politik" ins Werk zu setzen, aber hat niemand anders versucht als Herr Delcassé, und diese Wahrheit soll der Geschichte nicht eskamotiert werden.

Um diese wichtige Angelegenheit zu erledigen, schließen wir hier die letzten Sätze der Rede an, welche Mr. Balfour — offenbar in Beziehung zu der oben aufgeführten sorgenvollen Betrachtung Sir Thomas Barclays — in Westminster auf dem Abschiedsbankett gehalten hat, das den französischen Gästen gegeben wurde. Er sagte: „Es hat in der Geschichte Zeiten gegeben, da die Freundschaftsbezeugung zwischen zwei großen Nationen als eine Drohung für ein anderes Land angesehen wurde, Zeiten, da man sich eine internationale Freundschaft nicht denken konnte, die nicht gegen einen dritten gerichtet war. Diese Zeiten gehören jetzt einer weit hinter uns liegenden Vergangenheit an. Unsere Vereinigung ist eine Friedensbürgschaft: Frieden im Orient, Frieden im Okzident, Frieden in der ganzen Welt! Denn welche größere Friedensbürgschaft kann es geben, als die heiße und ewige Freundschaft zweier großer Nachbarvölker, die in der Vergangenheit nur zu oft Gegner gewesen sind, die aber in Zukunft fühlen werden, daß ihre Interessen in der ganzen Welt identisch sind, daß sie nicht einen Anlaß zur Rivalität haben, sondern im Gegenteil gleichsam eine große Mission erfüllen

müssen, die nicht besser auszuführen ist, als in den jetzt geltenden Voraussetzungen zum Frieden!"

Das ist aus dem Munde eines der Leiter der Weltpolitik ein überaus erfreuliches Prognostikon für den Weltfrieden; zwar etwas optimistisch gedacht, sobald man vom 13. August 1905 die Ära des ewigen Friedens datieren wollte, und etwas exklusiv konstruiert, sobald man im Ernst annehmen wollte, daß die Bewegung der Weltpolitik und ihre Gesetze von England und Frankreich allein geschrieben werden. Aber als Abschluß eines Banketts, in welchem zwei mächtige Staaten die Erinnerung an die gewaltigen Streitkräfte feiern, die sie vereinigen konnten, sind diese Gedanken der gehobenen Atmosphäre, in der man sich bewegte, wohl angepaßt. Auf eine Hand voll Noten mehr oder weniger kommt es dabei nicht an, und gewiß hat Herr R. de Caix in den „Débats" recht, wenn er vornehmlich von dieser „entente cordiale" eine Sicherung der Stellung Frankreichs im fernen Osten erwartet. Nach dieser Richtung hin ist die Assekuranz allerdings die bestmögliche.

Liest man die Berichte von den Festen, die England den Franzosen gegeben hat, so erinnert der Enthusiasmus, der unzweifelhaft sehr aufrichtig dabei zutage trat, lebhaft an die Tage von Toulon und Kronstadt, an denen nicht minder aufrichtig eine Verbrüderung gefeiert wurde. Aber wie weit liegt das alles, trotz der fortdauernden alliance franco-russe hinter uns. Das ganze Weltbild hat sich seither geändert und das mahnt zur Bescheidenheit, wenn man den Blick in die Zukunft wirft.

Wir möchten hier noch mit zwei Worten des gegenwärtigen Standes der marokkanischen Frage gedenken, die von einem Teil der französischen Presse mit gekünsteltem Pessimismus angefaßt wird. Dazu liegt nicht der geringste Grund vor. Namentlich bilden in Wirklichkeit die zehn Millionen, welche der Sultan bei einigen deutschen Banken aufgenommen hat, gar kein Streitobjekt. Der stets gut unterrichtete und besonnene Berliner Sh.-Korrespondent des „Journal des Débats" schreibt darüber sehr richtig: „Die Zehnmillionenanleihe, die der Sultan bei Berliner Bankiers gemacht hat, ist eine ganz persönliche Angelegenheit des Sultans, der mit seinem Privateigentum dafür bürgt. Keinerlei wirtschaftliche Konzession ist mit dieser Anleihe verbunden. Die deutsche Regierung hat mit dieser Finanz-

operation nichts zu schaffen. Herr Rouvier ist auf das bestimmteste davon unterrichtet, daß die deutsche Regierung in dieser Anleihesache nicht intervenierte und daß ihre Konsequenz weder ein Vorteil noch eine ökonomische Konzession des marokkanischen Staates sein wird. Es steht also nichts im Widerspruch zu den loyalen Erklärungen des Fürsten Radolin, denen zufolge keine Konzessionen vor der Marokko-Konferenz erbeten werden sollen. Auch muß konstatiert werden, daß keinerlei Staatseinkünfte durch das private Darlehn der Berliner Bankiers gebunden sind."

Offenbar ist diese außerordentliche Häufung von Versicherungen notwendig, um in Paris zu beruhigen. Es scheint uns aber, daß auch hier der Lärm der Residenzpresse ein künstlicher ist und zwar um so mehr, als Frankreich eine Anleihe von, wenn wir nicht irren, vierzig Millionen in Marokko untergebracht und sich dafür bestimmte Zolleinnahmen hat verpfänden lassen!

Die Friedensverhandlungen in amerikanisch Portsmouth gehen ihren Gang weiter und nehmen ganz gewiß nicht den Verlauf, von dem die Zeitungen berichten. Es ist ein so unvergleichlicher Stoff zu Sensationen, der sich hier den Reportern bietet, daß man sich nur darüber wundern kann, daß nicht noch mehr Erfindungen in die Welt gesetzt werden. Wir wollen daher weder die apokryphen Friedensbedingungen der Japaner, noch die ebenso apokryphen Gegenanträge oder Entgegnungen der Russen wiederholen, sondern uns damit begnügen, unserer Überzeugung Ausdruck zu geben, daß ein günstiger Ausgang der Verhandlungen in höchstem Grade wahrscheinlich ist. Beide Teile können den Krieg weiter führen, aber beide wünschen und brauchen den Frieden. Wir erhielten schon vor über acht Wochen einen Privatbrief aus Yokohama, der keinen Zweifel darüber ließ, daß Japan den Frieden heiß ersehnt. Und das kann nach den Opfern, die es hat bringen müssen, gewiß nicht wundernehmen. Auch ist die Kriegführung an einen toten Punkt angelangt, ein tatsächlicher Waffenstillstand aus klimatischen Gründen, eingetreten und, wenn je, ein guter Friede heute besser als ein Krieg zweifelhaften Ausgangs. Einige der angeblichen Forderungen der Japaner tragen den Stempel der Erfindung an der Stirn. Wie ist es denkbar, daß Japan von den Russen die Verpflichtung verlangt haben sollte, die Zahl ihrer Kriegsschiffe im stillen Ozean nach Er-

messen Japans zu beschränken? Wo solche Zusagen gegeben werden, brechen sie von selbst zusammen, sobald die Voraussetzungen nicht mehr gelten, die das Zugeständnis erzwangen. Man denke an den Krimkrieg und an die Entfestigung von Batum! Wir halten die Japaner für zu klug, dergleichen Unausführbarkeiten auch nur zu beantragen. Schwerlich wird der Friedensschluß viel mehr bringen als jenes japanische Ultimatum, dessen Inhalt wir vor acht Tagen wiedergaben.

Merkwürdig ist der Umschwung der öffentlichen Meinung zu gunsten Rußlands in Amerika. Es scheint, daß die Persönlichkeit Wittes dabei wesentlich mitspielt. Der Enthusiasmus, mit dem die japanischen Delegierten begrüßt wurden, ist in wenigen Tagen verraucht. Hätte die Konferenz auf asiatischem oder auch nur auf nicht amerikanischem Boden getagt, so hätte die Begeisterung wahrscheinlich länger vorgehalten.

Es scheint auch, daß die Verhandlungen weit rascher zu einem Abschluß führen werden, als ursprünglich angenommen wurde. Herr Witte ist ein schneller und energischer Arbeiter, und demgegenüber hält die langsame Feierlichkeit des Orients nicht stand. Er reißt die japanischen Delegierten mit sich fort. Der Chor der japanischen und russischen Presse, der die Verhandlungen begleitet, ist natürlich ohne jede Bedeutung. Das ist Mache, bestellte Arbeit hüben und drüben, bestimmt, den Interessen des Augenblicks zu dienen. Auch glauben wir nicht, daß diese Stimmen den geringsten Einfluß ausüben.

Über die Wendung, welche die Verfassungsfrage in Rußland nehmen wird, ist es immer noch schwer, bestimmtes zu sagen. Man muß den noch nicht veröffentlichten Wortlaut des revidierten Bulyginschen Entwurfes abwarten. Die letzte Redaktion ist Herrn Pobedonoszew übertragen, der jedoch nicht als reaktionärer Politiker, sondern als Jurist im Auftrage des Zaren vorgeschriebene Gedanken zu formulieren und in Paragraphen zu fassen haben wird. Daß eine Verfassung kommt, ist sicher, und ebenso sicher, daß sie nicht ein allgemeines geheimes direktes Wahlrecht proklamiert. Alles übrige ist zurzeit noch zweifelhaft, aber die letzte Entscheidung scheint unmittelbar bevorzustehen.

Den revolutionären Umtrieben gegenüber beginnt die Regierung im Süden etwas geschickter und glücklicher vorzugehen. Es sieht

aber sonst noch schlimm genug aus, namentlich in den westlichen Provinzen, wo die agrarrevolutionäre und anarchistische Bewegung im Steigen ist, so daß jetzt auch die Deutschen aus den baltischen Provinzen zu flüchten beginnen. Es ist völlig unbegreiflich, wie die gesetzlosen Zustände dort noch länger geduldet werden können, da es Tatsache ist, daß der Terror von einer kleinen Schar von Leuten ausgeht, die, da sie den Bauern wohlbekannt sind, leicht unschädlich gemacht werden könnten, wenn die Regierung durch energisches Eingreifen den Beweis gäbe, daß sie Ordnung schaffen will. Daran aber zweifelt man, so weit die provinziellen Autoritäten, Gouverneure und russische Beamten in Betracht kommen, von Tag zu Tage mehr. Ebenso wird die von Petersburg aus hetzende lettische Presse, trotz aller dahin gerichteten Bemühungen, nicht in ihrem Treiben gestört, und während sonst von den Ausschreitungen, die in anderen Provinzen des Reiches stattfinden, von allen Zeitungen regelmäßig Notiz genommen wird, schweigen die russischen Zeitungen in der Regel über das Kapitel der von den Letten ausgehenden Missetaten. Wenn dadurch im Abendlande die Vorstellung erweckt werden soll, daß in diesen Außenwerken Rußlands alles in Ordnung sei, wird der Zweck sicherlich nicht erreicht. Erst durch die fliehenden reichsdeutschen Werkmeister ist hier das Detail der sozialrevolutionären Bewegung genauer bekannt geworden, und jetzt werden die Nachrichten von der lettischen Agrarrevolution durch die baltischen Auswanderer und durch die Reisenden, die zum Teil auch als halbe Flüchtlinge zu betrachten sind, weiter getragen. Sie hoffen, daß der Sturm sich legen werde. Dazu aber scheint zunächst noch keinerlei Aussicht vorhanden zu sein.

In Riga haben die englischen Untertanen sich um Schutz an ihren Konsul gewandt, auch sind jetzt Truppen, 2000 Mann Infanterie und 300 Dragoner, hingeschickt worden. Aber in Kurland geschieht nichts. Zurzeit plündern und brennen die lettischen Räuber die Güter um Mitau her aus.

18. August 75. Geburtstag Kaiser Franz Josephs.
19. August Der Zar verleiht eine Verfassung (die sogen. Bulyginsche Verfassung — Entsendung von Truppen nach Deutsch-Ostafrika.
21. August. Generalkonsul von Lindequist wird zum Gouverneur von Deutsch Südwestafrika ernannt.
22. August Verhaftung Professor Miljukow in Petersburg.

23. August 1905.

In Marokko ist widerrechtlich ein algierischer Untertan verhaftet, und sind zwei andere algierische Untertanen insultiert worden: in Norwegen hat die Volksabstimmung sich mit erdrückender Majorität für die Trennung von Schweden ausgesprochen: das englische Kanalgeschwader ist zu seiner Übungsfahrt in der Ostsee eingetroffen: Lord Curzon, der Vizekönig von Indien, hat seinen Abschied erbeten und erhalten und Lord Minto, Mitglied des Geheimen Rats (privy council) und bisher Generalgouverneur von Kanada, ist zu seinem Nachfolger ernannt worden: die Unruhen in Mazedonien und in Kreta dauern fort: in Arabien stellt die Pforte allmählich ihre Autorität wieder her. Das sind die politischen Tatsachen zweiten und dritten Ranges, die sich in den letzten acht Tagen, kaum beachtet, vollzogen haben. Wir fügen noch hinzu, daß Kaiser Franz Josef seinen 75jährigen Geburtstag gefeiert hat, und knüpfen daran unsere sehr aufrichtigen Wünsche für sein und seiner Völker Gedeihen. Österreich-Ungarn ist unser ältester Bundesgenosse, und es hat in den 26 Jahren, die seit Abschluß des Bündnisses hingegangen sind, wohl gelegentlich strittige Interessenfragen, aber keinen Tag des Mißtrauens zwischen uns gegeben. Dem ehrwürdigen Herrscher gebührt ein sehr wesentlicher Teil des Verdienstes, diese freundlichen Beziehungen gepflegt zu haben, er ist des herzlichen Entgegenkommens von deutscher Seite allezeit sicher gewesen.

Doch alle diese Ereignisse und die sich dabei aufdrängenden Betrachtungen — unsere alten Sorgen in Südwestafrika und die neuen Sorgen in Ostafrika nicht ausgeschlossen — treten in ihrer Bedeutung

zurück vor dem, was sich jetzt in Rußland vollzogen hat und voraussichtlich nächster Zeit in Amerikanisch-Portsmouth vollziehen wird.

Wir denken natürlich an die vom Zaren am 19. August dem Reiche verliehene Verfassung und an den wahrscheinlichen Abschluß der Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Japan. Der Inhalt der russischen Verfassungsurkunde wird wohl für alle, die nicht zu den eingeweihten Mitarbeitern gehörten, eine Überraschung gewesen sein. Dem russischen Volke wird weit mehr geboten, als sich erwarten ließ, weit mehr, als Kaiser Alexander I. und seine Mitarbeiter Speranski und Nowossilzew als möglich ins Auge gefaßt haben, und weit mehr, als Kaiser Alexander II. auf dem Fundamente der von ihm konstruierten Selbstverwaltungsorgane aufzubauen dachte. Alexander I. ist stets, auch in der Periode, da seine Weltanschauung sich ganz in liberalen Bahnen bewegte, mehr darauf bedacht gewesen, den Schein der Freiheit als wirkliche Freiheit und Selbstbestimmung seinem Volke zu gewähren: die Gedanken Alexanders II. aber sind niemals über eine Zentralsemstwo hinausgegangen.

Kaiser Nikolaus II. hat weit mehr getan, als jene geplant haben. Er hat Rußland wirklich in die Reihe der Verfassungsstaaten eingeführt, und es ist ganz unmöglich, daß eine reaktionäre Ära der Zukunft je wieder zurücknimmt, was er mit offenen Händen gegeben hat. Seit Aufhebung der Leibeigenschaft hat Nikolaus II. den wichtigsten Schritt getan, um das russische Volk auf der Bahn weiter zu führen, die Peter der Große so rücksichtslos durch den Urwald des alten Rußland gebrochen hat.

Fassen wir, ohne an dem Nebensächlichen zu haften, das Wesentliche zusammen, so erhält Rußland ein Parlament, dessen Volkshaus aus allgemeinen, geheimen, indirekten Wahlen hervorgeht und dem als Oberhaus der Reichsrat gesetzt ist, der bekanntlich unter dem Vorsitz des Kaisers, oder für gewöhnlich eines alljährlich vom Kaiser ernannten Stellvertreters, aus sämtlichen Ministern und aus den höchsten aktiven und inaktiven Staatsbeamten aller Ressorts besteht, die der Kaiser zu Mitgliedern des Reichsrates ernannt hat. Zurzeit sind es, von den Ministern abgesehen, 83 Personen, darunter zahlreiche Generale. Man kann wohl sagen, daß hier die Männer beisammen sind, die im Zivil- und Militärdienst die meiste praktische Erfahrung sammeln konnten. Aber allerdings, ein Teil dieser Herren

ist alt und müde und zählt daher kaum mit. Das Volkshaus, die Gossudarstwennaja Duma (von dumatj, denken) wird auf je fünf Jahre gewählt, und zwar so, daß für die bäuerlichen Urwähler, Wähler und Wahlmänner keinerlei Zensus besteht, während für die anderen Stände in Stadt und Land sowohl für das aktive wie für das passive Wahlrecht ein bestimmter Zensus vorgesehen ist, der im wesentlichen den Bestimmungen entspricht, die heute für die Wahlen zu den Semstwos und Stadtvertretungen in Geltung sind. Beschränkungen, welche auf Religion oder Bekenntnis zurückgehen, existieren nicht, so daß die politische Gleichberechtigung der Juden hier zum erstenmal gesetzlich festgestellt wird. Dagegen ist die Kenntnis der russischen Sprache allgemein giltige Voraussetzung. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind alle Militärs und Militärschüler, alle in besoldetem Staatsdienst stehende Beamte, alle Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht haben und gerichtlich entrechtete Personen. Ein Frauenwahlrecht ist vernünftigerweise nicht gewährt worden.

In den Städten, sowie auf dem flachen Lande geht die Wahl nach dem Zweiklassensystem vor sich, die gesammte bäuerliche Bevölkerung aber wählt nach einem Dreiklassensystem. Das geschieht in der Weise, daß der Mir, die Dorfgemeinde, Delegierte in die Wolost, die Gesamtgemeinde, schickt, die mehrere Dorfgenossenschaften umfaßt. Jede Wolost wählt dann zwei Urwähler, die als Urwähler in der bäuerlichen Kreisversammlung fungieren und die Wahlmänner ernennen, aus deren Reihe der bäuerliche Vertreter in der Duma hervorgeht.

Was nun die Kompetenz der Gossudarstwennaja Duma betrifft, so muß alles, was mit der Gesetzgebung und dem Finanzwesen im Zusammenhang steht, vor allem diesem Volkshaus vorgelegt werden, und ein Gesetz wird perfekt, wenn es, nachdem die Majorität der Duma es angenommen, die Zustimmung der Majorität des Reichsrats und die Sanktion des Kaisers findet. Die Duma hat demnach nicht nur zu beraten, sondern im Rahmen eines Zweikammersystems, in dem der Reichsrat als Oberhaus fungiert, zu beschließen und zwar mit größerer autoritativer Kraft als der Reichsrat. Daß schließlich die Zustimmung des Kaisers erforderlich ist, ändert daran nichts, und ist ebenso selbstverständlich wie bei uns die Zustimmung von Bundesrat und Kaiser oder in England die des Oberhauses und des Königs.

Nehmen wir hinzu, daß die Duma das Recht der Gesetzesinitiative hat, daß sie die Minister interpelliert, daß sie jede Überschreitung der Gesetze durch die Administration vor ihr Forum ziehen kann und so eine wirksame Kontrolle über die gesamte Wirtschaftspolitik, das Budget, die Verwaltung, über jede Veräußerung von Staatseigentum und Staatseinkünften ausüben kann, daß außerdem der Kaiser durch Spezialerlasse jede beliebige Angelegenheit ihr vorlegen kann, daß sie ihre Präsidenten und ihre Vizepräsidenten wählt und sich selbst ihre Geschäftsordnung setzt, daß die Freiheit des Wortes ihr gesichert wird und ausreichend bemessene Diäten und Fahrgelder vorgesehen sind, so wissen wir wirklich nicht, welche weitere Garantien für eine wirksame Teilnahme am Staatsleben von einer Nation gefordert werden können, die im Begriff ist, die ersten Schritte auf einer neuen Bahn zu tun.

Vielleicht wird es die russischen Radikalen unangenehm berühren, daß die Sitzungen nicht im Prinzip als öffentlich bezeichnet werden. Die Verfassungsurkunde legt die Entscheidung darüber in die Hände des Präsidenten der Duma. Aber das ist gewiß nur vernünftig, zumal sich erwarten läßt, daß namentlich in der ersten Zeit eine Korona des russischen Reichstages eine ähnliche Rolle spielen könnte, wie sie die Galerien auf den polnischen Reichstagen gespielt haben, wenn Fragen vorlagen, welche die Meinungen erhitzten.

Offenbar hat bei der Redaktion der Verfassung die Befürchtung vorgelegen, daß durch Obstruktion oder durch Absentismus (wie er bei den Semstwoversammlungen Jahre lang chronisch war) die Leistungsfähigkeit der Versammlung leiden könnte. Es sind daher eine Reihe von Bestimmungen getroffen worden, um dem vorzubeugen.

Kurz, wir meinen, mit dieser Verfassung läßt sich leben und arbeiten, und wenn die künftigen Reichsboten nicht selbst versagen, wird sich ein großer und heilsamer Fortschritt machen lassen. Bedenken hat uns die Bestimmung gemacht, welche alle Beamten vom passiven Wahlrecht ausschließt. Man fragt sich, wie das zu verstehen ist? Ob z. B. die Lehrer und Professoren, die Akademiker, kurz, die eigentlich gelehrten Professionen ganz ausgeschlossen sind? Auch ist fast das gesamte gebildete Rußland in Staatsdiensten! Aber vermutlich wird die Ausschließung des „Tschinownik" gerade Beifall finden. Ein zweiter Punkt, der auf den ersten Blick befremdet, ist,

daß allgemeine Freiheitsrechte und Sicherheitsgarantien (das habeas corpus) weder verliehen noch versprochen werden. Aber das erklärt sich wohl aus dem chaotischen Zustande, in dem Rußland sich heute befindet. Vor allen Dingen muß die sozialistische und agrare Revolution und das Räuberwesen unterdrückt werden, das jetzt jede Sicherheit für Freiheit, Leben und Eigentum in Frage stellt. Am schlimmsten sieht es in Livland und Kurland aus. Für Livland läßt sich hoffen, daß der Nachfolger des unfähigen Gouverneurs Paschkow, Swerginzow, mehr Energie zeigen wird, zumal auch auswärtige Mächte für den Schutz ihrer Untertanen einzutreten beginnen. Die in Riga ansässigen Engländer haben sich an ihren Botschafter in Petersburg gewandt und dieser hat ihnen Schiffe und wenn es nötig werden sollte, ein Kriegsschiff zur Verfügung gestellt, so daß wohl einer der Panzer des englischen Geschwaders, das jetzt in der Ostsee manövriert, seinen Weg nach Riga nehmen könnte. Für den englischen Untertanen zugefügten Schaden soll Graf Lamsdorff versprochen haben, aufzukommen. So berichtet die „Dünazeitung" vom 6. August. Gewiß werden die in den Ostseeprovinzen lebenden deutschen Untertanen im Notfall ähnlichen Schutz finden. Weit schlimmer als in Livland sieht es aber in Kurland aus, wo der Gouverneur Swerbejew durch seine Untätigkeit und durch die Fahrlässigkeit, mit der er die Räuber und Mörder regelmäßig entkommen läßt, sich geradezu zu ihrem Mitschuldigen macht. In Kurland vermutet man, daß er sich durch dieses Verhalten seine persönliche Sicherheit erkauft hat, und das ist keineswegs unmöglich. Ein Angehöriger des Deutschen Reiches, der einige Zeit zu Besuch bei Verwandten in Kurland war, schreibt uns: „Wir haben eine sehr lehrreiche, aber auch sehr traurige Zeit in Kurland hinter uns. Es geht dort zu, wie in den schlimmen Jahren des dreißigjährigen Krieges. Eine solche Unsicherheit der Person in Friedenszeiten hätte ich in einem europäischen Staate kaum für möglich gehalten." Jetzt heißt es, daß heute (am 21.) der Kriegszustand über ganz Kurland verhängt sei und daß der Kommandierende des 20. Armeekorps die Befugnisse eines Generalgouverneurs erhalten habe. Wenn diese Nachricht, wie man hoffen darf, sich bestätigt, könnte eine Wendung zum Besseren eintreten und damit Zuständen ein Ende gemacht werden, durch welche allerdings die Ehre Rußlands vor der ganzen zivilisierten Welt auf das empfindlichste geschädigt wurde.

Nicht viel anders sieht es übrigens in Warschau aus, wo ebenfalls die Verhängung des Kriegszustandes bevorsteht, und endlich kommen die durch eine weit ausgedehnte Mißernte in den Gouvernements der schwarzen Erde gesteigerten agraren Unordnungen im mittleren und südlichen Rußland hinzu. Wie soll unter solchen Verhältnissen mit Verleihung von Preßfreiheit, Versammlungsrecht und dergleichen mehr vorgegangen werden? Wenn je, so ist hier Strenge — Barmherzigkeit und Strafen — Pflicht. Damit die Verfassung wirksam und die vorausgehenden Wahlen möglich werden, muß vor allen Dingen die elementarste Staatsordnung, die Achtung vor Gesetz und Recht hergestellt werden. Der Tschinownik in all seinen Sünden hat in zehn Jahren nicht so viel Unheil über Rußland gebracht, wie die Revolution in den letzten zehn Monaten. Und in diesem Zusammenhange scheint es uns doppelt wünschenswert, daß die Friedensverhandlungen bald zu einer Unterzeichnung der Präliminarien führen.

Am 18. August war der Stand der Verhandlungen der folgende: Anerkannt von beiden Teilen war die künftige Stellung Japans zu Korea, die beiderseitige Räumung der Mandschurei und die Rückgabe der Mandschurei an China aus den Händen Japans. Ebenso die beiderseitige Verpflichtung, in Zukunft die Integrität der Mandschurei und die Verwaltung des Landes durch China zu respektieren, und in bezug auf Handel und Industrie das Prinzip der offenen Tür für alle Nationen gelten zu lassen. Anerkannt wurde das Übergehen des russischen Pachtgebietes in Liaotung einschließlich Port Arthur, Dalny, Blonde- und Elliot-Inseln auf Japan. Im Prinzip wurde angenommen, daß durch ein mit Japan zu schließendes Abkommen China in den Besitz der ostchinesischen Bahn nach Charbin, Port Arthur und Nintschwang gesetzt werden solle, aber die endgültige Formulierung dieses Punktes wurde vertagt.

Die Rothstein-Uchtomskische Konzession auf die Eisenbahnlinien, welche die Transsibrische Bahn mit der Ussuribahn und mit der ostchinesischen Bahn verbinden, soll, wie beiderseits anerkannt wird, in Kraft bleiben, doch sollen die russischen Eisenbahnwächter durch chinesische ersetzt werden; endlich hat sich Rußland bereit gefunden, den Japanern das Fischereirecht in den Territorialgewässern von Wladiwostok und der Behringsbai zu gewähren. Dagegen verweigert Rußland 1. die Abtretung von Sachalin, 2. das Zahlen einer Kriegsentschädigung,

3. die Auslieferung der in neutralen Häfen desarmierten russischen Kriegsschiffe, 4. die Beschränkung der Höhe der russischen Seemacht im pazifischen Ozean.

Nun haben die Japaner den dritten dieser Punkte soweit eingeschränkt, daß sie nur noch auf diejenigen der entwaffneten russischen Kriegsschiffe Anspruch erheben, die gegen die japanische Flotte gekämpft haben, aber das sind immerhin noch ein Panzerschiff, fünf Kreuzer, ein Kanonenboot und elf Torpedojäger, und es ist begreiflich, daß die Russen diesen Rest ihrer Flotte nicht aufgeben wollen.

Verfolgt man die Zeitungskampagne, die nebenher geht, so fällt auf, daß die englische Presse den Japanern den Rücken steift. Folgen die Japaner den Ratschlägen, die von dieser Seite kommen, so dürfte der Krieg wieder aufgenommen werden, und augenscheinlich liegt das im englischen Interesse. Man ist, trotz der Sicherheit, mit der Linewitsch auftritt, davon überzeugt, daß die Japaner in einer neuen Feldschlacht siegen werden, und sähe es natürlich nicht ungern, wenn die große Armee, die jetzt an den Schwellen Zentralasiens steht, aufhörte zu existieren. Auch weiß man in London, daß die Verhandlungen über Erneuerung und Erweiterung des englisch-japanischen Bündnisses dem Abschluß nahe sind; kurz es ist, als ob ein eigenes britisches Interesse in Frage stände. Die Frage nach der Verteidigung Indiens ist zudem durch die Fehde zwischen Kitchener und Curzon der politischen Phantasie aller Engländer außerordentlich nahe gerückt. Wir möchten jedoch hier einem in England und zum Teil auch bei uns weit verbreiteten Irrtum entgegentreten: der Vorstellung nämlich, daß Rußland jetzt oder in nächster Zukunft einen Feldzug gegen Indien planen könnte. Davon kann keine Rede sein, und wenn neuerdings einer unserer Zeitungsstrategen berechnet hat, daß Rußland dazu ein Heer von einer Million Mann brauchen würde, ist das unnütze Arbeit gewesen. Rußlands Aktion wird und kann nur dahin gehen, sein Ansehen in Persien, Afghanistan und vielleicht, aber nicht wahrscheinlich — auch in Tibet herzustellen. Das läßt sich aber mit weit geringeren Streitkräften tun, und wenn England hier hindernd eingreifen wollte, würde ihm die Last zufallen, jene Million Soldaten aufzubringen und sie durch Persien oder Afghanistan gegen Rußland zu führen. Das aber ist ein lächerlicher Gedanke. Rußland ist an den afghanisch-persischen Grenzen ebenso unangreifbar wie England

auf seinen Inseln. Wollte man aber an ein japanisches Heer denken, das für England diese Schlachten schlägt, so wäre in Betracht zu ziehen, daß ein durch Indien oder Afghanistan ziehendes japanisches Heer, selbst wenn es für England ficht, dem britischen Prestige in Süd- und Westasien einen geradezu tödlichen Schlag beibringen würde. Sollte daher die Politik des Kabinetts Balfour sich in solchen Bahnen bewegen, so treibt sie ein merkwürdig gewagtes Spiel!

Doch wir sind durch dieses Entrefilet von dem Thema der Friedensverhandlungen abgekommen. Überschaut man die von den russischen Unterhändlern bisher gemachten Zugeständnisse, so läßt sich nicht verkennen, daß sie in allen Fragen, um welche Japan den Krieg aufnahm, durchaus nachgegeben haben. Denken wir uns den Frieden auf diese Bedingungen hin abgeschlossen, so ist der japanische Erfolg immer noch ein großartiger und es fragt sich, ob ein Mehr nicht im schließlichen Effekt weniger bedeutet. Ein Bestehen auf den Shylock-Schein wäre, auch wo das formale Recht dafür spricht, eine moralische Niederlage. Wir wollen den Gedanken nicht im Detail ausführen, es ließe sich viel darüber sagen, aber wir meinen auch mit diesen Andeutungen verstanden zu werden.

Nun hat sich im letzten Augenblick ein Ausweg gezeigt. Präsident Roosevelt, dessen ganzes Verhalten in den kritischen Zeiten der letzten achtzehn Monate nicht hoch genug gerühmt werden kann, soll den Russen und den Japanern seinen Schiedsspruch angeboten haben. Zunächst ist das Zeitungsgerücht, aber es könnte sich bewahrheiten, denn es steht fest, daß der Präsident zu den Höfen von Tokio und Zarskoje in lebhafter Beziehung steht. Sollte daher Roosevelt wirklich einen solchen Vorschlag gemacht haben, so halten wir dafür, daß Rußland ihn annehmen wird: denn dieser Spruch wird sicher praktisch sein und nichts Unbilliges setzen. Er hat vor dem Spruch jedes Schiedsgerichts, etwa des Haager Schiedshofes, den Vorzug, daß er schnell erfolgen kann, und daß er nicht pedantisch doktrinär sein wird. Nimmt aber Rußland ihn an, so kann Japan nicht nein sagen, ohne an Ansehen aufs Spiel zu setzen, was es mit so großen Opfern gewonnen hat. Unsere Hoffnung auf eine baldige friedliche Lösung, die wir beiden Teilen wünschen, ist durch die Initiative Roosevelts, welcher Art immer sie sein mag, wesentlich gesteigert. Sie wird, auch abgesehen vom Ausgang, ein Ruhmesblatt in der Geschichte seiner Präsidentschaft sein.

Zum Schluß erwähnen wir, daß die französisch englische Flottenverbrüderung in Rußland den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht hat. In zwei Blättern, dem „Slowo" und den „Petersburgskija Wjedomosti", die bekanntlich beide unsere Freunde nicht sind, finden wir darüber charakteristische Äußerungen. Es wird genügen, aus dem letztgenannten Blatt eine charakteristische Gedankenreihe seines Pariser Korrespondenten herzusetzen.

„So traurig es auch ist — heißt es in der Korrespondenz — muß doch konstatiert werden, daß die alliance franco-russe auch in den Kreisen bereits als zerrissen gilt, die früher mit Leib und Seele an ihm festhielten. Sie bekennen, daß dieses Bündnis wenigstens für längere Zeit alle Kraft verloren hat. England hat sich jetzt im Westen von der Politik der „splendid isolation" losgesagt und sucht einen Bundesgenossen auf dem Kontinent. Da ist sein Blick auf Frankreich gefallen, das eine zahlreiche, wohl bewaffnete, vorzüglich geschulte Armee hat.

Deutschlands Eingreifen in Marokko hat augenscheinlich die Annäherung Frankreichs an England nur beschleunigt. Es mag ja teilweise die Erkenntnis mitgewirkt haben, daß beide Nationen viele gemeinsame Interessen haben und daß sie wohltätig auf die internationalen Beziehungen einwirken könnten. Aber ein Teil der französischen Gesellschaft blickt mißtrauisch auf alle englischen Versicherungen und Manifestationen, und macht kein Hehl aus der Befürchtung, daß die schnellgereifte Freundschaft zu teuer bezahlt werden könnte. . . . Die Korrespondenz schließt mit dem Satz: „Mit dieser Lage der Dinge zu rechnen, ist Rußland heute mehr als je verpflichtet."

24 August. Erklärung des Kriegszustandes über Warschau.
25. August. Ausstoßung aller Offiziere des Nobogatowschen Geschwaders aus der russischen Marine.
27. August. Das englische Kanalgeschwader unter General Wilson trifft in Swinemünde ein.
28. August. Eintreffen der deutschen Schlachtflotte in Swinemünde zur Begrüßung des englischen Geschwaders.
29. August. Einigung zwischen Russen und Japanern in Portsmouth.

30. August 1905.

Es gehört ein so fester Glaube an den schließlichen Triumph der gesunden Vernunft, wie wir ihn haben, um auch jetzt noch daran festzuhalten, daß der Ausgang der Verhandlungen von Portsmouth der Friede zwischen Rußland und Japan sein wird. Die letzten acht Tage haben zu einer Verständigung in allen wirklich wesentlichen Punkten geführt. Japan hat erreicht, was ihm das Ziel des Krieges war, ja mehr als das. Die Ansprüche, die es jetzt, fast wie ein Ultimatum, stellt, gehen darüber hinaus und sind nicht anders als durch einen neuen Krieg zu erreichen, und zwar unter Voraussetzungen, die für Japan weit ungünstiger liegen als im Februar 1904. Die Angriffspunkte, die sich damals in Korea und Liaotung boten, liegen heute an den Grenzen der Mandschurei, Wladiwostok wird bald von einem Eispanzer umgeben sein und ist ohne Zweifel besser auf eine Belagerung vorbereitet, als Port Arthur es war, und zudem geographisch der Verteidigung günstiger gelegen als dem Angriff. Die Armee Linewitschs hat volle Zeit gehabt, sich zu reorganisieren, und ist durch Kerntruppen stetig verstärkt worden. Sie hat zudem alle Zeit die Möglichkeit, durch einen Abmarsch die japanische Armee zu Stößen ins Blaue zu nötigen, die gewiß keine Entscheidung erzwingen können, und es läßt sich allerdings nicht absehen, weshalb Rußland eine Kriegskontribution zahlen sollte, deren Betrag die Kosten der Fortsetzung des Krieges reichlich decken würde. Dazu kommt für Rußland noch das moralische Moment, das ihm verbietet dort nachzugeben, wo der Zar sich durch öffentlich gegebene Erklärungen gebunden hat. Japan würde den Krieg, wenn er fortgesetzt wird, um Geld führen, nicht um der Nation in ihrer Welt-

stellung Vorteile zu sichern, die sich behaupten lassen und dabei neue pekuniäre Opfer bringen müssen, von denen sich nicht absehen läßt, wer anders sie tragen soll, als die japanischen Steuerzahler. Es sprechen aber für die Wahrscheinlichkeit eines endlichen Friedensschlusses die Berufung der „alten Staatsmänner" nach Tokio und zweitens das Wiederauftauchen der Gerüchte von einem Schiedsspruch. Wir haben der wohltätigen Einwirkung schon gedacht, die das Eingreifen des Präsidenten Roosevelt gehabt hat. Ohne ihn hätte man sich gewiß nicht so weit einander genähert, als bis heute geschehen ist. Wir halten es keineswegs für ausgeschlossen, daß es ihm noch gelingt, die letzten Hindernisse zu überwinden und zwar um so mehr, als wir durch den Fürsten Bülow wissen, daß auch unser Kaiser das Friedenswerk energisch unterstützt.

Die pessimistische Auffassung der Lage ist dadurch verstärkt worden, daß, wie die „Times" mitgeteilt haben, die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses eine vollendete Tatsache ist. Da das 1902 geschlossene Bündnis erst am 30. Januar 1907 abläuft, liegt die Vermutung nahe, daß es sich nicht um eine einfache Verlängerung der früher getroffenen Vereinbarungen handelt, sondern um neue Bestimmungen, die der veränderten Weltlage angepaßt sind. Man wird dabei nicht an eine Lockerung und Einschränkung, sondern an eine Festigung und Erweiterung der beiderseitigen Verpflichtungen zu denken haben, und das mag allerdings die Hartnäckigkeit erklären, mit der die Japaner ihre Forderungen zu behaupten bemüht sind. Aber wir meinen, daß England ihnen gerade das nicht gewähren wird, was Japan heute zumeist brauchen könnte: Subsidien. Seit dem großen europäischen Koalitionskriege, in welchem die englischen Subsidien sich bekanntlich außerordentlich gut in Land und Leuten bezahlt machten, hat, wenn wir von den englischen Ganz- und Halbvasallen absehen, keine Macht, die auf ihre Ehrenstellung in der Welt hält, Subsidien erbeten oder erhalten. Auch glauben wir nicht — ganz abgesehen von dem Schatten, der dadurch auf Japan fiele und seine werdende Großmachtsstellung bedrohen würde —, daß ein englisches Parlament sich zur Zahlung von Subsidien verstehen würde. Für eine Kriegsanleihe aber bietet der europäische wie der amerikanische Geldmarkt den Japanern ungünstigere Aussichten als den Russen, falls an der Geldfrage der Friede scheitern sollte.

So bleibt für Japan noch die Rechnung auf das Friedensbedürfnis Rußlands und auf die Fortdauer der russischen revolutionären Bewegung. Beides könnte zu Täuschungen führen. Es gibt auch in Petersburg eine Kriegspartei, der die bereits zugestandenen Konzessionen zu weit gehen und die daran erinnert, daß Rußland alle seine Kriege mit Mißerfolgen begonnen und, wenn wir vom Krimkriege absehen, trotz allem zu siegreichem Abschlusse geführt hat. Der Revolution gegenüber — die jedoch immer einen lokalen Charakter getragen hat — beginnt die Regierung endlich Ernst zu machen, und es läßt sich hoffen, daß die Verfassung vom 19. August den revolutionären Agitatoren das Feld ihres Einflusses wesentlich einschränken wird.

So liegen die Dinge. Die Tatsachen, so weit sie bekannt sind, gestatten noch keine sicheren Schlüsse, aber die Entscheidung steht unmittelbar bevor.

In bezug auf die russische Verfassung haben wir jetzt, da der authentische Text vollständig vorliegt und von sachkundiger russischer Seite Kommentare veröffentlicht sind, die einen autoritativen Charakter beanspruchen dürfen, einige Zurechtstellungen und Ergänzungen zu bringen.

Das wesentlichste ist, daß die Gossudarstwennaja Duma sich doch nur de facto, nicht de jure als eine beschließende Versammlung bezeichnen läßt, deren Zustimmung für das Zustandekommen eines Gesetzes unerläßlich ist. Es sind Fälle vorgesehen, in denen der Zar sich vorbehält, die letzte Entscheidung auf Grund seiner selbstherrlichen Gewalt zu geben. Aber diese Fälle sind scharf umgrenzt und treten nur ein, wenn es sich als unmöglich herausstellt, zwischen Duma und Reichsrat eine Übereinstimmung herbeizuführen. Wenn aber die Überzeugung des Zaren in Widerspruch zur einmütigen Majoritätsentscheidung beider Körperschaften steht, erfolgt eine Auflösung der Duma und die Ausschreibung von Neuwahlen. Jedenfalls sind die Majoritätsvoten der Duma mehr als Gutachten oder Expertisen, sie geben der Überzeugung und dem Willen der Majorität der Volksvertretung Ausdruck und erhalten eben dadurch ihr Gewicht. Auch nimmt man in Rußland ziemlich allgemein an, daß die nächste Folge der Reform die Ersetzung der Ministerien durch ein homogenes Ministerium mit einem ersten Minister sein werde, wobei

wie in den konstitutionellen Staaten das unbedingte Recht des Herrschers, die Minister zu ernennen, selbstverständlich gewahrt bleiben wird. Auf die zahlreichen Möglichkeiten, die das Gesetz unentschieden gelassen hat und über welche die russische Presse deliberiert, gehen wir nicht ein. Daß die Reform einen ungeheuren Fortschritt bedeutet, wird von keiner Seite geleugnet, auch von den Radikalen nicht; eigentlich grollend stehen nur die Absolutisten quand même in Art der „Moskowskija Wjedomosti" bei Seite, aber auch sie denken, nachdem der Wille des Zaren einmal Gesetz geworden ist, nicht an eine Nichtbeteiligung an den Wahlen, wie sie von einigen Extremen der Linken vorgeschlagen worden ist. Die größten Hoffnungen knüpfen sich an die Erwartung, daß es nun möglich sein werde, die Grenzen zwischen Gesetz und Verordnung scharf zu ziehen und damit der administrativen Willkür feste Schranken zu setzen, danach an das Recht der Interpellation, das nach derselben Richtung hin wirken muß. Endlich wird das Versprechen des Manifestes, die Verfassung der Reichsduma weiter ausbilden, sobald das Leben zeige, nach welcher Richtung hin Verbesserungen nötig seien, stark unterstrichen, denn der Wunsch nach weiteren Vollmachten für die Duma ist sehr verbreitet. Professor Miljukow, dessen Verhaftung wir bedauern, da er gewiß kein Revolutionär, sondern ein monarchisch gesinnter Linksliberaler, dabei aber eine der hervorragendsten wissenschaftlichen und politischen Kapazitäten des heutigen Rußland ist, sagt in der Zeitschrift „Prawo" (das Recht) allerdings, daß zwischen dem, was die Duma der „Gesellschaft" biete, und dem, was die Gesellschaft wolle, ein wahrer Abgrund liege aber das war auch der russischen Regierung ohnehin bekannt und Miljukow ist weit davon entfernt, die ungeheure Bedeutung der Reform zu verkennen. Was er dazu verlangt, ist Freiheit der Rede, der Presse, Unantastbarkeit der Person, also, was wir so häufig als habeas corpus für unumgänglich erklärten. Auch zweifeln wir nicht daran, daß der Zar ein dahin zielendes Grundgesetz noch erlassen wird, aber gewiß nicht solange die revolutionäre Agitation in Rußland den Charakter trägt wie heute.

Aus einem anderen Artikel des „Prawo" erfahren wir, daß das Gesetz über die Gossudarstwennaja Duma nach Erlaß des Reskriptes vom 18. Februar 3. März nicht sobald erwartet wurde, und daß die öffentliche Meinung Rußlands die Beschleunigung mit dem

Beginn der Friedensverhandlungen und mit dem Tage von Björkö in Zusammenhang bringt. Das ist nicht unmöglich, wenn auch das Geheimnis bei uns so streng gewahrt worden ist, daß es unmöglich ist, darüber irgend Zuverlässiges zu erfahren. Wohl aber hat unsere Regierung nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie den Frieden und ein innerlich befriedigtes und beruhigtes Rußland wünscht; zu beidem aber ist das Gesetz über die Reichsduma eine höchst erfreuliche Einleitung.

Jedenfalls, so schließt der oben angezogene Artikel, ist das eine unbestreitbar: „zum ersten Male in unserer Geschichte wird der russischen Gesellschaft eine ernste und direkte Verantwortlichkeit für die nächsten Schicksale des Vaterlandes auferlegt, und man muß wünschen, daß sie sich auf der Höhe des ernsten Augenblicks zeigt und mit reifer Überlegung ihre bevorstehende Aufgabe auf sich nimmt."

Diesem Wunsche schließen auch wir uns an, ob er in Erfüllung geht, wird zunächst von dem Ausfall der Wahlen abhängen, über deren Umfang und Organisation jetzt die ersten zuverlässigen Nachrichten vorliegen. Die Gesamtzahl der Wahlmänner aller Wählergruppen wird in den schon jetzt herangezogenen 51 Gouvernements 5836 Köpfe betragen. Davon werden 2479 von den Bauerwolosten und Kosakenstanitzen, 1994 von den ländlichen Grundbesitzern, 1363 von den Städtern gewählt werden. Die Wahlmänner der Bauern bilden also 42,5 pCt., der Grundbesitzer 34,3, der Städter 23,3 pCt. Die bäuerlichen Wahlmänner sind somit zahlreicher als die jeder anderen Gruppe einzeln genommen, weniger zahlreich als die beiden anderen zusammen. In einigen Gouvernements und Gebieten ist die Zahl der Bauer-Wahlmänner sogar zahlreicher als die Summe der anderen, so daß als Maximum 155 Bauervertreter in die Duma gelangen können. Da Städter und Grundbesitzer 257 Vertreter aufbringen, gehört die Entscheidung der Gruppe, die sich mit den Bauern alliiert, oder den beiden anderen Gruppen, sobald sie sich untereinander verständigen. Ungefähr so argumentiert in „Nascha Shisn" (Unser Leben) Herr Golubew. Aber uns scheint, daß die Rechnung auf ein Zusammenhalten der aus den gleichen Wahlkollegien hervorgegangenen Abgeordneten höchst unsicher ist. Vielmehr läßt sich voraussehen, daß die politischen Gruppierungen sich nach der abendländischen Parteischablone organisieren werden: Rechte und Linke Verfassungspartei und reaktionäre Absolutisten. Das sozialdemokratische

Element scheint dadurch eliminiert zu sein, daß die ungeheuere Majorität der Arbeiter durch den Wahlzensus ausgeschlossen wird; dagegen ist es sehr wohl möglich, daß der Agrarkommunismus in der Bauernschaft zum Ausdruck kommt. Er ist gerade jetzt lebendiger als je, und die ungemein wirksame Propaganda, die Graf Leo Tolstoi durch seine Schriften ausübt, dauert ungeschwächt fort.

Was nun die revolutionäre Bewegung betrifft, so zeigt Admiral Birilew, daß er den Mut hat, mit fester Hand die Flottenmannschaft zu disziplinarer Ordnung zurückzuführen, und daß er dabei auch vor denen nicht Halt macht, die ihre Pflicht als Kommandierende verletzt haben. Die Kassierung sämtlicher Offiziere und Mannschaften des Nebogatowschen Geschwaders gibt dafür ein rühmenswertes Beispiel, von dem sich hoffen läßt, daß es auch auf die verwilderten Elemente in der Armee zurückwirken wird.

In den Ostseeprovinzen ist ein Anfang zur Herstellung gesetzlicher Zustände gemacht worden; in Polen, wo die Revolution, wenn auch nicht intensiver, so doch auf weiteren Räumen ihr Wesen treibt, wird gleichfalls mit mehr Energie eingeschritten als bisher geschah. Nebenher aber dauern die agraren Übergriffe der Bauern fort, und eine sich auf 29 Gouvernements erstreckende Mißernte stellt der staatlichen Fürsorge wie der Privatwohltätigkeit neue schwierige Aufgaben. In der Tat, das Jahr 1905 ist bisher ein Unglücksjahr für Rußland gewesen. Außerordentlich pessimistisch äußert sich der Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats“ über die Wahlordnung: „Der Platz fehlt mir, um das System zu kritisieren, zu dem man gegriffen hat. Es genügt, hervorzuheben, daß als Basis der Reichtum gewählt ist, daß infolge dessen die Masse der Bauern ausgeschlossen wird, ebenso alle Arbeiter und sogar die ehrlichen und bescheidenen Vertreter der freien Berufe. Begünstigt wird dagegen der Adel der Provinzen, der reiche Kaufmann der großen Städte, der Fabrikbesitzer und der jüdische Finanzmann. Ist das gut oder schlecht? Die Wahlen werden es zeigen. Der Zusammentritt dieser so ungeduldig erwarteten Kammer ist leider bis auf den nächsten Januar verschoben. Was werden wir bis dahin erleben? Und werden die Wahlen ohne Schlachten verlaufen? Ich fürchte das Gegenteil. Schon herrscht in Kurland volle Anarchie, zerlumpte Banden stecken die Farmen an, werfen sich auf die Schlösser und

plündern die Staatskassen. In ganz Polen spürt man die Revolution. Die Attentate werden nicht mehr gezählt, und jeder Tag bringt eine Meuterei. Der ganze Kaukasus steht in Flammen, und in den Provinzen des Zentrums hat die Agrarbewegung sich an Intensität verdoppelt.

„Hier (d. h. in Petersburg) werden Gewaltmaßregeln als unmittelbar bevorstehend angekündigt. In Petersburg haben eben jetzt zahlreiche Verhaftungen stattgefunden. Die Presse wird scharf beaufsichtigt. Viele, die im Verdacht stehen, liberale Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen zu sein, zittern, weil sie fürchten, verhaftet und ihrer politischen Rechte verlustig erklärt zu werden. Endlich ist die schreckliche japanische Frage noch nicht entschieden. Herr Witte schlägt Konzessionen vor, aber der Zar soll in seine ursprüngliche Unnachgiebigkeit zurückgefallen sein. Der alte Linewitsch drängt auf Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und prophezeit alle Tage den Sieg. Wer wird den Kaiser für sich gewinnen, er oder Witte?"

Damit schließt dieser schwarzsehende Franzose, aber man darf wohl hoffen, daß er zu schwarz sieht. Es wäre ein ungeheuerer Mißgriff, wenn die Regierung, so wie er es schildert, den Wahlen vorgreifen wollte.

In der marokkanischen Angelegenheit scheint, nachdem nunmehr die deutsche Note überreicht worden ist, die Entscheidung bevorzustehen. Deutschland hat in dem ganzen Verlauf dieser Frage so viel Entgegenkommen gezeigt, daß es nun an Frankreich ist, die Hand zur Verständigung zu bieten. Daß die Gewalttaten, denen französische Untertanen jüngst in Marokko ausgesetzt gewesen sind, ein Einschreiten Frankreichs nötig machen werden, glauben wir nicht. Jedenfalls wäre das eine Sache für sich, die auf die Prinzipienfragen, um die es sich handelt, nicht von Einfluß sein kann, der wir aber insofern nicht ohne Besorgnis entgegensehen, als jedes „Zuviel" leicht einen Ausbruch des Fanatismus und damit Verwickelungen zur Folge haben kann, die auch den übrigen in Marokko lebenden und an Marokko interessierten Europäern zum Schaden gereichen können. Das wesentliche bleibt immer, daß in der Hauptsache Deutschland und Frankreich einander erheblich näher gekommen sind, so daß wir mit dem „Temps" „auf den baldigen Abschluß eines endgültigen Abkommens über die marokkanische Frage hoffen." Es ist in der Tat

an der Zeit, daß sie mit allem, was an Verstimmungen und Mißverständnissen daran hing, aus der Welt geschafft wird.

Mit großem Interesse haben wir in den letzten Wochen die im „Standard" der öffentlichen Diskussion geöffnete Spalte: „Use and abuse of sport" verfolgt. Um gleich unsere Überzeugung vorauszuschicken sei gesagt, daß wir den Nutzen des Sports sehr wohl anerkennen, ihn aber für schädlich halten, sobald die ernsten Pflichten, die das Leben uns stellt, hinter ihm zurückstehen, und für verwerflich, sobald er zum Beruf und zum ausschließlichen Lebensinhalt wird.

In England wird die Frage anders beantwortet und von einem anderen Gesichtspunkt aus angefaßt. Was die Anregung dazu gegeben hat, sind die Reden von Lord Roberts über die Unzulänglichkeit der Landesverteidigung, die unheimliche Frage von der Möglichkeit einer Invasion und die Erinnerung an die ungenügende Ausbildung der Truppen, die England während des Burenkrieges nach Südafrika schickte. Nur wenige der Korrespondenten leugnen, daß Kricket und Football nicht ausreichen, das Vaterland zu verteidigen, aber die meisten legen gerade diesem Sport eine sehr große Bedeutung bei und kommen zu dem Resultat, daß es genügen werde, wenn man den anderen Sport des Shooting, das ist des Ziel und Vogelschießens, hinzufüge. Der wesentliche Nutzen des Sports liege in der Ausbildung der Individualität, der Entschlußfähigkeit, der kraftvollen Durchbildung des Körpers zum Ertragen von Anstrengungen und Strapazen. Das alles aber geht nur wenig über die alltäglichsten Gemeinplätze hinaus. Dagegen haben sich auch sehr ernste Stimmen vernehmen lassen, welche über die furchtbare Vergeudung nationaler Energie klagen, die im Sport fruchtlos verloren gehe, und über die Zeitverschwendung, die 500000 Zuschauer versammle, um stundenlang wenigen Spielern zuzuschauen. Wieder andere gelangen zum Ergebnis, daß der Sport durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu ersetzen sei, wenn man im Ernst dafür sorgen wolle, daß England sich den Gefahren einer Invasion gewachsen zeige. Das auffallendste aber ist der bei vielen Korrespondenten zum Ausdruck kommende Pessimismus bei Beurteilung der gegenwärtigen Generation. „Ich behaupte, schreibt einer von ihnen, daß der Mißbrauch des Sports uns als Nation tötet (is killing us as a nation); ein anderer sagt: Britanniens Söhne in den aus-

wärtigen Plätzen von Greater Britain sind noch immer die besten Männer von der Welt. Aber das englische Volk ist das hilflose Opfer fetter Degeneration. Es hat noch eines — Geld, und das ist so ziemlich alles. Damit bezahlen sie murrend Soldaten und Matrosen, die für sie fechten; Fremde, die für sie Figur machen, kochen und fiedeln; Sportsleute von Profession, die für sie spielen müssen. Natürlich gibt es unter uns noch hier und da einige große Männer. Es sind noch ein oder zwei große Soldaten übrig geblieben. Der größte von ihnen, dessen großer Sinn gemartert wurde durch die tragischen Aussichten, die seinem Vaterlande drohen, hat öffentlich auf das ernsteste gewarnt und einen leidenschaftlichen Aufruf an seine Landsleute gerichtet. Die aber sagten, was ist das für ein feiner alter Herr! und dann nahmen sie ihr idiotisches Spielen wieder auf und achteten keinen Augenblick mehr auf die gewichtigste Warnung, die in neuer Zeit laut geworden ist. Natürlich tun ihre Korrespondenten mir leid. Die unvermeidliche Enttäuschung die ihnen bevorsteht, wird ein schlechter Dank für diese ehrlichen und loyalen Seelen sein: aber das ist vielleicht besser als in einem Nebel grundlosen Vertrauens und Hoffens zu leben. An blinder Selbstgenügsamkeit, unsinnigem Egoismus, hat kein Volk der alten Welt jemals meine Landsleute vom 20. Jahrhundert übertroffen.

Diese Zuschrift ist unterzeichnet J. Wellesley Bates. Der Mann hat den Mut seiner Überzeugung und sagt seinen Landsleuten härtere Dinge als je ein Fremder ihnen gesagt hat. Er darf es tun, weil man den lauteren Patriotismus mit empfindet, der aus ihm spricht. Die nicht englische Welt aber wird gut tun damit zu rechnen, daß die Wirklichkeit auch in England anders aussieht als das Nachtbild, das hier entworfen worden ist; aber auch anders als der Größenwahn der „National Review“ sie darstellt.

31. August. Zusammentritt der norwegischen und schwedischen Delegierten in Karlstad.
1. September. Unterzeichnung des englisch-japanischen Bündnisvertrags vom 12. August 1905. Annahme in Tokio. Unterzeichnung des Waffenstillstandes zwischen Russen und Japanern in Portsmouth.
2. September. Der Zweck heiligt die Mittel.
3. September. Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen Russen und Japanern in Portsmouth.
6. September. Untergang des Schiffahrt im Suezkanal.
7. September. Explosion der Munitionsfabrik in Schlachtfeld.
8. September. Erdbeben in Süditalien.
11. September. Ankunft Komuras in Portsmouth.
12. September. **Untergang eines englischen Dampfers mit Waffen und Explosivstoffen im** Weißen Meer. Neuer Krach Zeberd lehnt den Antrag Zeberdiew auf Einführung des allgemeinen Stimmrechts ab.
13. September. Untergang des französischen Kanonenboots Mitsio.
14. September. Annahme des russischen Friedens.
16. September. Eintreffen von Truppen in Dar es Salam. Demission des japanischen Ministers des Innern. Schreckensregiment des Pöbels in Tokio.
19. September. Einzug Friedens in Paris.
21. September. Frhr. v. Lindequist, Gouverneur von Südwestafrika, vom Kaiser empfangen. Gründung der Bank in Paris.
23. September. Eröffnung der Konferenzen in Karlsbad.
24. September. Wahl in Serbien.
25. September. Verhandlungen der Vereinigungen von Karlsbad in Elsaß-Lothringen.
26. September. Ernennung Witte zum Kaiser Wilhelm in Homburg.
27. September. Verhaftung des Leiters der [illegible] Bank und Druckereien.
28. September. Zusammentreffen des Zaren Nikolaus mit dem italienischen Minister des Auswärtigen, Tittoni, Zeitz in Petersburg.
1. Oktober. Deutsch-russische Handelsverträge in Brünn und Prag.
2. Oktober. Eröffnung der Bahn von Pretoria nach Lourenço Marques.

1. Oktober 1905.

Die Ergebnisse der großen welthistorischen Begebenheiten, die sich in den letzten Monaten vor unseren Augen vollzogen haben, beginnen sich zu einer neuen Weltlage zu konsolidieren. Vom Herbst 1905 wird der zukünftige Geschichtsschreiber dieser Tage eine neue politische Ära zu studieren haben. Ob eine bessere, mag dahin gestellt bleiben. Die verschiedenen Nationen knüpfen sehr wesentlich unterschiedene Hoffnungen an diese kommende „neue Zeit", und ein consensus omnium, auch nur über eines der Probleme, das seine absehbare Lösung gefunden hat, ist schwerlich vorhanden. Aber immerhin, das

eine steht fest: die Welt sieht heute anders aus als noch vor Jahresfrist, und im großen und ganzen hat der dadurch bedingte Frontwechsel sich bereits vollzogen. Völlig gescheitert sind die Pläne der Männer der „National Revue" und ihrer Anhänger: die englisch-französisch-russische Kombination gegen Deutschland ist unmöglich geworden. Kein nüchtern denkender Politiker wird seine Pläne weiter auf sie richten wollen. Das ist gewesen und kann nicht mehr wiederkommen. Gescheitert ist auch der Plan, die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen uns zu mobilisieren; gescheitert der Versuch, aus der englisch-französischen entente eine Allianz zu machen, in welcher den Franzosen die Rolle zugedacht war, die heute Japan an anderer Stelle auf sich genommen hat: das Schwert Englands zu sein und seine Schlachten zu schlagen; gescheitert endlich der Chamberlainsche Imperialismus. Andere Probleme tauchen am Horizonte auf, und mit denen wird die Welt zu rechnen haben. Wir wollen sie nicht herzählen, das führt leicht zu Mißverständnissen, aber sie ergeben sich aus der Tatsache, daß der politische Schwerpunkt sich verschoben hat: er ist dadurch ein anderer geworden, daß England das Gewicht seiner Interessen noch mehr als in früherer Zeit in den fernen Osten zu verlegen bemüht ist. Man kann heute nach Veröffentlichung der englisch japanischen Allianz vom 12. August nicht mehr daran zweifeln. Dorthin hat England sein japanisches Schwert gerichtet, in der übrigen Welt rechnet es darauf, mit seiner Flotte sich in Respekt zu halten und dadurch, daß es die kleineren Küstenstaaten an das englische Protektorat fesselt, die europäische Position zu behaupten. England müsse, so sagte jüngst eines der führenden englischen Blätter, „the friend of the smaller nations" sein, was, beiläufig bemerkt, eben kein Kompliment für Frankreich ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Freundschaft sich in Zukunft auch den Norwegern zuwenden, und das würde dann in der Tat eine schön geschlossene Küstenlinie geben. Aber, wie gesagt, das Hauptinteresse gilt dem Stillen und Indischen Ozean, den Persischen Golf mit eingeschlossen, und dort soll das Übergewicht der verbündeten Marinen von Japan und Großbritannien, kombiniert mit der zu englischen Diensten stehenden japanischen Armee, sich geltend machen. Und wer wollte leugnen, daß damit in der Tat ein Machtapparat aufgebracht worden ist, wie er

dort in gleicher Stärke noch niemals bestanden hat. Der „Standard" hat bei Veröffentlichung des Textes des englisch japanischen Vertrages auch die sich daraus ergebenden Zahlen für die so geeinigte Seemacht und Landmacht berechnet. Für die Flotte gewinnt er das folgende Bild: Schlachtschiffe erster Klasse 89, Panzerkreuzer 50, geschützte Kreuzer 97, Zerstörer 187, Torpedoboote 198. Das gebe, jeder denkbaren Koalition gegenüber, ein ungeheures Übergewicht der beiden Alliierten, wenn man, wie dem „Standard" selbstverständlich ist, die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht mitzähle. Auch die Landmacht beider Verbündeten wird aufgeführt, und zwar England mit 1132523 Mann, Japan mit 619000, in Summa also 2132533, was um eine halbe Million weniger ist als die österreichisch ungarische Armee auf Kriegsfuß. Von einem Vergleich mit der Macht kontinentaler Allianzen also könne keine Rede sein. Aber, kommentiert der „Standard", der letzte Krieg habe gezeigt, daß der Besitz einer Armee von 4 Millionen noch nicht beweise, daß es möglich sei, eine erdrückende Übermacht in asiatischen Fernen zu konzentrieren. Die Zahl der Truppen, über welche jede Macht verfüge, sei außerdem von geringer Bedeutung, da die Alliierten das Meer beherrschten und stets die weiten Straßen des Ozeans benutzen könnten, während mögliche Machtkombinationen auf dem Lande in Abhängigkeit von den schmalen Eisenbahnstraßen ständen. Das ist gewiß richtig, richtiger als die Berechnung der englischen Streitkräfte, die mit einem bewunderungswürdigen Optimismus aufgestellt ist; aber man fragt wohl, wozu diese Zahlen, da doch das englisch japanische Bündnis bestimmt ist, auf lange Jahre den Frieden zu sichern. Wir glauben aber, ohne jeden inneren Vorbehalt, daß dies allerdings die Absicht der englischen wie der japanischen Staatsmänner gewesen ist, als sie ihren Bündnisvertrag unterzeichneten. Japan hat gewiß keine Neigung, einen neuen Krieg auf sich zu nehmen, zumal es mehr erreicht hat, als es bei Ausbruch des Krieges für möglich hielt, und an die Absicht Englands, einen anderen Staat, z. B. Deutschland, mit Krieg zu überziehen, haben wir trotz allen Bramarbasierens eines Teiles der Presse und einzelner Hitzköpfe in Armee und Marine und Parlament niemals ernstlich geglaubt. Das damit verbundene wirtschaftliche Risiko ist zu groß; es hat sich vornehmlich darum gehandelt, durch systematische Einschüchterung den Ausbau unserer Marine, wenn

nicht zu verhindern, so doch möglichst zu verlangsamen. Da nun der Erfolg gezeigt hat, daß mit solchen Mitteln genau das Gegenteil erreicht wird, läßt sich hoffen, daß man sie als unzweckmäßig aufgeben wird, und daß so allmählich die gegenseitigen Beziehungen in ruhige Bahnen einlenken. Das soll niemandem lieber sein als uns. Wir lehnen es daher ab, das Thema eventueller Gefahren, die das japanisch-englische Bündnis für Europa bringen könnte, zu diskutieren. Sie können als nicht existent betrachtet werden. Nur in einer Hinsicht bedauern wir, vom europäischen Standpunkt, den Abschluß dieses Bündnisses: es hat der, eine Zeitlang mit gewisser Aussicht auf Erfolg betriebenen, Agitation für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England den Boden unter den Füßen entzogen. Ein wirkliches Gefühl von Sicherheit und damit auch die Richtung auf eine überall friedfertige Politik wird aber erst dann auf englischem Boden fest Wurzel fassen, wenn die Nation sich selbst stark genug fühlen wird, ihren heimatlichen Boden zu verteidigen, und wenn ein Krieg, wie bei uns, jeden Wehrfähigen nötigen wird, mit dem eigenen Leben für die Politik seines Landes einzustehen.

Das Motiv für Abschluß des Bündnisses war von englischer Seite ein anderes. Es war die Sorge um Behauptung der indischen Stellung Großbritanniens, die seit dem letzten Kriege, trotz der russischen Niederlagen, außerordentlich lebendig geworden ist. Und wenn auch mit unbedingter Sicherheit behauptet werden kann, daß heute kein Mensch in Rußland an einen indischen Feldzug denkt, so bleibt für England die beunruhigende Tatsache, daß noch niemals Rußland auch nur annähernd so viel Truppen auf asiatischem Boden gehabt hat wie heute, und daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein nicht unbeträchtlicher Teil von ihnen in Transkaspien und Turkestan stehen bleiben wird. Die russisch-englische Rivalität ist aber gar nicht auf Indien, sondern auf Persien und Afghanistan zurückzuführen. Dort aber scheinen uns, trotz des japanischen Bündnisses, alle Vorteile auf russischer Seite zu liegen. Rußland kann, ohne etwas an seinen Zukunftsaussichten zu verspielen, warten, bis das herrische Vorgehen der Engländer ihm beide, Perser wie Afghanen, als Bundesfreunde zuführt, zumal seine Absichten nicht auf Eroberung, sondern auf engere wirtschaftliche Verbindung mit diesen Staaten ausgehen. Wir meinen also, das englisch japanische Bündnis kann zu einer Verteidigung

Indiens überhaupt nicht führen, wohl aber zu einem durch Afghanistan eventuell von Persien aus aufzunehmenden Offensivkriege gegen Rußland, in welchem alle Aussichten des Erfolges, und zu ihnen wird man auch die Stimmung der Afghanen und Perser rechnen müssen, auf russischer Seite liegen werden. Die Curzon Doktrin von den Glacis der indischen Festung Englands ist ein Anspruch zur Offensive, nicht zur Defensive, und wird durch die Erklärung Lord Lansdownes, daß die Festsetzung einer anderen Macht an den Küsten des Persischen Meeres als eine unfreundliche Handlung von England angesehen werden würde, noch weiter ausgedehnt. Daß Japan seine Landmacht — doch offenbar in englischem Solde, worin dann ein Verzicht auf eine Anerkennung als Großmacht für die Dauer dieses Vertrages liegen würde — diesen Ansprüchen zu Dienst gestellt hat, ist ja wohl möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß aber die japanische Hülfe tatsächlich von England in Anspruch genommen werden sollte, möchten wir fast für unmöglich halten. Die Waffe, die England damit in die Hand nähme, wäre ein zweischneidiges Schwert, mit dem es zunächst sich selbst schädigen würde. Das ist keine müßige Behauptung, sondern eine sich schon jetzt vorbereitende Tatsache. Denn die Niederlagen Rußlands haben nicht nur diesen Staat, sondern in vielleicht noch höherem Grade England geschädigt. Rußlands asiatische Stellung ist von Natur so geartet, daß ihm wohl eine Eroberung wie die der Mandschurei und isolierte Vorposten wie Port Arthur, Talny, Sachalin verloren gehen konnten, daß aber an eine Erschütterung seiner Gesamtposition in Nord- und Zentralasien überhaupt nicht gedacht werden kann. Es hat keinen Augenblick während des letzten Krieges gegeben, in welchem Rußland um einen Aufstand seiner asiatischen Untertanen Sorge zu tragen Ursache gehabt hätte. Weit größer war dagegen der Eindruck der japanischen Siege in Vorder- und Hinterindien bis nach Afghanistan hinein. In Indien zumal, wo die einheimische Bevölkerung in ihren höheren Schichten einen Kulturzustand erreicht hat, der die größte Beachtung verdient und zu selbständiger wissenschaftlicher Produktion geführt hat, begann man die Blicke nach Japan zu richten, und in den Japanern die künftigen Befreier Asiens herbeizuziehen. Die Unpopularität des Vizekönigs Lord Curzon, der den Beweis erbracht hat, daß man ein hervorragender theoretischer Politiker und Schriftsteller und doch ein unbrauchbarer und schad-

licher Staatsmann sein kann, hat die antienglische japanfreundliche Stimmung noch erheblich gesteigert, und heute muß bereits mit ihr als mit einer Realität gerechnet werden. Die Teilung Bengalens in zwei Provinzen hat eine so große Erbitterung hervorgerufen, daß eine Boykottierung erst aller englischen, dann aber aller europäischen Waren die Folge war. Dabei ist noch als besonders charakteristisch hervorzuheben, daß die Bewegung von indischen Studenten geleitet wurde, die bei der Masse der Bevölkerung unbedingten Gehorsam fanden, und zweitens, daß sie von Kalkutta nach Bombay überspringen konnte: eine ganz unerhörte Tatsache, da die Stärke der englischen Stellung in Indien vornehmlich darauf beruht, daß es den Engländern leicht fiel, jedes politische oder ideelle Zusammengehen der verschiedenen indischen Provinzen zu verhindern. Seit es eine nationalindische Presse gibt und zugleich die englisch-indischen Zeitungen gelesen werden, ist das erheblich anders geworden. Ein Blick in die indischen Zeitungen (wir meinen die englisch-indischen) belehrt über die Stärke dieser „asiatischen" Bewegung. Die sehr geschickt redigierte „Eastern World" bringt eine Originalkorrespondenz eines Indiers aus Vaidyonath Daoghur vom 20. Juli (also noch vor der Entscheidung), in der es u. a. heißt: „Der Enthusiasmus für Japan, namentlich bei den Hindus und Sikhs ist durchaus ursprünglich. 99 Prozent von ihnen haben für den Sieg der Japaner gebetet . . ." und an anderer Stelle: „Indien hat schon lange mit Liebe und Achtung zu Japan aufgeblickt. Der rasche Fortschritt und der Charakter der Nation imponiert. So versuchte man das Beispiel Japans, das vielen wie eine Offenbarung erschien, nachzuahmen. Indische Dichter haben Japan besungen, und in vielen der patriotischen Gesänge wird Japans Beispiel als glorreiches Vorbild nationaler Wiedergeburt gefeiert. „Japan hat sich erhoben, wie lange noch wird Indien am Boden liegen bleiben?" „Wenn Japan gleich einer neuen Sonne am östlichen Himmel aufsteigt, weshalb sollte Indien, die Sonne der Zeiten, versinken und untergehen?" Ein Teil dieser Lieder soll bereits vor dreißig Jahren gedichtet sein, aber durch den letzten Krieg ist das alles wieder lebendiger geworden, und Japan hat von jeher diese indischen Sympathien sorgfältig gepflegt. Schon denkt man daran, wie der kriegerische Geist Indiens neu belebt werden könne, denn die Empfindung ist, daß Japans Sieg über eine

der größten europäischen Mächte in der Tat den Beginn einer neuen Ära für Asien bedeute. Ein für allemal sei der Stempel der Inferiorität Asiens, der kriegerischen Anlagen und des militärischen Geistes der Asiaten im Vergleich zu den Europäern durch Japans Taten weggewischt, man fühle sich jetzt den Amerikanern und Europäern gleich, und dafür sei man Japan so dankbar usw. (Joy and thankfulness fill the Indian breast and all Indian hearts and eyes are now turned towards Japan, in hushed awe and reverence!") Wie immer im Orient geht der politischen eine religiöse Erhebung parallel. Man hofft, daß der von Japan schon vor zwei Jahren angeregte Gedanke, einen Kongreß asiatischer Religionen (mit Ausschluß des Islam) in Tokio oder Kyoto zu versammeln, sich nunmehr verwirklichen werde. „Seien Sie überzeugt, daß wenn die vorgeschlagene und verschobene Religionskonferenz jetzt in Tokio stattfindet, jede indische Religion durch fähige, beredte und wohl geeignete Delegierte vertreten sein wird. Viele Hindu und Buddhisten wünschen ihre Gedanken über die großen Fragen der Religion auszutauschen und festzustellen, wie weit in den Fundamentalanschauungen Übereinstimmung zwischen ihnen besteht." Das alles ist sehr ernst und aufrichtig gemeint, und wenn nicht gewaltsame Hindernisse diesen Strömungen entgegengesetzt werden, werden sie an Kraft gewinnen. Darüber wird man sich auch in England nicht täuschen. Schon jetzt hat Sir Charles Tilte, der doch gewiß ein Kenner ist, erklärt, daß er sich mit allem Nachdruck der Verwendung japanischer Truppen in Indien widersetzen werde. „In any case I should oppose most strongly the use of Japanese troops for the defence of India." Weniger Einwände hat er dagegen zu erheben, daß man Japaner nach Persien werfe, aber er glaubt nicht, daß in absehbarer Zeit England dort etwas von Rußland zu fürchten haben werde.

Ist das alles, wie wir glauben, richtig, so bleibt der Schluß, daß das englisch-japanische Bündnis in Englands Händen nicht die Bedeutung einer Waffe, sondern nur die einer Drohung hat, der man die Tat nicht folgen lassen will, während andererseits Japan durch diese Allianz an Prestige sehr viel gewonnen hat, und zwar vornehmlich auf Kosten Englands.

Nun bleibt allerdings die Stärkung der Stellung Englands im Großen Ozean durch die Kombination der beiden zurzeit zahlreichsten

Kriegsflotten in diesen Gewässern. Ihre Aufgabe soll nach den bekannt gegebenen Artikeln des Bündnisvertrages die Aufrechterhaltung der Integrität Chinas, des Prinzips der offenen Tür und die Garantie des neuen japanischen Besitzstandes sein. Auch hier scheint uns der Vorteil auf japanischer Seite zu liegen. Die Integrität Chinas entspricht dem Interesse aller Mächte; das Prinzip der offenen Tür, das bekanntlich im Gegensatz zu der ursprünglichen Tendenz Englands steht, Einflußsphären zu begründen, ist gleichfalls ein Satz, zu dem sich heute alles bekennt. Es liegt also in diesen Punkten des Vertrages nichts, was die außerhalb stehenden Interessen zu beunruhigen braucht. Im Gegenteil, es ist ein Dienst, der auch ihnen erwiesen ist, da diese feierliche Verpflichtung das Prinzip als solches kräftigt. Ein anderes wäre es, wenn beide Mächte, was sie theoretisch anerkennen, praktisch unter Benutzung ihrer tatsächlichen Übermacht zum eigenen Vorteil illusorisch machen wollten. Aber wir glauben nicht, daß das möglich ist. Bekanntlich hat Amerika schon seit Jahren den Anspruch erhoben, daß die vorwiegende Stellung in der Südsee ihm gebühre. Anno 1900 hat Hubert H. Bancroft sich in diesem Sinne ausgesprochen, dann folgte der Senator Beveridge mit dem berühmten Satz: „Der Stille Ozean ist unser Meer." 1902 sprach sich der Schatzsekretär Shaw in ähnlichem Sinne aus, und endlich hat Präsident Roosevelt im Mai 1903 erklärt, daß die künftige Herrschaft über das Stille Meer der Nordamerikanischen Union gebühre. Wer sich darüber näher orientieren will, lese den hergehörigen Abschnitt in dem vortrefflichen Buche von Paul Dehn „Weltwirtschaftliche Neubildungen" nach. Es gibt also auf dem Großen Ozean eine starke Konkurrenz die nicht unbeachtet bleiben kann, und damit ist auch die oben erwogene Gefahr als nicht vorhanden zu betrachten. Überhaupt will uns scheinen, daß der englische Anspruch „Beherrscher der Meere" zu bleiben, stetig an Geltung verlieren muß. Pozzo di Borgo sagt in einer der Denkschriften, die er 1814 für den Kaiser Alexander I. verfaßte: „C'est une grande erreur en politique de créer des intérêts universels et permanents contre soi même." Das gilt aber von keiner Frage mehr als von diesem englischen Anspruch. Es gibt keine Nation in der Welt, die nicht ein Interesse hätte, ihn fallen zu sehen. Wenn der letzte Krieg gezeigt hat, daß es heute unmöglich ist, gegen den Willen Englands eigene Interessen über

See zu vertreten, so ist damit ein unhaltbarer Zustand bloßgelegt worden, und man darf wohl erwarten, daß der sogenannte „Friedenskongreß", der nächstens im Haag zusammentreten soll, um aus den Erfahrungen des Krieges völkerrechtliche Grundsätze zu gewinnen, auch bemüht sein wird, die Probleme des Seekrieges zu revidieren.

Um zu resumieren: vom englischen Standpunkte aus betrachtet, scheint uns das englisch japanische Bündnis ein zweischneidiges gefährliches Werkzeug zu sein, nicht nur politisch, sondern auch handelspolitisch in Indien, Hinterindien, Australien, Südamerika, wo überall japanische Handelsagenturen entstehen sollen; vom allgemein europäisch amerikanischen Standpunkte ist es ungefährlich, weil es international nicht zur Geltung kommen wird, vom japanischen Standpunkte aus ein außerordentlicher Gewinn.

Was aber Rußland insbesondere betrifft, so ist es mit seinem Friedensschluß zufrieden; in betreff jenes Bündnisses aber nimmt es die englischen Versicherungen, daß es nur zu Rußlands Bestem geschlossen sei, freundlich und ironisch lächelnd entgegen. Mit Wittes Tätigkeit in Portsmouth, Paris und Berlin ist man, abgesehen von den stets medisierenden Salons in Petersburg, sehr zufrieden. Es heißt zudem, daß er mit einem sehr liberalen Zukunftsprogramm heimgekehrt sei. Seine Ernennung zum ersten Präsidenten eines homogenen verantwortlichen Ministeriums wird von der öffentlichen Meinung bereits antizipiert und wohl mit Recht. Man traut ihm zu, daß er trotz allem es verstehen werde, das Staatsschiff wieder in ruhige Gewässer zu lenken. Der Zar hat ihn in den Grafenstand erhoben und nach Björkö berufen. Dort werden folgenreiche Entschlüsse gefaßt werden müssen. Das Problem liegt so, daß zunächst zweierlei zu tun ist: Herstellung der staatlichen Ordnung und Beseitigung der anarchistisch revolutionären Bewegung in den Grenzmarken ohne administrative Willkür, durch gerechte und energische Handhabung der geltenden Gesetze, und zweitens ausreichende Fürsorge für die hungernden Bauern. Vor diesen dringendsten Aufgaben hätte für den Augenblick alles andere zurückzutreten. Was weiter geschehen soll, hat der unter Vorsitz des Grafen Gudowitsch tagende Petersburger Adel in einer Adresse an den Zaren maßvoll und einsichtig auf die folgenden Forderungen beschränkt: Organisation eines verantwortlichen Ministeriums, gleichmäßige, von der

Verwaltung unabhängige Rechtsprechung, obligatorische Elementarbildung, bessere Bildung und ausreichende Besoldung der Geistlichkeit, Regelung der Preß- und Versammlungsfreiheit, freiere Gestaltung der Selbstverwaltung. Das sind die wesentlichsten Punkte. Sie fallen aller Wahrscheinlichkeit nach sämtlich in das Programm Wittes.

Die Führung Rußlands liegt aber heute mehr in Moskau als in Petersburg, und Moskau denkt radikaler. Aber auch dort hat man den unglücklichen Gedanken fallen gelassen, gegen die Dumaverfassung durch Nichtteilnahme an den Wahlen zu protestieren. Vielmehr finden bereits die Vorberatungen über die Wahlkampagne statt. Es ist dringend zu wünschen, daß dabei von beiden Seiten, von der Verwaltung wie von den Wählern, die gesetzlichen Schranken eingehalten werden und soweit irgend möglich freier Meinungsäußerung Raum gelassen wird. Ein Anfang ist dadurch gemacht worden, daß die ursprünglich verbotene Versammlung der Semstwos und Städtedelegierten unbehindert in Moskau hat tagen können. Aber alles kommt darauf an, daß diese Organisationen nicht über den Kopf der Regierung die Führung an sich reißen, und daß ein starker Wille das Ganze zum Ziele führt. Welches dieses Ziel ist, kann nicht zweifelhaft sein. Rußland will Rechtsstaat werden.

Daß Rußland zu einem Staatsbankerott greift, kann als unbedingt ausgeschlossen gelten. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach bis auf weiteres nicht einmal fremden Kredit in Anspruch nehmen, obgleich es ihn nicht nur in Paris und Berlin, sondern auch in London finden würde. Denn die Vorstellung, daß sich ein Ausweg finden läßt, der zur Sanierung der inneren Zustände führt, besteht trotz aller entgegengesetzten Behauptungen. Man kann theoretisch die Notwendigkeit eines finanziellen Zusammenbruchs als wahrscheinlich darlegen, die Wirklichkeit geht andere Wege, über alle statistischen Daten hinweg. Auch die kommunistische Bewegung unter der Bauernschaft ist, da sie sich mit einer streng monarchischen Weltanschauung kombiniert, nicht unheilbar. Jedes persönliche Eingreifen des Zaren würde eine Wandlung herbeiführen, und wenn damit, wie es in den 26 Gouvernements, die unter völligem Mißwachs zu leiden haben, unbedingt notwendig ist, ausreichende materielle Unterstützung namentlich durch Getreidelieferungen verbunden wäre, läßt sich mit Bestimmtheit vorher-

ſagen, daß alles zu geordneten Zuſtänden zurückkehren würde. Aber wir wiſſen nicht, ob ſolche Entſchlüſſe zu erwarten ſind.

Sehr erfreulich iſt, daß die in Paris über die marokkaniſche Frage geführten Verhandlungen zur Unterzeichnung der Punkte geführt haben, auf welche Deutſchland und Frankreich ſich geeinigt haben. Es läßt ſich nun darauf rechnen, daß, wenn in Algeziras die Madrider Vertragsmächte zuſammentreten, ein allgemeines Einverſtändnis erreicht wird, das dem Sultan ſeine Souveränität und die Integrität ſeines Reiches erhält, den Vertragsmächten Sicherheit in Verfolgung ihrer friedlichen Miſſion bietet. Daß Frankreich die Polizeirechte an ſeiner algeriſchen Grenze ausübt, iſt nur billig, ſobald dieſe Rechte nicht mißbraucht werden. Daß die vor vier Jahren von Jean Heß ſo rückſichtslos gegeißelten Methoden der Delcaſſéſchen Politik wieder aufgenommen werden, kann wohl als ausgeſchloſſen gelten.

6. Oktober. Buchdruckerstreik in Moskau.
8. Oktober. Weitere Unruhen und Kämpfe in Moskau und Tiflis.
10. Oktober. Vertagung des ungarischen Reichstages. Das Karlstader Abkommen wird in Norwegen genehmigt.

11. Oktober 1905.

Der Gedanke, dem wir vor acht Tagen an dieser Stelle Ausdruck gaben, daß es nämlich vor allem in Rußland darauf ankomme, in den 26 Hungergouvernements die Not zu lindern, und daß zweitens endlich einmal Ernst gemacht werden müsse mit rücksichtsloser Unterdrückung des revolutionären Räuberwesens in den Grenzprovinzen und wo sonst es sich geltend macht, hat in betreff der ersten Forderung auch in der russischen Presse sehr energischen Ausdruck gefunden. Wir heben aus der langen Reihe der dafür vorliegenden Zeugnisse zwei hervor. In der „Nowoje Wremja" schreibt der bekannte Publizist M. Menschikow: „Man sagt, jetzt handle es sich nicht um die Hungersnot, sondern darum, die Reichsreform durchzuführen. Aber, wenn man noch so sehr an die Notwendigkeit dieser Reform glaubt, wird man doch zugeben müssen, daß die Reform warten kann, der Hunger aber wartet nicht. Auch ist es ja durchaus nicht notwendig, die Reform zu verschieben. Die Bekämpfung des Hungers lähmt ja nicht die große Politik . . . Die Reformer haben heute eine besondere, höchste Pflicht: die jetzige Hungersnot ist die erste nationale Kalamität des parlamentarischen Rußland. Es ist unmöglich, wie in früheren Zeiten zu sagen, uns geht das nichts an, man bindet uns die Hände. Heute tritt der Administration die befreite Gesellschaft an die Seite, und sie muß in sich die Energie finden, dem Volke zu helfen . . . . Die Geschichte unserer Freiheit muß gekrönt werden durch den Sieg über die erste reale Not, den Hunger, der schlimmer ist als alles, was sonst an Unglück das Volk treffen kann."

Entschiedener noch spricht sich eine Korrespondenz aus dem Gouvernement Tula aus, die von den „Pet. Wjedomosti“ abgedruckt wird. Es heißt darin: „Alles Getreide ist verzehrt. Die Tennen stehen leer und Stroh gibt es nicht. Die Erwachsenen geben die Wirtschaft auf, bringen Frau und Kinder bei den Nachbarn unter, vernageln ihre Hütten und ziehen in die Stadt. Was zurückbleibt, ist hilflos. Sie fristen notdürftig von Tag zu Tag ihr Leben. Jetzt aber naht der Winter . . .“

Dazu bemerkt die Redaktion: „Hier bei uns weiß man nicht, was eine Hungersnot ist. Uns quält ein geistiger Hunger. Wir beschäftigen uns mit den bevorstehenden Wahlen, mit Wiedereröffnung der Universitäten, mit der Arbeiterfrage und mit innerer Politik. Was für tote Worte und welcher Hohn sind wahrscheinlich alle unsere großen Pläne, Programme und Platformen für diejenigen, die hungern und nicht wissen, ob sie die drei Monate noch erleben, nach deren Verlauf die Wunderblume der Volksvertretung aus unserem erschöpften Boden dank den Bemühungen hochgelehrter Gärtner aufblühen soll.

Ihr fragt den Hungernden, wie er über die Wahl seines Vertreters denkt? Er versteht euch nicht! Gebt ihm zuerst einen Brocken Brot, Milch für seine Kleinen, Saat für seinen Acker, und wenn das geschehen ist, so fragt ihn!“

Das ist die Stimme der Menschlichkeit und der gesunden Vernunft, aber leider scheint die Aussicht nur gering, daß sie Gehör findet. „Der politische Hunger“ allein kommt zu Wort, und all die beredten Enthusiasten der Semstwo und Städtekongresse und mehr noch die urteilslosen Durchgänger auf den Studentenversammlungen in Moskau, Petersburg, Kiew und so fort, scheinen nicht zu sehen, daß zu allen Gefahren, mit denen das heutige Rußland zu kämpfen hat, eine neue hinzuzutreten droht: die agrare Revolution, die bereits begonnen hat und die in selbstmörderischer Verzweiflung vernichtet, was an landwirtschaftlichen Werten sich durch all den Jammer noch erhalten hat.

In diesen Tagen haben vor dem Kiewer Kriminalgericht 168 Bauern sich wegen Zerstörung der großen Tereschtschenkoschen Zuckerfabrik zu verantworten gehabt. Die Leute sind durch Proklamationen an die „Brüder Bauern“ aufgestachelt worden. Sie sollen sich alle

auf einmal erheben und diejenigen erschlagen, die von dem Schweiß fremder Arbeiter lebten, die Gutsherren und Beamten. Bald werde alles Land ihnen gehören! Und so haben sie denn geraubt und gebrannt. „Unser Väterchen, der Zar selbst, hat es befohlen und hat uns ein Papier darüber gesandt, darauf war eine Krone!“ Und als man einen Bauern fragte, weshalb sie sich nicht mit dem Plündern begnügen, sondern die Fabrik und alle Gebäude verbrennen, ist die Antwort: „Die Fabrik brauchen wir nicht, denn wir verstehen nicht Zucker zu sieden, wir brauchen aber das Land!“

Und für diese Leute verlangt die russische Intelligenz das allgemeine, geheime, gleiche, direkte Wahlrecht! Die Zerstörung der Tereschtschenkoschen Zuckerfabrik fand aber schon im Februar statt, als von einer Hungersnot noch keine Rede war und die betörende revolutionär-kommunistische Propaganda ihr Werk erst begonnen hatte. Jetzt wütet der Hunger, und die Propaganda ist acht Monate lang am Werk gewesen: was wird geschehen, wenn die ganze Masse der Bauern sich in Bewegung zu setzen beginnt?

Von der Studentenversammlung, die am 26. September, 2000 Mann stark, in der Universität Petersburg tagte, um über die Frage der Wiederaufnahme der Vorlesungen zu beraten, liegt jetzt ein authentischer Bericht in der „Prawo“ vor. Die Versammlung beschloß mit 1700 gegen 243 Stimmen die Universität wieder zu besuchen, aber nach welchen Debatten und mit welcher Motivierung?

Die eine Gruppe erklärte: „Die Studentenschaft muß es sich zur einzigen Aufgabe stellen, eine energische Agitation auf dem Lande vorzunehmen und unter die Bauern zu gehen. Der Bauer wisse, was er wolle, handle aber ohne Plan und Organisation. Beides müsse ihm jetzt gegeben werden. Die Universität bleibe geschlossen: wir geben dadurch unserer prinzipiellen Stellung Ausdruck. Wir aber wenden uns der Propaganda zu, und arbeiten praktisch auf dem Felde der Erneuerung gesellschaftlicher Ordnung.“

Die Gegner dieses Programms gewannen aber nach heftigem Streiten die Überhand: nicht den Bauern, sondern dem städtischen Proletariat müsse man beispringen. Der Feind sei die Bourgeoisie und die liberal-konstitutionelle Vertretung der Semstwos. „Wir brauchen die Auditorien, um die Neulinge, die in unsere Mitte eintreten, zu erziehen. Wir müssen auf dem Boden politischer Fragen

in stetem Zusammenhange stehen. Dadurch werden wir einen festen Kern bilden und unsere Energie verdoppeln, um, wenn es nötig wird, zu handeln. Im Interesse unserer Taktik muß die Universität eröffnet werden."

Die schließlich angenommene Resolution lautete (nach der „Prawo"): „Den Streik an der Universität aufschieben, bis zu dem Moment, da es nach Meinung der führenden Parteien vorteilhaft ist. Die Universität wiedereröffnen, um in ihren Mauern die politische Propaganda zu entwickeln, Meetings abzuhalten, Verbände und dergleichen zu organisieren, was den Fernerstehenden zu ihrer Vorbereitung dienlich ist. Die Eröffnung der Universität ist nützlicher als ihre Schließung!" Man glaubt wirklich Stimmen aus einem Irrenhause zu hören, und fragt sich, was weiter zu erwarten ist, wenn die 500 Delegierten der noch radikaleren Moskauer Studentenschaft in Petersburg eingetroffen sein werden? Sie stehen bereits auf völlig revolutionär-republikanischem Boden. Und ähnlich geht es auf allen russischen Universitäten her!

Die große Versammlung der Semstwo und Stadtvertreter, die am 25. September und an den folgenden Tagen ihre Sitzungen hielt, hat ebenfalls einen Charakter gezeigt, der nur wenig Vertrauen für die Zukunft Rußlands erwecken kann. Die Verhandlung war theoretisch-abstrakt, und wenn sie sich auch nicht mit den monarchischen Grundlagen des Staates in Widerspruch stellte, vertrat sie doch Anschauungen, die durchweg auf dem Prinzip der Volkssouveränität basierten. Wir meinen aber, daß alle Äußerungen des Volkswillens, die uns bisher in Rußland entgegengetreten sind, die Verwirklichung der Wünsche jener Versammlung, die offenbar eine gesunde Entwickelung zu freien und gesicherten Zuständen wünscht, höchst unwahrscheinlich machen. Die nationalen Instinkte gehen auf Zerstörung, nicht auf Errichtung eines lebensfähigen Ausbaues. Von den Gefahren der Hungersnot und der anarchistischen Revolution ist in der Versammlung kaum andeutungsweise die Rede gewesen. Man war der Meinung, daß die Erkämpfung grundlegender Freiheitsrechte vorausgehen müsse, anders sei der geknechteten und zerrissenen Masse des Volkes nicht zu helfen. Endlich scheint der Gedanke immer mehr Boden zu gewinnen, daß das neue Rußland einen föderativen Charakter tragen müsse!

Das alles ist um so trostloser, als die revolutionäre Zerstörung in den Grenzprovinzen, namentlich in Polen und in den Ostseeprovinzen immer weiter an Gewaltsamkeit und Umfang gewinnt, trotz der Verhängung des Kriegszustandes. Die Generalgouverneure spielen die Rolle der rois fainéants und sind zum Spotte der anarchistischen Räuber und Mörder geworden, die ungestraft ihr Handwerk treiben. In Riga wird am 19. September das Gefängnis gestürmt, ein Aufseher erschossen, andere werden verwundet und die Gefangenen befreit; die Kosakenpatrouille von sechs Mann aber, welche das Gefängnis zu bewachen hat, erklärt, nichts gehört und gesehen zu haben; am 22. wird ein Schutzmann auf öffentlicher Straße erschossen, am 24. ein Gefängnisaufseher, am 25. wiederum ein Schutzmann und ein Kosak, dazu kommt aber noch eine Reihe von Attentaten, die ohne ernstere Folgen verliefen. Nehmen wir noch hinzu, daß am 23. September der Pastor Schilling in Mitau, im Rigaschen Kreise, in seiner Wohnung ermordet worden ist, so gibt das in einer Woche sechs Meuchelmorde, die alle ungesühnt geblieben sind.

In Kurland ist die Unsicherheit namentlich auf dem Lande ebenso groß und das systematische Niederbrennen der Gutsgebäude zu einer furchtbaren Kalamität geworden. Der kommandierende General Boekmann aber hat bisher noch keines Mörders habhaft werden können und die Verdächtigen, die in seine Hände fielen, meist wieder laufen lassen. Die drakonischen Verordnungen, die er erläßt, haben nur die Wirkung, die Gutsbesitzer in den Maßnahmen, die sie zu ihrer Selbstverteidigung treffen, zu lähmen, während von einer Entwaffnung der Mörder und Mordbrenner wohl in Befehlen geredet wird, in Wirklichkeit aber sie die einzigen sind, die das faktische Privilegium haben, allezeit ihre Waffen bei sich zu tragen. Als eine besondere Niedertracht dieser Banden mag noch erwähnt werden, daß sie systematisch den Viehstand der Güter ruinieren, indem sie durch Bedrohung der Mägde und Knechte das Melken der Kühe verhindern, die Bullen verstümmeln, Mastschweine bei lebendigem Leibe durchsägen und dergleichen mehr! Und für solche Unmenschen und Verbrecher tritt das führende Blatt unserer Sozialdemokratie ein!!

In Polen und im Kaukasus liegen die Verhältnisse teils ähnlich, teils noch schlimmer, überall aber versagen die hohen Beamten, die mit der Herstellung der Ordnung beauftragt sind. Die geheimnis-

vollen Waffensendungen, deren man in Finland habhaft geworden ist, sind offenbar für den Weitertransport nach Rußland bestimmt, da in Finland von einer bewaffneten Erhebung keine Rede sein kann. Dazu sind die Finländer zu klug und trotz allem auch heute noch zu loyal. Aber man fragt wohl, wo das alles hinaus soll? Wie die Dinge liegen, wäre zurzeit der größte Segen für Rußland, nächst der helfenden Hand in den Hungergouvernements, eine eiserne Hand, die von einem Kopf geführt wird, der Mut und Einsicht hat, rücksichtslos vor allem die Sicherheit in Stadt und Land herzustellen. Die Resolution der Moskauer Semstwo und Städtevertreter verlangt in erster Reihe: Sicherheit der persönlichen Rechte, Freiheit des Worts, der Presse, Versammlungs und Koalitionsfreiheit und Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts! Vortrefflich; niemand wird es den Russen mehr gönnen als wir, wenn ihre Wünsche in Erfüllung gehen und sie Gebrauch von ihnen zu machen verstehen, aber gewiß ist eines notwendiger: die Sicherheit vor dem Revolver des Meuchelmörders, vor der Bombe des Anarchisten und dem Feuerbrand des gegen allen Besitz aufgehetzten Bauern. Vermag der Staat das nicht zu bieten, so folgt das Chaos, in welchem auch diejenigen Rechte und Freiheiten untergehen müssen, die trotz allem auch heute noch leidliche Geltung in Rußland haben.

Der Fürst Bülow hat Korrespondenten des „Petit Parisien“ und des „Temps“ sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß unsere Beziehungen zu Rußland möglichst gute seien. Er hat dabei die russisch-französischen Beziehungen in das Verhältnis einer Gleichung zu den russisch-deutschen gesetzt, und diese Äußerungen legen, wenn man sie mit dem kombiniert, was Graf Witte in Paris gesagt hat, die Mutmaßung nahe, daß sich eine russisch deutsche Annäherung anbahnt, die wesentlich intimeren Charakters ist als die bisher zwischen beiden Reichen bestehenden Beziehungen. Wenn das der Fall ist, und wir wünschen, es wäre so, drängt sich um so lebhafter der andere Wunsch auf, daß endlich von Petersburg aus Maßregeln ergriffen werden, die eine Wendung zum Besseren herbeiführen. Mit der Hilfe für die Hungernden darf nicht gezögert werden und ebenso wenig mit Herstellung der gesetzlichen Ordnung in dem durch die Revolution systematisch zugrunde gerichteten Provinzen. Es sind neben einer ungeheuren Zahl irregeleiteter und terrorisierter Ele-

mente, wenig zahlreiche Rädelsführer, die das verbrecherische Treiben leiten. Mit diesen Leuten muß aufgeräumt werden. Die liberale russische Presse führt eben jetzt eine lebhafte Kampagne gegen die Todesstrafe, aber für die zahllosen Opfer der Meuchelmörder hat sie kein Wort des Mitleides. Und doch kann es erst besser werden, wenn Gewalt gegen Gewalttat gesetzt wird und der Mörder seinen Lohn am Galgen findet. Ist erst der Respekt vor dem Gesetz hergestellt, dann mögen Volksvertretung und Grundrechte und Freiheiten verliehen werden — sie werden dann nicht schaden. In dem heutigen Chaos wäre es Wahnsinn, eine Freiheit zu geben, die nur denen zu gute käme, deren Ziel es ist, ihren Utopien jede Freiheit zu opfern, welche die Voraussetzung ruhiger Entwickelung zu Fortschritt und Humanität ist.

Während die ernsten Probleme das innere Leben Rußlands beherrschen, hat sich eine Komödie auswärtiger Politik zwischen Rußland und England, oder vielmehr zwischen der „Nowoje Wremja" und der „Times" nebst einigen anderen englischen Blättern abgespielt. Es handelte sich um die Frage eines englisch-russischen Ausgleiches auf der Basis der Erhaltung des asiatischen status quo. Man schien sich bereits sehr nahe gekommen zu sein — da kam im letzten Augenblick die Enttäuschung. Die „Nowoje Wremja" erklärte, sie habe ihre Ausführungen so gemeint, daß Rußland sich bereit finden könne, für die Dauer des englisch-japanischen Bündnisses, also auf zehn Jahre, jeder Ausdehnung seiner Machtstellung in Zentralasien zu entsagen, aber doch nur unter der Voraussetzung, daß auch England darauf verzichte, während jener zehn Jahre seinen Einfluß in Asien weiter auszudehnen. Da das für England hieße, allen Vorteilen der japanischen Allianz dem geschwächten Gegner gegenüber zu entsagen, um nach Ablauf des Bündnisses mit dem wieder erstarkten Rivalen unter weit weniger günstigen Verhältnissen zu verhandeln, dürfte das Gespräch über dieses Thema von englischer Seite wohl abgebrochen werden. Die „Nowoje Wremja" vom 8. Oktober aber schlägt gegen England einen noch viel schärferen Ton an. „Welche Garantie gibt es — so heißt es in einem von Musafir unterzeichneten Artikel —, daß die Engländer einmal aufrichtig werden. Endlich aber, und das ist das Wichtigste, ist zu einem rechten und gerechten Einverständnis unerläßlich, daß

England seinen wahrhaft satanischen Egoismus und seine Habgier aufgibt, daß es aufhört, uns und die asiatischen Völker nur als Dünger zu betrachten, der den britischen Acker satt machen soll, und daß bei Beurteilung gemeinsamer Probleme mit gerechtem Maß gemessen wird . . ." Es ist höchst wenig wahrscheinlich, daß auf diesem Wege das ursprüngliche Ziel einer politischen Verständigung sich erreichen läßt.

Noch eine andere Komödie ist dieser Tage vor der großen Öffentlichkeit gespielt worden: Die Enthüllungen des Exministers Delcassé, deren Zweck offenbar war, Rache an Herrn Rouvier zu nehmen, der ihn zu Fall gebracht hat und dessen Patriotismus er nunmehr zu verdächtigen dachte.

In Wirklichkeit hat Herr Delcassé etwas anderes erreicht: er hat vor aller Welt dargelegt, wie berechtigt das Mißtrauen war, das unsere Diplomatie ihm entgegentrug, und wie notwendig es war, das von ihm so sorgfältig großgezogene Wespennest des marokkanischen Problems mit entschlossenen Händen anzugreifen, wenn anders die Gefahr eines europäischen Krieges vermieden werden sollte. „Il nous a délibérément engagés dans une aventure qui nous eut inévitablement conduits à la guerre, si — à la dernière heure — M. Rouvier n'était intervenu", so faßt der „Gaulois" sein Urteil über die Gesamtpolitik Herrn Delcassés zusammen. Das „Journal des Débats", das es nützlich befunden hat, die Enthüllungen Herrn Delcassés so zu umschreiben, daß die Leser von dem wesentlichen Inhalt nichts erfahren, ist bemüht, in einem Leitartikel die ganze peinliche Angelegenheit mit dem verächtlichen Schlagworte „Commérages Diplomatiques" abzutun. Wir wollen prüfen, wer von beiden recht hat, „Gaulois" oder „Débats". Am 6., 7. und 8. Oktober erschien im „Matin" aus der Feder des Chefredakteurs des Blattes, Stéphane Lauzanne, eine Serie von Artikeln mit der Überschrift: La vérité sur l'affaire du Maroc. Herr Lauzanne ist Nationalist und Adoptivsohn des verstorbenen „Times"-Korrespondenten Blowitz, entschieden anglophil und so glücklich in seinen Redaktionsgeschäften, daß der „Matin" in einer Auflage von 400000 Exemplaren erscheinen kann.

Sein Artikel führt sich als die Mitteilung eines intimen Freundes von Herrn Delcassé ein, ist aber so gehalten, daß man zweifelhaft sein kann, ob nicht Herr Delcassé selbst dieser Freund ist. Er wird mehrfach redend eingeführt. Die Einleitung bringt allerlei Anekdoten französischer Provenienz über die Landung Kaiser Wilhelms in Tanger

und geht dann auf nicht weiter detaillierte Intrigen der deutschen Politik gegen Herrn Delcassé über. Graf Henckel v. Donnersmarck und einige Bankiers sollen die Werkzeuge und ihre Aktion so geschickt gewesen sein, daß es ihnen gelang, die französischen Minister für den Gedanken zu gewinnen, daß Herr Delcassé beseitigt werden müsse. Obgleich er diese Intrigen und die Absicht seiner Kollegen kannte, sei Herr Delcassé festen Muts in die auf den 6. Juni angesagte Sitzung des Ministerrates gegangen.

„Ich wußte voraus, was geschehen werde," sagte Herr Delcassé noch an demselben Abend einem seiner Vertrauten, „ich wußte, daß ich verurteilt war, ehe man mich gehört hatte, und daß es sich nur noch um die Form der Hinrichtung handelte . . . Auch bin ich nicht vor den Ministerrat getreten, um mich zu verteidigen . . ., sondern um meine Politik zu rechtfertigen: vor allem aber glaubte ich eine patriotische Pflicht zu erfüllen, wenn ich Alarm rief und denjenigen, die die Zügel der Regierung Frankreichs in Händen hielten, die Gefahren wies, denen sie sich aussetzten."

Es schließt sich hieran eine inhaltliche Wiedergabe der Rede, die Herr Delcassé im Konseil hielt. Wie er Deutschland gegenüber alle Rücksichten beobachtet habe, obgleich es nicht nötig gewesen wäre, das Abkommen mit England mitzuteilen, da Deutschland selbst bei Gelegenheit der kretischen Angelegenheit erklärte, daß es im Mittelmeer keine Interessen zu vertreten habe. Auf eine internationale Konferenz könne Frankreich sich nicht einlassen, ohne seiner Würde zu vergeben und die mit England und Spanien getroffenen Vereinbarungen zur Diskussion zu stellen. Man müsse die Konferenz daher ablehnen, zumal auch England, Spanien, Italien, Rußland und die Vereinigten Staaten bereit seien, sich dieser Ablehnung anzuschließen. Ganz Europa und Amerika seien also auf die Seite Frankreichs getreten. Um den Sultan von Marokko brauche man sich nicht zu kümmern: es genüge, ihn daran zu erinnern, daß er Frankreich zum Nachbarn habe. Alles komme darauf an, daß man Rußland bewege, Frieden zu schließen, zumal er guten Grund zur Annahme habe, daß die Vermittlung dieses Friedens Frankreich zufallen werde. „Er machte darauf dem Konseil die Mitteilung, wie in der gegenwärtigen Lage eine Nation bereit sei, uns zu unterstützen. Diese Unterstützung sei nicht aggressiv oder offensiv, sondern rein defensiv.

England — und niemand ist berechtigt, die Verpflichtung in Zweifel zu ziehen, die es auf sich nahm, denn es war eine freiwillig übernommene Verpflichtung. — England war bereit, unter allen Umständen Frankreich zu unterstützen, und falls es (Frankreich) Objekt eines unvorhergesehenen und unwahrscheinlichen Angriffes werden sollte, ihm zur Seite zu treten."

Hier ist dann eine Anmerkung angeschlossen, die folgendermaßen lautet: „England hat in der Tat die Regierung der Republik mündlich wissen lassen, daß, wenn Frankreich angegriffen werde, es bereit sei, seine Flotte zu mobilisieren, sich des Kieler Kanals zu bemächtigen und 100000 Mann in Schleswig-Holstein zu landen. Die französische Regierung wurde sogar später benachrichtigt, daß, falls sie es wünsche, das Anerbieten ihr schriftlich gemacht werden solle." Wir können hier abbrechen, denn der Rest bringt nur französische Interna, den Versuch Herrn Delcassés, den Patriotismus Rouviers zu verdächtigen und endlich, da alle seine Kollegen sich gegen seine Politik erklärten, den Rücktritt Delcassés. Da auch Präsident Loubet an der Sitzung teilnahm, verabschiedete sich Delcassé von ihm und reichte darauf „den meisten seiner Kollegen die Hand."

Es fragt sich nun, ob hier wirklich, wie die „Débats" meinen, nur commérages diplomatiques vorliegen, oder ob es ein wirkliches Stück jüngster Geschichte ist, das hier vor uns enthüllt wird. Alle Wahrscheinlichkeit spricht für das letztere. Schon „Gil Blas" und „Gaulois" hatten bald nach jener Sitzung die Mitteilung gebracht, daß der Delcasséische Plan in eine englische Allianz ausmünde, deren Spitze gegen Deutschland gerichtet sein solle. Diese Nachricht ist, so viel uns bekannt geworden, von englischer Seite unwidersprochen geblieben. Die Enthüllungen des „Matin" bringen uns nur das genauere Detail des Planes und die sehr interessante Mitteilung, daß die Initiative von England offenbar offiziell (L'Angleterre fit savoir verbalement au gouvernement de la République) ausgegangen ist und bei späterer Gelegenheit wiederholt wurde. Der terminus ad quem kann dabei für das zweite Anerbieten nur der 6. Juni, der Tag jener denkwürdigen Konseilsitzung sein. Der terminus a quo muß spätestens in den Mai fallen, da, als im August die Nachricht von der bevorstehenden Flottendemonstration der Engländer bei uns Befremden erregte, englischerseits beruhigend erklärt wurde, der Ent-

schluß, die Flotte in die deutschen Gewässer zu schicken, sei schon im Mai gefaßt worden. Welche Rolle dieser Flotte ursprünglich zugedacht war, zeigen jetzt die Enthüllungen des „Matin".

Immerhin bleibt noch abzuwarten, ob nicht die englische Regierung es für nötig finden wird, die vom „Matin" vorgebrachten Tatsachen für unwahr und erfunden zu erklären. Es scheint ja an sich ungeheuerlich, daß ein Ministerium, dessen Tage gezählt sind, wie die des jetzigen Kabinetts Balfour, wirklich nach der ungeheuren Verantwortung, die es mit Abschluß des japanischen Bündnisses auf sich genommen hat, auch noch jenes französisch-englische Kriegsbündnis gegen Deutschland sich hätte auf die schwachen Schultern laden wollen! Dementiert Lord Lansdowne den „Matin", so ist freilich Herr Delcassé auf das ärgste kompromittiert, und es bleibt dann immer noch die erstaunliche Tatsache, daß keiner der Teilnehmer des französischen Konseils es bisher für notwendig gefunden hat, gegen die Mitteilungen des Herrn Lauzannes aufzutreten. In der französischen Presse ist mehrfach die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht notwendig sei, Herrn Delcassé wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses zur Rechenschaft zu ziehen. Wir können es nur wünschen, aber nicht glauben, denn dadurch würde die ganze bösartige Intrige in helles Licht gerückt und vor aller Welt der Beweis erbracht werden, wie notwendig es war, daß die Würde des Deutschen Reiches mit Nachdruck zur Geltung gebracht wurde. Aber auch was bis heute bekannt geworden ist, rechtfertigt unser Verhalten nach allen Seiten hin. Auch hat der Gang der Verhandlungen nach Delcassés Fall bewiesen, daß es sehr wohl möglich war, beiden Teilen bei versöhnlicher Behandlung der schwebenden Differenzen gerecht zu werden. Wenn auf der bevorstehenden Konferenz nicht trotz allem der Versuch gemacht wird, auf Umwegen zum Delcasséschen Programm zurückzukehren, erwarten wir von ihr das Beste. Unter allen Umständen aber wird das Programm unangetastet bleiben, das Kaiser Wilhelm am 31. März bei seinem Eintritt in Tanger angekündigt hat: Erhaltung der Souveränität des Sultans und der Integrität Marokkos, Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür. Es ist das Programm, bei welchem alle Interessenten ihr Recht finden, und es sollte uns sehr wundern, wenn nicht im Grunde ihres Herzens auch die Engländer mit dieser Lösung der Streitfrage durchaus einverstanden wären.

13. Oktober. Tod des Fürsten S. Trubetzkoi.
14. Oktober. König Oskar von Schweden übernimmt wiederum die Regierung.
15. Oktober. Aufhebung des Belagerungszustandes in Odessa. Großfürst Kyrill Wladimirowitsch wird aus den Reihen der russischen Armee gestrichen.
17. Oktober. Amtliche Veröffentlichung des russisch-japanischen Friedensvertrages.
18. Oktober. Fejervary wird zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt.

18. Oktober 1905.

Die Ratifikation des Friedens von Portsmouth ist ohne Sang und Klang in Rußland wie in Japan aufgenommen worden. So bedeutsam die Formalität ist, von der die völkerrechtlich bindende Kraft des zustande gekommenen Vertrages abhängt, es war doch eine Formalität, von der jedermann vorher wußte, daß ihr ohne alle Schwierigkeit genügt werden würde. Freude und Kummer über den endlichen Ausgang des Krieges waren bereits vorweg genommen. Es muß aber doch darauf hingewiesen werden, daß erst jetzt, nach erfolgter Ratifikation, der Stille Ozean und seine Küste wieder dem Weltverkehr unbehindert offen stehen, Handel und Wandel erst jetzt ungestört ihren Interessen nachgehen können, und erst damit der Zeitpunkt eingetreten ist, da das wirtschaftliche Fazit der großen politischen Veränderungen sich wird ziehen lassen, die der Krieg gebracht hat.

Der Vorteil fällt ja zunächst den Japanern und den Engländern zu, die vor allen übrigen einen Vorsprung voraus haben. Aber es läßt sich vorhersehen, daß sie trotz der erneuten und erweiterten Allianz auf handelspolitischem Gebiet als Konkurrenten einander gegenüberstehen werden, wobei England offenbar die weniger günstige Position einnimmt. Hinter- und Vorderindien, Neuseeland und Australien werden sich Japan gegenüber nicht verschließen lassen, und wir wiesen schon neulich darauf hin, daß auf asiatischem Boden sich die natürlichen Sympathien den Japanern zuwenden. Wenn Japan die bengalische Boykottbewegung geschickt ausnutzt, kann es dort einen bleibenden Markt erobern. Dagegen scheint es uns weniger sicher, daß Japan, wie wohl behauptet wird, seinen Hauptmarkt in China

finden werde. Man unterschätzt den trotz allem vorhandenen inneren Gegensatz beider Bruderrassen und überschätzt wohl auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Japans. Da das Prinzip der offenen Tür ausdrücklich garantiert worden ist, läßt sich wohl darauf rechnen, daß sich in China das Verhältnis im wesentlichen so erhalten wird, wie es bis heute bestand. Auch darf nicht vergessen werden, daß Japan mit höchst schwierigen Verhältnissen in Korea zu rechnen hat und seine Kraft vornehmlich dahin zu konzentrieren haben wird.

Daß Rußlands asiatischer Handel zurückgehen wird, glauben wir nicht. Gescheitert sind nur die chimärischen Pläne, die an Port Arthur, Dalny und die Yalukonzession anknüpften. Diese Unternehmungen haben aber weit mehr gekostet, als sie einbrachten und wohl auch einbringen konnten. In Dalny lag der Handel zudem meist in nicht russischen Händen. Es ist aber wahrscheinlich, daß die ungeheuren Opfer, die der japanische Krieg gekostet hat, sich im Laufe der Zeit dadurch reichlich bezahlt machen werden, daß nunmehr eine wirkliche Erschließung Sibiriens erfolgen wird. Wir meinen natürlich nicht, daß das von heute auf morgen geschehen kann, dazu ist Rußland viel zu sehr durch die Revolution in seinen europäischen Provinzen in Anspruch genommen. Aber man hat das Land gleichsam neu entdeckt, gelernt, die großen Ströme zu benutzen und erkannt, daß neue Verbindungsstraßen geschaffen und die alten erweitert werden müssen, wenn man den unermeßlichen Kornboden ausbeuten will. Die mineralischen Bodenschätze Sibiriens, die wie Phantome unerreichbar schienen, sind in die Reihe der Realitäten gerückt, die man mit Händen greifen kann. Sie haben die Phantasie nicht nur der Hunderttausende erregt, die als Kämpfer und im Gefolge des Heeres ganz Nordasien durchzogen, sondern auch den Unternehmungsgeist der übrigen Welt angespornt. Es kann wohl als sicher gelten, daß große Kapitalien, namentlich amerikanische bereit sein werden, an der Erschließung Sibiriens und Russisch-Zentralasiens mitzuarbeiten. Endlich trägt die russische Regierung sich sehr ernstlich mit dem Plan, die Ansiedlung in Sibirien zu fördern. Sie bietet denjenigen Mannschaften, die zurückbleiben wollen, Land unter vorteilhaften Bedingungen, und bei dem Landhunger der Bauern des europäischen Rußland spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die durch den Krieg unterbrochene bäuerliche Auswanderungsbewegung unter günstigeren Verhältnissen

wieder aufgenommen wird. Allerdings immer unter der Voraussetzung, daß die russische Regierung der Revolution Herr wird. Die Lethargie, mit der man ihr immer noch tatenlos gegenübersteht, darf nicht fortdauern und ebensowenig das ganz fruchtlose Willkürregiment, das nur erbittert und sich völlig unfähig gezeigt hat, die Geister zu beruhigen. Wir haben schon vor acht Tagen die inneren Verhältnisse Rußlands besprochen und inzwischen ist es nicht besser, sondern schlechter geworden. Darüber läßt das aus allen Ecken und Enden Rußlands zufließende Tatsachenmaterial keinen Zweifel. Die Hoffnung richtet sich auf die Zukunft und da Graf Witte, wie feststeht, regen Anteil an den Arbeiten des Komitee Solski nimmt, läßt sich wohl darauf rechnen, daß er nicht, wie seine zahlreichen Feinde wünschen, in einer Versenkung verschwindet, sondern vielmehr als der leitende Minister eines homogenen Kabinetts die Führung übernimmt. Was ihm vornehmlich vorgeworfen wird ist, daß er seinerzeit, um die Steuerkraft des Landes besser anspannen zu können, die Kompetenzen der Semstwos weiter einschränken half. Auch ist das wohl richtig, wie wir denn keineswegs zu den rückhaltlosen Bewunderern seiner Finanzpolitik gehören. Er hat, als der Schutz der immer mehr verfallenden Landwirtschaft die Hauptpflicht der Regierung war, alle Kräfte des Landes angespannt, um eine, wie der Effekt zeigte, nur wenig lebensfähige Industrie zu schaffen. Aber trotz allem ist er doch ein Mann, der klug und energisch ist und der sich über die ungeheure Gefahr, welche in der Fortdauer der Anarchie liegt, gewiß keine Illusionen macht. Man mag über das Bulyginiche Dumastatut denken wie man will: daß sich unter den jetzigen Verhältnissen nicht auf die Dauer damit regieren lassen wird, haben die Ereignisse bewiesen. Die Regierung muß mehr bieten und einen Kompromiß mit dem rechten Flügel der Semstwopartei finden, wenn sie überhaupt eine Partei für sich haben will.

In den „Grenzboten" (Nr. 35, 36, 38) findet sich eine von Ende Juli des Jahres datierte Studie von Dr. George Cleinow über „die politischen Parteien in Rußland". Es ist das beste, was wir bisher darüber gelesen haben und offenbar aus eigener Beobachtung an Ort und Stelle geschöpft. Er kommt dabei zu dem überraschenden Resultat, daß die Gruppe der Sozialrevolutionäre, welche Verteilung des gesamten Grund und Bodens an die Bauern fordert,

nur etwa 50 Köpfe stark sei. Aber offenbar denkt er nur an die Führer, nicht an die zum Agrarkommunismus verleiteten Bauern, sonst müßte er zu ganz anderen Zahlen gelangen.

Die Sozialdemokraten, die auf dem Boden der internationalen Sozialdemokratie mit ebenfalls revolutionärem Programm stehen, berechnet er auf 20—25000 Russen, 6000 Polen, 6000 Letten und Esten und 250000 Juden! Die letzteren, die zur Organisation des „Bund" gehören, scheinen überall die Führer zu stellen. Gewiß Zahlen, die zu denken geben. Auch hier können wir aber die Zahlen nur mit dem Vorbehalt gelten lassen, daß sie die mitlaufenden Massen nicht in Anschlag bringen und daß die lettischen Sozialdemokraten das Programm der Sozialrevolutionäre und die Kampfesmittel des Anarchismus übernommen haben.

Cleinow weist dann noch auf eine ganz kleine Gruppe hin, die sich vorwiegend „aus den sogenannten besten Familien" rekrutiert und sich zu einem „an Anarchismus streifenden" engherzigen Egoismus bekennt. Im März seien zwei Zöglinge des Pagenkorps als ihnen zugehörig erkannt worden.

Es folgt die Charakteristik der Semstwopartei, die teils durch die Politik der Regierung, teils durch den Einfluß des ursprünglich konstitutionellen, heute entschieden revolutionären Struveschen Organs, der „Oswoboshdenije" und durch die Gruppe der Oswoboshdenije immer mehr nach links gedrängt worden ist. Ein großer Teil der Semstwovertreter steht bereits ganz auf demokratischem Boden. Auch hier gibt Cleinow Zahlen an. Überzeugte Anhänger der Demokratie seien: Semstwomänner 1200, Stadtverordnete 800, verschiedene Berufe: Russen 14—15000, Polen 12000, Kleinrussen 800, Letten 400, Juden an 80000, zusammen 110—120000 demokratische Wähler.

Weit weniger zahlreich sei dann die Gruppe der Absolutisten, deren rechter Flügel nicht mehr als 20—30 Köpfe zähle. Sie sei einflußreich bei Hofe und in den Kreisen der Bureaukratie, aber machtlos der russischen Gesellschaft gegenüber. Die anderen konservativen Verbände schätzt Cleinow auf etwa 400 Personen. Aber sie haben eine weit verbreitete Presse, „Slowo", „Russkija Wjedomosti", „Nowoje Wremja", drei Moskauer Blätter, den „Kiewljänin" und ein halbes Dutzend kleiner Blätter, alle zusammen mit einem Gesamtabsatz von 110 bis 120000 Exemplaren, davon 60000 der „Nowoje Wremja".

Das alles ist sehr lehrreich und mag in den „Grenzboten“ genauer nachgelesen werden. Nicht mit hineingezogen ist aber in diese Betrachtung das bäuerliche Element, dessen Organisation in den Wolostversammlungen einen entschieden kommunistischen Charakter trägt, wenn auch dabei bona fide am Zartum festgehalten wird. Gehören sie nicht zur „Gesellschaft“, so werden sie doch als politische Partei in der Reichsduma eine große Rolle spielen, sobald sie einen geschickten Führer finden. Und an dem wird es gewiß nicht fehlen.

Alles wird davon abhängen, ob die Regierung sich stark genug zeigen wird, die demokratische Gruppe wieder zu sich hinüberzuziehen. Vielleicht ist Witte der Mann, dieses Ziel zu erreichen. Einen anderen weiß man bis zur Stunde nicht zu nennen.

Auf die Haltung, welche die russische Presse in den Fragen auswärtiger Politik eingenommen hat, näher einzugehen, verzichten wir. Deutschfreundlich ist sie nicht. Im allgemeinen hat man den Eindruck, daß sie unsicher hin und her tastet. Auch da gibt es keinen Zusammenhang und keine Führung. Die „Nowoje Wremja“ zumal ist charakterloser als je. Über die Delcassé-Enthüllungen zu schreiben hat die Zensur offenbar verboten; es sind darüber nur dürftige Agenturtelegramme verbreitet worden. Man hat den Eindruck, daß es absolut gleichgültig ist, was diese Presse sagt.

Inzwischen ist die erfreuliche Nachricht gekommen, daß durch mündliche spontane und vertrauliche Mitteilungen Englands an Deutschland festgestellt sei, daß weder England den Franzosen jemals seinen Beistand angeboten, noch Frankreich jemals um den englischen Beistand gebeten habe. Diese ursprünglich von dem „Bureau Reuter“ gebrachte Mitteilung ist von der „Nordd. Allg. Ztg.“ ausdrücklich bestätigt worden. Sie fügt hinzu, diese Erklärung sei deutscherseits ebenso loyal, wie sie gegeben wurde, entgegengenommen worden. Ein Zwischenfall in den diplomatischen Beziehungen zwischen England und Deutschland sei durch die Behauptungen des „Matin“ nicht hervorgerufen worden.

Da neuerdings die „Dépêche de Toulouse“ in einem Artikel „Rouvier contre Delcassé“ und die Wiener „Neue freie Presse“ in einem Interview mit einem französischen Staatsmann die Legende des „Matin“ mit neuen Varianten wiederholt und der wesentliche Inhalt der stürmischen Sitzung des 6. Juni auch noch von anderer

Seite bestätigt wird, wird man zum Schluß gedrängt, daß, da Herr Delcassé sich sein englisches Bündnis nicht aus den Fingern gesogen haben kann, er von irgend einem politischen Hochstapler gefoppt worden ist, was allerdings für einen Staatsmann, der sieben Jahre lang in großer Politik gearbeitet hat, eine wahrhaft unerhörte Blamage ist. Daß der französische Ministerrat nicht annehmen konnte, daß Herr Delcassé der dupe eines Spaßvogels oder eines Intriganten sei, und daher seine Mitteilungen ernst nahm, ist ebenso begreiflich; daß endlich Herr Rouvier und die große Majorität seiner Ministerkollegen trotzdem von den Delcasséschen Plänen nichts wissen wollten, kann aber nur unser Vertrauen in die Loyalität der französischen Regierung erhöhen.

Wie unsicher übrigens auch alles Detail über den Verlauf jener Ministersitzung ist, mag die Tatsache zeigen, daß eine angebliche Äußerung Rouviers in drei verschiedenen Versionen wiedergegeben wird. Er soll gesagt haben: 1. l'Allemagne vous reproche d'avoir débauché l'Italie! 2. Vous avez débauché l'Italie! und 3. Vous m'avez débauché l'Italie! Einen guten Sinn gibt offenbar nur die dritte Version. Sie sagt, wenn man den Satz nach seinem Sinn paraphrasiert: Sie haben durch ihre abenteuerliche Politik unsere guten Beziehungen zu Italien in Frage gestellt!

Und damit mag es genug sein. Wir können den weiteren Verlauf dieser Komödie wie die Zuschauer vom Parterre aus ansehen, auch wenn die nächsten Akte sich in der französischen Kammer oder im englischen Unterhause abspielen sollten.

Da, wie es scheint, Fejervary nunmehr definitiv mit der Bildung des ungarischen Kabinetts betraut worden ist und seine Vollmachten ihm gewiß keine Zugeständnisse in der Frage der ungarischen Armeesprache gestatten, wahrscheinlich aber als Kampfesmittel die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zulassen, ist es wichtig, die ungarischen Parteien und ihr Programm näher ins Auge zu fassen. Im „Journal des Débats" vom 14. Oktober haben wir darüber eine interessante Korrespondenz gefunden, der wir die folgenden Daten entnommen haben.

Eine Stütze kann Fejervary im ungarischen Parlament nur in der von Stephan Tisza geführten liberalen Partei finden, die über 120 Stimmen verfügt. Ihr gegenüber steht die Unabhängigkeits-

oder Kossuthpartei, die stärkste des Parlaments, 181 Köpfe, als deren tatsächlicher Leiter Graf Apponyi anzusehen ist, während Kossuth als offizieller Führer gilt. Alliierte dieser Partei sind die Gruppe Banffy, die 12 Mann stark ist, 50 sogenannte Dissidenten von Graf Julius Andrassy geführt, die 27 Mitglieder der katholischen Partei mit dem Grafen Holodar als Haupt und endlich, als ein besonderes, die Partei des Grafen Zichy (7 Mann), der als Freund des Thronfolgers seine Unabhängigkeit behauptet. Es stehen also einer Majorität von 270 Mann mit dem Programm: Einführung der ungarischen Armeesprache, finanzielle Trennung von Österreich, Schutz gegen die österreichische Industrie und mit dem Endziel Personal statt Realunion, die 120 Liberalen gegenüber. Fejervarys Aufgabe wird es wohl sein, die Allianz der 270 zu sprengen, um sich eine Majorität zu schaffen, d. h. er müßte mindestens 76 Stimmen in das liberale Lager hinüberziehen: gelingt es ihm, die Partei Andrassy und die Katholiken von der „Allianz" zu lösen, so ist sein Spiel gewonnen. Wenn nicht, so bleibt die ultima ratio der Auflösung und der Verkündigung des allgemeinen Wahlrechts. Apponyi glaubt aber auch in solchem Falle gute Aussichten zu haben, da die ungarischen Bauern der Werbekraft des Namens Kossuth schwerlich widerstehen würden. Jedenfalls stehen wir vor einer Entscheidung, und es ist keineswegs undenkbar, daß das schließliche Resultat sowohl allgemeines Wahlrecht als Sieg der Unabhängigkeitspartei sein wird. Ungarn würde dann noch demokratischer werden. Schon jetzt ist die Majorität nicht wie in früheren Jahren aristokratisch, sondern bürgerlich mit starkem Zusatz jüdischer Elemente (30 Mann, die in das Madjarentum übergegangenen nicht mitgezählt). Ob freilich die weitere Entwickelung nicht mit Notwendigkeit zu einem Zurückdrängen des in der Minorität befindlichen, jetzt ausschließlich herrschenden madjarischen Elements führen muß, ist eine andere Frage, die wir keineswegs verneinen wollen.

20. Oktober. Eisenbahnausstand in Moskau.
21. Oktober. Großfürst Wladimir reicht seine Entlassung als Chef der Garde im Petersburger Militärbezirk ein.
23. Oktober. Präsident Loubet und Rouvier in Madrid.

25. Oktober 1905.

„In Jelisawetgrad fand am 18. September 1. Oktober unter dem Vorsitz des Kreisadelsmarschalls Malajew die reguläre Sitzung der Semstwo statt. Nachdem die Wahl der Sekretäre erfolgt war, hielt Herr Malajew eine Ansprache, in welcher er die Lage unseres Vaterlandes folgendermaßen charakterisierte: „Nach den schweren Prüfungen der letzten Zeit, dem erfolglosen Kriege im Osten, den Unruhen im Innern und der zunehmenden Kraft der revolutionären Bewegung in einigen Teilen Rußlands, fordere ich die Versammlung auf, davon Zeugnis abzulegen, daß sie an der Revolution keinen Anteil habe. Auf diese Rede Malajews antwortete die Versammlung mit Grabesschweigen." So berichtet eine Odessaer Zeitung und nach ihr die Wochenschrift „Prawo".

Die Tatsache ist außerordentlich charakteristisch und kann als typisch gelten. Man hat in Rußland den Mut nicht mehr, sich von der Revolution loszusagen, während noch vor Jahresfrist im ganzen weiten Reich nicht eine Semstwo den Mut gehabt hätte, sich zu ihr zu bekennen. Und doch glauben wir bereits die ersten Anzeichen einer sich vorbereitenden Wandlung zu erkennen. Wir haben, wie unsere Leser sich erinnern werden, immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die mit dem Moment in den Vordergrund treten müssen, da der Agrarkommunismus der russischen Bauern sich als politischer Faktor geltend macht. Jetzt ist dieser Augenblick gekommen. Nachdem erst eine lange Reihe von Bauernemeuten die kommunistischen Instinkte praktisch an den Gütern und Fabriken der nächstbenachbarten Gutsherrn befriedigt hat, ist kürzlich auch die Theorie diskutiert und formuliert worden. Am 12. und 14. August hat in Moskau eine Versammlung von Bauernvertretern getagt, und die Protokolle ihrer

Sitzungen sind in der eben erschienenen Doppelnummer des „Oswoboshdenije“ Nr. 78 89 veröffentlicht worden. Vertreten waren die Bauern von 28 Gouvernements, über 100 Mann stark, dazu etwa 25 „Intelligente“ (conf. „Oswoboshdenije“ Nr. 77). Vorausgegangen waren konstituierende Versammlungen der Bauern in den vertretenen Gouvernements; was in Moskau verhandelt wurde, gibt den Reden und Beschlüssen dieser Vorversammlungen Ausdruck, in denen jedoch stets nur Minoritäten, die Zahl scheint zwischen 20 und 80 geschwankt zu haben, beisammen waren. Aber offenbar sind es die Führer gewesen, diejenigen, welche an der Spitze stehen werden, wenn einmal die große Masse sich in Bewegung setzt.

In Moskau haben nun jene 125 sich zur ersten konstituierenden Versammlung des allrussischen Bauernbundes aufgeworfen. Wie sich aus den vorausgeschickten Bemerkungen ergibt, zu Unrecht; von einem Mandat der russischen Bauernschaft kann keine Rede sein, und wir werden das keinen Augenblick vergessen dürfen. Aber es ist die Minorität, der die Majoritäten Heeresfolge leisten werden.

Man begann mit dem Hinweise darauf, daß solche Versammlungen des allrussischen Bauernbundes mindestens einmal jährlich stattfinden müßten, und daß nebenher Versammlungen in den Gouvernements und Kreisen zu organisieren seien. Der gemeinsame Feind aller Bauern sei der Beamte und der Gutsbesitzer. Beschlossen wurde, schon jetzt ein Hauptkomitee des Bundes zu wählen und Zweigkomitees in den Gouvernements, Kreisen, Wolosten und Dorfgemeinden zu begründen.

Die Beschlüsse der Moskauer konstituierenden Versammlung sind für den ganzen Bauernbund verbindlich, ebenso die Beschlüsse der Lokalversammlungen für den Bezirk, in dem sie stattfinden. Die Komitees des Zentrums wie der kleineren Einheiten erhalten nur Exekutivgewalt. Ob auch Nichtbauern an den Versammlungen teilnehmen dürfen, wird den Lokalvertretungen offen gelassen; eine endgültige Entscheidung bleibt dem nächsten Kongreß des Bauernbundes vorbehalten.

In betreff der persönlichen Freiheitsrechte wurde zu den bekannten Programmpunkten hinzugefügt: Gewissensfreiheit und Streikrecht. In betreff der Amnestie, daß sie auf alle Personen ausgedehnt werden solle, die für die politische und soziale Freiheit gelitten hatten.

Die Volksvertretung müsse den Charakter einer konstituierenden Versammlung haben, das Wahlrecht allgemein, direkt, gleich und geheim sein und mit dem 20. Lebensjahre beginnen. Die Frauen erhalten das aktive und passive Wahlrecht. Dagegen soll es den in aktivem Dienst stehenden Truppen nicht gewährt werden, da, so wie die Armee nun einmal gesinnt sei, „rosige Hoffnungen sich auf sie nicht gründen ließen." Doch müsse man mit einer groß angelegten politischen Agitation unter den Soldaten arbeiten. Auch sollen an den Wahlen nicht teilnehmen die Polizeibeamten, die Vertreter der Administration und die Geistlichkeit, solange sie nicht reorganisiert ist. Hier stellte der Vertreter der sozialdemokratischen Partei den Antrag, daß der Kongreß als künftige Staatsform die „demokratische Republik" proklamieren solle, aber der Antrag fand keine Unterstützung.

Die nun folgende Debatte über die Agrarfrage bildet den interessantesten Teil der Verhandlungen des Kongresses, weil sie in geradezu erstaunlicher Weise zeigt, wie tief der kommunistische Gedanke im Volke Wurzel gefaßt hat. Darüber, daß alles Land einzuziehen und zu verteilen sei, war im Grunde nur eine Meinung. Nur schüchtern kam der Gedanke zum Ausdruck, daß doch eine Entschädigung für das zu konfiszierende Land gezahlt werden müßte, und auch da mit der Einschränkung, daß man es den Edelleuten einfach wegnehmen dürfe, den Bauern aber, die es erst kürzlich gekauft hätten, doch einen Ersatz dafür bieten müsse. Aber der Vertreter der Charkower Bauern entgegnete darauf, daß jeder Privatbesitz an Land „ein Diebstahl" sei. „Die Erde ist aller wahre Mutter. Sie ist nicht ein Werk von Menschenhand, und deshalb soll sie weder gekauft noch verkauft werden. Wenn ich ein Haus gebaut habe, so ist das etwas ganz anderes, das ist Menschenwerk, das Land aber kostet niemandem etwas: wenn es zu Zeiten der Vorfahren von Zaren, Fürsten oder sonst von jemandem weggenommen wurde, so wissen wir davon nicht und sind daran nicht schuld." Und der Vertreter von Kursk fügt hinzu: Wir werden keinerlei Entschädigung zahlen, und wenn wir es nicht in Frieden bekommen, werden sich andere Wege dazu finden. Schließlich wurden dann die folgenden Beschlüsse gefaßt:

1. Jedes Privateigentum an Land hat aufzuhören (einstimmig).

2. Ohne Entschädigung ist wegzunehmen das Land der Klöster, Kirchen, des Staates und des Kaisers (einstimmig).

3. Den Privatgrundbesitzern ist ein Teil ihres Landes ohne Entschädigung, ein anderer gegen Entschädigung zu nehmen (mit allen Stimmen gegen sechs).

4. Wie das geschehen soll, wird die konstituierende Versammlung entscheiden (einstimmig).

Endlich alles Land soll das Gesamteigentum des ganzen Volkes werden!

Die Schlußresolution lautete:

„Man erkennt an, daß die Tätigkeit des Bauernbundes in Anbetracht der lokalen Verhältnisse auch eine geheime und verborgene („conspirative") sein dürfe. Alle Mitglieder des Bundes sollen ihre Ansichten verbreiten und ihre Forderungen auf jede Weise verwirklichen, ohne sich um die Landschaftshauptleute, die Polizei und überhaupt um die Obrigkeit zu kümmern. Besonders soll das Recht in Wolost und Mir- sowie in Privatversammlungen über Vervollkommnung der Staatsordnung zu beraten, dazu benutzt werden."

Bevor die Versammlung auseinanderging, wurde noch beschlossen, Freitische und Theehäuser für die Hungernden einzurichten, eine Sammlung zu veranstalten und einen Aufruf um Hülfe im Namen des Bauernbundes in ausländischen Zeitungen zu veröffentlichen. In das Hauptkomitee wurden acht Personen gewählt (die Namen sind nicht genannt), endlich den „Brüdern Fabrikarbeitern, die schon so lange ihr Blut im Kampf für die Befreiung des Volkes vergießen", einen heißen Dank zu sagen. Zu Ehren aller, die im Kampf für die politische Freiheit Rußlands gefallen seien, erhob sich die Versammlung von ihren Sitzen. Dann wurde die Versammlung für geschlossen erklärt.

Gewiß gibt diese Versammlung zu denken. Ganz abgesehen davon, daß sie unbemerkt in Moskau tagen konnte, ist es die erste drohende Kundgebung der hinter den Semstwoleuten stehenden kommunistischen Bauernschaft, welche die Konsequenzen der Revolution nun auch ihrerseits zu ziehen beginnt. Ihre erste Forderung aber richtet sich eben gegen jene Semstwovertreter, die ja fast ohne Ausnahme Gutsbesitzer sind und bei Verwirklichung des Bauernprogramms sämtlich zum weißen Stabe greifen müßten. Den „Intelligenten" tritt die rohe Begehrlichkeit des russischen Bauern gegenüber, und ohne Zweifel siegt die zerstörende Kraft des Kommunismus, wenn

es auf den Bahnen weitergeht, welche der Semstwokongreß eingeschlagen hat. Jetzt mahnt auch der Leiter der „Oswoboshdenije" P. Struve zur Besinnung. Er weist darauf hin, daß in der Semstwo neben der konstitutionellen Bewegung eine andere radikale hergehe, welche Gefahr laufe, zum Werkzeug der Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre zu werden. Ihn schreckt die russische Republik und er mahnt, jetzt die Theorien fallen zu lassen und sich auf den Boden der Realität zu stellen. Man solle kategorisch und prinzipiell den Gedanken der Expropriation ohne Entschädigung, d. h. der Konfiskation des Privatgrundbesitzes ablehnen. Aber was er dagegen in Vorschlag bringt, ist nur eine andere Form der revolutionären Mißachtung des Eigentums und erworbener Rechte: er wünscht den Aufkauf eines Teils des Privatgrundbesitzes durch den Staat zum Besten der arbeitenden Bauern. Also nicht Konfiszierung sondern Expropriation — eine arme Weisheit, über welche die Revolution hohnlachend hinweggehen wird, wenn ihr nicht rechtzeitig Schranken gesetzt werden, die den völligen Umsturz, den sie plant und frech ankündigt, zur Unmöglichkeit machen. Aber, so scheint uns, sollte das Programm der Sozialrevolutionäre und der Bauern nicht eine dringende Mahnung für diejenigen sein, die überhaupt den Staat noch retten wollen, sich mit der Regierung zu verständigen?

Es ist kein Zweifel, daß sie zu erheblichen Zugeständnissen bereit ist, gleichviel ob Graf Solski oder Graf Witte an die Spitze des künftigen Kabinetts treten. Die Wahrscheinlichkeit spricht, namentlich seit die Gräfin Witte vom Zaren empfangen worden ist, für den letzteren. Er hat in der russischen Presse kein Hehl daraus gemacht, daß er zu weitem Entgegenkommen bereit ist. Namentlich soll er die Verleihung eines habeas corpus-Akte in sein Programm aufgenommen haben. Wenn er, trotz der Revolution, es damit wagen will, wäre das ein Zeichen von großem Mut und sicherem Selbstvertrauen, und wir wünschen ihm Glück dazu. Aber wenn sich der russische Liberalismus in der Person seiner Führer ihm versagt, wird er das Werk nicht durchführen können. Wenn die erhaltenden Kräfte nicht zum Staatsgedanken stehen und nicht mit allen Mitteln dahin arbeiten, seine Autorität zu stärken, ist das Spiel verloren und die Spieler mit. Dem Außenstehenden ist das Deklamieren der russischen Intelligenz gegen die „Bureaukratie" schließlich zum Ekel geworden.

Wer sind denn jene Bureaukraten, wenn nicht die russische „Intelligenz" selbst? Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut; die Väter, Brüder, Vettern und Söhne eben jener Catone, die heute von Tugend und von Grundsätzen triefen — auch sie haben gesinnungstüchtig demonstriert und gelärmt, als sie noch die Uniform des Studenten trugen und sind dann zahm geworden, als sie in Amt und Würden traten. Es wäre wirklich lehrreich, von diesem Gesichtspunkte aus die Lebensgeschichte der Bureaukraten von heute zu verfolgen. Es liegt uns wahrlich fern, sie zu verherrlichen. Aber schließlich sind sie doch die einzigen Menschen, die heute in Rußland noch arbeiten, und anders als durch Arbeit läßt sich ein Staat nicht zusammenhalten. Jedenfalls nicht durch die Resolutionen, welche feiernde Studenten, Kursistinnen und Gymnasiasten jetzt in Petersburg und anderen Universitäten abhalten.

Und derweil geht der Auflösungsprozeß in Rußland weiter. Im Augenblick sind sieben große Eisenbahnlinien außer Tätigkeit, die ganze Verbindung von Ost nach West stockt, Moskau steht in einer Teuerung und vielleicht bald vor einer Hungersnot, in den Provinzen wird weiter gemordet und geraubt, nicht nur im Kaukasus und in den baltischen Provinzen: in Radom, Kischenew, Gomel, Dambrowa, Warschau usw., zwischen dem 23. und 27. September st. v. sind es nicht weniger als elf Morde und Verwundungen, und wie fast immer entkamen die Mörder. Es ist wahrhaftig an der Zeit, daß Gesellschaft und Regierung sich die Hände reichen, um ein Ende zu machen.

Daß nebenher die „Nowoje Wremja", deren täglicher Farbenwechsel in den letzten anderthalb Jahren ein Chamäleon neidisch machen könnte, voll Schadenfreude ankündigt, daß die Teleassé-Affäre in ihren Folgeerscheinungen auch den Dreibund erschüttert habe und daß die gesamte Weltlage sich „unzweifelhaft" zu Ungunsten Deutschlands umgestalte, hat uns nicht wunder genommen. Vielleicht wäre es aber vorsichtiger gewesen, wenn Herr Sinowjew mit seinen Prophezeihungen noch etwas an sich gehalten hätte. Auch wir glauben, daß gewisse politische Werte an Gewicht verloren haben, und daß gewisse Allianzen in ihrer Bedeutung erstaunlich überschätzt worden sind und noch überschätzt werden, aber wir können ihm die Versicherung geben, daß in diesen Kombinationen nicht an den deutschen Faktor zu denken ist. Der steht erstaunlich fest auf den eigenen Füßen. Was aber die

weiteren Entstellungen in der Delcasséaffäre betrifft, so ist diese ganze Affäre bekanntlich offiziell mit möglichstem Anstande zu Grabe getragen worden, und damit haben wir uns als höfliche Leute zufrieden gegeben und auch unsererseits ein wenig Erde über den Sarg gestreut. Die Legendenbildung, die sich jetzt aufbaut, beobachten wir mit dem Interesse des Historikers, für den es immer lehrreich ist, Erscheinungen zu verfolgen, die in anderer Form und mit denselben Nachwirkungen auch in früheren Zeiten gespielt haben. In dem vorliegenden Fall sagt die Legende, Deutschland habe Frankreich zu einer Allianz zwingen wollen oder, wie Herr G. Clemenceau es in der „Aurore" geschmackvoll ausdrückt: „Sois mon frère ou je te tue"; in Wirklichkeit lagen die Dinge so, daß es sich darum handelte, eine von Herrn Delcassé geplante und sorgfältig vorbereitete Offensiv- und Defensivallianz Frankreichs und Englands gegen Deutschland zu verhindern. Die „théorie de l'otage" hat nie existiert, sie ist französische Erfindung, wohl aber waren wir entschlossen, uns unserer Haut zu wehren. Das ist die Wahrheit, und das wird trotz aller Entstellungen der französischen und der englischen Presse auch das Urteil der Geschichte sein. Die großen Worte, mit denen man jetzt um sich wirft, imponieren uns gar nicht. Übrigens führt die Zeit, von der ja ein französisches Sprichwort sagt, sie sei „un gentilhomme" zu den merkwürdigsten Überraschungen. So haben wir in der Trafalgar-Nummer des „Standard" einen Artikel des früheren französischen Marineministers de Lanessan gefunden, der sich in Anlaß der Zentenarfeier recht erbaulich über die von Napoleon begangenen Fehler ergeht. Das ist recht instruktiv, aber wir glauben nicht, daß ein deutscher General seine Studien über die Schlacht bei Jena etwa im „Figaro" veröffentlichen würde. Doch das ist Geschmacksache, und vielleicht erleben wir es noch, daß zum Jahrestage von Leipzig einer der vielen französischen Kriegsminister der letzten Jahre seine Betrachtungen in der „Gazette de Voß" veröffentlicht, die schon jetzt in England und Frankreich nicht ungnädig angesehen wird.

Was die englisch französischen Beziehungen betrifft, so lassen sie, wie der Empfang zeigt, den die Vertreter der Stadt Paris in der City und sonst überall gefunden haben, an Herzlichkeit nichts zu wünschen übrig. Politisch fehlt es dagegen nicht an kleinen Unannehmlichkeiten. Frankreich wird sich entschließen müssen, seine

Stellung in den Neuen Hebriden aufzugeben, da Australien darauf besteht, keine fremdsprachigen Nachbarn in solcher Nähe zu dulden und England seinen so schnell groß gewordenen und so eigenwilligen australischen Söhnen einen entschlossenen Wunsch bekanntlich nicht versagen kann. Es bildet sich da ein ähnliches Verhältnis aus, wie es zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika besteht und in der großen Retirade zum Ausdruck kam, die mit der Geschichte des Panamakanals verbunden ist. Man könnte dabei auch an den merkwürdigen Artikel denken, den der „New-York Herald" im „Figaro" publizierte und von dem man weder in London noch in Paris gerne redet, so daß er an der Presse scheinbar unbemerkt vorübergezogen ist. Und doch war es eine recht deutliche Verwahrung gegen eine mögliche englisch-französische Allianz. Sehr begreiflich, denn eine solche Allianz hätte, kombiniert mit dem englisch-japanischen Bündnis, die drei größten Seemächte der Welt verbunden, und unter englischer Führung eine Tyrannei zur See — also auch im Stillen Ozean — organisiert, die allerdings für jede andere Macht schwer erträglich sein müßte. Wenn auch nicht in der Presse wiederholt, ist die amerikanische Stimme doch keineswegs unbemerkt verhallt.

Doch um auf Australien zurückzukommen, unsere Erwartung, daß die Australier sich gegen ein Eindringen des neuen japanischen Bundesgenossen ihres Mutterlandes in ihre Welt wehren werden, ist schnell verwirklicht worden. Australien will die Gesetze gegen das Eindringen von „Farbigen" auch gegen Japan aufrecht erhalten und „weiß" bleiben. Die Japaner drängen aber auf volle Gleichberechtigung und auf weit geöffnete Türen. Auch hier ist England in großer Verlegenheit und bemüht, einen Ausweg zu finden. Es scheint, daß man sich darauf verständigen wird, den Japanern nur das dauernde Niederlassen, nicht aber den zeitweiligen Aufenthalt zu versagen, etwa so, wie Präsident Roosevelt sich die Lösung der Schwierigkeiten denkt, die augenblicklich zwischen Amerika und China wegen des Verbots der Einwanderung von Chinesen bestehen und die zu einem Boykott amerikanischer Waren in China geführt haben. Aber in Japan liebt man es nicht, mit den Chinesen in einem Atem genannt zu werden. Eine weitere Äußerung des Selbständigkeitstriebes der englischen Kolonien, speziell Australiens, scheint der Abschluß von Reziprozitätsverträgen zwischen Kanada, Südafrika und Australien werden zu

wollen, und darüber wird man sich in London ebensowenig freuen, wie in Frankreich über den Appetit Australiens nach den Neuen Hebriden.

Inzwischen ist in der österreichisch-ungarischen Krisis ein Schritt von entscheidender Bedeutung getan worden. Feldzeugmeister Fejervary ist nunmehr endgültig zum Chef des ungarischen Kabinetts ernannt und zwar unter Behauptung des Programms, mit dem er von vornherein hervortrat: Beibehaltung des deutschen Armeekommandos und Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Es wird uns hier der unerhörte Fall entgegentreten, daß die Nation, die mit dieser Erweiterung ihrer Rechte beglückt werden soll, sich mit Hand und Fuß dagegen wehren wird. Das ist freilich im Hinblick auf die Minorität, in der die Magyaren den übrigen Nationalitäten ihrer Reichshälfte gegenüberstehen, begreiflich. Ihre Hoffnung geht zwar dahin, sich trotzdem bei den Wahlen dank ihrer Erfahrung und ihrer fest begründeten Vorherrschaft zu behaupten. Aber das mag einmal, vielleicht auch zwei- und dreimal glücken; auf die Dauer wird die Position unhaltbar, und die großen Zahlen setzen sich durch. Man ist also in Pest sehr verstimmt und das um so mehr, als der frühere Vizepräsident der Kammer in den Tagen Tiszas, Baron Feilitzsch, das Ministerium der Landwirtschaft im neuen Kabinett erhalten hat. Er gehört aber zu den in Ungarn unpopulärsten Staatsmännern. Die anderen Minister sind: Lanyi — Justiz, Kristoffy — Inneres, Vaeroes — Handel, General Bihar — Honveds, Stephan Kovatewitsch für Kroatien, Lukacz — Unterricht. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß in Ungarn erregte Zeiten bevorstehen.

Auf der Balkanhalbinsel dauert die Gärung fort. Das Verhältnis zwischen Rumänien und Griechenland ist nicht besser geworden, in Makedonien lebt der alte Hader weiter, Bulgarien wird von seinen Nachbarn nicht ohne Sorge angesehen, weil es zurzeit wohl die bestgerüstete Macht südlich der Donau ist. Auch scheint man wegen der sehr bemerkten Annäherung des Fürsten Ferdinand an Frankreich mißtrauisch geworden zu sein, wie denn auffällt, daß der englisch-französische Einfluß sich in den großen und kleinen Händeln der Rassen und Konfessionen vordrängt. Von der Pforte wird eine Reform ihres Finanzwesens in Form einer Finanzkontrolle dringend verlangt, und es scheint allerdings, daß es in der bisheriger Unordnung nicht weiter

gehen will. Aber gewiß sind noch große Widerstände zu überwinden, ehe der Sultan sich einer Ansicht anbequemt, die ihm, gelinde gesagt, störend ist.

In der norwegischen Königsfrage scheint die Entscheidung unmittelbar bevorzustehen. Die Bande, die Schweden und Norwegen aneinander knüpften, sind am 18. Oktober mit dem Schluß des schwedischen Reichstages definitiv gelöst. Schon am 16. hatte auf Antrag König Oskars das schwedische Reich die Auflösung der Union gutgeheißen. Die Krisis, die zum Bruch führte, hat über vier Monate, seit dem 7. Juni gedauert. Daß sie trotz allem, wenn auch nicht zu einem freundschaftlichen, so doch zu einem friedlichen Abschlusse führte, ist namentlich bei uns mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Wir hoffen, daß auch die Freundschaft beider so nahe verwandten Nationen jetzt, nachdem jeder Anlaß zu Reibungen beseitigt ist, wieder in ihr Recht treten wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Prinz Karl von Dänemark als König Hakon VII. die norwegische Königskrone tragen.

26. Oktober. Völlige Unterbrechung des Verkehrs zwischen Rußland und dem Auslande.
27. Oktober. Generalausstand in Warschau. Präsident Loubet in Lissabon.
28. Oktober. Deutschland erklärt in Peking, daß es eine Zurückziehung seiner Besatzungstruppen in Ghili beabsichtige.
29. Oktober. Blutige Straßenkämpfe in Odessa.
30. Oktober. Ausstand der Telegraphenbeamten in Petersburg.
31. Oktober. Veröffentlichung des neuen Verfassungsmanifestes des Zaren.
1. November. Amtsniederlegung des Obergouverneurs des hl. Synod Pobjedonoszew.

1. November 1905.

Es bleibt dabei, daß die russischen Angelegenheiten das politische Interesse meist absorbieren. Das Gesamtresultat der Entwickelung, welche die letzten acht Tage gebracht haben, läßt sich wohl dahin zusammenfassen, daß die Regierung sowohl wie die bisherigen liberalen und radikalen Führer der Semstwobewegung bereits isoliert und überholt sind, und daß zurzeit die Leiter der revolutionären Organisation die Führung an sich gerissen haben. Von Paris aus, wo bis zum Sommer dieses Jahres das Zentrum der Organisation saß, ist sie nach Moskau hinübergezogen. Auch ist es wohl nicht zuviel gesagt, wenn wir mutmaßen, daß die gesamte revolutionäre Bewegung, von der Arbeiterdemonstration des Priesters Gapon am 22. Januar 1905, bis zu dem jüngsten Generalstreik, auf ihren Befehl stattgefunden hat. Von ihr geht auch die neue Losung aus, die von keiner oktroyierten Verfassung, und sei sie noch so sehr den Wünschen der Liberalen entsprechend, etwas wissen will, sondern nach einer konstituierenden Versammlung verlangt, die, auf Grund des unverkürzten allgemeinen Stimmrechts gewählt, über die Verfassungsform des neuen Rußland entscheiden soll. Das ist in großen Umrissen die Lage; aber wie furchtbar ist das Detail.

Der Eisenbahnstreik, der das ganze Rußland umfaßt, hat nicht nur eine Stockung des Verkehrs von Ort zu Ort zur Folge gehabt, sondern überhaupt lähmend gewirkt: alles stockt und alles läßt die Hände sinken. Es ist buchstäblich so, daß heute niemand mehr in Rußland arbeitet; sogar Ärzte und Apotheker haben es mit ihrem

Gewissen vereinbar gefunden, sich ihren Kranken zu versagen. Es feiern die Gerichte, alle Universitäten und alle Schulen, alle Banken und Handlungshäuser, alle Fabriken und Werkstätten. Elektrizität und Gas dürfen nicht mehr leuchten; in den Straßen von Petersburg brennen große Holzstöße, und ihr flackerndes Licht leuchtet den von politischen Meetings heimkehrenden exaltierten Siegern des Augenblicks. Denn man müßte an der gesunden Vernunft verzweifeln, wenn es sich wirklich um mehr handeln sollte, als um einen vorübergehenden Erfolg des unsinnigsten politischen Wahnsinns, von dem die Geschichte weiß. Und da bewundert ein Teil unserer Presse „die grandiose" Inszenierung dieses Generalstreiks. Ob die Verfasser solcher Artikel wohl der 26 Hungergouvernements gedacht haben, die durch diesen „grandiosen Ausstand" von aller Hülfe abgeschnitten worden sind, oder der unglücklichen Arbeiter, die sozialdemokratische Schlagworte nachplappern, die sie nicht verstehen und nun, indem sie die Residenzen auszuhungern versuchen, am meisten sich selbst und die ihrigen schädigen. Schon jetzt zieht ihr Elend bettelnd durch die Straßen. Aber der Terrorismus der Theoretiker der Sozialrevolution hat es verstanden, sie alle zu fatalistischem Gehorsam zu beugen, sie kämpfen und hungern heute für das Phantom jener konstituierenden Versammlung, das ihnen zum Fetisch geworden ist, von dem sie die Erfüllung all ihrer Wünsche und Hoffnungen — und die sind durchaus materieller Natur — erwarten.

Wir haben im „Journal des Débats", im Gegensatz zu den meisten französischen Blättern, diesen russischen Dingen gegenüber eine besonnene Auffassung gefunden. „In Anlaß der erwarteten Ernennung Wittes zum Chef eines autonomen Ministeriums schreibt J. H. Franklin am 27. Oktober: „Gewiß dürfen auch die meist überzeugten Anhänger einer Wandlung im innern Leben Rußlands nicht wünschen, daß dieser Wandel sich von heute auf morgen plötzlich, ohne Übergänge und rücksichtslos vollziehe. Die Lage Rußlands ist von der der anderen europäischen Großmächte so durchaus verschieden, . . . daß kein einigermaßen vernünftiger Mensch wünschen kann, daß Rußland einfach abendländische Methoden abklatscht." Und an anderer Stelle: „Die Agitation der Arbeiter hat einen so revolutionären Charakter angenommen, daß sie vor allem bekämpft und völlig beseitigt werden muß, bevor an Reformen gedacht werden kann, über deren Notwendigkeit

jedermann eines Sinnes ist. Oder ist es nicht mehr als sonderbar, wenn Kutscher und Eisenbahnmechaniker streiken und blutige Unordnungen erregen, nicht um ihre Arbeitsverhältnisse zu bessern und höhere Löhne zu erlangen, sondern um Freiheit der Presse, eine Konstituante, allgemeines Stimmrecht und Versammlungsfreiheit durchzusetzen?"

Gewiß, so ist es, aber die vornehmste Schuld trifft doch diejenigen Männer, welche die vom Zaren gebotene sogenannte Bulyginsche Verfassung, die ja als eine erziehende Übergangsmaßregel geboten wurde, so höhnisch zurückwiesen und sie mit allen Mitteln vor der Öffentlichkeit verächtlich machten. Sie war für Rußland weit lebensfähiger als jene vom theoretischen Standpunkte aus vollkommene Verfassung, die Herr Peter Struve und seine Freunde jetzt in russischer und französischer Sprache, allen Doktrinären zur Bewunderung, fertiggestellt haben. Es ist nicht daran zu denken, daß sich mit ihr in Rußland regieren ließe, wo jetzt die „Intelligenz" alle Tage drastischere Beweise ihrer politischen Unreife vorführt. Uns liegt der Bericht über die politische Monstreversammlung vor, die am 23. Oktober in den Räumen der Petersburger Universität abgehalten wurde.

Der erste Redner Professor Tarlo schließt seine Ausführungen mit dem berühmten Satz: Je schlimmer, desto besser. Der zweite sagt: Ich hoffe, daß wir bald aufhören werden, von der Reichsduma zu reden, denn wir, die wir hier anwesend sind, haben keinen Zensus. Aber die Intelligenten mit Wohnungszensus und die „aufgeklärten" Semstwomitglieder wollen trotzdem dies Institut ausnützen . . . Man kann aber keine folgerichtige Politik treiben, wenn nicht die organische Frage (sic!) entschieden wird, und deshalb fordern wir eine konstituierende Versammlung . . . „Die ganze Bewegung schreitet vorwärts ohne die Semstwomänner. Mögen sie Kongresse abhalten und zusammenkommen wo und wie es ihnen beliebt. Die Tatsache, daß der Eisenbahnstreik gelang . . . zeigt, daß der Weg gefunden und daß das Ziel nahe ist." Er schließt mit der Aufforderung, eine Deputation an das Moskauer Eisenbahnkomitee abzufertigen und den Streikenden die Sympathien der Versammlung auszudrücken. Ein dritter feiert einen der meuternden Matrosen als wahren Vertreter des Volkswillens. Wenn die Bureaukratie sich mit der Semstwo verständige und die Massen des Volkes beiseite geschoben werden, dann gehe Rußland unter. Denn unerläßlich sei ein allrussisches

Parlament auf dem Prinzip des allgemeinen Wahlrechts! Die Rede mündete in den Vorschlag aus, gegen die Wahlen zu protestieren.

Am 25. Oktober haben dann die Petersburger Studenten der juristischen Fakultät zum ersten Male von ihrem Recht Gebrauch gemacht, sich eine „autonome" Vertretung zu wählen. Man wählte: 12 Sozialdemokraten, 4 Sozialrevolutionäre, 7 konstitutionelle Demokraten und 2 Wilde; dann wurde die Zahl der Gewählten proportionell auf 12 reduziert und die so definitiv Bestimmten mit lautem Jubel begrüßt. Aber wir wollen hoffen, daß diese ersten 12 „Staroſten" der russischen Juristen möglichst bald so weit nachreifen, daß sie von der Politik zur Arbeit übergehen, sonst nimmt das alles für sie wie für die Universität noch ein übeles Ende. Auch die Schüler und Schülerinnen der Mittelschulen haben am 25. in der Universität ihren Meeting gehabt; unter Leitung von Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären einigten sie sich nach stürmischen Debatten dahin, „daß die Schüler und Schülerinnen schon lange aus dem Rahmen hinausgewachsen sind, in den sie die Schulobrigkeit gezwängt hat. Die Schüler sind als Staatsbürger verpflichtet, auf die Tagesereignisse zu reagieren". Natürlich tun sie das durch Schwänzen der Schule.

Wieder eine andere Versammlung erklärt, daß die allgemeinen Interessen nur durch eine Partei wahrgenommen werden könnten, die „das Privateigentum nicht anerkenne", aber auch das ist noch zu maßvoll: im Auditorium Nr. 9 wurde der Kampf gegen jeden Besitz proklamiert, endlich ist auf einer Versammlung — wenn wir uns recht erinnern in Kiew — die Einsetzung eines comité du salut public vorgeschlagen worden. Kurz, man hat den Eindruck, die Insassen eines Irrenhauses reden zu hören.

Daß dementsprechend auch in der großen Politik der helle Wahnsinn zu Wort kommt, kann unter diesen Umständen nicht wundernehmen. In der „Ruß", dem Organ von Suworin junior, erinnert ein Herr Kurnatowski, offenbar Pole, an die Prophezeiung Tschaikowskis, daß der Weg von Moskau nach Konstantinopel über Warschau führe, und zwar führe dieser Weg zugleich auch nach Danzig, Triest, Lemberg, Posen, Prag und Belgrad.

Natürlich sei das nur festina lente zu erreichen, aber werde einmal der Weg eingeschlagen, so führe er auch sicher zum Ziele. Rußland als Agrarstaat brauche für sein Vieh und sein Getreide

einen Markt. Der polnische Markt werde bald gesättigt sein. So bleibe Deutschland und Österreich, deren Zollpolitik ja bekannt sei, und gewiß nicht vor einer Wandlung stehe. Die deutsche Demokratie und Sozialdemokratie aber sei ohne jede Energie und verstehe, wie ein polnisches Sprichwort sage, „nur im Stiefel zu drohen". Der slavisch germanische Konflikt sei daher eine ökonomische Notwendigkeit, die sich aus den vitalen Bedürfnissen des russischen Ackerbaustaates ergebe — und das sei das allerwichtigste. Vielleicht sei es nicht klug so bald nach Mukden davon zu reden, um so lebhafter aber müsse man es fühlen und um so energischer darauf hinarbeiten! Damit schließt Herr Georgie Kurnatowski seine Tiraden, über die man nur lachen könnte, wenn das revolutionäre Rußland nicht so völlig haltlos den polnischen Ansprüchen gegenüberstände. Machen die sozialrevolutionären jungen Juden heute die innere Politik Rußlands, so möchten die Polen die äußere Politik dirigieren, und gewiß ist die eine der anderen wert. Die russische Jugend aber begeistert sich heute für das eine und morgen für das andere der ihr zugetragenen Losungsworte, völlig widerstandslos jedem Extremen zujubelnd.

Die Regierung steht nach wie vor rat- und fassungslos dieser Entwickelung gegenüber. Bisher hat sich noch kein mutiger Mann in ihren Reihen gefunden, der mit klarem Kopf und festem Willen in das Chaos der zerstörenden Revolution rettend und ordnend einzugreifen verstanden hätte. Noch ist an keiner einzigen Stelle im ganzen weiten Reich die Ordnung so weit hergestellt worden, daß Leben und Eigentum der ruhigen Bürger gesichert wären. Witte, auf den sich aller Augen richten, hat die Vollmachten noch nicht erhalten, deren er bedarf, um handeln zu können. Die militärischen Maßnahmen haben überall versagt, und ein Fraternisieren der Mannschaften, ja sogar der Offiziere, mit dem aufrührerischen Pöbel gehört bereits zu den nicht ungewöhnlichen Erscheinungen. Man wird hundertfältig an die französische Revolution von 1789 erinnert. Nur daß die ideenreiche und enthusiastische Einleitung der Bewegung fehlt und alles sich in das Rohe übersetzt. Diese russische Revolution hat keinen neuen Gedanken in die Welt gesetzt. Es sind Karikaturen abendländischer Krankheitserscheinungen, denen wir gegenüberstehen. Und so bleibt unser ceterum censeo: erst Herstellung gesetzlicher

Ordnung, danach Reform. Jedes weitere Nachgeben der Revolution gegenüber bedeutet das endliche Verderben.

Wer denkt nicht im Hinblick auf diese Dinge an den Tag, da Alexander III. in Kronstadt sich zum ersten Male entblößten Hauptes die Marseillaise vorspielen ließ. Das „contre nous de la tyrannie, l'étandard sanglant est lévé!" ist das Lieblingslied der „Intelligenten" im heutigen Rußland geworden. Sie haben die Schlußstrophen zu verwirklichen gesucht und sie durch die Tat ins Russische übersetzt. Als das sozialistische Frankreich und das absolute Rußland sich vor nunmehr bald 15 Jahren verbrüderten, haben wir die wahrscheinlichen Folgen an dieser Stelle vorhergesagt, aber wir glaubten nicht, daß sie so bald und so schrecklich sich verwirklichen würden.

In Frankreich finden inzwischen Rückbildungen statt, die unsere volle Aufmerksamkeit verdienen. Es ist das Programm Delcassé, das, zunächst ohne ihn, in nicht zu ferner Zukunft vielleicht mit ihm, wieder lebendig wird. Herr Delcassé ist gegangen, aber seine Kanzlei ist geblieben, und die Tradition seiner Politik lebt weiter. Kein geringerer als Herr Jean Jaurès macht uns in der „Humanité" vom 19. Oktober darauf aufmerksam. Er klagt darüber, daß man Rouvier nicht wegen seiner inneren, sondern wegen seiner auswärtigen Politik bekämpfe. Weshalb — so fragt er — versucht man, die prahlerische und verderbliche Politik Delcassés zu verherrlichen und sie durch aggressives, auch chauvinistisches Verhalten fortzusetzen? Herr Delcassé habe Frankreich direkt zum Kriege geführt, und zwar über den Kopf Rouviers hinweg, der zur Erhaltung des Friedens beigetragen habe. Jetzt glorifizierten die Radikalen Clemenceau und Maurice Sarrot die Politik Delcassés und seien eifrig am Werk, ihr die Rückkehr zu sichern. Aber er (Jaurès) und seine Partei, die Sozialisten, würden diesen Weg nicht mitgehen. Sie seien bereit, den Sieg der Demokratie über Rouvier zu sichern, nicht aber Herrn Delcassé zu einer Revanche zu verhelfen. Das Ministerium Rouvier zu stürzen sei leicht, sobald sich die Radikalen darauf verständigten, liege es am Boden. Handele es sich dann darum, ein neues Ministerium zu bilden, so seien die Sozialisten für ein Ministerium der Linken zu haben. Aber doch nur unter bestimmten Bedingungen. Die erste Bedingung aber sei, daß das neue Ministerium in keiner Weise und in keinem Grade Anlaß zum Verdacht gebe, daß es die Politik

wieder aufnehmen wolle, die Delcassé vertrat, und deren Bedeutung dem lange schlecht unterrichteten Lande plötzlich unter der Beleuchtung eines Gewitters klar wurde. („La première, c'est qu'il ne puisse être suspect en aucune manière et en aucun degré, de reprendre cette politique de M. Delcassé dont le sens a brusquement apparu, dans une lueur d'orage, au pays trop longtemps mal informé.") Er schließt mit den Worten: Unter der Fahne Herrn Delcassés werden wir nicht marschieren, gleichviel wer sie tragen mag!

Das ist sehr löblich und sehr erfreulich. Die Frage ist nur, ob Herr Jaurès stark genug ist, seinen Willen durchzusetzen. Die französischen Nationalisten scheinen jetzt en masse in das Delcassésche Lager übergehen zu wollen, und da neuerdings der „Temps" sich zu ihrem Organ macht, ist die Tatsache doch nicht als gleichgültig zu betrachten. Speziell der Besuch der Pariser Stadtvertreter in London, auf den wir schon vor acht Tagen hinwiesen, hat entschieden erhitzend gewirkt. Dazu kommt, daß ein Teil der englischen Presse den wieder auflebenden Delcasséschen Chauvinismus entschieden ermuntert. Die jetzt in Gang gekommene Wahlkampagne wirkt in gleichem Sinne, und noch mehr die wahrhaft schamlosen Erfindungen über angebliche und, wie erklärt wird, glücklich gescheiterte, deutsch-russische Abmachungen zu einer Teilung Österreich-Ungarns, die von London aus in der amerikanischen Presse verbreitet worden sind.

Wenn dem gegenüber in Frankreich und England über die kurze und energische Ansprache Lärm geschlagen wird, die Kaiser Wilhelm nach der Enthüllung des Moltkedenkmals an die zur Tafel um ihn versammelten Offiziere hielt, so scheint uns das mehr als naiv zu sein. Es war gewiß wohl angebracht, bei der heutigen Weltlage darauf zu verweisen, daß Deutschland sein Pulver trocken und seinen Säbel scharf halten muß. Wäre das zur Zeit, da die Delcasséssche Intrige auf ihrem Gipfel stand, nicht der Fall gewesen, so ständen wir heute aller Wahrscheinlichkeit nach bereits mitten in einem Kriege. Denn zu der uns zugedachten Demütigung wäre es unter keinen Umständen gekommen.

Wir haben übrigens mit Bedauern konstatieren müssen, daß die wundervolle Rede des Grafen Schlieffen weder in Frankreich noch in England von den Zeitungen wiedergegeben worden ist. Sie

sagt kein Wort zu viel und keines zu wenig, und kann namentlich auch den französischen Militärschriftstellern als Antwort dienen, die in den letzten Jahren systematisch darauf hinarbeiteten, den großen deutschen Strategen vor ihrem Publikum klein zu machen.

Sehr ungünstig sehen die Verhältnisse in Britisch Südafrika aus. Der „Courrier Européen" meint sogar, daß über kurz oder lang England wieder genötigt werden könnte, zu den Waffen zu greifen. Unzufrieden ist jedermann. Die englischen Kaufleute und Händler wegen der Konkurrenz, die ihnen von Indiern und Malayen gemacht wird, die Bauern wegen der Zügellosigkeit der chinesischen Kulis, die zu einer Landplage geworden sind; alle Bewohner des Landes aber klagen über die Parteilichkeit, Ungerechtigkeit und Habgier der Verwaltung. Sie ist dem englischen Handel durch ihre Tarifpolitik weit ungünstiger als es die Politik Krügers, die 1899 den Vorwand zum Kriege gab, je gewesen ist. Der ganze innere Handel wird zur Delagoa-Bai abgelenkt, und die ausländischen Handelskompagnien ebenso wie die englischen werden dadurch auf das empfindlichste geschädigt. Natürlich schließen sich all diese unzufriedenen Elemente aneinander, sodaß noch zu keiner Zeit eine gleiche Einigkeit im Lande existiert hat — aber sie richtet sich gegen die englische Regierung.

Da wir schließen, ist als ein Neues das Manifest des Zaren erschienen, welches dem russischen Volke eine Verfassung verleiht. Das Habeas corpus ist feierlich gesichert, die Freiheit der Presse, des Wortes, Versammlungsfreiheit gesichert. Das allgemeine Wahlrecht in Aussicht gestellt und schon jetzt bei den Wahlen zur Duma tatsächlich gewährt. Diese Duma aber erhält den Charakter einer gesetzgebenden, nicht einer beratenden Versammlung, wie sie ursprünglich gedacht war.

Es ist damit das Ideal der russischen „Intelligenz" erreicht, ob die in Bewegung gesetzten revolutionären Massen sich damit zu frieden geben werden, ist eine andere Frage. Der siegreiche General ausstand ist von ihnen organisiert worden, und alles was nicht zu ihnen gehört, ist ihnen verdächtig. Tritt auch, wie wahrscheinlich ist, ein Stillstand ein, so fürchten wir doch, daß es von da bis zu einem Definitivfrieden noch weit ist. Erregte und betörte Volksmassen sind nicht plötzlich zur Ruhe zu bringen: eine in Extremen lebende Intelligenz

läßt sich nicht plötzlich zu vornehmer Besonnenheit führen. Was geschehen ist, bedeutet eine Kapitulation: wir wollen hoffen, daß sie nicht mißbraucht wird. Auf beiden Seiten gibt es Sünden zu vergeben und Unrecht zu sühnen. Alles hängt daran, ob beides im rechten Geist geschieht.

Es wäre ein Wunder, wenn die Männer, in deren Händen jetzt das Schicksal Rußlands ruht, plötzlich andere werden: gerecht, integer, staatsmännisch maßvoll. Solche Wunder pflegen im historischen Leben der Völker sich nicht zu vollziehen, und deshalb wird nach wie vor die nächste Aufgabe der Regierung bleiben, überall im Reiche dem Gesetz wieder zu seinem Rechte zu verhelfen und, was wichtiger ist als jede Verfassung, die bürgerliche Ordnung wieder herzustellen. Steht die Gesellschaft zu ihr, so läßt sich das Ziel erreichen, versagt sie, so stehen wir vor einem neuen Stadium der russischen Revolution.

2. November. Zusammenstoß zwischen Polizei und Sozialdemokraten in Wien.
3. November. Zarische Ukase verkünden Preßfreiheit und Amnestierung politischer Verbrecher.
4. November. Sozialdemokratische Tumulte in Prag.
5. November. Einberufung eines außerordentlichen Finländischen Landtags. Aufhebung der verfassungswidrigen Gesetze von 1899.
6. November. König Alphons von Spanien in Berlin. Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs zwischen Petersburg und Eydtkuhnen.
7. November. Rußland und Österreich-Ungarn schlagen eine Flottendemonstration gegen die Türkei vor.
8. November. Mc. Clellan wird zum Bürgermeister von Newyork wiedergewählt.

8. November 1905.

Die letzten, bis heute, Montag, eingelaufenen russischen Zeitungen datieren vom 27. Oktober. Über den Eindruck, den das Verfassungsmanifest vom 31. Oktober gemacht hat, sind wir daher fast ausschließlich auf die Nachrichten der Telegraphenagenturen und der englischen Zeitungen, sowie einiger deutscher Zeitungen angewiesen. Eine wesentliche Ergänzung boten mündliche Nachrichten von Reisenden und gelegentliche briefliche Mitteilungen. Diese Ergänzungen waren aber zur Bildung eines selbstständigen Urteils um so notwendiger, als die englischen Berichte von entschlossener Parteilichkeit eingegeben sind, und die Telegraphenagenturen und die uns sonst zu Gesicht gekommenen telegraphischen Zeitungskorrespondenzen sich offenbar der Suggestion nicht haben entziehen können, die von den Führern der revolutionären Bewegung ausgeht. Steht doch auch fast alles in Rußland unter dem Eindruck dieser Suggestion. Als Beispiel mag folgendes Telegramm aus Tiflis vom 5. November dienen: „Als heute eine Anzahl Reaktionäre mit Bildern des Kaisers durch die Stadt zog, wurden auf sie Revolverschüsse abgegeben und mit Bomben geworfen. Truppen, die den Zug begleiteten, beantworteten das Schießen, töteten zehn Personen und verwundeten etwa dreißig. Während dieser Vorgänge wurden zwei Eingeborene, die einen Korb mit Bomben trugen, durch die platzenden Bomben getötet und eine vorübergehende Person verletzt. In der Stadt herrscht große Panik." Sollte man nach dieser Fassung des Telegramms nicht die Vor

stellung gewinnen, daß die Reaktionäre durch ihren Umzug mit den Kaiserbildern alles Unheil angerichtet haben? In Wirklichkeit sind diese mit Schüssen und Bombenwürfen angegriffen und vom Militär, das den Zug — wohl im Hinblick auf drohende Gefahren — geleitete, verteidigt worden, und dabei stellt sich heraus, daß noch weitere Bomben zum Angriff herbeigetragen wurden! Wo also liegt die Schuld, bei den sogenannten Reaktionären oder bei den Männern der bombenwerfenden Revolution?

Diese Art der Darstellung ist aber typisch und charakterisiert namentlich die Telegramme und Korrespondenzen der „Times".

Ebenso erkennbar ist das Bestreben, die von der Regierung gemachten Zugeständnisse bald als größer zu bezeichnen, als sie in Wirklichkeit waren, bald sie in ihrer Bedeutung herabzusetzen. Das erstere geschieht, wo man den Triumph der siegenden Revolution recht grell hervortreten lassen will, wie z. B. bei der Nachricht, daß Graf Witte allen Forderungen der Eisenbahner nachgegeben habe — was keineswegs der Fall ist. Das zweite, wo es sich darum handelt, die Fortdauer der Revolution trotz der großen Zugeständnisse der Regierung zu rechtfertigen. Ebenso tendenziös sind die Gerüchte, die über einen scheinbar unheilbaren Gegensatz zwischen dem Grafen Witte und dem General Trepow ausgestreut werden. Das Verhältnis beider zueinander ist vielmehr das beste, und das muß so sein, da jeder von ihnen ohne den Beistand des anderen ohnmächtig wäre. Man wird doch nicht den Grafen Witte für so töricht halten, sich in kritischer Stunde den Mann zu verfeinden, der stündlich den Mut zeigt, die eigene Person einzusetzen, um den Sieg der anarchischen Revolutionspartei zu verhindern. Sicher ist aber, daß die revolutionäre Leitung stürmisch die Absetzung Trepows verlangt. Und das ist nur natürlich, da sie die Regierung entwaffnen will!

Überlegen wir doch, was in den letzten Tagen geschehen ist.

Am 31. Oktober erscheint das Manifest des Zaren, das die Umbildung der Bulyginschen Reichsduma in eine gesetzgebende Versammlung, und die Wandlung des Reichsrates in ein zum Teil durch Wahl zu besetzendes Oberhaus verspricht. Zugleich wird angekündigt, daß die von dem Anteil an den Wahlen ausgeschlossenen Klassen — also die Arbeiter und ein Teil der Beamtenwelt, denn von einem Wahlrecht des Militärs kann natürlich keine Rede sein — schon bei

den Wahlen zur Reichsduma mitwirken sollen. Wie das geschehen solle, konnte wie begreiflich ist, noch nicht gesagt werden: offenbar ist der Ukas, der darüber bestimmen wird, in Arbeit.

Dagegen wird das Habeas-corpus und werden die so heiß ersehnten Grundrechte rückhaltlos gewährt: über die Frage des allgemeinen Wahlrechtes aber soll die Duma zu Rate sitzen, sobald sie zusammentritt, was bekanntlich im Januar 1906 geschehen soll.

In Summa kann man wohl sagen, daß damit dem russischen Volke ein so reiches Maß von Rechten geschenkt wurde, wie irgend unter Berücksichtigung der russischen Wirklichkeit möglich war: unserer persönlichen Meinung nach sogar mehr, als das heutige Rußland zu verdauen fähig ist. Aber wir ordnen unser Urteil dem der Männer unter, welche die Verantwortung für die schwer gefaßte Entscheidung zu tragen haben.

An die Öffentlichkeit ist bisher kein Ausdruck des Dankes gedrungen, den der Zar wohl als Antwort auf dieses Manifest erwarten konnte. Es trat vielmehr ein Augenblick des Schweigens ein — als warte man auf ein Losungswort und dann kam tausendfältig und von allen Seiten der Ruf: Nein! Das genügt uns nicht, die wahre Revolution wird erst jetzt beginnen! Woher kam die Parole? Anscheinend aus Moskau, wo die revolutionäre Zentrale ebenso ihren Sitz hat, wie die von den Semstwos vertretene Reformpartei. Aber die Semstwos schwiegen und die Revolutionäre redeten und handelten, und so konnte vorübergehend die Vorstellung erweckt werden, daß in der Tat ganz Rußland keinen anderen Gedanken habe, als über den Kopf des Herrschers hinweg die sozialistische Republik nach französischem Muster herzustellen.

Dann aber trat eine furchtbare Wendung ein. Der städtische Pöbel, soweit er nicht in den Reihen der sozialdemokratisch hypnotisierten Massen stand, begann sich zu erheben und seinen Instinkten zu folgen. Auf den roten Schrecken der Revolution folgte der schwarze **Schrecken des Pöbels.**

Wir halten, ehe wir in der Analyse der Schreckenstage fortfahren, die nun beginnen, einen Augenblick still, um uns über den politischen Boden zu orientieren, auf dem sie spielen.

Der Generalstreik, über dessen Gelingen so laut gejubelt wurde, ist in Rußland keineswegs populär gewesen. Er war eine Folge

des Terrors, den die unbekannten Leiter der russischen Revolution ausgeübt haben. Wahrscheinlich hätte es genügt, diese Führer vor das helle Licht der Öffentlichkeit zu stellen, um ihren Einfluß zu brechen. Wie in der polnischen Revolution von 1830 und von 1863 und in der Nihilistenverschwörung der letzten Jahre Kaiser Alexanders II. sind es aller Wahrscheinlichkeit nach blutjunge Fanatiker, deren Macht darauf beruht, daß man sie nicht kennt und daß man irgend eine geheimnisvolle Potenz hinter ihnen vermutet. Wir wissen zudem, welche ungeheure Rolle in der russischen Revolution der jüdische „Bund" gespielt hat und noch heute spielt, auch er aus ganz jungen Leuten der jüdischen Intelligenz und Halbintelligenz bestehend, die zunächst ihre eigenen älteren und wohlhabenden Glaubensgenossen brandschatzten, um die Mittel für ihre Agitation und für die Bewaffnung ihrer Leute zu beschaffen. Mitschuldige fanden sie an den revolutionären Sozialisten aller europäischen Staaten. Uns ist noch der Aufruf in frischer Erinnerung, den am 5. Juli dieses Jahres der sozialdemokratische Parteivorstand im „Vorwärts" veröffentlichte, in dem von dem „revolutionären Solidaritätsgefühl" mit dem russischen und polnischen Proletariat die Rede war, das „unter Führung unserer Genossen" den „heldenmütigen und unvergleichlichen" Kampf gegen das Regiment des Zarismus führe. Der Aufruf forderte die deutsche Arbeiterklasse zu schleuniger Sammlung von Geldmitteln auf, um die ungeheure Not zu lindern, die der Kampf für die Befreiung Rußlands bisher gekostet habe. Der Genosse Gerisch, „unser Kassierer", werde die Beiträge entgegennehmen. In Wirklichkeit wurden Waffen dafür gekauft, und namentlich die lettischen Sozialdemokraten und Anarchisten sind so mit den Mordwaffen versorgt worden, mit denen sie ihre Wohltäter und Erzieher meuchlerisch niedergemacht haben. Wie die Greuel, die in den baltischen Provinzen während des letzten halben Jahres stattgefunden haben, von der deutschen Sozialdemokratie, oder vielmehr von ihren Führern vorbereitet worden sind, mag man in der sozialdemokratischen Wochenschrift „Die neue Zeit" nachlesen, wo der Genosse P. Kleinberg ohne alle Scham dieses Treiben in seiner vollen Blöße zeigt!

Das Blut der Gemordeten fällt denen, die jenes Volk bis zu völliger Ruchlosigkeit demoralisiert haben, noch mehr zur Last als den geistig minderwertigen Mördern, und wenn die Gesetze kein

Mittel an die Hand bieten, um strafend einzugreifen, so werden sie ihr Tun vor Gott und ihrem Gewissen — sofern es noch sprechen kann — zu verantworten haben. Eins aber hoffen wir bestimmt, daß unser betörter Arbeiterstand sich von Führern lossagen wird, die ihm feige Mörder zu Genossen geboten haben.

Doch das ist nur eine Seite der jetzigen Bewegung. Man kann sie nicht verstehen wenn man die Rolle übersieht, welche das russische Judentum gespielt hat. Es soll dabei keineswegs verkannt werden, daß das jetzt zusammengebrochene absolutistische System eine Schuld an der Verwilderung der russischen Judenschaft trägt. Aber ohne Grund ist der Haß gewiß nicht, der in dem sogenannten Judenrajon, d. h. in den Grenzen des ehemaligen Königreichs Polen, die russischen Juden trifft. Sie haben, wo sie zu Macht gelangten, sie überall gemißbraucht, und die von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Judenhetzen haben von der Erbitterung Zeugnis abgelegt, die im westlichen und südlichen Rußland gegen sie allgemein war. Aber man schätzte sie in den Kreisen der radikalen und revolutionären russischen Intelligenz. Von den 2—3000 Intellektuellen männlichen und weiblichen Geschlechts, die in der Schweiz ihr Wesen trieben, waren die meisten jüdischen Stammes, und ebenso haben sie auf dem letzten großen Kongreß der verschiedenen revolutionären Parteien in Paris die leitende Rolle gespielt. Sie sind fast an allen Attentaten beteiligt gewesen und haben es durchzusetzen verstanden, daß ausnahmelos in allen russischen Reformprogrammen und in allen Resolutionen der zahllosen Meetings, die in den letzten Monaten in Rußland stattgefunden haben, die völlige Gleichberechtigung der Juden einer der vornehmsten Punkte gewesen ist. Daß aber die russische Studentenschaft unter jüdischer Leitung stand und wohl noch steht, ist eine wohl von niemandem zu bestreitende Tatsache. Die russische Revolution könnte daher auch eine jüdische Revolution genannt werden.

Man mag auch das erklären und entschuldigen. Aber nachdem schon in der Bulyginschen Verfassung die völlige politische Gleichberechtigung der Juden anerkannt worden war, und nachdem jetzt durch das jüngste Manifest des Zaren alle Schranken gefallen sind, die ihnen hinderlich sein konnten, ist von dem Bund und seinen Parteigenossen die Parole ausgegeben worden: Fortsetzung des Kampfes, bis die Monarchie am Boden liegt und die russische

Föderativrepublik ihr siegreiches Haupt erhebt, und das hat zu einer furchtbaren Gegenbewegung geführt, welche vornehmlich die russischen Juden, aber auch alle diejenigen trifft, die mit ihnen gegangen sind, und dem gemeinen Mann als ihre Mitschuldigen gelten.

Wahrscheinlich ist die Wendung, die am 31. Oktober eintrat, zum Teil die Veranlassung zu den Ausschreitungen, die heute niedergekämpft werden müssen. Der Generalstreik brauchte nicht zu siegen. Er wäre nur noch wenige Tage zu behaupten gewesen, weil die steigende Erbitterung der Mitleidenden, die weder zur Opposition der Intellektuellen noch zu den Revolutionären gehörten, die Wiederaufnahme der Arbeit erzwungen hätte. In Moskau ließen die Anfänge einer solchen Bewegung sich bereits erkennen. Es ist den Revolutionären nicht gelungen, die Schlächter zum Schließen ihrer Läden zu zwingen, sie haben alle Angriffe blutig zurückgeschlagen, und ähnliche Erscheinungen bereiteten sich in anderen Städten vor. Wenn die Regierung energisch für den Schutz der Arbeitswilligen eintrat, mußte der Ausstand in sich zusammenbrechen. Aber es scheint, daß man in Petersburg die Kraft der Bewegung überschätzte, wie denn immer klarer hervortrat, daß in Zeiten, wie es die jetzigen sind, nicht Petersburg, sondern Moskau das Zentrum der Regierungsaktion hätte sein müssen. Dort waren die Zarenmanifeste zu veröffentlichen, dort der Friedensschluß zu proklamieren, von dort aus die russische Intelligenz auf den Weg ruhiger Arbeit zurückzuführen. Doch das ist nun einmal verspielt worden — wenn wir auch glauben, daß vieles noch durch zeitweilige Überführung von Hof und Regierung nach Moskau gebessert werden könnte.

Wie dem auch sei, als nach dem Manifest des 31. Oktober die revolutionäre Agitation fortdauerte und die frechsten Formen der Verhöhnung des Zaren annahm — wir erinnern an jenen Advokaten, der aus dem Bilde des Zaren den Kopf ausschnitt und dafür sein eigenes Haupt aus dem verstümmelten Bilde herausstehen ließ und dann vom Pöbel in Stücke gerissen wurde —, trat eine furchtbare Nemesis ein. Überall erhoben sich die dunklen Massen des Volkes gegen die Revolutionäre und überall gegen die Juden. Es fanden jene entsetzlichen Gemetzel statt, von denen heute die Zeitungen voll sind: in Odessa, im Gouvernement Tschernigow, in Moskau, in Kiew usw.: noch läßt sich der ganze Umfang der Bewegung nicht

überſehen. Parallel damit geht der ſeparatiſtiſche Aufſtand im Kaukaſus und der einen ganz anderen Charakter tragende Aufſtand in Finland.

Trotz alledem glauben wir, daß vorläufig die Kriſis ihren Höhepunkt überſchritten hat. Wenn die Semſtwos zur Beſinnung kommen, wofür Anzeichen vorliegen, kann in nicht allzu ferner Zukunft eine Beruhigung eintreten, und dann kommt die neue Aufgabe, die Wahlen zur Duma vorzunehmen und an die ungeheure Arbeit der Reorganiſation des zurzeit gänzlich zerrütteten Staatsweſens zu ſchreiten. Darüber wird noch viel zu reden ſein. Inzwiſchen ſteht das eine feſt, daß in der Tat Witte das Haupt des erſten homogenen ruſſiſchen Miniſteriums iſt. Nur fehlen zurzeit noch die Miniſter. Es ſcheint, daß Fürſt Uruſſow, der frühere Gouverneur von Twer, das Miniſterium des Innern übernehmen ſoll und daß Graf Lamsdorff, als deſſen Nachfolger bereits Iswolski genannt wurde, im Amte bleiben wird; auch die Beſetzung des Miniſteriums der Volksaufklärung durch den hervorragenden Juriſten Koni kann als ſicher gelten. Aber alles übrige iſt noch unſicher. Dagegen hat Pobjedonoszew in der Tat ſeinen Abſchied erhalten, und mit ihm ſchwindet der Mann von der politiſchen Schaubühne, der nächſt Alexander III. am meiſten Schuld trägt an den ſchwerſten Jahren, die Rußland durchlebt hat. Es iſt ein ganzes Syſtem, das mit ihm fällt, und ſo weit ſich die Zukunft vorherſehen läßt, darf man wohl ſagen, daß es niemals wieder aufſtehen wird. Mit geringerer Sicherheit gilt das auch von der Theorie der Slavophilen, die heute von jedermann in Rußland verleugnet wird — aber es iſt nicht undenkbar, daß einmal ein neuer Katkow wieder erſteht, wenn das nationale Gefühl in gleiche Erregung kommt, wie einſt im Jahre 1863.

Welche Wendung die revolutionäre Bewegung in Polen nehmen wird, läßt ſich nicht vorherſehen. Wir glauben nicht, daß eine ſelbſtbewußte Regierung in Rußland ſo weit in ihren Zugeſtändniſſen gehen kann, wie der Semſtwokongreß vom September dieſes Jahres. Der föderative Gedanke wird abnehmen, nicht wachſen. Auch iſt der General Skalon, wie ſich herausſtellt, ein energiſcher Mann, der die Autorität der Regierung unter ſchwierigen Verhältniſſen zu behaupten verſtanden hat. Das Weſentliche bleibt aber die Haltung der Armee. Noch iſt man ihrer keineswegs ſicher, und

die Tatsache, daß Truppen aus Reval nach Petersburg gezogen werden mußten, obgleich dort die gesamte Garde steht, wirkt beunruhigend. Immerhin ist bisher ein Grund zu ernster Sorge nicht vorhanden, wenn die Regierung fest bleibt und bei dem Entschluß beharrt, energisch den Gesetzen wieder zur Geltung zu verhelfen. Die weite Amnestie, die sie versprochen hat, mag Bedenken erregen, aber sie scheint eine Notwendigkeit gewesen zu sein, und gewiß wird sie vielen zugute kommen, die Opfer der Ungerechtigkeit und Willkür geworden sind. Immer noch besser, daß ein Verbrecher frei einhergeht, als daß ein Schuldloser weiter duldet. Aber es wäre unverantwortlich, die Mörder und Diebe zu schonen, die so ruchlos in den letzten Monaten gehaust haben. Die „Intelligenz" freilich hat es möglich gefunden, für sie einzutreten. Eine Resolution der Petersburger Gruppe des Verbandes russischer Schriftsteller verlangt unter anderem, „daß die Amnestie auch auf die Personen ausgedehnt werde, welche politische Morde begangen haben, sowie auf die Matrosen und Soldaten, die aus Motiven politischen Charakters sich unbotmäßig zeigten oder gegen die militärischen Autoritäten einen Aufstand erregten, endlich auf alle Bauern und Arbeiter, die wegen agrarer Unruhen oder Vergehungen in Fabriken zu leiden gehabt haben." Sollte dieser Wunsch in Erfüllung gehen, dann allerdings müßte man annehmen, daß die Regierung endgültig vor der Revolution kapituliert hat, und das wäre der Anfang vom Ende. Endlich gedenken wir der Notstandsprovinzen, von denen heute kein Mensch redet, und der agraren Bewegung, von der jetzt gleichfalls geschwiegen wird. Nichts ist unwahrscheinlicher, als daß diese Tage der Wirren nach der einen oder nach der anderen Seite eine Besserung herbeigeführt hätten.

Von einer auswärtigen Politik Rußlands konnte jetzt naturgemäß keine Rede sein, sie hat nur indirekt eine Rolle gespielt. In England meinte man den gegenwärtigen Schwächezustand nutzen zu können, um Rußland an sich heranzuziehen: wir sehen jedoch nicht, daß Lord Lansdowne nach dieser Richtung Erfolge erzielt hätte. Dagegen scheint der Anschluß Frankreichs an England immer fester zu werden. Das System Delcassé wirkt weiter, und die damit verbundenen Gefahren können keineswegs als abgetan gelten. Man scheint in Paris aus der Einmütigkeit, mit der die englische Presse

ungefragt die Unterstützung durch die ganze Macht Großbritanniens für mögliche Kriegsfalle versprochen hat, Schlüsse gezogen zu haben, die sehr weit gehen; ob mit Recht, ist eine andere Frage, welche die Zukunft beantworten wird. Im Augenblicke scheint die neue politische Kombination, die sich aufgebaut hat, außerordentlich stark, das Bild kann sich ändern, vielleicht schneller, als heute wahrscheinlich ist. In Deutschland aber wird man gut tun, sich darauf einzurichten, auch Überraschungen gegenüber „das Pulver trocken und den Säbel scharf" zu halten.

Allerlei Unbequemlichkeiten haben die Engländer jetzt an dem ehemaligen sogenannten French shore mit amerikanischen Fischern, die sich aus ihren alten Fischereigründen nicht verdrängen lassen wollen. Daß sie ihre Ansprüche behaupten können, darf wohl als sicher gelten. Dafür sprechen alle Präzedenzfälle verwandter Natur. Man denke nur an die weit wichtigere Klondyke-Retirade der Engländer.

Von besonderem Interesse endlich sind die Reziprozitätsverhandlungen, die gegenwärtig zwischen Kanada und Australien stattfinden. Sie gehen ohne Zweifel über den Kopf Englands hinweg und geben dadurch einen neuen Beleg dafür, daß in allen wirtschaftlichen Fragen das Greater Britain sich absolut nicht als eine Einheit betrachten läßt. Da entscheiden sehr nüchterne Erwägungen.

Daß die in Ungarn ausgegebene Parole von dem allgemeinen Wahlrecht nicht wieder von der Tagesordnung schwinden würde, ließ sich vorhersehen. Ebenso daß sie nach Österreich hinüberspielen würde. Auch in Galizien und in Böhmen drängt sie im Augenblick alle anderen politischen Gedanken zurück. Aber ebenso deutlich läßt sich erkennen, daß man diesseit wie jenseit der Leitha nicht ohne Bangen der Verwirklichung dieser „zeitgemäßen" Forderung entgegensieht. Es sind zum Teil Reflexe der russischen Revolution.

9. November. Die Vereinigten Staaten schicken ein Kriegsschiff nach San Domingo. General Trepow wird zum Chef der Palastwache, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch zum Oberkommandierenden des Petersburger Militärbezirks ernannt.
10. November. Meuterei in Kronstadt. Rücktritt des französischen Kriegsministers Berteaux.
12. November. Abreise König Alfons' von Berlin nach Wien.
13. November. Die Volksabstimmung in Norwegen spricht sich für Prinz Karl von Dänemark aus.
14. November. Meuterei in Wladiwostok.

15. November 1905.

Die beiden führenden Staatsmänner Englands, Lord Lansdowne und Mr. Balfour, haben in der vorigen Woche in großem Zusammenhange das System ihrer Politik dargelegt. Veranlaßt durch die Angriffe, die im Hinblick auf die immer wahrscheinlicher werdende Auflösung des Parlaments von Mr. Chamberlain wie von liberaler Seite gegen das Kabinett erhoben worden sind, haben diese Reden offenbar die Bedeutung eines Appells an die Wähler. Sie sind gleichsam aus den Fenstern des neuen konstitutionellen Klubs, in dem Lansdowne, und der Guildhall, in der Balfour beim Lord-Mayor-Bankett redete, hinausgesprochen worden. Beide Redner haben, wie es nur natürlich ist, die politischen Erfolge des Kabinetts in glänzenden Farben geschildert, beide das Bündnis mit Japan und die Entente mit Frankreich als Friedensbürgschaft gefeiert, beide nachdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Kombination für niemanden eine Bedrohung bedeute, aber in beiden Reden findet sich ein Zwischensatz, der allgemein als eine unfreundliche Anspielung auf Deutschland angesehen wird.

In Lord Lansdowns Rede findet sich der Satz: England sei in vielen Teilen der Welt auf Rivalitäten gestoßen, die für niemanden von Nutzen waren, als vielleicht für einen gewissen verschlagenen Potentaten (Lachen!), der es verstand, aus ihnen Nutzen zu ziehen. (Erneutes Lachen.) (we have been from time to time hampered by the fact that in many parts of the world we found ourselves face to face with unprofitable competitions, with rivalries which were

advantageous to no one, unless perhaps, to some astute potentate (laughter) who knew how to take advantage of them (more laughter). Nun könnte man ja annehmen, daß Lord Lansdowne den Kaiser von Abessinien oder den Emir von Afghanistan im Sinn gehabt hat, aber es ist Tatsache, daß seine Worte anders gedeutet worden sind, und damit gewinnen sie einen gehässigen und rücksichtslosen Charakter, den man von einem verantwortlichen Minister und von einem Manne von Lord Lansdownes Bildung und gesellschaftlicher Stellung schwerlich erwarten konnte. Es muß verzweifelt um die Stellung des Ministeriums stehen, wenn es mit solchen Mitteln um den Beifall der Menge zu werben genötigt ist.

Der Passus der Rede des Prime Ministers auf dem Lord-Mayors-Bankett, der zu ähnlichen Deutungen Anlaß gegeben hat, lautet: „Ich, meinesteils denke, daß wir in Zukunft keinen Krieg sehen werden, es sei denn, daß wir uns vorstellen, daß Nationen oder Herrscher erstehen, welche fühlen, daß sie ihr Programm nationaler Vergrößerung nicht anders erreichen können, als indem sie die Rechte ihrer Nachbarn mit Füßen treten. (Hört, hört!) Ich sehe keine Perspektive solcher Kalamität für Europa. (Hört, hört!)" (I think for my part, that in future we shall not see wars unless, indeed, we can conceive that nations or rulers should arise, who feel that they cannot carry out their schemes of national aggrandisement except by trampling upon the rights of their neighbours (hear, hear). I see no prospect of any such calamity to Europe (hear, hear). Diese Bemerkung wäre ganz unverfänglich, wenn nicht die Rede Lansdownes vorausgegangen wäre, und wenn zweitens nicht von England aus der Wortlaut dieser Bemerkung ins Ausland mit einer wesentlichen Entstellung depeschiert worden wäre. Statt Nationen oder Herrscher ist nämlich telegraphiert worden: eine Nation oder ein Herrscher, oder im französischen Text: une Nation ou un souverain, wozu noch bemerkt werden mag, daß das „Journal des Débats" den ganzen Abschnitt gesperrt druckt, doch offenbar um den Leser zur Meinung zu nötigen, daß eine bestimmte **Nation und ein bestimmter Herrscher gemeint sei!**

Das ist eine politische Brunnenvergiftung, die um so empörender ist, als sie nach der Delcassé'schen Intrige auftritt, deren Geschichte ganz andere Elemente am Werke zeigt, „die Rechte ihrer Nachbarn

mit Füßen zu treten". Aber, wie wir oben ausführten, wir sehen darin das Parteimanöver der Schauspieler, die bald von der Bühne abtreten werden, und wollen daher den Vorhang fallen lassen, auch der naheliegenden Versuchung widerstehen, an jene Glorifikation der tugendhaften Politik Englands während der Regierung des konservativen Kabinetts die kritische Sonde anzulegen. Das wird aller Wahrscheinlichkeit nach in England selbst zur Genüge geschehen. Aber den Schlußsatz der Balfourschen Rede machen wir uns in vollem Umfange zu eigen: „Wir müssen zur Erhöhung unserer Verteidigungskraft solche Opfer bringen, daß wir dadurch dem Bereiche der Möglichkeit eines Angriffes entrückt werden".

Zum Schluß dieser nicht erfreulichen Abrechnung sei aber noch eines bemerkt: man muß sehr unwissend oder sehr fanatisiert sein, wenn man an die Notwendigkeit eines Bruches zwischen England und Deutschland glaubt. Es liegt dazu nicht der geringste Grund vor. Wegen unfreundlicher Worte schlagen sich die Völker nicht, und in den großen Lebensfragen beider Nationen gibt es keine Gegensätze, über welche nicht eine Verständigung zu erzielen wäre, die Vorteil und Ehre beider Teile ungekränkt läßt. Die Gefahr liegt in der Einbildung und in der suggestiven Wirkung, welche das stete Wiederholen derselben unwahren Behauptungen durch die Presse mit sich bringt. Balfour hat das vor einigen Jahren selbst auf das nachdrücklichste ausgesprochen.

Auch wir haben guten Grund zur Annahme, daß die antideutsche Kampagne der letzten Jahre und namentlich der letzten Monate in weiten Kreisen Englands Ekel hervorgerufen hat. Die Zahl der Nachbeter der „National Revue" und ihrer Inspiratoren wächst nicht, sondern nimmt ab. Besonders im Lager der Liberalen gewinnt der Widerspruch gegen die Politik der Verhetzung an Boden. Man hat die sehr richtige Empfindung, daß sie verwildert und ist sich bewußt, daß die inneren Verhältnisse Englands eine energische Reformarbeit unerläßlich machen. Die letzten von Balfour so hart zurückgewiesenen Kundgebungen der Arbeitslosen sind in dieser Hinsicht ganz besonderer Beachtung wert. Auch bringt der „Standard" seit längerer Zeit eine Serie von Artikeln unter dem Titel „Der Krebs im Herzen" (The Cancer at the Heart), die ein furchtbar ergreifendes Bild entwerfen. Die geschilderten Zustände sind auf dem europäischen

Kontinent nirgends zu finden. Hier gibt es überall noch Ackerbau, bei uns eine Gesetzgebung sozialer Fürsorge, von der in England selbst die bescheidensten Anfänge fehlen, und nirgends sind die Kontraste zwischen arm und reich so ungeheuer groß, wie jenseits des Kanals. Auch greift ein radikaler und begehrlicher Sozialismus immer drohender um sich. Noch vor wenigen Tagen hat auf einem Meeting in London einer der Redner dem Zaren das Schicksal Karls I. und Ludwigs XVI. unter dem Jubel der Zuhörer gewünscht, und es kann nicht zweifelhaft sein, daß, wenn diese Massen sich einmal in Bewegung setzen, sie nicht weniger unmenschlich wüten werden, als heute die dunklen Haufen, welche die russische Revolution in Gang gebracht hat. „Unsere Söhne und unsere Großsöhne werden die Rechnung bis auf den letzten Heller bezahlen müssen," so schreibt der Verfasser jener Artikel über den „Krebs im Herzen", und gewiß hat er recht, wenn nicht eine tatkräftige Reformpartei ihre Kraft daransetzt, verjährtes Unrecht gut zu machen. Die langen Jahre, seit die Konservativen am Ruder sind, im Juli sind es zehn Jahre geworden, sind ohne jede durchgreifende Reform hingegangen, es ist nicht denkbar, daß es auch weiterhin dabei bleiben könnte. Und darin liegt wohl der tröstlichste Ausblick auf die Zukunft der deutsch englischen Beziehungen. Man wird arbeiten und nicht einer Prestige-Politik nachgehen, die, wie wir mit voller Sicherheit zu erkennen glauben, nicht dauernde und wohltätige Erfolge, sondern unsichere Scheinerfolge gebracht hat. **Ob wir darin richtig sehen, wird die Zukunft lehren.**

In Frankreich hat eine der Überraschungen, welche die Kammerverhandlungen zu bringen pflegen, den Kriegsminister Berteaux weggefegt. An seine Stelle ist wieder ein Zivilist getreten, da ja nach sozialistischem Dogma Generale in militärischen Angelegenheiten befangen und voller Vorurteile zu sein pflegen. Aber dieses Mal ist die Wahl Herrn Rouviers auf einen außerordentlich tüchtigen Mann, den bekannten Kolonialpolitiker Etienne gefallen, dem man wohl zutrauen kann, daß er schneller als andere sich in sein Ressort einarbeiten wird. Auch kann die erste Maßregel, die von ihm ausgegangen ist, nur Beifall finden. Er hat die Arbeit an den Kriegsarsenalen von Brest, Rochefort, Cherbourg, Toulon und Lorient, die durch den politischen Streik der Arbeiter völlig lahmgelegt war, von Truppen besorgen lassen, so daß sich hoffen läßt, daß an dieser Stelle der

staatsauflösende politische Sozialismus eine Niederlage erleiden wird. Dagegen wird durch die Ernennung Dubiefs zum Minister des Innern das Kabinett Rouvier wieder weiter nach links gezogen, und das ist nicht eben erfreulich, denn es bedeutet ein weiteres Fortschreiten der inneren Dekomposition des Staates, die an so zahlreichen Symptomen — wir erinnern an die antimilitaristische Kampagne und an die Kampagne gegen den katholischen Klerus — zutage getreten ist. Auch ist es nicht unwahrscheinlich, daß die russischen Ereignisse, die in ihrem Ursprung auf die Beschlüsse des Pariser Kongresses der russischen revolutionären und demokratischen Parteivertreter zurückzuführen sind, nach Frankreich zurückwirken werden. Natürlich nicht aus der Initiative der Pariser Russen, die sind, Herrn Struve, den Priester Gapon und den Fürsten Krapotkin mit eingeschlossen, nach Rußland gezogen, wo die Amnestie ihnen die Pforten so weit geöffnet hat, daß Herr Struve — der übrigens entnüchtert sein soll — mit dem Grafen Witte konferieren konnte, sondern als Reflexbewegung, etwa wie sie uns in Österreich-Ungarn entgegentritt.

Es ist uns übrigens aufgefallen, wie wenig nachsichtig die russischen Korrespondenten französischer Blätter urteilen und wie wenig sie die faktische Lage erkennen. So schreibt der Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats" am 7. November: Das Charakteristische an der Lage ist der Mangel jeder Initiative beim Zaren. Er verläßt sich in allem auf Witte, seinen „Lastträger", seinen Großvezier, und wie ich ihn schon vor vierzehn Tagen nannte, seinen Vizekaiser. Er soll Rußland pazifizieren und den Bürgerkrieg beschwören, was doch eine tausendmal schwierigere Aufgabe ist, als einen Frieden mit Japan zu schließen. Und doch bleibt das Palais in Peterhof ein Herd von Intrigen. Die Anhänger des Grafen Ignatiew, die konservativen Slawophilen, führen dort einen heißen Kampf gegen Witte. Sein angelsächsischer Liberalismus, seine Sympathien für Deutschland erregen im höchsten Grade den Zorn der Patrioten, die für die Integrität des vaterländischen Bodens und für die Einheit des Reiches zittern. Die immer mutige Kaiserin-Witwe spricht sich, der Impopularität trotzend, gegen das neue Regime aus, weil sie meint, daß es nur zum Verderben führen könne. Dagegen wollen die Liberalen sich nicht dem Ministerschiff anvertrauen; sie wissen, daß die Popularität in revolutionären Zeiten ephemer ist,

und daß nach einem berühmten Wort: „der tarpejische Felsen nicht weit vom Kapitol liegt".

Man kann die Lage kaum falscher und für den Grafen Witte kaum ungünstiger beurteilen. Die Kaiserin-Mutter ist keineswegs eine Gegnerin Wittes und ist für die Reformen eingetreten; eine slawophile Partei von irgendwelcher Bedeutung gibt es heute in Rußland nicht, und die Anspielung auf die „Integrität des vaterländischen Bodens" ist nichts anderes als eine Wiederholung des unsinnigen von außen her verbreiteten Gerüchtes, daß Deutschland beabsichtige, in Rußland einzumarschieren. Kurz, das alles ist Geschwätz, dessen Tendenz dahin geht, die ohnehin schwierige Stellung des Grafen Witte weiter zu erschweren. Und doch sollte jeder, dem die gesellschaftliche Ordnung noch ein hohes Gut ist, den Mann in seiner Stellung zu stützen suchen. Recht perfid ist der Hinweis auf seine Deutschfreundlichkeit. Aber es handelt sich offenbar um einen methodisch gegen ihn geführten Feldzug, mit der Nebenabsicht, ihm die Vorstellung zu erwecken, daß er von Deutschland abrücken müsse, wenn er sich behaupten wolle.

So schreibt der Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja" am 9. November: „Der Graf Witte war in den letzten Monaten nicht populär in Rußland, weil das Gerücht ging, daß er einer Annäherung an Deutschland zuneige. Unterrichtete englische Staatsmänner wissen schon, daß diese Gerüchte falsch sind . . . Die Engländer fürchten aber, daß ein Mißerfolg der neuen Konstitution entweder zu einer Revolution oder zu einer Reaktion und danach zu einem Bürgerkriege führen könnte, der Europa auf lange der Stimme Rußlands beraubt und damit Deutschland die Möglichkeit bietet, seine Anschläge zu verwirklichen!" Eine zwei Tage ältere Korrespondenz versichert, daß die Art, wie Rußland die Konstitution erzwungen habe (d. h. der Generalstreik), den Engländern großen Respekt vor dem russischen Charakter eingeflößt habe. Die City warte nur auf die Einführung der neuen Staatsordnung, um ihren Beutel zu öffnen. Aber die Judenhetzen hätten Kummer erregt, wenn man es auch in England nicht so leidenschaftlich ausspreche wie in Amerika, das doch nicht aufhöre, Neger zu martern und lebendig zu verbrennen.

Der Leser wird dadurch eine Vorstellung von diesen Londoner Korrespondenzen der „Nowoje Wremja" bekommen, und unseren alten

Freund, Herrn Wesselitzki Boishidarowitsch, völlig unverändert wiedererkannt haben. Ähnlich englisch beeinflußt sind die „Nowosti“ und gelegentlich die „Russ“.

Was nun die wirkliche Lage Rußlands betrifft, so ist sie immer noch furchtbar ernst.

Es lassen sich die folgenden Revolutionsherde unterscheiden:

1. Der kaukasische, der uns das ganze Gebiet in einer separatistischen Aufstandsbewegung zeigt. Es scheint, daß dort die Regierung nicht über ausreichende Truppen verfügt, um der Bewegung Herr zu werden. Der Aufstand trägt einen nationalen und religiösen (islamischen) Charakter.

2. Der südrussische mit den Zentren in Kiew, Charkow, Odessa. Hier ist die Revolution anarchisch und die Gegenwirkung antisemitisch; sie komplizierte sich in Odessa durch die, wie es scheint, jetzt unterdrückte Revolte der Marine. Von diesem Herde gehen Ausstrahlungen, sowohl sozialistisch anarchische, wie antisemitische nach Norden, Westen und Osten in das Wolgagebiet hinein.

3. Der Moskauische Herd, in dem die Sozialrevolutionäre ihr Hauptquartier haben und von wo aus die Parole für ganz Rußland ausgegeben wird und der Generalstreik organisiert wurde. Auch hier hat die Gegenbewegung, die sich gegen Fremde und Intelligente richtet, einen Mittelpunkt.

4. Petersburg, wo die Revolution von den Arbeitern gemacht wird.

5. Finland, dessen Revolution ursprünglich den Charakter eines Kampfes um die Herstellung der verletzten Landesrechte trug, die aber jetzt durch die Aufnahme sozialistischer Ideen vergiftet wird.

6. Der baltische Herd. Hier ist die Revolution anarchisch und räuberisch. Eine Jacquerie, mit der Arbeiterausstände, Rassenhaß und jüdischer Anarchismus sich verbunden haben.

7. Polen, das die meist komplizierte Verschmelzung verschiedenster Revolutionsströmungen zeigt. Internationaler Sozialismus, jüdischer Anarchismus, polnischer Separatismus wirken zusammen und gegeneinander. Die sogenannte realpolitische polnische Partei, mit dem Grafen Tubiensti an der Spitze, ist eine maskiert separatistische. Auch hier gibt es starke antisemitische Strömungen.

Nebenher spielen noch die kommunistische Agrarbewegung im Zentrum und im Süden, neuerdings auch in den Wolgagouvernements, speziell im Saratowschen, und die sporadisch auftretenden Soldatenemeuten, speziell in den Kriegshäfen Sebastopol, (Odessa,) Kronstadt, Libau eine gefährliche Rolle.

Unterdrückt sind bisher nur die Soldatenmeutereien. In keinem der geographisch abgegrenzten Revolutionsherde ist Gesetz und Recht wieder zur Geltung gebracht worden, und das ist unserer Meinung nach ein wesentlicher Fehler. Aber es scheint, das wir jetzt an einem Wendepunkte stehen. Das Manifest vom 13. November, durch welches der Kriegszustand über Polen verhängt wird, redet endlich eine entschlossene und ernste Sprache, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die auf polnischem Boden stehenden russischen Truppen mehr als ausreichen, die Ordnung herzustellen. Man muß nur den Entschluß finden, sie zu brauchen. Der General Skalon soll ein energischer Mann sein, aber es heißt, er sei bisher von Petersburg aus gelähmt worden. Dasselbe wird jetzt von General Rennenkampf behauptet, dem sein Chef, der Kommandierende des Wilnaer Militärbezirks, die Vollmachten verweigert haben soll. Es wäre aber in höchstem Grade wünschenswert, daß die drei baltischen Provinzen zu einem Generalgouvernement zusammengefaßt würden, damit dort endlich die in sich schwache und nur durch die zögernde und unsichere Haltung der Regierung so stark gewordene Revolution endgültig niedergeworfen werde.

Die Ersetzung Trepows durch den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch halten wir für eine sehr glückliche Maßregel. Vielleicht steht die jetzt angekündigte Rückberufung der mandschurischen Armee mit des Großfürsten Ernennung in Zusammenhang. Auch läßt sich hoffen, daß Graf Witte an ihm die Stütze finden wird, deren er durchaus bedarf, um sein Programm, sowie das Manifest vom 21. Oktober es ankündigte, durchzuführen. Daß es ihm gelungen ist, ein Geschäftsministerium zusammen zu bringen, kann als ein günstiges Vorzeichen betrachtet werden. Der Pression der sogen. konstitutionellen Demokraten, die sich auf die Forderung einer konstituierenden Versammlung versteift haben, wird er, wie sich hoffen läßt, nicht nachzugeben brauchen. Die Semstwoleute, die sich darauf festgelegt haben, sind selbst die Werkzeuge der hinter ihnen stehenden Revolutionäre. Wahr-

scheinlich würden sie durch Erfüllung ihrer Forderung am schwersten bestraft werden.

Was die Herrschaft der Revolution bedeutet, hat Rußland in den furchtbaren Tagen erfahren, die seit dem Ausbruch des Generalstreiks hingegangen sind. Sie haben gezeigt, daß, wo Sozialisten und Anarchisten, kommunistische Bauern und städtischer Pöbel herrschen, weder Eigentum noch Leben sicher sind und alles menschliche Erbarmen aufhört. Sie haben auch der revolutionären russischen Judenschaft eine furchtbare Lektion erteilt, von der zahllose an der Revolution nicht beteiligte Juden am grausamsten betroffen sind. Nichts spricht dafür, daß diese Judenhetzen aufhören, wenn die Revolution fortdauert. Die ausführlichen Berichte, die jetzt über die Schreckenstage in Odessa, Kiew, Tomsk, Kronstadt, Charkow und den zahlreichen fast ganz oder halb jüdischen Städten des südwestlichen Gebietes vorliegen, sind traurig genug. Und doch ist eine Ernüchterung der russischen „Intelligenz" noch nicht eingetreten. Der Taumel geht weiter, und die Resolutionen der politischen Meetings sind heute noch ebenso unsinnig, wie sie es vor acht Tagen waren.

Jetzt heißt es, daß sich eine politische Gruppe konstituiert habe, die den Grafen Witte auf Grund des Programms vom 31. Oktober unterstützen will. Das wäre ein Anfang zum Besseren. Aber doch erst ein Anfang. Die „russisch-monarchistische" Partei dagegen, die sich in Moskau konstituiert hat, läßt sich als reaktionär bezeichnen und wird dem Grafen Witte die Beruhigung des Landes nur erschweren. Daß die Wahlen zur Duma hinausgeschoben sind, war notwendig, damit die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten zur Geltung kommen kann.

16. November Erneuter Generalstreik in Petersburg. Ultimatum der [illegible] in der mazedonischen Frage.

17. November. In Polen wird der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen.

18. November. Die Aufständischen in der Umgegend von Tsin-tse-Tschun [illegible]. Prinz Karl von Dänemark wird zum König von Norwegen gewählt, [illegible].

19. November Eröffnung des Kongresses der Semstwo- und Städtevertreter in Moskau. Meuterei auf den russischen Transportschiffen in Manschurei.

20. November. Nachricht vom Tode Henrik Wiklers. Finanzielle Lösung [illegible]. Beendigung des Generalstreiks in Petersburg.

22. November 1905.

Man kann nicht sagen, daß die Gesamtlage in Rußland sich in den letzten acht Tagen verschlimmert hätte, aber wesentlich besser ist sie gewiß auch nicht geworden. Der angekündigte Generalstreik, den die „konstituierende Versammlung" erzwingen sollte, hat nicht durchgeführt werden können, aber eine Reihe mehr oder minder ausgedehnter Lokalstreiks hat sich bis zur Stunde noch behauptet. Die Erhebungen des Pöbels gegen Juden und „Intelligente" haben in den Kreisen, welche die revolutionäre Bewegung führen, einen panischen Schrecken hervorgerufen, aber die Gefahr dieser Bewegung trifft in noch höherem Grade diejenigen, die sich der Revolution nicht angeschlossen haben und trotzdem dem Pöbel verdächtig sind, weil sie zu den Besitzenden und Gebildeten gehören. Sie werden jetzt gleichsam zwischen zwei Feuer genommen. Das gilt namentlich von den deutschen Gutsbesitzern und den deutschen Stadtbewohnern der baltischen Provinzen. Sie bringen jetzt in ihrer verzweifelten Lage Frauen und Kinder über die Grenze, während sie selbst zum heimatlichen Herd zurückkehren, um ihn zu verteidigen, solange die Kraft reicht. Es kann gar nicht scharf genug darauf hingewiesen werden, daß dem General Voelkmann die Schuld zuzuweisen ist, daß die wahrhaft unerhörten Zustände in Kurland fortdauern können. Wenn er sich damit zu rechtfertigen sucht, daß er nicht die nötigen Vollmachten habe, um energisch einzugreifen, so liegt die Frage nahe, weshalb er nicht auf eine Stellung verzichtet, für die seine Willenskraft nicht ausreicht. An solchen Männern, die nur den Schein der

Macht darstellen, scheitert das Ansehen des Staates nach innen wie nach außen. Man hat den Eindruck, als gebe er sich selbst preis.

Wie dagegen der Schrecken der Pöbelerhebungen auf die Revolutionäre wirkt, mag das folgende Zirkular zeigen, das jetzt in den Vorstädten Moskaus verteilt wird. Es führt die Überschrift: Was wollen die Leute, die mit der roten Flagge gehen?

„Die Leute, die mit der roten Flagge gehen, wollen:

1. Daß alles Land des Adels, der Kaufleute, der Krone, der Apanagen zur Nutznießung dem ganzen arbeitenden Volke übergeben werde.

2. Sie wollen allen städtischen Arbeitern in Fabriken, Manufakturen, Werkstätten und Handwerken, den Bedienten in Gasthäusern und den Kaufleuten und allen, die arbeiten, sichern: 1. den 8stündigen Arbeitstag und volle Sonntagsruhe, 2. eine gute Löhnung, damit alle Menschen menschenwürdig leben können.

3. Sie wollen, das jede arme Familie, wenn der Vater stirbt, vom Staat Unterstützung erhalte.

4. Sie wollen, daß die Moskauer Duma (Stadtrat) in allen Enden Moskaus große Häuser baue, in denen für arme Leute billige, trockene und bequeme Wohnungen sein sollen.

5. Sie wollen, daß die Stadt große Asyle baue, in denen arbeitslose und obdachlose Leute umsonst Nachtlager, warmes Abendessen und warmes Frühstück erhalten.

6. Sie wollen ein Gesetz, das alle Arbeiterwohnungen und Werkstätten rein, trocken und hell hält.

7. Sie wollen, daß alle Moskauer Kinder, Knaben und Mädchen, Waisen und Bettler ohne Zahlung auf Kosten des Staates eine gute Schule besuchen, in der sie Bücher, Kleidung und warmes Frühstück umsonst erhalten.

8. Sie wollen, daß die Loskaufsgelder der Bauern getilgt werden.

9. Sie wollen, daß Zucker, Branntwein, Petroleum, Zündhölzer, Eisen und Stahlwaren billiger werden. Von diesen Waren ist die Staatsakzise abzuschaffen.

Ist das alles geschehen, so wird das russische Volk ruhiger und reicher werden, und es wird mehr Waren kaufen. Der Handel wird

zunehmen, und namentlich die kleinen Kaufleute und alle kleinen Wirtschaften werden davon Vorteil haben.

Die Leute, die mit der roten Flagge gehen, wollen daß die Tschinowniks, die Minister und jede Obrigkeit und die Polizei aufhören Rußland zu beherrschen und zu regieren . . . wir wollen eine **Volksregierung und eine Verwaltung durch das Volk . . .**

Die Leute, die mit der roten Flagge gehen, wollen 6 Freiheiten: Freiheit der Versammlungen, des Wortes, der Presse, des Glaubens, Streikfreiheit. Wir wollen 7. Abschaffung der Pässe **und 8. ein öffentliches, für alle gleiches Gericht . . .**

Das ist es, was die Leute wollen, die mit der roten Flagge gehen. Mit ihnen ging halb Moskau, die Fabrikarbeiter, die kleinen Beamten, die Studenten.

Die andere Hälfte Moskaus aber, die dunkelste, elendeste, unglücklichste, wird von der Polizei gegen uns aufgestachelt und ruft: Schlagt die Empörer! Sie sind gegen den Zaren!

Ihr Bewohner von Moskau! Es handelt sich nicht um den Zaren, sondern um die Tschinowniks und um die Polizei. Der Zar lebt in Petersburg und die Polizei ist überall, Rußland ist aber 15000 Werst lang. Tschinowniks und Polizei haben Rußland zum **äußersten geführt.**

Ihr Bewohner von Moskau, weshalb fallt Ihr mit Knüppeln und Messern über uns her und weshalb setzt Ihr Euch unseren Kugeln aus? Weshalb verteidigt Ihr die Macht der Polizei? Hat sie Euch nicht genug geschlagen und geschunden? Lebt Ihr und Euere Kinder denn in Süßigkeit? Seid Ihr nicht die Ärmsten, Hungrigsten und Unglücklichsten von allen? Braucht Ihr denn keine Veränderung? Fallt nicht über uns her! Wir sind Euere Brüder. Wir wollen Freiheit für Euch und für uns. Wir wollen Land für das ganze Volk. Wir wollen eine Regierung durch das Volk. Wir wollen Glück, hohen Verdienst und besseres Leben für uns und für **Euch, für unsere Kinder und für Euere Kinder.**

Überlegt wohl, was auf diesem Blatt steht, bedenkt jedes einzelne Wort. Zweifelt Ihr aber, so kommt zu uns und sprecht Euch freundschaftlich aus. Fallt nicht über Euere Brüder her, wie Kain über

Abel, schlagt nicht einzelne Wehrlose, sonst wird eine Sünde auf Euere Seele fallen, die nicht verziehen wird, und durch Euere Grausamkeit wird das von der Obrigkeit zergnälte Rußland zugrunde gehen und zerfallen."

Es liegt uns natürlich fern, dieses heuchlerische Manifest zu analysieren. Daß die Verfasser an die Möglichkeit glauben, daß ihre Utopien sich je verwirklichen könnten, ist ausgeschlossen. Aber zweierlei verdient doch hervorgehoben zu werden, daß sie den Agrarkommunismus der Bauern an die Spitze dieses Beunruhigungsprogrammes stellen, und daß sie es für nötig finden, ihre gegen den Zaren gerichtete Agitation, d. h. ihr republikanisches Ideal zu verleugnen.

Endlich läßt sich die schlotternde Angst nicht verkennen, die aus dem weinerlichen Tone der Schlußapostrophe hervorklingt.

Damit soll keineswegs bestritten werden, daß in der Tat in jener elementaren Erhebung des Pöbels gegen die antizarische Revolution eine ungeheure Gefahr liegt. Diese Masse hat kein Urteil und kein Unterscheidungsvermögen. Sie schlägt blind zu und zerstört ohne Wahl.

Das „Journal des Débats" vom 16. November brachte einen religiösen Aufruf, der in Kiew unter dem Volke umläuft und folgendermaßen anhebt: „Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Der große Anachoret des Klosters der heiligen Petscherskischen Lawra in Kiew hat befohlen, dem Volke kund zu tun, daß allnächtlich Wladimir der Heilige, der das russische Volk getauft hat, aus den Eingeweiden der Erde emporsteigt, die Heiligen von Petschersk aufweckt und mit ihnen weint über unser Vaterland, das geschändet wird von Juden und Polen.

O Gott! wo ist die Tapferkeit Rußlands hin, das einst die Horden der Fremden zurückstieß? Schande und Ehrlosigkeit den Nachkommen des heiligen Wladimir, die vor einem Haufen feiger Juden und vor den Straßenbuben den Studenten, die sie bezahlt haben, zittern. Wir alle, denen der russische Name noch teuer ist, müssen wissen, daß der Jude und der Pole nach unserem Blut dürsten, daß sie uns gegeneinander hetzen wollen, um über unsere Leichen bis an den Thron zu dringen und den Zaren zu stürzen. Wenn das aber geschieht, so wisset, daß die letzte Stunde unseres

Vaterlandes geschlagen hat. Es wird in Stücke zerrissen werden von den Polen, den Juden, den Armeniern und dem anderen Unrat. Im Namen der Heiligen von Petschersk befiehlt der heilige Anachoret, die folgenden vier Gebote zu erfüllen:

1. Versammelt Euch alle, wenn ihr freie Zeit habt, in den Kirchen, um dort zu beraten, wie man das Vaterland gegen Juden und Polen verteidigen kann.

2. Tötet die Juden und Polen nicht, aber gebt den Studenten, die von ihnen geschickt sind, kraft eigenen Rechtes eine tüchtige Lehre.

3. Habt keine Gemeinschaft mit den Juden und kauft nichts von ihnen.

4. Jeder, der diesen Brief bekommen oder gelesen hat, soll mindesten drei Abschriften anfertigen und die eine in andere Städte und Dörfer schicken, die beiden anderen aber da verteilen, wo er wohnt, und andere zwingen, sie zu lesen.

Wer aber nach sechs Tagen diesen Befehl nicht erfüllt hat, den wird ernste Krankheit und Unheil treffen, wer aber mehr als drei Exemplare dieses Briefes verbreitet, wird von unheilbarer Krankheit befreit werden, und alles wird ihm gedeihen. Sonntags, in der Kirche des heiligen Lawra und in der heiligen Sophienkathedrale und im Kloster St. Michaels und der Brüder werden sich viele versammeln, und wenn sie hinaustreten, werden sie das Volk aufrufen, daß es sich zusammentue gegen Juden und Polen."

Die „Débats" können leider nicht das Datum dieses Aufrufes angeben, aber alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es vor der letzten furchtbaren Judenhetze in Kiew verbreitet worden ist. So steht Rußland in zwei Lagern und aus beiden droht dem Staat und aller staatlichen Ordnung Verderben. Das Vorgehen des Pöbels, der seinen Instinkten folgt, ist die Reaktion gegen die Ausschreitungen der revolutionären Sozialisten und Anarchisten, zu deren Programm sich jetzt ja auch die Elemente in Stadt und Land bekannt haben, die ursprünglich in der Gewährung einer Verfassung das Endziel ihrer Bestrebungen sahen.

Man fragt sich wohl, ob es auf diese Elemente denn gar keinen Eindruck macht, daß ganz Europa darin einig ist, ihr Verhalten zu verurteilen. Daß sie nach dem 31. Oktober nicht mit den Revolutionären brachen und nicht alles daran setzten, den Grafen Witte

zu unterstützen, ist eine politische Todsünde, die Rußland noch mit Strömen von Blut wird bezahlen müssen. Darin ist das Urteil in England, Frankreich, Deutschland eines Sinnes. Aber diese Haltung des russischen Landschaftsadels und der Städte, sowie der Spitzen der russischen Intelligenz, eine Reihe wissenschaftlich hervorragender Professoren und Akademiker mit eingeschlossen, rechtfertigt den furchtbaren Pessimismus, der über die weitere Entwicklung der russischen Verhältnisse immer mehr um sich greift. Ein Petersburger Korrespondent des „Pester Lloyd" referiert über ein politisches Gespräch mit einer hohen Exzellenz, die dem Regime Witte „keine sechs Wochen mehr" gibt, und im „Journal des Débats" vom 17. November schildert ein Petersburger Korrespondent des Blattes die Zukunftsperspektive folgendermaßen: „Was bisher geschah, ist nur ein Vorspiel! Aus unseren armen Dörfern treffen Nachrichten nur sparsam und spät ein. Auch wird der Ausbruch der Agrarrevolution sich nur langsam vollziehen. Aber um so furchtbarer wird sie sein. Ist der Bauer einmal losgebrochen, so gibt es kein Halt mehr, denn Interesse und Überzeugung führen ihn zu gleichem Haß. Die Fremden, die Stadtleute haben den Zaren verraten. Wir müssen ihn rächen! Und unser Vater, der Zar, gibt uns alles Land der Verräter!" Das sind die drohenden Gerüchte, die durch das Land gehen. Deshalb waren die Juden die ersten Opfer der Agrarrevolution. Man haßt sie aus so vielen Gründen: erst weil sie Händler sind, dann als Fremde, die ein deutsches Kauderwelsch reden, als Leute, die die russische Fahne beschimpfen und zerreißen, endlich als Revolutionäre, als eingefleischte Feinde des Zaren und der rechtgläubigen Kirche.

„Das sind die ersten Anläufe der Revolution, die uns bedroht. Was in Kiew und in Odessa geschah, war ein Einleitungsspiel. Das wahre Drama hat noch nicht begonnen. Es wird beginnen, wenn der graue Bär aus seiner Höhle hervortritt. Dann werden die Städte überfallen werden, überschwemmt durch die steigende Flut der rachedurstigen, nach Beute gierigen Bauern. Dann werden alle Juden niedergemetzelt werden, dann alle „Intelligenten", zuletzt alle Fremden. Und, seien sie davon überzeugt, die Truppen werden fast überall Hand in Hand mit den Empörern und den Führern der zarischen Jacquerie gehen, mit dieser ungeheuren Masse konservativer Kommunisten und nach Land begierigen Vandeern. Und das wird

die Stunde der entscheidenden Krisis sein, wenn unter der Brandfackel des Bauern alles in Flammen aufgeht. Und in dieser Stunde wird die preußische Armee einrücken unter dem Vorwande, die Anarchie zu zerstören. Die Stunde, da die Nation ohne Führer und Haupt, dem Eindringen der Fremden die Stirn wird bieten müssen. Mag sie dann, wie vor 300 Jahren, einen Minin und Posharski finden, der sie rettet!"

Damit schließt diese blutige Vision, deren Schlußsatz wir nicht weggelassen haben, um zu zeigen wie ganz die russische Phantasie sich der ihr sorgsam zugetragenen Vorstellung bemächtigt hat, daß Deutschland die russischen Nöte benutzen werde, um unter „Vorwänden" einzuschreiten. Man weiß auch ganz genau, wo wir einschreiten werden. Natürlich in Polen, und offenbar mit der Absicht, noch einige Millionen polnischer Untertanen zu gewinnen. Es ist für jeden Kenner deutscher Politik dieser Gedanke so überaus lächerlich, daß wir uns die Mühe nicht geben wollen ihn zu widerlegen. Wohl aber ist es nicht unwichtig, dem Ursprung dieses Geredes nachzugehen. Wir haben schon in der Wochenschau vom 27. März dieses Jahres darauf hingewiesen, daß Galizien die Quelle ist und daß damals die Grafen Tarnowski und Moszczinski das bevorstehende Einrücken preußischer Truppen in Russisch Polen ankündigten. Von dort aus ist das Gerücht nach Warschau und über Warschau nach Rußland in die Kreise der Semstwovertreter gesprengt worden, bei denen es uns in den Verhandlungen des Septembertongresses entgegengetreten ist. Die englische und die französische Presse nahmen die Verdächtigung auf und arbeiteten sie weiter aus, wobei namentlich die englischen Zeitungen mit Hartnäckigkeit und reicher Erfindungskraft an dem Thema festhielten. Aber auch ein so ernst zu nehmender Politiker wie Robert de Caix, der in den „Débats" schreibt, bemüht sich auszuführen, daß jedes Zugeständnis, daß Rußland den Polen mache, für uns eine Verlegenheit der Zukunft bedeute. Er mahnt die Polen daher, vorsichtig zu sein und nicht in die Fehler von 1831 und 1863 zu verfallen. Nun halten wir, aber von anderen Erwagungen ausgehend, diese Mahnung für sehr zeitgemäß. In Polen liegen nämlich die Verhältnisse jetzt so, daß seit dem Manifest vom 31. Oktober die Führung an die Partei der sogenannten Nationaldemokraten übergegangen ist, die sich mit den polnischen

Sozialdemokraten fusioniert haben. Seither hat sich ihr Programm aber so sehr erweitert, daß keine russische Regierung mit ihnen paktieren kann. Sie verlangen nämlich eine polnische constituente mit dem Sitz in Warschau, das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht, den Achtstundentag für die Arbeiter und eine selbständige polnische Armee. Wichtig ist nun, daß auch die sogenannte Partei der fünf (Graf Adam Krasinski, Fürst Zdislaus Lubomirski, Graf Julius Tarnowski und die Fürsten Mathias Radziwil und Severin Czetvertinski), die sich neuerdings stark erweitert hatte, ebenfalls der Leitung der Nationaldemokraten verfallen ist. Ein Unterschied besteht heute zwischen ihnen nur insofern, als sie nach außen hin vorsichtiger auftreten. Für Erhaltung des staatlichen Zusammenhanges mit Rußland sind nur der ganz jüdische „Bund" und die „Vereinigte Sozialdemokratie für das Königreich Polen und Littauen", die von Russen und Juden (zum Teil Anarchisten) geführt wird. In diesen Kreisen rechnet man mit der künftigen russischen Republik und verspricht sich von ihr mehr Freiheit der Bewegung als von dem rekonstruierten nationalen Königreiche. Als nun am 11. November der Belagerungszustand über „die zehn Weichselgouvernements" verhängt wurde, forderte vier Tage danach die „vereinigte Sozialdemokratie" zum bewaffneten Widerstande auf, aber die Nationaldemokraten gaben die Parole aus, die Hörner einzuziehen und so blieb trotz großer Erregung alles ruhig. Die Verhaftung und Ausweisung des Grafen Ladislaus Tyszkewicz und der Agitatoren Libicki und Jantzen ging ohne Widerstand hin — man will einen günstigeren Augenblick abwarten.

Wir haben nicht den Eindruck, daß die Polen auch nur das geringste von ihren historischen Erfahrungen gelernt haben und werden die kommenden Dinge ansehen — aber ganz gewiß ohne direkt oder indirekt in ihre Entwicklung einzugreifen.

Übrigens haben auch die Franzosen, die seit 1870 länger als ein Menschenalter hindurch ihre polnischen Sympathien in allen Tonarten verleugnet haben, um die Gunst Rußlands zu gewinnen bezw. nicht zu verlieren, jetzt die Schwenkung zu ihrer alten Polenpolitik, d. h. zur Politik der enthusiastischen Sympathiebezeugungen bereits vollzogen. Schon am 23. März dieses Jahres fand im Grand Orient zu Paris ein Meeting statt, das den polnischen Revolutio-

nären seine Bewunderung aussprach und „dem polnischen Proletariat, das gegen den Zarismus in Revolte steht, heiße Wünsche für seine baldige Befreiung" sandte. Welche Stellung aber der Grand Orient im heutigen Frankreich einnimmt, steht wohl noch aus den Tagen des Ministeriums Combes und des Generals André in frischer Erinnerung.

Prüft man all diese Tatsachen nüchtern, so läßt sich der Tag zwar nicht vorherbestimmen, aber wohl vorhersehen, an dem die Polen ihre nationale Unabhängigkeit proklamieren werden. Die russischen Minin und Posharski aber werden dann gegen Polen marschieren, während Deutschland sich damit begnügen wird, seine Grenzen zu hüten.

Die jetzt bevorstehende Flottendemonstration an den Dardanellen hat eine lange Vorgeschichte, die man kennen muß, um Zusammenhang und Bedeutung dieser Kundgebung zu verstehen.

Am 21. Februar 1903 hatten Rußland und Österreich-Ungarn der Pforte eine Note überreicht, welche Einsetzung eines Generalinspektors für Mazedonien, Anstellung europäischer Gendarmerieoffiziere und regelmäßige Zahlung aller Gehälter in der Provinz durch die Banque Ottomane verlangte. Alle Zehnten und Steuern Mazedoniens sollten zu diesem Behuf der Bank zugestellt werden.

Die Pforte machte sich, gewiß nicht gern, am 23. diese Forderung zu eigen. Es scheint sich aber herausgestellt zu haben, daß damit noch nicht genug geschehen war; da die mazedonischen Wirren kein Ende nehmen wollen, haben sich nun die Ententemächte (Rußland, Österreich-Ungarn) auf ein weitergehendes Programm verständigt, dem auch die meisten anderen an der Balkanfrage interessierten Mächte zustimmten. Die Banque Ottomane sollte zum trésorier payeur général der drei mazedonischen Vilajets werden und zudem sehr wesentliche Exekutivrechte als z. B. Absetzung von Beamten, die sich untüchtig erwiesen, erhalten. Die Türkei wollte von dieser Abhängigkeit und überhaupt von der Begründung einer Finanzkontrolle nichts wissen und sträubte sich dagegen mit Hand und Fuß. Da sich nun nicht verkennen ließ, daß es eine Ungeheuerlichkeit war, der Banque Ottomane so weitgehende Befugnisse einzuräumen, zumal sie ein Privatinstitut in den Händen der Pariser Millionäre Henne, Hottinger, Aubagneau ist, und keinerlei Garantie gegen Mißbrauch

der ihr verliehenen Rechte bietet, griff hier Deutschland ein und setzte durch, daß der Gedanke aufgegeben wurde, die Banque Ottomane zu einem Kontrollinstitut der Großmächte für die drei türkischen Vilajets zu machen. Statt dessen sollte die Kontrolle einer internationalen Kommission übertragen werden, und zwar unter dem Präsidium eines Türken. So wie die Dinge lagen, war dies das für die Pforte wie für Mazedonien günstigste Resultat, das erreicht werden konnte. Da nun der Sultan sich mit aller Entschiedenheit weigerte, eine Finanzkontrolle, in welcher Form immer es sei, anzuerkennen, suchte man ihn zunächst durch geeignete Vorstellungen umzustimmen. Als auch das nicht wirkte, wurde eine Flottendemonstration vor den Dardanellen vorgeschlagen, die internationalen Charakter tragen sollte. Wir haben dieser Demonstration im Prinzip zugestimmt, werden uns aber aus Gründen, die sich aus der Verteilung unserer Flotte erklären, an ihr nicht beteiligen.

So liegen die Dinge. Erfreulich sind sie gewiß nicht; denn wenn auch, wie sich wohl voraussehen läßt, der Sultan das Programm der Mächte annimmt, sehen wir doch nur mit geringer Zuversicht in die Zukunft dieser ewigen mazedonischen Frage. Die Schwierigkeiten liegen weniger in der Finanzwirtschaft, als in der Rivalität der Rassen und der Konfessionen. Und wie hier ein Ausgleich gefunden werden soll, mit dem alle Teile sich zufrieden geben, scheint sich jeder Kombination politischer Rechnungskunst zu entziehen. Es ist ein gordischer Knoten, der sich hier geknüpft hat.

Aber gordische Knoten werden mitunter auch durch geduldige Arbeit gelöst. Das zeigt der hocherfreuliche Ausgang, den die schwedisch-norwegische Krisis gefunden hat. In Prinz Karl von Dänemark begrüßen wir König Haakon VII. von Norwegen, seit 1387, also seit mehr als einem halben Jahrtausend der erste König eines norwegischen Einheitsstaates. Wir wünschen ihm und seinem Hause und damit dem norwegischen Nachbarstaate eine glückliche Zukunft.

22. November. Der König von Portugal in Paris. Zusammenstoß von Militär und Arbeitern in Petersburg.
23. November. Gouverneur v. Lindequist trifft in Südwest-Afrika ein.
25. November. Einzug König Haakon VII. in Christiania.
26. November. Meuterei der Flotte und eines Regiments in Sebastopol.
27. November. Beginn der internationalen Flottendemonstration gegen die Türkei. 118 Herero mit S. T. Witboi an der Spitze, unterwerfen sich.
28. November. Demonstration der Wiener Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht.

29. November 1905.

Am Freitag, den 1. Dezember, wird in Caxton Hall Westminister ein allgemein zugängliches Meeting stattfinden, das von Lord Avebury präsidiert und von mehreren hervorragenden britischen Staatsmännern unterstützt werden wird. Gegenstand der Verhandlungen wird die folgende „Adresse" sein: Ein Aufruf an zwei Nationen:

„Da wir die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen der britischen und der deutschen Nation ernstlich (strongly) besorgen, wünschen wir der festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß es keinen triftigen Grund, weder in den ökonomischen noch in den politischen Verhältnissen gibt, der die leider bestehende Mißstimmung rechtfertigt. Wir wissen heute von keinem möglichen Grunde ernsten Streites zwischen beiden Ländern. Wir finden im Gegenteil, in ihrer Geschichte, in ihrem gleichen Glauben, in einer althergebrachten Freundschaft, in dem Dank, den jeder Teil dem anderen auf den Gebieten der Literatur, der Wissenschaften und der Kunst schuldig ist, die allerdringendsten Gründe zur Herstellung freundlicherer Beziehungen, und wir sind weit davon entfernt zu glauben, daß die englisch-französische Entente die Ursache einer Trennung zwischen unseren Ländern werden könnte. Wir glauben vielmehr, daß dadurch den drei großen Nationen eine neue Möglichkeit geboten wird, in Freundschaft für die ihnen gemeinsamen Interessen und damit für den Frieden der Welt zusammen zu arbeiten. Wir rufen daher die Bürger beider Länder auf, sich uns mit Wort und Tat anzuschließen zu dem großen Werk, in ihrem Privatleben wie in der öffentlichen Politik diese bessere Stimmung zur Geltung zu führen." Es soll uns außerordentlich freuen, wenn die Gesinnung, die aus

dieser Apostrophe spricht, hüben und drüben werbende Kraft zeigt. Einer gesunden Entwickelung der Weltpolitik ist nichts hinderlicher, als Mißgunst und Eifersucht der großen Träger des wissenschaftlichen und materiellen Fortschritts: denn sie sind zugleich die Hüter der erlebten und ererbten sittlichen Grundgedanken, die der Begehrlichkeit der Völker wie der Individuen Schranken zu setzen bestimmt sind. Uns schwebt dabei immer wieder das schöne Wort vor, das Präsident Roosevelt am 15. November vorigen Jahres bei der Enthüllung der Statue Friedrichs d. Gr. in Washington sprach: „Das Gedeihen eines Volkes hat normalerweise für die übrigen Nationen nicht die Bedeutung einer Drohung, sondern einer Hoffnung." Sobald dieser Grundsatz in das Gebiet der praktischen Politik übertragen wird, findet die Mißgunst keinen Raum, und, um auf die Beziehungen zwischen uns und England zurückzukommen, ist dann jeder Wunsch erfüllt, den wir vom Standpunkt unserer Interessen aus nur hegen können. Auch liegt uns jede Eifersucht fern, sobald die englisch-französische Verständigung tatsächlich das darstellt, was ihr Wortlaut besagt, nämlich die freundschaftliche Ausgleichung überkommener Schwierigkeiten (de mettre fin. par un arrangement amiable. aux difficultés survenues . . .). Bekanntlich rechtfertigte die Praxis der Delcasséschen Politik eine andere Auslegung. Aber darauf wollen wir in Hinblick auf Lord Aveburys Aufruf nicht anders zurückkommen, als wenn wir dazu genötigt werden. Das Wesentliche ist, daß uns hier von englischer Seite die Hand entgegengestreckt wird — wir schlagen ein in der Hoffnung, daß es sich um mehr als um eine Stimmung handelt, daß vielmehr ein ernster politischer Wille uns gegenübersteht. Ob auch von französischer Seite ein sympathisches Echo antwortet, wollen wir abwarten. Für den Augenblick scheinen im Hinblick auf den Preßlärm, den die Ernennung des Grafen Tattenbach zum zweiten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras in Frankreich hervorgerufen hat, die Aussichten dazu gering. Dieser Preßprotest ist aber um so erstaunlicher, als es niemandem bei uns beigekommen ist, wegen der Ernennung Revoils zum französischen Vertreter in Algeciras auch nur ein Wort zu verlieren. Zudem ist ja das Konferenzprogramm, soweit wir und Frankreich in Betracht kommen, geregelt und damit ausgeschlossen, daß der eine oder der andere Teil mit neuen Ansprüchen hervortreten sollte.

In England steht die innere und die auswärtige Politik unter dem Zeichen des sich vorbereitenden Überganges der Regierung an die Liberalen. Sie wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, erst zu Beginn des neuen Jahres, wahrscheinlich im Februar, erfolgen, da die Liberalen keine Neigung zeigen, ohne vorausgegangene Neuwahlen das Regiment aus den Händen eines zurücktretenden konservativen Ministeriums entgegenzunehmen. Vor dem neuen Jahr aber will Balfour, aus Gründen, welche sich aus der Wahltaktik erklären, nicht auflösen, und so haben wir noch einige Monate mit dem gegenwärtigen Regime zu rechnen. Bekanntlich sind die Konservativen mit geringer Unterbrechung seit 1886 am Steuer, nur von 1892—95, als die Koalition des Homerule die Leitung in Händen hatte und das kurzlebige Ministerium Roseberry wie ein Komet vorüberzog, regierten die Liberalen England. Sie sind an dem Homerule-Programm gescheitert, durch das die liberale Partei gesprengt wurde und das die neue Gruppe der liberalen Unionisten unter Chamberlains Führung den Konservativen zuführte. Sie sind dann, 1895, als Salisbury sein drittes Ministerium konstruierte, vollständig mit den Torys verschmolzen. Das heute noch tagende Parlament ist aber im Juni 1900 unter dem Eindruck des südafrikanischen Krieges gewählt worden, und bekanntlich haben die Liberalen gleich nach dem Frieden von Vereeniging Neuwahlen verlangt, ohne sie je durchsetzen zu können. Darüber ist dann Lord Salisbury am 14. Juli 1902 alt und müde zurückgetreten und Mr. Balfour setzte nun das Kabinett fort. Aber noch zu Lebzeiten Lord Salisburys (er starb am 22. August 1903) wurde Chamberlain der faktische Führer der Partei und zugleich der jenige, der bestimmt war, sie ebenso zu zersetzen, wie er einst die liberale Partei zersetzt hatte. Am 16. Mai hielt er in Birmingham eine weittönende Programmrede, durch die er den Salisburyschen Imperialismus in eine neue Form umzugießen versuchte. Sein Gedanke war, aus dem freihändlerischen England und aus den englischen Kolonien einen Verband von Schutzzollstaaten zu machen. Da er sich dadurch in Gegensatz zum Prime Minister stellte, wurde die Situation im Kabinett schließlich unhaltbar. Im Oktober trat Chamberlain ins Privatleben zurück, freilich nur, um seine Thesen um so eifriger vor der Öffentlichkeit zu verteidigen. Wir haben dieser Dinge so oft gedacht, daß es wohl genügt, daran zu erinnern, daß

Chamberlain sowohl wie Balfour trotzdem an der Fiktion festhielten, daß sie im Grunde einem Ziel nachstrebten. Daß es eine Fiktion war, darüber täuschte sich wohl niemand, aber man wahrte die dehors und ließ es zu keinem offenen Bruch kommen. Wenn wir recht sehen, sind dafür namentlich Gründe auswärtiger Politik maßgebend gewesen.

Am 21. November aber ist diese Fiktion zusammengebrochen. Nachdem kurz vorher Balfour in Newcastle seinen Anhängern dringend empfohlen hatte, die Frage des Schutzzolls ruhen zu lassen, trat Chamberlain in Bristol mit dem entgegengesetzten Programm auf. Er schüttete das ganze Füllhorn seiner alten Pläne vor den Zuhörern aus und zeigte sich dabei — was ungeheueres Aufsehen erregte — nicht abgeneigt, auch dem irischen Homerule Zugeständnisse zu machen. Es tauchte nun sofort das Gerücht auf, daß das Ministerium sein Mandat in die Hände des Königs niederlegen werde, denn darüber konnte kein Zweifel sein, daß die Majorität der konservativen Koalition auf seiten Chamberlains und nur die Minderheit zu Balfour stand. Es fand am 24. ein Ministerrat statt, und die Zeitungen verbreiteten halb offiziell, daß Mr. Balfour nicht mehr vor das Parlament treten werde. Nur der Tag der Demission stand noch nicht fest. Dann aber trat plötzlich eine Wandlung ein. Der „Standard", der, seit Mr. Pearson ihn aufgekauft hat, bekanntlich zu den Chamberlainorganen gehört, erklärte am 25. November, daß die sogenannte „Krisis" nicht existiere und daß überhaupt keinerlei Veränderungen in der politischen Lage stattgefunden habe. Auch könne für sicher gelten, daß jetzt weder Auflösung noch Demission erfolgen werde. In Bristol habe Chamberlain nur wiederholt, was er seit Aufstellung seines fiskalischen Programms stets gesagt habe. Dagegen habe er, der „Standard", guten Grund zur Annahme, daß die gegenwärtige Regierung darauf verzichtet habe, sich noch durch eine weitere Parlamentssession zu behaupten, und daß die Auflösung bald nach Beginn des neuen Jahres erfolgen werde, und zwar noch bevor das Ministerium seine Demission eingereicht habe. Diese Nachrichten müssen, soweit es sich um Tatsachen handelt, als durchaus zuverlässig gelten: für die Entscheidung Balfours und Chamberlains — die also einen Stillstand geschlossen haben — ist wohl ausschlaggebend gewesen, daß Campbell Bannerman sich entschlossen zeigte, unter allen Um

ständen nur dann das Ministerium zu übernehmen, wenn die Wahlen für die Liberalen entschieden. Er will also in der Offensive gegen das unionistische Programm nicht in der Verteidigung eines liberalen Programms den Kampf führen. Vielleicht nötigt ihn dazu die Tatsache, daß die Unionisten sich in allen Lagern Feinde gemacht haben, diese aber schwer auf ein einheitliches Programm einzuschwören sein dürften.

Die Achillesferse der Liberalen wird sich an ihrer Stellung zum Homerule erkennen lassen. So wie die Iren es erstreben, kann kein englischer Staatsmann es ihnen gewähren; mit bloßen Abzahlungen aber geben die Iren sich nicht zufrieden.

Die Verhältnisse liegen mutatis mutandis ähnlich wie in Russisch-Polen. Auch dort ist an eine wirkliche Befriedigung der Polen nicht zu denken, ehe sie ihre volle Selbständigkeit errungen haben; wird sie ihnen aber gewährt, so werden sich ihre Blicke auf die avulsa imperii richten, und die reichen ja nach polnischer Auffassung vom linken Ufer des Dniepr bis über die Düna hinauf. Daß es sich mit dieser Behauptung nicht um bloße Befürchtungen handelt, sondern um wohl erwogene Pläne, zeigt das Programm des nationalen Bundes Zjednoczenie Narodowa (wörtlich: „Nationale Attraktion"), welcher zur Erreichung der von ihm erstrebten Ziele die Organisation aller Bürger zu einer politischen Partei verlangt, welche das Königreich Polen, die annektierten Länder und die polnische Emigration territorial umfassen soll. Unter den acht Sektionen, in welche die aus 24 Personen bestehende Hauptverwaltung der Zjednoczenie Narodowa zerfällt, ist denn auch die 8., die Sektion der Emigranten.

Auch das Programm der Nationaldemokraten ist jetzt authentisch bekannt geworden. Es ist am 6. November formuliert worden und verlangt:

1. Die Tätigkeit der ganzen polnischen Nation muß vereinigt werden in der Arbeit zur Eroberung der nationalen Rechte, und zwar unabhängig von der Richtung, welche die inneren Kämpfe in Rußland nehmen.

2. Hauptziel der nationalen Politik ist gegenwärtig die Erringung eines Reichstages in Warschau; gesetzgeberische, finanzielle und administrative Autonomie für das Königreich Polen, gestützt auf eine besondere Verfassung mit einem besonderen Reichstage in Warschau sowie die Erwerbung nationaler Rechte in Litauen und Kleinrußland.

3. Die Verfassung des Königreichs soll fundiert sein auf Berufung sämtlicher Volksklassen, damit sie selbständig über die Bedürfnisse des Landes entscheiden.

4. Die Partei wird keine den Zeitverhältnissen und den Kräften der Nation entsprechenden Mittel und Wege ablehnen, um in vollem Umfange die gesetzlichen politischen Errungenschaften auszunutzen und um sie durch die selbständige Tätigkeit des Volkes zu erweitern.

5. Die Partei wird am russischen Reichstage teilnehmen, um die Rechte und Bedürfnisse des polnischen Volkes zu vertreten und die Autonomie des Königreichs zu erlangen.

6. Die polnische Politik muß selbständig geführt werden und ausschließlich die nationalen Angelegenheiten zum Ziel haben. Sie darf daher weder Rücksicht auf die Interessen der Regierung nehmen, noch ihre Taktik in Abhängigkeit von der Aktion der russischen Revolution stellen.

7. Um sämtliche Volkskräfte zum Kampfe zu sammeln, die politischen Forderungen durchzusetzen und um gleichzeitig unser Volk vor Anarchie im Innern zu bewahren, erkennen wir an, daß es notwendig ist, alle Elemente des Volkes in eine politische Organisation zu vereinigen.

Nach diesem Programm, dessen provisorische auf Täuschung der Russen berechnete Fassung keinen klar denkenden Menschen irreführen sollte, haben dann auf dem Semstwokongreß, der vom 22. bis zum 26. November in Moskau tagte, die polnischen Delegierten gehandelt. Sie sprachen von Macht zu Macht, und bekanntlich ist ihnen mit überwiegender Majorität auch der Anspruch auf volle Autonomie von der Versammlung zuerkannt worden. Dabei hatten diese polnischen Delegierten vorher die Erklärung abgegeben, daß sie die Autonomie nur aus den Händen des russischen Volkes, nicht aus denen der Regierung entgegennehmen würden! Eine Schmeichelei für den Semstwokongreß, aber ohne Zweifel eine Herausforderung der Regierung. Man sieht, auf welcher Seite der stärkere Einfluß vermutet wird.

Und doch wird, wer die Ereignisse der letzten Wochen an sich vorüberziehen läßt, nicht im Zweifel darüber sein können, daß diese so souverän und gebieterisch mit Petersburg verhandelnde Versammlung der 300 Semstwovertreter, die doch fast ausnahmslos dem Großgrundbesitz angehören, ihr letztes Lied singt. Alle Wahrscheinlichkeit

spricht dafür, daß, wenn, wie diese Wortführer des russischen Landadels es verlangen, die gosudarstwennaja Duma, der Reichstag, auf Grund des allgemeinen gleichen, direkten Wahlrechts gewählt wird, sie alle, mit nur geringen Ausnahmen, von der politischen Bühne verschwinden werden, um den Elementen Platz zu machen, die sie heraufbeschworen haben. Der russische Reichstag, der ihnen als das Ideal der Zukunft erscheint, würde zu einem Konvent von Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten werden und hohnlachend über sie hinwegschreiten, wenn die russische Regierung nicht so barmherzig ist, ihnen ihre Forderungen abzuschlagen und sie gewaltsam in ihre Schranken zurückzuweisen. Denn in der Tat, abgesehen von einigen wenigen mutigen Männern, die sich dem Strom des allgemeinen Delirierens entgegen warfen (so z. B. der Vertreter von Charkow, Kutscharow, der die erlauchte Versammlung einen Haufen von Rebellen nannte!), ist ihnen allen der Boden der Realität völlig verloren gegangen. Sie formulieren ihre Resolutionen für ein Rußland, das nicht existiert und niemals existieren wird, für ein Rußland selbstloser Idealisten, hochgebildeter Bauern, opferfreudiger und einsichtiger Beamten, gehorsamer Truppen und wohldisziplinierter, arbeitslustiger Arbeiter. Und neben ihnen tagt inzwischen ein kommunistischer Bauerntag, der drohend sein sic volo, sic jubeo! ertönen läßt und eine konstituierende Versammlung auf Grund der allgemeinen gleichen, geheimen Abstimmung, ohne Unterschied der Nationalität, des Geschlechts und der Konfession fordert, und zwar auf je 1000000 Einwohner einen Vertreter, was eine Versammlung von 1300 Köpfen gibt. Für den Fall der Nichtannahme seiner Forderungen aber droht dieser Bauernkongreß mit einem allgemeinen Aufstand des Volkes, da die Geduld der Bauern erschöpft sei.

Die Resolutionen dieses Kongresses schließen mit der Erklärung, daß, sobald das Volk die Gewalt in Händen hat, es sämtliche nach dem 10. 23. November d. J. abgeschlossenen staatlichen Anleihen für ungesetzlich und daher nicht der Rückzahlung unterliegend erklären wird. Jede Prolongation der vor dem 10. 23. November abgeschlossenen Anleihen werde dabei als eine neue Anleihe betrachtet werden!

Natürlich können solche Resolutionen nicht in einem russischen Bauernhirn entstanden sein, dem der Gedanke einer „staatlichen An-

leihe" wohl ein unfaßbarer Begriff sein dürfte; wenn man dergleichen liest, glaubt man die „intelligenten" Inspiratoren mit Händen greifen zu können: aber was soll man dazu sagen, wenn in dem parallel tagenden Semstwokongreß vorgeschlagen wird, ein Komitee zum Schutze der konstitutionellen und demokratischen Freiheiten zu bilden und ihm aufzutragen, ein Wahlgesetz zu erlassen und alle Wünsche des Volkes einschließlich seiner Launen zu berücksichtigen? Die Bauernunruhen aber greifen immer drohender und weiter um sich. An der Eisenbahnlinie Kirsanowo Ssaratow ist auf 250 km nicht ein Gutshof von Einäscherung und Plünderung freigeblieben. Mit grenzenloser Zerstörungswut werden von den Bauern ganze Viehherden niedergemetzelt, sogar die orthodoxen Kirchen geschändet und zerstört, die Dörfer, die an den Raub- und Branderpeditionen nicht teilnehmen wollen, zwingt man gewaltsam dazu, und so wälzt sich der wachsende Haufe mit Hunderten von Fuhren weiter vorwärts. Das Hauptziel ist überall die Besitzergreifung vom Gutslande, dann die Erbeutung von Getreide. Das ungeheure Geschenk, das die Regierung dem Volke durch Herabsetzung der schuldigen sogen. Loskaufsgelder gemacht hat, ist ohne jeden Dank hingenommen worden. Sie hätten doch nichts gezahlt und haben ohnehin erklärt, daß sie weder Abgaben zahlen noch Rekruten oder Reservisten stellen werden. Von Pachtzahlungen ist längst keine Rede mehr.

Aber diese russischen Bauern morden wenigstens nicht, wie die Bauern in den baltischen Provinzen, die Letten und Esten, deren bestialische Brutalität keine Grenzen kennt. So sind noch ganz kürzlich auf den 72 jährigen Pastor Auming in Seßwegen sechs Schüsse abgegeben worden, und die neue Parole lautet: die Barone erschießen, die Pastoren hängen. Tausende haben bereits Pässe genommen, um das Land zu verlassen. In Kurland allein stehen nicht weniger als 80 Güter leer, die Besitzer gehen meist mit dem ihnen zugestellten Todesurteil einher! Es heißt, daß die englischen Arbeiter, welche die lettischen Revolutionäre ebenfalls unterstützt haben, erklärt hätten, sie wollten mit diesen Mördern und Räubern nichts mehr gemein haben: wir aber müssen die Schmach erleben, daß deutsche Arbeiter von ihren sozialdemokratischen Führern zur Bewunderung dieser feigen Mörder fast Tag für Tag in den Spalten des „Vorwärts" aufgefordert werden.

Es ist ein wahres Glück, daß einer der Führer der Rigaer Terroristen kürzlich mit 32000 Rubel durchgegangen ist. Es ist von den Gutsbesitzern unter Todesdrohung erpreßtes Geld, vielleicht auch sind das die Groschen, die auf den Aufruf des „Vorwärts" hin aus Deutschland ins Lager der Terroristen geschickt worden sind.

Natürlich leiden unter diesen Verhältnissen auch zahlreiche Reichsangehörige. In Kiew wird, wahrscheinlich von Polen her, ein Aufruf verbreitet, der in den Ruf ausmündet: „Nieder mit den Deutschen, es lebe Rußland." Es heißt darin u. a.: „Wir müssen alle unsere Kraft aufbieten und sofort eine Armee von zwei Millionen Slaven in voller Schlagfertigkeit und in voller Ausrüstung an die russisch deutsche Grenze werfen. Ans Werk ihr Bürger! Ans Werk Großrussen, Kleinrussen und Polen. Zu den Waffen Armee! Ans Werk alle Kinder der Heimat." Dieser Aufruf trug ursprünglich die Unterschrift „ein Bürger". Das war durchstrichen und an die Stelle „ein Arbeiter" gesetzt.

In Riga hat sich der jüdische Führer des sozialistischen Zentralkomitees, dessen Parteiname Maxim ist, durch einen Beamten beim Gouverneur Zweguzow einführen lassen, und als er diesem gegenüberstand, ihn in drohendem Ton aufgefordert, sein Amt niederzulegen: er werde die gleiche Forderung an das Rigaer Stadthaupt richten. Außerdem solle der Gouverneur die Truppen zurückziehen. Er, Maxim, würde sie durch eine sozialistische Miliz ersetzen.

Es ist unfaßlich, daß der Gouverneur, obgleich noch der General Poppen hinzukam, den Mann ganz unbehelligt hat ziehen lassen!

So versagen die Regierungsorgane. Man fragt wohl, was macht diesen unerhörten Zuständen gegenüber die Zentralregierung? Oder muß man nicht vielmehr fragen, was kann sie noch machen?

Die Entsendung von drei Generaladjutanten nach Saratow, Tambow, Tschernigow, um den Aufruhr der Bauern zum Stehen zu bringen, hat sich als ein Mißgriff erwiesen. Die Herren haben nichts ausgerichtet. Die staatliche Autorität ist nach wie vor an keinem Punkte wiederhergestellt. Es ist falsch, daß es in Polen wieder ruhig geworden sei: leidlich geordnete Zustände herrschen nur noch in Finnland, nachdem auch dort die Regierung eine Niederlage erlitten hatte. Das Militär scheint an keiner Stelle mehr unbedingt zuverlässig zu sein. Außerdem sind nicht genügend Truppen im europäischen Rußland,

um die allgemeine Gärung zu bewältigen. Die aus der Mandschurei zurückkehrenden Divisionen werden nicht ohne Sorge erwartet. Das Gerücht will wissen, daß in den mandschurischen Armeen Desertion und Meuterei in steigendem Maße zunehmen. In Wladiwostok hat es eine neue furchtbare Soldatenemeute gegeben, in Sebastopol eine neue Meuterei der Flotte des Schwarzen Meeres, und ein Teil der Truppen, darunter ein Artillerieregiment, ist zu den Meuterern übergegangen. Man fragt vergeblich, was die Meuterer für Ziele verfolgen. Es heißt, die Nachricht von den Ereignissen in Kronstadt **habe für die Erhebung den Ausschlag gegeben.**

In Petersburg arbeitet man mit fieberhafter Eile an der Fertigstellung der Gesetze, durch die man die Gemüter zu beruhigen hofft, zugleich ringen aber am Hofe die Parteien miteinander: Repression oder Kompromiß — das sind die Gegensätze. Eine furchtbar schwere Lage für den Grafen Witte, eine schwerere für den Zaren selbst. Und doch läßt sich mit aller Bestimmtheit sagen, daß in dem revolutionären Rußland, dessen Stimme wir heute hören, die Gewährung der Forderungen des Semstwokongresses nur ein neues, wahrscheinlich noch blutigeres **Stadium der Revolution bedeuten würde.**

Demgegenüber scheint uns nur zweierlei möglich. Entweder die Wiedereroberung Rußlands mit Hülfe der Garde und der übrigen treu gebliebenen Regimenter, oder aber die Übersiedelung des Zaren nach Moskau; denn daß Rußland sich nicht mehr von Petersburg aus regieren läßt, kann nach allem, was wir erlebt haben, kaum **zweifelhaft sein.**

Das Schlimmste ist der Zustand der Unsicherheit, der jetzt alles in Frage gestellt hat und der den, unzweifelhaft die ungeheure Majorität bildenden Elementen die zum Zaren stehen möchten, den Mut raubt, für ihre Überzeugung einzutreten. Was heute in Rußland herrscht, ist die anonyme Revolution. Sie kann nicht bewältigt werden wenn ihr nicht mannhaft entgegengetreten wird, ohne reaktionäre Hintergedanken und mit dem festen Entschluß, das Manifest vom 30. Oktober zur Wahrheit zu machen.

Sonst kommt das Verderben.

[illegible] November.	Kündigung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages zum 1. März 1906. Niederwerfung der Meuterei in Sevastopol.
1. Dezember.	Aufhebung des Kriegszustandes in Polen.
2. Dezember.	Graf Witte lehnt den Empfang der ausständigen Post- und Telegraphenbeamten ab.
4. Dezember.	Rücktritt des Ministeriums Balfour, Campbell Bannerman mit Bildung des Ministeriums betraut. Eröffnung des Kongresses in Washington. Botschaft des Präsidenten datiert vom 2. Dezember.
5. Dezember.	Entlassung der streikenden Post- und Telegraphenbeamten in Rußland.
6. Dezember.	In Kiew wird das Standrecht proklamiert. Die internationale Flotte besetzt Lemnos.

6. Dezember 1905.

Unsere Betrachtung soll diesmal den englischen Angelegenheiten gewidmet sein. Sie stehen an einem wichtigen Wendepunkte. Die Partei, die seit 1895 am Ruder ist, und das Parlament, das seit 1900 getagt hat, stehen unmittelbar vor Abschluß ihrer Tätigkeit. Wenn diese Zeilen dem Leser vor Augen kommen, wird der Rücktritt des Ministeriums Balfour und die Konstituierung eines liberalen Kabinetts wohl schon vollendete Tatsache sein. Mr. Balfour will es auf die Entscheidung eines neuen Parlaments nicht ankommen lassen, weil er, unter Berufung auf die Autorität von Sir Robert Peel, eine Parlamentsauflösung nur in dem Falle für gerechtfertigt hält, wenn sich für den Minister, der die Auflösung herbeiführt, die Aussicht bietet, durch die Wahlen eine Verstärkung seiner Majorität zu gewinnen. Diese Aussicht ist nun nicht mehr vorhanden, auch fehlt die Wahlparole für die Auflösung. Die Aussichten für die Partei werden von ihm für günstiger gehalten, wenn er die liberale Wahlparole bekämpfen kann, d. h. er hat sich auf den Boden gestellt, den, wie wir vor acht Tagen zeigten, Campbell Bannerman einnehmen wollte. Offenbar aber hat der Führer der Liberalen seine ursprüngliche Absicht geändert. Es steht fest, daß er die Bildung des Ministeriums übernimmt; die Auflösung des Parlaments wird wohl seine erste öffentliche Kundgebung sein.

Blickt man auf die Politik des scheidenden Kabinetts während der beiden letzten Jahre zurück, so läßt sich nicht verkennen, daß es

bemüht gewesen ist, auch über die eigene Amtsdauer hinaus die Wege der auswärtigen Politik des Staates festzulegen. Aus dieser wohlerwogenen Absicht erklärt sich die Entschiedenheit, mit der Balfour es ablehnte, zurückzutreten, als eine Zufallsmajorität der Opposition ihm jüngst im Unterhause eine Niederlage beibrachte: es galt, die Erneuerung und Erweiterung des englisch-japanischen Bündnisses unter Dach und Fach zu bringen.

Aber man kann noch weiter zurückgreifen. Als im September 1903 durch Chamberlains Austritt der Bestand des Kabinetts so erschüttert war, daß allgemein eine Demission des Ministeriums erwartet wurde, blieb es trotzdem im Amt, und am 8. April 1904 hat es dann das berühmte Abkommen mit Frankreich geschlossen, dessen Konsequenz die drohende Abenteuerpolitik Delcassés gewesen ist, das aber, wie niemand wird bestreiten können, der Weltstellung Englands in Afrika und Asien sehr wesentliche Vorteile eingebracht hat. Es ist nun überaus merkwürdig, daß vor wenigen Tagen, am 2. Dezember, also zu einer Zeit, da kein Zweifel mehr darüber bestand, daß Balfour ausgespielt habe, der Staatssekretär für die Kolonien, Lyttelton, mit einer Publikation an die Öffentlichkeit getreten ist, aus der sich ergibt, daß noch ein großes Problem, die endgültige Regelung der Beziehungen des Mutterlandes zu den großen Kolonien, vom Kabinett Balfour in Angriff genommen und dem Abschluß bereits ganz nahe geführt worden ist. Durch die Veröffentlichung der Korrespondenz Lyttletons mit den Gouverneuren der großen Kolonien sollte für das kommende liberale Kabinett die Notwendigkeit gesetzt werden, das eingeleitete Programm weiter auszuführen und auch in dieser wichtigen Frage Wege zu gehen, welche ihm vorgezeichnet sind.

Das Problem an sich ist so interessant, daß es uns nützlich scheint, genauer auf die Materie einzugehen. Es ist ein Kapitel aus der Geschichte des britischen Imperialismus, das uns M. Lyttelton selbst erzählt.

Im Jahre 1886, als die von Hartingdon und Chamberlain geführten liberalen Unionisten sich mit dem Tory-Ministerium Lord Salisburys alliierten, wurde durch ein Schreiben des damaligen Kolonialstaatssekretärs, Edward Stanhope, auf das Frühjahr 1887 eine Kolonialkonferenz berufen, deren Aufgabe es sein sollte, Vereinbarungen mit dem Mutterlande über Post und Telegraphenfragen

und was die Hauptsache war, über den Anteil zu treffen, den die Kolonien an der Verteidigung des Reiches nehmen sollten. Diese Konferenz trug einen rein beratenden Charakter, man wollte sich in London über die Stimmung der Kolonien orientieren.

Es sind dann volle zehn Jahre hingegangen, ehe eine zweite Konferenz zusammentrat. Der südafrikanische Krieg warf seine Schatten voraus, und das sechzigjährige Regierungsjubiläum der greisen Königin bot einen nicht auffälligen und erwünschten Anlaß, die Prime Minister der Kolonien zusammenzurufen. Die entscheidende Sitzung fand am 24. Juni 1897 statt, von Chamberlain geleitet und von seinen Gedanken beherrscht. Vertreten waren Kanada, Newfoundland, die Kapkolonie und Natal, sowie sämtliche australischen Kolonien, Tasmania und Neu Seeland; Gegenstand der Verhandlung die politische und handelspolitische Lage, die Frage der Reichsverteidigung, das System der britischen Kabel, die Begründung eines Penny-Posttarifs und Gesetzesanträge in betreff der Einwanderung. Schon damals ist im Schoß des Kongresses der Antrag gestellt worden, eine Kommission einzusetzen, welche die Frage prüfen sollte, wie sich engere Handelsbeziehungen zwischen Mutterland und Kolonien begründen ließen. Offenbar war es dem Kolonialstaatssekretär gelungen, einen günstigen Boden für seine weitergehenden Pläne zu finden. Von den Schlußresolutionen verdienen zwei Beachtung. Es wurde als wünschenswert bezeichnet, daß Kolonien, die geographisch zusammengehörten, zu einer Föderation verbunden würden, und zweitens wurde empfohlen, Kolonialkonferenzen zur Verhandlung gemeinsamer Interessen des Mutterlandes und der Kolonien periodisch wiederkehren zu lassen: der erste Wunsch ist in bezug auf Australien bekanntlich am 1. Januar 1901 durch Begründung des Commonwealth von Australien erfüllt worden, der andere durch die Kolonialkonferenz von 1902. Die Einladung zu dieser Konferenz datiert vom Tage nach dem Tode der Königin Viktoria, dem 23. Januar 1902, und setzte zum Termin der Zusammenkunft den Krönungstag Eduard VII. Infolge der schweren Erkrankung des Königs fanden Krönung und Kolonialkongreß erst im August statt. Die Vertretung aber war dieses Mal stärker als bisher. Nicht nur die Prime Minister, auch der Kriegsminister (Minister of Defence) von Australien und Handelsminister, Kriegs-, Finanz- und Postminister von Kanada waren zu

schienen. Auch England hatte neben dem Kolonialstaatssekretär seinen Staatssekretär für den Krieg, den Ersten Lord der Admiralität und den Präsidenten des Board of Trade delegiert. Aber die Ergebnisse entsprachen nicht den Erwartungen: namentlich konnten weder ausreichende Zusagen für eine obligatorische Teilnahme an der Reichsverteidigung, noch mehr als prinzipielle Übereinstimmung in der Frage gegenseitiger Bevorzugung von Handel und Industrie innerhalb des Greater Britain erlangt werden. Dagegen wurde resolviert, daß es sich empfehle, die Kolonialkonferenzen in Zwischenräumen von nicht über vier Jahren zu wiederholen.

Dadurch waren diese Konferenzen in der Tat zu einem Institut Großbritanniens erhoben, und das kann gewiß als ein großer Erfolg Chamberlains bezeichnet werden. Aber nach Chamberlains berühmter Programmrede in Birmingham am 15. Mai 1903 änderte sich die Lage. Seine Fiskalpolitik fand in den Kolonien noch weniger Anklang als im Mutterlande, und als er im September desselben Jahres aus dem Ministerium austrat, um mit größerer Rücksichtslosigkeit für seine Ideen eintreten zu können, wurde die Stimmung nicht günstiger. Auch hat das Ministerium Balfour es nicht für seine Aufgabe gehalten, sich mit seinen Plänen zu identifizieren. Um so energischer aber hielt es an dem Gedanken fest, die Kolonien enger an das Reich zu schließen. Es war schon früher der Gedanke aufgetaucht, den Kolonien eine Vertretung im englischen Parlamente zu gewähren, aber wir glauben nicht, daß es je damit wirklicher Ernst gewesen ist. Die Kolonien, speziell Australien und Neuseeland, hätten in das englische Parlament sehr radikal und sehr sozialistisch gesinnte Vertreter geschickt, was doch nicht erwünscht sein konnte, während andererseits die Kolonien einen zu starken Einfluß des Mutterlandes zu fürchten hatten. So jedenfalls ließ sich die imperial unity nicht verwirklichen.

Mr. Lyttelton hat es nun auf anderem Wege versucht. Durch sein Schreiben vom 20. Februar 1905 wird vorgeschlagen, aus jenen periodischen Konferenzen ein „imperial council", einen Reichsrat, zu machen. Dieser Reichsrat würde aus dem Kolonialstaatssekretär, einem Vertreter für Indien (wenn indische Interessen in Frage kommen), dem ersten Minister der Kolonien und aus ad hoc ernannten Vertretern der verschiedenen Regierungen bestehen. Die Befugnisse

des imperial council würden mit der Zeit und mit dem praktischen Bedürfnis in natürlicher Entwickelung sich ausbilden. Es sei daher nicht nötig, sie im voraus zu begrenzen. Das Wesentliche sei das Vertrauen, das man dem Institut entgegentragen werde, und dadurch werde sich Einheitlichkeit in der Denkweise wie in den Handlungen aller Faktoren, aus denen das britische Reich bestehe, erlangen lassen.

Um aber den Zusammenhang lebendig zu erhalten, empfehle es sich, eine permanente Kommission einzusetzen, in welcher alle Staaten vertreten sein sollen, die in London tagt, und deren Kosten zu tragen das Mutterland bereit sei. Da es schon ein „Reichsverteidigungskomitee" gäbe, würden die Funktionen der permanenten Komission sich nur auf bürgerliche Angelegenheiten beziehen und ihr Charakter ein ausschließlich beratender sein. Um aber alle diese Dinge zu beraten, fordere England die Kolonien mit Selbstverwaltung auf, sich im Sommer 1906 zu einem neuen Kolonialkongreß zu versammeln, vorher aber der englischen Regierung mitzuteilen, welche Stellung sie zu jenen weiteren Plänen einzunehmen gesonnen seien. Das englische Blaubuch teilt uns auch die Antworten mit, die inzwischen eingelaufen sind.

Unbedingt zustimmend haben nur Australien, Natal und die Kapkolonie, d. h. Mr. Deakin und Dr. Jameson, geantwortet; aber deren Stellung zu allen Problemen imperialistischer Politik war ohnehin bekannt, und es ist zweifelhaft, wie weit sie als treue Spiegel der Gesinnung der Bevölkerung gelten können, die sie vertreten. Von Dr. Jameson läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß nur eine künstliche Majorität hinter ihm steht. Dagegen ist die Zusage Kanadas verklausuliert und unsicher, Neufundland entschieden ablehnend und die Antwort Neu Seelands eine wenig verbindliche Ausrede.

Mr. Lyttelton hat es darauf in einem Schreiben vom 26. November dieses Jahres für nützlich befunden, den Zusammentritt der Konferenz auf das Jahr 1907 zu verschieben.

Die „Times" erinnern nicht ohne Bitterkeit daran, daß Neufundland mehr als alle übrigen Kolonien Grund gehabt hatte, für eine weitere Festigung der Reichseinheit einzutreten, da die Vorteile des Schutzes, den das Reich gewähre, dieser Kolonie erst kürzlich zugute gekommen seien. Sie denkt an das englisch-französische Abkommen und die Befreiung der Kolonie von der Last des Privilegs

von 1713, des french shore, dessen Druck so schwer empfunden wurde!

Die Frage ist nun, ob ein Kabinett Campbell-Bannerman das Lyttletonsche Programm aufnehmen wird. Zunächst hat es damit noch Zeit. Im Jahre 1906 wäre die Konferenz eine Verlegenheit gewesen, was aber 1907 möglich sein wird und wie die Welt dann aussieht, läßt sich nicht verhersagen.

Wir hoffen aber, daß sie, was die deutsch-englischen Beziehungen betrifft, eine Wendung zum Besseren zeigen wird und der Verlauf, welchen die schon vor acht Tagen angekündigte Sitzung des „Anglo-German Conciliation Commitee" am 1. Dezember in Westminster genommen hat, bestärkt uns in dieser Erwartung. Es war eine Versammlung geistig und gesellschaftlich hervorragender Persönlichkeiten, die sich in Cartonhall zusammengefunden hatte, und der Ton der Verhandlungen von Anfang bis zu Ende vornehm und von aufrichtig versöhnlicher Gesinnung beseelt. Wir haben uns namentlich gefreut, daß Mr. Leonard Courtney von der „Fortnightly Review" dem Gedanken Ausdruck gab, daß, wenn andere Nationen fortschreiten, England davon überzeugt sein könne, daß der Vorteil nicht nur jenen, sondern auch ihm, wie der gesamten Menschheit zugute komme. Er glaube nicht, daß in irgend einem beachtenswerten Bruchteil des englischen Volkes Neigung bestehe, einen Angriff, geschweige denn einen ungerechten Angriff, gegen den großen Nachbar zu richten. Sie wüßten wohl, daß gesagt worden sei, es sei besser, vorzubauen und der Macht Deutschlands ein Ende zu bereiten, bevor sie zu groß geworden sei, um überwältigt zu werden. Das seien tolle und verrückte Ansichten, ja schlimmer als das (Such utterances were follies and madness, and worse). Wer solche Äußerungen höre, habe die Pflicht, ihre Verkehrtheit, Tollheit und ihren kriminellen Charakter darzulegen. Nicht durch Mißgunst, sondern durch gegenseitiges Wohlwollen sei der Friedenstraum zu verwirklichen, den die Welt seit 2000 Jahren träume und der heute noch von seiner Verwirklichung so fern sei, wie in den Tagen, da er zuerst zum Ausdruck kam.

Das letzte Wort sprach Lord Lyvedon. Jetzt sei der Augenblick, Deutschland die Freundeshand entgegenzustrecken. Er fühle es mit voller Bestimmtheit, daß, wenn das geschehe, der Friede der ganzen Welt gesichert sei. Die Resolution wurde dann in dem Wortlaut

angenommen, den unsere Leser bereits kennen, und wir wollen deshalb nochmals wiederholen, was wir vor acht Tagen sagten: es ist kein Zweifel, daß jedermann in Deutschland gern und aus voller Überzeugung in die so dargebotene Hand einschlagen wird. Was bei uns so tief verletzt hat, war der Anspruch, der nicht offiziell, aber von sehr einflußreichen Stellen her uns entgegentrat, nämlich zu bestimmen, wie weit uns in dem Ausbau unserer Seemacht zu gehen gestattet sein solle! Das ist eine Zumutung, die keine Nation duldet, die ihren Ehrenschild blank halten will.

Im übrigen stimmen wir allen Argumenten zu, die auf jenem Meeting geltend gemacht worden sind. Auch wir glauben und haben es oft genug an dieser Stelle ausgesprochen, daß die beiden großen germanisch-protestantischen Nationen bestimmt sind, nicht in Mißgunst, sondern in gesundem und ehrlichem Wettbewerb, jede in ihrer Weise und ihren besonderen Gaben entsprechend, in Wissenschaft und praktischer Lebensarbeit weiter zu arbeiten an der Humanisierung der Welt. Auch liegt es uns fern, den Engländern ihre entente mit Frankreich zu verleiden. Nur darf man es uns nicht verargen, wenn wir an dem guten Willen Frankreichs zweifeln, wo uns Hetzereien entgegentreten, wie sie vor wenigen Tagen Herr Déroulède sich erlaubt hat. Die englischen Leser können die wörtliche Wiedergabe in den „Times" vom 2. Dezember finden. Herr Déroulède hat in in der Manège St. Paul in Paris vor einer Versammlung von vielen tausend Köpfen mit Beleidigungen und Drohungen gegen Kaiser und Reich um sich geworfen, die wir unbeachtet gelassen hätten, wenn nicht die „Times" sie vor das Forum der Publizität gezogen hätte, deren sie sich erfreut. Aber wir sind unparteiisch genug, in Herrn Déroulèdes Rede einen Punkt hervorzuheben, in dem wir mit ihm übereinstimmen. Das ist die Erbitterung, mit der er die antimilitaristische Kampagne der Herren Jaurès und Hervé geißelt. Denn in der Tat eine Propaganda, welche systematisch die Soldaten zu Insubordination und Desertion auffordert, ist von jedem Standpunkte staatlichen Parteilebens, der nicht anarchistischen Anschauungen entspricht, gleich verwerflich. Den Schluß der Rede, deren französischer Text uns nicht vorliegt, geben die „Times" folgendermaßen wieder: Herr Déroulède kündigte an, daß er eine Pilgerfahrt durch Frankreich unternehmen werde, um für die nationale Einheit ein

zutreten und die Begriffe Ehre und Ruhm wieder in Erinnerung zu bringen. Sein Mahnwort werde lauten: „Franzosen, verteidigt euer Vaterland!“ Die Versammlung nahm einstimmig sein Programm an. Es lautete: Einigkeit, um das Vaterland und die nationalen Gedanken zu verteidigen, und schloß mit den Worten: „Vive la France. vive l'Alsace-Lorraine Française. vive la République!“

Nun ist man freilich gewöhnt, daß Herr Déroulède mit großen Worten um sich wirft, auch sehen wir dem tapferen Soldaten und phantasiereichen Dichter, der aus ihm spricht, mancherlei nach, aber seit dem lächerlichen Staatsstreich, durch den er vor nunmehr bald sieben Jahren den Minister Faure zu stürzen versuchte, nehmen wir ihn nicht mehr ernst. Er ist eine Art Don Quixote, und eben weil er an die Phantome glaubt, die er bekämpft, so ansteckend und suggestiv mit seinen Narreteien. Die Tausende, die ihm Beifall schrieen, würden vielleicht kühler gestimmt sein, wenn es sich darum handelte, „l'Alsace Lorraine Française“ zurückzuerobern, denn anders ist es nicht zu haben. Aber diese Torheiten des heimgekehrten Verbannten, der seine lange ruhenden Lungen in Bewegung setzen will, bedeuten immerhin etwas in der politisch erregten Atmosphäre, in der sich heute Frankreich bewegt oder doch zu bewegen vorgibt. Wir beobachten die Symptome und beklagen sie, es wäre unzweifelhaft auch der wohlverstandene Vorteil Frankreichs, wenn man mehr mit Realitäten und weniger mit Möglichkeiten rechnen wollte, die immer mehr den Charakter von Unwahrscheinlichkeiten annehmen.

In Rußland stehen wir vor einer großen Entscheidung. Es wird darauf ankommen, ob die Regierung des neuen Generalstreikes, der sich vorbereitet hat, Herr wird, ohne sich seinen Forderungen zu unterwerfen. Daran hängt die ganze Zukunft, die Aufrechterhaltung der Fundamente staatlicher Existenz, Leben und Eigentum jedes einzelnen, die Zukunft der Dynastie. Trotz all der pessimistischen Nachrichten, die geflissentlich verbreitet werden, wollen wir die Zuversicht auf einen günstigen Ausgang nicht verlieren. Es ist, abgesehen von dem rein menschlichen Mitgefühl, das einer Nation gilt, die heute mehr zu tragen und zu leiden hat, als jedes andere Volk in der weiten Welt, auch das direkte Interesse Deutschlands, daß bald geordnete Zustände wieder eintreten. Die geringe Widerstandskraft, welche die Elemente der fanatischen und kommunistischen Revolution

entgegensetzen, die vor anderen berufen sind, ihr die Spitze zu bieten, wir denken dabei nicht an die Regierung, sondern an alle Gebildeten und Besitzenden, wirft ein falsches Licht auf die Bedeutung jener zerstörenden Kräfte. Sie scheinen stärker als sie in Wirklichkeit sind. Die Führer der Revolution sind zudem meist nicht Russen, sondern Fremde, in der großen Mehrzahl Juden. In der Schweiz werden, wie noch vor wenigen Tagen ein Zufall bewies, die Bomben für die russischen Anarchisten fabriziert, und wir haben guten Grund zur Annahme, daß die geheime Leitung der Revolution ebenfalls außerhalb Rußlands ihren Sitz hat. Die russischen Bauern sind durch einen bewußten und schändlichen Betrug in ihre kommunistische Revolution hineingetrieben worden, die russischen Fabrikarbeiter durch die für sie unfaßbaren und für ihren engen Verstand nicht widerlegbaren Schlagworte des revolutionären Sozialismus betört worden. Mit denselben Mitteln des Betrugs sind die russischen Soldaten ihrem Eide entfremdet, die kleinen Beamten ihrer Pflicht abwendig gemacht worden. Es ist hohe Zeit, vielleicht die letzte sich bietende Gelegenheit, durch eine Strenge, die hier Barmherzigkeit wäre, die Revolution niederzuwerfen. Denn daß sie schließlich doch unterliegen wird, steht über allem Zweifel fest. Sie kann nicht auf die Dauer siegen, denn ihr Sieg bedeutet die Vernichtung alles dessen, was das Leben lebenswert macht. Der Petersburger Korrespondent des „Figaro" erzählt von einer Unterhaltung, die er im Kreise von Professoren und anderen Spitzen der Intelligenz über den schließlichen Ausgang der russischen Revolution geführt hat. Die Herren haben ihm sehr treffend und einsichtig dargelegt, wie alles gekommen ist und so und nicht anders kommen mußte. Über den endlichen Ausgang aber meinten sie, diese Revolution könne noch 10, 15 Jahre dauern; dann aber werde ein neues Rußland da sein und dieses werde die Führung der Menschheit übernehmen!

Eine schreckliche Perspektive. Wir hoffen sie nicht zu erleben.

7. Dezember. Ermordung des früheren russischen Kriegsministers Sfacharow in Sfaratow.
9. Dezember. In Sachen der mazedonischen Finanzkontrolle überreichen die Botschafter in Konstantinopel der hohen Pforte eine gemeinsame Note.
10. Dezember. Konstituierung des Kabinetts Campbell Bannerman. Präsident und drei Mitglieder der Petersburger Arbeiterdeputation werden verhaftet.
11. Dezember. Nichtkontrollierbare Nachrichten von Meutereien in Charbin. Demission des griechischen Ministeriums. Caecilio Baffo wird zum Präsidenten der Republik Paraguay gewählt.
13. Dezember. Nachricht von Erfolgen unserer Waffen in Südwest- und Ostafrika.

13. Dezember 1905.

Im „Courrier Européen" hat der bekannte polnische Romanschriftsteller André Niemojewski folgende Blüte seines Deutschenhasses veröffentlicht: „Heute kann kein Denker Deutschland ein geistiges Zentrum nennen; man wird es höchstens das Land der systematisch organisierten Gewalttätigkeit und des Bajonetts als gesetzlichen Regierungsmittels nennen. War Rußland der autokratische Despotismus, so ist Deutschland der konstitutionelle Despotismus. Das militärische Deutschland ist an die Stelle des zivilisierten Deutschland getreten.

Die Deutschen sind im allgemeinen eine Nation von wenig Intellekt, aber fleißig und fügsam. Dank diesem Defekt und diesen Eigenschaften nimmt unter dem gegenwärtigen Regiment ihr Freiheitssinn alle 10 Jahre ab. Die Philosophie ist aus ihrem Unterrichtswesen durch den Militarismus vertrieben worden, die Poesie durch einen groben und schamlosen Egoismus. Die Traditionen Kants hat bei ihnen Bismarck verdunkelt, und der Goethekult ist im Schatten des „Moltkisme (!)" zugrunde gegangen. An die Stelle metaphysischer Spekulation ist jetzt die preußische Arroganz getreten, an die Stelle der sanften Sprache Schillers das militärische Kommando, das sogar von den Eisenbahnschaffnern dem reisenden Publikum gegenüber angewandt wird (Alles aussteigen!). Der Schüler in seiner Klasse, der Richter auf seinem Sitz, der Professor auf dem Katheder, der Geistliche auf seiner Kanzel, das alles ist Soldat. Um diesen Militarismus durchzuführen, hat man das Individuum vertieren müssen, und diese Vertierung verlangte die Vernichtung aller Bürgerwürde. Deshalb

ist jedes deutsche Kind geohrfeigt und so entehrt worden. Der Student in der Kneipe muß jeden Schwung der Jugend vergessen, er muß ungeschickt mit dem Rapier fuchteln, und wenn er ins Mannesalter kommt, sich einen Schmerbauch anlegen, damit seine Fülle ihn verhindere, aktive Politik zu treiben. Durch diese Prozeduren hat die Regierung das Volk depraviert, das ja im übrigen achtbar ist und passiv für Reptilienfonds stimmt, welche Zwecken der Ausrottung dienen. Die Nation ist bei dieser kurzsichtigen Gewaltpolitik so heruntergekommen, daß sie heute nicht einmal wissen will, was in der Welt geschieht.

Trotzdem sind die allgemeinen Strömungen auf dem Erdball wesentlich stärker als der blinde preußische Militarismus. Und deshalb antworte ich auf die Frage, ob Deutschland die Entwicklung der Welt bedroht, ohne Zögern: Deutschland versucht es, aber bei dieser Anstrengung ohne Ziel wird es höchstens sich selbst zum Untergange führen. Der russisch-japanische Krieg hat den gordischen Knoten des bewaffneten Schweigens der Menschheit durchschnitten.

Die Revolution, die Rußland, Finland, Polen, mit einem Worte ganz Ost-Europa überwältigt hat, bricht nicht nur die Kette des Regierungsabsolutismus, sondern auch alle seine Allianzen und Anschläge in der ganzen Welt.

Diese Revolution wird das schwache Österreich und das kranke Deutschland schütteln. Österreich muß notwendig aus den Fugen gehen. Dann wird der deutsche Rest an Deutschland fallen, was slavisch ist, an den Norden. Die kräftig konföderierten Völker, welche ihre Existenz auf den Ruinen des russischen Zarentums konstituieren werden, werden Freundschaft schließen mit Japan, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten. Deutschland wird ganz isoliert sein.

Das moskowitische Zartum und die deutsche Regierung waren siamesische Zwillinge; der eine ist schon tot und zieht den anderen mit ins Grab!"

Wir haben diesem Lemberger Glaubensbekenntnis nichts hinzuzufügen. Die Schlüsse ergeben sich für jeden Leser von selbst. Der Deutschenhaß und der komisch wirkende Größenwahn dieser polnischen Koryphäen ist uns längst bekannt. Aber politisch interessant ist doch der Umstand, daß sich solche Anschauungen unmöglich mit den Versicherungen vereinigen lassen, mit denen die Vertreter Russisch-Polens

nach außen hin ihre letzten Ziele zu verdecken suchen. Galizien ist aber stets das enfant terrible des Polonismus gewesen, weil es aus seinem Asyl heraus in voller Sicherheit die Gedanken auszusprechen pflegt, die man sonst sorgfältig zu verbergen bemüht ist. Das Programm aber ist das alte: drei Staaten sollen untergehen, damit Polen in alter Herrlichkeit wieder erstehen kann.

Auch die Rolle des Polentums in der russischen Revolution klärt sich durch die Niemojewskischen Betrachtungen. Das unsinnige Programm, das aus Rußland eine Konföderation von Republiken machen will, ist polnischen Ursprungs und nur vom polnischen Interessenstandpunkte aus zu rechtfertigen. Daß die russischen Radikalen und Liberalen trotzdem an die fides Polonica glauben und in ihre Netze fallen, ist einer der zahlreichen Belege dafür, daß sie im Rausch der furchtbaren Erregungen, die ihnen die letzten Jahre gebracht haben, jede politische Urteilskraft verloren haben. Sie sind die willenlosen Werkzeuge jeder radikalen Phrase geworden und haben sich jetzt zu Theorieen gesteigert, die mit absoluter Notwendigkeit in Selbstvernichtung ausmünden müssen.

Die letzten acht Tage haben die von uns erhoffte Besserung der inneren Lage Rußlands nicht gebracht: es ist in jeder Hinsicht und nach allen Richtungen schlimmer geworden, und wenn nicht alle Anzeichen täuschen, stehen wir unmittelbar vor einer neuen Katastrophe. Der Stab, auf den die Regierung sich noch glaubt stützen zu können, wird ihr unter den Händen zur Schlange, die ihren giftigen Biß gegen sie wendet. Es versagt alles: die Entschlußfähigkeit an den Spitzen, die Administration, die sich keiner Charakterprobe gewachsen zeigt, die Justiz, die bereits in der vorwärtsdrängenden Revolution den künftigen Herren begrüßt und das Haupt vor ihm schlägt, die Geistlichkeit, welche entweder schweigt, wo sie vor Gott und Obrigkeit zu reden verpflichtet wäre, oder im Chor der Revolutionäre ihre Stimme mit erhebt. Es versagen Heer und Marine, es versagen Professoren und Lehrer, Studenten und Schüler, die Arbeiter in den Fabriken und die Bauern in ihren Dörfern. Sie alle beugen sich vor der Revolution. Und was das schlimmste ist, es versagt das sittliche Urteil. Gegen den schnöden Mord, der an dem früheren Kriegsminister Sjacharow begangen worden ist, hat sich in der gesamten russischen Presse kein Wort der Entrüstung erhoben; die

niederträchtigen Morde, die jetzt fast alltäglich in den baltischen Provinzen stattfinden, werden in den russischen Zeitungen nicht einmal erwähnt. Außer den beiden Herren von Aderkaß, die in Seßwegen meuchlerisch ermordet wurden, nachdem sie aus Menschlichkeit den Soldaten, die auf dem Gute lagen, verboten hatten, gegen den anrückenden Pöbel von ihren Waffen Gebrauch zu machen, sind allein in Livland in der vorigen Woche ermordet worden: Frhr. v. Transehe, Baron Meerscheidt-Hülleſem, Kreischefgehilfe Hennig in Römershoff. Dazu ist noch Baron Campenhausen-Jürgensberg schwer verwundet worden. Im Grunde findet man, daß diese Morde eine gerechte Strafe dafür sind, daß die „deutschen Barone" sich der Revolution nicht angeschlossen haben. Und die Regierung zeigt sich absolut unfähig, den Schutz zu gewähren, zu dem sie verpflichtet ist. Der Professor Baudouyn de Courtenay, ließ jüngst den Verzweiflungsruf hören: „verfluchte Freiheit, die nur zu vernichten weiß!" Das wird bald der allgemeine Ruf in Rußland sein, denn wenn je, so hat dieses Volk bewiesen, daß es nicht reif ist, die Formen abendländischen Staatslebens zu ertragen.

Wir hatten uns in der furchtbaren Lage, in der Rußland sich verzehrt, den Weg der Rettung so gedacht, daß der Zar mit der ihm ergebenen Semenowschen Garde nach Moskau ziehen, dort die Verfassung beschwören und seine Anhänger um sich sammeln sollte. Gleichzeitig sollten dann die noch verläßlichen Truppen in die Westprovinzen geschickt werden, um die Revolution der Esten und Letten aufzurollen und die so überaus wichtige Verbindung Rußlands mit der übrigen Welt aufrechtzuerhalten. Ein Fraternisieren mit den stammesfremden Indigenen war auf diesem Boden nicht zu fürchten. Aber freilich, zu einer solchen Aktion gehört Wille, Entschlußfähigkeit und Umsicht in der Ausführung — und an alledem scheint es jetzt in Petersburg zu fehlen. Man will das Unmögliche — daß nämlich sich alles von selbst zum besten kehre, man entschließt sich zum Nichtstun und stößt mit all den halben Maßregeln, die dekretiert werden, bei Freund und Feind in gleichem Maße an. Und doch, wir wiederholen es, kann gar nicht daran gezweifelt werden, daß in der Lage, wie sie jetzt ist, Rußland von Petersburg aus nicht mehr regiert werden kann! Das Vertrauen zum Ministerpräsidenten Grafen Witte bricht immer mehr zusammen. Am Hofe wird gegen ihn in-

trigiert, und die Semstwo- und Stadtvertreter, denen er die Hand geboten hat, um sie zu retten, und mit ihnen den Staat und sich selbst, verbrüdern sich gegen ihn mit den kommunistischen Bauern und dem sozialistischen Pöbel, der ungeduldig des Augenblickes harrt, um auch mit diesen Bundesgenossen abzurechnen.

Was zurzeit im Innern Rußlands geschieht, wissen wir nicht. Post, Telegraph, Eisenbahn streiken. Aber aus dem benachbarten Livland sind einige Nachrichten zu uns gekommen. Seit Freitag herrscht dort Belagerungszustand und zugleich Generalstreik. Die Revolutionäre sind durchweg bewaffnet und arbeiten in fieberhafter Eile in vier Metallfabriken an der Herstellung von kalten Waffen. Die Regierung behauptet mühsam einige wenige Punkte. Noch ist das deutsche Konsulat in Riga geschützt. Aber was wird morgen, und was wird übermorgen geschehen, und wer kann dafür bürgen, daß die deutschen Reichsangehörigen in Rußland dann noch an Eigentum und Leben gesichert sind? Es gibt, wenn wir von Finland absehen, in Rußland über 151000 Angehörige des Deutschen Reiches und etwa 2 Millionen Deutsche, die russische Untertanen sind, für deren Verhältnisse wir also nicht zu verantworten haben, von denen aber immer steigende Scharen durch die Flucht nach Deutschland Rettung zu finden suchen und denen wir weder unsere Teilnahme, noch, so weit es irgend möglich ist, unsere Hülfe versagen können. Wie groß die in Rußland steckenden deutschen Kapitalinteressen sind, ist nicht möglich anzugeben. Die vom Reichsmarineamt dem Reichstage zugestellte Denkschrift sagt, sie seien größer als in irgend einem anderen Lande, und man schätzt den deutschen Besitz an russischen Effekten auf etwa 4 Milliarden. Kurz, das ethische wie das materielle Interesse Deutschlands an der Herstellung geordneter Zustände in Rußland ist ganz außerordentlich groß.

Trotz alledem wird jeder besonnene deutsche Politiker die Worte nur billigen können, die Fürst Bülow in der zweiten seiner großen politischen Reden vor dem Reichstage ausgesprochen hat: „Was unsere Stellung zu den inneren Vorgängen in Rußland angeht, so enthalten wir uns dort jeder Einmischung. Wir beschränken uns auf den lebhaften und aufrichtigen Wunsch, daß sich die russische Entwickelung in glücklicher, friedlicher, ruhiger Weise vollziehen möge. Daran sind wir wirtschaftlich und politisch als ein Nachbarvolk in

hohem Grade interessiert. Aber weder mit einem Angebot unserer Hülfe, noch mit irgend einer Art von Intervention mischen wir uns da ein." Es schloß sich daran die Exemplifikation an dem Gerücht von dem angeblich bevorstehenden Einmarsch preußischer Truppen in Russisch-Polen. Das sei, sagte der Reichskanzler, eine ebenso alberne Erfindung wie die, daß wir uns vor Selbständigkeitsgelüsten unserer polnischen Staatsbürger fürchteten. „Aber", so fuhr er fort, „es versteht sich von selbst, daß wir ein Übergreifen der Unruhen auf unser Gebiet nicht dulden werden. Bei uns werden wir die Ordnung aufrecht zu erhalten wissen, darauf verlassen Sie sich." Diese mit lebhaftem Beifall aufgenommene Erklärung kennzeichnet die Stellung unserer Regierung, und wir empfehlen jedermann, damit zu rechnen. Den Schutz der Reichsangehörigen müssen wir, wie die Verhältnisse einmal liegen, der russischen Regierung überlassen, und das Übermaß des zerstörenden Wahnsinns der revolutionären Kräfte scheint uns die Konsequenz in sich zu tragen, daß über kurz oder lang die gesunde Vernunft siegen und die unerläßliche Niederwerfung der Revolution erfolgen wird.

Fürst Bülow hat in seiner dritten Rede, im Zusammenhang mit seiner Entgegnung auf die Provokationen der Sozialdemokratie gesagt, daß, wenn bei uns die Sozialdemokratie versuchen sollte, Plünderungen, Meuchelmord, Generalstreik und Massendemonstrationen einzubürgern, solche Versuche zerschellen werden an der Festigkeit unserer Institutionen, an der Entschlossenheit der Regierung, an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes, das sich das Joch der Sozialdemokratie nicht auflegen lassen werde. Der „stürmische Beifall", der ihn lohnte, bedeutet auch eine Anerkennung der Tatsache, daß in Rußland der Sozialdemokratie die Verantwortung für die Plünderungen, Meuchelmorde und alle die anderen Greuel zufällt, die Rußland verwüsten. Der Reichskanzler hätte hinzufügen können, daß die russischen Sozialdemokraten und die baltischen Meuchelmörder und Räuber Schüler der auswärtigen deutschen Sozialdemokratie sind. Wer sich darüber belehren will, lese die neue Auflage (die vierte) von Mackenzie Wallace: „Rußland". Im 37. Kapitel wird er die Belege dafür finden, und die Stellung, welche Herr Bebel im Reichstage und der „Vorwärts" in jeder seiner Nummern einnimmt, bestätigt das Urteil von Wallace. Der russische Arbeiter ist für die

Revolution sorgfältig erzogen worden, und erst nachdem man ihn vergiftet und betrogen hat, ganz wie den russischen Bauern, in die Bewegung hineingehetzt worden, die jetzt der russischen Regierung die Durchführung ihrer bereits formulierten Reformen unmöglich macht.

Es ist schwer, abzubrechen, wenn man einmal auf diese unselige Frage kommt, und doch haben wir noch wichtige Ereignisse zu registrieren.

Wir denken dabei in erster Linie an die weiteren Aufklärungen über die auswärtige Politik Deutschlands in der Rede des Reichskanzlers. Was so ungemein wohltuend berührte, war, daß sie, wie die Thronrede, ohne jede Bemäntelung die Gesamtlage charakterisiert. Daher auch die allgemeine Zustimmung, welche die Ausführungen des Fürsten in ganz Deutschland gefunden haben. Es ist kein Zweifel, daß die ganze Nation hinter dieser Politik steht. Daß sie im Auslande, speziell in England und Frankreich keine freundliche Aufnahme gefunden hat, kann ja nicht wundernehmen. Fürst Bülow hat deutsche, nicht fremde Interessen darzulegen gehabt, und von dem guten Recht Deutschlands hört die Welt nicht gern sprechen, namentlich nicht, wo es sich um Fragen handelt, die man gern in einem Deutschland ungünstigen Sinne lösen möchte. Wir denken dabei speziell an die Marokkofrage. Die Franzosen bewegen sich immer noch in einer Reihe von Illusionen und Trugschlüssen, die lebhaft an die Naivetät erinnern, mit der nach Sedan die neue republikanische Regierung die Ansicht vertrat, daß nach dem Fall Napoleons aller Grund für weitere Mißhelligkeiten geschwunden sei. Wir könnten ruhig nach Hause marschieren und uns mit dem frohen Bewußtsein trösten, daß Frankreich nunmehr seinen Tyrannen los sei. Genau so wird die Demession Delcassés ausgebeutet. Man findet es wenig taktvoll, daß wir auf die „alten Geschichten" zurückkommen und will nicht begreifen, daß das Programm vom 31. März und der Standpunkt, den der Reichskanzler im Erlaß vom 11. April dieses Jahres vertreten hat, auch nach dem 6. Juli Geltung behalten soll. Zugleich stellen die Franzosen die Lage so dar, als hätten sie durch Annahme der Konferenz uns ein großes Zugeständnis gemacht, während doch in Wirklichkeit die Dinge so lagen, daß wir uns auf die Bestimmungen der Madrider Konferenz vom 3. Juli 1880 zurückziehen

konnten, ohne den Franzosen den ehrenvollen Ausweg zu eröffnen, den wir ihnen durch die Konferenz von Algeciras bieten. Auf diesen fundamentalen Irrtum der französischen Politiker ging dann der andere Irrtum zurück, daß sich durch gegenseitige Konzessionen auf Kosten Marokkos die Delcassésche Pénétration pacifique, oder wie die Denkschrift vom 11. April sagt, „die Tunisifation von Marokko" werde zurückgewinnen lassen. Wäre uns an Erwerbungen auf marokkanischem Boden gelegen gewesen, so hätten wir sie ohne Frankreichs Hülfe vom Sultan von Marokko erhalten können. Wir stehen aber auf dem Boden der Verträge und halten an der Souveränetät des Sultans, an der Integrität seines Territoriums sowie am Prinzip der offenen Tür mit dem Recht der Meistbegünstigung fest. „Es versteht sich von selbst, daß wir auf der Konferenz (von Algeciras) das, was wir bisher für recht und billig gehalten habe, auch weiter vertreten und verteidigen werden." So sagt die Denkschrift vom 11. April. Der Reichskanzler betonte dann noch ausdrücklich den friedlichen Charakter unserer Marokkopolitik. Er habe gezeigt, daß, wenn wir die deutschen Rechte und Interessen zu wahren bemüht sind, wir doch auch materielle Schwierigkeiten und diplomatische Gegnerschaften ohne Mißachtung der Rechte anderer, ohne Provokation, friedlich zu überwinden trachten. „Indem wir das tun — so schloß er — sind wir ganz im Rahmen der deutschen traditionellen Politik, die seit Erlangung unserer Einheit kein höheres Ziel und kein höheres Interesse gekannt hat, als die Kräfte innerer und äußerer Kultur zu entfalten und allezeit gegen die Schrecken des Krieges gerüstet zu sein. Wer das noch nicht erkannt hat, der will es nicht sehen, und da helfen auch rednerische Versicherungen nicht."

Wir dürfen wohl darauf rechnen, daß, wenn man sich im Auslande davon überzeugt haben wird, daß in der Tat Fürst Bülow hier aus dem Herzen und aus dem Willen des deutschen Volkes gesprochen hat, man auch den friedensfreundlichen und humanen Kern dieser Erklärungen recht würdigen wird.

Die Neubildung des englischen Ministeriums durch Campbell Bannerman ist ohne Zweifel ein bedeutsames Ereignis. Die lange zurückgedrängten Liberalen sind nun endlich ans Ruder gekommen und wenn, wie sich vorhersehen läßt, die Wahlen ihnen eine sehr starke Majorität im Unterhause bringen — man rechnet, vielleicht

etwas sanguinisch, auf eine Mehrheit von etwa 200 Stimmen —, so sind sie eines vieljährigen Regiments sicher. Wahrscheinlich wird das Kabinett den Schwerpunkt seiner Tätigkeit der inneren Politik zuwenden; in der auswärtigen Politik dürfte der Unterschied zwischen dem neuen und dem gefallenen Kabinett nicht eben groß sein. Sir Edward Grey, der das Ministerium des Auswärtigen übernimmt, hat sich noch jüngst ausdrücklich zur Politik Lord Lansdownes bekannt. Sir Robert Raid wird Lordkanzler, Asquith Finanzminister, Herbert Gladstone Minister des Innern, Mr. Morley wird Indien, Lord Elgin die Kolonialpolitik führen. Im ganzen überwiegt die imperialistische Tendenz, aber auch radikale und irische Elemente sind herangezogen worden. Den Krieg erhält Mr. Haldane, die Marine Lord Tweedmouth. Es ist aufgefallen, daß Lord Roseberry nicht in das Kabinett eingetreten ist, aber da sein Schwiegersohn Earl of Crewe zum Präsidenten des Geh. Rats gemacht worden ist, darf man ihn jedenfalls nicht zu den Gegnern des Kabinetts zählen. Unter den 11 neuen Baronets ist uns Mr. Benjamin Cohen, das Haupt des englischen Zweiges der Alliance Israélite aufgefallen.

15. Dezember. Der Reichstag stimmt dem Bau der Eisenbahn Lüderitzbucht-Kubub zu. Rückkehr des Generalleutnants von Trotha. Verständigung der Pforte mit den Mächten. Abschluß der Flottendemonstration.

16. Dezember. Hilfsaktion zur Rettung der Deutschen in den baltischen Provinzen. Graf Witte lehnt die Beschlüsse des Moskauer Semstwokongresses ab.

17. Dezember. Berliner Kundgebung zu Gunsten freundschaftlicher Beziehungen zu England. Erledigung des Zwischenfalls mit dem Panther zwischen Deutschland und Brasilien. Demission des Kabinetts Fortis, wegen Ablehnung des spanischen Handelsprovisoriums.

20. Dezember 1905.

Am Sonntag, den 17. d. M., hat auf den Ruf der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft eine Versammlung stattgefunden, die als Widerhall der von uns so sympathisch begrüßten Kundgebung Lord Aveburys und seiner Freunde und Gesinnungsgenossen, die höchste Beachtung verdient, und der ungeteilten Billigung der öffentlichen Meinung ganz Deutschlands sicher sein kann. Es handelte sich darum, der Empfindung Ausdruck zu geben, daß die künstlich aufgebauten Gegensätze zwischen uns und England keinen Boden in der deutschen Nation haben, und daß wir allzeit bereit sind, die uns freundschaftlich entgegengestreckte Hand zu ergreifen und festzuhalten. In diesem Sinn haben alle Redner gesprochen, und die Schlußresolution, die an den Herrn Reichskanzler, an Mr. Campbell-Bannerman, den neuen Chef des englischen Kabinetts, an Lord Avebury u. a. m. versandt wurde, hat diesen Empfindungen beredten Ausdruck gegeben. Ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und England sei berufen, nicht nur die Interessen beider Nationen, sondern auch die geistige und wirtschaftliche Entwicklung der Welt auf das wirksamste zu fördern! Wir möchten hinzufügen, daß keine zwei anderen Nationen sich so sehr darin gleichen, daß ihnen der Instinkt für Recht und gesetzliche Ordnung so ganz in Fleisch und Blut übergegangen ist. Die „heilige Ordnung" herrscht bei beiden in Familie und Staat, und das hat sie vor zerstörenden gesellschaftlichen Umwälzungen wie vor endemischer Revolution bewahrt und wird, solange jene Grundlagen sich behaupten, auch in Zukunft ihr Hort bleiben. Das ist

unser politisches Glaubensbekenntnis seit langen Jahren gewesen, und wir glauben nachgewiesen zu haben, daß die nervöse Spannung, die hüben und drüben allmählich sich geltend machte, die Folge einer aufreizenden Agitation war, die nicht von uns ausgegangen ist und die allmählich zwischen beiden Nationen das Gespenst eingebildeter Gefahren und nicht vorhandener unüberbrückbarer Gegensätze aufbaute. Auch in der neuesten Phase konstruierter Verstimmungen, in der Marokkofrage, sind diese Gegensätze nicht vorhanden. Der Herr Reichskanzler hat diese Tatsache in seiner so überaus luziden und wirksamen Rede am 6. Dezember mit allem Nachdruck hervorgehoben. Er wies darauf hin, daß der Plan der Tunisizierung Marokkos nicht nur die deutschen, sondern die fremden Interessen in ihrer Gesamtheit berühre und daß eben deshalb eine Befragung der auf der Madrider Konferenz vertretenen Mächte geboten gewesen sei. Deutschland bestreite niemandem das Recht, über seine eigenen Untertanen in Marokko zu verfügen. „Wenn aber" — so fuhr der Reichskanzler bei Verlesung seines Schreibens vom 11. April an den Kaiserlichen Botschafter in London fort — „wenn aber einer dieser Staaten, also Frankreich, den Anspruch erheben würde, gleichzeitig über die fremden Staatsangehörigen zu verfügen, z. B. über die deutschen, so müßte Deutschland dagegen protestieren. Frankreich würde das auf eigene Gefahr hin tun, England ist nicht dafür verantwortlich. „Wenn die englische Presse Deutschland allerlei Pläne unterschiebe, so geschehe das irrtümlich, Deutschland trete nur für die eigenen berechtigten Interessen ein.

Wir unterstreichen den letzteren Satz und speziell das Wort berechtigt, weil sich daraus ergibt, daß in seinen Konsequenzen unser Standpunkt auch dem wohlverstandenen Interesse der übrigen, also z. B. Englands entspricht. Sir Charles Dilke, dem man parteiische Voreingenommenheit für Deutschland gewiß nicht vorwerfen kann, dessen scharfen politischen Verstand aber alle Welt anerkennt, hat es noch jüngst ausdrücklich betont, daß der Anspruch Deutschlands, eine handelspolitische Stellung in Marokko zu erwerben, durchaus gerechtfertigt sei, und daß wir nicht für uns allein die Aufrechterhaltung der Zoll- und Handelsfreiheit auf diesem Boden vertreten. Das heißt doch, wir vertreten das wohlverstandene Interesse Englands mit. Wir wissen aber, daß dies der Standpunkt ist, den alle am

marokkanischen Handel interessierten Fremden in Marokko einnehmen. Speziell englische Kaufleute haben sich sehr deutlich in diesem Sinne ausgesprochen. Ganz ähnlich aber hat jüngst die „Tribuna" den italienischen Standpunkt formuliert. Der Standpunkt Deutschlands entspreche der modernen Auffassung von dem Zusammenhang aller einzelnen europäischen Interessen, und ein sicherer Triumph dieser Auffassung könne zu einer wahrhaft unschätzbaren Friedensbürgschaft werden. Es knüpft sich daran die Bemerkung, daß Italien besonders geeignet scheine, auf der bevorstehenden Konferenz die Rolle des Vermittlers zu übernehmen.

Auch diese letztere Perspektive kann von unserem Standpunkt aus nur als sehr erfreulich bezeichnet werden, und zwar um so mehr, als die Publikation des französischen Gelbbuches dem Urteil in Frankreich eine falsche Richtung gegeben hat. Den Wert wirklich unanfechtbaren Beweismaterials haben Publikationen, wie sie ein Blau- oder Gelbbuch bringen, nur sehr ausnahmsweise. Erst wo sie durch Publikationen von anderer Seite, im vorliegenden Fall also durch ein deutsches Weißbuch ergänzt werden, läßt sich ein historisch getreues Bild aus ihnen mit annähernder Sicherheit gewinnen. Auch da aber bleibt der Teil der Geschichte ungeklärt, der nicht in den Akten seinen Niederschlag findet und der unter Umständen der allerwesentlichste sein kann. Der „Gaulois" scheint das empfunden zu haben. Er weist auf das „Loch" im Gelbbuch hin. Es lasse sich aus den publizierten Aktenstücken durchaus nicht erkennen, weshalb eigentlich Herr Delcassé seinen Abschied habe nehmen müssen! Aus unserem, hoffentlich bald vorliegenden Weißbuche, wird er sich darüber keine Aufklärung holen können. Auch wir wissen darüber nicht mehr als „Matin" und „Gaulois" aus dem Munde Delcassés mitgeteilt haben, wie denn bei dieser Gelegenheit recht energisch darauf hingewiesen sei, daß Deutschland mit dem Rücktritt Delcassés absolut gar nichts zu schaffen gehabt hat. Das war eine ganz interne französische Angelegenheit, und wenn, wie Herr Delcassé behauptet, Rouvier ihm den Stuhl vor die Tür gesetzt hat, so wird er es aus Gründen getan haben, die dem französischen Interesse entsprachen, gewiß nicht unter einem Drucke Deutschlands, den er mit Recht als anmaßend zurückgewiesen hatte. Kein deutscher Staatsmann hätte sich eine derartige Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer anderen Macht gestattet.

Man wird bei Erwägung all dieser Fragen auch in Frankreich verstehen, daß wir keine Neigung haben, jetzt über den Inhalt des Gelbbuches und über die nachträglich daran geknüpften Reden in polemische Erörterungen zu treten. Es wird alles vollständiger und klarer vor uns liegen, wenn auch unsere Materialien veröffentlicht sind. Dann wird sich weiter darüber reden lassen.

Wir wenden uns nun der Frage zu, die heute mit Recht die öffentliche Meinung nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt meist beschäftigt: der russischen Revolution. Als der Schreiber dieser Zeilen vor 8 Tagen auf der Versammlung im Abgeordnetenhause, die eine Hilfsaktion zum Besten der deutschen Landsleute in Rußland organisierte, auf den Ernst der Lage hinwies, ist er deshalb im „Vorwärts" beschimpft worden. Der „Vorwärts" glaubt an keine Gefahr, und steht mit all seinen Sympathien auf seiten der Revolutionäre. Er hat kein Wort des Tadels für die Meuchelmörder und Räuber und verschweigt seinen Lesern ängstlich, was an Niederträchtigkeiten begangen wird, wohl aus Furcht, das von ihm systematisch betäubte Gewissen der ehrlichen und ehrenwerten deutschen Arbeiterschaft aufzurütteln. Inzwischen aber haben sich Dinge vollzogen, die auch in den Tagen des wildesten Taumels der französischen Revolution nicht vorgekommen sind. Oder hat der „Vorwärts" den Mut, seinen Lesern mitzuteilen, was am letzten Donnerstag in der kleinen kurländischen Kreisstadt Tuckum geschehen ist? Dort standen zum Schutz der friedlichen Stadtbevölkerung und der Landbewohner vor den Mordbrennern, welche Gut für Gut in Asche legen, 30 Dragoner und 40 Infanteristen. Sie wurden von mehreren tausend bewaffneten Bauern belagert. Die Infanteristen schlugen sich mit dem Bajonett durch, die Dragoner kapitulierten, als ihre Munition verschossen war und lieferten, nachdem man ihnen ihre persönliche Sicherheit garantiert hatte, die Waffen ab. Da aber fielen die lettischen „Genossen" über die Wehrlosen her und machten sie bis auf den letzten Mann grausam nieder. Sie stachen ihnen die Augen aus und schnitten ihnen die Nasen ab. Dem Oberstleutnant Müller, der verwundet in ihre Hände gefallen war, schnitten sie den Kopf ab. Die Greuel, die getrieben wurden, lassen sich nicht wiedererzählen. Noch an demselben Tage traf ein Bote mit der Schreckensnachricht in Mitau ein, wo wenige Tage vorher ein Straßenkampf stattgefunden hatte. Der Komman-

dann schickte 370 Mann Infanterie, 100 Dragoner und 2 Geschütze nach Tuckum, die eidbrüchigen Räuber zu züchtigen und die Stadt zu befreien. Am anderen Tage ist Generalmajor Chorunschenkow mit 2 Geschützen, einem Bataillon Infanterie und einer Schwadron Dragoner erschienen. Er ist sehr schneidig, nur begleitet von seinen Dragoneroffizieren, in die Stadt geritten und dort auf ein Drahthindernis gestoßen und aus den Häusern mit Schrot beschossen worden. Der General floh nun und ließ seine Geschütze anfahren; das eine Geschütz war schlecht aufgefahren und stürzte beim ersten Schuß um. Der Schuß ging in den Boden und das Geschütz war unbrauchbar geworden. Mit dem zweiten Geschütze sind 3 Schrapnellschüsse abgegeben worden, und dann haben die Infanterie und Dragoner eingehauen. Hierbei sollen Tote und Verwundete bis 300 gewesen sein. Nun ist ein Parlamentär der Revolutionäre auf dem Pferde des erschossenen Oberstleutnant Müller erschienen, mit dem Chorunschenkow verhandelt hat. Die Revolutionäre haben sich unter folgenden Bedingungen unterworfen: Auslieferung der toten Dragoner und deren Waffen, Auslieferung ihrer eigenen Waffen, Stellung von Proviant für die Truppen. Der General hat sich nun zum Frühstück auf den Bahnhof Tuckum II begeben und auf die Erfüllung der Bedingungen gewartet. Die Revolutionäre haben aber keine ihrer Versprechungen gehalten. Da hat der Kornett Jesmolenko aus seiner Schwadron „Freiwillige vor!“ kommandiert. Es haben sich 26 Mann gemeldet, und mit diesen hat er sich die toten Dragoner herausgehauen und ein Blutbad angerichtet. Man spricht von 300 Toten und Verwundeten. Chorunschenkow hat die Stadt trotz seines Sieges den Revolutionären überlassen. Er steht mit seinen Truppen auf dem Bahnhof Tuckum II. Vorher hat er seiner Schwadron den Befehl gegeben, gegen Jesmolenko, der ohne Befehl gehandelt hatte, vorzugehen. Die Schwadron hat aber den Gehorsam verweigert. Der General besitzt das Georgenkreuz und trägt als besondere Auszeichnung die Uniform seines alten Regiments. — Als die Leichen nach Mitau gebracht wurden, war der Anblick der Verstümmelten so entsetzlich, daß starke Männer ihn nicht ertragen konnten. Leute, die in der Mandschurei mitgefochten hatten, und deren Augen und Nerven nicht verwöhnt waren, hatten nichts ähnliches gesehen. Dieses Schicksal aber droht heute allen Deutschen in den Ostseeprovinzen. Im Bezirk

des Rigaer Generalkonsuls gibt es nicht weniger als 14000 Reichsdeutsche. Daß wir die Pflicht haben, diesen Vierzehntausend die Möglichkeit einer Rettung zu gewähren, wird wohl kein Deutscher bestreiten. Die Wege zur Rettung können nach zwei Richtungen geleitet werden. Entweder gewährt die russische Regierung wirklich den Schutz, den zu gewähren sie schon mehrfach zugesagt hat und in den inneren Gouvernements bisher auch tatsächlich gewährt hat, oder aber sie zeigt durch die Tat oder erklärt selbst, daß sie nicht mehr imstande ist, Schutz zu bieten; geschieht das, so tritt die Pflicht derjenigen Regierungen in Kraft, welche auf russischem Boden Staatsangehörige haben. Es ist dabei selbstverständlich ausgeschlossen, daß man, wie nach Wild-Afrika Expeditionen ausschickt, die Einzelnen zu retten. Das verbietet sich von selbst und würde zudem von jeder Nation nicht mit Unrecht als eine Beleidigung empfunden werden. Wohl aber sind die offenen Hafenplätze, zu denen ohnehin in Zeiten der Not alle streben, die nach Rettung ausschauen, die gebotenen Punkte, auf welche eine Hilfsleistung zu richten ist: im jetzigen Augenblick kommen vornehmlich Riga, Reval, Libau in Betracht, aber auch die Häfen von Windau und Pernau sollten nicht übersehen werden. Unsere Regierung hat bereits Schiffe in die drei ersten Häfen abgefertigt. Es fragt sich aber, ob es nicht notwendig ist, zu ihrem Schutz Torpedoboote nachzusenden. In Reval und in Riga haben die Revolutionäre bereits das Heft in Händen. Sie bestimmen darüber, wer ein Rettungsschiff betreten darf und drohen, wo ihr Gebot nicht beachtet wird, das ungehorsame Schiff in den Grund zu bohren. Nun ist ja selbstverständlich, daß ein Schiff, welches die deutsche Flagge trägt, sich nicht von einem eidbrüchigen, revoltierten Pöbel das Gesetz vorschreiben läßt. Es handelt nach Ehre und Gewissen, und ein deutscher Kapitän wird einem Flüchtigen, der von Verbrechern verfolgt wird, den Schutz niemals versagen. Eine Beleidigung der deutschen Flagge oder die (stets mögliche) Vernichtung eines deutschen Schiffes, sowie der Verlust deutschen Lebens kann aber zu Komplikationen führen, die, wenn irgend möglich, vermieden werden müssen. So spitzt sich die Lage wieder auf den Punkt zu, von dem wir ausgingen. Wie es heißt, ist am 14. der Torpedokreuzer „Abrak" aus Kronstadt in Riga eingetroffen, dazu zwei Torpedoboote aus Libau. Zum Abgang nach Riga bereit stehen in Libau

der Kreuzer „Kornilow", das Schulschiff „Okean", die Transporte „Kuban", „Terek", „Anadyr" und ein Torpedoboot. Bestätigt sich diese Nachricht, so bedürfen die nach Riga und Libau entsandten Fahrzeuge keines weiteren Schutzes, wohl aber die Schiffe, die im Hafen von Reval liegen. Wir fürchten jedoch, daß die Nachricht sich nicht bestätigt. Wenigstens ist bisher keine Nachricht vom Eintreffen jenes Libauer Geschwaders in Riga eingelaufen, und dann allerdings wäre es nicht indiziert, daß unsere Schiffe ohne Schutz in die Düna hineinfahren, die von den Revolutionären beherrscht wird. Man sieht, wie schwierig die Lage ist, aber wir haben das feste Vertrauen, daß unsere Regierung den rechten Weg finden und, wie sie es allezeit getan hat, auch aus dieser schweren Krisis mit noch gesteigertem Ansehen hervorgehen wird.

Im eigentlichen Rußland, wir meinen in dem russisch sprechenden, glauben wir die ersten Anzeichen einer Abwendung der gebildeten Elemente von der sozialrevolutionären Tyrannis zu bemerken. Auf den lang andauernden, immer erneuten Rausch beginnt eine Ernüchterung zu folgen, die stetig an Boden zu gewinnen scheint. Der Mensch kann auf die Dauer von Phrasen nicht leben, wenn andere geistige und körperliche Nahrung fehlt. Man beginnt sich nach Herstellung der Ordnung zu sehnen, man bedauert die Zerstörung der alten Erbsitze mit all dem Hausrat der Urväter, an dem nun einmal des Menschen Herz hängt. Und gerade die aufrichtigsten Enthusiasten der neuen „Freiheit" müßten jetzt erkennen, welches die Konsequenzen sind, die der Mushik, der einfältige Bauer, aus ihnen zieht. Ein Beispiel für viele mag genügen. Im Moskauer Kreise verbrennen die Bauern die Landhäuser und Gutsgebäude. So ist, in der Nähe der Nikolaibahn, auch der Landsitz eines Herrn Stanitzki niedergebrannt worden, der früher Landschaftshauptmann war. Die Bauern haben bei ihrer Zerstörungsarbeit mit größter Bestimmtheit erklärt, sie wollten für sich nichts anderes haben als das Land; das gehöre ihnen, und um ihr Recht auf den Grund und Boden nutzbar zu machen, müßten sie natürlich die Gebäude zerstören, da sie anders den Acker, auf dem die Häuser stehen, nicht für ihre Landarbeit brauchen könnten. So zu lesen in der „Nowoja Shisn" (Neues Leben) vom 14. Oktober Nr. 26. Übrigens ist dieses vortreffliche sozialistische Blatt, unter dessen Mitarbeitern wir so gute Bekannte wie die Herren K. Lieb-

knecht und K. Kautsky und Frau Rosa Luxemburg finden, nebst sieben anderen Organen von gleich destruktiver Tendenz jetzt von der russischen Regierung konfisziert und das weitere Erscheinen von der Entscheidung der Gerichte in Abhängigkeit gestellt worden. Das ist endlich ein Zeichen, daß die Regierung keine Neigung hat, sich noch weiter verhöhnen zu lassen. Auch hat der Kaiser gegen die Ausstände, welche das ganze wirtschaftliche Leben Rußlands zu vernichten drohen, Ausnahmemaßnahmen angeordnet. Durnowo und Witte scheinen Hand in Hand zu gehen, und der Kaiser hat aufs neue erklärt, daß er unter allen Umständen an der Verfassung vom 30. Oktober festzuhalten entschlossen sei. Wenn noch ein Funken von Vernunft in der russischen Gesellschaft ist, müßte jetzt der Augenblick eintreten, da sie die Hand zurückzieht, die sie der sozialistischen und kommunistischen Revolution gereicht hat. Wenn es sich ferner bewahrheitet, daß eine Erklärung des Kaisers bevorsteht, durch welche er die Kronsdomänen zur Verpachtung und zum Verkauf an die Bauern reserviert, könnte auch der Agrarbewegung ein Ziel gesetzt werden. Neben allem Trüben glaubt man so von ferne das Aufsteigen eines neuen Tageslichtes zu erkennen.

Aber zunächst überwiegt noch das Trübe: die lettische Revolution mit all ihren Schrecken, gestützt auf die gleich blutige litauische Revolution, die steigende Krisis in Polen mit ihren kaum noch verhüllten separatistischen Tendenzen und endlich das Versagen der Disziplin und der Treue im Heer. Die letzte Emeute in Moskau aber ist ohne Blutvergießen überwunden worden, und auch das kann vielleicht als Anzeichen einer Wendung zum Besseren gelten. Jedenfalls wollen wir es hoffen, denn keine Nation der Welt ist lebhafter daran interessiert, daß die jetzige revolutionäre Krankheit Rußlands überwunden, und zwar bald überwunden wird, als Deutschland.

19. Dezember. Unruhen in Shanghai. Eröffnung der ersten Skuptschina in Montenegro. Verurteilung von Joris und Genossen zum Tode, wegen Attentats auf den Sultan. Vertagung des ungarischen Reichstags auf den 1. März 1906.

20. Dezember. Ankündigung eines neuen Generalstreiks in Rußland. Kaiser Franz Joseph lehnt das Demissionsgesuch des Ministeriums Fejervary ab. Demission des Ministeriums Katsura in Tokio.

21. Dezember. Programmrede Campbell Bannermans in Albert Hall, London. Konstituierung des Ministeriums Theotokis in Athen.

22. Dezember. Nachricht von Erfolgen in Südwestafrika. Hauptmann Kliefoth gefallen.

20.–28. Dezember. Blutige Kämpfe in Moskau. Niederwerfung der Revolte durch General Dubassow. Weitere Ausdehnung der zerstörenden Revolution über Kurland, Livland, Estland. Erstes Einrücken russischer Hilfstruppen.

28. Dezember 1905.

Schon vor acht Tagen glaubten wir die ersten Anzeichen einer sich vorbereitenden Wandlung zum Besseren im Gesamtbilde der russischen Zustände zu erkennen. Es sind danach Tage höchster Krisis gefolgt: ein neuer Generalstreik ward angekündigt und in Angriff genommen; in Moskau schritt die Partei des Umsturzes an die Organisation jener provisorischen Regierung, welche an die Stelle der Monarchie treten sollte; in den drei baltischen Provinzen hielt in äußerster Bedrängnis der treugebliebene Teil der Bevölkerung sich nur noch an wenigen Punkten: ‚in Reval, Riga, Mitau und Libau, aber auch dort nur, so weit die wenig zahlreichen Truppen imstande waren, die Rebellen in Respekt zu halten. Zu einer Offensive schien keine Möglichkeit vorhanden. Das ganze flache Land aber lag und liegt in den Händen der Sozialisten. ‚In Livland waren bis zum 20. nicht weniger als 63 Güter niedergebrannt, in Kurland scheint fast alles zerstört; die letzten Nachrichten berichten von Einäscherungen der Güter und Schlösser von Tondangen, Nurmhusen, Popen. Tuckum, über dessen Katastrophe wir vor acht Tagen berichteten, ist fast ganz niedergebrannt; in Talsen stehen noch 2 Häuser; Goldingen, Windau, Frauenburg, Friedrichstadt, Jakobstadt werden von den Sozialdemokraten regiert; von den anderen kleinen Städten fehlt jede Nachricht. Ebenso ist Litauen in den Händen der Revolution, während sie in Polen noch niedergehalten wird und unter der Asche fort-

glimmt, des Momentes gewärtig, da sie zu offener Flamme sich erheben kann. In vollem Aufstande ist der Kaukasus, die Agrarrevolution geht überall weiter, die Geldnot steigt, der Hunger zeigt sein verzerrtes und begehrliches Gesicht. Überall war bisher das Vertrauen zu den Truppen gering. In Libau, dessen Marinesoldaten Neigung zeigten, dem Beispiel von Kronstadt und Sewastopol zu folgen, hat man für nützlich befunden, 700 Mann zu entlassen, die nachgebliebenen 300 gelten dafür als unbedingt zuverlässig. Von den übrigen Truppen gilt das Festungsregiment für kaisertreu, das Wendensche Regiment, in dem sich viele lettische Offiziere befinden, für unsicher; was aber die Artillerie betrifft, so haben die Offiziere von sämtlichen Kanonen die Verschlüsse abgenommen, so daß jetzt aus keiner Kanone geschossen werden kann. Überhaupt wird auf die technischen Truppen nur geringes Vertrauen gesetzt. Nun scheinen allerdings die Truppen fast überall berechtigten Grund zur Klage zu haben. Unter den Forderungen, die von ihnen in ganz Rußland gestellt werden, sind namentlich zwei, die auf arge Mißbräuche hinweisen. Die Soldaten verlangen, daß die für ihre Verpflegung bestimmten Summen ihnen selbst übergeben werden, damit sie sich durch gewählte Vertrauensmänner aus ihrer Mitte beköstigen lassen können. Und das ist nur billig, da es allbekannt ist, daß jene Verpflegungsgelder eine Einnahmequelle für die Offiziere sind; zweitens bestehen die Soldaten darauf, daß ihnen gestattet werde, Geldbriefe, die für sie eintreffen, selbst von der Post abzuholen. Bisher geschah auch das durch die Offiziere! Es liegt eine furchtbare Anklage in diesen Forderungen, und sie erklären uns Erscheinungen, die in jeder anderen europäischen Armee undenkbar wären.

Die „Nowoje Wremja" vom 24. Dezember veröffentlicht ein Schreiben des Generaladjutanten Skalon, Oberkommandierenden im Warschauer Militärbezirk, welches sehr nachdrücklich auf das falsche Verhältnis hinweist, das zwischen Offizieren und Gemeinen besteht, und eben daraus den Erfolg der revolutionären Propaganda erklärt. Skalon wünscht und befiehlt, daß die Offiziere fortan jeder Propaganda dadurch entgegentreten, daß sie den Soldaten die Trugschlüsse der Theorien nachweisen, durch die man sie zu betören suche. Die Offiziere wiederum seien durch ihre Vorgesetzten aufzuklären, denen durch Hinweis auf einige Artikel der „Nowoje Wremja" ein Finger-

zeig geboten wird, in welchem Geiste diese Unterweisungen zu halten sind. Nun läßt sich ja nicht übersehen, daß die Absicht dieser Kundgebung die beste ist. Wenn nur der Inhalt des Reskripts nicht so entsetzlich trivial wäre und wenn nur einige Wahrscheinlichkeit dafür spräche, daß sich durch schöne Worte verrottete Übelstände und verkehrte Auffassungen von Pflicht und militärischer Ordnung zurechtrücken lassen. Mehr Wert, als diesen von Weisheit triefenden Ausführungen legen wir der Tatsache bei, daß der Kriegszustand in Polen wieder in Kraft getreten ist und daß an der Feindseligkeit, die den russischen Truppen auf polnischem Boden entgegengetragen wird, das russische Nationalgefühl sich wieder aufzurichten beginnt. Namentlich die Ereignisse in Tuckum haben einen ungeheuren Eindruck gemacht. Die Mißhandlung und heimtückische Ermordung der vortrefflichen Rigaer Dragoner wird in ganz Rußland als eine Schmach empfunden.

Auch sehen jetzt sogar die russischen Radikalen in der Organisation der lettischen Republik — der ersten in Rußland — einen Schimpf. So haben sie es nicht gemeint. Sie haben ihre Revolution weder gemacht um drei lettische Konsuln auf den kurulischen Stuhl zu setzen, noch um dem Herrn Maxim Gehrmann, dem jüdischen Diktator von Riga, den Weg zur Diktatur über die künftige russische Föderativrepublik zu ebnen. Man hat den lettischen Sozialdemokraten und den jüdischen Sozialrevolutionären Beifall geklatscht, solange sie sich begnügten zu zerstören und jenen baltischen Deutschen, welche allein im weiten russischen Reich auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit und der Kaisertreue blieben und den Wahnsinnsrausch der russischen Intelligenz nicht mitmachten, womöglich für alle Zukunft den Boden zu verleiden, auf welchem sie seit über 700 Jahren den Gedanken des Zusammenhanges mit den Idealen und der Kultur des Abendlandes repräsentieren. Daß aber die Letten sich nicht nur an die Stelle der Deutschen setzen, sondern sogar, und zwar zumeist, die Russen, aus dem Lande drängen wollen, das hat man weder erwartet, noch ist man geneigt es zu dulden. Die lettische Republik mit allen ihren Häuptern hat keinerlei Gnade zu erwarten, und wir müßten uns sehr täuschen, wenn nicht ihre höchsten Spitzen einmal von erhöhtem Standpunkte aus ihre Betrachtungen über die Wandelbarkeit irdischer Dinge anstellen sollten. Das wesentlichste aber ist, daß die

Moskauer Revolution gewaltsam und dieses Mal ohne Schwäche niedergeworfen wird, und daß überall im Lande mit elementarer Kraft die Massen sich gegen den oktroyierten Generalstreik zu erheben beginnen. Es läßt sich schon jetzt sagen, daß er kläglich zusammenbrechen wird, wenn die Regierung nur einigermaßen ihre Nerven behält — sie hätte bei etwas mehr Kaltblütigkeit schon den ersten Generalstreik überwinden müssen. In dem jetzt bevorstehenden ungeheueren Katzenjammer — man verzeihe den trivialen Vergleich —, wenn deutlich zutage tritt, wie viele Millionen Menschen durch den Fanatismus der Sozialterroristen aufs äußerste geschädigt worden sind, wird auch die Aureole der sozialistischen Doktrin verschwinden. In Rußland wenigstens, und nichts ist wahrscheinlicher, als daß die Enttäuschung des Volkes sich an denen rächen wird, die es an der Spitze einer Bewegung sieht, für die es mit Betrug gewonnen wurde und deren Irrtümer es mit seinem Blute, mit dem Rest seines gewiß sehr bescheidenen Wohlstandes, und mit den notwendigen Folgen der Frevel wird bezahlen müssen, die in dem Rausche des Fanatismus von ihm begangen worden sind. Die Anzeichen für diese Wendung der Dinge treten uns bereits mehrfach entgegen. In Jeletz (Gouvernement Orel) hat der Eisenbahnstreik zu Unruhen geführt, deren Losungswort war: Man muß die Eisenbahner erschlagen, sie haben uns unseren Verdienst und unser letztes Stück Brot geraubt! Die Duma der Stadt hat erklärt, daß sie keinerlei revolutionäre Komitees anerkenne und die Regierung um verstärkten Schutz und um ein neues Gesetz gegen die Streiks gebeten. Im Kischenewschen ist es zu einer neuen Judenhetze gekommen; in Kiew, wo der Ingenieur Abrahamson den Ausstand leitet, hat sich ein Zentralkomitee zur Aufrechterhaltung gesetzlicher Ordnung gebildet und gegen die Pflichtversäumnis der Beamten protestiert, die den kleinen Leuten die Möglichkeit rauben, zu arbeiten und zu erwerben; in Wilna haben in einer Versammlung von 796 Eisenbahnern 427 sich gegen den Generalstreik ausgesprochen, 50 dafür, 319 sich der Abstimmung enthalten; die letzteren, die allerfeigsten, denn es war geheime Abstimmung. Aus Kungur telegraphiert die Duma, daß der Streik der Post- und Telegraphenbeamten der Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft ungeheure Verluste verursache und das zu einer Zeit, da das Land schwer unter dem Mißwachs zu leiden habe; in Iwanowo Woßnessensk telegraphieren die

Bauern mehrerer Fabriken dem Grafen Witte: „Wir, 10000 Arbeiter, wenden uns an Sie mit der untertänigen Bitte, uns zu helfen. Infolge des Eisenbahnstreiks werden uns weder Lebensmittel, noch Baumwolle, noch Garn zugeführt, und deshalb können unsere Fabriken jeden Augenblick geschlossen werden, und wir Arbeiter bleiben dann ohne ein Stück Brot. Infolgedessen wird uns die äußerste Not zu Unordnungen zwingen, da doch in dieser ganzen Zeit es auf unseren drei Fabriken weder Unordnungen noch Ausstände gab, und wir wollen durchaus nicht, daß uns die Not dazu treibt. So hoffen wir denn, daß Sie auf unsere Bitte die Eisenbahner zwingen werden, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Auch werden wir auf das schlimmste durch die Post geschädigt, welche keine Briefe von uns annimmt." (Folgen die Unterschriften.)

Gegen die am Streik teilnehmende Station Semibratowo der Moskau-Jaroslawer Linie haben sich Tausende von Bauern zusammengetan und dem Stationschef erklärt, daß, wenn bis zum 24. die Züge nicht wieder in Gang gebracht seien, sie wiederkommen würden, um die Station und die Wasserleitung zu zerstören und mit den Beamten abzurechnen. Auch die Station Jaroslaw ist von einer auf 10000 Köpfe geschätzten Masse bedroht worden, ähnlich die Station Schtschelawko. Die Beamten der Station Pawlowo und Orechowo haben an das Streikkomitee in ihrer Todesangst das folgende Telegramm geschickt: „Wir protestieren gegen den Generalstreik, er bringt nur unsagbares Unheil für uns Beamte wie für das Volk, zumal jetzt vor den Feiertagen. Die Umwohner und die Arbeiter drohen die Station zu zerstören und uns alle zu erschlagen. Wir wollen arbeiten und bitten alle Eisenbahner, sich mit uns zu vereinigen und den Streik aufzugeben." An vielen Orten hat die durch den Streik erbitterte Bevölkerung sich auf die in den Bahnhöfen liegenden Waggons gestürzt und sie geplündert. So in Nikolajewka (an der Kasaner Bahn) 50 Waggons mit Lebensmitteln, in Jaroslaw 20, in Moskau haben sie das Packhaus der Nikolaibahn ausgeplündert, das allerlei Eßbares enthielt usw. Was wir hier zusammengestellt haben, sind aber Nachrichten von einem Tage!

Natürlich stehen dem die Nachrichten gegenüber, die aus den Orten stammen, an denen der Ausstand sich zunächst noch behauptet: aber gerade an den wichtigsten Mittelpunkten der revolutionären

Bewegung hat die Regierung energisch eingegriffen. Vor allem in Moskau, wo der siegreiche Kampf der Regierung mit der Revolution nur ein beschränktes Karree umfaßte, während der größte Teil der Stadt wie in gewöhnlichen Tagen der Arbeit und dem Vergnügen nachging. Es läßt sich aber hoffen, daß es gelungen ist, der Führer habhaft zu werden und daß sie dieses Mal ihrer wohlverdienten Strafe nicht entgehen werden. In Kiew sind gegen 50 Mann verhaftet worden, in Orel der Leiter des Aufstandes, und ebenso ist in Charkow, Petersburg und Warschau energisch vorgegangen worden. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß die Tage der Nemesis nahen. Wenn jetzt der Zar in das zur Ordnung zurückgeführte Moskau ziehen, die Verfassung vom 30. Oktober beschwören, sich aber nicht zu weiteren Zugeständnissen herablassen wollte, könnte er sicher sein, daß ihm die ungeheuere Überzahl des Volkes vom Bauer bis zu den Semstwoleuten, die große Masse der Arbeiter mit eingeschlossen, zujubeln und zu ihm halten würde. Strenge gegen die Anstifter und Führer, Barmherzigkeit gegen die Betörten, Herstellung der Geltung von Gesetz und Recht, das müßte die Losung sein! Dann wird sich auch daran denken lassen, die Ordnung in den Grenzprovinzen herzustellen und dem Wahnsinn der lettischen und litauischen Rebellen zu steuern. Auch dort handelt es sich um eine kleine Schar von Terroristen und eine große feige und verführte Masse. Auch dort wird Strenge und Barmherzigkeit, vor allem aber Gerechtigkeit die Losung sein müssen!

Doch wir verlassen dieses Problem der aktuellen russischen Revolution, um uns einem wichtigeren Problem von größter allgemeiner Bedeutung zuzuwenden.

Das Jahr 1905 wird in der Geschichte der Menschheit dadurch von unvergänglicher Bedeutung sein, daß es zum ersten Male die Sozialdemokratie an der Arbeit des Aufbaues ihrer Staatsideale gezeigt hat. Mit welchen Mitteln hat sie gearbeitet und was hat sie geschaffen? Wir wollen in aller Kürze beide Fragen beantworten. Über die Kampfesmittel instruiert uns die berühmte Schrift von Plechanow: „Der Sozialismus und der Kampf", die 1883 erschien und nach deren Rezepten die russische Revolution aufgebaut worden ist. Er ist der erste gewesen, der den Rat gab, daß die Sozialdemokratie den bürgerlichen Radikalismus und den Kapitalismus in seinen Aus-

schreitungen nicht bekämpfen solle. Der Radikalismus schaffe politische Formen, unter deren Schutz der Sozialismus sich unbehindert ausbreiten könne, der Kapitalismus erziehe ein Proletariat, das früher oder später mit Hilfe des von den Radikalen erkämpften allgemeinen Stimmrechtes die Mehrheit erlangen werde und dann mit beiden Verbündeten, Radikalen und Kapitalisten, abrechnen könne. Nach mehrjährigen heftigen theoretischen Kämpfen schlossen sich die verschiedenen sozialistischen und revolutionären Gruppen dieser Theorie an. Zu Anfang der 90er Jahre schritten sie ans Werk. Mit großer Sorgfalt verbarg man den Arbeitern zunächst das politische Programm, für das sie gewonnen werden sollten, man vermied vorsichtig jeden Angriff auf den Zaren. Nicht er, nur die Beamten seien schuldig. Man trat nur für wohlberechtigte materielle Forderungen ein. Denn die russische Fabrikindustrie trat in fiebrischer Hast ins Leben, ohne durch eine Gesetzgebung sozialer Fürsorge geregelt und gesittigt zu werden. 1894 wurde so der erste Ausstand in Petersburg herbeigeführt. Er scheiterte, und während die Regierung keinerlei Lehren aus ihm zog, wurde von ihren sozialdemokratischen Führern den Arbeitern gezeigt, daß sie einen Streikfonds anlegen müßten, wenn sie siegen wollten. Dann kam der große Streik während der Krönung im Sommer 1896. Und hier gelang es den Sozialdemokraten zum ersten Male, eine politische Forderung in das Programm der Arbeiter einzuschwärzen: den Achtstundentag, der bei der geringen Arbeitsleistung russischer Fabrikarbeiter auf diesem Boden ein noch größerer Nonsens ist als im Abendlande. Auch dieser Streik kam nicht zum Ziele; aber von da ab wurden die Sozialdemokraten die Führer der Arbeiter. Die Erziehung zur Revolution hat dann noch weitere acht Jahre gedauert und durch eine lange Reihe von Ausständen, sowie durch eine Flugschriftenliteratur von wahrhaft erstaunlicher politischer Perversität wurde die Aktion vorbereitet, die am 22. Januar dieses Jahres durch den Popen Gapon zum erstenmal die Arbeiter zum Angriff geführt hat. Das Programm, das er vertrat, enthält bereits alle diejenigen Forderungen, in welche die russischen Sozialdemokraten die „Intelligenz", d. h. den zum Radikalismus ausgewachsenen Liberalismus, zu treiben verstanden hatten.

Wir wollen nicht vergessen, daß ein mächtiger Verbündeter der Revolution in dem Grafen Leo Tolstoi erstanden war, der durch

seinen Sozialkommunismus den Begriff des Staates auflöste, und in jenem Maxim Gorki, der die Begriffe „gut und böse" überhaupt beseitigte, um das Recht tierischer Instinkte frech zu verkündigen. Wir wollen hier nicht erzählen, wie die zum Teil ungeschickten Reformanläufe der Regierung, auch wo die besten Absichten vorlagen, im Keime verdächtigt und in der Ausführung behindert wurden, auch die allbekannten Sünden der russischen Bureaukratie nicht noch einmal herzählen. Das alles, sowie die Rückwirkung des unseligen japanischen Krieges, ist von den sozialistischen Führern der russischen Revolution mit diabolischer Klugheit und Gewissenlosigkeit ausgenutzt worden. So fiel die Bulyginsche Verfassung; so wurden die einst heiß ersehnten Bestimmungen der Verfassung vom 30. Oktober dem Volke verketzert und zum Ekel gemacht; so wurde — und dies ist die niederträchtigste Aktion der Revolutionäre — der gesamte Bauerstand durch gefälschte zarische Manifeste von Agenten in der Uniform zarischer Generaladjutanten in jene Agrarrevolution hineingehetzt, die wie eine Flut allmählich das flache Land Rußlands überzogen hat. Und die Führer des ganzen sind Zöglinge von Marx und Genossen, teils russische Studenten und Studentinnen der Schweizer Universitäten russischer Nationalität, noch häufiger strebsame Judenjünglinge, Affiliierte des „Jüdischen Bundes", die Herren Blumenthal, Golde, Stückgold, Hirschmann, Gehrman und wie sie alle heißen mögen; teils — und das gibt eine neue Gruppe — Letten, die den Sozialismus aus erster Quelle in Deutschland geschöpft oder aus zweiter Hand von jüdischen und russischen Lehrern aufgenommen haben. Und dieser lettischen Revolution ist nun gelungen, was ihre russischen Genossen nicht vermocht haben und was ihren deutschen Lehrern nie gelingen wird: den sozialistischen Zukunftsstaat in Wirklichkeit aufzubauen. Sie haben es getan mit allen Mitteln der Hinterlist und Tücke, die dieser Rasse eigen sind. Sie sind plötzlich über diejenigen hergefallen, von denen sie gestern noch den Hut gezogen; sie haben diejenigen kaltblütig ermordet, die sie kurz vorher in feierlichem Empfang mit Ehrenpforten und Gastgeschenken begrüßten; denjenigen das Dach über dem Kopfe angezündet, von deren Wohltaten sie selbst und ihre Väter seit Generationen lebten; überall zerstörend und vernichtend, geführt meist von Juden, aber fest entschlossen, auch unter ihnen aufzuräumen, wenn sich erst die volle Gewalt in ihren Händen konzentrierte. Daß die

vereinzelten Edelhöfe, die Pächter, die Förster in ihren Waldungen sich vor den überall in bewaffneten Scharen auftretenden Bauern auf die Dauer behaupten konnten, war ausgeschlossen, weil die selbst revolutionär gesinnten russischen Beamten die Bewegung eher förderten als hemmten. Die Gouverneure versagten und die öffentliche Meinung Rußlands, soweit sie in der Presse zum Ausdruck kam, sah mit offenkundiger Schadenfreude den materiellen Ruin eines Landes an, das sich trotz aller Russifizierungsbestrebungen in seinem Kern doch deutsche Ehrenhaftigkeit und deutsche Gesittung gewahrt hat. Noch in ihrer letzterschienenen Nummer hat die „Nowoje Wremja" es möglich gefunden, die Schuld an dieser lettischen Revolution den Deutschen zuzuweisen.

Und nun das Resultat — das blühende und reiche Kurland ist heute ein Haufe rauchender Trümmer — ebenso das halbe Livland. Fast alle Pastoren, Landärzte, die Bewohner der kleinen Städte, haben, um das nackte Leben zu retten, flüchten müssen nach Reval, Dorpat, Riga, Mitau, Libau. Das sind die unsicheren Oasen in der Sandwüste des sozialistischen Paradieses. Die gesamte Verwaltung der Gemeinden der kleinen Städte liegt in den Händen ungebildeter, roher und blutbefleckter Bauern; an der Spitze ein fanatischer Jude und als Programm die kommunistisch-sozialistische Republik, in der die Ordnung aufrecht erhalten wird durch einen eisernen Terrorismus, der die Prügelstrafe als reichlich angewandtes Bekehrungsmittel überall dort handhabt, wo der Gehorsam diesen unerträglichen Zuständen gegenüber versagen will. So sieht diese sozialistische Lettenrepublik ohne Religion, ohne Wissenschaft, ohne Kulturideale aus, getragen vom Gedanken der Gleichheit in der Niedertracht, regiert mit Revolver und Stock, ein Idealstaat, in dem wir denjenigen Männern einen Platz wünschen, die unser deutsches Volk in gleichen Wahnsinn hineinzutreiben bemüht sind. Das ist die lettische Revolution. Und die russische? Wir hoffen, sie liegt bald am Boden; aber wir hoffen auch, daß es noch möglich sein wird, diejenigen unserer Blut- und Stammesgenossen, welche jene Sturmtage überlebt haben, aus dem Chaos zu retten. Wie dann den Geschädigten ihr Recht und dem Verbrechen seine Sühne werden soll, das ist eine Zukunftsfrage, an deren glücklicher Lösung wir nicht verzweifeln wollen.

Sachregiſter.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abd el Aziz, Sultan 158. 164.
Abdelkader 106.
Abeſſin. Deutſcher Handelsvertrag 95.
Abrahamſon, Ingenieur in Kiew 392.
Aden u. England 126. 143.
Aderkaß, Ermordung 375.
Adriat. Meer 132.
Afghaniſtan 140. 142.
— Emir 252.
— u. England 103. 203.
— engl. Einfluß 87.
— u. ind. Regierung 67.
— u. Rußland 265.
— Rußland u. England 280.
Afrika, Deutſch-Oſtafrika
— — Aufſtände 239.
— — Truppen 259.
— u. England 142.
— Englands Stellung 364.
— Kaiſer 202.
— Südafrika 21. 53. 94. 182. 313.
— — Afrikaner 53.
— — britiſch 323.
— — Buren 53.
— — Burenpartei 225.
— — Chineſenfrage 85.
— — engl. Politik 68.
— — Holländer 53.
— — Regierung, verantwortl. 52.
— — Selbſtändigkeit 53.
— Südweſtafrika, Aufſtand 191.
Afrika, Wochenſchrift 202.
Afrikander 85.
Ägypten 126. 128. 142. 143. 144.
— u. England 110
— u. Indien 140.
Albanien 132.
— u. Öſterreich 58.
„Aldeberan", ſchwed. Dampfer 72.
Alexander I. 137. 165. 260.
Alexander II. 113. 165. 260. 328.
Alexander III. 331.
— in Kronſtadt 321.
Alexejew, Admiral 26. 151. 183. 218. 239.
Alfons v. Spanien 173.
— Attentat 158.
— in Berlin 325.
— in England 158.
— in Wien 334.
Algeciras, Konferenz 287. 354. 379.
Algier 106. 128. 135. 164.
Amerika 211.
— u. China 313.
— engl. Soldaten 251.
— Geſchwader Philippinen 54.
— u. Haiti 50.
— Handelsvertrag m. Deutſchl. 363.
— öff. Meinung f. Rußland 257.
— Südamerika Japan. Handelsagenturen 285.
— u. Südſee 284.
— u. Venezuela 50.
— Verein. Staaten 54. 67. 164. 177.
— — u. Deutſchland 278.
— — Schiedsverträge 68.
Amurgebiet u. Japan 159.
Andraſſy, Graf 44. 45. 305.
Antonowitſch 152.
Apponyi, Alb. Graf 209. 305.
Arabien 126. 127.
— Aufſtand 190.
— u. England 121. 142.
— engl. Einfluß 104. 204.
— u. d. Pforte 259.
Archdeakon, engl. Abgeordn. 109.
Argentinien Belagerungszuſtand 43.
Armenier 148.
— u. Mohammedaner 196.
— u. Tartaren 61.

Army and Navy Gazette 177. 230.
Aſien 283.
— u. England 142.
— Englands Stellung 364.
— u. Europa 162. 163.
— Oſtaſien, Amerikan. Politik 51.
— Japans Macht 204.
— ruſſ. Seemacht 178.
— Süd u. Zentral Aſien 203.
Asquith, engl. Finanzmin. 54. 231. 380.
„Aurora", ruſſ. Kriegsſchiff 72.
Aurore 243. 312.
Auſtralien 21. 53. 366. 367.
— Commonwealth 365.
— u. d. Hebriden 313.
— u. Japan 313.
— Japan. Handelsagenturen 285.
— u. Kanada 333.
— Unabhängigkeitspartei 246.
Aveburn, Lord 353. 381.
Azcarraga, Miniſterium Rücktritt 36.

B.

Baffo, E. Präſ. v. Paraguay 372.
Baikalſee 161.
Baku 141.
— Armenier u. Tartaren 61.
— Aufſtand 277.
— Gemetzel 222.
Balfour, engl. Miniſterpräſident 70. 71. 141. 231. 254. 335. 336. 355.
— u. d. Arbeitsloſen 336.
— u. Chamberlain 49.
— Kabinett 68. 199. 220. 228. 250. 298.
— — Mißtrauensvotum 225.
— — Rücktritt 363.
— Rede üb. d. engl. Weltſtellung 140.
— u. Südafrika 94.
Balkan 23. 57.
— engl. Thronrede 65.
— Frage 55. 88.
— u. Frankreich 66.
— Gärung 314.
— Handelsintereſſen Italiens u. Öſterreichs 5.
— u. Italien 66.
— Italiens Politik 5.
— u. Öſterreich Ungarn 65.
— ruſſiſch öſterreich. Abkommen 58.
— u. Rußland 6. 65.
Baltiſches Meer 231.
Baltiſche Provinzen 114.
— Deutſche 258. 381. 391.
Baltiſche Provinzen, Deutſchenhaß 198.
— jüd. Anarchismus 340.
— Revolution 197. 340.
— Unruhen 147. 219.
Bancroft, Hub. H. 284.
Banffy 44. 305.
Barclay, Sir Thomas 253.
Batum, Eiſenbahn 207.
— engl. Konſulat 141.
— Unruhen 206.
Baudouyn de Courtenay, Profeſſor 375.
Bebel, Aug. 377.
Behringsbai, Fiſchereirecht 264.
Belgien 164. 173.
— Handelsvertrag mit Dtſchl. 36.
— u. Kongoſtaat 202.
Bengalen, Teilung 282.
Ben Raſchid 126.
Ben Said 126.
Berlin, Älteſten d. Kaufmannſchaft 381.
Berliner Tageblatt 245.
Berteaux, franz. Kriegsminiſter 46. 245. 337.
— Rücktritt 334.
Beſobraſow 239.
Beſſarabien, Unruhen 147.
Beuſt, Graf 133.
Beveridge, Senator 284.
Bialyſtok 188.
— Ausſtand 208.
— jüd. Revolution 196.
— Polizeimeiſter, Ermordg. 78.
Bihar, General, ungar. Miniſter 314.
Björkö 233.
— Friedensverhandlungen 272.
Birilew, ruſſ. Marineminiſter 201. 221. 273.
Birſhewyja Wjedomoſti, 13. 14.
Bismarck, Fürſt 43. 202.
Biſtramb, Baron 237.
Blennerhaſſet, Sir Rowland 184. 199.
Blonde Inſeln, an Japan 264.
Blumenthal 396.
Böhmen, Wahlrecht 333.
Boekmann, ruſſ. General 292. 341. 343.
Bombay 282.
Bosnien 132.
Bosniſch herzegowin. Frage 88.
Bosporus, ruſſ. Kriegsſchiffe 56.
Botes, J. W. 276.

Brasilien u. Deutschland 381.
— Monarchie 112.
Brest, Kriegsarsenal 337.
Brest Litowsk, Ausschreitungen 165.
Brünn, deutschfeindl. Kundgebg. 277.
Bugeaud, franz. Marschall 106.
Bulgaren 6.
— in Mazedonien 66. 113.
Bulgarien 67. 88. 314.
— Finanzen 46.
Buller, General 243.
Bulletin du comité de l'Asie-Française 142.
Bülow, deutsch. Reichskanzler 20. 44. 293. 376. 379.
— Erhebung in d. Fürstenstand 158.
— u. Jaurès 201.
— Interview 19.
— u. russ. jap. Friede 269.
— u. Tittoni 277.
— u. v. Vollmar 95.
Bulygin, russ. Minist. 89. 112. 119. 208. 218.
— Verfassung 175. 222. 241. 259. 301. 318.
Bureau Reuter 303.
Buren 85. 94.

C.

de Cair, R, 255, 349.
Campbell-Bannerman 52. 54. 231. 356. 363. 368.
— Kabinett 200. 372. 379.
— Programmrede 389.
Campenhausen-Jürgensberg, Baron 375.
Cantakuzeno, Ministerium 9.
Caspi-Naphta-Syndikat 141.
Castellane, Comte de 55. 56. 108.
Castro, Präsid. 51. 103.
Chamberlain 53. 70. 71. 141. 225. 335. 355. 364. 366.
— u. Balfour 49.
— Imperialismus 278.
— Protektionismus 52.
Chanefiten 126.
Charbin 161.
— Meutereien 372.
— ostchines. Bahn 264.
Charkow 64.
— Aufstand 340.
— Bauernrevolten 63.
— Unruhen 147.
— Verhaftungen 394.
Cherbourg, Kriegsarsenal 337.
Chili, deutsche Truppen 316.
Chilkow, russ. Fürst 112.
China 217.
— u. Amerika 313.
— u. Deutschland 51.
— Eisenbahnen 264.
— ostchines. 264.
— u. England 51.
— u. Frankreich 51.
— fremdenfeindl. Elemente 51.
— u. Japan 95. 204.
— Integrität 51. 240. 284.
— u. Italien 51.
— Mandschur. Eisenbahn 9.
— Neutralitätsverletzung 24.
— Russ. chines. Bank 9.
— u. d. Tibetvertrag 49.
— Vertreter in Kalkutta 67.
Chorunschenkow, russ. General 385.
Chosain 147.
Christen u. Türken 6.
Churchill 231.
Cleinow, Georg, Dr. 301.
Clellan, Bürgermeister v. Newyork 325.
Clemenceau 243. 245. 312. 321.
Cohen, Benjamin 380.
Combes, französ. Minister 23. 45. 46.
— Präs. Kandidat 233.
— Ministerium, Demission 18.
Courrier Européen 190. 223. 372.
Courtney, Leonard 368.
Coverville's, de 61.
Cowdor, Lord 250.
Curzon, Lord 204. 251. 259. 281.
— u. Kitchener 265.
Czetvertinski, Fürst 350.

D.

Dabirt, Präsident 363.
Daily Graphic 226.
Daily Mail 215.
Daily Telegraph 75. 226.
Dalny 281. 300.
— Freihafen 9.
— an Japan 264.
Dambrowa 311.
Dänemark 164.
— Ministerium 45.
— Ministerium Christensen 18.
— Ministerwechsel 23.
Dardanellen, Flottendemonstration 351.

Dardanellen, ruſſ. Kriegsſchiffe 56.
Dar es Salaam 277.
Aufſtändiſche 343.
Eiſenbahn 52.
Delbrück, Profeſſor 245.
Delcaſſé, franz. Miniſter 24. 46. 48. 56. 66. 73. 76. 98. 103. 105. 107. 108. 111. 113. 126. 128. 131. 133. 134. 135. 145. 161. 163. 170. 171. 179. 185. 201. 203. 211. 212. 233. 244. 245. 253. 254. 295. 296. 312. 321. 332. 378.
Demiſſion 158.
Entente mit Italien 5.
u. Rooſevelt 69.
— Rücktritt 168.
Delyannis, griech. Min. 121.
Ermordung 165.
Dépêche de Toulouse 303.
Déroulède 369.
Deſchanel, franzöſ. Miniſter 24.
Deutſche in Öſterreich 45.
Deutſchland 132. 164. 177. 211.
— abeſſin. Handelsvertrag 95.
amerikan. Handelsvertrag 363.
u. Braſilien 381.
u. China 51.
— u. Delcaſſé 145.
u. England 103. 163. 170. 336. 353. 368.
Englands Kriegserklärung 50.
engl. dtſch. Beziehungen 19.
— u. engl. Flotte 49. 50.
engl. franz. ruſſ. Bündnis 56. 278.
engl. Gefahr 170.
— engl. Krieg 185.
engl. Verleumdungen 49.
Flotte 21. 73. 171.
in iriſch. Gewäſſern 231.
— u. Frankreich 111. 145. 162. 201. 244. 253. 312.
Friedensliebe 227.
— Haltung geg. Rußland 96.
— Handelsmarine 75.
— Handelsverträge 61.
m. Belgien 36.
m. Italien 36.
— — m. Öſterreich 26. 36. 201.
— — m. Rußland 36.
— — m. d. Schweiz 36.
— — m. Serbien 36.
Handelsvertragsverhandlungen 43.
Induſtrie 44.
Iſolierung 168.
Kanalvorlage 105.
Deutſchland u. Kleinaſien 96.
u. Kongoſtaat 202.
— Krieg m. Engl. 171.
Krieg m. Frankreich 180.
Landwirtſchaft 43.
— Lee'ſche Provokation 67.
— Marine u. England 163.
— Marine-Traditionen 75.
— u. Marokko 103. 172. 180. 213. 267. 379. 382.
— u. Mittelmeer 296.
— u. Öſterreich 132.
— u. Perſien 96.
— u. ruſſ. Revolution 376.
— u. Rußland 95. 293. 349.
— Seemacht 74. 369.
— Teilung Öſterr. 322.
— u. d. Tibetvertrag 49.
u. Türkei 96.
u. Verein. Staaten 278.
Djibuti 135.
— ruſſ. Geſchwader in D. 17.
Dilke, Sir Charles 184. 283. 382.
Doggerbank 67. 71.
Kommiſſion 26.
— — Spruch 70.
Dolgoruki, Fürſt 145.
Dondangen 389.
Dorpat ſiehe Jurjew.
Doumer, franz. Kammerpräſid. 24. 233.
Dreibund 244.
Dſchumnathal u. England 49.
Dubaſſow, ruſſ. General 389.
Dubief, franz. Miniſter 338.
Dubienski, poln. Graf 340.
Dudley, Vizekönig von Irland 70.
Durnowo 388.

E.

Earl of Selbourne 21.
Earl of Spencer 231.
Eaſtern World 282.
Eclaire 160.
Eduard VII. 162. 163.
— in Iſchl 250.
— u. Loubet 105. 113.
— Thronrede 250.
Elgin, Lord 380.
Elliot-Inſeln an Japan 264.
England 168. 211. 369.
— Abkommen m. Frank. 144.
u. Aden 126. 143.
— in Afghaniſtan 103. 140. 203.

England u. Afrika 142.
— u. Ägypten 110. 144.
— alliance anglo-russe-française 73.
— Alliance Israélite 380.
— antideutsche Agitation 19. 53.
— u. Arabien 127. 142.
— Armee 243.
— u. Asien 142. 294. 295.
— u. Balkan 65.
— u. d. baltische Flotte 19.
— Blaubuch 49.
— u. Bosporus 56.
— Burenkrieg 183.
— u. China 51.
— Dampfer Untergang 277.
— u. Dardanellen 56.
— deutsch. engl. Beziehungen 19.
— u. deutsche Flotte 243.
— deutsche Gefahr 181.
— Deutschenhetze 184. 336.
— deutsche Invasion 169.
— deutscher Krieg 185.
— u. Deutschland 103. 163. 170. 336. 353. 368.
— Dschumnathal 49.
— Einfluß in Arabien 104.
— Einwanderung 252.
— Eisenbahnen 141.
— Feindseligkeit geg. Rußl. 13.
— Flotte 21. 49. 53. 73. 203.
— Flottendemonstration 297.
— Flottenmanöver 122.
— Flottenmobilisierung 297.
— u. Frankreich 48. 49. 54. 112. 143. 199. 278. 303. 312. 332. 364.
— — gegen Deutschl. 211.
— u. Frankreichs Neutralitätsbruch 129.
— franz. Abkommen 6. 8. 54. 67. 70. 94. 108. 354.
— franz. Allianz 128. 214. 297. 313.
— u. franz. Flotte 267.
— u. franz. russ. Bündnis 55.
— Gentleman in d. Politik 49.
— Geschwader in d. Ostsee 230.
— im Großen Ozean 283.
— Haltung geg. Rußland 96.
— u. Japan 54. 128. 162. 178. 224. 335. 364.
— japan. Bündnis 53. 55. 129. 203. 265. 277. 285.
— Imperialisten 227.
— u. Indien 87. 142. 280. 282.
— indische Armee 120.
— indischer Telegraph 141.
England u. d. Islam 142. 143.
— Kabinett 70.
— Kanalgeschwader 259. 268.
— Kieler Kanal 297.
— u. Kleinasien 140.
— Klondyke Retirade 333.
— Kohlen in Ostsee 230.
— Kolonien 21. 364. 365.
— Kolonialkonferenzen 365.
— Konservative 53. 232.
— Krieg m. Deutschl. 214.
— Kriegserklärung an Deutschl. 50.
— Landesverteidigung 275.
— Liberale 53. 336. 355.
— liberales Kabinett 363.
— liberale Wahlbewegung 52.
— Marine 278.
— — u. Deutschl. 163.
— Ministerium 225.
— — Balfour 49.
— u. Mittelmeer 49.
— Neutralität 65. 133.
— am Nil 127.
— u. d. Nordsee 49.
— u. Norwegen 278.
— Oberhaus 231.
— öffentl. Meinung 183.
— u. ostasiat. Gewässer 129.
— Parlament 181. 250.
— — Auflösung 53.
— — Eröffnung 52. 65.
— u. Persien 140.
— Politik, außereurop. 67.
— — auswärt. 65.
— Politiker 177.
— u. Portugal 65.
— Presse 169. 199. 382.
— Provokation Deutschl. 67.
— Regierung 200. 228.
— Reichsrat 366.
— Reichsverteidigungskomitee 367.
— am roten Meer 127.
— russ. Krieg 67.
— u. Rußland 54. 140. 158. 253. 294. 332.
— Schiedsverträge 67.
— Schleswig-Holstein 297.
— u. Somaliland 95. 128.
— span. Bündnis 174.
— Sport 275.
— u. Südafrika 53. 68. 323.
— u. Sudan 142.
— u. Suezkanal 127.
— u. Tibet 142. 203.
— tibetan. Feldzug 67.

England, Tibetvertrag 19.
— u. tolle Mullah 142.
— u. Transvaal 142.
— u. Turkei 190.
— u. Turkestan 120.
— Turnmei zur See 313.
— Unterhaus 140. 231.
— unlogisches Volk 183.
— Wehrpflicht, allg. 8. 243.
— Weltstellung 140. 203.
— — Afrika u. Asien 364.
— Zeitungen 18. 19. 20.
Eriwan, Muham. u. Armenier 148.
Erlungschan, v. Japan erobert 1.
Esten 360.
— u. russ. Kirche 114.
Estland, Unruhen 147. 389.
Etienne, franz. Minister 24. 337.
Europa u. Asien 162. 163.
Europe coloniale 47. 48. 76.
Eydtkuhnen, Eisenbahn 325.

F.

Feilitzsch, Baron 314.
Fejervary, ung. Min. Präsid. 189. 210. 246. 277. 299. 304. 305. 314.
— Demission 389.
Ferdinand, Fürst v. Bulgarien 314.
— Reise nach Berlin 58.
Fez 57. 75. 106. 108.
— franz. Gesandte 18.
Figaro, 55. 131. 215. 253. 313. 371.
Figig 124.
Finland, Aufstand 331.
— Landtag 325.
— Revolution 198. 340.
— Verfassung 242.
— Waffensendungen 293.
Fister, Sir John 21.
Fitzgerald, Lord 177.
Fölkersahm, russ. Admiral 72.
Fortis, ital. Minister 78.
Fortnightly Review 21. 184. 215. 368.
France militaire 215.
Frankfurter Frieden 169.
Frankreich 126. 168. 369.
— u. Algier 287.
— Alliance anglo-russe-française 73.
— — engl. 128. 214. 297. 313.
— — franco-russe 17. 47. 48.
— auswärtige Politik 24.
— u. Balkan 66.
— u. China 51.
Frankreich u. Deutschland 111. 145. 162. 201. 212. 244. 252. 253. 312.
— Doumer, Kammerpräsid. 24.
— u. Ägypten 127.
— u. England 47. 48. 49. 54. 112. 143. 212. 278. 303. 312. 332.
— u. engl. Flotte 267.
— Englands Helfer 244.
— engl. franz. Abkommen 54. 67 68. 94. 108. 144. 170. 354.
— England u. Rußland 162.
— u. ferne Osten 255.
— Flottenvergrößerung 73.
— Haltung geg. Rußland 13. 96.
— — geg. Rußl. u. Japan 24.
— haute finance 98.
— u. Hinterindien 87.
— u. Japan 16. 47. 112. 134. 135.
— u. japan. Kriegsanleihe 46.
— u. Italien 132.
— Kammerverhandlungen 337.
— Kirche u. Staat 192.
— Kirchenpolitik 57.
— u. Kongostaat 202.
— Krieg in Marokko 123.
— — mit Deutschland 180. 211.
— Marineprogramm 71.
— u. Marokko 6. 23. 48. 57. 75. 94. 106. 108. 124. 179.
— — Konferenz 296.
— Reformprogramm 122.
— Minister 56.
— Ministerium 45.
— — Combes 23.
— Ministerkrisis 18.
— Nationalversammlung 230.
— u. Neuen Hebriden 313.
— Neutralität 55. 76. 111. 128. 133.
— Neutralitätsbruch 129.
— Parlament 211.
— polit. Mißgriffe 128.
— Präsidentenwahl 233.
— Presse 199.
— — u. Delcassé 298.
— — u. Marokko 255.
— russ. Allianz 55. 128. 169. 179.
— u. Rußland 47. 112. 134. 135. 158. 161. 293.
— u. russ. Anleihen 98.
— Seemacht 74.
— Staat u. Kirche 47.
— Steuern 47.
— u. Tunis 110.
— Unterstützung Rothschildwechsels 129.
— u. d. Zarismus 244.

Frankreich, zweijähr. Dienstpflicht 95.
Franz Josef, Kaiser 277. 389.
— 75. Geburtstag 259.
— u. Kossuth 52. 58.
Frauenburg 389.
de Freycinet, C. 143.
Friedrich Leopold, Prinz, in Peking 105.
Friedrichstadt 389.

G.

Galizien 349.
— Polen 84.
— Wahlrecht 333.
Gapon, Priester 34. 36. 37. 99. 311. 338. 395.
— u. die Arbeiter vor dem Winterpalais 26.
Garibaldi, Ricciotti 5.
Gaulois 186. 211. 214. 215. 227. 254, 295. 297. 383.
Gautsch, österr. Ministerpräsid. 1. 22.
Gehrmann, M. (Moses Sokolowski), jüdischer Diktator von Riga 391. 396.
German Conciliation Commitee 368.
Gil Blas 185. 297.
Giolitti, ital. Ministerpräsid. 5. 78.
Gladstone, Herbert 52. 380.
Glinka, S. 222.
Golde, 396.
Goldingen 389.
Golitzyn, Generalgouv. v. Kaukasus, Demission 25.
Golowin, Polizeimeister v. Odessa, Attentat 43. 222.
Golubew 272.
Goluchowski, Graf 113.
Gomel 311.
Gorki, Maxim 63. 100. 396.
— u. d. Akad. d. Wiss. 102.
Grant, Currie 52.
Grenzboten 301. 303.
Grey, Sir Edward 380.
Griechen 6.
— in Mazedonien 113.
Griechenland u. Kreta 105. 121.
— Ministerium 183. 372. 389.
— Ministerwechsel 23.
— u. Rumänien 314.
Gringmuth 240.
Gripenberg, General 43.
Grodno, Unruhen 147. 188. 208.
Großbritannien 164.
Grosnenski 206.
Grosno 141.
Gudowitsch, Graf 285.
Gully, engl. Min. 251.
Gurjew 239.

H.

Haag, Friedenskongreß 285.
Haakon, König v. Norwegen 315. 343. 352.
— in Christiania 353.
Hagerup, Ministerium 78.
Hahn, Baron 237.
Haiti 50.
Haldane, engl. Minister 380.
Hamburg 163.
Hanoteaux, franz. Minister 24. 45.
Hartingdon 364.
d'Haussonville, Graf 131.
Hay, John, Sir 107.
Hebriden, Neue und Frankreich 313.
Hedjaz, 143. 190.
Helsingfors, Johnsson, Senatsprokureur, Ermordung 43.
Henckel v. Donnersmarck, Graf 296.
Henning-Römershoff, Ermordg. 375.
Hentschel v. Gilgenheim 61.
Herat 141.
Hervé 369.
Herzegowina 132.
Heß, Jean 106.
Hinterindien 135.
Hirschmann 396.
Hodeida 143.
Hohenzollern 229.
Holland 173.
— Minist. de Meester 250.
Holodar, Graf 305.
Home Rule Partei 70.
L'Humanité 32. 244. 321.
Huret 253.

J.

Jakobstadt 389.
Jaluzot 245.
Jameson Dr. 53. 367.
— Minister d. Kaplandes 183.
Jantzen, russ. Agitator 350.
Japan 2. 21. 134. 211.
— u. Amurgebiet 160.
— u. Australien 313.
— u. China 95. 204. 300.
— u. Toggerbankaffäre 71.
— Einzug in Port Arthur 18.

Japan u. England 54. 128. 224.
— engl. Bündnis 53. 55. 87. 129. 203. 265. 277. 285.
— u. engl. franz. Allianz 55. 313.
— England u. Rußland 178.
— Erlungschan erobert 1.
— u. Europa 162.
— Flaggschiff Mikasa 277.
— Flotte 112.
— — u. Russen 120.
— u. Frankreich 16. 112. 134. 135.
— Frankreichs Haltung 24.
— — Neutralitätsbruch 129.
— u. franz. engl. russ. Allianz 55.
— Friede 256. 257. 268.
— Friedensbedingungen 240. 250.
— Friedenschluß 9.
— Friedensverhandlungen 192.
— Friedensvertrag 277. 299.
— Großmacht 241.
— Handelsmarine 204.
— u. Korea 193. 264. 300.
— Korea Vertrag 343.
— Krieg russ. jap. 65. 140. 177.
— Kriegsanleihe 46.
— Kriegsentschädigung 160. 216.
— Leistungsfähigkeit 156.
— Marine 87. 278.
— Minister d. Innern 277.
— Pachtvertrag über Kwantung 9.
— Protektorat über Korea 10.
— u. Roshéstwenski 105.
— russ. Bündnis 54. 87.
— u. russ. Flotte 265.
— u. d. russ. Revolutionäre 40.
— u. Rußland 167. 175. 226.
— Sachalin, Landung 201.
— Sachalin u. Korea 241.
— Schlacht bei Mukden 86.
— Seemacht 204.
— — in Ostasien 159.
— Seesieg 153.
— Siege 159. 204.
— — am Schaho 70.
— in Tieling 95.
— Waffenstillstand 277.
Jaroslaw 393.
Jaurès 32. 47. 233. 321. 369.
— u. Fürst Bülow 201.
Ibn Said 190.
Jekaterinenburg 118.
— Arbeiter 208.
Jekaterinoslaw, Unruhen 201.
Jeletz, Eisenbahnstreik 392.
Jelisawetgrad 206.
Jelisawetgrad, Semstwositzung 306.
Jelisawetpol, Kupferwerke 141.
Jewreinow, Oberprokureur 136.
Igli 124.
Ignatiew, Graf 80. 206. 338.
Independent Review 18. 19. 21.
Indien 126. 158.
— u. Ägypten 140.
— u. England 142. 204.
— engl. Armee 120.
— engl. Politik 104.
— franz. Hinterindien 85.
— Glacis 104.
— jap. Handelsagenturen 285.
— Kaiser 202.
— Regierung u. Afghanistan 67.
— Verteidigung 243. 265.
— Zeitungen 282.
Johnsson, Senatsprokureur Helsingfors, Ermordung 43.
Jonquières, franz. Admiral 112.
Joris, Attentat auf den Sultan 389.
Journal des Débats 54. 57. 69. 85. 100. 233. 254. 255. 273. 295. 297. 304. 317. 335. 338. 346. 348.
Journal de Caire 127. 143.
Irish Reform Association 70.
Irland 357.
— Autonomie 52.
Isly, Sieg Bugeauds üb. d. marokkan. Truppen 106.
Iswolski, russ. Gesandter 218. 331.
Italien 164. 227.
— u. Balkan 66.
— u. China 51.
— u. Delcassé 132.
— u. d. Dreibund 131.
— Eisenbahnstreik 105.
— Eisenbahnverstaatlichung 105.
— Erdbeben 277.
— Handelskrieg mit Frankreich 132.
— Handelsinteressen 5.
— Handelsvertrag mit Dtschl. 36.
— Lombardei u. Venetien 5.
— Ministerwechsel 94.
— u. Mittelmeer 132.
— u. Österreich Ungarn 5. 132.
— Österreichisches Bündnis 5.
— u. Rußland 5. 88.
— u. d. Slaven 5.
— u. Somaliland 95.
Italiener 210.
Juden, Anarchismus in Rußl. 340.
— russische 329.
Judet, Ernest 160.

Jurjew, Universität 52.
Iwanowo Wosnesensk, Arbeiter 206. 392.

K.

Kabul 141.
Kalisch, Unruhen 147.
Kalkutta 282.
— Chinesische Vertreter 67.
— u. London 141.
Kallay 132.
Kamerun, Grenzstreitigkeiten 238.
„Kamtschatka", russ. Transportdampfer 72.
Kanada 21. 53. 251. 313. 367.
— u. Australien 333.
Kapkolonie 367.
Karl, Prinz von Dänemark 315. 334. 343.
Karlstadt, Konferenz 277.
— Norweg. u. schwed. Deleg. 277.
— Vereinbarungen 277.
Kasan, Eisenbahn Ausstand 70.
Kaspisches Meer 142.
Kaukasus 142. 274. 311.
— Aufstände 118. 277. 331. 340. 390.
— Beamte 292.
— Emeute 76.
— engl. Niederlassungen 141.
— polit. Morde 3.
— Revolution 196.
— Unruhen 147.
Kaulbars, General 52.
Kautsky, K. 388.
Kiautschou, russ. Kriegsschiffe 15.
Kiel 163.
Kieler Kanal 297.
Kiew, Ausstand 40. 340. 392.
— Deutsche u. Slaven 361.
— Gemetzel 330.
— Judenhetze 347.
— jüd. Revolution 196.
— Unruhen 147. 207.
— Verhaftungen 394.
Kiewljänin 302.
Kiewschen, Eisenbahnausstände 61.
Kischinew 311.
— Judenhetze 392.
Kitchener, Lord 104. 120. 204.
— u. Curzon 265.
Klado, Kapitän 98. 206.
v. Kleigels 196.
Kleinasien 126.
— u. England 140.
Kleinrußland, siehe Rußland.
Kliefoth, Hauptmann 389.
Kokowzew, russ. Minister 4. 37. 112. 239.
Komura, Erkrankung 277.
— in Newyork 220.
Kongostaat 202.
Koni, russ. Jurist 331.
Konstantinopel 104.
— Chalifat 127.
Konstanza 192.
v. Körber, österr. Minister, Demission 22.
Korea 240.
— Eisenbahn 9.
— u. Japan 55. 241. 300.
— Japans Protektorat 10.
— Japan. Vertrag 343.
— u. Rußland 159. 193.
— Rußlands Verzicht 10.
Korff, Paul, Baron 99.
Kossuth 44. 45. 58.
Kovatewitsch, ungarischer Minister 314.
Koweit 104. 142.
— Emir von K. 126.
Kowno 188.
— Ausstand 40.
Krakau, Unruhen 84.
Kramarsz, Tscheche 5. 89.
Krapotkin, Fürst 338.
Krasinski, Graf 350.
Krementschug 208.
Kreta, Aufstand 105.
— Revolution 121.
— u. Türkei 209.
— Unruhen 259.
— Vereinigung m. Griechenland 105.
Krimkrieg 12.
Kristoffy, ungar. Minister 314.
Kroaten 45. 210.
Kronstadt 255.
— Matrosenemeute 206.
— Meuterei 334.
— Soldatenemeuten 341.
Kungur, Streik 392.
Kurjer Lwowski 84.
Kurland 188. 258. 263. 343. 397.
— Anarchie 273.
— Bauern 188.
— Güter 360.
— Güterzerstörung 389.
— Revolution 389.
— Unruhen 147.
— Unsicherheit 292.
Kurnatowski, Georgie 320.

Kuropatkin, General 2. 11. 15. 86. 95. 162. 239.
Kursk 118.
— Agrarrevolten 93.
— Bauernunruhen 86. 147. 219.
Kutais, Unruhen 147.
Kwantung, Eisenbahn 25.
— Pachtvertrag 9.
Kyrill, russ. Großfürst 299.

L.

Ladiner 210.
Laferronays, Graf 111.
Lamsdorff, Graf 48. 209. 218. 239. 331.
de Lanessan, franz. Marineminister 312.
Lansdowne, Lord 49. 70. 181. 225. 231. 253. 281. 298. 332. 335. 380.
Lanyi, ungar. Minister 314.
Laojan Kwantun, Eisenbahn 25.
Lateiner u. Slaven 5.
Lauzanne, franz. Redakteur 295.
Le Bouvet, franz. Kanonenboot 17.
Lee, Arthur, Lord d. Admir. 49. 50. 70. 177.
Lemberg, Unruhen 83. 84.
Letten 360. 391.
— Agrarrevolution 258.
— Republik 391. 397.
— u. russ. Kirche 114.
Leutwein, Oberst, Rückkehr 1.
Liaotung, an Japan 264.
— u. Rußland 159.
Liaujang 11.
Libau 386. 389.
— Ausstand 40.
— Matrosenemeute 206.
— Soldatenemeuten 341.
— Werften 40.
Libicki, russ. Agitator 350.
Liebknecht, K. 387.
v. Lindequist, Gouverneur v. D. S. W. Afrika 259. 277. 353.
Liniewitsch, Obertommandeur 95. 120. 146. 162. 175. 192. 205. 216. 265. 268. 274.
v. d. Lippe, Generalmajor 131.
Lisot, russ. Ztg. 30.
Littauen 85. 115. 188. 357.
— jüd. Revolution 196.
— Revolution 389.
Ljublin, Unruhen 147.
Livland 189. 263. 397.
— Güterzerstörung 389.
Livland, Revolution 389.
— Unruhen 147.
Lodz 188.
— Arbeiter 207.
— Arbeiterunruhen 52.
— Ausstand 40
— Kosaken und Arbeiter 250.
— Meuterei 211.
— Unruhen 43. 183.
Lombardei, Rückgewinn durch Italien 5.
London, Balkankomitee 66.
— u. Kalkutta 141.
— National service league 8.
— Pariser Stadtvertreter 322.
Londoner Konvention v. 1885 143.
Long, W. H. 250.
Longwy, Aufstand 245.
Lorient, Kriegsarsenal 337.
Loubet, Präsident 145. 233. 297.
— Amnestiedekret 211.
— u. Eduard VII. 105. 113.
— in Lissabon 316.
— in Madrid 306.
— u. Dr. Rosen 277.
Low, Sidney 183.
Lowther, Sprecher des engl. Unterhauses 165.
Lubomirski, Fürst 350.
Lüderitz-Kubub, Eisenbahn 381.
Lukacz, ungar. Minister 314.
Luxemburg, Rosa 388.
Lyttelton, engl. Staatssekretär 364. 366. 367.
Lyveden, Lord 186. 368.

M.

Mac Donnell, Unterstaatssekretär f. Irland 70.
Mac Lean 109.
Macedonien 6. 314.
— Bulgaren 66.
— Finanzkontrolle 372.
— Frage 251. 343. 352.
— Generalinspektor 351.
— Griechen u. Bulgaren 113.
— Unruhen 259.
Madagaskar 135.
— Roshéstwenskis Flotte 24. 55.
Madden, engl. Vizeadmiral, Ernennung 172.
Madrid, Konferenz v. 1880: 109.
— Ministerwechsel 36.
— Verschwörung 121.

Madrider Vertrag v. 1880: 144. 164. 180.
Magazin colonial 106.
Magdeburg, Zeitung 190.
Mahmud Jahia, Kalif 190.
Makarow, ruſſ. Admiral 11.
Malajew, Kreisadelsmarſchall 306.
Mandſchurei 34. 55. 97. 150. 168. 240. 281.
— Eiſenbahn, Rückkauf 9.
— Japaniſch 159.
— Kampf 86.
— Krieg 87.
— Räumung 264.
— Rückgabe an China 9.
— ruſſ. Karten 25.
— Rußlands Stellung 159.
— u. Rußland 193.
Manila, japan. Flotte 112.
St. Marie, Hafen 14. 16.
Marrokko 23. 53. 71. 75. 85. 142. 143. 144. 145. 164. 168. 199. 226. 259. 382.
— Armee, franz. Inſtruktoren 109.
— u. Delcaſſé 135.
— deutſche Ratſchläge 163.
— u. Deutſchland 103. 213.
— Deutſchland u. Frankreich 178. 274. 287.
— Europäer 107.
— Expedition Taillandiers 103.
— Frage 6. 227. 255. 378.
— u. Frankreich 48. 57. 94. 106.
— Frankreich und Spanien 108.
— franz. Politik 105.
— franz. Reformprogramm 124.
— Integrität 107.
— u. islam. Welt 105.
— Konferenz 165. 171. 201. 256. 296.
— Mulai Abd el Aziz, Sultan 23.
— Mulai el Haſſan, Sultan 23.
— Mulai Hafid 23.
— pénétration pacifique 85.
— Raiſuli 7.
— Reformprogramm 122.
— u. Rußland 48.
— u. Spanien 106.
— Sultan 7. 48. 110. 123.
— Zolleinkünfte 109.
Marrakeſch 23. 122.
Mazagan 172.
Maſſimow, ruſſ. Admiral, Ermordung 131.
Matin, franz. Zeitung 4. 126. 160. 295. 297. 298. 303. 383.
Maxſe 199. 200.
Meerſcheidt-Hülleſem, Ermordung 375.
Meiſter, Major 9.
Mekka 190.
Melikow, Loris 80.
Meſchtſcherski, Fürſt 89. 98.
Meſopotamien 190.
Meteor, dtſch. Kanonenboot 17.
Menſchikow, M. 236. 288.
Meyer, amerik. Bevollm. 146.
Migulin, Profeſſor 87.
Miljukow, Prof. Petersbg. 259. 271.
Miljutin 115.
Millevoie, Lucien 199.
Milner, Lord 53. 68.
— Rücktritt 85.
— Viscount 250.
Minsk, Arbeiter 207.
— Unruhen 147.
Minto, Lord, Vizekönig v. Indien 259.
Miſchtſchenko, General, Niederlage 175.
Mitau 389.
— Ausſtand 40.
— Güterplünderung 258.
Mitteleurop. Zollverband 131.
Mittelmeer 132.
— u. England 49.
Mogador 106. 122. 125. 128.
Mohamedaner und Armenier 148. 196.
Mohilew, Unruhen 147.
Montenegro, Skuptſchina 389.
Montero Rios, ſpan. Miniſter 183.
Morenga, Niederlage 183.
Morgenroth, poln. jüd. Zeitung 83.
Morley, engl. Miniſter 380.
Morning Poſt 252. 253.
Moskau 40. 61. 149.
— Ausſtand 40.
— Bauernverſammlung 308.
— Eiſenbahnausſtand 70. 306.
— Führung Rußlands 286.
— Gemetzel 330.
— u. Petersburg 119.
— polit. Zentrum 221.
— Revolution 340. 389. 392.
— revolut. Zentrale 327.
— Semſtwo 3. 293.
— Semſtwo-Kongreß 343. 358. 381.
— Studenten 64. 291.
— Teuerung 311.
— Unruhen 26. 147. 219.

Moskau, Zeitung 240.
— Zar 362.
Moskowskija Wjedomosti 41. 271.
Moszczynski, Graf 84. 349.
Mrogoro, Eisenbahn 52.
Mukden 222.
Beschießung 70.
Kämpfe 36.
russ. Niederlage 86. 110.
Sendungen nach M. 11.
Mulai Hassan, Sultan v. Marokko 107. 123.
Müller, russ. Oberstleutn. 384.
Murawiew, Graf, russ. Minister 4. 218.
Muret, Maurice 99.
Märzsieger, Programm 66.
Mussol, General 95.
Mustafa Kamel Pascha 127.

N.

Nagasaki, russ. Schiffe, Meuterei 343.
Nakaschetse, Gouverneur, Ermordung 148.
Napoleon 149.
Narodnaja Wolja 154.
Narodni Listy 58.
Nascha Shisn 272.
Natal 367.
National Review 21. 56. 177. 184. 199. 253. 276. 278. 336.
Nautieus, Zeitschrift 203.
Navy Gazette 215.
Nebogatowsches Geschwader 268. Offiziere 273.
Nedsch 142.
Neton, Sekretär Delcassés 215.
Neue Freie Presse 303.
Neufundland 367.
Neuseeland 21. 366. 367.
New York, Clellan, Bürgermeister 325.
New York Herald 313.
Niederlande 164.
Niemojewski, A. 372.
Nikolai Michailowitsch, Großfürst 34. 42.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst 334. 341.
Nikolajew, Unruhen 219.
Nikolajewka 393.
Nikolaus I. 205.
Nikolaus II. 112. 113. 115. 138. 139. 146. 147. 155. 156. 157. 165. 187. 193. 260.
— u. Linewitsch 176.
— Manifest 323.
— u. d. Semstwodeputation 175.
— u. Wilhelm II. 233.
Nineteenth Century 19.
Nishny Nowgorod, Straßenkämpfe 220.
Niutschwang, Stat. d. korean. Eisenbahn 9. 264.
Nogi, Orden pour le mérite 9.
Nordd. Allgem. Zeitung 303.
Nordsee 56.
— u. England 49.
Norwegen 164.
— u. England 278.
— Karl, Prinz v. Dänemark, König 343.
— Königsfrage 315.
— Schiedsvertrag mit England 67.
— u. Schweden 173. 183. 189. 227. 352.
— Storthing 158.
— Thronbesetzung 239.
— Volksabstimmung 250. 259. 334.
Nowgorod, Unruhen 147.
Nowik 188.
Nowogrodsk, Streik 207.
Nowoja Shisn 387.
Nowoje Wremja 11. 12. 13. 55. 56. 83. 88. 89. 98. 99. 117. 119. 135. 140. 141. 144. 145. 148. 165. 176. 206. 209. 221. 236. 246. 249. 288. 294. 302. 311. 339. 390. 397.
Noworossisk, engl. Konsulat 141.
Nowosti 146. 340.
Nurmhusen 389.

O.

Odessa 118.
— Attentat auf Golowin 43.
— Aufruhr 192.
— Aufstand 340.
— Belagerungszustand 299.
— Gemetzel 205. 330.
— Straßenkämpfe 316.
— Unruhen 222.
Ofen Pest 45.
Orechowo 393.
Orel 118.
— Bauernunruhen 86. 93. 147.
— Verhaftungen 394.

Orient, Ferner 85. 87.
— Naher 85.
— u. Frankreich 57.
Oriental. Frage 227.
Oskar, König v. Schweden 189. 299. 315.
Oesterr. Ungarn 164. 227. 259.
— u. Albanien 58.
— Alldeutsche 5.
— Armeesprache 189.
— u. Balkan 65. 88.
— Deutsche Volkspartei 5.
— u. Deutschland 132.
— Flottendemonstration gegen Türkei 325.
— Franz Josef, Kaiser 44. 45.
— Handelsinteressen 5.
— Handelsvertrag mit Deutschl. 26. 36. 44. 201.
— Irredentismus 5.
— u. Italien 5. 132.
— italien. Bündnis 5.
— Krisis 314.
— Ministerium 22. 189.
— Ministerpräsident, Rücktritt 5.
— Nationalitätenhader 45.
— Reichsrat 211.
— Stimmrecht 277.
— Teilung durch Deutschl. und Rußland 322.
— u. Tittoni 131.
— Verfassung 59.
— Wahlrecht 333.
Ostsee 56.
Ostseeprovinzen 188. 273.
— Deutsche 385.
— Zerstörung 292.
Oswoboshdenije 27. 28. 30. 81. 154. 155. 197. 242. 302. 307. 310.
Ott, Professor 146.
Oyama, Marschall, 162. 175. 176.
Ozean, Indischer 278.
— Stiller 278. 284.

P.

Palästina 190.
Palitzyn, General 218.
Panamakanal 313.
Pantelejew, L. F. 196.
Paraguai, Baffo, Präsident 372.
Paris 112.
— Sozialisten 42.
— Stadtvertreter in London 322.
Paschkow, Gouverneur 263.
Patrie, franz. Journal 199.
Pawlowo, 393.
Pearson, 19. 53.
Peigné, General 245.
Peking, deutsche Truppen 316.
Pelletan, franz. Marineminister 46.
Percy, engl. Staatssekretär 66. 242.
Pernau 386.
Persien 142.
— u. England 140.
— engl. Einfluß 87. 204.
— u. Rußland 140. 265.
— Rußland u. England 280.
Persischer Golf 55. 278.
— brit. Meer 140. 204.
— u. England 121.
Pester Lloyd 348.
Petersburg, 2. 36. 48. 87. 112. 130. 209.
— Arbeiter 33. 37. 39.
— Arbeiterausstand 18. 192. 220.
— Arbeiterdeputation 372.
— Arbeiterkundgebungen 26.
— Arbeiterunruhen 52.
— Eisenbahn 325.
— Gefallene u. Verwundete 37.
— Generalstreik 343.
— Kriegspartei 270.
— Liberale 39.
— Militär u. Arbeiter 353.
— u. Moskau 119.
— Plünderungen 36.
— polit. Zentrum. 221.
— Putilow, Fabrik 195.
— Presse 274.
— Revolution 26. 340.
— Schuß beim Fest der Wasserweihe 33.
— Schriftsteller 332.
— Studentenversammlung 290. 319.
— Telegraphenbeamte, Streik 316.
— Trepow, Generalkriegs-Gouvern. 26.
— Truppen 36.
— Unruhen 26.
— Verhaftungen 394.
— Versammlung im Pawlowsaal 3.
— Werften 40.
Petersburger Zeitung 95.
Petersburgskija Wjedomosti 5. 10. 41. 61. 65. 88. 91. 96. 99. 118. 126. 142. 220. 267. 289.
Petit Journal 160.
Petit Parisien 293.
Philippinen, amerikan. Kriegsflotte 51. 54.

Pietrkau, Unruhen 147.
Pioneer, anglo ind. Zeitung 18.
Plehwe, ruſſ. Miniſter 25. 239.
— Ermordung 27.
Pobedonoszew, ruſſ. Miniſter 4. 25. 26. 33. 89. 117. 145. 218. 241. 257. 331.
— Amtsniederlegung 316.
Pobenoſſetz, Meuterei 205.
Podolien, Unruhen 147.
Pogodin 149.
Polarſtern 229.
Pole, der, Zeitſchrift 83.
Polen 76. 115. 118. 188. 374.
— Aufruhr 208.
— Aufſtand 1863: 115.
- Beamte 292.
— Eiſenbahnverkehr 343.
— Juden 83.
— jüd. Anarchismus 340.
— jüd. Revolution 196.
— Kongreß Polen 84. 85.
— Kriegszuſtand 341. 363. 391.
- Los von Rußland 188.
- 1. Mai 120.
- - Nationaldemokraten 349. 357.
— Parteien 83.
- Politik 358.
— Revolution 82. 273. 331. 340. 389.
— ruſſiſch 59.
— ſelbſtändiges 83.
- ſozialiſt. Bewegung 40.
— Unabhängigkeit 351.
- Unruhen 113. 147. 250.
- Verfaſſung 242.
- Zartum 197.
- Zerſtörung 292.
Poljänowski, ruſſ. General 25.
Poltawtſchtſchina 91.
Popen, Gut 389.
Poppen, ruſſ. General 361.
Port Arthur 10. 11. 54. 61. 159. 281. 300.
- Einzug der Japaner 18.
— Fall 1.
— japan. Feſtung 9. 264.
- Kapitulation 1.
Portsmouth 256.
— Frieden 299.
— ruſſ. u. japan. Friedensbevollm. 239.
Portugal 164. 173.
— u. England 65.
— König v. P. in Paris 353.
— Schiedsvertrag m. Engl. 67.
Poſen 84.
Potemkin, ruſſ. Kriegsſchiff, Meuterei 201. 205. 222.
Potentia, engl. Preßtruſt 184.
Poti, engl. Konſulat 141.
Pozzo di Borgo 284.
Prag, deutſchfeindl. Kundgebg. 277.
— Tumulte 325.
Prawo, ruſſ. Wochenſchrift 3. 60. 271. 290. 306.
Preſſenſé, F. de 244.
Preußen u. Rußland 138.
— u. Unruhen in ruſſ. Polen 84.
Protrowsk, Streik 118.
Protaſſow, Oberprokuror 115.
Pskow 64.
Putilowſche Fabrik 136.

Q.

Quai d'Orſay 169. 171. 227.

R.

Radolin, Fürſt 256.
Radom 311.
— Ausſtand 40.
- Unruhen 147.
Radziwil, Fürſt 350.
Raid, Sir Robert 380.
Raiſuli in Tanger 7.
Rallis, griech. Miniſter 183.
Rediger, ruſſ. Kriegsmin. 192. 218.
Redmond 231.
Renou, Henri 190.
Revoil, franz. Vertreter a. Konferenz Algeciras 354.
Reval 386. 389.
— Unruhen 26.
Revue de Paris 143.
Revue des Revues 126. 143.
Riga 386. 389.
— Ausſtand 40.
- Dragoner 385. 391.
— Engländer 263.
— engl. Untertanen 258.
— Gefängnis geſtürmt 292.
— jüdiſcher Diktator Gehrmann 391.
— — Führer der Sozialiſten 361.
- Morde 292.
— Terroriſtenführer 361.
Ritſchelni, ruſſ. Kriegsſchiff 15.
Roberts, Lord 243. 276.
Robilant, Graf 132.
Rochefort, Kriegsarſenal 337.

Rodiſchew 224.
Rohrbach 98.
Rooſevelt, Präſid. 51. 68. 78. 146. 167. 176. 181. 226. 266. 284.
— u. Delcaſſé 69.
— Doktrin 177.
— Friedensverhandl. zw. Rußland u. Japan 165.
— u. ruſſ. Bevollm. 239.
Roſebery, Lord 68. 231. 380.
— u. engl. franz. Abkommen 94.
Roſen, Baron, Botſchafter 145.
— bei Loubet 277.
— in Paris 277.
Roſhéſtwenski, Admiral 2. 14. 16. 47. 54. 72. 86. 120. 128. 153. 165. 218.
— u. Doggerbankaffäre 71.
— Flotte bei Madagaskar 24.
— u. Frankreich 129.
— Geſchwader 34.
— in d. Kamranhbucht 105. 112.
— in Madagaskar 76.
— Noſſi Be 95.
Rothſchild 98.
Rouvier, franz. Min. 45. 46. 105. 107. 110. 178. 201. 216. 253. 256. 295. 321. 383.
— u. Delcaſſé 303.
— in Madrid 306.
— Marokko-Rede 201.
— Vertrauensvotum 36.
Rumänen 210.
Rumänien u. Griechenland 314.
— Miniſterwechſel 23.
— Parlamentauflöſung 9.
Ruß 319. 340.
Ruſſki Invalid 40.
Ruſſkija Wjedomoſti 302.
Rußland 16. 67. 128. 134. 211.
— Abſolutismus 31. 41. 117. 130. 154.
— Abſolutiſten 302.
— Achtſtundentag 38.
— u. Afghaniſtan 141.
— Agrarkommunismus 306. 346.
— Agrarfrage 92. 308.
— Agrarrevolution 195. 218. 289. 332. 390.
— Alexander I. 12. 92.
— Alexander II. 12.
— Alexander III. 34. 41. 81.
— Alliance anglo-russe-française 73.
— Alliance franco-russe 17. 46. 48. 55. 128. 169. 179.
Rußland, Amneſtie 38. 325. 332.
— Anarchie 130.
— Anarchismus 186.
— anarchiſt. Morde 198.
— — Partei 119.
— Apotheken 82.
— Arbeit u. Kapital 38.
— Arbeiter 91. 195.
— Arbeiterausſtände 63. 93.
— Arbeiterkommiſſion 38.
— Arbeiterverſicherung 38.
— Armee 88. 193. 198. 331.
— — in Oſtaſien 216.
— — revol. Propag. 155.
— Armenier 64.
— aſiat. Handel 300.
— u. Aſien 294. 295.
— Attentate 59.
— u. Ausland 148.
— Ausſtände 135.
— Ausſtandsbewegung 36.
— auswärt. Politik 332.
— u. Balkan 65. 88.
— Balkanpolitik 6.
— baltiſche Flotte 19.
— — Provinzen 114.
— Bank, ruſſ.-chin. 9.
— Bauern 34. 92. 118. 195. 289. 290.
— Bauernbund 307.
— Bauernkongreß 359.
— Bauernrevolten 63. 86. 147. 360.
— Beamtentum 35.
— Beruhigung 40.
— u. Bosporus 56.
— Bulyginſches Komitee 80.
— Bulygins Projekt 208. 396.
— Bündnis mit Japan 98.
— Bureaukratie 310.
— bürgerliche Freiheit 157. 236.
— u. China 240.
— Cholera 64. 77.
— u. Dardanellen 56.
— deutſche Gefahr 169.
— u. Deutſchland 95. 253. 293.
— Diebſtahl v. Kriegsſendungen 11.
— dirigier. Senat 79.
— Duma u. Reichsrat 262. 270.
— Dworniks 3.
— Dynaſtie 156.
— Eiſenbahnen 70. 82. 118. 141.
— — Ausſtand 76. 311. 316.
— u. England 54. 140. 158. 253. 294.
— Englands Feindſeligkeit 13.
— u. engl.-japan. Bündnis 55.
— evangel. Prediger 114.

Rußland, Fabriken 82.
— Fabrikinspektoren 38.
— Finanzen 96. 97.
— — System 91. 92.
— Finländ. Partei 30.
— Flotte 40. 47. 56. 162. 192. 204.
— — u. Heer 38.
— — Meuterei 198.
— — Rückberufung 2.
— — Vernichtung 148.
— Flottendemonstration geg. Türkei 325.
— u. Frankreich 134. 135. 158. 293.
— Frankreichs Haltung 13.
— Frauenwahlrecht 308.
— Frieden 2. 9. 38. 98. 99. 236. 268.
— Friedensverhandl. 192.
— Friedensvertrag 277.
— Geldnot 390.
— Generalstab 40.
— Generalstreik 317. 327. 330. 370. 389. 392.
— Gewissensfreiheit 28. 38. 60. 138.
— Gewissenszwang 113.
— Gleichheit vor dem Gesetz 38.
— Großfürsten 4.
— Grundbesitz Gesamteigentum 82.
— Hafen, deutsche Schiffe 386. 387.
— Handel 160.
— Handelsvertrag m. Deutschl. 36.
— Heer u. Flotte 38.
— — u. Revolution 374.
— Hungersnot 288. 289. 390.
— u. Japan 158. 175. 274.
— — Bündnis 54. 87.
— — Frieden 167. 299.
— — Krieg 65. 140. 156. 160. 177.
— Japans Haltung 24.
— Industrie 91.
— u. Italien 5. 88.
— Juden 64. 150. 195. 302. 348.
— — Agitation 188.
— — Bund 30. 32. 33. 350. 396.
— — — u. d. Revolut. 196. 328. 329.
— — Führer d. Revolut. 371.
— — u. Polen 346.
— — sozialrevolut. 320. 342. 391.
— Judenhaß 219.
— Judenhetzen 76. 135.
— Judentum 329.
— Jugend 13.
— Karten v. d. Mandschurei 25.
— Katholizismus 115.
— Kirche u. Politik 114.
— — u. Staat 38.
Rußland, Kleinrußland 64. 85. 115. 118. 357.
— Kochanowsche Kommission 81.
— Konstitution 151. 155.
— konstitutionelle Partei 119.
— konstitut. Programm 28. 29.
— u. Korea 240.
— Krieg, Beendigung 30.
— Kriege 12.
— Kriegsanleihen 97.
— Kriegsentschädigung 160. 264.
— Kriegs u. Friedens Partei 98.
— Krisis 59.
— Landesvertretung 137.
— Landschaftsversammlungen 3.
— Landwirtschaft 44.
— Lansdowne u. d. Tibetvertrag 49.
— Leibeigenschaft 113.
— liberales 6. 39. 136. 186.
— Logiker 186.
— Loskaufsgelder 360.
— 1. Mai 120.
— u. Mandschurei 193. 241. 281.
— — Armee 341.
— — Eisenbahn 217.
— — Erwerbung 10.
— Manifest v. 26. Dez. 2.
— — v. 18. Febr. 78.
— Marine 88.
— — Offiziere, Ausstoßung 268.
— — u. Revolution 374.
— u. Marokko 110. 220.
— Militär 361.
— Ministerkomitee 64.
— Minister d. Innern 3.
— Ministerrat 80.
— Ministerverantwortlichkeit 38.
— Mir- u. Wolost-Verfassung 39.
— Mißernte 273.
— Mohammedaner 117.
— Moskowskija Wjedomosti 119.
— Naphtaindustrie 141.
— Nationalversammlung 147.
— Niederlage bei Mukden 86.
— öffentl. Meinung 30.
— Offiziere 390.
— Offizierkorps 156.
— u. Oesterr. Ungarn 88.
— Pachtvertrag über Kwantung 9.
— Parlament 90. 260. 319.
— Parteien 272.
— — am Hofe 362.
— Parteigruppierungen 119.
— pekuniäre Lage 216.
— u. Persien 140.

Rußland, Prestige in Asien 87.
— Presse 64. 76. 85. 88. 89.
— — u. Delcassé 303.
— — Freiheit 28. 38. 325.
— — liberale 294.
— — revolution. 78.
— Polen 59. 64. 82. 83.
— Politik, auswärt. 5.
— polit. Lage 160.
— polit. Mord 154.
— polit. Zukunft 178.
— polnische Frage 94.
— — Nationalliga 30.
— Raskolniken 116.
— Räuberwesen 288.
— reaktionäre Partei 130.
— Rechtgläubigkeit 41.
— Rechtsstaat 59. 286.
— Reform 12. 25. 64.
— Regierung 59. 193. 194. 320.
— Reichsduma 99.
— Reichsgrundgesetze 79. 80.
— Reichslandesrat 137.
— Reichsrat 80. 99. 260.
— Reichstag 359.
— Religionsfreiheit 114.
— Republik 32. 310. 330. 350.
— Reskript an d. Min. d. Inn. 79.
— Reservisten, jüdische 219.
— Revolution 26. 36. 40. 62. 187. 194. 208. 237. 316. 374. 384.
— Revolutionäre 48.
— revolut. Bewegung 112.
— Revolut. Parteien 41.
— Roosevelt 146.
— Schulen 82.
— Sekten 116.
— Seemacht im still. Ozean 86.
— Selbstherrschaft 78.
— Semski Sjobor 65. 80. 81. 90. 165. 218. 221.
— Semstwos 4. 41. 60. 136. 194. 309. 310. 341.
— — partei 302.
— — versammlung 291.
— — vertreter 28. 147. 358.
— Sozialdemokraten 302.
— soziale Politik 37.
— Sozialismus 92. 99. 136. 186.
— Sozialisten 39.
— sozialist. Organisationen 30.
— Samarinische Reformpartei 119.
— Staatsbankerott 286.
— Staatsschulden 217.
— Steuern 38.
Rußland, Studenten 396.
— Synod 41.
— Teilung Österr. 322.
— Toleranzedikt 114.
— Tolstoische Doktrin 34.
— Truppen 390.
— — Abzug aus China 9.
— — in Transkaspien 280.
— — in Turkestan 280.
— Tschinownik 34. 35.
— Universitäten 82. 291.
— Unruhen 135.
— Unsicherheit im Innern 135.
— u. Ver. Staaten 220.
— Verfassung 10. 59. 99. 119. 156. 187. 223. 241. 257. 270. 323. 326.
— — Manifest 316.
— — Urkunde 260.
— Versammlungen 156.
— Versammlungsfreiheit 28. 38.
— Verwaltung 90.
— — durch das Volk 345.
— Verzicht auf Korea 10.
— Volkserziehung 38.
— Volkssouveränität 291.
— Volksvertretung 37. 65. 113.
— Waffenstillstand 277.
— Wahlen 79. 80. 272.
— Wahlrecht 154. 261. 308. 319.
— Wahlsystem 241.
— Wanzen 149.
— Weltstellung 156.
— Willkürregiment 89. 90.
— Wittesche Politik 44.
— Wolostversammlungen 303.
— Zar, „Kartätschenschuß 26.
— — Übersiedelung nach Peterhof 26.
— Zeitungen 41. 86.
— Zusammenbruch 96.
Ruthenen 84. 210.

S.

Sabler, russ. Geh. Rat 145.
Sachalin 86. 241. 281.
— Abtretung an Japan 10.
— Annektierung v. Japan 159.
— Japaner Landung 201.
— u. Rußland 264.
Sacharow, General 218.
Sahara 108.
Saigon 112.
Salisbury, Lord 74. 225. 250. 253. 355. 364.
San Domingo amerik. Kriegsschiff 334.

Sana 126.
Saposhol, Bauernunruhen 206.
Sarrol, Maurice 321.
Saratow, Agrarrevolte 93.
— Ausſtand 40.
— Bauernunruhen 86.
— Streik 118.
Sawerze, Falſchmünzer 206.
Schabo 34.
— Japan. Sieg 70.
Scharapow 151.
Schaumann, Senator in Abo 105.
Schilder, Generalleutn. 42.
Schipow 208. 222.
Schirinski 26.
Schleswig Holſtein 297.
Schlieffen, Graf, Rede 322.
Schottland, kirchl. Schwierigkeiten 252.
Schtſchelawlo 393.
Schuſcha, Steuerinſpektor, Ermordung 1.
Schuwalow, Graf, Ermordung 201. 219.
Schwarzes Meer 141. 142.
Schweden 164.
— Boſtröm, Miniſt. Präſ. 105.
— u. Norwegen 158. 173. 183. 189. 227. 315. 352.
— Reichstag 239.
— Schiedsvertrag m. England 67.
Schweiz, Handelsvertrag m. Deutſchl. 36.
— Schiedsvertrag m. Engl. 67.
Sdychowski, Prof. 196.
Sewaſtopol 54.
— Meuterei der Flotte 26. 362. 353.
— Soldatenemeuten 341.
— Unruhen 219.
— Werften 40.
Seignobos, Prof. 82.
Selbourne, Lord 85. 225. 250.
Semibratowo 393.
Serben 6. 45. 210.
Serbien 88.
— Handelsvertrag m. Deutſchl. 36.
— Miniſterium Paſitſch 140.
— Miniſterium Stojanowitſch 148. 250.
Sergej, ruſſ. Großfürſt 4. 26. 33. 61. 64. 79. 154.
— Rücktritt 25.
Shanghai, Unruhen 389.
Shaw, Schatzſekretär 284.
Shitomir 188.
Sibirien 10. 150.
— Eiſenbahn 130. 264.
— Erſchließung 300.
— Handel 160.
Siedlez, Unruhen 147.
Simbirsk 41.
Simplontunnel 70.
Skallowski 117.
Skalon, ruſſ. General 331. 341. 390.
Skarzysko, Arbeiterunruhen 52.
Slatouſt, Eiſenbahn 130.
Slaven u. Lateiner 5.
Slaviſche Welt, Zeitung 196.
Slaviſch german. Konflikt 320.
Slavophilen 117. 331.
Slovaken 45.
Slowo, ruſſ. Zeitung 89. 267. 302.
Slowo Polskie 84.
Smolensk, Agrarrevolte 93.
Sozialiſten, franzöſ. 41.
— ruſſ. in Genf 41.
Solski, Graf 301. 310.
Somaliland 95.
— u. England 142.
— toller Mullah 128.
Sosnowizi, Arbeiter 206.
— Unruhen 43.
Spanien 164. 173. 227.
— Colonien 174.
— engl. Bündnis 174.
— u. Marokko 106. 108. 211.
— Miniſterium 45. 183.
— Miniſt. Villaverda 175.
— Miniſterwechſel 23.
— Sagaſta, Kabinett 108.
— Silvela, Kabinett 108.
Spojnia Narodowa 357.
Spencer, Earl of 52. 53. 54. 68.
Sſacharow, ruſſ. Krigsminiſter 192.
— Ermordung 372.
— Rücktritt 105.
Sſamara, Eiſenbahn 130.
— Unruhen 147.
Sſaratow 361.
— Agrarbewegung 341.
— Unruhen 147.
Sſeroſchewski, Pole 197.
Sſjeſenki 10.
Sſimferopol 41.
Sſuworin 148. 153. 221. 311.
Sſyn Otetſcheſtwa 130.
Stackelberg, ruſſ. General 10.
Standard 6. 9. 49. 108. 122. 146. 173. 174. 226. 231. 251. 275. 279. 312. 336. 356.

Standard, Ankauf durch Pearson 18.
Stanhope, Edward 364.
Stanislaw, Unruhen 84.
Stockholm, Ministerium 239.
Stoffel, Oberst 145.
Stöffel, russ. General 76. 150. 218.
— kapituliert 1.
Orden pour le mérite 9.
— in Petersburg 70.
Stourdza, Ministerium Rücktritt 1.
Struve, Peter 28. 318. 338.
Stückgold 396.
Sudan u. England 142.
engl. ägypt. Vertrag 143.
Suezkanal 127.
Unterbrechung der Schiffahrt 277.
Suwurow, russ. Kriegsschiff 72.
Suyematsu, japan. Baron 133. 134.
Sweginzow, Gouverneur 263. 361.
Swerbejew, Gouverneur 263.
Swinemünde, deutsche Schlachtflotte 268.
— engl. Geschwader 268.
Swjätopolk-Mirski 4. 11. 27. 30. 32. 89. 195. 218.
— Rücktritt 28. 36.
Syrien 126. 190.
Syveton-André 24.

T.

Taillandier, St. René 103. 171.
— Mission nach Fez 109.
Talbot, Edm. Lord 170. 177.
Tambow 361.
— Bauernunruhen 86.
Tanger, Bombardement 106.
Ordnung 8.
— Raisuli 7.
Tarnowski, St., Graf 84. 349. 350.
Tartaren u. Armenier 61.
Tattenbach, Graf 354.
— in Fez 131.
— beim Sultan von Marokko 131.
Temir Chan Schura 206.
Temps 13. 14. 16. 66. 73. 103. 112. 131. 132. 133. 144. 145. 164. 178. 185. 274. 293. 322.
Thomson, franz. Marineminister 73.
Thorn 84.
Tibet 53.
— China u. d. Tibetvertrag 49.
— u. England 142. 203.
engl. Einfluß 87.
— Eroberung 7.
Tibet u. Rußland 265.
— Vertrag Younghusband 49.
Tidikelt 124.
Tielin, russ. Rückzug 86.
Japaner in T. 95.
Tiflis 141. 208.
— Belagerungszustand 201.
— Unruhen 147.
Times 21. 34. 51. 56. 57. 73. 74. 87. 177. 184. 209. 210. 225. 269. 294. 326. 367. 369.
Tirol 132.
Tisza, Stephan 304.
Demission 43.
— u. ungar. Abgeordn.-Haus. 105.
Tittoni, ital. Minister des Ausw. 113.
— u. Bülow 277.
— Demission 105.
— u. d. Dreibund 131. 132.
Togo 162.
— Rückkehr nach Tokio 1.
— u. russ. Flotte 120.
Tokio, Ministerium Katsura 389.
— Religionskonferenz 283.
— Unruhen 277.
Talsen 389.
Tolstoi, Leo 60. 77. 82. 100. 273. 395.
— Leo, Sohn 98.
Toulon 255.
— Kriegsarsenal 337.
v. Transehe, Ermordung 375.
Transkaspien russ. Truppen 280.
Transvaal 252.
— Engländer 142.
Regierung 67.
— Repräsentativ-Verfassung 85.
Trentin 132.
Trepow, russ. General-Gouverneur 26. 37. 158. 167. 218. 326. 334. 341.
— Attentat 18.
Tribuna 383.
Triest 132.
Trilling, Juden 188.
Tripelallianz 131. 168.
— u. Tittoni 132.
Trotha, General 9. 381.
Trubetzkoi, Fürst 27.
— Tod 299.
Tschechen 5. 45. 58. 210.
— u. österr. Verfassung 59.
Tscherkaßki 115. 207.
Tschernigow 361.

Tschernigow, Agrarrevolte 93.
- Gemetzel 330.
Unruhen 147.
Tsushima, Schlacht 148. 161. 222.
Tschifu 15.
Tuat, Oase, Besetzung 106. 124.
Tuckum 385. 389.
Dragoner 384.
Grenel 389.
Tula, Gouvernement 289.
Unruhen 147.
Tunis 128. 132.
u. Frankreich 110.
Türkei 85. 142.
Attentat a. d. Sultan 220.
Aufstand Yemen 122.
u. Balkan 88.
u. Christen 6.
u. England 190.
Eroberung v. Sana 277.
Finanzkontrolle 314.
Flottendemonstr. Rußlands und Oesterr. 325. 353.
Fortbestand 66.
u. Kreta 209.
und Mazedonien 351.
Siege in Yemen 230.
- Sultan 228.
Ultimatum 343.
Turkestan, russ. Truppen 120. 280.
Turle, Professor 318.
Tweedmouth, Lord 380.
Twer 152.
Tyszkewicz, Graf 350.

U.

Uchtomski, Fürst 61. 87. 178.
Ulemann, Dr. 126.
Ungarn, Abgeord. Haus u. Graf Tisza 105.
Armeesprache 246. 304. 305.
Kossuthpartei 305.
Krisis 209. 246.
Ministerium Fejervary 165.
Ministerium Tisza 44.
Nationalitätenhader 45.
— Opposition 211.
u. Österreich 190. 209.
Regierung 58.
Reichstag 389.
Eröffnung 1.
— — Wahlen zum 44.
Wahlrecht 353.
Union latine 211.
Unsere Tage, Zeitschrift 197
Urussow, Fürst 331.
Ussuribahn 264.
Uexküll v. Gyldenband, Baron 145.

V.

Vaerves, ungar. Minister 311.
Vellaverde, Ministerium 36.
Venetien, Rückgewinn. d. Italien 5.
Venezuela 50.
Verein. Staaten siehe Amerika.
Viktor Emanuel u. Wilhelm II. 105.
Vorwärts 360. 361. 377. 384.
Vorwärts, poln. jüd. Zeitung 83.

W.

Wahabiten 126. 142.
Walachen 45.
Waldersee, Graf Gen. Feldmarschall 239.
Wallace, Mackenzie 377.
Warschau 188. 311.
Ausstand 40. 207.
Bombenattentate 105. 140.
engl. Konsul 41.
Generalausstand 316.
Juden 175.
Kriegszustand 264. 268.
— polit. Morde 3.
— Reichstag 357.
— Schulen 61.
Straßenkämpfe 36.
— Truppen u. Arbeiter 113.
— Unruhen 105. 147. 148. 183.
Verhaftungen 394.
Washington, Denkmal Friedrich d. Großen 9.
— Friedensverhandlg. 175. 193. 204.
— Kongreß 363.
Wecha, Meuterei 205.
Weichselgouvernements 350.
Werchneudinsk, Arbeiter 207.
Wesselitzki Boshidarowitsch 340.
Westnik Jewropy 136. 138.
White, Sir Georges 243.
Wien 45.
Arbeiter 353.
— Polizei u. Sozialdemokraten 325.
— Wahlrecht 353.
Wiju, Stat. d. korean. Eisenbahn 9.
Wilhelm II. 138. 163. 176. 215. 322.

Wilhelm II. in Gefle 211.
— in Kopenhagen 230.
— Marokko-Programm 298.
— u. Nikolaus II 233.
— u. ruſſ.-jap. Friede 268.
— in Schweden u. Dänemark 234.
— in Tanger 105. 109. 171. 180. 295.
— u. Viktor Emanuel 105.
— u. Zar v. Rußl. 229.
— u. d. Zar in Björkö 220.
Wilna 187. 188.
— Ausſtand 40.
— Eiſenbahner 392.
— Unruhen 26.
Windau 386. 389.
Wirenius, ruſſ. Admiral 17.
Wißmann, H. v. 175.
Witboi, Hendrik, Tod 343.
— S. D. Unterwerfung 353.
Witebsk, Unruhen 147.
Witte, ruſſ. Miniſter 33. 80. 167. 216. 252. 274. 285. 293. 301. 303. 310. 317. 320. 326. 331. 339. 375. 381. 388.
— in Amerika 239. 257.
— in Berlin 277.
— in Cherbourg 230.
— Diktatur 25.
— Entlaſſungsgeſuch 78.
— Friedenstätigkeit 285.
Witte in Paris 220. 224. 277.
— in Petersburg 277.
— in Rominten 277.
— in Waſhington 211.
— u. d. Zar 338.
Wittſchewski 97.
Wladimir, Großfürſt 306.
Wladiwoſtok 2. 10. 11. 86. 87. 112. 159. 264. 268.
— Meuterei 334.
— Roſhéſtwenskis Geſchwader 120. 129.
— Soldatenemeute 362.
Wolgagouvernement, Agrarbewegung 341.
Woroneſh, Unruhen 147.
Wyndham, Staatsſekr. f. Irland 70. 250.

Y.

Yemen 143. 190. 230.
Younghusband, Vertrag 49.

Z.

Zarskoje Sſelo 198.
— Miniſterrat 4.
Zichy, Graf 305.
Zweibund 179. 244.

HG.
S32e3d
175412
Author Schiemann, Theodor
Title Deutschaland und die grosze Politik. Vol.5

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU